

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

15. Sitzung vom 21. und 22. November 2011 1. Sitzungstag (21. November 2011)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	StR Mag Manfred Juraczka	S. 79
		GR Senol Akkilic	S. 81
		GRin Angela Schütz	S. 83
2. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GR Franz Ekkamp	S. 85
		GR Armin Blind	S. 87
		GR Gerhard Haslinger	S. 89
3. Mandatsverzicht von GR Dr Matthias Tschirf, Angelobung von Mag Karin Holdhaus	S. 3	GR Erich Valentin (tatsächliche Berichtigung)	S. 90
		GR Senol Akkilic (tatsächliche Berichtigung)	S. 90
4. 04324-2011/0001-GFW, P 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 2012		GRin Birgit Hebein	S. 91
04315-2011/0001-GFW, P 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten	S. 3	Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 93
Berichterstatlerin VBgmin Mag Renate Brauner	S. 3		
Allgemeine Beratung des Voranschlags 2012		Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport	
Redner:		Rednerinnen bzw Redner:	
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 10	GRin Ing Isabella Leeb	S. 96
GR David Ellensohn	S. 13	GRin Mag Martina Wurzer	S. 98
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 17	GR Dominik Nepp	S. 99
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 20	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 103
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 23	GR Mag Thomas Reindl	S. 107
StR Mag Manfred Juraczka	S. 27	GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 109
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 29	GR Senol Akkilic	S. 111
StR DDr Eduard Schock	S. 32	GR Dietrich Kops	S. 112
GR Friedrich Strobl	S. 34	GR Ing Christian Meidlinger	S. 113
GR Johann Herzog	S. 37	GR Mag Dietbert Kowarik	S. 116
GR Wolfgang Irschik	S. 40	GR Ing Udo Guggenbichler	S. 118
GR Anton Mahdalik	S. 41	Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 119
		5. Ordnungsruf an GR Dominik Nepp	S. 109
Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke		6. Ordnungsruf an GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 119
Rednerinnen bzw Redner:		Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung	
GR Mag Alexander Neuhuber	S. 41	Rednerin bzw Redner:	
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 45	GR Dipl-Ing Roman Stiftner	S. 123
GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 50	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 125
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 53	GR Anton Mahdalik	S. 128
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 55	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 132
GR Mag Dr Alfred Wansch	S. 57	GRin Kathrin Gaal	S. 133
GR Mag Wolfgang Jung	S. 58	GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 134
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 61	GR Mag Christoph Chorgherr	S. 136
GR Mag Thomas Reindl	S. 63	GR Wolfgang Irschik	S. 138
VBgmin Mag Renate Brauner	S. 65	GR Michael Dadak	S. 140
		GR Karl Baron	S. 143
Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenchutz und Personal		GR Dr Harald Troch	S. 144
Rednerinnen bzw Redner:		GR Ing Mag Bernhard Dworak (tatsächliche Berichtigung)	S. 146
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 69	VBgmin Mag Maria Vassilakou	S. 146
GRin Mag Martina Wurzer	S. 71		
GR Mag Wolfgang Jung	S. 74		
GRin Nurten Yilmaz	S. 77		

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche einen schönen guten Morgen! Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich eröffne die 15. Sitzung des Gemeinderates.

Entschuldigt für den gesamten Tag sind GR Florianschütz, GRin Hatzl, GRin Dr Laschan, GRin Mörk und GRin Mag Ramskogler.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen vom Klub der ÖVP 1, vom Klub der Wiener Freiheitlichen 14 eingelangt sind.

Herr Dr Matthias Tschirf hat mit Ablauf des 31. Oktober 2011 auf sein Mandat im Gemeinderat der Stadt Wien verzichtet. Der Herr Bürgermeister hat gemäß § 92 Abs 2 der Wiener Gemeindevahlordnung auf das dadurch frei gewordene Mandat das in Betracht kommende Ersatzmitglied im Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei, Frau Mag Karin Holdhaus, in den Gemeinderat berufen.

Gemäß § 19 der Wiener Stadtverfassung ist das Gemeinderatsmitglied anzugeloben. Ich bitte den Herrn Schriftführer zu meiner Linken, die Gelöbnisformel zu verlesen und das neue Gemeinderatsmitglied auf meinen Aufruf hin das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe.“ zu leisten. Ich bitte um Verlesung der Gelöbnisformel.

Schriftführer GR Ing Udo **Guggenbichler**: „Ich gelobe der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue, stete und volle Beachtung der Gesetze sowie gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Frau GRin Mag Holdhaus.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Ich gelobe.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die Angelobung ist damit vollzogen. (Allgemeiner Beifall.)

Herr Dr Matthias Tschirf hat sich für den heutigen Tag entschuldigt. Er bedauert sehr, heute nicht anwesend sein zu können, ein vergipstes Bein macht dies jedoch nicht möglich. Ich darf mich daher bei ihm namens des Wiener Gemeinderates für sein seit 1991 dauerndes Engagement in diesem Haus in den unterschiedlichsten Funktionen sehr herzlich bedanken und ihn für seinen weiteren Lebensweg alles Gute wünschen. Ich habe auch vereinbart, dass wir diese Dankesworte später noch einmal in einer entsprechenden Form nachholen werden.

Die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung betreffen den Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2012 und die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat.

Ich schlage vor, die Beratungen dieser zwei Geschäftsstücke zusammenzuziehen und die Verhandlung nicht nach den zehn Gruppen des Voranschlagsentwurfes, sondern nach Geschäftsgruppen zu gliedern. Nach einem einleitenden

Referat der Berichterstatterin zu diesen Geschäftsstücken, Frau VBgmin Mag Brauner, erfolgen die allgemeine Beratung und die Spezialdebatte für die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke.

Voraussichtlich am Dienstag dieser Woche wird nach dem Schlusswort der Frau amtsführenden Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke über die Anträge zu den genannten zwei Geschäftsstücken abgestimmt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? – Dies ist nicht der Fall. Ich bitte daher die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Brauner, die Verhandlungen über die Postnummern 1 und 2 einzuleiten.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen an Sie alle!

Ich muss mich da erst ein bisschen umschaun, es ist nämlich hier nicht wie üblicherweise ein Sessel, aber das ist vielleicht ein Hinweis darauf, dass wir in dieser Stadt sehr sparsam mit dem Budget umgehen müssen, und die ersten Sparmaßnahmen sind, wie man sieht, auch schon eingeführt.

Zum Ernst der Sache, sehr geehrte Damen und Herren, denn es ist eine sehr ernsthafte Diskussion, die vor uns liegt. Ich darf Ihnen heute im Namen der Wiener Stadtregierung das Budget für das Jahr 2012 vorlegen.

Wir werden in der Debatte sehr grundsätzlich darüber sprechen, wie wir die Mittel der Stadt einsetzen, welche Strategien wir dabei verfolgen, welche Schwerpunkte im nächsten Jahr gesetzt werden. Ich freue mich auf die Diskussion, ich freue mich auf den Austausch von hoffentlich vielen sachlichen Argumenten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist nicht das erste Budget, das diese rot-grüne Stadtregierung vorlegt, aber es ist das erste, für dessen gemeinsame Vorbereitung genügend Zeit war. Ich wurde im Vorfeld schon mit Fragen konfrontiert, was denn nun der rote und was der grüne Teil an dem Budget sei. Um das gleich zu Beginn klarzustellen: Es gibt weder einen roten noch einen grünen Teil, es gibt auch keinen getupften oder gestreiften Teil; das ist ein gemeinsames Budget, erstellt in gemeinsamer Diskussion, in gemeinsamer Verantwortung, getragen von gemeinsamen Grundsätzen.

Kein Gezänk, keine Wadlbeißerei, sondern gemeinsame Arbeit – das prägt diese rot-grüne Regierung und unterscheidet uns vielleicht von manchen anderen. Soziale und ökologische Verantwortung, bestmögliche Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Umwelt, Nachhaltigkeit, soziale Inklusion, Internationalität und Weltoffenheit – das sind die gemeinsamen Werte, die dieses Budget prägen, und diese Grundwerte sind, davon bin ich überzeugt, heute wichtiger denn je.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die heutige Debatte sowie die Debatte zum Rechnungsabschluss gehören zu den zentralen Punkten der Diskussion in diesem Haus, und zwar nicht nur für mich als zuständige

Stadträtin, sondern, ich denke, für uns alle. Was tun wir? Wir blicken in die Zukunft der Stadt, wir diskutieren über die Schwerpunkte in den einzelnen Bereichen, aber nicht auf theoretische, abstrakte Art und Weise, sondern sehr konkret und sehr handfest.

Die Kommunalpolitik beeinflusst das Leben der Menschen sehr direkt. Wir werden heute sehen, wie die gewählten Schwerpunkte für dieses schwierige Jahr 2012 den Menschen zugute kommen werden, ob bei den Leistungen im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens, der Bildung, am Wiener Arbeitsmarkt, im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs oder als Verbesserungen und Services in den Bezirken.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen! Abgesehen von unserem täglichen Leben und Arbeiten in dieser schönen Stadt sind wir natürlich als Politiker und Politikerinnen sehr oft mit den Meinungen, Anliegen, ja auch mit den Sorgen der Menschen in dieser Stadt konfrontiert. Manchmal sind es die sogenannten Kleinigkeiten: ein Schlagloch, ein kaputtes Klettergerüst auf einem Kinderspielplatz, ein komplizierter Amtsweg. Bei diesen sogenannten Kleinigkeiten können wir oft rasche, sehr pragmatische Lösungen finden.

Aber in den vergangenen Jahren, insbesondere wieder in den vergangenen Monaten, sind die Menschen auf Grund der globalen sozialen Lage sehr verunsichert. Es ist dies die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, die, das muss man immer wieder sehr deutlich sagen, verursacht wurde von Spekulanten, die innerhalb eines maßlosen, unregelmäßigen Finanzsystems agiert haben, und leider auch von Rating-Agenturen, die keine Verantwortung für die Folgen ihres Tuns tragen müssen und schon gar nicht demokratisch legitimiert agieren.

Wir befinden uns also, sehr geehrte Damen und Herren, in einer schwierigen Situation. Es liegen schwierige Zeiten vor uns. Wien hat sich stets bemüht, die Auswirkungen der Krise zu bekämpfen. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, es ist höchst an der Zeit, nicht allein die Symptome, sondern die Ursache der Krise zu bekämpfen.

Die Ursachen der Krise sind nicht die Menschen, die angeblich über ihre Verhältnisse gelebt haben, wie es uns so gerne suggeriert wird. Es ist auch nicht die öffentliche Hand, die angeblich generell und überall Schulden macht. Wir in Wien beispielsweise haben in wirtschaftlich guten Zeiten bis zum Ausbruch der Krise im Jahr 2008 Schulden zurückbezahlt.

Die Ursache der Krise, sehr geehrte Damen und Herren, ist ein völlig außer Rand und Band geratenes Finanzsystem, mit verantwortungslosen Akteuren, eines, das mit und von Spekulation gelebt hat. Ja, ich verstehe die Verunsicherung der Menschen, wenn sie in der Zeitung lesen und sich wundern, dass eine Rating-Agentur aus Versehen – ja, Sie haben richtig gehört: aus Versehen! – eine Wirtschaftsmacht wie Frankreich für kurze Zeit „downgraded“, wie es dann so schön heißt, also abwertet, und das ohne jede Konsequenz für die Agenturen!

Ich bin da ganz der Meinung von Arbeiterkammerpräsident Tumpel, der sich erst letzte Woche dazu geäußert hat und gesagt hat, es kann nicht sein, dass Rating-Agenturen eine quasi-amtliche Stellung zugebilligt wird und dass sich verschiedene Institutionen auf das Gütesiegel einer völlig privaten Firma verlassen.

Es ist an der Zeit, dass diesen Vorgängen ein Riegel vorgeschoben wird; und der Vorstoß auf europäischer Ebene, da strengere Vorgaben zu machen, ist sehr notwendig. Die Vorschläge, die Binnenmarktkommissar Barnier dazu gemacht hat, sind gut, werden allerdings im Moment schon wieder verwässert.

Eine absolute Notwendigkeit in der Bekämpfung des Spekulantentums in Europa ist die Finanztransaktionssteuer, sehr geehrte Damen und Herren. Dabei geht es darum, vor allem bei häufigen, schnellen Transaktionen, bei großen Summen, die verschoben werden, einerseits über den Steuerertrag einen Beitrag zur Bekämpfung der Krisenfolgen zu erzielen, und zwar von denen, die auch für die Krise verantwortlich sind. Es geht aber auch darum, Spekulation uninteressant zu machen, also einzudämmen und damit Krisenursachen zu bekämpfen.

Weiters brauchen wir ein gerechtes Steuersystem. Es kann nicht sein, dass die Reichen in der Krise immer reicher werden und die Vermögensverteilung immer ungerechter. Ende 2010 hat die Anzahl der Personen, die ein frei verfügbares Vermögen von über einer Million Dollar besitzen, bereits das Vorkrisenniveau überschritten.

Die Superreichen sind reicher geworden, und die Zeche zahlt die große Masse der Menschen. Das ist nicht nur ungerecht, unfair und sozial verantwortungslos, es ist auch eine wirtschaftliche Sackgasse. Wir sehen tagtäglich, wie die Realwirtschaft unter dieser Krise leidet. Darum bekämpfen wir nicht nur die Symptome der Krise, sondern auch deren Ursache. Das kann nur gemeinsam und europaweit gelingen, denn jawohl, wir sind alle gefordert bei der Bekämpfung der Krise und bei der Bewältigung der Krisenfolgen mitzumachen.

Wir bekennen uns daher zu den Zielen einer Schuldenbremse, und wir haben uns mit dem Stabilitätspakt auch bisher schon bereit erklärt, unseren Beitrag zu leisten. Aber eines gebe ich zu bedenken: Mit der Schuldenbremse bekämpfen wir nicht die Krise und auch nicht die Ursachen der Krise. Um deren Ursachen zu bekämpfen, brauchen wir strengere Regeln für das Finanzsystem und müssen die Möglichkeit zur Spekulation einschränken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Die internationale spekulative Finanzwirtschaft, die völlig außer Kontrolle geraten war, soll Unterstützerin der Realwirtschaft sein – und nicht deren Totengräber.

Es gilt, da sehr sorgsam hinzuschauen und nicht alle über einen Kamm zu scheren. Man muss in der Diskussion um die Banken unterscheiden: Es gibt einerseits jene, die der Realwirtschaft dienen, die Kleinkredite vergeben, den einfachen Häuselbauer unterstützen, die KMUs, also die Klein- und

Mittelunternehmen bei den Investitionen unterstützen; andererseits gibt es die Investmentbanker. Diese Bereiche gehören streng getrennt.

Wenn jemand sein Geld spekulativ einsetzen möchte, wenn sich jemand dieses Risikos bewusst ist und es ihm vielleicht wert ist, soll er das tun; aber die Spekulation darf keinesfalls mit dem mühsam ersparten Geld am Sparbuch der Oma getätigt werden.

Natürlich, es gibt ein Bekenntnis zu einer Verringerung und zu einem Zurückzahlen der Schulden. Wir wollen und werden die Gelder, die wir aufnehmen mussten, um während der Krise durch Aufträge Arbeitsplätze zu sichern, wieder zurückzahlen. Wien hat das in den Jahren vor 2009 bewiesen. Die antizyklische Budgetpolitik lässt sich in Wien sehr genau beweisen. Wir haben, bevor die Krise begonnen hat, Geld zurückbezahlt und in der Krise Geld aufgenommen. Das unterscheidet uns von vielen anderen. Das hat uns aber auch befähigt, in extrem schwierigen Jahren Geld sehr günstig aufzunehmen, um entsprechende Maßnahmen setzen zu können.

Mit diesem Geld hat Wien gegen die Krise angekämpft. Durch eine Steigerung der nachfragewirksamen Ausgaben, durch verstärkte Anstrengungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, durch höhere Ausgaben im Bereich der Forschung, durch Aktivierung der städtischen Unternehmungen und Investitionen, die Private nicht im selben Ausmaß getätigt haben, wurde kompensiert. Diese Pakete haben Wien sicher durch die Krise gesteuert und werden das auch in nächster Zeit tun.

Wir gehen den Weg von Investition und Konsolidierung, und dieses Budget, das ich Ihnen heute vorlege, ist der Beweis dafür. Wir stärken weiter die Wirtschaft und arbeiten gleichzeitig effizienter und dadurch sparsamer. Mir ist eines dabei ganz wichtig: Wien spart strukturell, nicht kosmetisch. Was sind denn die plakativen Beispiele, die man andernorts über das Sparen hört? Wohnungen werden nicht gebaut, Schulen werden nicht renoviert, das Öffi-Netz wird nicht ausgebaut. Das sind kurzfristige Maßnahmen, die auf Kosten von Lebensqualität und Arbeitsplätzen gehen, und das ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten fatal.

Wien wird trotz eines Mehr an Investitionen andere und bessere Einsparungen treffen.

Erstens: Wir setzen strukturelle Reformen, die über die Zeit laufend Mittel frei werden lassen, um neue Investitionen tätigen zu können. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist das Wiener Spitalskonzept, auf das ich später noch eingehen werde.

Zweitens: Der große Bereich der Wirtschaftsförderung wird derzeit evaluiert – ein Beispiel dafür, wie die Stadt und ihre Leistungen querdurch effizienter werden können. Wobei es da nicht um Leistungskürzungen mit dem Rasenmäher, sondern um Optimierung geht. Und: Wir sind bei der Wirtschaftsförderung Schritt für Schritt auf das Vorkrisenniveau zurückgegangen, sparen speziell im nächsten Jahr bei der Garagenförderung, da wir sehen,

dass es da genügend Private gibt, die auch ohne Hilfe der Stadt Investitionen tätigen.

Drittens: Wien spart in der Verwaltung mit sehr innovativen Projekten. Mit Einführung von SAP werden Prozesse schneller, transparenter und damit kostengünstiger. Das E-Government wird ausgebaut. In der Finanz zum Beispiel bedeutet das, dass Bürger und Bürgerinnen in Zukunft online ihre Verbindlichkeiten, von Gebühren bis – das gibt es leider auch – eventuellen Strafen, abfragen und zahlen können. Das ist bürgernäher, effizienter und damit billiger. Unser Ziel ist das papierlose Büro, und da sind wir schon sehr weit. Wir errichten zum Beispiel ein Scan-Zentrum, in dem alle Rechnungen an die Stadt zentral eingescannt und elektronisch verarbeitet werden.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen, die zeigen, dass Wien in der Verwaltungsreform nicht nur redet, sondern sie umsetzt, effizienter und damit sparsamer. Wien hat auch die Personalaufnahme eingefroren. Wenn wir von den notwendigen Personalaufstockungen im Bereich der Kinderbetreuungen im Sozialen absehen, wurde genau eine Person mehr bei diesen vielen, vielen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aufgenommen.

Fünftens, sehr geehrte Damen und Herren: Es gibt keine Erhöhung der Politikerbezüge in Wien im nächsten Jahr.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in Wien einen ganz klaren Konsolidierungskurs, der im Jahr 2016 ein Budget mit einer schwarzen Null vorsieht. Bis dahin werden wir ein klares Konzept haben, das wir vorgelegt und schon diskutiert haben, das die Neuverschuldung schrittweise zurückführt, aber gleichzeitig die wichtigen Investitionen zulässt.

Wir bekennen uns daher zur Schuldenbremse und sind nicht nur in Zukunft bereit, unseren Beitrag zu leisten, sondern haben das durch den Abschluss des Stabilitätspakts auch schon bewiesen. Die Schuldenbremse darf aber nicht dazu führen, dass die öffentliche Hand nicht mehr investieren kann. So eine Schuldenbremse würde der öffentlichen Hand, die gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gegensteuern und für Hilfe sorgen muss, die Hände binden.

Es ist kein Zufall, sehr geehrte Damen und Herren, dass Österreich die geringste Arbeitslosigkeit in Europa hat, und es ist kein Zufall, dass Wien wirtschaftlich gesehen in Europa so gut dasteht. Die öffentliche Hand hat in der Wirtschaftskrise – das haben die Experten und Expertinnen mehrfach konzidiert, das Schlimmste verhindert, und gerade da haben die Länder und die Kommunen einen ganz, ganz wichtigen Beitrag geleistet.

Wir haben viel investiert. Trotzdem ist ein Großteil der Schuldenlast auf Bundeseite. Auf 1 EUR Schulden, die die Länder alle gemeinsam genommen haben, kommen 9 EUR Schulden, die der Bund hat. Oder wenn wir die übliche Methode zur Hand nehmen, nämlich die Verschuldung nach der Wirtschaftsleistung zu berechnen, so ist Wien mit 4 Prozent des Bruttoregionalproduktes verschuldet, der Bund hingegen mit 73. Man muss bei der Diskussion um die Schuldenbremse also schon sehr deutlich zeigen, wer

hier primär seine Hausaufgaben zu machen hat.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, Wien bekennt sich zu den Zielen der Schuldenbremse, aber wir müssen handlungsfähig bleiben. Die Länder und Kommunen müssen in Krisen und bei Katastrophen rasch und pragmatisch der Bevölkerung helfen können; vor allem, wenn es um strukturelle Maßnahmen geht, zum Beispiel im Bereich der Versorgung.

Es kann nicht sein, dass sich Länder beziehungsweise dass sich Wien das Budget vom Bund genehmigen lassen muss und damit handlungsunfähig wird. Das ist nicht im Interesse der Länder und Kommunen und schon gar nicht im Interesse der Wiener und Wienerinnen. Wir sagen Ja zur Schuldenbremse bei einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe, wir sagen Ja zur Konsolidierung – diesen Weg hat Wien ja schon eingeschlagen –, aber ein klares Nein zur Handlungsunfähigkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie steht Wien denn nun nach dieser massiven Unterstützung der öffentlichen Hand da? – Gut, Wien steht sehr gut da. Das sagen nicht wir, denen man immer Parteilichkeit vorwirft, sondern das beweist eine Untersuchung des Österreichischen Instituts für Raumplanung. Sie erinnern sich vielleicht an die Graphik, die jüngst in „Der Standard“ veröffentlicht wurde, wo Wien im regionalen Vergleich, im europäischen Ranking exzellent dasteht.

Während schon Österreich im internationalen Vergleich relativ gut dasteht, in dieser Statistik wird es jetzt als nur moderat gefährdet bezeichnet, gibt es in dieser Statistik einen Punkt, der herausleuchtet, und das ist Wien: mit der absolut bestmöglichen Wertung, die es in diesem Ranking geben kann, als Topperformer in der globalen Wirtschaft bis 2020.

Dieses Budget, das wir heute diskutieren, ist die Basis für Maßnahmen, die dafür sorgen, dass diese Spitzenplatzierung bleibt – auch wenn die Krise, das kann man gar nicht oft genug sagen, nicht vorbei ist und wir im nächsten Jahr von einer sich eintrübenden konjunkturellen Situation ausgehen müssen.

Dieser Budgetvoranschlag, sehr geehrte Damen und Herren, basiert auf den Konjunkturprognosen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 30. September 2011. Das WIFO geht davon aus, dass die heimische Wirtschaft im nächsten Jahr, die Zahl ist bekannt, um 0,8 Prozent wachsen wird, die wirtschaftliche Expansion des letzten Jahres schwächt sich ab. Auch das Institut für Höhere Studien, IHS, geht von ähnlichen Zahlen aus, und gerade am Arbeitsmarkt haben wir das in den letzten Wochen ja leider deutlich sehen müssen.

Die Rahmenbedingungen werden also auf Grund der globalen wirtschaftlichen Entwicklung schwierig bleiben, darüber sind sich die Experten und Expertinnen – fast ist man versucht zu sagen, leider – einig.

Gleichzeitig können wir, sehr geehrte Damen und Herren, nach den enormen Ausfällen der Einnahmen aus Ertragsanteilen in den letzten 3 Jahren – Sie wissen, mehr als 1 Milliarde EUR – fürs Erste wieder mit zunehmenden Einnahmen rechnen, die wir auch

dringend brauchen, um weiterhin in die zentralen Aufgaben und Bereiche unserer Stadt zu investieren.

Die Einnahmen von 11,3 Milliarden EUR werden dazu verwendet, um die Investitionskraft der Stadt beizubehalten, sie werden für die Sicherheit und die Lebensqualität der Menschen verwendet.

Daher hat das Budget 2012 klare Schwerpunktsetzungen: Gesundheit und Soziales, Kinderbetreuung und Bildung, Arbeit und Wohnen. Das sind auf den ersten Blick Schlagworte, für die Wiener und Wienerinnen sind es aber sehr konkrete Beispiele in ihrem täglichen Leben; denn es sind die Beispiele für die Leistungen der Stadt, die die Wiener und Wienerinnen brauchen.

Wenn wir in diese Bereiche investieren, investieren wir in die Zukunft und in das hohe Niveau der Daseinsvorsorge. Aber auch in anderen Bereichen wurde das Budgetniveau moderat erhöht – um die Investkraft zu stärken, weil wir davon ausgehen, dass wir das im nächsten Jahr brauchen werden.

Um da seriös und solide arbeiten zu können, wurde mit dem Valorisierungsgesetz eine Grundlage geschaffen, um bei den Gebühren der Stadt, die in der Vergangenheit oft vorgekommenen großen Preissprünge zu vermeiden und der Wirtschaftsentwicklung angepasste Erhöhungen vorzunehmen.

Es ist klar, dass Gebührenerhöhungen niemandem Freude machen; aber in Wien ist garantiert, dass diese Einnahmen nicht wie bei internationalen privatisierten Beispielen – Stichwort: Wasserversorgung in London – in private Taschen fließen und die Versorgung verrottet, in Wien wird jeder Cent in der Daseinsvorsorge für die Wiener und Wienerinnen investiert.

Mit der vor Kurzem beschlossenen Tarifreform bei den Wiener Linien zeigen wir aber auch, dass wir bei den Tarifen sehr differenziert vorgehen, denn diese Tarife bei den Wiener Linien wurden gesenkt. Gleichzeitig bleibt aber die Investitionskraft der Wiener Linien gesichert, für neue Wägen, für die Sicherheit, um eben das Service der von den Wienern und Wienerinnen sehr geliebten Öffis in gewohnter Art und Weise beizubehalten.

Wien, sehr geehrte Damen und Herren, ist die einzige Millionenstadt Europas, die Tarife senkt, um für die Kunden und Kundinnen attraktiv zu bleiben, um noch mehr Menschen zum Umsteigen auf die Wiener Linien zu bewegen *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*; denn da geht es nicht nur um eine Infrastruktur, sondern um den Umweltschutz und die Zukunft der Stadt.

Mit dieser Tarifreform wurde geschafft, dass man um 1 EUR pro Tag mit den Öffis fahren kann, wobei SchülerInnen, StudentInnen und SeniorInnen das weiterhin noch viel günstiger tun. Gleichzeitig wurde auch die Möglichkeit geschaffen, das U-Bahn-Netz auszubauen, neue Waggons bei einer Wiener Firma zu bestellen und damit 600 Arbeitsplätze zu sichern. Das ist der Wiener Weg, sehr geehrte Damen und Herren: sozial, ausgewogen und wirtschaftlich grundsolide. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! So wichtig die Frage der Investitionen ist, um verantwortungsvolle

Budgetpolitik zu machen, ist es auch wichtig, nach derartigen Rekordausgaben und Rekordinvestitionen den Weg der Konsolidierung einzuschlagen und konsequent fortzusetzen.

Wien wird die umfassenden Bemühungen in Richtung ausgeglichenes Budget der Jahre 2015, 2016 beibehalten. Der prognostizierte administrative Abgang für das jetzt vorgelegte Budget wurde schon daher auf 401,49 Millionen EUR reduziert und ist damit um 220 Millionen EUR geringer als im Vorschlag 2011.

Wir halten damit an unserem Kurs fest, 2015, 2016 wieder damit zu beginnen, Schulden zurückzuzahlen, wie wir das in Wien ja seit der Jahrtausendwende bis zum Ausbruch der Krise auch wirklich getan haben.

Dass wir sehr verantwortungsvoll mit unserer Verschuldung umgehen, beweisen ganz deutliche Zahlen. Es war vor Kurzem deutlich in einer großen Tageszeitung zu sehen, die Statistik darf ich in Erinnerung rufen: Wien und Tirol haben die geringste Pro-Kopf-Verschuldung Österreichs. Ich habe vorhin schon gesagt: Wien hat, gemessen an der Wirtschaftsleistung, eine Verschuldung von nur 4 Prozent. Wien erreicht damit die Vorgaben des innerösterreichischen Stabilitätspakts.

Wien wird nicht nach der Rasenmähermethode kaputtgespart, sondern Wien wird einen vernünftigen Konsolidierungskurs weitergehen und gleichzeitig notwendige zukunftsorientierte Investitionen zulassen. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, unsere Aufgabe als Stadtregierung ist es natürlich auch, Unsicherheiten bei den Menschen auszuräumen, Sorgen ernst zu nehmen, zu begegnen und, wenn möglich, zu zerstreuen.

Wenn jetzt in Österreich allorts diskutiert wird, wie sehr die öffentliche Hand verschuldet ist, dann kann ich die Wiener und Wienerinnen beruhigen: Der Schuldenstand Wiens erreicht durch die höheren Ausgaben für Investitionen und die nach wie vor geringeren Einnahmen aus den Ertragsanteilen Ende 2011 ein Niveau von 3,99 Milliarden EUR – nebenbei bemerkt: inklusive Wohnbaurdarlehen von fast 500 Millionen EUR, denen ja entsprechende Rückflüsse gegenüberstehen.

Ich weiß, sehr geehrte Damen und Herren – da sehe ich ein bisschen hinauf zu den verehrten Kollegen der Presse –, ein prognostizierter Schuldenstand von fast 4 Milliarden EUR macht natürlich eine gute Schlagzeile; aber ich möchte Sie bitten, mir bei einem Rechenbeispiel zu folgen, das diesen Schuldenstand in eine Relation stellt, die sich auch die Wiener und Wienerinnen vorstellen können.

Die Verschuldung Wiens von fast 4 Milliarden EUR bei einem Finanzhaushalt von 11,4 Milliarden EUR ist so, als würde ein durchschnittlicher österreichischer Haushalt, der 30 000 EUR pro Jahr verdient, Schulden von 10 000 EUR haben, es ist also eine absolut überschaubare und bewältigbare Höhe. Dabei – und das ist zentral – wurden diese 10 000 EUR von diesem privaten österreichischen Haushalt nicht verjuxt. Das war nicht nötig, weil die Familie auf Luxusurlaub gefahren ist

oder jeden Tag in ein Toprestaurant essen gegangen ist; sondern die Familie hat eine neue Küche gekauft, das Auto reparieren lassen und vielleicht haben sie auch noch Verwandten geholfen, die unverschuldet in Not geraten sind.

Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist Wien. Denn auch in Wien haben wir in bleibende Werte und in die Menschen investiert. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wer, wenn nicht die Stadt, soll in einer Krisensituation handeln, um die Wirtschaft zu stärken und die ArbeitnehmerInnen zu unterschützen? Deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir es auch weiterhin tun. Es ist notwendig, in allen Bereichen Investitionen zu tätigen, um eben die so wichtige Nachfrage weiter anzukurbeln. Die Gesamtinvestitionen der Stadt und der Unternehmungen und Betriebe der Stadt steigen daher im Vergleich zum Voranschlag 2011 auf 2,68 Milliarden EUR. Ebenso deutlich steigen auch die nachfragewirksamen Ausgaben auf 4,42 Milliarden EUR. Das sind Ausgaben im öffentlichen Nahverkehr, bei der Gebäudesanierung, beim Ankauf von Maschinen und Fahrzeugen, Wartungsarbeiten im Bereich der Straßen, also die alltägliche Arbeit unserer Stadt.

Diese Ausgaben kurbeln die Wirtschaft an, und dabei werden auch bleibende Werte geschaffen. Es sind Investitionen zur konjunkturellen Belebung und gleichzeitig Investitionen in die Zukunft. Ein großer Teil der Budgetmittel wird 2012 in das ganz wichtige, weil so beschäftigungsintensive Bau- und Baunebengewerbe fließen, wobei da die Ausgaben mit 1,74 Milliarden EUR wieder deutlich höher sind als in den letzten Jahren.

Wien will mit diesen Mitteln ganz bewusst Arbeitsplätze sichern und mit großen Bauprojekten Neues schaffen. Dazu zählt der U1-Ausbau in Richtung Süden, der U2-Ausbau zur Seestadt Aspern, die rege Bautätigkeit – man muss nur vorbeischaun und sehen, was sich da tut – im Bereich des Hauptbahnhofs Wien, die Sanierungen im Bereich der Gemeindewohnungen und der Schulen sowie innovative Projekte wie zum Beispiel der Bau des größten Geothermiekraftwerks Österreichs.

Aber das sind nicht die einzigen Maßnahmen, sehr geehrte Damen und Herren, die der Wiener Wirtschaft und dem Wiener Arbeitsmarkt dienen. Im Budgetvoranschlag 2012 werden die Anstrengungen, die die einzigartige ergänzende städtische Arbeitsmarktpolitik leistet, deutlich, nämlich in Form von Unterstützungen und Beratungsleistungen für den WAFF, den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds.

Wer diese Leistungen noch immer in Frage stellt, soll einmal mit den 28 000 Wienern und Wienerinnen reden, die durch die Leistungen und das Service des WAFF im vergangenen Jahr endlich wieder eine berufliche Perspektive haben, die durch den WAFF einen Bildungsabschluss bekommen haben und damit deutlich weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Für all diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Stadt Wien stehen 2012 wieder 58 Millionen EUR zur

Verfügung. Ein zentraler Schwerpunkt der Wiener Arbeitsmarktpolitik ist und bleibt die Wiener Ausbildungsgarantie für Jugendliche. Vor einigen Wochen haben wir – einige KollegInnen des Gemeinderates waren ja dabei – den ersten AbsolventInnenlehrgang der überbetrieblichen Lehrausbildung im Wiener Volksgarten gefeiert. Solche Anlässe machen sehr deutlich, was Kommunalpolitik leisten kann.

Da trägt die Maßnahme ganz entscheidend zur Zukunft einer Generation und damit der ganzen Stadt bei. Da wird niemand zurückgelassen. Wer bezweifelt, dass sich das auszahlt, dass rund 4 000 junge Menschen in überbetrieblichen Lehrwerkstätten eine gute Ausbildung für ihre persönliche Zukunft und auch eine Absicherung erhalten, der möge nach Spanien schauen. Dort spricht man nämlich schon von einer verlorenen Generation – anlässlich einer Arbeitslosenrate der 19- bis 25-Jährigen jenseits der 40 Prozent.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ausbildungsgarantie in Wien, gemeinsam mit Sozialminister Hundstorfer, bleibt. Auch 2012 gilt: Jede betriebliche Lehrstelle wird aus öffentlichen Mitteln unterstützt, um die Wirtschaft nicht aus der Verantwortung zu nehmen, sondern, ganz im Gegenteil, sie mit an Bord zu nehmen im gemeinsamen Kampf gegen die Krise und die Arbeitslosigkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe vorher gesagt, ich möchte bei dieser Budgetpräsentation keine unendliche Zahlenreihe präsentieren, sondern anhand der Schwerpunkte zeigen, wie diese Mittel direkt für die Menschen eingesetzt werden, wie die Investitionen für ein lebenswertes Wien sorgen.

Leistungen, auf die wir gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders gut achten, sind jene des Gesundheits- und Sozialwesens. Die Ausgaben und Investitionen im Bereich Gesundheit und Soziales steigen im Vergleich zum letzten Jahr auf fast 3 Milliarden EUR und sind damit wieder der größte Budgetposten. Wien kann stolz sein auf ein engmaschig geknüpftes Netz an Sozialleistungen, die jenen zugute kommen, die es am Nötigsten haben; wobei Menschen geholfen wird, wo es notwendig wird, sie aber aktiviert werden, wo es möglich ist.

Ja, die Finanzierung der Wiener Mindestsicherung bringt in Zeiten wie diesen große Ausgabensteigerungen. Aber wir sind ganz überzeugt davon, dass die Mindestsicherung dort hilft, wo sie benötigt wird, den Menschen eine gute Absicherung und gleichzeitig Aktivierung bietet. Die Zahlen beweisen das. Wien ist besonders stolz darauf, mit 203 EUR die höchste Mindestsicherung für Kinder in ganz Österreich zu haben, weil gerade Familien mit mehr Kindern oft besonders belastet sind. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Von besonderer Bedeutung im Bereich Soziales ist auch die weitere Umsetzung des Wiener Geriatriekonzeptes. Auch da werden die Wiener und Wienerinnen im nächsten Jahr ganz konkret in den

Bezirken sehen, wie die Stadt investiert und welche bleibenden Werte geschaffen werden, wenn nämlich die Pflégewohnhäuser Innerfavoriten, Simmering und Liesing besiedelt werden und wenn man beim Besuch der Bewohner und Bewohnerinnen sehen kann, welche hohe Qualität an Versorgung die Stadt Wien dort bietet.

Jawohl, das Gesundheits- und Sozialwesen ist teuer. Die Ausgaben in den nächsten Jahren werden allein schon auf Grund der demographischen Entwicklung weiter steigen. Wien zeigt aber gerade in diesem Bereich, dass dieser Entwicklung kein Kaputtsparen entgegengehalten wird und keine Privatisierung, sondern strukturelle Reformen.

Das Wiener Spitalskonzept 2030 ist richtungsweisend und eine Jahrhundertreform. Wien setzt dabei unter anderem auf die Modernisierung der Infrastruktur sowie auf die Konzentration der städtischen Spitäler in sieben zentrale Spitalsorganisationen, auch um die Betriebskosten zu senken.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Allein durch die Übersiedlung der Standorte SMZ-Sophienspital und Kaiserin-Elisabeth-Spital werden jährliche Betriebskosten von 28 Millionen EUR frei. Das ist ein ganz konkretes Beispiel dafür, wie vernünftig und strukturell gespart wird. Diese frei gewordenen Mittel, die nicht in den alltäglichen Betrieb laufen, gehen in Investitionen und damit wieder in das vorhin angesprochene beschäftigungsintensive Baugewerbe. Um bei diesem einen Beispiel zu bleiben: Diese frei gewordenen Mittel gehen einerseits in den Rohbau für das Krankenhaus Nord, in den Wirtschaftshof im Kaiser-Franz-Josef-Spital oder in das neue Mutter-Kind-Zentrum und OP-Zentrum in Favoriten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein weiteres Thema, das die Wiener und Wienerinnen ganz direkt betrifft, so direkt wie kaum eines, ist der Bereich des Wohnens. Dass Wien mit über 500 000 Gemeindewohnungen und vielen geförderten Wohnungen einen für eine Metropole weltweit einzigartigen Weg geht und auch niemals dieses Eigentum an Private verkauft hat, kommt den Menschen zugute. Quer durch die Stadt verstreut gibt es leistbaren Wohnraum, und nicht eine Situation wie in London oder Paris, wo die Durchschnittsverdiener schon längst außerhalb der Stadt wohnen müssen.

Die Investitionen in den Wohnbau steigen in diesem Voranschlag wiederum deutlich an. Vor allem für den geförderten Neubau und die Sanierungen stehen mehr Mittel zur Verfügung. Investitionen in den Wohnbau sind zum einen sehr nachfragewirksam, zum anderen aber natürlich ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität in dieser Stadt durch leistbares Wohnen.

Wien legt 2012 übrigens einen Schwerpunkt auf supergeförderte Wohnungen. 2012 wird mit der Realisierung der ersten Projekte aus der Wohnbauinitiative begonnen. Diese umfasst insgesamt etwa 6 250 Wohneinheiten, wobei einerseits Grundstücke eingebracht werden, andererseits Bauträger mit Darlehen unterstützt werden. Ferner werden 8 000 Wohneinheiten von Wiener Wohnen mit der eingeschlagenen Sanierungsoffensive entsprechend

verbessert. Die Wohnungen werden verbessert, Arbeitsplätze werden gesichert, aber es ist natürlich auch ein ganz wichtiger Schritt zum Umweltschutz.

Lassen Sie mich dazu einen Sidestep machen. Wien hat, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weiterhin für eine rege Bautätigkeit sorgen zu können, fast eine halbe Milliarde an günstigen Darlehen aufgenommen, um diese dann an die Wohnbauträger weiterzugeben. Natürlich schlägt sich auch das im Schuldenstand nieder, aber dafür entsteht leistbarer Wohnraum in einer Topwirtschaftsregion und Arbeitsplätze werden gesichert und geschaffen. Das tut Wien. Während Wien mit der Wohnbauinitiative und dem Wohnbaudarlehen Wohnungen baut, haben andere das Familiensilber verscherbelt, noch dazu mit dem schrecklichen Verdacht, sich dadurch bereichert zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein ganz wichtiges Thema, das ich nicht unerwähnt lassen möchte, weil es meiner Meinung nach ein zentrales Zukunftsthema aus sozialer, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Sicht ist, ist der Bereich Bildung. Dementsprechend ist es auch einer der absoluten Schwerpunkte dieses vorliegenden Budgets. Die Ausgaben für diesen Bereich steigen also wiederum sehr stark an.

Wenn man es seit dem Jahr 2009 vergleicht, wenn wir uns das Beispiel Kinderbetreuung anschauen, so haben sich da im letzten Jahrzehnt die Ausgaben sogar verdoppelt, nämlich auf nunmehr 588,92 Milliarden EUR. Wenn der Personalstand in dieser Stadt – ich habe das vorher am Rande schon erwähnt – sehr moderat, um 189 Personen steigt, so geht ein ganz, ganz großer Teil davon in die Betreuung der Jugendlichen, und ein ganz, ganz großer Teil geht in die Betreuung der Kinder in den Kindergärten.

Natürlich kostet diese Leistung, eben diese qualitätvolle Betreuung, Geld, aber mit dem Gratiskindergarten, sehr geehrte Damen und Herren, entlasten wir den Mittelstand und investieren in die Bildung unserer Kinder und damit in die Zukunft unserer Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das ist auch einer jener Schwerpunkte, den die Wiener und Wienerinnen ganz konkret sehen: Einerseits merken Menschen mit Kindern, dass in ihrem Geldbörstel mehr Geld übrig bleibt, andererseits werden die Menschen in den Bezirken konkret sehen, wenn die Schulsanierung voranschreitet, wenn die fünfte Tranche des Wiener Schulsanierungspaketes ausbezahlt wird.

Wien investiert in die Zukunft der Jungen: mit der Modernisierung der Schulen, mit den Neuen Mittelschulen, mit den Ganztagschulen, mit dem Campus, der ausgebaut wird, mit neuen Krippenplätzen. Da wird unendlich viel investiert, denn die Stadt wächst, und die Investition in die Bildung der Kinder ist die allerwichtigste Investition in die Zukunft.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich als letzten Schwerpunkt, der für mich als Wirtschaftsstadträtin ganz besonders wichtig ist, noch ansprechen, was wir tun, um den Wirtschaftsstandort langfristig zu sichern. Da gilt es, den kleinen und

mittleren Unternehmungen, die vorwiegend in Wien angesiedelt sind, bestmöglich unter die Arme zu greifen; genauso wie es wichtig ist, internationale Topunternehmungen anzusiedeln, um Leuchtturmprojekte zu bekommen, um auch große Betriebe anzuziehen.

113 internationale Unternehmungen haben sich allein 2010 in Wien angesiedelt, haben 600 Arbeitsplätze geschaffen, und lassen Sie mich eines erwähnen: Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten überlegen sich die Firmen ganz genau, wo sie hingehen, wo sie ihre Niederlassungen gründen, wo sie ihre Headquarters ansiedeln. Warum diese Entscheidung immer wieder auf Wien fällt, haben wir natürlich in den entsprechenden Umfragen genau abgetestet. Es ist eine Vielzahl von Gründen.

Natürlich liegt es vor allem an unserer zentralen Lage, im Herzen Europas, an dieser Schnittstelle zwischen Ost und West, aber sehr stark auch an den maßgeschneiderten Wirtschaftsförderungen dieser Stadt, nämlich an der Ansiedlungsförderung und an der Technologieförderung. Es liegt aber auch an den hochqualifizierten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, auf die die Betriebe hier zurückgreifen können und, ganz wichtig, an der topausgebauten Infrastruktur, vom Flughafen über den öffentlichen Nahverkehr bis zum Hafen.

Dass sich Firmen für Wien entscheiden, liegt auch an etwas, das für uns eine Selbstverständlichkeit ist, aber für viele internationale Unternehmungen, die das hier sehr schätzen, nicht: Ich meine die Rechtssicherheit, die der Umgang mit Ämtern und Behörden in dieser Stadt bietet, und generell die Sicherheit, mit der sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch Wien bewegen können.

Nicht zuletzt von Bedeutung sind auch das kulturelle Angebot, die Freizeitmöglichkeiten, die Naherholungsangebote, kurz, die Lebensqualität, die in dieser Stadt vorherrscht; und eines muss, denke ich, auch einmal gesagt werden: Diese Lebensqualität ist wichtig für die Wiener und Wienerinnen, sie ist aber auch ein ganz, ganz zentraler wirtschafts- und ansiedlungspolitischer Faktor.

Wir versuchen daher gezielt, große Projekte in Wien mit privaten Partnern und Partnerinnen weiterzuentwickeln und diese beschriebene Dynamik in verschiedenen Clustern voranzutreiben. Einige Beispiele: der Wirtschaftspark Breitensee in Penzing, STAR 22 in der Donaustadt, Neu Marx im 3. Bezirk sowie die Seestadt Aspern. Das sind alles zukunftsweisende Projekte, die mitten in den Bezirken entstehen, neue Chancen bringen, neue Grätzln entstehen lassen und zeigen, dass sich Wien dynamisch weiterentwickelt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Budget – bei dieser Gelegenheit wird das immer wieder gesagt, aber es stimmt schlicht und einfach – ist nichts anderes als in Zahlen gegossene Politik. Die Wiener Stadtregierung stellt dabei den Menschen in den Mittelpunkt. Das zeigen die geplanten Ausgaben für Gesundheit und Soziales, Bildung, Kinderbetreuung und den Arbeitsmarkt.

Ja, es sind jetzt schwierige Zeiten. Ich verstehe die Ängste, die viele Menschen haben. Nicht alle Probleme werden sofort und ohne Schwierigkeiten lösbar sein. Wir werden jedenfalls permanent daran arbeiten müssen, auf komplexe Fragen Antworten zu finden, die Sorgen den Menschen bestmöglich abzunehmen. Das passiert in Wien, sehr geehrte Damen und Herren, nicht mit hohlen Worten oder Schaumschlägerei, nicht mit Hetzparolen oder falschen Versprechungen, sondern mit wertorientierten, seriösen, handfesten Taten, auf die sich alle verlassen können, die die Wiener und Wienerinnen im nächsten Jahr selbst überprüfen können: Wenn die U1 und die U2 verlängert werden und man damit bequem durch die Stadt fahren kann, wenn Pflegewohnheime von älteren Mitbürgern besiedelt werden können und wir sie dort besuchen können, wenn die Jungen dank einer Ausbildungsgarantie einen Schul- oder Lehrabschluss vorweisen können, wenn neue Wohnungen gebaut werden und sich die ersten Wiener und Wienerinnen dafür anmelden können, wenn die Wiener Kinder gratis im Kindergarten die beste Grundlage für ihr Leben bekommen, wenn die Frauen dank der Kinderbetreuungseinrichtung in Wien Beruf und Familie besser vereinbaren können und der Einkommensunterschied – obwohl uns allen immer noch zu hoch, aber jedenfalls – der geringste in ganz Österreich ist, wenn das Gesundheitswesen leistbar bleibt und die Qualität steigt, wenn sich neue Firmen ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen, wenn die Parks sauber sind und die Naherholungsgebiete von allen genutzt werden, und wenn die vielen Kulturangebote nicht nur die Wiener und Wienerinnen, sondern auch die Touristen und Touristinnen, die wohl nicht zufällig im Rekordausmaß nach Wien kommen, begeistern.

Sehr geehrte Damen und Herren! Unsere Arbeit dient den Wienerinnen und Wienern. Wenn ich hier stichwortartig aufgezählt habe, was im nächsten Jahr alles passieren wird, kann ich den Wienern und Wienerinnen garantieren, dass Wien auf wirtschaftlich stabilen, gesunden Beinen steht, die Mittel effizient und sorgsam verwendet werden und die Leistungen in bewährter Form gesichert bleiben.

Die Stadt mit all ihren vielfältigen Einrichtungen ist in den schwierigen Zeiten zu den Menschen gestanden und wird sie auch zukünftig nicht allein lassen, sondern tatkräftig unterstützen. Ein großes Danke an die Wiener und Wienerinnen, die mit ihrer Arbeit und ihrem Fleiß diese Stadt prägen und gestalten! Danke an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt, von der U-Bahn-Fahrerin bis zum Kindergartenpädagogen, von meinen Feuerwehrleuten bis zu den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Bezirksämtern!

Ein großes Dankeschön an dieser Stelle, wirklich vom Herzen kommend, an das ganze Team um Finanzdirektor Richard Neidinger in unserer Finanz! Die Arbeit vieler Monate steckt in dieser hellgrünen Mappe, aber sie würde nicht gelingen, wenn nicht jeden Tag des Jahres die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit großer Sorgfalt, mit Engagement, aber, wie ich weiß, auch mit viel Freude ihrer Arbeit nachkommen. Herzlichen Dank!

Ich bitte Sie, diesem Budget zuzustimmen. – Danke vielmals. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, ich danke für diesen Bericht und damit auch für die Einleitung zur kommenden Diskussion. In der Präsidialkonferenz wurde für die Budgetdebatte die Reihenfolge der zu behandelnden Geschäftsgruppen festgelegt sowie die Redezeit vereinbart. Für die Generaldebatte haben der Erstredner jeder Fraktion eine Redezeit von 25 Minuten, die nachfolgenden Redner 20 Minuten zur Verfügung. Die Redezeit in der Spezialdebatte beträgt für die Erstredner jeder Fraktion 25 Minuten, für jede weitere Wortmeldung wurden 15 Minuten vereinbart. Ich eröffne die Debatte über die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung. Als erster Redner ist Herr GR Dkfm Dr Aichinger gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Frau Vizebürgermeister! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist richtig, dass wir heute eine ganz besondere Budgetdebatte haben: Wir haben eine Budgetdebatte über das erste Budget einer rot-grünen Stadtregierung. Aber ich glaube, wesentlich wichtiger ist: Wir haben eine Budgetdebatte vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Entwicklung mit einer abschwächenden Konjunktur, diese bewegt sich nämlich dramatisch nach unten.

Wir werden heuer noch ein Wirtschaftswachstum bei 3,0 oder 3,1 Prozent haben. Das WIFO beziehungsweise das IHS haben uns für nächstes Jahr nur 0,8 Prozent prognostiziert, und wir hoffen, dass wir das erreichen können und dass es nicht schlechter wird.

Das heißt, es ist ein Budget, meine Damen und Herren, das sehr besonders und sehr vorsichtig gestaltet werden muss. Was zeigt aber das vorliegende Budget, meine Damen und Herren? Es zeigt keineswegs einen Aufbruch, sondern es bedeutet Stillstand. Es ist ein Budget, das die Krise nicht entschärft, sondern im Gegenteil: die Krise verschärft.

Es ist ein Schuldenbudget, meine Damen und Herren, wobei es bei diesen Schulden vor allem auf den Anstieg ankommt. Wenn man innerhalb von zwei Jahren die Schulden verdoppelt, ist dieser Anstieg das Dramatische und das, was eben in den Vordergrund gerückt werden muss.

Es werden auch falsche Prioritäten gesetzt. Nur wenige Fakten, meine Damen und Herren: Die Investitionen sinken, die Rücklagen werden entleert. Auch dazu einige Zahlen: Der Rücklage der Parkometerabgaben, meine Damen und Herren, werden nächstes Jahr 85 Millionen EUR entnommen – heuer waren es 26 Millionen EUR, und damit wurden auch Garagen und Ähnliches gebaut.

Nächstes Jahr – das haben wir auch von unserer Vizebürgermeisterin gehört – wird die Garagenförderung auf 12 Millionen EUR oder 13 Millionen EUR gekürzt. Das heißt, 72 Millionen EUR gehen ganz einfach in das normale Budget ein und da werden, wie gesagt,

Rücklagen heruntergenommen.

Wie ich schon erwähnt habe, ist ein Steigen der Schulden festzustellen. Wenn man das Wiener Wohnen dazuzählt, dann sind wir bei 6 Milliarden EUR Schulden, die die Wiener zu tragen haben.

Es wird aber auch die Wirtschaftsförderung gesenkt, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Sie haben dazu evaluiert gesagt. Wenn man die Wirtschaftsförderung um 41 Prozent kürzt, dann kann man, glaube ich, nicht von Evaluierung sprechen, sondern von einer Kürzung. Das gilt vor allem für jene Bereiche – auch das haben Sie erwähnt –, wo es um Darlehens- und Transferzahlungen an Betriebe geht; dort wurde wesentlich weniger, statt 76 Millionen EUR nur mehr 28 Millionen EUR ausgegeben. Das heißt, da wird nicht in die Ansiedlungspolitik investiert; jenen Firmen, die in Wien Arbeitsplätze sichern, wird eben nicht gezahlt.

Das Straßenbaubudget sinkt um 25 Prozent, aber die Arbeitslosigkeit in Wien ist sehr, sehr hoch. Sie ist mit 8,9 Prozent wieder eine hohe. Meine Damen und Herren! Es stimmt, dass in Österreich die Arbeitslosenzahlen sehr, sehr niedrig sind, nur: In Wien sind sie es nicht. Und was passiert? Das Budget des WAFF bleibt bei 58 Millionen EUR, stagniert. Zu AMS und WAFF komme ich noch ein bisschen später.

Meine Damen und Herren! Es gibt aber eine Position, die steigt. Das Budget des Presse- und Informationsdienstes wird um 3 Millionen EUR auf zirka 51 Millionen EUR erhöht. Das ist Prioritätensache in dieser Stadtregierung.

Meine Damen und Herren! Im Budget finden wir kaum Worte über Maßnahmen, die die Stärkung und den Ausbau des Wirtschaftsstandortes bringen, über die Erhaltung der hohen Wettbewerbsfähigkeit, die wir haben, um weiterhin Betriebe zu uns zu bringen. Es ist wenig von der Schaffung neuer Jobs die Rede, außer von den schlichten Aussendungen, Worthülsen von einigen Green Jobs; doch ist das zu wenig bei jenem hohen Stand an Arbeitslosigkeit, den wir derzeit haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Verwaltungsreform haben Sie einige Themen angeschnitten, aber auch das ist, glaube ich, nicht ausreichend, um Wien für ausländische Betriebe attraktiv zu machen beziehungsweise für die Wiener Betriebe ein gutes Klima zu schaffen.

Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel: Frau Bundesminister Claudia Schmied hat eine Wirtschaftstreuhandagentur beauftragt, bei den Bundestheatern Effizienzpotenziale zu erheben. Was ist herausgekommen? Ein Optimierungspotenzial von 12 Millionen EUR! Daraufhin hat sie das Budget gekürzt. Es gibt in Wien sicher sehr, sehr viele Dinge, die man mit objektiven Agenturen durchleuchten kann. Ich komme noch auf einige Beispiele zurück, wo seitens des Kontrollamtes und des Rechnungshofes Optimierungspotenziale nachgesagt werden.

Wien braucht in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten einerseits eine besonnene Hand, aber andererseits auch einen Aufbruch. Wien braucht ein Budget, das in den Standort und in die

Wettbewerbsfähigkeit investiert, damit Arbeitsplätze geschaffen werden; denn nur so, meine Damen und Herren, können wir längerfristig die Schulden begleichen.

Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Budgetpolitik braucht daher zielgerichtete Investitionen in Ansiedlungspolitik. Den Unternehmen muss gesagt werden: Diversifikation bei Produkten und Märkten. Wir müssen den Export steigern.

Bereits zirka 60 Prozent unserer Wirtschaftsleistung erwirtschaften wir in Österreich durch den Export. Wir müssen die Ausbildung besser gestalten und die Qualifikation unserer Fachleute verbessern, um eben den Fachkräftenachwuchs zu stärken, damit es da kein Nachlassen gibt.

Es muss eine Verringerung der Abgabenquote oder eine gleichbleibende Abgabenquote geben, meine Damen und Herren. Es kann nicht sein, dass wir weitere Belastungen einführen. Es muss effizientere Systeme und eine Verwaltungsreform geben; da gibt es, wie ich schon erwähnt habe, großes Optimierungspotenzial.

Gestatten Sie mir ein kurzes Wort zu der Rolle der GRÜNEN. Die Frau Vizebürgermeisterin hat zwar gesagt, dass das ein gemeinsames Budget ist, aber man wird sehen, dass da einige Dinge eine durchaus grüne Handschrift haben beziehungsweise andere Teile des Budgets absolut rot sind. Die GRÜNEN waren nicht einmal bei der Präsentation dabei, meine Damen und Herren.

Es gibt eben weniger Geld für Wirtschaftsförderungen und Investitionen, weniger Geld für den Straßenbau. Es gibt mehr Geld für die Mindestsicherung; aber nicht die Mindestsicherung ist in Frage zu stellen, sondern, meine Damen und Herren, die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher ist zu hinterfragen. Die Anzahl der Mindestsicherungsbezieher ist nämlich in diesem Bundesland – proportional zur Einwohnerzahl – wesentlich höher als in allen anderen Bundesländern.

Wir sind bereits bei 128 000 Mindestsicherungsbeziehern, und ich glaube, das ist im Vergleich zu Niederösterreich mit, glaube ich, zirka 14 000 eine eklatante Ziffer. Daher muss man sich fragen: Was stimmt hier nicht? Ist der WAFF und ist das AMS nicht in der Lage, diesen Menschen einen Arbeitsplatz zu schaffen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber es gibt auch Mehrbelastungen, und zwar auch diese besonders in grüner Handschrift, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Sie haben vom Valorisierungsgesetz geschrieben. Wir lehnen das Valorisierungsgesetz ab. Bis vor einem Jahr haben es die GRÜNEN abgelehnt, und ich sage Ihnen: Sie brauchen gar kein Valorisierungsgesetz, Sie erhöhen ja sowieso die Gebühren.

Die Wassergebühr wurde um 33 Prozent erhöht, dazu brauchen wir kein Valorisierungsgesetz. Aber Sie erhöhen auch die Parkometerabgabe um 70 Prozent – und das, meine Damen und Herren, ist wirklich ein Anschlag auf die Wienerinnen und Wiener, nämlich an die Autofahrer. Diese Gebührenerhöhung ist einfach eine Abzocke, da wird den Leuten das Geld aus dem Sack

genommen.

Auf den Punkt gebracht: Diese Regierung hat sicherlich am Anfang Aufmerksamkeit erregt und im Großen und Ganzen viele Randthemen wie zum Beispiel das Fiakergesetz besprochen.

Aber wir haben viele, viele Beauftragte bekommen: den Radfahrbeauftragten, einen Universitätsbeauftragten, einen Energiebeauftragten in der MA 20, und vielleicht, das wird noch diskutiert, bekommen wir jetzt noch einen Fußgängerbeauftragten! – Ich glaube, das ist nicht die richtige Entscheidung, meine Damen und Herren, um ein wirklich ordentliches Budget zu erarbeiten.

Als Fazit ist da zu sagen: Eine grüne Handschrift ist nicht beziehungsweise nur in homöopathischen Dosen zu erkennen. Liebe GRÜNE! Sie segeln im Windschatten der SPÖ, die dieses Budget mehr oder weniger allein gestaltet hat. Deswegen waren Sie, wie gesagt, bei der Präsentation überhaupt nicht dabei.

Gestatten Sie aber, dass ich auf einige Reformen beziehungsweise Einsparungspotenziale zurückkomme, und zwar zuerst auf einen Rechnungshofbericht vom 18. Mai 2011, also sehr aktuell, sehr neu, in letzter Zeit gestaltet, meine Damen und Herren.

Wien hat seit Jahren die höchste Arbeitslosenrate aller Bundesländer – ein Beweis dafür, dass die Arbeitsmarktpolitik der Wiener SPÖ schlicht und einfach nicht funktioniert. Wien leistet sich mit dem AMS Wien und dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds zwei Arbeitsmarkteinrichtungen, doch der Rechnungshof stellt hinsichtlich deren Leistungsfähigkeit und Effektivität ein stark verbesserungswürdiges Zeugnis aus. Das wurde noch vor sechs Monaten festgestellt, meine Damen und Herren, und was ist bis jetzt passiert? Nichts ist passiert!

Seit 2006 verfasste der WAFF entgegen den Bestimmungen der Satzung keinen Rechenschaftsbericht mehr, meine Damen und Herren. Der WAFF kümmert sich also nicht darum, was in den Satzungen drinnensteht, wir wissen gar nicht, was da passiert. So kritisiert der Rechnungshof auch, dass der WAFF mit der Wirtschaftsagentur auf operativer Ebene nicht besser zusammenarbeitet, nicht vernetzt ist und einfach nicht schaut, wie die Dinge für die Wienerinnen und Wiener besser gestaltet werden können. Da sind dringend groß angelegte Reformen notwendig, und das traut sich die Stadtregierung offensichtlich nicht zu.

Der Rechnungshof bestätigt aber auch, dass es für ZIT, die Technologieagentur der Stadt Wien, keine Strategie gibt. Es werde keine konkrete Strategie gemacht und keine konkrete Positionierung der Wiener Forschung, Technologie und Innovation. Vielleicht wäre es eine Aufgabe des Universitätsbeauftragten, sich das ein bisschen anzuschauen.

Ein weiterer Punkt – das wird in unseren Debatten sicherlich noch zur Sprache kommen – wären Einsparungen bei der Pensionsreform. Sie wissen, der Bund hat eine Pensionsreform gemacht, die in Wien umgesetzt worden ist, aber mit einer Laufzeit bis 2048, und das kostet die Wienerinnen und Wiener 350

Millionen EUR jedes Jahr. Dieses Geld könnten wir sicher besser anlegen. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das ist unglaublich!)*

Zur Sanierung der Zentralwache: Auch das ist ein Millionendesaster, meine Damen und Herren, auch da kann und soll man Geld sparen. Vom Prater-Vorplatz will ich gar nicht reden. Kommen wir aber zum zentralen Thema der nächsten Jahre – der schwierigen Jahre, in denen wir uns gemeinsam werden anstrengen müssen – , nämlich zu den Schulden und zur Schuldenbremse.

Frau Vizebürgermeisterin, Sie haben es erwähnt: Sie stehen zur Schuldenbremse, aber sie wirkt nur dann, wenn wir eben auf allen Ebenen, nämlich Bund, Länder und Gemeinden, wirklich alles gemeinsam unternehmen, um die Schulden abzubauen, und der nächsten Generation, unseren Kindern und Enkelkindern wieder einen Spielraum im Budget zu überlassen, damit auch sie ihre Dinge durchführen können.

Gerhard Steger, Budgetsektionschef im Finanzministerium: Die Schuldenbremse ist eine sinnvolle und wichtige Ergänzung der Ausgabenbremse. Ehe die Ausgaben nicht saniert sind, sollte man nicht über neue Einnahmen sprechen. Das heißt, wir brauchen eine Schuldenbremse, aber auch eine Ausgabensenkung und keine neuen Steuern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe es schon erwähnt, dass es vor allem die Dramatik ist, mit der die Schulden innerhalb der letzten zwei Jahre gestiegen sind. Das muss man rechtzeitig stoppen, um, wie gesagt, die Grundlagen für die Zukunft zu legen. Es ist ausgabenseitig zu sparen, es ist ganz einfach dort darüber nachzudenken, wo kann ich sinnvoll was tun. Und dass der Ehrgeiz in Wien nicht sehr groß ist, sieht man daran, dass wir hier erst 2015 bis 2016 ein ausgeglichenes Budget haben wollen, obwohl sich der Bund das bereits 2013 vorgenommen hat. Es ist daher notwendig, es auch in Wien schneller durchzuführen, um hier zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Ich darf daher mit meinen Kollegen Axel Neuhuber, Isabella Leeb und Norbert Walter einen Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend Schuldenbremse für Österreich einbringen:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien befürwortet die Initiative der Bundesregierung, eine sogenannte Schuldenbremse in die österreichische Bundesverfassung zu implementieren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Thema, das wir jedes Jahr bei diesem Budget ansprechen, ist die Lesbarkeit, ist die Transparenz und die Intransparenz in diesem Budget und die Nichtaussagekraft. Zu einer Transparenz gehört ganz einfach auch die Diskussion, der Dialog. Wir wollen Ihnen heute hier als ÖVP vorschlagen, dass man dieses Budget oder auch den Rechnungsabschluss in Zukunft nicht im Gemeinderatssitzungssaal so ausführlich diskutiert, sondern in den einzelnen Ausschüssen, um dort intensiv mit den Mitarbeitern beziehungsweise mit den zuständigen Politikern diskutieren zu können, wo die Schwerpunkte sind und wo es keine Schwerpunkte gibt.

Das wäre sehr wesentlich. Mein Kollege Neuhuber wird in diese Richtung auch einen Antrag einbringen, um eine neue Form der Budgetdiskussion zu führen, wo wir gemeinsam alles diskutieren und genauso hier vorgehen können. In diesem Sinne wird so vorgegangen.

Abschließend, meine Damen und Herren, eine weitere wichtige und sehr aktuelle Maßnahme, die vor allem den Klein- und Mittelbetrieben sehr helfen wird. Sie wissen, dass die Schwellenwertverordnung bis 31.12.2012 verlängert worden ist und die soll von 40 000 auf 100 000 EUR erhöht werden und vor allem den Klein- und Mittelbetrieben zugute kommen, wo wir gemeinsam immer wieder wissen, dass diese ein wesentliches Rückgrat der Wirtschaft sind, die hier die Aufträge vergeben.

Steiermark und Niederösterreich haben zusätzlich Vergabeleitfäden entwickelt. Und damit diese Aufträge hier nicht nur am Papier, sondern wirklich den Wiener Unternehmen zugute kommen, darf ich daher ebenfalls einen Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend Schwellenwertverordnung einbringen. Vorweg vielleicht noch ganz kurz: Die KMU-Forschung Austria hat eine Studie erstellt, um zu sehen, wie gut es ist, wenn in den Wiener Betrieben Aufträge gemacht werden. Bei 1 Million EUR an Aufträgen kommt es zur Schaffung von rund 10 Arbeitsplätzen zusätzlich, es wird Kommunalabgabe von 7 000 EUR mehr eingehoben, es gibt eine Erhöhung der regionalen Kaufkraft um 200 000 EUR und es kommen über andere Effekte, über den Finanzausgleich weitere 100 000 bis 300 000 EUR pro Jahr dem Wiener Budget zugute. Ich darf daher den Antrag einbringen:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich zwecks Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandortes Wien unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Klein- und Mittelunternehmen für eine verstärkte Ausnutzung der nun verlängerten Schwellenwertverordnung und Inanspruchnahme von Direktprogrammen aus. Die zuständigen Stellen der Stadt Wien als Auftraggeber sind angehalten, diese Vorgabe konsequent auch unter Einstellung beziehungsweise Inanspruchnahme von entsprechenden Vergabeleitfäden für eine regionale Auftragsvergabe zu berücksichtigen und umzusetzen.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor wirklich wirtschaftlich schwierigen Zeiten und wir müssen alles tun, um dem hier entgegenzusteuern. Wir brauchen einen Aufbruch. Wir brauchen einen dynamischen Wirtschaftsstandort. Wir müssen den Arbeitsmarkt ankurbeln, um hier ganz einfach wirklich mehr Arbeitsplätze zu bekommen.

Die ÖVP stemmt sich gegen das bei der SPÖ und den GRÜNEN tief verwurzelte Denken des unbekümmerten Schuldenmachens. Schulden sind die Hypotheken unserer Kinder und Enkelkinder und das wollen wir nicht tun. Wir wollen Investitionen in den Arbeitsmarkt, in die Wirtschaft und in die Bildung und nicht in Zinszahlungen und Tilgungen. Wir unterscheiden uns einfach. Die SPÖ und die GRÜNEN investieren am liebsten in die Verwaltung und in die Folgen der

Arbeitslosigkeit. Die ÖVP investiert in neue Jobs und in Maßnahmen, die Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen lassen. Mit anderen Worten: Sie investieren in die Vergangenheit, wir in die Zukunft! Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

„Ein Jahr Rot-Grün, gut für Wien“, lese ich auf den Plakaten und freue mich. Gleich am Anfang, damit wir die Diskussion über Schuldenstände und andere Zahlen auf einem sachlichen Niveau führen können, ganz kurz: Schulden der Länder und Gemeinden, die Pro-Kopf-Verschuldung aktuell - nicht von mir berechnet, den Zeitungen zu entnehmen -, Platz 1, also höchste Pro-Kopf-Verschuldung, Niederösterreich mit 4 806 EUR, 2. Platz Kärnten mit 3 834 EUR. Da hätten wir also die vereinigte Wiener Opposition auf den Plätzen 1 und 2, wenn es um die Pro-Kopf-Verschuldung geht! Sind wir froh, dass Sie in Wien nichts zu sagen haben. Platz 3 die Steiermark, 4 Salzburg, 5 Burgenland, 6 Vorarlberg, 7 Oberösterreich – okay, 9 Tirol, aber 8 Wien! 1 791 EUR Pro-Kopf-Verschuldung in Wien gegen 4 800 EUR in Niederösterreich! Das ist Fakt! Über das kann man nicht streiten, da kann man nicht hin- und her reden: 1 und 1 ist 2 und 4 800 in Niederösterreich sind mehr wie 1 700 in Wien! So einfach ist es. Aber die Wirtschaftskompetenz der Freiheitlichen habe ich immer schon angezweifelt. Drei Worte genügen: Hypo Alpe-Adria. Das ist die Wirtschaftskompetenz der FPÖ. Und die Wirtschaftskompetenz der ÖVP, die sehe ich in Niederösterreich. Es ist ja absurd viel. Also ich bin auch geschockt gewesen, wie ich die Zahlen gelesen habe. Aber wenn man natürlich weiß, dass die Gemeinden von ÖVP-Bürgermeistern in Niederösterreich serienweise bankrott sind, dann wundern einen diese Zahlen nicht.

Warum gibt es eigentlich Rot-Grün? Vor einem Jahr hat es die ÖVP zerbröckelt. Die SPÖ hat einen Partner gesucht und in den GRÜNEN einen gefunden. Es ist kein Wunder. Die GRÜNEN haben auch als Oppositionspartei hier rot-grüne Projekte verwirklicht. Vor einem Jahr habe ich eine Einladung ausgesprochen, zugegebenermaßen nicht an beide, aber an die Volkspartei, Projekte einzubringen, so wie wir das auch gemacht haben und wir werden sie uns anschauen. Gute Idee. Seit einem Jahr warte ich auf einen guten Vorschlag, weil außer Personaldiskussionsvorschlägen habe ich nichts gehört, und er ist immer noch nicht da. Wir haben vorher Oppositionsarbeit geleistet und Projekte für Wien entwickelt. Kein Wunder, dass sich die Sozialdemokratie leichter getan hat, mit uns eine Koalition zu bilden und nicht mit der Volkspartei. Die blau-schwarze Abzockerei war ja in Wien zum Glück eh jenseits von allen Mehrheiten. Aber was die Wiener ÖVP letztes Jahr geleistet hat ... *(Aufregung bei GR Mag Alexander Neuhuber.)* Na, es wird ja immer wieder diskutiert: Was war die Leistung von den GRÜNEN, was war die Leistung der Sozialdemokratie im vergangenen Jahr?

Aber man darf sich hier auch fragen: Was war denn die Leistung der ÖVP das letzte Jahr? Also einen einjährigen Reorganisationsprozess zu machen, der immer noch nicht fertig ist - Marek, Tamandl, Karas, irgendjemand. Macht das irgendwann irgendjemand? Sie werden auch jeden Monat bezahlt und ich erwarte mir, dass Sie nicht ausschließlich dafür bezahlt werden, dass Sie Ihre eigene Partei reorganisieren, sondern bringen Sie Ideen für Wien ein! Heute gibt es übrigens wieder eine Angelobung, aber die Dame hat selber noch nicht gesprochen, die Frau Gemeinderätin. Aber die hat ihr Geschäft auch beim Herrn Strasser gelernt. Ich weiß nicht, ob das eine Drohung für dieses Haus ist. Nachdem die ÖVP in Wien irrelevant ist, vielleicht nicht, aber schade ist es schon.

Die großen Würfe 2011, ein bisschen Bilanz auch: 365 EUR für die Jahreskarte. Aber das werden sie nie herbringen und am Tag, an dem es verkündet wurde, ist noch in der Zeitung gestanden, das wird es nicht geben, das wird es nicht spielen.

Da geht es nicht darum, wer sich da durchsetzt, sondern da geht es darum, ob wir eine neue Mobilitätspolitik machen oder nicht. Und wir haben gestrichen, das stimmt, die Garagenförderung ist weg. Deswegen brauchen wir auch keinen Garagenkoordinator mehr. Aber 20 000 EUR für einen Stellplatz in einer Garage, muss ich jetzt ehrlich sagen, finde ich schon sehr hoch, weil das war es vorher. 20 000 EUR für einen Parkplatz! Na, das hätten wir gerne, wenn man das umgekehrt bei einer Wohnung für die Quadratmeter bekommen würde! Das gibt es dort nicht, das ist weg. Die 365 EUR bedeuten jetzt und das Ziel ist, Umstieg vom Individualverkehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel. Deswegen haben wir die Jahreskarte und die Monatskarte billiger gemacht und, was Eltern freut, die Nachmittagsbetreuung besser organisiert und die Schulveranstaltungen, also eine ganze Menge. Wir haben das hier alles schon Länge mal Breite diskutiert.

Die Kindermindestsicherung. Ich sage das deswegen noch einmal gern, weil der Vergleich mit Kärnten einfach sehr, sehr sicher macht. Arme Familien - alle reden von Armutsbekämpfung, den Familien helfen. Jetzt bin ich einer, der gerne hätte, dass alle über der Armutsschwelle leben und überhaupt niemand arm ist. Das teilen offensichtlich hier nicht alle. Während in Wien die Kindermindestsicherung stabil nicht nur eingeführt wurde, sondern auch im nächsten Budget so dotiert ist, was nicht leicht ist angesichts der wirtschaftlichen Situation, mit 203 EUR pro Kind beim ersten, beim zweiten, beim dritten, bei größeren Familien, gibt es in Kärnten 134, 134, 111. Das macht für eine Familie mit 3 Kindern einen Unterschied von 2 500 EUR! Das sind Leute, die Schwierigkeiten haben, den Kühlschrank voll zu machen. Das sind Leute, die Schwierigkeiten haben, irgendwas in ihrem Leben zu organisieren. Der Unterschied von Kärnten zu Wien für eine Familie, die hinten und vorne nicht auskommt, sind 2 500 EUR! Und diese Sozialleistung steht auch 2012 im Wiener Budget, das ist ein großer Erfolg! *(Beifall bei GRÜNEN und*

SPÖ.)

Wir haben ein Radrekordjahr hinter uns in einem Ausmaß, das man fast nicht nur ausschließlich uns zuschreiben kann. Offensichtlich gibt es einen Rad-Boom und die GRÜNEN helfen noch mit und alle zusammen schaffen das. Wir haben am Ring am stärksten Tag über 7 000 RadfahrerInnen gehabt. Letztes Jahr waren es nicht einmal 5, knapp unter 4. Das geht so weiter. Deswegen bauen wir auch die Radwege aus.

Wir haben einen Solar-Boom. Da ist die Erwartungshaltung sehr hoch an uns. Im ersten Halbjahr waren mehr Anträge als im gesamten Jahr vorher. Das sind die größeren Erfolge aus dem vergangenen Jahr. Aber ich sage Ihnen noch ein paar Kleinigkeiten, weil ich mir ein bisschen so wie in der Monty Python Sequence vorkomme, wo ich glaube, es heißt Jüdische Volksfront oder Volksfront von Judäa. Die sitzen beieinander und diskutieren: Was haben uns die Römer gebracht? Da sitzt der vorne und sagt: Was haben uns die Römer gebracht? Und die Antwort hätte eigentlich sein sollen: Nichts. Einer zeigt auf und sagt: Na die Verkehrswege. Okay, die Verkehrswege, aber was haben uns die Römer außer den Verkehrswegen gebracht? Na die Schulen und die Bildung. Okay, aber außer den Verkehrswegen und der Bildung? Na die Sicherheit. Na was noch? Er zählt neun Sachen auf und ganz am Ende sagt er: So, was haben die uns gebracht, und zählt die neun Sachen auf. Was sonst noch? Und da sagt einer, Frieden, und er sagt: Hör mir auf mit dem Frieden! So ähnlich kommt es mir jetzt da vor. Ihr habt's nichts zusammengebracht! Was war denn überhaupt? 365 EUR, Kindermindestsicherung, gilt alles nichts. Die Radwege gelten nicht. Rederecht für EU-MandatarInnen, einen EU-Ausschuss. Der Heizkostenzuschuss bleibt in einer Situation, in der es schwierig ist, alle Sozialleistungen zu erhalten. Die Halbierung der Nächtigungsgebühr wurde gerade in der vergangenen Woche verkündet. Wir haben Grätzelgärten eröffnet. Wir haben ein neues Spitalskonzept aufgesetzt, das auch auf Grund der Finanzsituation dringend notwendig ist. Der Spitalskostenbeitrag bei Mehrlingsgeburten wurde gestrichen. Alles keine Selbstverständlichkeiten. Der Radfahrbeauftragte, die Energieabteilung. Die VBgmin Maria Vassilakou hat ihre Inserate offengelegt. Sie können genau nachschauen, wie viel Geld ausgegeben wird. Und - das muss man beim Radverkehrsbeauftragten noch einmal sagen - 441 Bewerbungen, weil wir daran interessiert sind, die besten Leute zu haben und nicht vorher wissen, wie es ausgeht. Bei den 441 gewinnt sogar oder ist bei den Dreien eine Frau mit im Boot, die keine Grüne oder SPÖlerin ist, sondern tatsächlich früher bei der ÖVP tätig war oder nach wie vor bei der ÖVP tätig ist. Wissen Sie, was das ist? Ein Unterschied zu dem, wie die ÖVP das überall in dem Land macht. Es kommt nämlich nicht vor. Es ist ein Unterschied. Wir machen eine Ausschreibung, wissen nicht, wer sie gewinnt, haben deswegen 441 Bewerbungen, nicht etwa 7 oder 3 oder 2, was ja oft vorkommt, sondern es ist eine offene Ausschreibung. Es

können die gewinnen, die die Besten sind. Es sitzen nicht einmal die GRÜNEN dort und suchen das alleine aus, nein, sondern ExpertInnen suchen das aus. Und genauso wollen wir das haben und genauso haben wir das gemacht. Das ist ein großer Erfolg.

Jetzt reden wir aber nicht hauptsächlich über das vergangene Jahr, weil es die Budgetdebatte für das kommende Jahr ist. Schuldenbremse. Ich kann ja das Wort nicht hören. Ich halte es eher mit dem Herrn Misik. Wer das nachschauen will, Misik, „Standard“, „Der Blödsinn Schuldenbremse“ heißt das bei ihm. Alles, was die Bundesregierung machen möchte, ist: Einsparen, Ausgaben senken, Einnahmen steigern. All das dürfen sie machen ohne Schuldenbremse, sie könnten es einfach tun, sie brauchen keine dritte Partei, sie können es zu zweit machen. Dafür sind Regierungen eigentlich da. Nicht für alles braucht man einen Dritten. So kompliziert braucht man es nicht zu machen. Ja oder Nein zur Vermögenssteuer, Ja oder Nein zu irgendwelchen Einsparungsvorschlägen. Das geht alles auch ohne die Oppositionsparteien. Aber wenn wir es schon möchten, Wiener Schuldenbremse, wenn Sie es hören möchten: Bei der Garagenförderung wird viel Geld eingespart und bei uns allen auch, eine Nulllohnrunde bei den PolitikerInnen. Zumindest dafür hätte man sich ja auch den Applaus verdient.

Das einzig Gute an dieser ganzen Debatte über die Schuldenbremse ist, dass wir jetzt tatsächlich ernsthaft darüber reden, ob wir in diesem Land zu Vermögenssteuern kommen oder nicht. Es ist ein bisschen schnell, glaube ich, dass „Österreich“ schreibt: „Rot-grün-Pakt für Reichensteuer schon fertig.“ Fast fix, steht da. Ich glaube, ganz so weit sind wir nicht, aber dass wir darüber eine Diskussion führen dürfen, ob man die Rechnung ausschließlich denen gibt, die es sich nicht leisten können und die nicht schuld waren, sagen wir einmal, den Schlechtverdienenden, den Arbeitslosen, den MindestsicherungsbezieherInnen oder den hart arbeitenden HandwerkerInnen, Kindergärtnern, Lehrern, Lehrerinnen, viele andere Arbeiten, ob man es denen rausnimmt oder aber ob wir uns auch auf diejenigen konzentrieren dürfen, die in den letzten Jahren mehr geworden sind, nämlich die Millionäre und Millionärinnen in diesem Land, weil die steigen, Krise hin oder her, jedes Jahr mehr. Das Vermögen von ihnen steigt auch. Da gibt es offensichtlich kein Problem. Jetzt gibt es schon wieder mehr Millionäre und Millionärinnen als vor der Krise. Das ist schnell gegangen. Die haben sich das wieder gerichtet, die haben sich das gerichtet. Die Frage ist, ob wir in der Lage sind, aus dieser Debatte zu lernen. Und da sage ich ganz tief überzeugt: Wenn wir in dem Land nicht zu Vermögenssteuern kommen, werden die öffentlichen Kassen Schwierigkeiten haben, ihre Aufgaben zu erfüllen. (GR Mag Wolfgang Jung: Die haben sie jetzt schon!) Das ist ganz einfach. Nur mit Einsparungen aller 300 x-Millionen bei den Pensionen, 1 Milliarde macht es ungefähr aus, nur damit man ein Gefühl bekommt, und davon über 300 Millionen einsparen - das heißt, die Pensionen werden um ein Drittel gekürzt, 3 Mal hintereinander vielleicht. Das wären

dann, weiß ich nicht, 100 Prozent Kürzung in 3 Jahren oder so ähnlich. Das ist ein Vorschlag, der bei der ÖVP noch nicht fertig durchgerechnet ist. Vielleicht ist es auch nur um eine Kommastelle verrückt. Das ist der CDU in Deutschland auch passiert, dass sie sich hin und wieder ... (Aufregung bei der ÖVP.) Das passiert, das ist dem Schäuble auch passiert, völlig verrechnet, plötzlich 50 Milliarden irgendwo anders. Hier ein Drittel der gesamten Pension einsparen, das halte ich für brutal.

Was machen wir nächstes Jahr? Mariahilfer Straße, wie stellen wir uns das vor? Diskussionen mit den Bürgern und Bürgerinnen, Veranstaltungen dort. Und die Idee ist (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Keine Befragung! Fußgängerzone!), schaffen wir es gemeinsam mit der Bevölkerung, dass dort am Ende weniger Autos fahren als jetzt und es für alle angenehmer ist? Mein Gott, man könnte ja dazulernen. Bei der Kärntner Straße haben damals auch alle geschrien und das ist heute die Einkaufsmeile und dort wird der höchste Umsatz pro Quadratmeter gemacht! Hätte man damals der ÖVP zugehört, hätte man dort keine gemacht und würde heute dort noch durchdonnern, die Leute würden dort schlechter verdienen und wir hätten keine schöne Kärntner Straße. Lernen wir dazu, überlegen wir uns das. Wir haben kein fertiges Konzept, sondern wir diskutieren verschiedene Vorschläge. Schauen wir, wie weit wir kommen.

BürgerInnenkraftwerke. Die Dächer Wiens werden Energie erzeugen. Und weil das die Leute, die drinnen wohnen, nicht immer können und selber zahlen, machen wir ein BürgerInnenkraftwerk. Wir haben übrigens schon 1 200 Anmeldungen, steigend, ja, es werden immer mehr, die da mitmachen. Dann investiert man selber und es werden dort auf einem Dach, das einem nicht gehört, sondern wo die Leute einverstanden sind und der Eigentümer das nicht selber machen will, Fotovoltaikanlagen im großen Stil aufgestellt.

Carsharing. Optimistisch bis zu 1 000 neue Carsharing-Autos in Wien. Die ersetzen 4 bis 8, da gibt es ein bisschen unterschiedliche Studien, bis zu 8 andere Autos. 1 000 neue Carsharing-Autos. Das ist einmal was für Autofahrer und Autofahrerinnen, für die, die es halt nicht jeden Tag machen müssen und nicht jeden Tag hin und her gondeln. 1 000 neue in dieser Stadt, das ist der Plan.

Das Parkpickerl wird ausgeweitet. Die Wiener Charta für das Zusammenleben im Wiener Vertrag wird erarbeitet. 8 000 Gemeindewohnungen werden saniert, 1 500 neue Kindergärten und Krippenplätze, Bildung, Gesundheit und Soziales. Die StRin und VBgmin Renate Brauner hat die Schwerpunkte Bildung, Gesundheit, Soziales, Wohnen ausgeführt. Das geht sich alles aus, weil wir hier nicht Hypo Alpe-Adria spielen und nicht Niederösterreich, sondern weil wir hier mit dem Steuergeld der Wiener und Wienerinnen sehr sorgfältig umgehen.

Ich möchte Ihnen vorlesen, was die Menschen in Wien, was die Wiener und Wienerinnen von uns allen halten und da meine ich jetzt nicht gierig und unterbeschäftigt, unsere Politiker haben so und so viele

Nebenjobs; wo die ÖVP endlich einmal nicht nur Erste ist mit dem Herrn Jakob Auer mit 10, mittlerweile 11 Nebenjobs, sondern 7 Mal vorkommt in dieser 10er-Liste, da rentiert es sich gar nicht, auf die FPÖ zu schimpfen, einmal, sondern das gehört wirklich Ihnen. Also Leute, die nebenher einen Haufen Zeit haben, anderes zu arbeiten, das ist die halbe Volkspartei. Sie kriegen wahrscheinlich hier trotzdem 100 Prozent ausbezahlt. Aber könnten wir uns überlegen, ob sich das wirklich ausgeht, 11 Mal 100 Prozent? Der Herr hat nicht viel Freizeit und die Familie wird auch keine Freude haben. Und wenn ich grad dabei bin, machen wir es gleich fertig: Was das „profil“ geschrieben hat, zeigt schon, dass das Land anderes braucht, nämlich nicht nur in Wien, sondern wir brauchen 2013 in Österreich Rot-Grün und das brauchen wir deswegen, weil die Art und Weise, wie die Volkspartei mit dem Land umgeht - im „profil“, übrigens der Raiffeisenkonzern, der ist ja nicht so weit weg, schreiben sie von einem Staatskomplott, und der gehört ganz alleine Ihnen, der gehört ganz alleine der Österreichischen Volkspartei! Na, bin ich froh, dass Sie in der Stadt nichts zu sagen haben! Wofür die Wiener Parteien stehen, schöne Umfrage aus dem „Standard“: „Hat gute Ideen für Wien“ Vier Parteien wurden abgefragt, wer gewinnt das? 1 Grün, 2 Rot, abgeschlagen der Rest. „Kann gut mit anderen Parteien zusammenarbeiten“ 1 SPÖ, 2 Grün, abgeschlagen der Rest. „Steht für eine moderne, offene Weltstadt“ 1 SPÖ, 2 Grün, abgeschlagen die Opposition. „Setzt sich für niedrigere Gebühren und Tarife ein“ 1 mit 36 Prozent - die ÖVP hat 6 Prozent, die sind es nicht -, mit 36 Prozent die GRÜNEN. „Geht sparsam mit dem Geld der Steuerzahler um“, muss ich zugeben, haben alle schlechte Noten in Wirklichkeit, weil unsere 11 Prozent sind der beste Platz, aber da ist offensichtlich noch Verbesserungsbedarf für alle. „Ist die Partei der jungen Menschen“ Platz 1 die GRÜNEN. „Vertritt die Arbeitnehmer Wiens“ Die SPÖ. „Hat Lösungen für die Verkehrsprobleme“ Das ist lustig, weil heute ja ein Misstrauensantrag kommt, oder morgen wird der abgestimmt. Da sagen die WienerInnen, die Lösungen von der ÖVP 5 Prozent, die Lösungen kommen von der FPÖ 3 Prozent, die Lösungen kommen von Rot-Grün, jetzt bin ich großzügig und rechne zusammen, es gehört uns ein großer Teil, 50 Prozent sagen Rot-Grün. Wer weiß, wie es geht? Nicht einmal 10 Prozent glauben, dass ÖVP und Freiheitliche zusammen irgendeine Idee haben. Es glauben nicht einmal Ihre WählerInnen, dass Sie das lösen können und ich auch nicht. Ich bin überzeugt, die WählerInnen haben alle recht. Sie haben alle recht. Und was mich besonders freut: „Setzt sich für die Armen und Schwachen ein“ ÖVP 2 Prozent, es ist schon bitter, 2 Prozent, sie haben nicht viel, sehe ich gerade. Wer ist eine bürgerliche Partei? Das ist das Einzige, was gewinnt, ja weiß ich nicht, nutzt Ihnen das was? Vielleicht nutzt Ihnen das was. Na gut. Wer setzt sich für die Armen und Schwachen ein? Interessanterweise knapp beieinander Grün vor der Sozialdemokratie. Das sage nicht ich, das sagen Ihnen die Wiener und Wienerinnen und nicht letztes Jahr,

sondern das ist das Zeugnis, das Rot-Grün für die bisher geleistete Arbeit bekommt. Deswegen stehen wir in den Umfragen stabil da und Sie nicht.

So, ich möchte zum Schluss eine Einladung aussprechen. Ich habe es im Vorjahr gemacht, vielleicht wird das das ceterum censeo dieser Rede, nämlich eine Einladung an die ÖVP. Wenn Sie fertig sind mit Ihrem Reorganisationsprozess, ich kann nicht wissen, wie lange es dauern wird, aber wenn Sie fertig sind, na, irgendwann werden Sie ja fertig sein, obwohl, wenn natürlich jedes Jahr einer weggeht, wird es schwierig, aber wenn Sie fertig sind... Aber Ihre Klubstärke wackelt, Herr Neuhuber, die Klubstärke wackelt. Nein, aber so böse will ich nicht sein, das wird nicht passieren. Aber im Ernst jetzt, gute Vorschläge so wie rot-grüne Projekte, sehen Sie einfach, was wir alles eingebracht haben. Wir haben ganz viele eingebracht und natürlich hat man damals nicht alle übernommen, aber einen guten Teil davon. Wir haben einmal 23 Projekte eingebracht und einmal 33 und die Schritt für Schritt umgesetzt und das könnten wir ja mit der ÖVP auch machen. Vielleicht hat auch die FPÖ ein Projekt. Das kann ich mir jetzt schwerer vorstellen, aber wenn eines da wäre, würden wir darüber nachdenken und es bewerten.

Zum Budget habe ich am Anfang gesagt, wenn man den zweitniedrigsten Schuldenstand pro Kopf hat, ist es wohl müßig, wenn einer nach dem anderen rausgeht und darüber redet, wer wie verschuldet ist. In Niederösterreich wird alles runtergewirtschaftet und die Gemeinden sind bankrott, serienweise. Die müssen bei der Raiffeisen betteln gehen, damit ihnen einer den Kredit übernimmt, serienweise. Das ist in Wien nicht. Der Schuldenstand in Wien ist, wenn Sie ihn umlegen auf, nehmen wir Einkommen von hier herinnen, wenn man das umlegt, Schuldenstand, Vermögenswerte, jetzt nehme ich ein Einkommen, aber das durchschnittliche Haushaltseinkommen da herinnen ist ja so unterschiedlich, weiß ich nicht, so viele AlleinverdienerInnen sind vielleicht nicht da, sagen wir, 60 000, dann ist das umgelegt, als ob Sie einen Kredit aufnehmen würden, diese 4 Milliarden auf die 5 000 EUR, das ist ja nicht irgendwie wahnsinnig geworden, wenn Sie das machen. Das hat eine Relation, die man leicht erklären kann. Und wenn Sie es beim nächsten Automaten am Schädel hauen oder irgendwie in einen Luxusurlaub hinfliegen, okay, dann haben Sie es nicht gut investiert. Aber wenn eine Familie Geld aufnimmt und die Wohnung renoviert, Anschaffungen tätigt, dann ist das doch okay. Und das in der Relation zu sehen, da ist ja Wien weit weg von diesen Horrorszenarien, die sie gerne zeichnen. Vor allem die FPÖ sollte überhaupt mit dem Kärnten-Desaster, Sie wissen es, und mit dem Herrn Scheuch am Hals, zumindest nicht beginnen, über die Qualität der Finanzen in diesem Haus zu sprechen. Na ja gestern habe ich auch das im „Zentrum“ gesehen. Es war nicht uninteressant, wie der Herr FPÖ-Dörfner versucht hat so zu tun, wie wenn alles nicht ... Tatsache ist, er ist verschuldet bis über die Ohren, er weiß nicht, wie er rauskommt. Und es wurde auch gestern vom AK-Direktor Muhm richtig gesagt, hätten nicht die anderen

acht Bundesländer die Solidarität gehabt, wäre Kärnten längst ein Sanierungsfall, nämlich konkursreif gewesen. Zum Glück haben wir auch innerhalb von Österreich eine Solidarität, sonst hätte die FPÖ ein Bundesland ruiniert. Sie hätten eines ruiniert. Nur, die können dort den Euro nicht einzeln abschaffen.

Wir werden dieses gemeinsam erarbeitete Budget, das ist einleitend auch gesagt worden, letztes Jahr hatten wir nicht so viel Zeit für die gemeinsame Vorbereitung, diesmal schon, mit noch größerer Zuversicht und mit noch größerer Sicherheit, dass wir das Richtige für Wien tun, weil wir dieses Budget begrüßen und ich möchte mich vor allem beim, heißt das dann, Herrenausstatter, das ist, glaube ich, altmodisch das Wort, aber die rot-grüne Krawatte hat mir sehr gut gefallen, wie ich des Öfteren sehe und ich schließe mit: Ein Jahr Rot-Grün, gut für Wien! Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus und ich erteile es ihm!

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir kommen zurück zum Wiener Budget nach etlichen Ausritten des Herrn Ellensohn. Aber drei Sätze doch noch zu Ihnen: Das war eine reine Themenverfehlung, wir reden heute und morgen über das Wiener Budget. Wir reden nicht über andere Bundesländer, wir reden auch nicht über Statistik und Umfragen, die Sie in Ihrem Frust heranziehen. Weil Ihnen heute Ihre eigenen Wahlergebnisse mit 11 Prozent nicht passen, kommen sie mit irgendwelchen Umfragen daher.

Also das letzte Wort hat immer noch der Wähler. Da können Sie Umfragen zitieren, so oft Sie wollen, es wird Ihnen nichts bringen. Die Rechnung macht zum Schluss der Wähler und das ist gut so.

Und weil Sie sich selbst oder die rot-grüne Stadtregierung so ganz, ich sag es einmal großkotzig, mit den Römern verglichen haben - also einige Sätze in Ihrer Wortmeldung sind doch eher mit einem Cäsarenwahn vergleichbar. Das ist auch das Einzige, was Sie von den Römern mitbekommen haben, sehr geehrter Herr Ellensohn!

Aber wie gesagt, wir reden vom Wiener Budget. Das ist unsere Aufgabe in den nächsten zwei Tagen. Das Interesse ist ja nicht allzu groß, wie man in den Reihen der SPÖ sieht. Sie haben es zwar mitgestaltet, wollen sich aber keine Kritik anhören. Das sind wir ja gewöhnt. Man muss daher der Frau Finanzstadträtin Brauner schon auch eines zugestehen: Sie hat mit Ihrer Budgetrede keine Erwartungen enttäuscht und zwar ganz einfach deshalb, weil ohnehin niemand Erwartungen gehegt hat. Und wenn sie schon mit der großen Einsparung eines Sessels begonnen hat, so lässt das schon tief blicken. Der Sessel hat vielleicht deswegen gefehlt, damit man nicht an diesem sägen kann, was vielleicht auf den Status der Frau Finanzstadträtin zutreffen würde. Sie sind stolz darauf,

dass Sie einen Sessel einsparen, sparen aber gleichzeitig bei allen Investitionen, die notwendig sind, um die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Wien in den Gängen zu behalten. Das ist nicht die Politik, wie wir sie uns vorstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin, dieses Budget, das sie uns heute und morgen in der Diskussion hier zumuten und das Budget, das sie den Wienerinnen und Wienern nächstes Jahr zumuten, ist ja nichts weiter als das in Zahlen gegossene Regierungsversagen dieser rot-grünen Verliererkoalition. Es ist die konsequente Fortführung des finanzpolitischen Amoklaufes der vergangenen Jahre. Und das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen und sich vorstellen: Obwohl die rot-grünen Raubritter die Bürger immer ungenierter ausplündern und das zusätzlich erbeutete Geld in das Budget pumpen, werden die Schulden im kommenden Jahr 2012 um 10 Prozent ansteigen. Um 10 Prozent steigen die Schulden in Wien an, um 400 Millionen EUR! Überhaupt sind seit dem Amtsantritt von Frau Finanzstadträtin Brauner im Jahr 2007 als Finanzstadträtin die Schulden der Stadt Wien von 1,4 Milliarden EUR auf 4,4 Milliarden EUR explodiert. Eine dreifache Schuldenexplosion in nur vier bis fünf Jahren! Das muss man sich einmal vorstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein finanzpolitischer Amoklauf, den Sie zu verantworten haben, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! (*Beifall bei der FPÖ.*) Und da rede ich jetzt nicht von den ausgelagerten Schulden von Wiener Wohnen, die wir in dieser Debatte sicherlich auch noch beleuchten werden.

Aber die Gründe für dieses Finanzdebakel ist und bleibt, und das haben wir schon oft gesagt, die Casinomentalität der Finanzstadträtin, vor allem wenn wir die Frankenkredite betrachten. Heuer wird der Verlust ja noch auf 250 Millionen EUR ansteigen und es ist ja auch kein Ende absehbar. 52 Prozent der Schulden der Stadt laufen in Schweizer Franken. Die Frau VBgmin Brauner hat vorhin davon gesprochen, dass mit der Schuldensituation der Stadt verantwortungsvoll umgegangen wird. Also 52 Prozent in Schweizer Franken - so viel zum Thema Risikostreuung! Diese Finanzstadträtin ist ein unkalkulierbares Risiko für die Wienerinnen und Wiener und das stellen wir heute fest, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn man die 52 Prozent der Wiener Schulden in Schweizer Franken mit der Schuldensituation im Bund vergleicht, so sind dort gerade einmal etwas mehr als 1 Prozent der Schulden in Schweizer Franken. 52 Prozent, das ist eine tickende Bombe für die Stadt, die jederzeit explodieren kann. Sie haben keinerlei Risikobewusstsein. Das ist bei Ihnen nicht vorhanden. Es sagen ja auch Experten, ich zitiere: „Ohne geeignetes Risikomanagement ist eine Kreditaufnahme in einer Fremdwährung reine Spekulation.“ Sie betreiben reine Spekulation, Spekulation in Reinkultur. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass Wien kein Risikomanagement hat. Es gibt kein Risikomanagement,

aber 52 Prozent der Schulden sind in Schweizer Franken. Und, meine sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, so eine Finanzstadträtin, so eine Regierung kann sich Wien in Zukunft einfach nicht mehr leisten! So eine Finanzstadträtin können wir uns sparen! Treten Sie endlich zurück! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es wurde auch heute schon in Ihrer Rede erwähnt und auch schon öfters vom Herrn Bgm Häupl und wir wissen es ja alle, schuld an der Krise sind die bösen Spekulanten, schuld sind die Rating-Agenturen. Aber das Problem ist nur eines: Bei uns in Wien sitzen die Zocker und Spekulanten, nicht in irgendwelchen Hedgefonds und Banken. Sie sitzen hier auf der rot-grünen Regierungsbank. Das muss man feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Das sind völlig verantwortungslose Akteure, die hier mit der Finanzpolitik in Wien agieren als gäbe es kein Morgen, und damit muss Schluss sein.

Also stellen wir doch einen kleinen Vergleich an. Diese rot-grüne Regierungsbank ist nichts anderes als eine Bad Bank, eine Bad Bank. Häupl ist der Generaldirektor *(Beifall bei der FPÖ.)*, Frau Brauner und Frau Vassilakou sind die Chefs der Inkassoabteilung oder der Beschaffungsabteilung. Und überhaupt, ich muss schon ja auch, na ja, Respekt wäre falsch ausgedrückt, schon sagen, die Frau Vassilakou hat sich innerhalb eines Jahres und mit dem vorherigen Trainee-Programm bei dieser Bad Bank ziemlich schnell einarbeiten können, was das Abzocken mit der Gebührenerhöhung bei den Parkometerabgaben betrifft. Vom Trainee-Programm direkt in die Vorstandsebene der Abzockerei, das macht der Frau Vassilakou so schnell keiner nach, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ohne Genierer schraubt diese rot-grüne Abkassierertruppe laufend die Einnahmen der Stadt in die Höhe. Eben genau um diese rot-grüne Misswirtschaft zu finanzieren, werden die Bürger ausgepresst wie Zitronen. Allein von 2011 bis 2012 sollen um 616 Millionen EUR mehr aus den Geldtaschen der Bürger gezogen und im Budget verprasst werden. Und das ist auch die traurige Bilanz nach einem Jahr Rot-Grün. Es ist ja das erste Budget, wo die GRÜNEN einmal Hand anlegen durften. Vor einem Jahr durften sie ja noch nicht mitmischen. Das erste Budget mit grüner Beteiligung. Ich nenne es mal nicht grüne Beteiligung, sondern grüne Beitragstäterschaft, weil dieses Budget ist ja nichts anderes als eine Untat gegenüber den Bürgern hier in Wien. Es sagen ja auch Experten, die rot-grüne Budgetgovernance sind handwerklich letztwertig, politisch kraftlos und insgesamt orientierungslos. Das sagen Experten. Überhaupt kann man das eine Jahr Rot-Grün mit vier Worten zusammenfassen: Abzocke, Misswirtschaft, Wählertäuschung und Verrat am Wähler. Und dafür ist vor allem auch die Frau Vassilakou mitverantwortlich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hier nur ein kurzer Auszug aus der rot-grünen Liste der Grausamkeiten und Gemeinheiten innerhalb von nur einem Jahr: Wasser plus 33 Prozent, Gas plus 16 Prozent, Öffi-Fahrscheine plus 11 Prozent, Fernwärme

plus 8,2 Prozent, Kanal und Müll plus 6 Prozent, und so weiter, und so fort. Der neueste Streich dieser rot-grünen politischen Wegelagerer ist die Erhöhung der Kurzparktarife um 70 Prozent. Frau Vassilakou, es reicht! Es reicht, die Bürger abzuzocken. Die Bürger haben es satt. Lassen Sie Ihren Feldzug, Ihren Rachezug gegen die Autofahrer endlich sein und kommen Sie zur Vernunft, Frau Vassilakou!

Wir bringen heute einen Misstrauensantrag gegen Sie ein und ich darf alle auffordern, diesem Misstrauensantrag gegen die Frau Vizebürgermeisterin auch zuzustimmen, weil wir Wiener uns diese Vizebürgermeisterin nicht mehr leisten können. Wir Wiener werden uns diese Vizebürgermeisterin in Zukunft sparen, meine sehr geehrten Damen und Herren *(Beifall bei der FPÖ.)*, weil ein Jahr ist ja wirklich rekordverdächtig. Dass man in einem Jahr in der Regierung alles verraten hat, was man verraten kann. In einem Jahr wurde so viel Unheil angerichtet, wie andere nicht einmal in einer Periode anrichten. Das muss man einmal nachmachen. Sie naschen ungeniert mit. 210 000 EUR für den Herrn Van der Bellen oder korrekt für das Büro des Herrn Professors.

Wir wissen nicht einmal, was der Herr tut. Er soll doch mal herkommen oder zumindest schriftlich einen Bericht abliefern, damit die Wienerinnen und Wiener wissen, dass er eigentlich in diesem Jahr bis jetzt nichts geleistet hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Genau diesen Antrag bringen wir auch in der Form eines Beschlussantrags ein, dass der Herr Bürgermeister aufgefordert wird, vom Herrn Beauftragten des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds einen Bericht bis Jahresende einzufordern. Wir sind gespannt, was der Herr Professor in diesem einen Jahr mit 210 000 EUR Steuergelder gemacht hat.

Also wir vertrauen Ihnen nicht, wir vertrauen der rot-grünen Stadtregierung nicht, wir vertrauen der Frau Vassilakou nicht. Wir bringen diesen Misstrauensantrag ein und sagen, in diesem Jahr eine Abzocke, die ihresgleichen sucht, ein Rekordgebührenwucher, das muss man feststellen. Das bedeutet auch eine soziale Eiseskälte für jede Wiener Familie, nämlich eine Mehrbelastung von 550 EUR, die zusätzlich aus der Tasche gezogen wird. Das sind 46 EUR im Monat, die in diesem Jahr allein einer durchschnittlichen Familie aus der Tasche gezogen werden. Und da ist es ja eine Chuzpe, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie im Bund eine Reichensteuer fordern, aber in Wien ungeniert die Bürger aussackeln und auch in die Armut treiben. Sie treiben die Menschen in Wien in die Armut! Das ist das Ergebnis Ihrer Politik von der SPÖ, meine sehr geehrte Damen und Herren, und das werden wir mit der Hilfe der Wähler verhindern. *(Beifall bei der FPÖ.)* Und da frage ich mich schon: Was ist denn aus der einst so sozialen Arbeiterpartei SPÖ geworden? Was ist aus der Partei des kleinen Mannes geworden? Sie schauen alle so verstohlen weg! Schauen Sie mir in die Augen! Was ist aus dieser Partei geworden, die einst den kleinen Mann und die Arbeitnehmer vertreten hat? Sie verraten Ihre eigenen Prinzipien und das merken die

Wähler. *(Beifall bei der FPÖ.)* Sie dürfen sich nicht wundern, wenn die Bürger immer mehr den Eindruck haben, dass es sich hier um eine Ansammlung von abgehobenen Bonzen handelt, die die Kosten für ihre Privilegien, Skandale und Misswirtschaft rücksichtslos auf die Allgemeinheit abwälzen. Schämen Sie sich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, schämen Sie sich! Sozial ist nicht sozialistisch.

Die FPÖ ist die einzige soziale Partei hier in Wien und in Österreich und das merken die Wiener und Wienerinnen und Österreicher auch. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das sagt ja auch eine Studie vom WIFO und zwar eine Studie über den Anteil der niedrigen Einkommenshaushalte in den europäischen Großstädten. Wien liegt ja mit einem Anteil von mehr als 21 Prozent an dritt schlechtester Stelle! 21 Prozent der Wiener Haushalte haben Niedrigeinkommen. Wie viele Expertenstudien braucht es da noch, bis Rote und Grüne sich das Scheitern ihrer Politik selbst eingestehen? Wie viele Studien, wie viele Expertenmeinungen braucht es da noch? Aber wie kann es auch anders sein? Dieselbe Studie des WIFO sagt auch den Grund für den hohen Anteil an Niedrigeinkommenshaushalten. Der Grund ist die gescheiterte Integrationspolitik der SPÖ in Wien mit den grünen Mithelfern. Das ist der Grund, warum die Menschen in Wien immer ärmer werden. Ja, Ihre tolle Integrationspolitik ist gescheitert. Zuwanderung à la SPÖ schafft Armut und das wissen die Menschen. Die nächste Wahl wird auch genau in die Richtung gehen, dass die Partei gestärkt wird, die für die Österreicher da ist, die Freiheitliche Partei, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben vollkommen versagt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder die nächste Studie, ich bringe nur ein paar Beispiele, die nächste, die neusten Zahlen vom Arbeitsmarktservice: Jeder zweite der rund 76 000 Arbeitslosen in Wien hat Migrationshintergrund, bei Jugendlichen sind es sogar 2 von 3. 70 Prozent der Arbeitslosen bei Jugendlichen haben Migrationshintergrund! Das sind ja die Früchte Ihrer gescheiterten Integrationspolitik! Wir warnen ja schon seit vielen Jahren davor, dass hier einiges schief läuft, dass nichts gemacht wird, um die Leute auch in den Arbeitsmarkt, ins Bildungssystem zu integrieren. Da haben Sie versagt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und Rot und Grün, da haben sich ja zwei Parteien gefunden, zwei Parteien der Zuwandererfetischisten, die sich gegenseitig übertrumpfen, wer jetzt inländischerfeindlicher oder ausländerfreundlicher ist. Da haben sich die zwei Richtigen gefunden. Sie stehen für ungezügelter Zuwanderung.

Auch die zugewiesene Asylquote für Wien wird ja natürlich aus reinen menschlichen Gründen um 30 Prozent übererfüllt. Wir sagen als Freiheitliche Ja zu echtem Asyl, wenn es ernst gemeint ist, wenn es echt ist, wenn jemand politisch, rassistisch oder religiös verfolgt wird. Asyl ist aber auch ein Recht auf Zeit. Wenn der Verfolgungsgrund wegfällt, hat derjenige das Land zu verlassen und in sein Heimatland zurückzukehren. Wir

stehen zu diesem Asylrecht. Wir stehen aber nicht dazu, dass dieses Asylrecht von Ihnen ausgehöhlt und von Scheinasylanten missbraucht wird, die uns dann auf der Tasche liegen. Dazu stehen wir nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren *(Beifall bei der FPÖ.)*, weil Ihnen ist es vollkommen egal, dass dadurch hauptsächlich Kriminalität importiert wird. Hauptsache, die Asylindustrie und all die Anwälte und Vereine, das funktioniert, die kassieren. Ihre Helden heißen Ute Bock und Co. Das sind Ihre Säulenheiligen. Damals hat sie noch Jugendheime geleitet *(Aufregung bei den GRÜNEN.)* und Ohrfeigen verteilt. Jetzt leitet sie Asylantenheime, an denen hunderte Scheinmeldungen stattfinden. *(Große Aufregung bei GRin Birgit Hebein.)* Das ist Ihre Säulenheilige Ute Bock! Wir haben sie schon längst durchschaut. Da geht es um was ganz was anderes. Das will ich vielleicht hier jetzt an dieser Stelle nicht ansprechen. Die Frau Ute Bock unterstützt mit Ihnen genau diese Asylindustrie, ein Bombengeschäft, in das jährlich Millionen und Abermillionen Steuergelder vom Innenministerium und von Wien fließen. Ein paar Zahlen: Von 2004 bis 2011 hat die Stadt 1 Milliarde EUR in die offizielle Betreuung von Asylwerbern gesteckt und davon kommen 300 Millionen EUR in die übererfüllte Quote, die Wien ja nicht so übererfüllen müsste, wie es das tut. Das alles wird natürlich über den Fonds Soziales Wien ausgeschüttet. Es ist keine Kontrolle des Gemeinderates gegeben. Und wir wissen, das System wird durch Scheinasylanten ausgenutzt. Zum Ausnützen gehören immer zwei, nämlich auch derjenige, der sich ausnützen lässt und das sind Sie von der SPÖ und den GRÜNEN. Sie lassen sich ausnützen und Sie von der rot-grünen Stadtregierung schauen einfach zu. Sie tun nichts dagegen, dass immer mehr Scheinasylanten zu uns kommen und uns, den Wienerinnen und Wienern, auf der Tasche liegen. Da wird Menschlichkeit vorgetäuscht. Dahinter steckt aber nichts anderes als reine Profitgier und das ist so! Das erkennen auch die Menschen und Sie werden die Rechnung präsentiert bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber vielleicht orientieren Sie sich an Genossen Ihrer Bewegung, orientieren sich an roten Parteigängern. Verabschieden Sie sich endlich von Ihren sozialromantischen Halluzinationen. Undifferenzierte Massenzuwanderung kostet mehr, als sie bringt. Das hat auch Thilo Sarazzin eindrucksvoll gesagt. Das ist ein roter Parteigenosse. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Herrn Thilo Sarazzin, der ein Buch geschrieben hat, das wirklich die Menschen bewegt hat, wo die Wahrheit drinnensteht, nämlich ungeschminkt. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Thilo Sarazzin und kommen Sie auf den Boden der Vernunft zurück!

Aber das ist genau Ihre Politik. Um möglichst viel Geld für Ihre integrationsunwilligen Zuwanderer zu haben, wird eben von Rot-Grün an anderer Stelle eiskalt gekürzt. Da werden etwa die arbeitsmarktwirksamen Investitionen rigoros zusammengestrichen. Ein Vergleich zum Beispiel zwischen 2010 und 2012 zeigt, Investitionen von Wiener Wohnen minus 15 Millionen,

Wohnbauförderung minus 40 Millionen, Wirtschaftsförderung minus 41 Millionen, und so weiter, und so fort. Also keine Impulse für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Aber dafür steigen gleichzeitig die Ausgaben für Eigenwerbung, für den PID um 4 Millionen EUR auf 51 Millionen EUR nächstes Jahr und natürlich für ideologische Subventionen. Für die Mindestsicherung der Ausländer ist genug Geld da. Da fragt man sich schon: Was ist die Folge dieser völlig fehlgeleiteten Investitionspolitik? Die Folge ist, Wien ist Schlusslicht am Arbeitsmarkt. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit inklusive der Schulungsteilnehmer liegt nach der Berechnung des WIFO in Wien bei aktuell 10,7 Prozent.

Sie haben bei der Beschäftigung und beim Arbeitsmarkt versagt, meine sehr geehrten Damen und Herren von Rot und Grün! Lassen Sie sich das ins Stammbuch schreiben. Sie haben versagt, was den Schutz der Arbeitnehmer betrifft, was den Schutz der Arbeitsplätze betrifft, Sie haben versagt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zusammenfassend kann man sagen: Ein Jahr Rot-Grün, ein Jahr der Belastungen, ein Jahr Wegschauen von den echten Problemen der Wienerinnen und Wiener, ein Jahr Politik gegen die Wienerinnen und Wiener. Sie von der rot-grünen Stadtregierung, Sie schauen einfach zu und tun nichts dagegen, dass immer mehr Menschen ohne Job dastehen! Sie von der rot-grünen Stadtregierung, Sie schauen einfach zu und tun nichts dagegen, dass in Wien das Bildungssystem und das Bildungsniveau sinken und sinken und jungen Menschen die Zukunft verbaut wird. Da schauen Sie einfach zu. Und Ihre hochgepriesene Gesamtschule wird daran auch nichts ändern, sondern es wird die Situation verschärfen. Oder glauben Sie ernsthaft, dass die Schüler nur, weil die Schule jetzt Gesamtschule heißt, besser und gescheiter werden? Glauben Sie das ernsthaft? Oder glauben Sie ernsthaft, wenn man Noten abschafft, dass die Schüler besser werden und fit für die Arbeitswelt sind? Ziel muss es doch sein, die Qualität zu steigern und die Schüler gescheiter und besser zu machen. Qualität, Leistung und Respekt, das sollten die wichtigsten Parameter für die Bildungspolitik sein. Aber genau das wollen Sie nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ!

Es ist ja auch kein Wunder, dass das Androsch-Volksbegehren ein völliger Flop war. Seit einem Jahr, Herr Strobl, rennt der Herr Androsch durch Österreich. Alle Medien bringen das tolle Volksbegehren. Es gab kein Volksbegehren in der Geschichte Österreichs, das so intensiv und lang beworben wurde, aber trotzdem nicht einmal 400 000 Unterschriften! Das ist ein reiner Flop der SPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kurz zum Thema Sicherheit. Sie von der rot-grünen Stadtregierung, Sie schauen einfach zu und tun nichts dagegen, dass die Bettelmafia in Wien freie Hand hat, Menschen versklavt und Bürger belästigt werden. Es drängt sich ja immer mehr der Verdacht auf, dass Sie mit dieser Bettelmafia irgendwie, ich weiß nicht wie, unter einer Decke stecken. Sorgen Sie endlich für ein

absolutes Bettelverbot in Wien, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer hindert Sie daran? Wir sicherlich nicht! *(Beifall bei der FPÖ.- Aufregung bei GRin Mag Martina Wurzer.)*

Und Sie von der rot-grünen Stadtregierung, Frau Wurzer, Sie schauen einfach zu und tun nichts dagegen, dass es viele Kinder in dieser Stadt gibt, die es sehr schwer und immer schwerer haben. 90 000 Kinder leben in Armut, 4 000 Kinder gelten als verwahrlost, 2 000 Kinder werden misshandelt. Und meine Frage ist: Wie viele Kinder wurden in den letzten Jahrzehnten in den Kinderheimen des roten Wien misshandelt und vergewaltigt? Wie viele Kinder waren das? Wie viele Kinder werden noch immer misshandelt? Abgründe tun sich hier auf! Wir haben heuer im Jänner einen Dringlichen Antrag an den Herrn Landeshauptmann eingebracht, nämlich zur Stärkung der Jugendwohlfahrt und auch zu einer strafrechtlichen Änderung auf Bundesebene und einer Einführung einer Transparenzdatenbank. Der Herr Landeshauptmann hat diesen unseren Antrag abgelehnt. Aber Sie wissen seit spätestens 1974, seit dem Bericht der Frau Karlsson, dass in vielen Kinderheimen des roten Wien hunderte Kinder systematisch missbraucht und vergewaltigt wurden. Da konnten sich Perverse an den hilflosesten und wehrlosesten Mitgliedern der Gesellschaft auslassen und so mancher Peiniger hat dort auch noch Karriere gemacht bis hin zum ORF, natürlich BSA-Mitglied war er auch, und andere bis hin zum Heimleiter in Heimen noch vor einigen Jahren. Da wurde jahrzehntelang vertuscht. Jetzt brechen die Dämme. Wir Freiheitliche wollen die Opfer schützen und nicht die Täter. Wir wollen, dass die Täter hier endlich die gerechte Strafe bekommen, so sie noch leben und nicht geschützt werden, so wie Sie das betreiben, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ich komme zum Schluss. Mit Ihrer Untätigkeit und Unfähigkeit fahren Sie die Stadt gegen die Wand. Wir fühlen die Verantwortung für die Wienerinnen und Wiener. Sie liefern Rekordverschuldung, Rekordarbeitslosigkeit und Rekordgebührenwucher. Wir lehnen das Budget ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Klubobmann, Sie geben mir noch zwei Anträge. Zum Misstrauensantrag stelle ich fest, dass dieser von einer ausreichenden Anzahl von Gemeinderäten unterstützt wurde. Er fließt in die Verhandlung ein und wird nach Schluss der Debatte abgestimmt werden.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr GR Dr Aigner. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine Damen und Herren!

Der Klubobmann Ellensohn hat in der ihm eigenen, selbstgerechten und leicht überheblichen Art und Weise der rot-grünen Stadtregierung ein Zeugnis, ich würde sagen, ein verbales Gesamtschulzeugnis ausgestellt, das nicht wirklich überraschend ein ausgezeichnetes Zeugnis war. Ich bin altmodisch und arbeite noch mit den

alten Schulziffern und ich darf Ihnen mit der Schulziffernmethode mein Zeugnis für ein Jahr Rot-Grün und für dieses hier vorliegende Budget geben.

Und da fange ich, was etwas unüblich ist, aber im Zeugnis steht es, glaub' ich, auch ganz oben, mit der Betragensnote an. (*Heiterkeit und Beifall bei GR Mag Wolfgang Jung.*) In Betragen würde ich Ihnen ein Wenig oder ein Nicht Zufriedenstellend geben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Karzer!*) Herr Kollege Ellensohn, ich halte es für wirklich unglaublich, dass Sie eine heute erst neu angelobte neue Gemeinderätin, die noch nicht einmal außer „Ich gelobe“ einen Satz sagen konnte, bereits abqualifizieren und zwar in einer äußerst unfairen Art und Weise, nämlich nur mit dem Hinweis einer früheren Tätigkeit in einem Ministerbüro. Also wenn das schon ausreicht, hier abqualifiziert zu werden, ganz egal, in welchem Ministerbüro, dann finde ich es wirklich unglaublich und Sie täten gut daran, sich in einer stillen Stunde, das wird zwar nicht mehr in die Betragensnote einfließen, eine Entschuldigung über die Lippen kommen zu lassen. Ich glaube, das wäre (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*) mehr als angebracht.

Ich habe vor ein paar Tagen in einer Zeitung ein Foto gesehen, wie die ehemalige Gesundheitsministerin eine hohe Auszeichnung bekommen hat. Der Herr Bürgermeister, der jetzt der Budgetdebatte nicht sein Ohr leiht, hat es sich nicht nehmen lassen, hier diese Ausübung selbst vorzunehmen und auch der Ehegatte, der immer wieder mit allen möglichen Dingen in Zusammenhang gebracht wird, ist auch mehr lustig und mit einem Blumenstrauß bedacht worden. Also man sieht schon, dass diese ganzen Skandalnetzwerke wahrlich parteiübergreifend sind und dass da sozusagen auch auf der Seite durchaus einmal ein Erklärungsbedarf besteht.

Aber kommen wir zum Budget zurück, meine Damen und Herren. Natürlich ist die Krise ein sehr guter Vorwand und Anlass für außergewöhnliche Maßnahmen. Ich freue mich auch immer dann zu hören, es sind nur die Spekulanten schuld. Es ist richtig, 2008 hat es eine Spekulationsblase gegeben und aus dieser Finanzkrise ist eine weltweite Wirtschaftskrise geworden. Dann hat sich die Wirtschaft wieder erfangen. Aber nichtsdestotrotz, es ändert sich nichts daran, dass wir es auch mit strukturell wirtschaftlichen Problemen zu tun haben. Und einfach zu sagen, ja, man muss nur die Spekulation bekämpfen und dann ist alles gut, da macht man es sich schlichtweg zu einfach. Die jetzige Krise ist eine Eurokrise, eine Krise der Wirtschafts- und Währungsunion und dieser Krise liegt sehr wohl auch ein Eurostrukturfehler zugrunde. Es ist ganz klar, wenn man eine Währungsunion aus politischen Gründen implementiert hat, und der Euro hat seinerzeit in erster Linie politische Gründe gehabt, und wenn man keine ordentlichen Rahmenbedingungen schafft, dann kann es eine Währungsunion auf kurz oder lang zerreißen, und die Rahmenbedingungen waren nicht in Ordnung. Man hat Kriterien aufgestellt und hat sie nicht eingehalten. Man hat gewusst, dass Länder, die exportorientiert sind, die wettbewerbsfähig sind so wie Deutschland, aber auch wie Österreich, eine harte Währung vertragen, und

dass Länder, die nicht wettbewerbsfähig sind oder nicht so wettbewerbsfähig sind, mit einer harten Währung große Probleme bekommen.

Im Endeffekt kann man sagen, die Schwäche der Währungsunion kann man eins zu eins auf die Schwäche einer Gesamtschule umlegen. Wenn ich in eine Klasse Gute und Schlechte undifferenziert hineinstecke, dann hat niemand etwas davon. Die Guten sind frustriert und werden gebremst und auch die Schwächeren sind frustriert und werden frustriert.

Die gleiche Systematik kann man auch bei der Währungsunion sehen. Man wird erst sehen, wie das Ganze ausgeht, aber es ist hier nicht nur die Spekulation daran. Dieselben Rating-Agenturen, denen man vor drei Jahren vorgeworfen hat, dass sie zu lasch geratet haben, können jetzt nicht schuld daran sein, wenn sie echte Schwächen aufdecken.

Wenn man schon dauernd die Spekulation bekämpft und bekrittelt, sollte man halt selbst nicht Teil der Spekulation sein. Wenn man nämlich hört und liest, dass die Stadt Linz zig Millionen Euro bei einer primitiven Zinswette, noch dazu mit der BAWAG, in den Sand gesetzt hat, dann weiß ich wirklich nicht, ob das Aufgabe einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft ist, sozusagen Zinswetten abzuschließen. Das ist nämlich wirklich Spekulation. Man hofft, dass es gut geht, und wenn es nicht gut geht, dann stellt man sich hin und versucht, irgendwelche Gründe zu finden, warum der Beschluss nicht gültig war.

Also, die Spekulation hat sehr viele Gesichter. Es ist nicht alles schlecht, was auf den Märkten passiert. Dass es mehr Rahmenbedingungen und Regelungen braucht, ist auch ganz klar. Das kann, soll und darf uns aber nicht daran hindern, die eigenen Hausaufgaben zu machen. Diesbezüglich, auch wenn Wien im Bundesländervergleich tatsächlich nicht so schlecht liegt, können Sie nicht leugnen, dass sich der Schuldenstand der Stadt Wien in den letzten drei Jahren massiv gesteigert hat, und das bei massiv steigenden Einnahmen. Also, wir haben beides: steigende Schulden und eine Gebührenlawine und höhere Einnahmen, die auch die Stadt Wien über den Finanzausgleich bekommt.

Das muss man auch einmal sagen, wenn man immer sagt, der Bund hat die Schulden. Der Bund hebt die Steuern ein und ein Teil der Steuern geht über den Finanzausgleich an die anderen Gebietskörperschaften weiter. Das letzte Bundessparpaket hat den Ländern und Gemeinden zusätzlich zig Millionen gebracht. Das ist natürlich eine recht kommode Situation, wenn man sagt, Steuererhöhungen auf Bundesebene spülen uns automatisch zusätzliches Geld in die Kassen.

Dann wäre es in Ordnung, wenn man mit dem zusätzlichen Geld auskommen würde. Das ist nicht der Fall. Sie brauchen weitere Gebührenlawinen. Man muss schon sagen, hier werden die Wienerinnen und Wiener ganz massiv belastet, und das in einem wirklich schwierigen Umfeld. Wir haben eine hohe Inflationsrate. Diese 3,4 Prozent sind heruntergerechnet. Wenn man sich alle 2 Wochen einen Plasmafernseher kauft, dann kann man diese 3,4 Prozent erreichen. Wenn man nur

normal einkaufen geht, steigt der Mikro- und Miniwarenkorb um 7 bis 8 Prozent.

Jetzt habe ich noch diese städtische Gebührenlawine. Man muss sich das schon einmal vor Augen führen, und das muss man sich im Endeffekt auch einmal trauen, dass Sie mit dem Valorisierungsgesetz, das schon ein problematisches Gesetz ist, weswegen es von der Opposition auch abgelehnt worden ist, gar nicht auskommen, sondern noch viel stärker in die Taschen hineingreifen. Also 70 Prozent bei den Kurzparkscheinen ist wirklich ein Wahnsinn! Das ist eine überfallsartige Geldbeschaffungsaktion. Wenn Sie gleichzeitig die Mittel für den Garagenbau kürzen, geht es hier nur mehr um schlichte Budgetsanierung, Sanierung, so wie Sie das machen, ausschließlich einnahmenseitig. Von Sparmaßnahmen ist hier überhaupt kein Wort geredet worden. Es wird nur einnahmenseitig saniert.

Dann sagen Sie, das politische System wird auch zum Sparen aufgefordert und die Politikerbezüge werden, ich glaube, jetzt das vierte Jahr nicht angehoben. Das ist eine reine Alibiaktion. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das den Politikern selbst nicht sonderlich gut tut. Oder haben Sie die Erfahrung gemacht, dass die Nulllohnstunden dazu geführt haben, dass man auf der Straße anerkennend mit Schulterklopfen belobigt wird? In Wirklichkeit denken sich viele Leute, wenn Sie selbst der Meinung sind, dass Sie Ihr Geld nicht wert sind, dann ist es vielleicht mit der Arbeit nicht so weit her. Ich finde, das ist eigentlich billiger Populismus, der dem Budget überhaupt nichts bringt. Das können doch maximal nur ein paar Hunderttausend Euro sein. Sie demotivieren, weil Sie alle Bezüge einfrieren, auch die kleinen Funktionäre, die Bezirksräte, die nur ein Taschengeld bekommen. Das ist ja kein Bezug, das ist eine Aufwandsentschädigung und so weiter.

Wenn Sie im politischen System sparen wollen, haben Sie genug Möglichkeiten. Fangen Sie bei den Inseratenlawinen an! Das wäre ein sinnvoller Beitrag zum Sparen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eingestandene 51 Millionen EUR, mit denen man im laufenden Budgetvollzug nicht das Auslangen findet. Das werden dann mehr. Plus die versteckten, ausgelagerten Inseratenaktionen sind es gut und gern 100 Millionen EUR, die die Stadt Wien und ihr nahestehende Beteiligungen und Unternehmen in die Eigenwerbung stecken. Von den ganzen Festen der Selbstbeweihräucherung rede ich jetzt gar nicht. Das sind Kosten des politischen Systems. Da könnte man substanziell einen Beitrag machen. Die Nulllohnstunden der Politiker ist eine reine Alibiaktion, die uns nicht gedankt wird und die dem Budget nichts bringt. Sparen Sie lieber bei der Eigenwerbung! Dort hätten Sie mehr als genug Möglichkeiten, meine Damen und Herren!

Ein weiterer Hinweis: Auf Bundesebene gibt es seit einigen Jahren die mittelfristige vorausschauende Budgetplanung. Es muss Jahr für Jahr sozusagen ein fünfjähriger Budgetpfad vorgelegt werden, wo man auch einen Rahmen beschließt, den man dann auch nach Brüssel melden muss. Ich weiß nicht, Sie haben sonst

nicht so große Probleme mit Fünfjahresplänen. Aus der Geschichte her, glaube ich, war das nichts, was ganz negativ konnotiert war. Warum gibt es keine mittelfristige Finanzplanung der Stadt Wien? Warum gibt es nicht endlich einmal einen echten Kassasturz, wo man sich nicht nur das sehr dürre städtische Budget, sondern auch die ausgegliederten Bereiche anschaut? Es ist schon gesagt worden, dass die Budgethoheit des Gemeinderates immer weiter ausgehöhlt wird, weil viele Bereiche letztendlich in ausgelagerten Fonds und sonstigen Unternehmungen stattfinden, wo es so gut wie keine oder nur eine rudimentär oberflächliche Kontrolle gibt.

Nehmen Sie sich vor, ein modernes Budgetrecht zu gestalten, das eine vorausschauende Planung hat, das auch versucht, Entwicklungen einzufangen, das Jahr für Jahr sozusagen eine Adaptierung, einen Soll-Ist-Vergleich vorsieht! Dann kann man nämlich wirklich, wenn es diese Schuldenbremse gibt, entsprechend reagieren. Ich bin der Meinung, die Bremse allein nützt überhaupt nichts. Da schreibt man etwas in die Verfassung, und wir wissen, die Verfassung ist sehr geduldig. Darin ist auch gestanden, dass man am 22. Oktober ein Budget vorzulegen hat, dann waren irgendwelche Wahlen und man hat sich halt einen weiteren Monat Zeit gelassen. Also man sieht, wie die Verfassung eingehalten wird. Soll dann der Verfassungsgerichtshof Budgetpolitik machen? Das kann allenfalls ein Bekenntnis zu einem ausgeglichenen Haushalt sein. Die Maßnahmen muss man auf einfachgesetzlicher Ebene treffen. Daran hat die Regierung bislang niemand gehindert, das zu tun.

Ich habe große Zweifel, dass diese Bundesregierung zu weitreichenden Maßnahmen in der Lage ist. In der Weise, wie sie aufgestellt ist, ist es vielleicht sogar besser, man holt sich vorher ein neues Mandat vom Wähler und versucht dann einen Neustart, weil ich glaube nicht, dass hier wirklich etwas weitergeht.

Wenn Sie meinen, dass die Vermögenssteuer das Allheilmittel ist, dann muss man schon sagen, das geht in Richtung einer kalten Enteignung. Es ist ganz interessant, wie da die Grenze immer weiter hinuntergeht. Zuerst hat man von den Millionären gesprochen. Ich habe fast das Gefühl, Sie meinen immer noch die Schilling-Millionäre, die Sie treffen wollen. Also, die Euro-Millionäre sind dann die Reichen, wo überhaupt nicht unterschieden wird, wie derjenige überhaupt zu der Million kommt. Ist das über Generationen aus dem versteuerten Einkommen angespart worden? Warum soll man dann eine weitere Steuer bezahlen? Jetzt sind wir schon bei 500 000 EUR, und dann sind wir genau in dem Bereich, wo schon Eigentumswohnungen darin sind. Jetzt frage ich mich: Wie wollen Sie denn das machen? Sie wollen den Österreicherinnen und Österreichern nachschnüffeln, ins Grundbuch gehen, dann müssen wir das alles wahrscheinlich bewerten, dann schauen wir, welche sonstigen Wertgegenstände da sind und so weiter. Also, eine solche Vermögenssteuer ist eine reine Schnüffelsteuer. Sie treffen damit nicht die Reichen, weil da können Sie sicher sein, Niki Lauda, Didi Mateschitz,

die wirklich Reichen wissen schon, wie man das System optimiert, und zahlen keine Steuern. Sie wollen diejenigen zusätzlich besteuern, die schon die Last des laufenden Betriebes tragen.

Im Prinzip müssen Sie sich die Frage stellen: Ist das nicht auch ein sozialer Akt - es ist fast schon ein bisschen sozialistisch -, wenn 50 Prozent der potenziell Lohnsteuerpflichtigen keine Lohnsteuer bezahlen? Das heißt, die anderen 50 Prozent tragen das Ganze. Der Grenzsteuersatz, der europaweit zu den höchsten zählt, fängt schon bei einem Einkommen an, wo man mit 4 500 EUR brutto hineinkommt. Das sind dann schon die Reichen, die dann, wenn sie sich aus diesem Einkommen etwas ersparen und sich eine Wohnung kaufen, noch eine Substanzsteuer bezahlen sollen.

Meine Damen und Herren, das hat mit Gerechtigkeit, mit Leistungsfreundlichkeit, mit einem Anreiz für Arbeit überhaupt nichts zu tun. In mir keimt der leise Verdacht zur traurigen Gewissheit, dass es Ihnen ganz recht ist, dass immer mehr Menschen in der Mindestsicherung sind. Es werden diese steigenden Zahlen fast als Erfolg angesehen. Ich meine, eine Wirtschaftspolitik sollte doch dafür Sorge tragen, dass das kein Karriereziel ist, dass das kein Lebensplan ist, Hartz-IV-Karrieren anzustreben, dass man nicht auf Transfers angewiesen ist, sondern dass man sozusagen durch Arbeit und durch Leistung seinen Lebensunterhalt verdient. Diejenigen, die das kurzfristig nicht brauchen, haben Anspruch auf Solidarität. Aber das dürfen keine Dauerleistungen sein, das können keine Dauerleistungen sein! Es muss ganz klare Leistungsanreize geben. Diese Leistungsanreize muss ein Steuersystem bieten. Das kann es nicht bieten, wenn der Eingangssteuersatz schon bei 38 Prozent liegt, weil dann habe ich sozusagen genau dieses Social Hazing, dass man sich überlegt, da die Mindestsicherung, dort Sozialleistungen und auf einmal komme ich auf ein Nettoeinkommen, das ich durch Arbeit überhaupt nicht zusammenbringen kann.

Ich werde mich sehr darum bemühen und werde die Frage auch an die Stadtregierung, an die Stadträte stellen: Wie kann man denn diesen massiven Anstieg der Mindestsicherungsbezieher erklären? Wie funktioniert die Vermittlung über das AMS und über den WAFF? Wir haben damals gehört, die Mindestsicherung soll ein Sprungbrett in den Arbeitsprozess sein. Ich glaube, das Gegenteil passiert. Es ist ein Sprungbrett hinein in ein transferfinanziertes Leben. Das kann es eigentlich nicht sein! Diese Kostensteigerungen sollte man wirklich ganz massiv hinterfragen. Das ist zumindest nichts, worauf man sehr stolz sein kann, wenn über hunderttausend Menschen eine Mindestsicherung beziehen! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Einen letzten Hinweis, der auch mit dem Budget zu tun hat, möchte ich Ihnen noch geben. Es ist auch für mich völlig inakzeptabel, dass wir ein weitgehend intransparentes Förderungssystem haben. Es gibt bis heute keinen Subventionsbericht. Es sind Einzelmaßnahmen. Man weiß auch nicht, wie viele Förderansuchen abgelehnt werden. Das wird auch nicht gesagt. Man hat das Gefühl, dass halt jene Vereine, die

im stadtnahen Bereich sind, sich hier sozusagen das Geld abholen können, während bei anderen Vereinen der Sparstift eingesetzt wird. Wie ich höre - die Sportamtsleiterin hat das von sich gegeben -, muss man bei Großprojekten sowieso von 20 Prozent Kostensteigerung ausgehen, weil das jetzt auch bei der Albert-Schultz-Halle so ist. Dort werden locker 6 Millionen EUR zusätzlich gezahlt. Wenn ein privater Bauherr von seinem Baumeister mit dem Problem konfrontiert wird, dass es teurer wird, dann schaut man halt, wie man sozusagen anderswo etwas einsparen kann. Wie kann man halt das Projekt, ohne dass man es aufgibt, finanziell optimieren? Nicht so, wenn es sich um öffentliche Gelder handelt, da wird sozusagen einfach nachgeschossen. Wenn ich an die teuersten Schulen, die die Stadt Wien baut, denke, 80 Millionen EUR Campus Zentralbahnhof, und wenn man dort 20 Prozent dazugibt, sind wir bei 100 Millionen EUR. 16 Millionen EUR Differenz ist ein Patzen Geld. Ich bitte Sie wirklich, im Controlling zumindest die Empfehlungen des eigenen Kontrollamtes und des Rechnungshofes ernst zu nehmen!

Ganz zum Schluss, zu einem Kassasturz gehört natürlich auch eine Vermögensbilanz in der Buchhaltung. Was ist mit den AVZ-Millionen passiert? Das Herzstück der früheren Bank Austria, der ehemaligen Zentralsparkasse. Und kommen Sie mir jetzt nicht damit, dass das Görg privatisiert hat und Görg daran schuld ist! Kommen Sie mir nicht damit! *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Aber das stimmt! Wer sonst?)* Der Weiterverkauf und die mehrfachen Verkäufe der Bank Austria sind federführend vom Generaldirektor, der der SPÖ angehört, Gerhard Randa, durchgeführt und eingefädelt worden. Was ist aus den AVZ-Milliarden geworden? Angeblich sollen die 1,7 Milliarden EUR nur mehr 100 Millionen EUR wert sein. Im Lichte dieses Vermögensverlustes wundert es einen nicht, dass Sie jetzt mit den Parkgebühren und mit den Wassergebühren zumindest teilweise den laufenden Betrieb unserer Stadt finanzieren müssen. Auch das wäre eine Frage, auf die wir uns endlich eine Antwort erwarten.

Aus dem Budget geht das natürlich überhaupt nicht hervor. Es wird Sie daher nicht wundern, dass ich dieses Budget ablehne. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ist Herr GR Dipl.-Ing Schicker zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal, Herr Aigner, was die AVZ und die Bank Austria betrifft: Es gibt in diesem Haus noch manche, die sich gut an das Koalitionsabkommen im Jahr 1996 mit der ÖVP erinnern können. Damals war eine der Bedingungen, und wie hat das damals gelautet, der Verkauf der Bank Austria, nicht in Kenntnis nehmend, dass ein Verkauf der Bank Austria nicht Angelegenheit dieses Gemeinderates und der Stadt ist, sondern dass es eine Stiftung, die AVZ, gibt und diese

AVZ-Stiftung in ihren Handlungen nur den Stiftungsorganen verantwortlich ist. Das hat schon damals die ÖVP nicht zur Kenntnis nehmen wollen, der Herr Aigner will es heute auch noch nicht zur Kenntnis nehmen. Das Betreiben des Verkaufs der Bank Austria ist ganz eindeutig vom damaligen kleineren Koalitionspartner ausgegangen. Betreiben wir nicht Geschichtsänderung, so waren die Fakten.

Sehr geehrte Damen und Herren, das von Frau VBgmin Brauner vorgelegte Budget 2012 hat die richtigen Schwerpunkte. Es hat die Schwerpunkte im Sozialen, in Bildung, in Gesundheit und natürlich, in Zeiten wie diesen, in den Bereichen Arbeitsmarkt und Wohnen. Eine Stadt, die wächst, braucht neue und zusätzliche Wohnungen. Eine Stadt, die wächst, braucht auch neue und zusätzliche Arbeitsplätze, ganz unabhängig von der aktuellen wirtschaftlichen Situation, die möglicherweise für das Jahr 2011 noch ein sehr gutes Ergebnis erbringt, die aber ganz sicher, und hier sind sich alle Prognosen einig, im Jahr 2012 ein schlechtes Ergebnis erbringen wird. Denn es wissen alle, die sich ein bisschen mit Volkswirtschaft beschäftigt haben, dass mit einem Wachstum von 0,8 Prozent in der Regel Beschäftigung nicht gehalten werden kann. Dazu sind 3 Prozent Wirtschaftswachstum notwendig. Erst ab diesem Zeitpunkt ist es nach den Regeln der Nationalökonomien möglich, mehr Beschäftigung zu schaffen.

Wenn man sich aber anschaut, was Wien in der Krisensituation Herbst 2008 bis Frühjahr 2011 gelungen ist, kann man feststellen, dass in dieser Zeit Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen waren. Hier irrt Herr Gudenus, wie in so vielem anderen auch. Wien hat mehr Beschäftigung als noch vor der Krise, Wien hat mehr Arbeitsplätze als noch vor der Krise, und das ist gut so. Es ist leider so, dass zusätzlich viele Menschen aber nicht in Arbeit gebracht werden konnten, weil wir eben noch wesentlich mehr Arbeitsplätze benötigt hätten. Das liegt aber nicht an der Politik dieser Stadt, sondern das liegt an dem, was unsere Frau Vizebürgermeisterin richtigerweise als Spekulanten bezeichnet hat, es liegt an den Spekulationen, an den Rating-Agenturen (*StR DDr Eduard Schock: Das war die Ostöffnung, Herr Klubobmann, für die Sie verantwortlich waren!*), die diese internationale Krise, Herr DDr Schock, überhaupt verursacht haben. (*StR DDr Eduard Schock: Sie haben keine Ahnung!*) Herr Dr Schock, da gibt es keinen Zweifel, das ist international und weltweit anerkannt, dass die Krisen nicht von Staaten ausgelöst wurden, sondern dass diese Krise ganz eindeutig von Spekulationen, von Derivatgeschäften ausgelöst ist, mit denen diese Stadt, aber auch die Republik Österreich nichts zu tun haben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - StR DDr Eduard Schock: Nein, das sind die anderen!*)

Was wir auszubaden haben, ist, dass innerhalb dieser Krisensituation und der Aufarbeitung der Krise nicht die richtigen zusätzlichen Konsequenzen getroffen wurden. Die eine Konsequenz war, dass die öffentlichen Hände hergegangen sind und ihre Ausgaben erhöht haben, betreffend die Stadt Wien sinnvoll erhöht haben,

nämlich für Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, für Investitionen, die Arbeitsplätze, die gefährdet waren, erhalten konnten, und für die Ausgaben, die im Bildungs- und Sozialbereich getätigt wurden, und nicht für Investitionen, die teuer sind, die Maschinen beschäftigen und keine Arbeitsplätze schaffen. Wir haben hier die richtigen Punkte gesetzt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Hört, hört!*)

Was aber nicht erfolgt ist, und das ist der weitere Punkt, wo die Kritik auch ansetzen muss, dass es auf der Ebene der Europäischen Union keine Bereitschaft gab, auch die richtigen Maßnahmen zu setzen. In diesen Parlamenten und in diesen Gremien der Europäischen Union haben die Konservativen und Neoliberalen eine sehr deutliche Mehrheit. (*GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt haben die Sozialdemokraten auch in Spanien verloren! Warum wohl?*) So schaut es auch aus, dass dort die Politik, die gemacht wird, eben nicht darauf Rücksicht genommen hat, was notwendig wäre, nämlich Regulierungen für Spekulanten, Regulierungen für Investmentbanking und die Schaffung einer europäischen Rating-Agentur. All das ist nicht, zumindest nicht zeitgerecht, geregelt worden. Die Frau Vizebürgermeisterin hat darauf hingewiesen, wie notwendig das alles wäre. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das Krisenmanagement versagt!*)

Es ist das Wesen des Kapitalismus und das Wesen unseres Wirtschaftssystems, auch wenn die soziale Komponente in Österreich relativ hoch ist, dass man auch sehen muss, dass Budgetkonsolidierung durch die Verringerung von Überschüssen bei den Reichen am besten zu gewährleisten wäre. Dort ist, unter Schonung der sozialen Symmetrie, am meisten dafür zu holen, dass wir Schuldenabbau betreiben können. Es sagt auch ein WIFO-Experte, Herr Gudenus, und nicht der Schicker alleine, sondern der Wirtschaftsexperte des WIFO, Kollege Matteredbauer, dass die Finanztransaktionssteuer und die Vermögensbesteuerung eindeutig die besten und schnellsten Mittel wären, um diese Situation zu bewältigen. Matteredbauer weist auch darauf hin, und das ist auch anerkannt, vom Städtebund bis zum Gemeindebund, bis zu allen, die von Nationalökonomie und Finanzwissenschaften Ahnung haben, dass Gemeinden und Städte am stärksten von der Krise betroffen sind.

Herr Aigner, hier irren Sie, wenn Sie sagen, dass die Steuereinnahmen nur so sprudeln. In der Krise sind die Steuereinnahmen massiv zurückgegangen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Also, bitte!*) Es sind gerade die Einnahmen aus Steuern, die auf die Gemeinden wirken, nämlich Grundsteuer und Kommunalsteuer, deutlich zurückgegangen. Das muss man zur Kenntnis nehmen (*GRin Ing Isabella Leeb: Welch Wunder!*), nämlich auch deshalb, weil die Gemeinden und die Städte gerade in Krisensituationen am stärksten gefragt sind. Gerade in einer Situation wie Wien, wo wir beides in einem sind, Stadt und Land, fallen alle Dinge, die mehr Bedarf haben, nämlich im Bildungswesen, in den Sozialleistungen, in der Pflege, diesen Kommunen zur Last. Hier auch die Erklärung dafür, Herr Aigner, wenn

Sie nicht selbst darauf gekommen sind: Der Bedarf an Sozialleistungen steigt nicht deshalb, weil die Politik schlecht war, sondern weil in Industrie und Gewerbe es leider so ist, dass es sehr viele prekäre Arbeitsverhältnisse gibt, dass nicht nur, wo immer von Gewerkschaftsseite darauf hingewiesen wird, wir einen starken Rückgang an Lehrplätzen haben, (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das stimmt nicht!*) sondern dass wir auch die Situation haben, dass Working Poor immer mehr werden, Menschen, die Arbeit haben und zu wenig verdienen, als dass sie ordentlich ihr Leben führen könnten. Deswegen ist es so wichtig, die bedarfsorientierte Mindestsicherung zu haben. Deswegen ist es so wichtig, auch für die Kinder dieser Familien eine verstärkte Mindestsicherung zu gewähren, so wie es heuer von dieser Stadt und von dieser Regierung in der Stadt eingeführt wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade die Mindestsicherung ist ein Instrument zum Erhalt der Würde von Menschen, die in solchen Lebenssituationen sind. Gerade die Mindestsicherung und auch der Heizkostenzuschuss, der in diesem Winter weiter gewährt wird, sind ein wichtiger Punkt dabei.

Ein zweiter Schwerpunkt, den dieses Budget beinhaltet, ist der Zugang zu Bildung. Der kostenlose Zugang zum Kindergarten ist eine Errungenschaft, die man möglicherweise von den Kärntner Freiheitlichen her wieder abschafft - sie werden ihre Gründe haben -, aber in Wien wird auch bei der prekären Budgetsituation der freie Zugang zum Kindergarten nicht abgeschafft. Das ist gut so! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Darüber hinaus belegen alle Daten, alle Analysen, dass es ganz entscheidend ist, dass Kinder den ganzen Tag über in Schulen sein können und dort nicht nur neuen Unterrichtsstoff lernen, sondern auch die Möglichkeit haben, diesen zu wiederholen, die Aufgaben zu machen, weil wir eben wissen, dass sich die Eltern nicht mehr so sehr um die Kinder kümmern können, als das früher der Fall war. Wenn wir erreichen wollen, dass die Wirtschaftskraft, die Innovationskraft, die Möglichkeiten, neue, moderne Industrien und Unternehmen anzusiedeln, in Wien weiter klappen sollen, müssen wir geradezu die Ganztagschule ausbauen und müssen wir geradezu darauf schauen, dass auch jene, die aus bildungsfernen Elternhäusern kommen, weiterhin oder überhaupt die Möglichkeit bekommen, auch die beste Ausbildung, die möglich ist, zu erhalten, und das nicht nur unter Umständen für ein paar wenige, die sich das Theresianum leisten können, zur Verfügung steht.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn man ganz genau hineinschaut, dann ist auch erkennbar, was aus Konzepten im Gesundheits- und Pflegebereich geworden ist. Sie werden umgesetzt. Es sind alle Pflegeheime, die Wien versprochen und vorgesehen hat, entweder fertiggestellt oder in Bau. Es sind die Großanstalten, die es einmal gegeben hat, nicht mehr vorhanden, weil wir eben darauf geschaut haben, dass es hier die Verbesserung, die neuzeitlichen Lösungen, die es gibt, auch tatsächlich gibt. Dafür kann man nur sagen,

Gratulation, dass das durchgehalten werden konnte, in einer Zeit, wo es zu Einsparungen in Budgets rundum kommt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Das neue Spitalskonzept stammt aus dem selben Ressort. Dieses neue Spitalskonzept wird genauso erfolgreich werden wie das Pflegeheimkonzept. Es wird hier herausgenommen, was wir in der Form nicht mehr benötigen. Es werden dort Schwerpunkte gebildet, wo sie sinnvoll sind. Gleichzeitig wird eine neue Form der Spitalslandschaft in Wien mit dem Krankenhaus Nord geschaffen. Es wird der Ausbau im Kaiser-Franz-Josef-Spital betrieben. Wir können mit dem Konzept auch zeigen, was die nächsten Schritte sein werden. Es kommt aus dem selben Ressort. Wir können sicher sein, dass es in dieser Form umgesetzt wird und zum Erhalt der Pflegequalität in Wien ohne Einschränkung der Leistungen, ohne Personalreduktionen auch tatsächlich klappen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist auch entscheidend, welchen Weg man mit der Budgeterstellung nimmt. Dieser Weg in Wien, der zwischen den Koalitionspartnern unbestritten ist, ist der Weg eines klassischen Keynesianismus, nämlich dann, wenn Krise ist, die Wirtschaft anzukurbeln, und dann, wenn Prosperität herrscht, zu sparen. Sie haben heute vernommen, dass wir insbesondere bei der Verwaltungsreform, bei der Wirtschaftsförderung in den alten Bahnen und beim Spitalskonzept die Möglichkeiten haben, Synergien zu schöpfen, auf Neues umzustellen und damit auch strukturell zu sparen. Nicht Kaputtsparen ist angesagt, nicht Sparen auf dem Rücken der kleinen Leute, wie Sie, von den Freiheitlichen, das so gerne formulieren, sondern in sinnvoller Form, in Erhalt der Möglichkeiten dieser sozial getragenen Stadt, wie wir sie kennen.

Sehr geehrte Damen und Herren, 2011, und damit ein bisschen zu den Zahlen, war das Jahr, wo sozusagen der Berg der wirtschaftlichen Ankurbelungsmaßnahmen gegriffen hat. Das ist auch in den Zahlen erkennbar. Es war das Jahr, wo auch der Schuldenstand am stärksten gestiegen ist. Es ist aber das nächste Jahr das, wo der Sparstift schon am stärksten angesetzt ist. Wenn Sie in das Budget schauen und 2011 und 2012 vergleichen, werden Sie sehen, dass die Erhöhung der Schulden mit 400 Millionen EUR mehr als 50 Prozent weniger als das Defizit im Jahr 2011 ist. Das ist ein gewaltiger Unterschied!

Dahinter, dass man mehr als 500 Millionen EUR weniger als Defizit haben wird, als man im Jahr davor hat, steckt eine gewaltige Anstrengung. Der Weg ist richtig. Wenn nächstes Jahr wiederum ein massiver Wirtschaftseinbruch kommen sollte, dann werden wir erleben, dass der Spielraum in dieser Stadt vorhanden ist.

Damit auch ein Wort zu dem, was die sogenannte Schuldenbremse betrifft: Natürlich ist es sinnvoll, Schulden abzubauen. Es ist sinnvoll, Schulden zu reduzieren, denn sonst verliert man den politischen Handlungsspielraum. Sonst sind Rating-Agenturen, Internationaler Währungsfonds oder wer auch immer,

diejenigen, die handeln. Aber wir wollen die Handlungsfähigkeit in dieser Stadt erhalten, auch budgetär. Aber Wien braucht dazu keine Schuldenbremse, denn mit 4 Prozent des Bruttoregionalprodukts ist unser Schuldenstand lächerlich gering im Vergleich zu dem der Republik Österreich. Wenn man dann nach Griechenland oder nach Italien schaut, braucht man schon überhaupt nicht zu vergleichen. Das, was hier in Wien passiert ist, ist klassischer Keynesianismus, Aufbauen von Schulden, weil man der Wirtschaft hilft, und Abbau von Schulden, wenn die Wirtschaft selbst in der Lage ist, entsprechend prosperativ zu produzieren.

Wenn wir dann schauen, wo wir im nächsten Jahr tatsächlich investieren, dann ist es zum Beispiel bei den 600 Arbeitsplätzen bei Bombardier, wo die U-Bahn-Garnituren für eine überlastete U-Bahn-Linie, die mehr Garnituren benötigt, gekauft werden. Zwei Fliegen auf einen Schlag: Verbesserung öffentlicher Verkehr, Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Es ist in der Gebäudesanierung weiterhin ein enormer Schwerpunkt, weil dort müssen Menschen arbeiten und weniger die Maschinen. Wir haben den Wohnungsneubau, der ebenfalls mehr Handarbeit benötigt, als es zum Beispiel der Tiefbau benötigt. Wir haben mit dem Hauptbahnhof und mit der Seestadt Aspern zwei Projekte, die dem zukünftigen Bevölkerungswachstum begegnen.

Ich bin ganz sicher, dass wir mit diesem Budget und mit den Maßnahmen im Kinder- und Jugendlichenbereich, mit dem Ausbau von Kindergärten, mit dem Ausbau der Bildung, tatsächlich in der Lage sind, Schwerpunkte zu haben, die uns helfen, künftige Krisen besser zu überstehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe natürlich von der Opposition auch einiges zu den Gebührenerhöhungen gehört. Hier geht es aber um die Absicherung der höchsten Leistungsqualität, die diese Stadt immer geboten hat. Hochquellenwasser ist sprichwörtlich in Wien. Dafür muss das Leitungssystem in Ordnung sein. Das wird um jene Mittel saniert, die aus den erhöhten Einnahmen kommen.

Bei den Wiener Linien geht es auch darum, dass wir jenen, die viel fahren, die das Netz ausnützen, mit der Netzkarte eine Vergünstigung geben, dass wir den Weg hin zum öffentlichen Verkehr noch stärker zeigen, dass wir jenen, die SeniorInnen, Studenten, Lehrlinge sind, auch den finanziellen Spielraum ermöglichen, den sie dafür brauchen.

Bei der Parkraumbewirtschaftung geht es auch nicht darum, sozusagen die Abzockmaschinerie, was immer dieses Schlagwort sein soll, in Kraft zu setzen, sondern hier geht es darum, dass jeder sehr wohl sein Auto besitzen soll. Jeder soll auch sein Auto nutzen. Aber es geht auch darum, wo er denn sein Auto nutzt. Hier geht es um intelligente Nutzung des PKW. Deswegen wird das Parkpickerl für Bewohner in Wien das Auto stehen lassen kann, billiger. Dazu ein Vergleich: Die Einjahresgebühr des Parkpickerls ist umgerechnet so hoch, wie eine Monatskarte mit dem Mobilpass bei den

Wiener Linien kostet. Also auch hier wird wiederum maximal auf die soziale Komponente Rücksicht genommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, leider ist es mir nicht möglich, ohne auf die Opposition einzugehen, hier ein paar Worte zum Wiener Budget zu sagen. Unter Achtung der Vorsitzführung und der hohen Intelligenz unserer Gemeinderatsvorsitzenden möchte ich doch ersuchen, sich das Protokoll noch einmal genau anzuschauen, denn in der Rede des Herrn Klubvorsitzenden Gudenus sind sowohl den roten als auch den grünen Mandataren Vorwürfe gemacht worden, die meines Erachtens ehrenrührig sind beziehungsweise strafrechtliche Handlungen unterstellen, nämlich sind die Worte „rot-grüne Wegelagerer“ gefallen. Wegelagerer sind Räuber, und Räuber sind strafrechtlich zu verfolgen. Ich gehe nicht davon aus, dass die GemeinderätInnen der SPÖ und die GemeinderätInnen der GRÜNEN strafrechtlich zu verfolgen wären. *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt werden wir kindisch!)*

Das Zweite ist, „mit der Bettelmafia unter einer Decke stecken“. Herr Gudenus, Sie haben behauptet, dass die SPÖ- und die grünen Mandatare mit der Bettelmafia unter einer Decke stecken. Auch das ist ein strafrechtlicher Tatbestand, den Sie uns vorgeworfen haben. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, er hat es nicht behauptet! Er hat gesagt, es drängt sich der Verdacht auf! Es gilt natürlich die Unschuldsvermutung für Sie!)*

Ich ersuche den Vorsitzenden des Gemeinderates, sich das im Protokoll genau anzuschauen, denn das möchte ich auf meinen Mandatarinnen und Mandataren nicht sitzen lassen, wie überhaupt auf keinem der Mandatare. Ich ersuche noch einmal meinen Kollegen von den Freiheitlichen, sich solcher Worte künftig nicht zu bedienen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nun zum Inhalt ihrer Rede: Das letzte Wort hat der Wähler. Sie haben vollkommen recht! Aber diese Wähler in Wien wissen, was sie an dieser Wiener Verwaltung und an dieser Wiener Politik haben! *(GR Mag Wolfgang Jung: Deswegen verlieren Sie die Wahlen in letzter Zeit!)* Ich bin davon überzeugt, dass Sie nie in die Situation kommen werden, in dieser Stadt Verantwortung zu tragen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, Ihnen auch gezeigt zu haben, dass Frau VBgmin Brauner sehr wohl spart, intelligent spart und bei den Investitionen eben nicht spart, so wie Sie das hier behauptet haben.

Genauso die Schuldensteigerung um 10 Prozent: Die Statistik, die man verwendet, fälscht man am besten selber. *(GR Mag Wolfgang Jung: Auch ein krimineller Vorwurf der Fälschung!)* Es ist tatsächlich aber so, dass im Jahr 2012 50 Prozent weniger Schulden aufgenommen werden müssen als im Jahr 2011. Darauf sollte man sich wirklich konzentrieren.

Genauso wie die ständige Wiederholung der Problematik Frankenkredite Ihre Behauptungen auch nicht richtiger macht, denn wenn wir zum Tiefststand des Euro gegenüber dem Franken diese Frankenkredite, die Wien sehr wohl hat, zurückgezahlt hätten, dann hätten wir den größten Einfahrer produziert, den wir nur

produzieren hätten können. Der Schweizer Franken ist seither wieder um 20 Prozent gesunken. Es schaut die Rechnung wieder komplett anders aus. Wie das am Ende der Tage ausgeht, kann man überhaupt noch nicht abschätzen. Sie machen mit den Behauptungen, die Sie hier immer aufstellen, jeden kleinen Häuselbauer, auf den Sie angeblich so schauen, der sich einen Schweizer-Franken-Kredit genommen hat, zu einem internationalen Spekulanten! (*GR Mag Wolfgang Jung: Nein, er hat es ja nicht besser gewusst!*) Ich würde mir das sehr wohl überlegen, ob man jene, die Schweizer-Franken-Kredite aufgenommen haben, zu internationalen Spekulanten deklariert. Da werden sich viele bei Ihnen ordentlich bedanken. (*Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Es geht um die Größenordnung!*)

Sehr geehrte Damen und Herren, was besonders aufstößt, ist, wenn die Freiheitliche Partei sich als einzige soziale Partei geriert, die Partei, die das Familiensilber der Republik Österreich verscherbelt hat (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Nicht alles ist ein Vergleich, aber er stellt sich sicher, weil es so ist! Sie zocken alle ab!*), die Partei, die den ärgsten Einfahrer einer Bank in Österreich mitproduziert hat (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wie die AVZ! Wie die BAWAG!*), die Partei, die das Gymnasium erhalten will, das Gymnasium hochlobt, damit möglichst wenige Menschen eine gute Ausbildung bekommen, damit Ihnen möglichst viele Menschen auf den Leim gehen. Das ist das, was Sie wollen, und genau das wollen wir nicht! Deswegen sind wir für die Gesamtschule! Deswegen sind wir für Leistung in der Gesamtschule (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, natürlich!*) und wollen nicht das, was Sie wollen, nämlich eine gute Ausbildung für die Kinder der gut Ausgebildeten, eine schlechte Ausbildung für die Kinder der schlecht Ausgebildeten! (*Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Bravo!*)

Wenn Sie immer wieder über die Armut sprechen, jawohl, das ist bitter, wenn man arm ist, dann hat man nicht verdient, dass man dafür herhalten muss, dass eine Besteuerung der Besitzenden nicht stattfinden soll. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und für Ihre Gebührenerhöhungen zahlen alle! Das ist eine Chuzpe!*) Das ist das, was Sie tun! Deswegen sind wir für die Vermögenssteuer. Deswegen sind wir für die Finanztransaktionssteuer. Deswegen sind wir auch für einen höheren Grenzsteuersatz, als er bisher der Fall ist, und auch für eine Gemeindesteuer, die uns sehr viel Entlastung bringen würde, nämlich für eine höhere Grundsteuer, die seit vielen, vielen Jahren und Jahrzehnten nicht ordentlich behandelt und angehoben wurde.

Wenn Sie dann auch noch wie üblich Asyl mit Zuwanderung vermischen (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist aber de facto so!*), dann sind wir an einem Punkt, wo man eigentlich sagen muss, es reicht! Herr Gudenus, machen Sie nicht so eine Politik und versuchen Sie vor allem auch nicht, ehrenwerte Personen herunterzumachen! (*Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ute Bock ist super, sehr ehrenwert!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Herr Klubobmann, wir werden uns das Protokoll ausheben und entsprechend Ihrem Ansuchen prüfen, ob Sanktionen notwendig sind.

Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Juraczka. Ich darf darauf hinweisen, dass die Redezeit ab jetzt nur noch 20 Minuten beträgt. - Bitte sehr.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Aus aktuellem Anlass möchte ich, bevor ich zum eigentlichen Thema meiner Rede komme, ganz kurz auf die Ausführungen des Klubobmanns Ellensohn replizieren. Ich halte es für in höchstem Maße unangebracht, eine Kollegin, eine vor wenigen Minuten angelobte Mandatarin dieses Hauses in dieser Art und Weise nur auf Grund ihrer politischen und ihrer beruflichen Tätigkeit abzuqualifizieren, gerade aus Ihren Reihen, sehr geehrter Herr Klubobmann Ellensohn! Sie haben nach wie vor in den grünen Reihen, beispielsweise Peter Pilz, Leute, die stolz darauf sind, auf Universitätsebene bei der Gruppe Revolutionärer Marxisten gewesen zu sein! (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Vor 30 Jahren!*) Darüber können wir reden, aber nicht darüber, wenn jemand sein Geld in einem Ministerium verdient! Ich halte hier eine Entschuldigung in höchstem Maße für angemessen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum eigentlichen Thema, zum Budget: Wir alle wissen, der September 2008, die Pleite von Lehman Brothers hat die Weltwirtschaft quasi über Nacht radikal verändert. Die damalige Krise des US-Immobilienbereichs und daraus resultierend die mehr oder weniger innovative und vor allem globale Risikostreuung hat die Finanzmärkte in eine tiefe Krise geführt. Bis dahin war billiges Geld für viele, fast für alle, da. Da war auch das Regieren noch viel gemüthlicher. Man konnte soziale Errungenschaften auf Pump finanzieren und sich vom eigenen Wahlvolk abfeiern lassen. Heute, etwas mehr als drei Jahre danach, bedarf es all unserer Anstrengungen, um nicht in die nächste, eine neue, vielleicht noch viel substanziellere Krise zu schlittern. Plötzlich erkennen die Politiker, die Ökonomen, die Journalisten und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger, dass das lang praktizierte Modell des Schuldenmachens zum Scheitern verurteilt ist. Die simple Wahrheit, meine Damen und Herren, du kannst auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben, als du besitzt, stellt sich - Überraschung, Überraschung - als wahr heraus, und zwar nicht nur für den kleinen Sparer, der das eh schon immer wusste, sondern auch für die Regierungen dieser Welt.

Man kann jetzt je nach Weltsicht, und wenn man natürlich als politisch Verantwortlicher immer ungern die Verantwortung tragen möchte, diverse Sündenböcke ausmachen. Da die politische Klasse in Europa aber in der vermeintlich beruhigenden Gewissheit lebt, dass die Höhe der privaten Sparrücklagen jene der staatlichen Schulden immer noch beträchtlich übersteigt, sind vor

allem für die politische Linke die Schuldigen schnell ausgemacht. Es sind die Wohlhabenden, die, die sich etwas geschaffen haben, die sogenannten Reichen, die jetzt die Buhmänner zu sein haben. Ich sage ganz offen, dass Rot und Grün hier gern den Klassenkampf zwecks Ablenkung vom eigenen Versagen aus der Mottenkiste der Geschichte holen, sind wir leider schon gewohnt. Ich kann nur Martina Salomon in ihrer gestrigen „Kurier“-Kolumne vollinhaltlich recht geben, wenn sie meint, sie hat selten eine intellektuell schlichtere Pressestunde erlebt als beim Thema Vermögenssteuer, die Pressestunde mit Klubobfrau Vassilakou. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenig seriös erachte ich aber in diesem Bereich auch die Kollegen der Freiheitlichen Partei. Während Sie in diversen Stellungnahmen, auf Bundesebene nämlich, immer die Vermögenssteuer ablehnen, plakativ Sie zeitgleich in Wien, wer die Schuldigen sind und von wem man sich das Geld zu holen hat. Verursacht haben es Politiker ohne Budgetdisziplin. Holen möchte man es sich von den sogenannten Wohlhabenden. Ihre Meinung über die kaputten Finanzen in der öffentlichen Hand ist hier ein Thema. Wir wollen es nicht den Wohlhabenden wegnehmen. Wir wollen keine kalte Enteignung. Sie, die Freiheitlichen, machen sich damit leider zur dritten linken Kraft in dieser Stadt, zumindest in diesem Bereich.

Ich komm jetzt zum konkreten Thema, zum Budgetvoranschlag 2012, dem ersten wirklich gemeinsamen Budget von Rot und Grün: Klubobmann Ellensohn hat zu diesem Thema bereits im Juni gesagt: „Gemessen wollen wir erst an dem nächsten ... - an diesem – ... Budget werden.“ - Wenn Sie das wirklich wollen, soll es mir recht sein, obwohl man schon ein wenig merkt, dass Sie sich ganz gern von diesem Budget distanzieren wollen, wenn Sie bei der Präsentation dieses in Zahlen gegossenen Elends gar nicht persönlich anwesend waren. Vielleicht sind Sie auch der Meinung, das Budget ist mittlerweile so groß, es kann auf sich selbst aufpassen. Aber das ist nicht die Art, wie ich meine, dass man sich als Partei mit Regierungsverantwortung auch um die Finanzen in dieser Stadt kümmern sollte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sage aber auch ganz offen, noch mehr als die Höhe des Budgets - dazu ist schon viel gesagt worden - beunruhigt mich die Entwicklung der Budgetzahlen in den letzten Jahren. Eine Verdoppelung der Gesamtverschuldung innerhalb von zwei Jahren - man kann schon fast von wenigen Monaten sprechen - muss bei uns allen die Alarmglocken schrillen lassen. Da sind Sonderthemen wie Wiener Wohnen noch gar nicht eingerechnet. Die Verschuldung steigt, und die Stadtregierung lässt keinerlei Initiativen für Kostenoptimierung und ausgabenseitige Sparmaßnahmen erkennen.

Ich kann Ihnen gern ein paar Highlights der letzten Jahre vor Augen führen: Wien hat die Pensionsreform bei den Landesbediensteten nach wie vor nicht wirklich umgesetzt. Das sind strukturell 350 Millionen EUR - es wurde schon genannt -, die hier fehlen. Etwas, das zutiefst unsolidarisch und ungerecht ist. Wie kann es

sein, meine Damen und Herren, dass der durchschnittliche Beamte in Wien mit 57,1 Jahren, im Bundesdienst allerdings erst mit 60 Jahren in Pension geht? Macht die Arbeit in dieser Stadt wirklich krank? Ein Umstand, der laut Experten jedenfalls Mehrkosten von bis zu 200 Millionen EUR, und zwar pro Jahr, verursacht. Unverantwortlich, wie ich meine, gegenüber den Steuerzahlern in dieser Stadt!

Kommen wir zum Sanierungsvorhaben Zentralfeuerwache, das bereits das Kontrollamt hinlänglich aufgerollt hat: Begonnen hat das Ganze mit 16,8 Millionen EUR. Derzeit stehen wir bei 50 Millionen EUR, und wir wissen nicht, wann das Ende der Fahnenstange erreicht ist. 33 Millionen EUR Mehrkosten allein in diesem Bereich, unverantwortlich gegenüber den Steuerzahlern in dieser Stadt!

Noch ein nettes Beispiel, das veranschaulicht, wie mit den Geldern in dieser Stadt umgegangen wird: Fußball-Europameisterschaft 2008: Die Stadt Wien hat 8,8 Millionen EUR in die Fan-Zone Hanappi-Stadion investiert. Dafür wurden während der gesamten EURO dort knapp 17 000 Fans begrüßt. Im Klartext: Hätte man dort jedem Besucher 528 EUR in die Hand gedrückt, damit er sich das Match woanders ansieht, wäre das finanzielle Ergebnis das gleiche gewesen. Unverantwortlich, wie ich meine, gegenüber den Steuerzahlern dieser Stadt!

Die Baukosten des 2008 eröffneten neuen Prater-Vorplatzes, auch schon oft diskutiert, und zwar zu Recht diskutiert: Die Baukosten sind von 39 Millionen EUR auf 60 Millionen EUR hinaufgeschnellt. Zusätzlich musste die Stadt Wien deutlich mehr zuschießen, als ursprünglich veranschlagt, nicht zuletzt, weil das beauftragte Generalunternehmen Explore 5D in den Ausgleich musste. Unverantwortlich gegenüber den Steuerzahlern in dieser Stadt!

Noch ein Beispiel gefällig? Die Parkgarage im AKH: Veranschlagt waren 3 Millionen EUR, geworden sind es 25 Millionen EUR. Das ist nicht tragbar, meine Damen und Herren, unverantwortlich gegenüber den Steuerzahlern in dieser Stadt!

Der Umbau des Ronacher: 30-prozentige Kostensteigerung von 34,1 Millionen EUR auf 46,8 Millionen EUR. Schon wieder sind 12,7 Millionen EUR gefunden! Unverantwortlich gegenüber den Steuerzahlern in dieser Stadt!

Eine Liste, die, leider Gottes, bei Weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit bietet und für sich in Anspruch nimmt.

Was mir nun auch bei der Budgetrede der Frau VBgmin Brauner aufgefallen ist, ist, sie hat auf die großartigen Arbeitslosenzahlen in dieser Stadt verwiesen. Sehr geehrte Frau StRin Brauner, ich bin es gewohnt, und ganz Europa zeigt das vor, dass Ballungsräume für gewöhnlich die Motoren der Wirtschaft sind. Bei uns zeigt der Bundesländervergleich, dass Wien hinterherhinkt, sowohl bei den Arbeitslosenzahlen als auch bei den Wachstumswerten. Das sollte uns zutiefst zu denken geben, weil es ist unverantwortlich gegenüber den Steuerzahlern in dieser

Stadt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bleiben wir aber gerne bei den GRÜNEN: Ich zitiere wieder, diesmal aus dem „Falter“, Nr 3511, das war im August dieses Jahres, wo es heißt: „Die Grünen haben bei den Roten mittlerweile ihre Einsparungsvorschläge deponiert. Kürzen möchten sie – Klammer: die Grünen - bei den Eigeninseraten der Stadt.“ - Was ist die Realität? Das PID-Budget erreicht im Voranschlag 2012 eine Rekordhöhe, 50,8 Millionen EUR. Gute Performance, meine Damen und Herren von den GRÜNEN! Da haben Sie sich wirklich durchgesetzt!

Apropos Eigenwerbung: Dieser Tage konnte man in diversen Zeitschriften und Zeitungen Beilagen sehen, wo Weihnachten durch die Stadt Wien beworben wird (*GR David Ellensohn: Sind Sie gegen Weihnachten?*), unter anderem mit putzigen Basteltipps. Kosten immerhin, sage und schreibe, 2,4 Millionen EUR, und das in einer Zeit, wo gleichzeitig das Bastelgeld in Kindergärten gekürzt wird und den städtischen Kindergärten verboten wird, Guthaben zu machen.

Auch beim Thema Verkehr gibt es einiges zu sagen: Ich hatte das, ich nenne es einmal, durchwachsene Vergnügen, die Präsentation der geplanten Parkraumbewirtschaftung durch die Frau VBgmin Vassilakou zu erleben und dieser Präsentation beizuwohnen. Fazit war, es muss schnell gehen, schnell gehen, schnell gehen, damit Geld in die Kassa kommt. Bürgerbeteiligung ist von der Frau Stadträtin für Bürgerbeteiligung nicht erwünscht. Ganz im Gegenteil, sie formulierte ganz offen, jene Bezirke, die glauben, unbedingt den Bürger miteinbeziehen zu müssen, sollen sich gefälligst beeilen, denn wir wollen, dass ab September 2012 Geld in die Kassa der Stadt kommt, und werden keine Minute auf etwaige Bürgerbeteiligung warten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was bei diesem Budget besonders augenscheinlich ist: Die Stadtregierung, die ausgabenseitig keinerlei Phantasie entwickelt, wie gespart werden kann, ist einnahmenseitig sehr kreativ. Die völlig absurde, einseitige Erhöhung bei den Kurzparktarifen. Klubobmann Schicker hat jetzt wirklich versucht, das noch als soziale Errungenschaft herauszustellen! Ich sage ganz offen, das ist Abzocke in höchster Vollendung! Schämen Sie sich, meine Damen und Herren der Regierungspartei, für eine so unsoziale Abzocke!

Ich sage ganz offen, nachdem Kollege Klubobmann Gudenus hier einen Misstrauensantrag eingebracht hat, ich habe schon am Mittwoch, als diese Pläne ruchbar wurden, in einer Aussendung gemeint, dass diese Art Verkehrspolitik in Wien zu betreiben, diese Art, wie die Frau Verkehrsstadträtin die Verkehrsteilnehmer gegeneinander aufhetzt, für uns nicht tragbar ist. Wir freuen uns, dass die Freiheitlichen dieses Hölzchen aufgegriffen haben und auch der Meinung sind, dass sich die Wienerinnen und Wiener in dieser Stadt eine andere Art von Verkehrspolitik verdient haben. Wir werden diesem Misstrauensantrag natürlich gerne zustimmen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn der Herr Klubobmann Schicker heute die

Verkehrspolitik mit Mühe verteidigen möchte, dann erinnere ich ihn nur an ein Interview, das er selbst der Tageszeitung „Heute“ gegeben hat, noch gar nicht lange her, wo Sie, Herr Klubobmann, gesagt haben: „Frau VBgmin Vassilakou, stoppen Sie Ihren Feldzug gegen die Autofahrer!“ - Ich glaube, auch in der Sozialdemokratie gibt es massives Unwohlsein, was diese Thematik betrifft. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn der Herr Klubobmann es vorzieht, den Raum zu verlassen. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker verlässt den Sitzungssaal.*)

Aber auch in anderen Bereichen geht es einfach darum, einnahmenseitig Geld zu lukrieren. Abwasser, Wasser, Müllgebühren werden unverhältnismäßig in die Höhe geschraubt, Mehreinnahmen 65 Millionen EUR. Übrigens darf ich die GRÜNEN ein weiteres Mal an ein eigenes Zitat erinnern. Anlässlich der Gebührenerhöhung 2008 hat Maria Vassilakou noch von Sozialverrat in diesem Zusammenhang gesprochen. Mittlerweile herrscht nur Schweigen beziehungsweise, wenn es um die 70-prozentige Erhöhung der Kurzparkscheine geht, rühmt sich die Frau StRin Vassilakou in der „Presse“ noch, das sei „echte grüne Handschrift“. Na, habe die Ehre, kann ich dazu nur sagen!

Wenn man dieses Budget genau durchliest, wenn man sich dieses Budget ansieht, ist aus unserer Sicht nur eine Conclusio zulässig, und mir fällt bei diesem Budget sofort ein bekanntes Zitat des großen deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer ein. Er sagte damals: „Alles, was die Sozialisten“ - ich ergänze: und die GRÜNEN – „vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von den anderen haben wollen.“ - Wir werden selbstverständlich dieses Budget aus innerster Überzeugung ablehnen! - Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Margulies. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zum eigentlichen Budget komme, erlaube ich mir auch einige kurze Bemerkungen zu meinen Vorrednern.

Ich beginne beim Kollegen Juraczka und sehe natürlich, dass er sich tatsächlich in einem Fernduell mit Othmar Karas befindet, der auf Zuruf der Bundespartei, auf Zuruf vieler wesentlicher ÖVPLer in der Landespartei gerne das Amt des Wiener Parteichefs übernommen und damit das Interregnum aufgelöst hätte. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist eine Budgetdebatte!*) Er hat allerdings eine Bedingung gestellt, er will in die Wiener Stadtregierung. Es stimmt natürlich, wie verteidige ich, wie klammere ich mich an ein eben erst erhaltenes Amt? (*GR Mag Wolfgang Jung: Haben Sie keine eigenen Sorgen?*) Ich verteidige meine Abgeordneten und verlange noch dazu eine Entschuldigung vom Kollegen Ellensohn. (*StR Mag Manfred Juraczka: Das ist ja wohl mehr als zulässig!*) Wofür? Dafür, dass er die Diskussion innerhalb der ÖVP wiedergegeben hat? (*StR Mag*

Manfred Juraczka: Nein!) Ich zitiere nur die „Presse“ vom 13.10.2011: „Neuer ÖVP-Zwist“, nicht grüner Zwist, nicht SPÖ-Zwist, nicht FPÖ-Zwist, sondern „Neuer ÖVP-Zwist: Sitz für Ex-Sprecherin Ernst Strassers. Die Entscheidung steht fest, und sie ist nicht gerade so ausgefallen, wie sie die interimistische Wiener VP-Chefin Gabriele Tamandl erhofft hat, ist in VP-Kreisen zu hören.“ - Das heißt, Christine Marek, nachdem sie weg war, hat sich öfters durchgesetzt als zu Zeiten, als sie noch da war, denn Christine Marek hat sich durchgesetzt und es ist Karin Holdhaus geworden, und zwar deshalb, weil sich der Kollege Ulmer, der, glaube ich, ebenfalls schon bei Ernst Strasser gearbeitet hat, sich ganz massiv für sie verwendet hat. Okay, und was sagt Kollege Ellensohn? Er weist darauf hin, dass die ehemalige Pressesprecherin bei Ernst Strasser anscheinend gelernt hat. Oder hat sie nichts mitbekommen? Hat sie nichts gewusst? Ist sie eine derjenigen, die nie etwas mitbekommen haben, was Ernst Strasser gemacht hat, der wirklich in sehr viele Korruptionsaffären verstrickt ist, nicht erst, seit er sich das Geld aufs Handl innerhalb der Europäischen Union hat zahlen lassen? (*GR Norbert Walter, MAS: Sie machen Unterstellungen!*) Wie ist das? Eine Person mehr, die nichts mitbekommen hat und trotzdem etwas geworden ist? Ich weiß es nicht! (*StR Mag Manfred Juraczka: Sie wissen vieles nicht!*) Was ich aber weiß, ist, dass Frau Holdhaus bislang noch nicht als Aufdeckerin und jemand, der klargestellt hat, was Ernst Strasser gemacht hat, aufgefallen ist. Und wenn eine Pressesprecherin davon überhaupt nichts mitbekommt und dieser Zwist innerhalb der ÖVP thematisiert wird, dann wird man das als Grüner noch aussprechen dürfen, ohne sich entschuldigen zu müssen! Soviel dazu! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Zum Kollegen Aigner, den ich jetzt nicht hier herinnen sehe - aber es sagt seine eigene Fraktion: Man hat es ihm angemerkt, man hat es ihm wirklich angemerkt, wie er sich freut, endlich in der ersten Runde sprechen zu dürfen! Es ist vollkommen egal, was er gesagt hat (*GR Mag Wolfgang Jung: Der Neid ist das!*), aber er hat sich gleich noch drei, vier Mal, glaube ich, zu Wort gemeldet. Er ist jetzt seine eigene Fraktion, pendelt zwischen Blau und Schwarz hin und her. Es sei ihm gegönnt, aber viel mehr muss man sich da mit Kollegen Aigner nicht aufhalten.

Jetzt zum Kollegen Gudenus ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Kommen Sie zum Budget auch einmal?*) Zum Budget? Nach der Abhandlung meiner VorrednerInnen.

Jetzt zum Kollegen Gudenus: Kollege Schicker hat namens seiner Abgeordneten wahrscheinlich zu Recht einen Ordnungsruf eingefordert. (*GR Mag Wolfgang Jung: Da redet der Richtige!*) Ich sage es ganz offen: Niemand aus der FPÖ kann mich beleidigen. Es ist mir so was von wurscht, wie beleidigend Ihre Aussagen sind, ich kann es Ihnen gar nicht sagen.

Mir ist eher etwas anderes eingefallen, als Kollege Gudenus gesprochen hat: Mir ist eine Musikgruppe eingefallen. Nein, nicht die Böhsen Onkelz (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*), sondern Die Ärzte! Ich kann mich an ein Lied erinnern und habe mir gedacht, das trifft es: Die

Rede des Herrn Gudenus ist ein „Stummer Schrei nach Liebe“! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Ein „stummer Schrei nach Liebe“ und Anerkennung, indem ich versuche (*GR Mag Wolfgang Jung: Die GRÜNEN sind eh so lieb!*), alles schlechtzumachen und nicht erkennen zu wollen, in welche Richtung wir gemeinsam, wirklich gemeinsam versuchen (*GR Mag Wolfgang Jung: Scheuklappen!*), in Wien konstruktive Politik zu machen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauche ich den Ordnungsruf nicht. Er ist mir nicht notwendig. - Und jetzt komme ich zurück zum Budget und auch zu den inhaltlich angesprochenen Sachen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Na endlich!*)

Ich bleibe einmal bei den Gebühren und schicke eine Frage voraus, nämlich auch angesichts der Entwicklungen in den anderen Bundesländern: In wie vielen Bundesländern gibt es den Gratiskindergarten von null bis sechs Jahren? In wie vielen Bundesländern, wo die ÖVP oder wo die FPÖ regiert, gibt es den Gratiskindergarten von null bis sechs Jahren? Null!

Wir haben acht Bundesländer, wo die ÖVP regiert. Gibt es den Gratiskindergarten von null bis sechs in Niederösterreich? Nein! Gibt es ihn in der Steiermark? Nein! Gibt es ihn in Kärnten, FPÖ? Nein! Der Gratiskindergarten von null bis sechs - Sie wissen noch alle, was die Kindergartenbeiträge gekostet haben, insbesondere wenn man, glaube ich, knapp mehr als 2 000 EUR Familienbruttoeinkommen gehabt hat.

Wenn wir das jetzt so machen würden wie in allen ÖVP-regierten Bundesländern, den Gratiskindergarten einfach wieder zu streichen, dann würden wir die Mittelschicht ganz massiv belasten. Und niemand von Ihnen dürfte sich aufregen, denn das ist möglicherweise die Schuldenbremse der Frau Fekter. Sonst würde es das ja in den anderen Bundesländern geben. Dann würden alle mit einem Familieneinkommen zwischen 1 800 und 3 000 EUR brutto mit bis zu 400 EUR im Monat mehr belastet werden. Um diese 400 EUR belasten Niederösterreich, Kärnten, die Steiermark, Vorarlberg - dort gibt es überhaupt nicht so viele Kindergartenplätze -, Tirol. Sie alle belasten gerade die Mittelschicht, die unsere Kinder großzieht, mit dem nicht existenten Gratiskindergarten erheblich!

Dann regen Sie sich auf wegen 60 Cent für eine Stunde beim Kurzparken, obwohl gleichzeitig im Zuge der Parkraumbewirtschaftung das Parkpickerl gesenkt wird? Sie sprechen von Raubrittertum und vergessen, dass es - bleiben wir bei privaten Wohnungen, wo man die Miete einfach zahlen muss, sonst fliegt man raus, oder bleiben wir auch bei Gas, Strom, was man braucht - in Wien tatsächlich eine Alternative gibt, um mit dem Auto zu fahren und es in der Kurzparkzone abzustellen.

Ich gebe zu, ich fahre auch selber mit dem Auto. Ich fahre mit den Öffentlichen, ich fahre hin und wieder mit dem Fahrrad, ich gehe zu Fuß. Hin und wieder benutze ich auch Kurzparkzonen, ja. Aber ich habe jedes Mal die Alternative: Setze ich mich ins Auto? Oder fahre ich mit den günstigeren öffentlichen Verkehrsmitteln, die nächstes Jahr - Rot-Grün, sage ich nur dazu - erheblich günstiger werden! Eine Senkung der Jahreskarte um

knapp 100 EUR ist keine geringe Senkung und ist maßgeblich - zusammengenommen mit einer Senkung des Parkpickerls - für eine andere Verkehrspolitik, für eine bessere Verkehrspolitik! Und ich sage Ihnen, die Wiener und Wienerinnen werden dies auch zu schätzen wissen.

Wenn wir uns jetzt generell ansehen, in welchem Umfeld dieses Wiener Budget für das kommende Jahr zu beschließen ist - das haben in ziemlicher Einigkeit alle meine VorrednerInnen gesagt -: Die Prognosen von WIFO und IHS, auch von der Nationalbank lassen das kommende Jahr nicht in einem allzu positiven Licht erscheinen. Wir reden über ein prognostiziertes Wirtschaftswachstum von 0,8 bis 1 Prozent, und wir wissen alle, was dies bedeutet. Wir wissen alle, dass wir uns gerade in diesen Zeiten eigentlich budgetpolitische Impulse, beginnend auf der Bundesebene, erwarten müssten, natürlich bis hin zu den Ländern und Gemeinden.

Diese budgetpolitischen Impulse sind mit der jetzt groß proklamierten Schuldenbremse inkompatibel, wenn nicht (*GR Mag Wolfgang Jung: Wie zahlen Sie neue Schulden zurück?*), wenn nicht ganz massiv darauf gesetzt wird, dass Vermögens- und vermögensbezogene Steuern endlich erhöht werden. Ich habe versucht, darüber nachzudenken: Wie kann ich Ihnen begreiflich machen, dass das nicht etwas ganz Böses ist? Die Schuldenbremse - so sie kommt, wie sie Maria Fekter proklamiert, so wie auch immer wieder eingefordert wird, dass wir alle einsparen wollen (*GR Mag Wolfgang Jung: Die hat Faymann auch proklamiert!*) - betrifft 99 Prozent aller Österreicher und Österreicherinnen, und genau 1 Prozent wird von dieser Schuldenbremse nicht getroffen: Das ist das reichste Prozent aller Österreicherinnen und Österreicher!

Diesem reichsten Prozent ist es vollkommen egal, welche Leistungen der Staat zur Verfügung stellt, vollkommen egal! Die brauchen diese Leistungen nicht, weil - das geht damit ziemlich einher - ihr Nettovermögen über 1 Million EUR liegt. Ja, dann braucht man de facto die Leistungen des Staates im Großen und Ganzen nicht mehr, wie den Gratiskindergarten - den es, wie gesagt, ja nur in Wien gibt -, aber natürlich auch die gemeinsame Gesundheitsvorsorge, Bildung, Universitäten. Dann kann man sich das alles leisten, auch für seine Kinder.

Aber die 99 Prozent, und insbesondere die 90 Prozent, die zusammen lediglich ein Drittel des gesamten Vermögens besitzen, die zahlen drauf - und ich will das nicht! Ich will, dass wir in Österreich und in Wien nicht die Situation bekommen wie in Griechenland, wir nicht die Situation bekommen wie in Spanien, wir nicht die Situation bekommen wie in vielen anderen EU-Ländern und Euro-Ländern, wo der Widerstand gegen diese drastischen Sparmaßnahmen, die jetzt de facto europaweit vonstatten gehen, immer mehr wächst.

Ich will, dass diejenigen, die auf die Butterseite des Lebens gefallen sind, tatsächlich mehr beitragen. Dann können wir auch in Wien ... (*GR Mag Alexander Neuhuber: Das tun sie jetzt auch! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Bleiben wir bei der Butterseite: Manche

fallen auf die Butterseite allein auf Grund der Gnade der Geburt. (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*)

Na ja, wenn wir jetzt einmal ganz ehrlich sind: Vom obersten Prozent die Hälfte gehört dazu auf Grund der Gnade der Geburt und nicht, weil sie sich das alles selbst erarbeitet haben. Gehen Sie die Dynastien in unserem Lande doch durch, wo das Geld zu Hause ist! Da gibt es schon den einen oder anderen, der mit einer guten Idee oder auch mit Glück reich geworden ist. (*GRin Ing Isabella Leeb: Und mit Arbeit nicht?*) Sei ihm gegönnt, sei ihr gegönnt! Aber mehr als die Hälfte der Reichen und Superreichen sind allein auf Grund der Gnade der Geburt reich und superreich (*GR Mag Alexander Neuhuber: Und deshalb wollen Sie es ihnen wegnehmen?*), so wie manche mit ihrer Ungnade möglicherweise in afrikanischen Ländern geboren wurden und dann nicht einmal bei uns einreisen dürfen und um Asyl ansuchen dürfen.

Das ist das Problem der Gnade der Geburt: Die einen haben ein Glück im Leben, die anderen haben ein Pech. Und ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Nur auf Grund der Gnade der Geburt zu glauben, man ist etwas Besseres, man muss nicht zum sozialen Zusammenhalt beitragen - mir ist das zu wenig. Mir ist lieber, dass dieses 1 Prozent zahlt. (*GR Mag Alexander Neuhuber: Na, wie viel?*) 1 Prozent würde mir reichen! Das würde mir reichen, und es macht niemanden arm. Wenn ich ihnen 10 ... (*GR Mag Alexander Neuhuber: Aber das reicht doch nicht zur Budgetsanierung!*)

Kollege Neuhuber, ich diskutiere das gerne mit Ihnen; ich habe ja noch 5 Minuten Zeit, und dann habe ich 30 Minuten, oder was weiß ich, genug Zeit, sie reicht. Wir haben in Österreich ein privates Nettogeldvermögen - dazu gehören Geld, Gold, Aktien et cetera - in der Größenordnung von 480 Milliarden EUR. Schätzung Oesterreichische Nationalbank; nicht Schätzung Martin Margulies, sondern Schätzung Oesterreichische Nationalbank.

Wir haben ein privates Vermögen an Grund und Boden in der Größenordnung von 850 Milliarden bis 900 Milliarden EUR; Schätzung Oesterreichische Nationalbank, nicht Martin Margulies. Alle Reichtumsforschungsberichte, die sich damit beschäftigen, sagen bei Grund und Boden noch mehr als beim privaten Geldvermögen, dass das zu mehr als einem Drittel, zu einem Drittel bis mehr als einem Drittel, aufs oberste Prozent fällt.

Na, jetzt rechnen wir zusammen: So kommen wir auf ungefähr 450 Milliarden EUR fürs oberste Prozent. Davon 1 Prozent sind 4,5 Milliarden EUR fürs Budget! Da habe ich vom obersten Prozent wirklich nur 1 Prozent besteuert. Und glauben Sie mir: Jemand, der 100 Millionen hat, wird nicht arm, wenn er 1 Million verliert - er hat dann immer noch 99 Millionen! Er ist nicht arm. Wie gesagt, ich rede über Nettovermögen, die Kredite sind in dem Sinn schon abgezogen.

Aber kommen wir zurück zu der Frage: Was hat das für Auswirkungen aufs Wiener Budget, gerade schon fürs kommende Jahr? Ursprünglich war natürlich die Hoffnung, dass die Ertragsanteile weiter steigen werden.

Ich gebe es zu, das war die Hoffnung. Es war auch die Hoffnung, dass wir das hohe Leistungsniveau der Stadt Wien ohne größere Gebührenerhöhungen aufrechterhalten können. Ja, diese Hoffnung war da. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist eine weltfremde Hoffnung gewesen!*)

Nur, in einer Situation, in der die Ertragsanteile nicht so steigen werden, wie wir es uns alle erhofft haben, weil die Wirtschaft leider auch nicht in dieser Größenordnung wächst, sage ich ganz offen: Ich stehe zur Erhöhung der Kurzparkzonen tarife, ich stehe zur Erhöhung der Wassertarife, wenn das die Alternative dazu, um ein Budget zusammenzubringen, gewesen wäre, was alle anderen ÖVP-regierten und FPÖ-regierten Bundesländer machen: den Gratiskindergarten streichen. Das hätte die Menschen in Wien getroffen! Das hätte genau ins Herz derjenigen getroffen, für die es wichtig ist, finanzielle Mittel bereitzustellen.

Aus diesem Grund kann ich Sie nur ersuchen, diesem Budget zuzustimmen. - Ich danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr StR DDr Schock. Ich erteile es ihm.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Es hat ja die Generaldebatte heute interessant eine neue Linie der SPÖ in diesen Fragen gezeigt, die in ihrer Not, weil sie nicht mehr aus und ein weiß, jetzt offenbar einen Schuldigen sucht; ablesbar beim Herrn Klubobmann Schicker, der hier einen großen Teil seiner Redezeit dafür verwendet hat, auf die Spekulanten zu schimpfen. Zu sehen war das auch bei Frau Brauner, die heute in ihrer Budgetrede die Rating-Agenturen beschimpft hat, die weit weg sind. Die sind schuld! Das ist offenbar die neue Linie der SPÖ, dass man einen Schuldigen sucht.

Aber, meine Damen und Herren, ist an Ihnen wirklich die Entwicklung der letzten zwei, drei Wochen vorbeigegangen, dass die Finanzwelt nach Österreich blickt? Dass unsere Risikoprämie steigt, dass wir immer mehr Geld zahlen müssen für unsere Kredite, weil wir eben kein erstklassiger Schuldner mehr sind? Dass wir schon doppelt so viel wie etwa Deutschland für unsere Kredite zahlen müssen? Die Deutschen: 1,7 Prozent; wir sind derzeit schon bei 3,5 Prozent. Haben Sie das alles wirklich nicht mitbekommen, was sich auf den Finanzmärkten abspielt?

Da beginnen Investoren bereits weltweit, Österreich zu meiden, und die Gründe sind klar: völlige Reformunfähigkeit, meine Damen und Herren! Eine Studie hat letzte Woche gezeigt, dass wir bei den Reformen das Schlusslicht sind, dass wir hier überhaupt keine Reformen zustande bringen. Dann kommt hier eine Stadträtin heraus und sagt in ihrer Budgetrede: Es ist eigentlich eh alles okay, es wäre eigentlich eh alles super, wenn hier nicht die bösen Rating-Agenturen wären, die man jetzt an die Kandare nehmen muss, das ist die eigentliche Wurzel des Bösen.

Frau Stadträtin! Schuld sind doch nicht die Rating-Agenturen, schuld sind Sie, ist die SPÖ mit ihrer

Schuldenpolitik! Sie sind gerade dabei, auf Bundesebene, aber mittlerweile auch hier in Wien die Bonität Österreichs, die Bonität unseres Landes zu verspielen. Sie haben den Ernst der Lage, wie man sieht, überhaupt noch nicht erkannt. Wachen Sie doch endlich auf, Frau Stadträtin, wachen Sie auf, bevor es zu spät ist! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Die Frau Stadträtin hat natürlich ihr Budget wieder über den grünen Klee gelobt. Schauen wir uns das einmal ganz kurz der Reihe nach an den Budgetindikatoren an, etwa bei der Investitionskraft. Wenn man das mit dem Jahr 2010 vergleicht, dann sieht man, dass wir bei den Investitionen ein gewaltiges Minus haben: bei der Wohnbauförderung 40 Millionen, bei Wiener Wohnen 15 Millionen, bei der Wirtschaftsförderung - bei den Mitteln, die unsere Klein- und Mittelbetriebe direkt bekommen - ein Minus von 6 Millionen, bei der Wirtschaftsförderung insgesamt ein Minus von 41 Millionen, beim U-Bahn-Bau ein starkes Minus von 76 Millionen.

Das heißt, dass die Investitionsquote massiv gekürzt wird. Wenn man das mit dem vorigen Jahr, mit 2010 vergleicht, dann sieht man, dass die Investitionsquote, die im Vorjahr noch 15,1 Prozent ausmachte, im nächsten Jahr, in dem Budget, das Sie uns vorlegen, nur mehr 13,9 Prozent ausmacht. Von 15,1 auf 13,9 Prozent, also ein Minus von 1,2 Prozentpunkten!

Meine Damen und Herren! Schauen wir uns zweitens die Einnahmensituation an. Man könnte ja budgetpolitisch durchaus - und das wäre vielleicht sogar argumentierbar - einen Sparkurs ausgeben. Man könnte sagen: Sparen wir bei den Ausgaben, von mir aus auch bei den Investitionen, um aber dann bei den Einnahmen zu entlasten, um die Einnahmen zu senken, um mehr private Kaufkraft zu schaffen, um gegenüber dem Geld, das bei der öffentlichen Hand, bei der öffentlichen Nachfrage ausfällt, die private Kaufkraft im Gleichklang zu stärken.

Aber, Frau Stadträtin, das passiert ja nicht! Das haben Sie nicht geschafft in dem Budget, das Sie hier vorlegen, davon sind wir meilenweit entfernt. Es ist ja heute wiederholt das Belastungspaket der rot-grünen Regierung zitiert worden: bei den Mieten ein Plus von 5,5 Prozent, Kanal/Müll plus 6 Prozent, beim Gas plus 15 Prozent in nur einem Jahr, beim Wasser plus 33 und beim Kurzparken jetzt sogar plus 70 Prozent.

Meine Damen und Herren! Das heißt, dass eine durchschnittliche Familie, die auf 80 m² wohnt, die in einer 80-m²-Gemeindewohnung wohnt, hier mit 550 EUR pro Jahr zusätzlich belastet wird. 46 EUR pro Monat beträgt die zusätzliche Belastung durch dieses Paket. Frau Stadträtin, es ist also keine Rede von einer Entlastung, ja ganz im Gegenteil: Sie haben die Ausgaben gekürzt, Sie haben aber gleichzeitig die Einnahmen gewaltig hinaufgeschmalzt!

Schauen wir uns drittens die Schuldenentwicklung an, den dritten Parameter eines Budgets neben den Ausgaben und den Einnahmen. Man könnte natürlich auch das Ziel verfolgen, wenn man sagt, wir müssen hier auf die Bremse treten, wir müssen die Ausgaben, die

Investitionen kürzen, wir müssen die Steuern in die Höhe schmalzen, wir müssen die Einnahmen erhöhen, um die Schuldenentwicklung, um die Neuverschuldung in den Griff zu bekommen.

Aber wenn man sich das anschaut: Wir haben heuer ein Plus von 922 Millionen und in dem Budget für das nächste Jahr, das Sie heute vorlegen, ein Plus von 401 Millionen EUR. Sie haben es damit geschafft, den Schuldenstand zu verdreifachen, Frau Stadträtin! Das ist eigentlich eine Leistung, in einer einzigen Amtsperiode einer Stadträtin den Schuldenstand zu verdreifachen. Sie haben bei 1,4 Milliarden übernommen, und Sie landen im nächsten Jahr bei 4,4 Milliarden EUR. Von 1,4 Milliarden auf 4,4 Milliarden - ein Plus von 3 Milliarden EUR allein in der Amtszeit dieser Finanzstadträtin!

Ganz wesentlich sind dabei natürlich auch die Kursverluste, ist die Währungsspekulation im Schweizer Franken, weil ja durch diese Buchverluste unsere Schulden steigen. Derzeit gibt es aktuell ein Plus von 250 Millionen EUR. Um 250 Millionen EUR steigen unsere Schulden allein aus dem Titel dieser Kursverluste, dieser Buchverluste auf Grund der Frankenspekulation.

Und da, Frau Stadträtin, kommen Sie heraus und schimpfen in Ihrer Budgetrede auf die Spekulanten? Frau Stadträtin, wer soll Ihnen denn das glauben? Wer soll Ihnen das glauben, wenn Sie hier selbst Währungsspekulation in einer Fremdwährung betreiben? Frau Stadträtin, Sie sind ja selbst die Oberspekulantin! Ich meine daher: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben also steigende Schulden, und wir haben gleichzeitig eine stark steigende Steuerquote. Man könnte natürlich über das Ziel diskutieren, hier durch höhere Einnahmen die Verschuldung zu stoppen oder mehr Investitionen zu finanzieren. Das wären alles budgetpolitische Konzepte, die wir hier seriös diskutieren könnten. Aber, Frau Stadträtin, Sie haben das nicht geschafft!

Frau Stadträtin, Sie haben das Gegenteil geschafft: Sie haben hier eigentlich alle budgetpolitischen Parameter verschlechtert. Sie haben das Kunststück zustande gebracht, dass Sie die Belastungen der Menschen massiv erhöhen, dass Sie aber gleichzeitig die Investitionen kürzen. Sie haben das Kunststück zustande gebracht, dass bei steigenden Belastungen und sinkenden Investitionen gleichzeitig die Verschuldung Wiens steigt. Sie sind hier bei allen drei Parametern gescheitert, Frau Stadträtin! Das ist eine finanzpolitische Leistung, auf die Sie wirklich nicht stolz sein müssen. Das ist ein Kunststück, das Ihnen niemand nachmachen wird, Frau Stadträtin. Das ist nur das Kunststück der Frau Renate Brauner, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist daher das Wiener Budget in Wahrheit bereits ein Sanierungsfall. Was wir brauchen, ist eine Budgetsanierung. Was wir brauchen, ist auch ein Instrument dazu, nämlich eine funktionierende Finanzplanung. Das ist ja etwa beim Bund bereits längst eine Selbstverständlichkeit, weil man überall erkannt hat,

dass es ohne mittelfristige Perspektive keine Budgetsanierung geben kann.

Meine Damen und Herren! Es gibt natürlich in allen öffentlichen Haushalten die gleichen Probleme durch die Wirtschaftskrise, durch die nachlassende Konjunktur - wir haben ja jetzt wieder schlechtere Prognosen -, tendenziell steigende Ausgaben, sinkende Einnahmen, also eine sich öffnende Schere. Man hat überall erkannt - beim Bund, in vielen Bundesländern, nur bei uns nicht -, dass ein mittelfristiger Horizont für die Sanierung notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich bezeichnend, wenn eine Stadträtin, die selbst - und das ist an diesem Budget ja offenkundig - an der Budgetsanierung gescheitert ist, wenn eine Stadträtin, die eine galoppierende Verschuldung weiter zu verantworten hat, sich jetzt gegen eine Finanzplanung sperrt. Es ist geradezu grotesk, wenn eine Stadträtin diese Finanzplanung jetzt verweigert, dieselbe Stadträtin, die eben verantwortlich ist für massiv steigende Belastungen, für sinkende Investitionen und gleichzeitig für eine weiter galoppierende Verschuldung.

Es ist eigentlich grotesk, wenn sich diese Stadträtin hier herausstellt und sagt: wir brauchen keine Finanzplanung, wir brauchen keinen mittelfristigen Horizont, wir brauchen keine Budgetsanierung, wenn sie jetzt mit allen möglichen Ausflüchten daherkommt, zuletzt etwa mit der Ausrede, dass es hier in Wien zu viele Planungsunsicherheiten gäbe, dass das ausgerechnet bei uns in Wien keinen Sinn macht.

Meine Damen und Herren, da frage ich mich schon: Warum soll denn das ausgerechnet bei uns in Wien keinen Sinn machen, wenn in anderen Bundesländern, in vielen Städten diese Finanzplanung bereits längst eine Selbstverständlichkeit ist? Nämlich eine umfassende Finanzplanung! Wenn das im Bund bereits seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit ist, warum soll das dann ausgerechnet bei uns in Wien wegen angeblicher Planungsunsicherheiten nicht gelten?

Frau Stadträtin, das ist doch offensichtlich: Das sind Ausreden! Hören Sie auf mit diesen Ausreden; wir brauchen in Wien endlich einen Finanzplan, wir brauchen eine Sanierung. Die Freiheitliche Fraktion wird heute im Zuge dieser Budgetdebatte alle diese Anträge einbringen, meine Damen und Herren, um das Wiener Budget endlich wieder in Ordnung zu bringen, das Wiener Budget, das diese Finanzstadträtin zu einem Sanierungsfall gemacht hat, das die Frau Brauner in ihrer Amtszeit völlig an die Wand gefahren hat, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt natürlich eine Fülle von Vorschlägen dazu; es ist ja immer die Frage: Was gibt es für konkrete Vorschläge? Die Freiheitliche Fraktion hat im Rahmen dieser Debatten bereits wiederholt Vorschläge auf den Tisch gelegt, Vorschläge, wie man neue Budgetspielräume schaffen kann, damit wir - was das Wichtigste ist - auch politisch handlungsfähig bleiben, damit wir eben nicht abhängig von der internationalen Finanzwelt sind, vom Druck auf unsere Zinsen, damit wir handlungsfähig bleiben durch kurzfristig wirksame

Maßnahmen, meine Damen und Herren, wo wir einsparen könnten, wo das Geld hinausgeschmissen wird: beim Ernst-Kirchwegger-Haus, bei der „Pankahytn“-Einrichtungen, die sofort geschlossen werden müssten!

Wir wollen die Wiener Mindestsicherung auf österreichische Staatsbürger beschränken. Wir wollen auch einen sofortigen Subventionsstopp für dubiose Zwecke, meine Damen und Herren. Es sind aber auch mehr Einnahmen möglich, etwa beim Wiener Flughafen: Wir schlagen eine Teilprivatisierung des Wiener Flughafens vor. Wir schlagen auch mittelfristig wirksame Maßnahmen vor, die die Dynamik der Ausgaben mittelfristig wieder einbremsen.

Wir wollen etwa eine Einkommensobergrenze im stadtnahen Bereich, meine Damen und Herren. Es ist ja nicht einzusehen, dass es in dem Konzern dieser Stadt so viele Manager ergibt, die mehr als der Bürgermeister verdienen müssen. Das brauchen wir nicht, wir wollen hier eine Einkommensobergrenze. Wir wollen auch bei Bauprojekten eine verstärkte Kontrolle.

Wir wollen vor allem eine Reform der Vergabepraxis. Da zeigt ja etwa der aktuelle AKH-Skandal, meine Damen und Herren, was wir in diesem Bereich einsparen könnten, was wir hier durch Bekämpfung der Korruption einsparen könnten, aber etwa auch der Kartellabsprachen: In der Vergangenheit hat der Installateurskandal gezeigt, was wir durch die Bekämpfung von Kartellabsprachen tatsächlich an Mitteln lukrieren könnten.

Wir schlagen zu guter Letzt auch langfristig wirksame Maßnahmen vor - das sind vielleicht die wichtigsten -, langfristig wirksame Strukturreformen, die mittelfristig neue Spielräume in einem öffentlichen Haushalt, in diesem Wiener Budget schaffen: die Verwaltungsreform, eine Reform der Organisationsstruktur, meine Damen und Herren, wo es ja bei uns in Wien, wenn man das vergleicht, wenn man hier Benchmarking betreibt, viel zu viele Führungsebenen, viel zu viele Ebenen gibt. Es gibt bis zu sechs Führungsebenen in Wien, und man könnte davon zum Beispiel die Ebene der Bereichsleiter streichen, ersatzlos streichen, meine Damen und Herren!

Wir wollen auch eine Reform der Stadtwerke. Wir wollen die Wiener Stadtwerke neu, einen kommunalen Komplettanbieter mit vielen Synergieeffekten, der statt Strom, Gas und Fernwärme in Zukunft auch Wasser und Kanal anbieten soll. Ich denke nur an die Zählerablesung. Widersinnig: Jetzt kommt der Gaszähler-, drei Monate später kommt der Wasserzählerableser.

Wir könnten hier so viele Synergieeffekte lukrieren durch sinnvolle Sparpotenziale, meine Damen und Herren, vor allem im Gesundheitsbereich, wo die Kostenentwicklung außer Kontrolle gerät. Wir schlagen hier eine Wiener Gesundheitsholding vor, eine Gesundheitsholding, die aber nicht nur die Spitäler finanziert wie derzeit, sondern eine Gesundheitsholding, die in Zukunft auch die Ärzteschaft finanzieren soll, die auch den niedergelassenen Bereich finanzieren soll. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: ... ist cool!) Eine Finanzierung aus einer Hand, Herr Kollege Margulies, um das

Hauptstrukturproblem im Gesundheitswesen zu lösen: dass dort jeder gegen jeden arbeitet, der Spitalerhalter gegen die Gebietskrankenkasse. Wir wollen diese Finanzierung aus einer Hand.

Herr Kollege Margulies! Herr Klubobmann Schicker! Da kommt eine Oppositionspartei und macht konkrete Vorschläge, da unterziehen wir uns als Oppositionspartei dieser Pflicht und legen hier konkrete Vorschläge vor. Und dann schaut man sich an: Was ist die Reaktion? (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Konkrete Vorschläge? Es war ein bisschen schwammig!)

Was ist die Reaktion der Sozialisten? Da hat Herr Kollege Strobl reagiert, und dem fällt nichts anderes ein, als das alles sofort abzulehnen, als die ganzen Sparvorschläge sofort abzulehnen! Kollege Strobl sagt dazu: Das ist einfach Kaputtsparen, was wir hier vorschlagen. Das ist Kaputtsparen, Sparen brauchen wir in Wien nicht, das brauchen wir alles nicht! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Der kommt doch erst dran!)

Meine Damen und Herren von der SPÖ! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sind Sie ein Prophet?) Herr Kollege Margulies! Frau Brauner! Sie haben ja den Ernst der Lage noch wirklich nicht erkannt. Da stehen wir international am Pranger, da wird uns Reformunfähigkeit attestiert, da leidet unsere Glaubwürdigkeit, da steigt unser Risikoaufschlag. (Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher.) Ja, Herr Kollege, da beginnen Investoren bereits, unser Land zu meiden! Da beginnen internationale Investoren bereits, einen Bogen um österreichische Papiere zu machen. Und dann kommen Sie daher und reden in dieser ernstesten Situation vom Kaputtsparen! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Aber die Länder, wo die Investoren hingehen, können auch nicht profitieren! ... Griechenland!)

Meine Damen und Herren! Sie sind ja in Wirklichkeit bereits dabei, unsere Glaubwürdigkeit zu verspielen. Herr Margulies, Sie schaden bereits der Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes. Sie gefährden mit Ihrer Politik die Bonität dieses Landes.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, ich fordere Sie daher auf: Wachen Sie doch endlich auf! Wachen Sie auf aus dieser Politik der Verschuldung, die Politik dieser Stadträtin schadet dem Standort. Diese Stadträtin ist rücktrittsreif, meine Damen und Herren, weil sie dieser Stadt, weil sie dem Standort Wien damit schadet! (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Strobl. Ich erteile es ihm.

GR Friedrich **Strobl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Schock hat in seinen Ausführungen unter anderem verlangt, dass wir seriös diskutieren sollten über die Vorschläge, die Sie gemacht haben. Ich entgegne da ganz einfach: Bringen Sie endlich einmal seriöse Vorschläge, dann können wir auch seriös miteinander diskutieren! Aber mit Ihrer populistischen, unerträglichen Art und Weise werden wir uns nicht seriös

auseinandersetzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir jetzt gut überlegt: Soll ich auf die vielen Vorredner gleich eingehen, oder soll ich zuerst den anderen Teil, den ich mir angesehen habe, bringen? Da es mir wirklich wichtig ist, in dieser Diskussion auch darüber zu sprechen, was tatsächlich mit dem Geld, mit dem Budget gemacht wird - Sie haben es ja schon erwähnt: das Budget, der Voranschlag ist die in Zahlen gegossene Politik dieser Stadt -, habe ich mich doch entschlossen, zumindest damit zu beginnen. Denn ich denke mir, es ist schon auch wichtig, wiederum in Erinnerung zu rufen: Wie stehen wir denn da mit dieser Politik, die die SPÖ - und im letzten Jahr gemeinsam mit den GRÜNEN - zu verantworten hat?

Ich habe nicht alle Punkte mit - ich meine, mit habe ich sie schon, aber ich werde nicht alle Punkte vorbringen, denn dazu würde die Redezeit nicht ausreichen -, aber ein paar möchte ich doch erwähnen. Gerade weil Sie jetzt gegen Ende Ihrer Ausführungen über die internationalen Betriebe gesprochen haben, die einen Bogen um Wien machen, die Wien meiden und so weiter und so fort: Das ist absoluter Humbug - Entschuldigung!

Wir haben zum Beispiel im letzten Jahr, 2010, wiederum 113 internationale Betriebsansiedlungen in Wien gehabt, eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2009 von fast 20 Prozent! Wir haben in Wien nach wie vor die meisten Unternehmensneugründungen: Nach wie vor halten wir stabil eine Zahl in etwa um die 8 000, es waren im Jahr 2010 knapp unter 8 000.

Wir haben in dieser Stadt nach wie vor die höchste Kaufkraft von allen Bundesländern. Und wir haben nach wie vor eine Situation, dass wir uns bei der Pro-Kopf-Verschuldung am Ende der Liste befinden, nicht so wie Ihre Paradebundesländer. Da schaue ich jetzt in beide Richtungen, sowohl in die ÖVP- als auch in die FPÖ-Richtung. Wer ist denn bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf dem 1. Platz? Das ist Niederösterreich! Und wer ist auf dem 2. Platz? Das ist Kärnten! Das sind Ihre beide Vorzeigebundesländer, und dort wird seit vielen, vielen Jahren eine Politik gemacht, die dazu geführt hat, dass die Pro-Kopf-Verschuldung im Spitzenfeld liegt.

Wir sind als Stadt Wien, als Wirtschaftsstandort Wien eine der stärksten Städte in Europa: Wir sind permanent in den Top Ten! Wir haben über 300 Osteuropazentralen in unserer Stadt angesiedelt - so „meiden“ diese internationalen Betriebe unsere Stadt, wie Sie das gesagt haben -, Tendenz stark steigend! Der Marktwert an ausländischen Direktinvestitionen betrug 1994 in etwa 7,5 Milliarden EUR. Wissen Sie, wo wir heute in etwa stehen? Bei über 50 Milliarden, das hat sich versiebenfacht! Das sind ja alles Parameter, die eigentlich für sich sprechen.

Wir haben eine Beschäftigung, die Rekordbeschäftigung ist. Wir haben so viele Beschäftigte wie noch nie in dieser Stadt! Aber Sie sprechen davon, dass es hier Riesenprobleme gibt. Ich sage schon dazu, natürlich ist jeder Arbeitslose, jede Arbeitslose in dieser Stadt ein Auftrag an uns, noch weiterzuarbeiten (GR

Mag Wolfgang Jung: Noch zu steigern!), noch mehr Anstrengungen zu unternehmen, um auch hier eine Erleichterung zu erreichen.

250 000 Menschen pendeln täglich nach Wien ein, weil wir die Arbeitsplätze bieten. Ein Viertel aller Lehrlinge, die in dieser Stadt beschäftigt sind, sind Lehrlinge, die aus den Bundesländern zu uns kommen. Wir haben eine Jugendarbeitslosigkeit, die auch nach wie vor eine gewisse Höhe hat, aber um die uns halb Europa beneidet, weil sie so nieder ist!

Wir haben - ich könnte diese Liste jetzt fortsetzen (*GR Mag Wolfgang Jung: ... negative Richtung! Das sagen Sie nicht dazu!*) - einen Bereich zum Beispiel bei den Creative Industries, wo wir 20 000 Betriebe in dieser Stadt haben, die in etwa 100 000 Beschäftigte haben. Wir fördern diese Betriebe, wir unterstützen sie mit Projekten. Wir haben 16,7 Millionen EUR an Förderungen ausgezahlt und haben damit rund 65 Millionen bis 70 Millionen EUR an Investitionsvolumen ausgelöst.

Wir sind die beliebteste Kongressstadt der Welt! Die beliebteste Kongressstadt der Welt ist die Stadt Wien, und zwar nicht erst heuer oder letztes Jahr, sondern permanent. Es kommen Vertreter aus anderen großen Städten Europas, sie schauen sich das an und fragen: Wie macht ihr das, wie gelingt euch das? Sie kommen zu uns und schauen sich an, wie wir das gestalten. Wir haben allein durch internationale Organisationen, die in Wien ansässig sind, die ihre Konferenzen hier abhalten, über 5 000 Konferenztage mit nahezu 100 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in dieser Stadt. Und wir haben im Tourismus eine Situation, wo wir in Wirklichkeit von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr zu einem Rekord nach dem anderen aufbrechen.

Das ist - und das ist nur ein kleiner Auszug - die Stadt Wien. Das ist eine erfolgreiche Politik dieser Stadt Wien, und darauf sind wir auch ein bisschen stolz, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Jetzt komme ich doch auch auf die Vorredner zu sprechen. Zunächst einmal möchte ich mich ganz besonders mit den Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP auseinandersetzen, denn ich möchte sie nicht in einen Topf mit den Vertretern der FPÖ hineingeben. Das haben Sie sich wahrlich nicht verdient.

Aber wenn wir über Finanzkrise und Wirtschaftskrise reden und wenn es eine Diskussion - die hat es ja heute auch schon gegeben - über Vermögenssteuern gibt, über Millionärssteuer und Reichensteuer: Ich verstehe einfach nicht, ich verstehe wirklich nicht, warum sich die ÖVP hier sträubt! (*GR Mag Alexander Neuhuber: Ich werde es Ihnen dann erklären!*) Sie sagen doch so wie auch wir, dass der Mittelstand entlastet gehört. Sie werden doch hoffentlich auch überzeugt davon sein, dass der Faktor Arbeit entlastet gehört. Wie kann man denn das anders machen, als indem man bei den Steuern eine gerechte Verteilung herstellt?!

Es ist ganz einfach nicht gerecht, dass diejenigen, die ihr Geld durch Arbeit verdienen, wesentlich mehr besteuert werden als diejenigen, die das Geld arbeiten lassen. Da gehört Gerechtigkeit herbeigeführt, und dafür

steht die Sozialdemokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hoffe, dass Sie sich noch besinnen, sich das ganz normal durchrechnen und anschauen. Kollege Margulies hat ja das Rechenbeispiel schon gebracht, es ist relativ einfach. Wenn man dann noch hernimmt und sagt, okay, es geht um den Zuwachs, wenn jemand sein Geld arbeiten lässt, wenn einer 1 Million hat und dann 400 000 dazuverdient, weil er das Geld arbeiten lässt - na, warum soll er von den 400 000 nicht mehr versteuern als jetzt? Jetzt versteuert er nämlich nichts. Das kann doch nicht wirklich die Position der ÖVP sein! Das ist doch etwas ... (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das stimmt ja nicht!)

Na freilich stimmt das! (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Was ist die Kapitalertragssteuer? Was sind die Aktiensteuern?) Entschuldigung, ihr wisst doch ganz genau, wie das tatsächlich läuft. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Die Verteilung, die Kollege Margulies genannt hat, könnt ihr überall nachlesen: 1 Prozent besitzt über ein Drittel des Vermögens in diesem Land; 10 Prozent besitzen über zwei Drittel des Vermögens in diesem Land und 90 Prozent das restliche Drittel. Wir wollen die 90 Prozent entlasten, und wir wollen haben, dass diese 10 Prozent oder besonders dieses 1 Prozent den Beitrag, den sie zu leisten vermögen, auch tatsächlich leisten. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich gegen Ende, weil ich wirklich nicht zu lange werden möchte, doch auch auf die Rednerinnen und Redner der FPÖ eingehen. (GR Mag Wolfgang Jung: Also bitte!) Ich finde es wirklich unerträglich, und - ich habe es das letzte Mal schon gesagt - ich finde es auch widerlich, wie Sie hier, und wirklich allen voran der Klubobmann Gudenus, herausgehen und in einer Art und Weise sich einer Wortwahl bedienen, die ganz einfach dazu führt (GR Mag Wolfgang Jung: Lesen Sie einmal die Protokolle Ihrer Redner!), dass ich das sage - und ich spreche es ganz klar aus -: Sie sind wirklich eine Schande für unseren Berufsstand! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Herr Kollege Gudenus, Sie sind eine Schande für unseren Berufsstand! (Zwischenrufe bei der FPÖ.) Sie tragen mit Ihrer Wortwahl dazu bei, dass in der Öffentlichkeit das Image der Politikerinnen und Politiker sich auf einem sehr niederen Niveau befindet. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wenn Sie das sagen! - GR Mag Wolfgang Jung: Sie wirtschaften die Stadt herunter! Das ist das, was die Öffentlichkeit aufmerksam macht! - GRin Henriette Frank: ... mit Ihrer Wortwahl! - GR Dipl-Ing Martin Margulies: Hat Jung also Wirtschaftskompetenz? - Weitere Zwischenrufe.)

Schauen Sie, jetzt sind wir wieder dort (GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt sind wir dort beim Budget!), wo ich bei meinen Ausführungen begonnen habe. Sie wollen seriös diskutieren, und Ihre Zwischenrufe (GR Mag Wolfgang Jung: Sie diskutieren ja nicht seriös! Sie reden nicht seriös!) sind an Unseriosität überhaupt nicht zu überbieten. Wirklich, Sie können sich das sparen! Sie können sich das sparen, das ist nicht notwendig, das haben wir alle nicht notwendig. (Beifall bei der SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Wehleidig sind Sie ...!)

Wenn Sie in Ihren Ausführungen - Dr Schock, der Herr Klubobmann Gudenus und so weiter und so fort, wir werden das ja noch ein paar Mal hören, nehme ich an - immer wieder davon sprechen: Sie sprechen von den Schweizer-Franken-Krediten jedes Mal. (GR Mag Wolfgang Jung: Dürfen wir das nicht?) Sie können es 100 Mal wiederholen, es wird deshalb nicht wahrer, was Sie sagen! (GR Mag Wolfgang Jung: Es ist schlimm genug!) Sie sprechen ganz einfach in diesem Bezug nicht die Wahrheit. Es ist nicht so, dass wir irgendeinen Termin gesetzt haben, wo wir wechseln müssen. (GR Mag Wolfgang Jung: Glauben Sie, dass es besser wird?) Das ist nicht so! (GR Mag Wolfgang Jung: Wien wird das Rating verlieren wegen Ihrer Politik!) Wir können uns den Termin aussuchen.

Wenn Sie jetzt in einem Zwischenruf sagen, dass das Rating von Österreich in Gefahr ist wegen der Politik (GR Mag Wolfgang Jung: Von Österreich? - Ironische Heiterkeit und weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.) - und Sie haben es ja auch hier am Rednerpult schon gesagt (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie bringen das Wiener Rating in Gefahr!) -, dann sage ich Ihnen ganz einfach: Das ist lächerlich, was Sie hier von sich geben. Das ist wirklich etwas, was jeglicher Grundlage entbehrt (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Warum?), und das zeigt keinesfalls von irgendeinem wirtschaftlichen Verständnis!

Ganz zum Schluss möchte ich noch eines betonen. Wir haben uns auch bei diesem Budget wieder bemüht, dass wir vernünftig investieren, dass dort investiert wird, wo es Nachfragewirksamkeit bei der Wirtschaft gibt. Das ist wieder gegeben, auch in diesem Budget für das Jahr 2012. Wir haben ganz bewusst die Neuverschuldung zurückgefahren, und - die Frau Vizebürgermeisterin hat es schon mehrmals gesagt - wir versuchen natürlich, eine Umkehr zu erreichen, sodass wir dann, wenn wir wieder in der Situation sind, dass wir keine Defizite machen, auch unsere Schulden wieder zurückzahlen können, so wie wir das in der Vergangenheit auch gemacht haben.

Wissen Sie, wenn Sie sich erinnern können an das Jahr 2008 und an das Jahr 2009, wo wir Investitionspakete, Konjunkturpakete geschnürt haben, um die Wirtschaft zu unterstützen - und das mit Erfolg gemacht haben, denn nur deshalb sind wir so gut durch die Krise gekommen! -, und wenn Sie jetzt hergehen und sagen, wir müssen einerseits die Gebühren senken, andererseits die Investitionen erhöhen, wir dürfen keine Neuverschuldung machen, wir sollen im Gegenteil Schulden zurückzahlen: Ja, zu was führt denn das? Das führt doch nicht zur Ankurbelung der Wirtschaft, das entlastet nicht den Arbeitsmarkt - das genaue Gegenteil ist der Fall, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Deswegen kann ich Ihnen abschließend eines sagen: Wir in der rot-grünen Stadtregierung und wir als SPÖ werden diesen Weg fortsetzen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir diesen Weg erfolgreich fortsetzen werden. Sie haben selbst gesagt, die Wählerinnen und die Wähler werden letztendlich darüber entscheiden, ob sie einen erfolgreichen Weg fortsetzen

wollen oder nicht. Ich sehe dem schon mit Freude entgegen! - Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Herzog. Ich erteile es ihm.

GR Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Mit Überraschung, muss ich sagen, habe ich den Redebeitrag des Herrn Strobl vernommen. Aber er ist ja eigentlich nicht jemand, der hier in haltloses Schimpfen ausbricht, was er diesmal getan hat. Entweder muss er seiner Partei beweisen, dass er es auch kann, oder es ist eine ausweglose Ratlosigkeit, die ihn erfasst angesichts einer Politik in Österreich und Wien, wo man nur sagen kann: Wir stehen vielleicht am Beginn einer Endzeitstimmung und einer Endzeitsituation für den Euro, und dies wird hier politisch völlig ignoriert!

Hier wird nicht einmal darüber gesprochen, dass wir das Triple-A-Rating verlieren könnten. Das ist alles hier kein Thema für die Wiener Sozialisten und auch nicht für die GRÜNEN, es interessiert nicht weiter. Aber dafür wird ein bisschen moniert, wenn man schärfer spricht, um hier endlich einmal Bewusstsein für Probleme zu schaffen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Haltung der Wiener Sozialdemokraten entspricht einer Vogel-Strauß-Haltung. Es ist ja nicht nur Herr Strobl, der hier so agiert hat; auch Herr Schicker hat Nämliches gemacht, es war nicht viel anders. Er leugnet oder stellt fest, es gibt kein Verschulden der Staaten, die Verschuldungspolitik der Gebietskörperschaften hätte keinen Einfluss und wäre unerheblich. Na, das ist eine Bemerkung, die man schon lange nicht gehört hat! Dass sich jemand herausstellt und so etwas zu sagen traut, dazu muss ich sagen, das ist eigentlich bereits ungeheuerlich!

Natürlich, vielleicht meint er, die Spekulanten - hat er gesagt - sind schuld an allem und jedem. Selbstverständlich, die haben vor allem in der Krise 2008 ihren Einfluss gehabt, keine Frage. Aber Frau VBgmin Brauner spekuliert schon länger, und daher ist seine Empörung gegen die Spekulanten auch jetzt noch gerechtfertigt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann beklagt er heftig, dass sich Österreich nicht durchsetzen könne gegen den Kapitalismus in der EU. Eine erstaunliche Feststellung, Herr Schicker! Österreich ist ein gleichberechtigtes Mitglied in der EU und auch in der Eurozone, Österreichs Bundeskanzler Faymann und dessen Finanzminister haben noch jede - bitte schön, jede! - Entscheidung in Brüssel ohne Wenn und Aber mitgetragen und denken ja gar nicht daran, in irgendeiner Form dagegen Protest einzulegen. Die SPÖ ist eine Partei, die in Österreich Kapitalismuskritik betreibt und in Brüssel alles das mitträgt, was sie Kapitalismus nennt!

Ansonsten zur Sache selbst: Schuldenbremse ist natürlich das Wort des Tages und der kommenden Wochen. Aber ich habe schon gesagt, das Triple-A ist in Wien kein Thema, was mich überrascht. Es wird jetzt formal in Frage gestellt, wobei man sagen muss: Bei dem wird es nicht bleiben. Es wird wahrscheinlich

irgendwann einmal dazu kommen, vielleicht nicht jetzt, aber in absehbarer Zeit.

Aber de facto ist es schon weg. Man braucht nur zu lesen, was in diesem Zusammenhang die „Neue Zürcher Zeitung“ vor einigen Tagen geschrieben hat. Sie hat geschrieben: „Die in Österreich im November um 70 Basispunkte gestiegenen Spreads reißen die Regierung nicht aus der Lethargie. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Seit Ende Oktober sind die Aufschläge für 10-jährige österreichische Bundesanleihen gegenüber deutschen Anleihen“, den Spreads eben, „von 86 auf über 160 Basispunkte gestiegen. Im August hatte der Spread erst 50 Punkte betragen.“

Das heißt also, wir haben eine unglaubliche Aufwärtsbewegung, eine wirkliche Verteuerung sämtlicher Kredite, die Österreich aufnehmen muss. Und es wird hier so getan, als gäbe es diesbezüglich kein Thema!

Wenn man sich dann anschaut, was die Fakten der Schuldenkrise an sich sind: Was die Bundesregierung bisher verraten hat, ist doch einiges. Es wird festgestellt, dass sich das Defizit nach EU-Vorgabe zu richten hat. Dann: Das Defizit ab 2017 sollte 0,35 Prozent des BIPs betragen, und die Länder müssen ausgeglichen bilanzieren. Das ist etwas, wovon wir uns in Wien anschauen werden, wie es funktioniert, wenn sogar jetzt, kurz vor Beginn einer Schuldenbremse, die Verschuldung in Wien selbst massiv zunimmt.

Weiters: keine explizite Schuldenobergrenze, aber das Ziel ist 60 Prozent des BIPs bis 2020. Weiters: Länder und Gemeinden werden eingebunden, Details werden ausgehandelt. Die Ergebnisse sind aber eigentlich, was die Bundesländer betrifft, sagen wir, einigermaßen befremdlich. Auf der einen Seite regt sich der SPÖ-Chef in Oberösterreich darüber auf, dass die Schuldenbremse in die Verfassung kommen soll, und ist er außerdem noch für einen Spitzensteuersatz von 70 Prozent. Übrigens hat auch Kollege Schicker eine Erhöhung dieses Spitzensteuersatzes seitens seiner Partei in Aussicht gestellt. Interessanterweise hat er nicht festgestellt - da muss man ihn noch fragen -, was für eine Prozentzahl er sich dabei vorstellt.

In Vorarlberg hat sich Herr Sausgruber gemeldet, und in Wien hat die Frau Vizebürgermeisterin, ich würde meinen, einen Eiertanz hingelegt. Und zwar in der Zeitung „Die Presse“, wo sie „Ich warne vor der Schuldenbremse.“ gesagt hat und ausgewichen ist bei jeder Frage nach Einsparungen, nach Ausgabenkürzungen, nach Neufestlegungen. Alles hat sie offengelassen, sie hat sich nicht festgelegt. Zum Schluss spricht sie von „brachialen Sparpaketen“, davon, dass man einem solchen brachialen Sparpaket eben nicht zustimmen soll. Schlusswort: „Von mir würde es aus Prinzip nie eine Zustimmung zu einer Schuldenbremse geben.“

Jetzt frage ich mich, was das für Wien heißt, wenn ein Koalitionspartner sich klar festlegt, dass er nicht mitmachen will, und der zweite Koalitionspartner meines Wissens noch kein Wort über die Gestaltung einer allfälligen Schuldenbremse in Wien ein Wort verloren

hat. Das heißt also, die „NZZ“, die „Neue Zürcher Zeitung“ hat vielleicht nicht unrecht, wenn gesagt wird: „Österreich“ und, in Klammer, Wien „will nicht sparen“. Das ist eigentlich eine Haltung, die ich als unverantwortlich betrachte angesichts dessen, dass wir am Vorabend der vielleicht dräuenden Krise des Euro stehen, von der wir uns noch gar nichts vorstellen können und der wir vorbeugen müssten mit den Mitteln, die uns gegeben sind.

Die Eurokrise hat bisher eine erschreckende Entwicklung genommen und ist nicht zuletzt auf eine falsche Weichenstellung zurückzuführen. Den Versuch zu machen, eine Währung aus dem Boden zu stampfen zwecks Herbeiführung der Einigung Europas, ohne dafür Sorge zu tragen, dass Gleiches mit Gleichem verbunden wird, ist etwas, was letzten Endes scheitern muss! Der Euro ist einzig und allein eine Schönwetterwährung und hat sonst offensichtlich keine Aufgabe. Wie es ausschaut, wird die erste Krise ihm mächtig zusetzen.

Wie die Dinge weitergehen werden, wissen wir nicht. Alle drei, vier Wochen machen die diversen Regierungen in der EU einen Vorschlag für eine neue Methode der Eurorettung, es werden neue Lösungen angedacht. Alles in allem hat das noch nie auch nur irgendetwas gebracht - außer einer massiven Geldvernichtung! Damit ist der Euro eine Geldvernichtungsmaschine, und das ist eine bedauerliche Angelegenheit.

Wenn man die Entwicklung als solche anschaut, muss man ja sagen: Ende 2009 beginnt es damit, dass die griechische Regierung erklärt, dass sie die Neuverschuldung viel höher ansetzen muss. Die EU ist einigermaßen schockiert, sie handelt nicht. Es wird dann erst im Mai ein erstes Griechenland-Hilfspaket mit 110 Milliarden EUR gestartet, wobei sich die europäischen Staaten mit 80 Milliarden EUR daran beteiligen, und es wird verlangt, dass Griechenland sein Defizit von 13,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis Ende 2011, also bis jetzt, auf 3,6 Prozent senken müsste.

Das ist eine erheiternde Feststellung, wenn man die Dinge heute weiß. Das Geld wurde verschleudert, ohne jedes Ergebnis!

Wir haben dann im Mai die Feststellung, das Beschließen eines Rettungsfonds mit 750 Millionen EUR. Dieser Rettungsfonds ist seitens der Europäischen Zentralbank verbunden worden mit dem Kauf von Staatsanleihen, und das war der Sündenfall schlechthin! Dieser Kauf der Staatsanleihen ist ein Verstoß gegen die Verfassung der EU und ist ein Verstoß gegen das Bail-out-Verbot, das immer festgesetzt wurde. Die Europäische Union und die Eurozone wandeln sich somit in eine praktisch handlungsunfähige Institution, in der nur mehr mit den Schulden anderer Staaten gehandelt werden wird.

Dann kommt Irland dran, als erstes Land geht es unter den Eurorettungsschirm. Weiters verzichtet im Februar 2011 der Präsident der Deutschen Bundesbank, Axel Weber, auf den Chefposten der Europäischen Zentralbank, weil er diese Politik nicht mehr mitmachen will. Übrigens hat kurz darauf, vor einiger Zeit eben, der Chefvolkswirt Jürgen Stark ebenfalls das Handtuch

geworfen, genau wegen dieser Verstöße gegen die Rechtsordnung der europäischen Institutionen.

Dann kommt der Europäische Stabilitätsmechanismus, wird beschlossen im März 2011. Der bisherige Rettungsschirm EFSF wird weiterlaufen, wird massiv aufgeblasen in der letzten Zeit, man spricht von einer Hebelung. Hebelung bedeutet, dass auf einmal statt 700 Milliarden EUR durch versicherungstechnische Tricks eine Summe von 1 Billion bis 2 Billionen EUR erreichbar wäre - eine Vorgangsweise, die Europa, die europäischen Staaten und ganze Generationen auf Jahrzehnte verschulden wird!

Dieser ESM ist übrigens eine unglaubliche Konstruktion. Man muss feststellen, dass hier selbstverständlich klare Verstöße gegen Grundsätze der Demokratie stattfinden! Man kann das nicht genug hervorheben.

Dieser ESM hat einmal, wie gesagt, 700 Millionen EUR Ausstattungskapital; es wird mehr werden, wir brauchen uns keine Sorgen darüber zu machen. Aber die EU-Staaten haben keine Akteneinsicht, die EU-Staaten haben keine Kontrolle, und es verfügen darüber nur nicht gewählte, wieder einmal ernannte Akteure des ESM, eben der Gouverneursrat. Die ESM-Mitglieder, also unsere Staaten, unsere Gebietskörperschaften, werden unwiderruflich und bedingungslos verpflichtet, bei Anforderung dem an sie gerichteten Kapitalabruf binnen sieben Tagen nach Erhalt dieser Anforderung nachzukommen.

Das heißt, die EU-Mitgliedstaaten können verpflichtet werden zu zahlen, ohne mitreden zu können, und der ESM kann sein Grundkapital auf jede Höhe aufstocken. Das wird selbstverständlich sämtliche Gebietskörperschaften der Republik Österreich, aber auch Wien, irgendwann massiv treffen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Einschaltung von Gerichten oder aber die Ablehnung durch Regierungen haben keine Wirkung mehr, wenn der Vertrag einmal unterschrieben ist. Sozusagen abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass der Gipfel davon ist, dass alle Gouverneursratsmitglieder und alle, die damit im Zusammenhang stehen, in jeder Hinsicht Immunität vor der Gerichtsbarkeit haben. Sie können nicht belangt werden. Die Behörde kann aber Österreich und die anderen EU-Staaten – und natürlich auch Wien, wenn es notwendig ist – klagen, muss sich aber selbst nicht auf der Anklagebank verantworten. – Das heißt also, der Staatshaushalt der europäischen Staaten und Gebietskörperschaften wird einer nicht gewählten, durch das Volk nicht legitimierten Institution in die Hand gegeben.

Des Weiteren – und das ist genauso schlimm –: Der provisorische Rettungsfonds EFSF hat von sich aus bis jetzt keinen Zugang zu den Mitteln der EZB, sehr wohl aber sein Nachfolger, der ESM, der Stabilitätsmechanismus. Das heißt, es wird für die Notenbanken schwierig sein, sich dagegen zu wehren, und man kann davon ausgehen, dass der Begriff Unabhängigkeit mit Sicherheit verloren ist, keine Frage!

Und vor allem bedeutet das, dass der ESM, wenn das eingeführt wird, selbst auf die Mittel der EZB zugreifen kann, was wiederum bedeutet, dass eindeutig und fraglos die Gelddruckmaschine angeworfen werden wird.

Einer der nächsten Punkte war dann – wenn man das kurz erwähnen darf –, dass Portugal um Hilfe gebeten hat. Im Juni 2011 wurde dann ein zweites Hilfspaket für Griechenland beschlossen. Weitere 109 Milliarden EUR wurden bereitgestellt, und diese Summe wird genauso verpuffen wie alles Übrige. Der Beschluss über das zweite Griechenland-Paket ist im Juli 2011 erfolgt, und die Auszahlung bleibt einstweilen noch hängen, weil gewisse Bestimmungen seitens der griechischen Regierung durch die Gegebenheiten der Umbildung noch offen sind.

Dann gibt es ein Krisenultimatum der G 20 gegenüber den Euro-Staaten, das alle möglichen Forderungen enthält, von denen wir ausgehen können, dass man sie mit Sicherheit nicht einhalten wird.

In Anbetracht dieser Situation kann ich nur sagen, dass es mich wundert, dass die europäischen Staaten und damit auch die Republik Österreich und die Regierung diesen Entwicklungen einfach tatenlos zuschauen! Sie schauen zu, wie die Verfassung gebrochen beziehungsweise in jeder Hinsicht zurechtgebogen wird. Daraus muss ich aber für mich persönlich eine Lehre ziehen: Wenn die EU-Verantwortlichen durch die Bank die EU-Verfassung nur als Diskussionsgrundlage betrachten, dann haben wir sehr wohl auch das Recht, zu irgendwelchen Richtlinien, die uns nicht passen, einen ähnlichen Zugang zu haben wie die EU selbst zur eigenen Verfassung. Das heißt, dass dann auch für uns Richtlinien nur mehr bloße Diskussionsgrundlage sind! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Im Übrigen wird auch ein doppeltes Spiel seitens der Bundesregierung betrieben. Es wurde im Inland von FinanzministerInnen oft verkündet, dass Österreich nicht in eine Transferunion hineingehen will. In Brüssel wurde bisher aber alles mitgetragen, was in diesem Punkt in irgendeiner Form geäußert wurde.

Wir haben im Frühsommer eine Reihe von Anträgen zur Währungsunion, zu einer Insolvenzregelung und zu Ähnlichem mehr gestellt. All das wurde damals abgelehnt. Heute sind die Debatten über diese Themen voll en vogue. Sie sind für Merkel, Sarkozy und den europäischen Meinungsführer selbstverständlich Gegenstand der Debatte. Selbstverständlich ist eine geordnete Insolvenzregelung notwendig, und auch die Frage einer kerneuropäischen Neulösung wird von Merkel und Sarkozy bereits angesprochen.

Es gibt im Grunde genommen nur zwei Wege in dieser Krise, ob sie aus der Krise führen werden, werden wir erst sehen. Eine Möglichkeit ist das Fortführen der jetzigen Politik, gemäß welcher die stärkeren, wohlhabenderen und währungssicheren Staaten wie Deutschland und Österreich verstärkt Mittel aufbringen müssen, um in irgendeiner Form die Fortführung der jetzigen Sicherungspolitik zu gewährleisten. Aber man muss schlicht und einfach feststellen, dass das bisher ohne jeden Erfolg geblieben ist. Das Geld wurde

verschleudert. Es hat weder in Griechenland noch in Italien noch in Portugal – einzig Irland ist besser dran – auch nur irgendwo einen Schatten eines Erfolges deswegen gegeben. Auch wenn Nobelpreisträger Stiglitz genau diese Politik weiterverfolgt, muss man feststellen, dass diese sehr in Frage zu stellen ist.

Ich darf Rogoff, einen Harvard-Professor, zitieren, der zum Beispiel sagt, dass der Euro eine Ansteckungsmaschine sei, an der sich alle Länder sozusagen infizieren. Jetzt sind wir auch bei Kerneuropa: Frankreich, Österreich, kurz: alle Länder außer Deutschland, sind bereits im Visier einer solchen Entwicklung.

Die andere Lösung kann unserer Meinung nach nur darin bestehen, dass eine Trennung der Eurozone in Süd- und Nordländer erfolgen muss, eine Eurozonen-trennung, wobei in irgendeiner Form eine Trennung von Dingen erfolgen muss, die nicht zusammengehören. Das scheint der einzige Ausweg zu sein. Besser ein solcher sicherlich eher schmerzhafter Prozess einer Trennung als ein ewiges Hineinschütten unbeherrschbarer Finanzmittel, sodass dann, wenn einmal Großstaaten wie Italien oder Frankreich wirklich Geldbedarf haben werden, dieser nicht mehr zu decken ist.

Außerdem werde ich mir anschauen, wenn einmal die Haftungssummen von 20 Milliarden EUR und mehr – die Österreich schuldig ist, und für Deutschland ist es noch viel mehr – einmal fällig werden, was die österreichische Bevölkerung dazu sagt, wenn ein Drittel des Jahresbudgets für Haftungen aufgeht, die dann endlich einmal eingefordert werden werden. Daher fürchten wir, dass eine solche Trennung vorgenommen werden müssen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Beachtlich finde ich auch das Ausmaß des Stellenwertverlustes der Demokratie in dieser Europäischen Union. Paradebeispiel dafür war die Volksabstimmung in Griechenland. Das war sicherlich eine populistische Forderung des sozialdemokratischen Premiers. Aber die Tatsache, dass eine Volksabstimmung in Griechenland solche Schreckensreaktionen in der Europäischen Union auslöst, zeigt, dass die ganze Europäische Union und auch der Euro Elitenprojekte sind und man sich vor dem Volk fürchtet.

In der ganzen Konstruktion der EU wird die Demokratie ja letzten Endes mit Füßen getreten. Es gibt im Großen und Ganzen nur ernannte oder in die Gremien entsandte Personen. Da wird nicht gewählt, es gibt keine demokratische Legitimation, außer im Europäischen Parlament, und dieses braucht Krücken, um sich fortzubewegen. Und der Abbau des Parlamentarismus wird munter betrieben, wie ich das formulieren möchte. Die Einbindung der Parlamente in die Rettungsschirme lässt zu wünschen übrig. Es ist dringend notwendig, dass die Hebelung in den Parlamenten vorgenommen wird. Das geschieht aber sicherlich nicht überall. Die EU und auch die Regierungen mauern klar und deutlich gegen diese parlamentarischen Abstimmungen und überhaupt gegen

Volksabstimmungen.

Wie schön, dass wir in Österreich das Versprechen des Bundeskanzlers haben, dass bei Änderungen der Verfassung hier eine Volksabstimmung vorgenommen wird! Wir werden ihn selbstverständlich beim Wort nehmen, und das wird sehr bald der Fall sein, weil das sehr bald zu erwarten sein wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf noch sagen, dass es Gott sei Dank in Deutschland den Bundesverfassungsgerichtshof gibt, denn dieser ist die einzige Institution, die dafür Sorge trägt, dass der Parlamentarismus in Europa – vor allem in Deutschland, aber damit auch in Europa – nicht wirklich an die Wand gedrückt wird. Der Bundesverfassungsgerichtshof hat die Rechte des Parlamentes weiterhin durch Urteile gewahrt. Das Königsrecht des Parlaments, das Budgetrecht, wird vom Bundesgerichtshof verteidigt, und auch der dortige Bundestag stellt sich klar und deutlich auf die Zehen.

Ich darf noch darauf hinweisen, was Präsident Holinger – ich komme schon zum Ende! – zur Schuldenbremse gesagt hat. Er hat eingefordert, dass die Nichteinhaltung der Schuldenbremse Konsequenzen haben sollte. Er hat festgestellt, dass die Bürger in die Europäische Union bisher nicht mitgenommen wurden und dass der Hauptfehler darin liegt.

Ich komme zum Schluss und darf feststellen, dass der „Spiegel“ im September eine ...

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Ich darf Sie um den Schlusssatz bitten.

GR Johann **Herzog** *(fortsetzend)*: Ich bin beim Schlusssatz! – Wie kann es passieren, dass die Schulden eines kleinen Landes einen ganzen Kontinent ins Wanken bringen? Das griechische Drama liegt offen und zeigt, warum der Euro zur gefährlichsten Währung der Welt geworden ist: Auf Schulden und Schwindel gebaut, ohne entsprechende Führung, ist das Ganze die Geschichte einer guten Idee, die zur Tragödie geworden ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf etwas hinweisen.

Herr GR Herzog! Ich habe mir sehr aufmerksam Ihre Ausführungen über die internationale Finanzwelt angehört. Nachdem wir uns hier in der Generaldebatte befinden, sehe ich kein Problem, dass darüber gesprochen wird. Aber bei einer Spezialdebatte würde ich Sie schon bitten, mehr in Österreich oder in Wien zu bleiben! *(GR Mag Wolfgang Jung: Und Ellensohn darf stundenlang über alles reden?)*

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Irschik. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Irschik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Wir befinden uns in der Budgetdebatte zum Voranschlag 2012, in einer Finanzdebatte. Und ums Geld und um Finanzen geht es auch bei dem Thema, das ich jetzt zur Sprache bringe. Dieses hat in den letzten Wochen und Monaten durchaus auch Eingang in

die Medien gefunden.

Es geht dabei um die Polizeiinspektion auf dem Praterstern. Dankenswerterweise hat das die „Kronen Zeitung“ bereits im Vorjahr aufgegriffen. Am 30. September, also vor den Wahlen, war zu lesen, dass die Polizeiinspektion Praterstern alt, desolat und zu klein ist. Es hat damals Pläne gegeben, die dann Gott sei Dank nicht verwirklicht wurden, dass die Kolleginnen und Kollegen zum An- und Ablegen der Uniformen in die nächstgelegene PI – PI für Polizeiinspektion – ausweichen sollten. – Die nächstgelegene Polizeiinspektion wäre das Wachzimmer Ausstellungsstraße gewesen. Das wäre nicht sehr sinnvoll gewesen, hätte den Dienstbetrieb behindert und auch unnötig Zeit gekostet.

Es war dann im Text zu lesen, dass die Stadt ein Konzept zur Umgestaltung vorgelegt hat. Es soll an derselben Stelle ein neues ovales Gebäude mit wesentlich mehr Fläche entstehen. Die Höhe des Gebäude soll annähernd gleich sein, die Grünbereiche, der markante Baum sowie Keller und Lüftungsschächte bleiben erhalten, die Fassade lässt Licht durch. Das Ganze klingt sehr positiv, die geschätzten Kosten belaufen sich auf 600 000 EUR.

Dafür ist natürlich das Bundesministerium für Inneres, also der Bund, zuständig, und im Text war zu lesen, dass Wien jetzt Verhandlungen zur Finanzierung mit dem Bund aufnimmt. Wörtlich: „Ressortübergreifende Lösungen hat es, wenn Not am Mann ist, schon gegeben, hebt Planungsstadtrat Rudolf Schicker die gute Zusammenarbeit hervor.“ – Na ja! Nun ist über ein Jahr vergangen, geschehen ist aber nicht sehr viel.

Deshalb bringen wir Freiheitliche jetzt einen Beschlussantrag im Namen von Johann Gudenus, Wolfgang Seidl, Gerhard Haslinger und Wolfgang Irschik bezüglich ein neues Wachzimmer auf dem Praterstern ein. Ich darf daraus zitieren: Es war dankenswerterweise wieder der „Kronen Zeitung“ am 27. Oktober des heurigen Jahres zu entnehmen: „Die Inspektion zerfällt. Beamte vor Ort frustriert. Neues Wachzimmer auf dem Praterstern: Bitte warten.“

Die Polizeiinspektion Praterstern ist – wie gesagt – alt und desolat, und obwohl vor der Wien-Wahl vor eineinhalb Jahren groß angekündigt, gibt es bis dato noch immer keine Entscheidung über Neubau oder Übersiedlung der Inspektion. Die Beamten vor Ort fühlen sich übergangen, so manch einer will sich versetzen lassen. Das kann nicht Sinn und Zweck der Sache sein!

Jetzt zitiere ich einen Kollegen, der vielleicht der SPÖ nicht ganz unbekannt sein wird, nämlich Oberstleutnant Johann Golob. Mit Kollegen Golob habe ich vor knapp 30 Jahren damals im Wachzimmer am Hof Dienst versehen. – Er schreibt: „Selbst Sträflinge haben bessere sanitäre Anlagen als wir. Ich verstehe die Sorgen der Kollegen gut, aber die Entscheidung über Renovierung oder ein Ersatzlokal ist noch nicht gefallen.“ – Das meint Oberstleutnant Johann Golob.

Ich zitiere Golob weiter: „Das Innenministerium und die Stadt Wien verhandeln also noch. Wie lange? Es gibt gute Gespräche, mehr kann ich nicht sagen. Nur eines

scheint fix: Auf dem Praterstern wird die Polizei weiterhin stark präsent sein, und das ist auch notwendig. Das Wachzimmer gehört zu jenen mit dem größten Arbeitsanfall in Österreich. Immer wieder gibt es im Umkreis brutale Verbrechen wie die Kettensägeattacke vor zwei Jahren.“

Meine Damen und Herren! Wir stellen daher folgenden Beschlussantrag:

„Der Herr Bürgermeister wird ersucht, umgehend mit dem Bundesministerium für Inneres in Verhandlung zu treten, um endlich die Entscheidung über Renovierung oder Neubau der Polizeiinspektion auf dem Praterstern herbeizuführen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“

Ich ersuche alle Fraktionen um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Werte Damen und Herren!

Ich möchte nur drei Anträge einbringen, die erstens trefflich zum Misstrauensantrag gegen Maria Vassilakou passen und zweitens Wien-weite Bedeutung haben und zwei Bevölkerungsgruppen zum Gegenstand haben, die besonders von der rot-grünen Gebührenlawine betroffen sind.

Erstens geht es um die Autofahrer und die Erhöhung um fast 70 Prozent. – Wir sprechen uns in einem Beschlussantrag gegen diese Erhöhung aus.

Die zweite benachteiligte Gruppe ist jene der Senioren, die die Öffis benützen wollen: So wurde zum Beispiel das Zweifahrticket für Senioren von 2,30 EUR auf 2,50 EUR hinaufgeschmalzt, die Jahreskarte für Senioren wurde aber nicht analog zur Verbilligung der Jahreskarte für Vollzahler ebenfalls reduziert.

Drittens wollen wir auch das Thema OWS noch einmal aufs Tapet bringen und erneut einen Antrag einbringen. Vielleicht stimmt diesmal auch die ÖVP mit. Wir fordern einen sofortigen tatsächlichen Baustopp auf dem Areal des Otto-Wagner-Spitals, und nicht nur einen, der in den Medien stattfindet. Außerdem sollen wissenschaftliche Untersuchungen für die Erhebung des ganzen Ensembles zum UNESCO-Welterbe von der Stadt Wien in die Wege geleitet werden.

Wir ersuchen betreffend alle drei Anträge um sofortige Abstimmung. – Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur allgemeinen Beratung des Voranschlagsentwurfes für das Jahr 2012 und des Gebührenprüfungsantrages liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber. Ich erteile es ihm.

GR Mag Alexander **Neuhuber** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Einer der, wie ich glaube, profiliertesten und erfolgreichsten österreichischen Unternehmer, die es je gegeben hat, Helmut Sohmen – er arbeitet heute allerdings nicht mehr in Österreich, sondern im Ausland und leitet eines der größten Schifffahrtsunternehmen der Welt –, hat letzte Woche in einem Interview zur Weltwirtschaftskrise gesagt: „Ich weiß nicht, in welchen Abgrund die Politik erst blicken muss, ehe sie sich bewegt.“

Diesen Satz, den Sohmen natürlich in erster Linie auf die weltweite und europaweite Politik gemünzt hat, kann man genauso auf Wien beziehen: Ich weiß nicht, in welche Abgründe die Wiener Politik noch blicken muss, ehe diese Koalition und ehe die Sozialdemokratie wirklich einmal bereit sind, sich zu bewegen, meine Damen und Herren!

Dieses Budget – und ich werde dann noch im Detail darauf eingehen – symbolisiert nur Verharren im immer schon Gewesenen, aber keine wirkliche Reaktion auf die Krise. Um aber die Vorgänge in Europa und auch in Wien überhaupt zu verstehen, muss man sich, glaube ich, immer wieder mit der Weltwirtschaftskrise als solcher beschäftigen, und ich möchte ein paar Gedanken dazu auch aus meiner Sicht noch einmal zusammenfassen, um auch auf die Vorredner eingehen zu können.

Ich glaube, in diesem Punkt sind wir uns leider alle einig: Die Welt befindet sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Ich weiß nicht, ob wir wirklich am Abgrund sind, wie es Sohmen sieht, klar ist aber: Die Situation ist sehr ernst, und der tatsächliche Ausgang, wie wir da wieder herauskommen, ist ungewiss.

Die Krise 2008 war damals noch eine der Banken und des Finanzsektors. Heute ist sie eine Krise der Staaten und nicht mehr der Spekulanten. Übrigens waren die Spekulanten auch in Amerika nicht am Anfang der Nahrungskette, wenn man es jetzt wirklich historisch, auch wenn das nur 3 Jahre zurückliegt, betrachtet. Am Anfang gab es zu hohe Kredite für amerikanische – wie ich jetzt einmal salopp sagen möchte – Häuselbauer, bei denen mit 100 Prozent und mehr finanziert wurde. Spekulation wurde erst dann daraus, als man diese Kredite zu neu strukturierten Produkten gebündelt hat und diese dann von Amerikanern an Europäer verkauft wurden, die gar nicht wussten, was sie sich da eigentlich auf das Bankbuch genommen hatten.

Heute ist es keine Spekulantenkrise mehr, sondern heute ist es – und das zu sehen, ist halt ganz wichtig für uns – eine Krise der Staaten, weil Staaten nach Annahme der Investoren keine guten Schuldner mehr sind. Deshalb gibt es auch die hohen Aufschläge. Die hohen Aufschläge gibt es nicht nur, weil Rating-Agenturen ein Land raten. Über deren Funktion können wir gerne auch diskutieren, meinen Damen und Herren. Aber das Geld ist so teuer, und die hohen Aufschläge für uns alle sind deshalb zu bezahlen, weil Staaten und Städte keine guten Schuldner mehr sind. Das ist eine ganz wichtige Unterscheidung.

Und klarerweise zeigt sich in dieser Krise eine der ältesten merkantilen Grundregeln: Schulden muss man

irgendwann einmal zurückzahlen, es handelt sich nur um geborgtes Geld. Genau auf diesem geborgten Geld ist aber unser Wohlfahrtsstaat beziehungsweise Wohlstandsstaat aufgebaut, und wir haben halt jahrzehntelang über unsere Verhältnisse gelebt.

Kollege Schicker hat heute Keynes zitiert, den Säulenheiligen der Staatsverschulder, wenn ich es so sagen darf, meine Damen und Herren. Keynes hat quasi den philosophischen Unterbau für das Deficit Spending erfunden. Er sagt wohl, dass in schlechten Zeiten der Staat Geld auszugeben und die Wirtschaft zu beflügeln hat. Er sagt aber auch, dass in guten Zeiten gespart werden soll, meine Damen und Herren, um dann, wenn die Konjunktur schlechter ist, überhaupt noch Pulver für Maßnahmen zu haben.

Ich denke nur, welches Zeter und Mordio es wegen des Nulldefizites vor einigen Jahren im Bund gab! Das war der richtige Weg! Man muss in guten Zeiten noch viel mehr ansparen, um dann in schlechten Zeiten Geld ausgeben zu können.

Es ist dies eine dramatische Fehleinschätzung, meine Damen und Herren: Wer einen sozial starken Staat will, der muss in guten Zeiten höhere Überschüsse erwirtschaften, sonst kann der starke Staat seiner Rolle nämlich dann, wenn es schlecht geht, gar nicht mehr gerecht werden. Und dieser starke Staat muss auch effizient organisiert sein, und Gleiches gilt für die Stadt. Diesbezüglich könnte man übrigens viel von skandinavischen Ländern, und zwar auch von sozialdemokratisch regierten, lernen.

Die Weltpolitik hat also nach der Lehman-Krise 2008 eine ganze Reihe von Fehlern gemacht. Ich zähle diese nur ganz cursorisch auf.

Ich glaube, die Krise wurde am Anfang unterschätzt. Man hat gesagt: Ist eh nur – unter Anführungszeichen – die Finanzwirtschaft! Die Staatsschulden wurden noch vergrößert. Was die Regeln für die Finanzwirtschaft betrifft, gebe ich sogar den GRÜNEN teilweise recht. Ich glaube, dass man diesbezüglich viel zu wenig stringent vorgegangen ist.

Es gibt so etwas wie ein Schattenbankensystem noch immer, auch drei Jahre nach Lehman, in Form von Hedgefonds. Die Absicherungen für Exporteure über derivative Produkte, um zum Beispiel das Währungsrisiko zu hedgen beziehungsweise abzusichern, ist völlig okay. Das ist etwas betriebswirtschaftlich völlig Normales. Aber wenn es das Grundgeschäft nicht mehr gibt und nur mehr über solche Produkte spekuliert wird – und das mag jetzt Margulies vielleicht verwundern, aber es ist tatsächlich so –, dann soll das meiner Meinung nach durchaus eingedämmt respektive eingeschränkt werden, denn das führt teilweise auch zu den Problemen der Länderbonitäten, weil mit sogenannten Credit Default Swaps an der Verschlechterung der Bonität eines Landes verdient werden kann. Dem muss man – und die Europäische Union tut es ja – meiner Meinung nach wahrlich zu Leibe rücken.

Ich glaube, wir brauchen in Summe auf jeden Fall mehr Ehrlichkeit in der Politik. Die Wahrheit ist den

Menschen zumutbar, und die Wahrheit ist, wie ich schon gesagt habe: Unser Wohlfahrtsstaat ist knapp am Ende, das Finanzsystem, so wie wir es heute kennen, steht zumindest – wie ich einmal sagen möchte – auf der Kippe. Und mit dem Verlust des Triple-A-Ratings würden Österreich zunächst im ersten Schritt – und wenn es dann noch weitergeht, könnte es noch mehr sein – 8 Milliarden EUR zusätzlich jährlich an Geldbeschaffungskosten drohen. – Das gilt es wirklich mit aller zu Gebote stehenden Macht zu verhindern, meine Damen und Herren! Diese 8 Milliarden zusätzlich wären eine Katastrophe und würden den Handlungsspielraum der österreichischen Politik noch viel weiter einengen!

Das Thema Staatsbankrott ist – was keiner von uns beziehungsweise unserer Generation noch vor zehn Jahren geglaubt hätte – kein utopisches Gespenst mehr, siehe Griechenland, und vielleicht betrifft es in nächster Lesung sogar auch Italien. Dieses Gespenst Staatsbankrott ist in Europa auf einmal Realität geworden, und wenn Italien kippt, meine Damen und Herren, dann wird es, salopp gesprochen, auch für Österreich eng. Italien ist unser zweitgrößter Handelspartner. Das wäre für uns eine Katastrophe!

Damit bin ich jetzt bei einem Thema, das heute auch schon angesprochen wurde: Unicredit Bank Austria: Auch das wäre für die österreichische Wirtschaft eine absolute Katastrophe. Es sind ja sehr viele Unternehmen bei der Bank Austria finanziert. Deren Ratings werden immer schlechter, und das spüren heute schon die kleinen und mittleren Unternehmer und Privaten: Es gibt höhere Kosten für ihre Kredite, weil es der Bank Austria durch ihre Muttergesellschaft Unicredit schlecht geht, meine Damen und Herren.

Das, was mit dieser Bank Austria geschehen ist, ist einer der größten wirtschaftspolitischen Skandale der österreichischen Nachkriegsgeschichte! Das muss man sich schon einmal genau anschauen, und wir werden uns dieses Thema auch in Zukunft genauer anschauen, und da wollen wir auch – das sage ich gleich – bei der historischen Wahrheit bleiben. Es ist ganz wichtig, Ihnen das einmal zu erklären, weil Kollege Schicker vorhin gemeint hat, die ÖVP sei am Verkauf der Bank Austria schuld gewesen, weil wir sie privatisieren wollten.

Wenn wir mit so etwas schon anfangen, dann machen wir es genau, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ! Im Koalitionsabkommen 1996 stand – und ich erlaube mir jetzt, aus diesem Abkommen zu zitieren: „Den Interessen der Bank Austria und der Wirtschaft ist am besten dadurch gedient, dass die Bank Austria auch bei Veränderung der Besitzstruktur mehrheitlich in österreichischem Eigentum bleibt und sich die öffentliche Hand schrittweise aus ihrer Eigentümerfunktion zurückzieht.“ – 1996 war von der Bank Austria-Übernahme der CA noch nicht die Rede, damals gab es noch die Bank Austria als fusioniertes Unternehmen von Länderbank und Zentralsparkasse. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Damals hat sie fast noch Zentralsparkasse geheißt!)*

Es stimmt: Wir wollten, dass über den

österreichischen Kapitalmarkt privatisiert wird, und wir wollten, dass die Haftungen der Stadt Wien – und wir waren, glaube ich, alle weise damit beraten, dass das geschehen ist, wie man heute an Hand des Themas Haftung in Europa sieht – aufhören beziehungsweise langsam abschmelzen. Von allem anderen, von einem „unfriendly takeover“ von Herrn Randa und seinen Spießgesellen – das sage ich heute ganz absichtlich an dieser Stelle –, die sich die monetäre Visitkarte Österreichs unter den Nagel gerissen haben, war damals genauso wenig die Rede wie vom Verkauf des fusionierten Unternehmens an die deutsche HVB. Das wollten wir nicht. Aber eine andere Lösung war mit der Sozialdemokratie in diesem Hause leider nicht möglich, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das war einer der ganz großen wirtschaftspolitischen Fehler in Wien und in Österreich in den letzten 20 Jahren oder länger. Und wer ist daran schuld, meine Damen und Herren? – Die Wiener können sagen: Danke, Bürgermeister Häupl. Er war es nämlich damals. Und sie können sagen: Danke, Herr Randa.

Wenn man sich das aber jetzt hier so salopp anschaut, dann glaubt man, dass gar keiner daran schuld ist und das irgendwie von selber gegangen ist. Das ist aber nicht der Fall.

Nun komme ich aber zurück zu Österreich und zu einem Thema, das heute natürlich uns alle bewegt, und das ist die Schuldenbremse. Die Europäische Union hat endlich reagiert, und Österreich hat auch endlich in einem – wie ich mir persönlich anzumerken erlaube – seltenen Akt der Einigkeit der Bundeskoalition unter dem Druck der internationalen Märkte reagiert. Aber nun, da es um die Umsetzung geht, meine Damen und Herren, beginnt es schon wieder zu spießen. Da geht ein altes österreichisches Spiel nach dem klassischen Floriani-Prinzip los: Sparen – ja, aber bitte nicht bei mir, sondern immer beim anderen!

Ich habe vorhin schon gesagt: Wir brauchen in der Politik viel mehr Ehrlichkeit, und wenn wir ehrlich sind, dann wissen wir alle, dass wir vernünftigerweise an vielen verschiedenen Rädern gleichzeitig drehen müssen werden. Es wird Einsparungen geben, und zwar nicht zu knapp. Es drohen zusätzliche Belastungen. Alles andere zu sagen, wäre vermessen. Und vor allem brauchen wir Reformen, und zwar auch im Verwaltungsbereich. – Wir brauchen jetzt also, wie ich es bezeichnen möchte, so etwas wie einen New Deal für Österreich, einen nationalen Schulterschluss. Momentan höre ich aber links herum hauptsächlich klientelmotiviertes, einseitiges Gebrabbel.

Mit Reichensteuern allein – und damit komme ich zu einem Lieblingsthema, das wir heute schon debattiert haben – wird sich, lieber Kollege Margulies, diese Krise nicht bewältigen lassen. So viele Reiche gibt es nicht in Österreich, auch wenn du Zahlen nennst. Ich habe jetzt auch noch einmal nachgelesen: Die obersten 10 Prozent besitzen 54 Prozent, nicht zwei Drittel des Geldvermögens. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Genau, des Geldeinkommens! Und wie verhält es sich mit Grund und Boden?)*

Dazu komme ich gleich! Im Zusammenhang mit Grund und Boden ist es ganz interessant. Man muss nämlich quasi das Kleingedruckte auch immer lesen: Raten Sie, meine Damen und Herren, wie viel Prozent von den 880 Milliarden Immobilienvermögen auf Hauptwohnsitze entfällt! – Es sind 52 Prozent! Wenn man also wirklich in die Grund- und Boden-Besteuerung geht, dann erwischt man 52 Prozent der Hauptwohnsitzbesitzer in Österreich. *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)*

Na ja, sicherlich! Man muss es breit anlegen, sonst bleibt von den 880 Milliarden ja wieder nur weniger als die Hälfte übrig! *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Da ist ja mehr darauf!)* Das „Mehr-Darauf“ geht in die andere Richtung, das hat Kollege Aigner schon richtig gesagt. Am Anfang war in den Zeitungen von einer Millionärssteuer zu lesen. Das hast du ja auch gesagt, Kollege! Einstweilen lese ich aber schon von einer Vermögenssteuer ab 500 000 und einer Einkommenssteuer ab 300 000. – Da sieht man schon, in welche Richtung nach unten in den Mittelstand dieses Schwert hineinschneiden soll, meine Damen und Herren! Und selbst wenn du die ganz Reichen mit 100 Millionen Vermögen nimmst, dann klingt das wie vieles in der Theorie super. Du hast gesagt, denen kann man von den 100 Millionen 1 Million wegnehmen. – Nimm ihnen im ersten Jahr 1 Million weg, dann bleiben 99 Millionen, dann nimmst du ihnen im zweiten Jahr wieder 990 000 weg und so weiter und so weiter.

Das heißt: Eine Vermögenssteuer, und das ist das große Problem, ist eine Vermögensverzehrsteuer. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Da irrst du dich, weil eine Vermögenssteuer mit 1 Prozent weitaus geringer wäre als der jährliche Vermögenszuwachs! Das Vermögen wächst, auch wenn wir etwas wegnehmen, das heißt, es wird niemals weniger!)*

Nein, das stimmt auch nicht ganz! Warum? – Momentan in der Krise verdienen alle nicht so gut. *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* Nein! Aber ich kenne wenige Reiche, die momentan in der Krise wirklich gut verdient haben! Du brauchst dir nur die Aktienentwicklung anzuschauen! Wie sollte denn das gehen? So wie sich die Aktien entwickeln, können die großen Vermögen in Österreich nicht sonderlich steigen.

Das heißt, das ist eine Verzehrsteuer. Treffen können wir uns bei der klassischen Capital Gains Tax. Nur den Vermögenszuwachs zu besteuern, darüber kann man reden. Das ist jedenfalls meine Privatmeinung. Aber bitte nicht in die Substanz gehen!

Außerdem kommt bei der Substanz noch etwas dazu: Die 100 Millionen, die du ansprichst, hat ja keiner in der Tasche oder zu Hause unter der Matratze liegen, sondern diese Summe ist investiert. Dieses Geld ist in Österreich zu einem Großteil – das geht auch aus dem Reichtumsbericht hervor – in Unternehmen investiert. Auch bei den Privatstiftungen ist der größte Anteil an Beteiligungen bei Unternehmen. Das heißt, man würde bei einer Substanzsteuer in die österreichische Wirtschaft gehen und denen etwas wegnehmen. Und was ist, wenn jemand es nicht in Cash hat, sondern das

Ganze investiert ist? – Dann muss er Schulden aufnehmen, um diese Vermögensverzehrsteuer überhaupt zahlen zu können, meine Damen und Herren! Abgesehen davon ist das administrativ sehr aufwändig et cetera. – Das lehnen wir auf jeden Fall ab! Zu einer Besteuerung des Vermögenszuwachses sage ich: Okay, let's talk about it! Zur Besteuerung der Vermögenssubstanz kommt jedoch ein ganz klares Nein von unserer Seite! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wo ist der Schulterchluss in Wien, meine Damen und Herren? Wo ist die Bemühung, ein Budget vorzulegen, das tatsächlich gegen die Krise ankämpft? Ich kann es nicht erkennen! Das ist für mich kein Budget, das ist für mich höchstens ein Budgeter!

Wenigstens sind es leicht zu merkende Zahlen, nämlich prägnante 4 Milliarden Schulden und 400 Millionen Neuverschuldung. Das klingt gar nicht so dramatisch, wenn man wiederum die Statistiken zu Hilfe nimmt und sagt, dass andere Bundesländer pro Kopf viel stärker verschuldet sind. Das, was uns allerdings wirklich Sorgen machen muss, meine Damen und Herren, ist der Anstieg der Neuverschuldung in den letzten Jahren, und in Anbetracht einer Vervielfachung der Schulden binnen weniger Jahre kann man nur einfach so zur Tagesordnung übergehen!

Meine Damen und Herren! Was uns wirklich alert machen muss, sind die Erhöhungen bei den Gebühren. Wir haben es heute schon gehört, die Wassergebühr wurde um 33 Prozent und die Parkgebühr um zirka 66 Prozent erhöht. Ich bin neugierig, wo als Nächstes ein 99-prozentiger Anstieg kommen wird! Ich bin davon überzeugt, wir werden das demnächst hören, meine Damen und Herren!

Weil wir der Meinung sind, dass es über diese Erhöhungen allein nicht geht, sondern dass wir auch eine Schuldenbremse in Wien brauchen und gespart werden muss, bringe ich mit meinen Kollegen Aichinger, Walter und Leeb einen Beschluss- und Resolutionsantrag betreffend Schuldenbremse in Wien ein. – Dieser lautet:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich für die Implementierung einer Schuldenbremse in Form einer Defizitobergrenze, gemessen am Gesamtbudgetvolumen, auch auf Wiener Gemeindeebene, eventuell nach dem Vorbild des Landes Steiermark, aus.“ – Ich darf diesen Antrag einbringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Beim Sparen fällt Ihnen, wie wir im Budget schon gesehen haben, meine Damen und Herren, in erster Linie die Wirtschaftsförderung ein. – Es ist schon ein eigenartiges Symbol, wenn in einer Krise dort zirka 41 Prozent eingespart werden, auch wenn die Garagenförderung dabei ist! Aber das hätte man ja auch anders umlegen können! (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*)

Kollege Margulies! Jetzt richte ich eh gleich eine Frage an dich! Im selben Jahr stiegen die Ausgaben des PID von 47,4 auf 50,8 Millionen, als um plus 7 Prozent; abgesehen davon, dass sich die Ausgaben des PID in den letzten 10 Jahren ungefähr verdoppelt haben.

Margulies sagte in einer OTS am 8.9.2010 – du weißt, was jetzt kommt: „Mir wird übel, wie hier mit dem Geld der SteuerzahlerInnen umgegangen wird.“ Jetzt bin ich neugierig! Eigentlich müsstest du nach der Erhöhung um 7 Prozent jetzt mit dem Speibsackerl herauskommen, denn diese Erhöhung ist unglaublich, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bei der Wirtschaftsleistung sparen, aber bei den Ausgaben für die Presse und Information zulegen: Das ist sozialdemokratische Regierungspolitik!

Meine Damen und Herren! Traum und Wirklichkeit klaffen eben in der politischen Realität weit auseinander. Die GRÜNEN sind jetzt im wirklichen politischen Leben angekommen. Aber dass sie es so billig geben würden, hätte selbst bei uns keiner vermutet! Es ist gar nicht einmal ein unkluges Konzept der SPÖ, den Eindruck entstehen zu lassen: Die GRÜNEN sind schuld an der Verteuerung etwa der Parkgebühren, und die – unter Anführungszeichen – Segnungen erhält die Wiener Bevölkerung weiterhin von den Roten. – Meine Damen und Herren von den GRÜNEN! Wenn Sie so weitermachen, sind Sie nichts weiter als ein Koalitionsblinddarm der sozialdemokratischen Alleinregierung in diesem Haus! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und wenn Sie einmal etwas sagen, dann ist es auch noch gefährlich! Vassilakou sagte in einem „Presse“-Interview: „Ich warne vor der Schuldenbremse.“ Und dasselbe hat man auch von der Bundessprecherin am Sonntag gehört und gelesen. – Ich meine, angesichts des drohenden Verlustes des Triple-A-Ratings und deren Auswirkungen vor einer Schuldenbremse zu warnen, ist schon eine kühne Aussage, meine Damen und Herren! Das vernachlässigt die Realität.

Und wenn Kollege Ellensohn in diesem Zusammenhang heute ein Beispiel aus „Das Leben des Brian“ mit den Römern zitiert hat – übrigens eine köstliche Szene, das gebe ich absolut zu, ganz hervorragend! –, dann sage ich: Wenn wir uns mit den Römern vergleichen, dann sind wir das kleine gallische Dorf, das die Wienerinnen und Wiener vor dem Ausgesackeltwerden durch die rot-grüne Regierung beschützt, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl-Ing Martin Margulies: „Klein“ stimmt auf alle Fälle!*)

Von wegen kleines gallisches Dorf: Du weißt, was Asterix und Obelix schon zusammengebracht haben!

Diesbezüglich wäre ich überhaupt sehr vorsichtig! Einer der ersten Sprüche, die ich vor Jahren, als ich hier hereinkam, gehört habe, war: Mit der Politik ist es wie in einem Paternoster: Einmal geht's rauf, dann wieder runter.

Liebe GRÜNE! Schaut euch Berlin an, wie schön ihr dort aus eurer Sicht schon gelegen seid und was jetzt herausgekommen ist! Man weiß das nie! Es sind vier Jahre bis zur nächsten Wahl, und Hochmut kommt vor dem Fall, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kollege Ellensohn! Jetzt komme ich auch gleich mit dem ersten Projekt: Lassen wir die Wirtschaftsförderung dort, wo sie war! Kürzen wir sie nicht! Schichten wir um!

Ich gehe jetzt so weit und sage, gut, die Garagenförderung streichen wir, ansonsten schichten wir aber nur um. Es gäbe da eine erste Projektidee für ein schwarz-rot-grünes Projekt. Wir können dann im Detail darüber reden. Aber kürzen wir die Wirtschaftsförderung nicht um 40 Prozent in einer Krise! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Potenziale zum Sparen gibt es genug. Man muss sie nur nutzen, meine Damen und Herren. Den PID habe ich gerade erwähnt. Gleich als nächstes Projekt hätten wir noch eine super Sparidee, meine Damen und Herren: In Berlin, das an Einwohnern zwei Mal so groß wie Wien ist, hat der Oberbürgermeister ein Ressort, das er auch führt. – Das ist wunderbar! Das ist eine super Idee. Das könnte auch ein schwarz-grün-rotes Projekt sein: Wir suchen ein Ressort für den Bürgermeister in Wien. Er dürfte es sich ja sogar aussuchen! Aber es wäre wirklich ein Symbol des Sparens, dass der Bürgermeister bereit ist, Verantwortung für ein Ressort zu übernehmen. Ich glaube, Wowereit in Berlin hat Kultur. Damit wäre Herr Mailath-Pokorny bereits eingespart, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ideen zum Sparen gibt es wahrlich genug: Bei den Subventionen und Förderungen, in der Verwaltung, bei den Beamtenpensionen, beim Personal, beim Verkehr und Straßenbau. Ich weise nur auf die ganze Misswirtschaftsdebatte und die Umsetzung der in den Kontrollamtsberichten enthaltenen Vorschläge hin.

Bei dem Budget, das wir heute präsentiert bekommen, ist leider das Gegenteil der Fall. Damit gefährden wir die Kreditwürdigkeit Wiens und verschieben die gesamten Probleme und Schulden auf die nächste Generation.

Dabei geht es auch anders in Österreich. Es ist auch interessant, dass der Reformwille der Sozialdemokratie in der Steiermark offensichtlich ein anderer ist! Dort hat man wirklich vor, einiges zu tun. Man hat sich dort auf die Fahne geschrieben, ein Sparpotenzial bis 2015 von 180 Millionen mit Neustrukturierung der Verwaltung et cetera umzusetzen. Und die Steiermark beziehungsweise die dortige Koalition sind bereit, darüber nachzudenken.

Ich könnte Ihnen noch einiges über das Thema Studien sagen, meine Damen und Herren, weil ich mich auch mit Studien über den Wirtschaftsstandort Wien beschäftigt habe. Sie zitieren ja immer so gerne den heiligen Mercer oder das Institut für Raumordnung. Meine Damen und Herren! Ich führe jetzt das Institut für Wirtschaftsforschung an, das wirklich sehr ausgewogen über den Wirtschaftsstandort Wien berichtet, das aber auch sagt – und das ist auch keine Lappalie –, dass Wien im ökonomischen Entwicklungsniveau leicht an Boden verloren hat. Das sollte uns sehr zu denken geben!

Es werden dafür vor allem zwei große Ursachen ausgemacht. Ein Grund dafür ist die Arbeitslosigkeit. Das haben wir heute schon gehört. In diesem Bereich liegen wir leider weit über österreichischem Niveau und auch weit über dem EU-Schnitt von Metropolen. Als zweiter Grund wird die Qualifikationsstruktur des sogenannten – ich zitiere wörtlich, obwohl mir der Ausdruck nicht

gefällt – Humankapitals angeführt.

Es ist also nicht alles paletti in dieser Stadt! Es gibt wahrlich genug zu tun. Im Doing-Business-Report der Weltbank – das betrifft jetzt nicht nur Wien allein, sondern ganz Österreich – rutscht Österreich sogar sehr stark ab. Die Gründe sind die Steuerlast – jetzt sind wir wieder beim Thema zusätzliche Steuern, das wird uns bei jedem weitweiten Ranking schön langsam vernichten – und die Bürokratie, und dazu trägt Wien natürlich auch sein Scherflein bei.

Ich komme jetzt auf Grund der fortgeschrittenen Stunde – zumindest, was mich betrifft – zum Schluss. Ich möchte mich nur noch ganz kurz in ein paar Sekunden mit einem weiteren Thema beschäftigen, das uns am Herzen liegt, nämlich mit der Transparenz des Wiener Budgets und der Behandlung derselben im Gemeinderat. Es gibt europaweit eine sehr interessante Diskussion von Experten über die Mindeststandards bei öffentlichen Haushalten. Dabei spielt auch die alte Frage Kameralistik versus Doppik eine Rolle. Als Beispiel nenne ich wieder die Steiermark. Dort hat man sich sehr wohl Gedanken darüber gemacht, wie es besser gehen könnte, und eine Studie mit den Titel „Auf den Weg zu einem neuen Haushalts- und Rechnungswesen“ in Auftrag gegeben.

Diese Themen sollte man auch in Wien behandeln: Wie kann man das Budget, das sehr schwierig zu lesen ist, transparenter machen? Wie kann man die Beratungen im Gemeinderat effizienter gestalten? Dazu bringe ich einen Beschlussantrag ein:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich dafür aus, dass künftig der Beschlussfassung beziehungsweise Genehmigung des Voranschlages des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien eine informative Vorberatung des Budgets der einzelnen Geschäftsgruppen in Sitzungen der jeweiligen Gemeinderatausschüsse vorangeht.“

Das heißt: Es soll eine Beratung der speziellen Teile in den Gemeinderatsausschüssen geben. Dort kann sich dann ein lebendiges Frage-und-Antwort-Spiel ergeben, denn hier haben wir ohnedies immer nur die Möglichkeit, quasi ex cathedra zu sprechen.

Mein Schlusssatz, meine Damen und Herren: Wien geht es, zum Großteil jedenfalls, noch gut, aber nicht wegen dieser Regierung, sondern trotz dieser rot-grünen Regierung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Spezialdebatte macht sich durch einen Rednerschwund seitens der Regierungsfractionen bemerkbar. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Ja, Herr Kollege, ich bedauere, dass Sie nicht vor mir reden! Es ist immer gut, auf Sie zu replizieren! Das ist ein Kompliment, nichts Bösesartiges. Ich habe auch gehört, dass sich von der Sozialdemokratischen Fraktion schon ein Redner streichen hat lassen.

Verständlich, dass Sie in der Spezialdebatte zum Thema Budget nicht reden möchten! Denn im Unterschied zu dem, was heute gesagt wurde und wie Sie das Budget dargestellt haben, gibt es einige Fakten, die das Budget 2012 charakterisieren. Diesen Fakten sind: Eine Explosion der Finanzschuld und ein hoher Anteil an Schweizer Franken an dieser Finanzschuld. Tut mir leid, das kann man einfach nicht weglügen!

Eine hohe Gebühren- und Abgabenbelastung, eine Rekordbelastung, wie dies noch nie zuvor der Fall war. Diese Fakten müssen im Lichte eines Haftungsschirms und einer Haftungsübernahme für die Bank Austria – ich erwähnte es schon das letzte Mal, dass das sicherlich eine der nächsten Sondersitzungen einbringen wird – sowie im Lichte einer Schuldenbremse gesehen werden, wie sie von der Regierung beschlossen wurde und von den Ländern und den Gemeinden auch umzusetzen sein wird.

Und da würde ich jetzt das Beispiel, das Frau Finanzstadträtin heute in der Früh im Rahmen ihrer Berichterstattung gebracht hat, aufnehmen, nämlich dass der Schuldenstand der Gemeinde Wien in Relation zu setzen ist mit einem Haushalt mit 30 000 EUR Einkommen bei einem Schuldenstand von 10 000 EUR. Bei 30 000 EUR Einkommen sprechen wir schon von einem echten Wohlfühlhaushalt! Es fehlen nur ein paar Dinge, die nicht berücksichtigt wurden. Denn möglicherweise gibt es vielleicht bei Patchwork-Familien Alimentationsverpflichtungen, die bei den Schulden von 10 000 EUR noch nicht berücksichtigt sind. Möglicherweise gibt es auch noch – wenn ich jetzt die Bank-Austria-Haftung dazunehme – die ein oder andere Bürgschaft, die der Familienvater für Dritte übernommen hat. Und vielleicht gibt es da ja auch noch den ein oder anderen Kredit, der nicht berücksichtigt wurde. – All das wird auch in der Gemeinde nicht berücksichtigt, weil es einen sehr großen ausgegliederten Bereich gibt, und deshalb ist die Darstellung mit den 30 000 EUR Einkommen und den 10 000 EUR Schulden leider ein sehr hinkendes Beispiel.

Meine Damen und Herren, ich würde jetzt gerne auf die Explosion der Finanzschuld eingehen und Ihnen anhand einiger Kennziffern darlegen, wie sich der Schuldenstand in den letzten Jahren in Wien entwickelt hat. Seit dem Amtsantritt von Frau Finanzstadträtin Brauner im Jahr 2007 hat sich der Schuldenstand fast verdreifacht, wenn wir jetzt das Budget für 2012 dazunehmen: Der Schuldenstand lag im Jahr 2007 bei knapp 1,4 Milliarden EUR und stieg 2008 auf 1,46 Milliarden EUR, um 2009 1,8 Milliarden EUR zu erreichen.

Der große Schlag erfolgte aber von 2009 auf 2010. Da kam es zu einem 64-prozentigen Anstieg, die Finanzschuld stieg auf 3 Milliarden EUR. Dieses Faktum haben wir im Rahmen der letzten Budgetdebatte heftig kritisiert. Und heuer müssen wir feststellen, dass für das kommende Budget knapp 4 Milliarden EUR veranschlagt sind. Das entspricht einer Verdoppelung der Finanzschuld innerhalb von 2 Jahren und eine Verdreifachung der Finanzschuld innerhalb von 5

Jahren. Das ist wirklich zu viel! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Verdoppelung der Finanzschuld wurde vor dem Lichte erreicht, dass sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben in den letzten 2 Jahren angestiegen sind. Die Einnahmen sind in den letzten 2 Jahren um 782 Millionen EUR angestiegen, die Ausgaben um 384 Millionen, während die Investitionen um 88 Millionen EUR gekürzt wurden.

Ich würde hier daran anschließen, was mein Vorredner, Herr StR Schock, auch schon gesagt hat: Es ist ein echtes Kunststück, bei einem derartigen Einnahmestieg das Budget in einen solchen Schuldengalopp hineinzuführen und 4 Milliarden EUR an Schulden zu budgetieren.

Erlauben Sie mir noch ein paar Anmerkungen: Es wurde zuerst dieses Familienbeispiel genannt. Vielleicht sollte man auch bei der Gemeinde ein paar ausgegliederte Bereiche berücksichtigen und sich anschauen, wie es da mit den Schulden aussieht. – Wir wissen, dass für das nächste Jahr die Finanzschuld der Gemeinde Wien mit 4 Milliarden EUR veranschlagt ist. Daneben war der Schuldenstand der Wiener Stadtwerke per 1.1. dieses Jahres laut Rechnungsabschluss dieser ausgegliederten Einheit mit 3,4 Milliarden EUR gegeben, und der Schuldenstand von Wiener Wohnen belief sich auf 2,9 Milliarden EUR.

Das bedeutet Folgendes: Wenn wir jetzt die Finanzschuld der Gemeinde Wien, die Schulden der Wiener Stadtwerke und die Schulden von Wiener Wohnen zusammenrechnen, kommen wir auf einen Schuldenstand von 10,3 Milliarden EUR. Dabei haben wir den Schuldenstand der Wien Holding noch nicht berücksichtigt, der bedauerlicherweise auch nicht zu ermitteln war, weil es da keinen konsolidierten Schuldenstand gibt.

10,3 Milliarden sind schon etwas mehr als die 4 Milliarden, über die wir heute reden. Und welche Zinsen ergeben sich daraus? – Die Stadt Wien zahlt für die Finanzschuld jedes Jahr 20 Millionen EUR an Zinsen, die Stadtwerke zahlen 24 Millionen an Zinsen, und Wiener Wohnen zahlt 38,5 Millionen EUR an Zinsen, bezogen auf das letzte Jahr. Heuer ist es ein bisschen mehr. – Das heißt, Sie haben eine Zinsbelastung der Gemeinde Wien samt Wiener Wohnen und Wiener Stadtwerke von 82,5 Millionen EUR.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen fordern aus diesem Grunde, dass die Stadtregierung auf der Ausgabenseite sparen möge. Bitte sparen Sie, bitte setzen Sie Reformen um! Sparen Sie ein! Erhöhen Sie nicht die Steuern und Abgaben, sondern sparen Sie!

Wir fordern Sie auf, mit Bedacht zu wirtschaften. Mit Bedacht, das heißt für uns, dass es solche Themen, wie wir sie im Moment den Zeitungen entnehmen können, nicht mehr geben darf! Beispiele wie den 50-Millionen-EUR-Vergabeskandal im AKH, bei dem die Korruptionsstaatsanwaltschaft bereits gegen Magistratsbeamte ermittelt, weil sie verdächtigt werden, in irgendeiner Machenschaften verwickelt zu sein.

„Mit Bedacht“ muss aber auch in Bezug auf den Flughafen Wien genommen werden, wenn ich dieses

Beispiel jetzt nennen darf. Hier gab es in der letzten Woche am Freitag eine Gewinnwarnung. Es gibt eine außerordentliche Abschreibung von 74 Millionen EUR. Der Kleinaktionärsvertreter Rasinger geht davon aus, dass sich die Dividendenausschüttungen für das nächste Jahr halbieren werden. Das trifft auch die Gemeinde. Wir haben schon mehrfach darüber gesprochen, und Sie sehen, dass uns dieses Thema nicht loslässt. – Auch das belegt für mich, dass nicht „mit Bedacht“ gewirtschaftet wird.

Ein dritter Punkt – das wurde heute auch schon erwähnt – ist die Vergabep Praxis der Gemeinde Wien. Hier wurde heute schon der der Prater-Vorplatz angesprochen. Wir müssen feststellen, dass die Vergabep Praxis schlecht ist. Die veranschlagten und angenommenen Baukosten der Gemeinde werden in der Regel überschritten, oft um das Drei- bis Vierfache, beim Prater um das Doppelte. Das ist kein Ruhmesblatt, und deshalb ersuchen wir Sie, dass Sie das abschaffen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Neben den Forderungen nach Sparen und Bedachtnahme beim Wirtschaften fordern wir auch einen Finanzplan zur Budgetsanierung. Dieser Finanzplan soll für die Dauer von fünf Jahre angelegt sein und nach dem Vorbild des Bundeshaushaltsgesetzes eine mittelfristige Finanzplanung ermöglichen; aufbauend auf die Controllingergebnisse, die jährlich fortgeschrieben werden. Das ist internationale Praxis, und das Bundeshaushaltsgesetz sieht es auch so vor.

Ich darf zu diesem Thema heute einen Beschlussantrag einbringen. Gemeinsam mit meinen Fraktionskollegen Prof Eisenstein, Dominik Nepp und Rudi Stark – der heute leider aus privaten Gründen bei dieser Spezialsitzung nicht anwesend sein kann – bringe ich folgenden Beschlussantrag ein:

Wir fordern die zuständige amtsführende Stadträtin für Finanzen auf, jeweils im Juni einen Fünfjahresfinanzplan sowohl für die Gemeinde Wien als auch für die Wiener Wirtschaftsagentur und den Wiener Arbeitnehmer Förderungsfonds vorzulegen, damit wir Planungssicherheit für die Zukunft haben. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Viertens fordern wir die Einführung eines Rechnungswesens samt Kostenrechnung statt der Kameralistik. Wir sind der Meinung, dass die Kameralistik kein tragfähiges und aussagekräftiges Bild der Finanzen der Stadt Wien wiedergibt. Ich nenne in diesem Zusammenhang noch einmal das Haushaltsbeispiel von vorher. Wir fordern deshalb die Einführung eines Rechnungswesens und einer Kostenrechnung!

Ebenso fordern wir, dass das Subventionswesen genau unter die Lupe genommen wird. Wir wissen heute, dass es 250 Millionen EUR an Subventionen auf Gemeindeebene gibt. Österreich ist dafür überhaupt ein schlechtes Beispiel. Wir haben 15,5 Milliarden EUR an Förderungen, das heißt, 5 Prozent des BIP, international sind maximal 2,7 Prozent üblich. – Allein, wenn Sie hier mit den Förderungen zurückfahren, kann viel eingespart werden.

Neben der Reduktion des Förderwesens, der Umstellung der Buchhaltung und sparsamem Wirtschaften fordern wir eine Verwaltungsreform. Heute wurden zwei Themen angesprochen, nämlich die SAP-Einführung, die zwar löblich ist - Unternehmen haben das aber schon seit 20 Jahren - und die Einführung einer Scannerzentrale, was ebenfalls positiv ist, aber keinen echten Verwaltungsreformschritt darstellt. Wir brauchen jedoch echte Verwaltungsreformschritte! Ebenso brauchen wir eine Reform des Pensionssystems und wir brauchen eine Reform des Gesundheitssystems auf der Ebene der Gemeinde Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das von Ihnen nicht sehr willkommen geheiene Thema der Schweizer Franken kann ich Ihnen leider nicht ersparen, denn das ist ein ganz zentrales Thema im Zusammenhang mit der Finanzschuld der Gemeinde Wien. Bei einem Schuldenstand von 4 Milliarden EUR macht die aktuelle Verschuldung in Schweizer Franken 40,31 Prozent aus. Wir hatten schon 52 Prozent im letzten Jahr. Jetzt beträgt der Anteil 40,31 Prozent, und das ist immer noch viel zu viel! Als Vergleichsmaßstab: Der Bund hat aktuell einen Anteil von 1,21 Prozent, Wien hat über 40 Prozent, und das ist eindeutig zu viel. Wir fordern ein Zurückfahren dieses Schuldenstandes. Ich weiß, dass die Laufzeiten nicht kurzfristig abzubrechen sind. Sie haben aber auf unseren Druck hin schon aufgehört, weiter in Schweizer Franken zu spekulieren! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Falsch! Das waren wir!)* Das waren nicht Sie! Sie sind jetzt ja in der Regierung! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Na eben! – Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Nein! Wir waren es! Lassen wir das! Es hilft nichts, wir waren es! Und wir haben auch im Rahmen einer der letzten Sitzungen einen Antrag dazu eingebracht – den Sie übrigens abgelehnt haben –, einen Antrag, mit dem wir ein Spekulationsverbot für die Gemeinde gefordert haben. Bedauerlicherweise haben Sie diesen abgelehnt. Wir haben das gefordert, weil wir der Meinung sind, dass Spekulieren sich nicht gehört, weder auf Gemeindeebene noch auf der Ebene von angeschlossenen Unternehmen.

Sie kennen sicherlich alle den aktuell vorliegenden Kontrollamtsbericht über die Wiener Stadthalle – BetriebsGmbH. Dieser ist kein Ruhmesblatt für die Gemeinde. Hier hat nämlich eine ausgegliederte Tochter der Wiener Stadthalle in Schweizer Franken und in türkischen Lira spekuliert, was das Kontrollamt auf den Plan gerufen hat, der Sache nachzugehen. Ich darf kurz aus dem Kontrollamtsbericht zitieren. Was sagt also das Kontrollamt zu dieser Spekulation? – Ich zitiere: „Die Wiener Stadthalle – Betriebs- und VeranstaltungsGmbH hat beziehungsweise hatte zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos aus der Finanzierung der Errichtung der Halle F auf Basis eines Immobilien-Leasings mit Restwert im Zeitraum 2006 bis zum im Rahmen der Einsicht festgelegten Stichtag 30. Juni 2011 diverse derivative Finanzinstrumente im Einsatz. Zum 30. Juni 2011 setzte sich das Derivatportfolio der Wiener Stadthalle – Betriebs- und Vertragsgesellschaft

mbH aus zwei Optionen, zwei Swaptions sowie einem Cross Currency Swap, zusammen.“

Soviel zum Thema Spekulanten. Wir haben heute schon gehört, dass Sie gegen die Spekulanten und diesen gesamten Bereich vorgehen wollen. Nehmen Sie das also ernst, nehmen Sie sich selber beim Schopf, und gehen Sie dagegen vor! Ich hoffe, Sie räumen in dieser Firma auf und ziehen die Leute, die das verursacht haben, zur Rechenschaft! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte gerne weiter zitieren, es ist nämlich interessant, wie es weitergeht: „Die Einschau durch das Kontrollamt führte unter anderem zu Empfehlungen hinsichtlich der Einholung von Vergleichsangeboten, der Erstellung künftiger Jahresabschlüsse sowie der Berichterstattung an den Aufsichtsrat. Weiters kam das Kontrollamt zu dem Ergebnis, dass durch den Einsatz einzelner derivativer Finanzinstrumente neue Risiken für die Wiener Stadthalle – Betriebs- und VeranstaltungsGmbH begründet wurden, welche nicht der Absicherung des Grundgeschäftes – Klammer: Leasinggeschäft – das könnte auch etwas Böses sein, da müssen Sie aufpassen! – „dienten und als Derivatgeschäfte mit erheblichen Risiken einzustufen waren.“ – Zitat Ende.

Der drohende Verlust aus diesem Leasing-Geschäft und aus dieser Finanzspekulation führt dazu, dass das möglicherweise positive Betriebsergebnis umgedreht wird. Und es wird vom Rechnungshof auch kritisiert, dass von der Wiener Stadthalle keinerlei Risikomanagement für diesen konkreten Fall vorgenommen wurde. – Dieses Thema wurde bereits bei einer der letzten Sitzungen angeführt. Sie erinnern sich vielleicht: Wir Freiheitliche haben einen Antrag eingebracht, das Risikomanagement der Gemeinde auszulagern. Leider wurde dieser Antrag von Ihnen abgelehnt.

Generell zum Schweizer Franken, das wurde heute auch schon erwähnt, können Sie nicht sagen, dass das keinerlei Auswirkungen hat und dass die Laufzeiten der Schweizer Franken Anleihen eben vorhanden sind. – Letzteres stimmt zweifelsohne, aber es gibt noch einen anderen Aspekt, nämlich den der Wertberichtigungen, die Sie vornehmen müssen. So geschehen mit 233 Millionen EUR Wertberichtigung im Rechnungsabschluss 2010. Der Rechnungsabschluss 2011 liegt noch nicht vor, aber wir gehen davon aus, dass dieser Rechnungsabschluss in etwa 250 Millionen EUR an Wertberichtigungen ausweisen wird. Tun Sie also nicht so, als ob all das nichts kosten würde! Selbstverständlich kostet es etwas, und erhöht auch die Schulden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen haben deshalb schon mehrfach – ich wiederhole mich hier gerne – einen Stopp für Spekulationsgeschäfte und ein Risikomanagement auf Gemeindeebene gefordert. Lagern Sie das aus! Es gibt andere, die das besser können.

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu einem weiteren Thema, welches das Budget der Gemeinde Wien für das kommende Jahr deutlich charakterisiert und das auch schon Anlass für einige Sitzungen gab, die wir

einberufen haben, nämlich zur Gebühren- und Abgabensituationen der Gemeinde Wien. Der Rekordbelastung an Gebühren und Abgaben, mit der wir derzeit konfrontiert sind!

Ich selbst habe vorige Woche zu diesem Thema eine Pressemeldung gemacht, weil es für mich bis dahin fast unglaublich schien, dass Sie die Kurzparkzonengebühren um fast 70 Prozent beziehungsweise konkret um 66,6 Prozent erhöhen würden. Ich dachte ernsthaft, dass Sie nicht in der Lage sind, die 33 Prozent der Wassergebühren zu toppen. Das war aber der Fall, Sie haben um knapp 70 Prozent erhöht! Das hat dazu geführt, dass die Wienerinnen und Wiener jetzt mit diesem Belastungspaket, das wir nach dem Valorisierungsgesetz auf dem Tisch liegen haben, mit zusätzlich 400 EUR plus Parkgebühren belastet werden.

Das konstatiert zwischenzeitlich ein Blatt, das normalerweise immer sehr positiv über die Sozialdemokratie in Wien berichtet, nämlich die Zeitung „Österreich“, die schreibt, ich zitiere: „In Wien wird alles teurer. Bis zu 400 EUR mehr pro Jahr Haushaltskosten, PKW und Gebühren.“ – „Österreich“ führt dabei an, wie gesagt, die Parkgebühren um 66 Prozent, das Wasser um 33 Prozent, das Abschleppen um 26 Prozent, die Fernwärme um 8,2 Prozent, den Müll um 6 Prozent und das Gas um 5,5 Prozent, das kurz vorher schon um 44 Prozent erhöht wurden.

Einige Positionen sind hier bedauerlicherweise zu kurz gekommen. Sie wurden wahrscheinlich aus Höflichkeit nicht erwähnt. Wir haben uns diese Positionen aber angesehen und ausgerechnet, dass die Mehrbelastung durch dieses Valorisierungspaket für einen Haushalt in Wirklichkeit nicht 400 EUR im Jahr beträgt, sondern 548 EUR pro Haushalt und Jahr. Und diese Belastung für die Wienerinnen und Wiener lehnen wir Freiheitlichen ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben auch eine Belastungsbilanz des Herrn Bürgermeister aufgestellt: Insgesamt gab es unter Berücksichtigung der aktuellen Belastungen durch das Valorisierungspaket in 6 Jahren Belastungen im Ausmaß von 1 787 EURO pro Jahr und Haushalt. Das ist extrem viel! Wenn Sie bedenken, dass es keine automatische Indexierung der Löhne und Gehälter gibt und dass heute 100 000 Wiener von der Notstandshilfe leben, dann ist das eigentlich das Unsozialste, was man tun kann, und wir Freiheitlichen lehnen das deshalb ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau StRin Brauner hat in ihrer Eingangsrede gesagt, dass das Valorisierungsgesetz vor großen Preissprüngen schützen sollte. – Ich glaube, genau das Gegenteil ist der Fall. 70 Prozent bei den Kurzparktarifen und 33 Prozent beim Wasser sind tatsächlich sehr hohe Preissprünge, und das ist den Bürgerinnen und Bürgern in Wien nicht zumutbar.

Wir haben aus diesem Grund mehrere Sitzungen einberufen und fordern, dass das Valorisierungsgesetz außer Kraft gesetzt und von der Erhöhung der Gebühren und Abgaben Abstand genommen wird. Wir fordern, dass der Strompreis um 10 Prozent und der Gaspreis um

20 Prozent gesenkt werden - am besten gleich per 1. Jänner nächsten Jahres. Ich habe das schon mehrfach gesagt. Sie nehmen das aber nicht auf. – Das sind unsere Forderungen zur Entlastung der Wienerinnen und Wiener. Dass Sie jetzt 400 EUR neu verursachen, ist wirklich die Höhe! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Nun noch kurz zu zwei Themen, die sich irgendwie wie ein schlechtes Omen im Hintergrund über die Gemeinde darüberstülpen. Es sind dies einerseits die Haftungen, die im Rechnungsabschluss 2010 für die Bank Austria mit 9,6 Milliarden EUR berücksichtigt sind, und andererseits die Schuldenbremse.

Lassen Sie mich kurz auf die Haftungen eingehen: Das Ganze wird immer so abgetan, dass alles ausgelagert wäre, dass dies die AVZ oder die Privatstiftung Anteilsverwaltung betreffen würde und somit die Gemeinde Wien nicht tangiere. Ich habe zu diesem Thema schon Anfang September eine Anfrage eingebracht, und ich freue mich schon auf die Anfragebeantwortung!

In Wirklichkeit ist das ein sehr ernstes Thema. Die Unicredit, die Muttergesellschaft oder Mutterbank der Bank Austria, hat heute zu einem Aktienkurs von 70 Cent eine Marktkapitalisierung von etwa 13 Milliarden EUR. Die Gemeinde Wien haftet mit 9,6 Milliarden EUR. Die Unicredit hat ein Anleiheportfolio von italienischen Staatsanleihen im Ausmaß von 40 Milliarden EUR. Wenn es die Unicredit nun so macht, wie es österreichische Banken praktizieren, dann muss sie zumindest 15 Milliarden EUR von 40 Milliarden EUR an Anleihen der italienischen Regierung wertberichtigen: Das verheißt nichts Gutes!

Und wenn Sie sagen, dass die 9,6 Milliarden EUR nie schlagend werden können, dann möchte ich dazu Folgendes anmerken: Ich würde nicht darauf wetten wollen, und Sie wahrscheinlich auch nicht, weil wir alle nicht wissen, ob das nicht je schlagend werden könnte! Wir haben keinerlei Einblick in die ausgelagerte AVZ oder jetzt Privatstiftung Anteilsverwaltung. Wir wissen nur, dass vor 10 Jahren 1,7 Milliarden EUR an Aktien für die HVB getauscht wurden, die damals die Bank Austria übernommen hat. Ebenso wissen wir, dass zum aktuellen Zeitpunkt die Bank Austria, das heißt, die AVZ oder Privatstiftung mit 0,7 Prozent an der Unicredit beteiligt ist. Wenn Sie das zum aktuellen Börsenkurs rechnen, macht das in etwa 101 Millionen EUR aus.

Das heißt: In 10 Jahren ist der Wert von 1,7 Milliarden EUR auf 100 Millionen EUR gesunken. Ich würde einmal sagen, dass das ein ordentlicher Brocken ist! Ich kann mir durchaus vorstellen, dass das noch die eine oder andere Sondersitzung nach sich ziehen wird! Sie werden sagen, dass all das für Sie nichts ist, aber für uns ist das schon etwas! Und wir wünschen uns, dass Sie hier sorgfältig wirtschaften, so wie jeder Kaufmann in Österreich sorgfältig wirtschaften muß. Man kann nicht einfach in die Zukunft schauen und warten, was geschieht und wie die Finanzmärkte reagieren, um dann zu sagen, hoppla, jetzt ist uns das passiert! – Das wollen wir nicht! Wir wollen, dass Sie Maßnahmen setzen, und

wir wollen, dass Sie mit der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmannes an diese Sache herangehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich würde noch an das anknüpfen, was unser Klubobmann heute gesagt hat, nämlich dass er die Regierungsbank mit einer Bad Bank verglichen hat. – Ich finde, das ist ein sehr zutreffender Vergleich, ja, dieser Vergleich gefällt mir äußerst gut! Die einzige Bad Bank, die es in Österreich gibt, ist, - wie Sie vielleicht wissen - die Bad Bank der Kommunalkredit. Und wer war früher im Vorstand der Kommunalkredit? Ihre Frau Unterrichtsministerin Schmied! Wir wissen auch, dass die Unterlagen über das ganze Desaster und die gesamten Untersuchungen, die es aus dieser Zeit gibt, in Niederösterreich unter Verschluss gehalten werden. Niemand darf hier Einsicht nehmen. Stellen Sie sich vor, dabei würde etwas herauskommen! Das wäre wirklich tragisch, denn dann wäre es die Frau Unterrichtsministerin gewesen, die als Vorstandsmitglied der ehemaligen Kommunalkredit für all diese Dinge mitverantwortlich war!

Wir haben jetzt also zwei Bad Banks in Österreich, die eine ist die Bad Bank der Kommunalkredit, und die andere Bad Bank ist die rot-grüne Stadtregierung in Wien! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Thomas Reindl: Ha, ha, sehr witzig!)*

Die Schuldenbremse ist auch ein super Thema. Wie Sie das mit der Schuldenbremse auf Gemeindeebene schaffen wollen, wenn die Grüne Fraktion nicht mitgeht, das könnte uns in der nächsten Zeit sicherlich noch erheitern, wenn es nicht ein so ernstes Thema wäre! Aber viel schlimmer ist natürlich, dass Sie das strukturelle Defizit, das Sie im Moment mit 372 Millionen EUR beziffern, bis zum Jahr 2017 abgebaut haben müssen. Die Frau Stadträtin hat heute gesagt, dass sie bereits im Jahresabschluss beziehungsweise im Budget 2016 eine schwarze Null haben möchte. Das freut uns umso mehr! Sie werden uns dann sicherlich die Vorschläge unterbreiten, wie Sie diese 372 Millionen EUR ohne Mithilfe Ihres Koalitionspartners abbauen werden!

Wenn ich sehe, wie Sie jetzt wirtschaften, dann wird hier wahrscheinlich das nächste Belastungspaket anstehen, denn Schulden wollen Sie ja nicht abbauen. Sie wollen auf der Ausgabenseite nicht sparen, und Sie wollen auch keine Reformen umsetzen. Das heißt, Sie wollen die Steuern erhöhen! Und Sie wollen die Gebühren und die Abgaben erhöhen! So werden Sie versuchen, diese 372 Millionen EUR an Maastricht-Defizit abzubauen.

Ich kann den Wienern und Wienerinnen heute schon sagen, dass hier eine schwere Zeit auf sie zukommen wird! Aber am Wahltag wird es die Antwort darauf geben. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Heute wurde noch eine Reihe interessanter Themen angesprochen. Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, noch einen kurzen Exkurs dazu.

Wien ist das Schlusslicht auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Es wurde heute gesagt, wie toll wir international hier liegen. – Es mag schon sein, dass wir

im Vergleich zu Spanien und Italien bei der Jugendarbeitslosigkeit ganz gut liegen, aber österreichweit liegen wir nicht gut. Wien weist nämlich im 3. Quartal 2011 einen Zuwachs der Arbeitslosenzahl von 2 Prozent auf, während die Arbeitslosenzahl in ganz Österreich rückläufig ist. Spitzenreiter ist Vorarlberg mit einem Rückgang von 13,4 Prozent, dann kommen schon die zwei von Ihnen so viel gescholtenen Bundesländer Niederösterreich und Kärnten: Selbst diese haben rückläufige Zahlen, nämlich Niederösterreich minus 4,5 und Kärnten minus 0,1 Prozent.

Daneben ist Wien Schlusslicht bei den Lehrstellen. Auch da sind die Niederösterreicher und die Kärntner besser. Außerdem ist Wien österreichweit führend in der Insolvenzstatistik, und auch diesbezüglich sind die Kärntner und die Niederösterreicher besser.

Ebenso verlieren Sie an Wettbewerbsfähigkeit. Das sagt das WIFO. Wien als Technologiestandort liegt bedauerlicherweise im Bereich der Technologiearbeitsplätze weit abgeschlagen im letzten Drittel. Während in Oslo 34 Prozent der Beschäftigten und in London 32 Prozent im Technologiesektor tätig sind, sind es in Wien nur 18 Prozent. Ebenso ist die Exportquote der Wiener Wirtschaft Schlusslicht in ganz Österreich. (*GR Mag Thomas Reindl: Weil wir auch viel produzierende Industrie in Wien haben!*)

Erlauben Sie mir ein kurzes Schlusswort, indem ich unsere Forderungen noch einmal kurz zusammenfasse. Und schreiben Sie das mit, damit wir das nächste Mal nicht wieder diskutieren müssen. Unser Forderungen lauten: Schaffen Sie den finanziellen Handlungsspielraum, indem Sie ausgabenseitig sparen und nicht die Einnahmen erhöhen! Schaffen Sie diesen Spielraum, indem Sie sparen. Konsolidieren Sie den Gemeindehaushalt, und setzen Sie endlich die notwendigen Reformen um. Wirtschaften Sie behutsam, und treffen Sie Vorsorge im Sinne der kaufmännischen Sorgfaltspflicht! Investieren Sie in die Zukunft! Erhöhen Sie die Wettbewerbsfähigkeit! Und belasten Sie nicht zukünftige Generationen mit Ihrem nicht vorhandenen Sparwillen. (*Befall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Berger-Krotsch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Vorrednerinnen und Vorredner der Regierungsparteien habe heute schon sehr prägnant und eingehend festgehalten, dass besondere Zeiten ein besonderes Budget benötigen. – Ich möchte auch ganz kurz allgemein darauf eingehen, weil ja auch meine VorrednerInnen von Seiten der Opposition hier in der Spezialdebatte nicht verabsäumt haben, auch allgemein zu sprechen.

Das vorliegende transparente und nach den Grundsätzen des Gender Mainstreamings durchleuchtete Budget, also der Voranschlag für das kommende Jahr, zeugt von einer aktiven und

engagierten Arbeit der rot-grünen Regierung und ist darauf ausgerichtet, der Stadt einerseits die Gratwanderung zwischen der notwendigen Konsolidierung, aber andererseits auch zukunftsorientierte Investitionen zu ermöglichen. Es gilt weiterhin, die Stadt sicher und sorgfältig, wie auch Kollegin Kappel gemeint hat, durch die weiteren wirtschaftlichen Zeiten zu führen.

Die budgetäre Schwerpunktsetzung liegt – wie heute schon eingangs von unserer Frau Vizebürgermeisterin erwähnt – auf Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, öffentlichem Verkehr, Wohnen und ist wirklich eine konkrete Antwort auf die dringlichsten Fragen in Zeiten wie diesen.

Kollege Schock! Kollege Aichinger! Schwerpunktsetzung bedeutet nun einmal logischerweise, dass man sich auf gewisse Bereiche konzentriert, sich diese schwerpunktmäßig ansieht und dort investiert. Es ist mehr als logisch, dass man hier nicht nach dem Gießkannenprinzip agiert.

Die Opposition hat jetzt schon den ganzen Tag und auch in Presseaussendungen vor der Debatte immer wieder versucht, es wegzureden, und es hat auch Ihr FPÖ-Bundesparteiobermann hier seinen Senf dazu gegeben. Aber die internationale Wirtschaftskrise, die wir nicht verursacht haben, ist da, hat vor Wien nicht Halt gemacht und stellt und stellt Wien weiterhin vor besondere Herausforderungen.

Ich kann jetzt auch nur das wiederholen, was mein Kollege Schicker und Kollege Strobl schon erwähnt haben: Unsere Politik waren antizyklische Maßnahmen, die die rot-grüne Regierung gefahren hat. Wir haben rasch und richtig reagiert. Mit den vielen Konjunkturpaketen, die ich heute wieder in Erinnerung rufen möchte, wurde hier wirklich gut reagiert, und ich betone noch einmal an die Adresse der FPÖ: Die Stadt Wien spekuliert nicht!

In den vielen Pressesendungen, die ich vorhin gerade erwähnt habe, und auch heute in der Generaldebatte hat man wieder eindeutig gesehen, dass von Seiten der Opposition beziehungsweise von Seiten der FPÖ keine lösungsorientierte Politik gemacht wird, dass Sie nicht bei den Menschen sind und dass Sie an deren Problemen nicht interessiert sind. Ich denke in diesem Zusammenhang auch an die letzte Woche im Parlament, wo die FPÖ gegen die Wiedereinführung des Alleinverdienerabsetzbetrages für Pensionen unter 1 750 EUR gestimmt hat. Das waren Sie! Sie sind nicht bei den Menschen. Sie sind nicht bei den Problemen der Menschen. Sie fabrizieren meiner Meinung nach heiße Luft.

Ich glaube auch, dass Herr Gudenus zu viele Sagen und Märchen liest. Bei ihm ist immer von Raubrittern, von der Pest und vielen derartigen Bildern die Rede.

Kollege Schock hat gemeint, dass wir die Stadt kaputt sparen werden. – Nein! Das gehört auch Ihnen. Mit Ihren Vorschlägen und Ideen wäre Wien nicht mehr das, was es jetzt ist. Sie würden die Stadt kaputt sparen. Wir von der rot-grünen Regierung setzen den Weg im Jahr 2012 konsequent fort. Wir werden zusätzliche Mittel

dort einsetzen, wo die Menschen sie brauchen, und werden darauf achten, dass die Mittel direkt zu den Menschen kommen.

Wir investieren in Zukunftsbereiche, und es ist ein Gebot der Stunde, das Investitionsniveau hoch zu halten und Impulse für die regionale Wirtschaft zu geben. Dies nicht zuletzt auch deswegen – wie unsere Frau Vizebürgermeisterin in ihrer Budgetrede schon erwähnt hat –, weil sowohl das WIFO als auch das IHS in ihrer Herbstprognose eine deutliche Abschwächung des Wachstums im nächsten Jahr vorhersagen. Um so wichtiger ist es, wie eingangs gesagt, weiterhin in die zentralen Aufgaben und Bereiche unserer Stadt zu investieren, aber natürlich gleichzeitig auch die Konsolidierung fortzusetzen.

Es wurde eingangs von unserer Frau Vizebürgermeisterin festgehalten, dass der prognostizierte administrative Abgang deutlich auf 401,49 Millionen EUR reduziert wurde. Das geschah in sozialer Verantwortung mit Investitionen für neue Aufträge und – was auch immer gerne vergessen wird – mit der Sicherung von Arbeitsplätzen und starken städtischen Betrieben als Rückgrat dieser Wiener Daseinsvorsorge. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir halten an unserem Konsolidierungskurs fest, bis 2015/2016 die Schulden wieder zurückzuführen, so wie wir das – und das wurde heute auch schon erwähnt – seit der Jahrtausendwende bis zum Ausbruch der Krise immer getan haben. Frau Vizebürgermeisterin hat es schon mehrfach erwähnt, schon vorab, bevor die Budgettage begonnen haben, bei der Pressekonferenz, beim Mediengespräch des Bürgermeisters und in der gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates mit dem Finanzausschuss, dass wir vorausschauend planen, dass wir einen Plan haben, wie wir die Schulden bis 2016 abbauen, diese Aussagen sind ja nirgends unbekannt. Und seit Anfang der Jahrtausendwende – ich habe es bereits erwähnt – haben wir Jahr für Jahr bis zum Ausbruch der Krise Schulden in der Höhe von fast 700 Millionen EUR zurückgezahlt.

Die Pro-Kopf-Verschuldung wurde heute schon sehr ausführlich von Kollegen Strobl und Kollegen Ellensohn erwähnt. Ich möchte dieses Thema daher nur noch kurz streifen. Wir haben heute nach Tirol die geringste Pro-Kopf-Verschuldung als Gemeinde und Land im österreichischen Vergleich, und das trotz der größten Wirtschaftskrise seit 1945! Niederösterreich und Kärnten wurden heute auch schon erwähnt. Ich weiß, dass Sie von Seiten der Opposition das nicht gerne hören, weil diese beiden Bundesländer diesbezüglich ganz weit oben sind. Das immer wieder zu zitieren, können und wollen wir Ihnen aber nicht ersparen, sehr geehrte Damen und Herren, denn diese dramatische Anhäufung von Schulden dort gab es schon vor den Jahren der Krise, also vor 2009, und zwar – wie gesagt – ganz ohne jede Wirtschaftskrise. Und das noch dazu bei einem Budget, das gerade in Kärnten einem Sechstel des Wiener Gesamtbudgets entspricht.

Zu diesen allgemeinen Bemerkungen zum Wiener Budget möchte ich einen Antrag gemeinsam mit meinen

KollegInnen Franz Ekkamp, Thomas Reindl, Rudi Schicker, Fritz Strobl, Kurt Stürzenbecher, David Ellensohn, Martin Margulies und Moni Vana einbringen, und zwar:

„Der Wiener Gemeinderat unterstützt daher eine Budget- und Finanzpolitik der Stadt Wien, die weiterhin die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt zu einem modernen und umweltverträglichen Lebensraum fördert durch Investitionen in Bildung, Beschäftigung, Infrastruktur, Wohnraum, soziale und Gesundheitsdienste sowie eine hohe Umwelt- und Lebensqualität. Wir unterstützen eine Finanz- und Budgetpolitik, die weiterhin das Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Staatshaushaltes verfolgt durch Kostendeckung der Leistungen, wo dies sozial verträglich ist, durch Strukturreformen, um öffentliche Mittel möglichst effizient zum Einsatz zu bringen, und wir unterstützen eine Budget- und Finanzpolitik der Stadt, die auch ihren Beitrag im Rahmen des 2011 durch Bund, Länder und Gemeinden beschlossenen Stabilitätspakts leistet.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Lassen Sie mich nun, da wir in der Spezialdebatte sind, zu zwei Schwerpunkten der Geschäftsgruppe kommen. Ich möchte einerseits den Arbeitsmarkt näher beleuchten und dann zum öffentlichen Verkehr, zu den Wiener Linien kommen.

Wir haben es bereits angesprochen, Renate Brauner hat es gesagt: Die Krise ist gerade auf dem Arbeitsmarkt spürbar, und gemäß Budgetvoranschlag 2012 werden wir die Anstrengungen dieser einzigartigen ergänzenden städtischen Arbeitsmarktpolitik wieder deutlich unternehmen. Da lasse ich mir vom Kollegen Aichinger den WAFF nicht schlechtreden! Ich möchte nicht, dass diese einzigartige arbeitsmarktpolitische Einrichtung, die wir in Wien haben und um welche uns viele Bundesländer beneiden, die sehr viel gute Arbeit leistet und bei welcher rund 35 000 Wienerinnen und Wiener nächstes Jahr wieder Beratung und Unterstützung erfahren werden, kleingeredet wird. Das lasse ich nicht zu! Der WAFF ist ein tolles Instrument, auf das wir sehr stolz sind, und ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WAFF danken, aber auch allen Wienerinnen und Wienern, die diese Maßnahmen für sich und im Großen eigentlich auch für Wien in Anspruch nehmen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wie schaut der Arbeitsmarkt in Wien derzeit aus? Wir haben ein wachsendes Arbeitskräftepotenzial. Vergessen wir dabei auch nicht, dass tagtäglich 250 000 PendlerInnen nach Wien hereinströmen! Und es wurde heute auch schon erwähnt, dass wir gleichzeitig einen Anstieg von Beschäftigung und von Arbeitslosigkeit haben.

Ja. Die Arbeitslosigkeit steigt, denn die Krise ist ja noch nicht vorüber. Dennoch haben wir einen funktionierenden Arbeitsmarkt, auf dem immer wieder auch neue Beschäftigung entsteht.

Es gibt nach wie vor einen Strukturwandel, es gibt

sowohl schrumpfende als auch wachsende Wirtschaftsbereiche, und gerade dies eröffnet auch viele Chancen, die berufliche Position zu verändern und zu verbessern. Je besser solche Übergänge vorbereitet sind, umso größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass jemand aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis in ein neues berufliches Feld wechseln kann, und genau das fördert und unterstützt der WAFF und bietet wirklich gezielte Unterstützung.

Wien lässt die Menschen nicht allein. Wir lassen bei der Unterstützung nicht nach. Es werden wieder 58 Millionen EUR in den WAFF gesteckt, um die Qualifizierung und Weiterbildung auch im nächsten Jahr als Zentrum der kommunalen Arbeitsmarktpolitik zu behandeln.

Welche Schwerpunkte wird es im WAFF nächstes Jahr geben? – Einerseits geht es um die Unterstützung Berufstätiger. Wir haben dafür das Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung, das wirklich sehr gute Arbeit leistet. Es wird vor allem der Zielgruppe, die es auf dem Arbeitsmarkt nicht leicht hat, besondere Unterstützung zukommen: Es handelt sich hierbei um WiedereinsteigerInnen, MigrantInnen und ältere ArbeitnehmerInnen.

Unser Credo in der Stadt, was das Thema Arbeitsmarkt betrifft, ist immer wieder auch, dass ein guter Bildungsabschluss die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtert, denn wer besser ausgebildet ist, wird seltener arbeitslos. Es ist daher von größter Bedeutung, dass wir das Nachholen von Bildungsabschlüssen ganz speziell unterstützen, und wir werden mit einem eigenen Wiener Qualifikationsplan unsere Bemühungen auch noch weiter verstärken.

Ein zweiter zentraler Schwerpunkt wird – wie heute von Frau Vizebürgermeisterin auch schon angesprochen – auch in Zukunft die Wiener Ausbildungsgarantie für Jugendliche sein. – Dazu kann ich sagen, und ich schaue dabei auch meine Kollegin Tanja Wehsely an: Wir sind sehr stolz, dass wir in das vierte Jahr der überbetrieblichen Ausbildung gehen und dass etwa 4 000 junge Menschen in überbetrieblichen Lehrwerkstätten eine gute Ausbildung erhalten, aber auch eine Absicherung. Denn wer einen Bildungsabschluss vorweisen kann, ist – wie gesagt – weniger oft von Arbeitslosigkeit betroffen.

Der dritte Schwerpunkt beim WAFF wird die Unterstützung der Ausbildung in zukunftsträchtigen Branchen sein. Denn die Beschäftigung wächst – wie auch schon gesagt – in Wien in vielen Bereichen kräftig. Deshalb unterstützen wir in Bereichen wie im IKT-Bereich und im Bereich Soziales und Pflege die Auswahl und Qualifizierung von Wiener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Tatsache, dass wir mit unseren Investitionen Arbeitsplätze sichern, lässt mich jetzt zum zweiten angekündigten Schwerpunkt der Geschäftsgruppe kommen, nämlich zu den Wiener Linien. Die Investitionen in die Wiener Linien verbessern nicht nur das Öffi-Netz, sondern sichern – wie schon gesagt – auch wichtige Arbeitsplätze hier in Wien und auch weit

über Wien hinaus, bis nach Tirol und Vorarlberg. Allein durch den U-Bahn-Ausbau waren es 2010 beispielsweise 7 000 Jobs. Pro Milliarde Auftragssumme finden rund 17 000 Menschen Beschäftigung. Wenn man sich im Vergleich dazu den Straßenbau anschaut, kann man feststellen, dass diese Zahl um 50 Prozent niedriger ist.

Die Wiener Linien garantieren eine schnelle und eine einfache Mobilität, aber nicht nur das, sie sind auch eine der größten ArbeitgeberInnen in dieser Stadt, ein bedeutender Konjunkturmotor und – auch nicht zu vergessen! – eine wichtige Säule der Lebensqualität in Wien.

Wie kommt es dazu? – Die Wiener Linien sind einer der größten Investoren in Wien, sie tragen wesentlich zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes bei. Von 2011 bis 2015 wendet das Unternehmen 2,4 Milliarden EUR für die Öffis auf. Dabei sind natürlich die U-Bahn und der U-Bahn-Bau das Herzstück der Investitionen. Ich denke jetzt nur an den auch schon erwähnten Verlängerungsausbau von U1 und U2. Für die U2-Verlängerung zum Beispiel zur Seestadt Aspern, die für 2013 vorgesehen ist, betragen die Investitionen beispielsweise 1,4 Milliarden EUR. Solche baulichen Großprojekte kurbeln die Wirtschaft an, keine Frage! Aber es ist auch nicht immer selbstverständlich, dass die investierten Summen dann auch in der Region bleiben. Gerade zum jetzigen Ausbau der U2 kann man sagen, dass davon die Wiener Wirtschaft besonders stark profitiert, denn drei Viertel der gesamten Auftragssumme bleiben in Wien. Ich freue mich schon auf den 5. Oktober 2013, wenn es in Aspern „Zug fährt ab!“ heißt und wenn wir dann gemeinsam in einer knappen halben Stunde von Aspern mit der U2 bis zum Karlsplatz fahren können!

Jetzt habe ich im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau viel über die Wiener Wirtschaft gesprochen. Der U-Bahn-Bau bringt aber nicht nur die Wiener Wirtschaft in Fahrt, sondern ganz besonders und zentral die Bevölkerung Wiens. Die Wienerinnen und Wiener fahren bequemer, sicherer, vor allem auch umweltfreundlicher und in Zukunft noch mehr mit der U-Bahn. Die U-Bahn ist das Rückgrat der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien, sie ist ein bedeutender Motor, und der stetige Ausbau hat dazu geführt, dass derzeit rund 1,45 Millionen Fahrgäste täglich die U-Bahn benutzen.

Aber nicht nur in die U-Bahn wird investiert, sondern es kommt auch zu weiteren Aufstockungen und Modernisierungen der Zug- und Busflotte beziehungsweise zu Revitalisierungen von Stationen. Alles wird fortgeführt und weiter ausgebaut.

Ich erwähne nun noch einmal, wie schon im Vorfeld der Debatte, die Beauftragung bezüglich der neuen U6-Wagen. Dieser Auftrag hat auch 600 Arbeitsplätze der Bombardier gesichert. Es besteht also kein Grund für die Wiener ÖVP und Frau Vorsitzende Tamandl, Angst und Bang zu sein, dass diesbezüglich nichts weitergeht! Es sind 600 Arbeitsplätze durch diesen Auftrag der Wiener Linien gesichert.

1,45 Millionen Fahrgäste sind täglich in den U-Bahnen unterwegs, mit U-Bahnen, Straßenbahnen und

Bussen sind täglich rund 2,3 Millionen Fahrgäste unterwegs und kommen rasch und sicher von A nach B.

Ein Vergleich betreffend die Wiener Linien hat mich auch sehr sicher gemacht: Mit 260 000 Sitz- und Stehplätzen in 1 200 Fahrzeugen kann die ganze Bevölkerung von Graz auf einmal befördert werden.

Neben diesem stetigen Ausbau – das wurde heute von Kollegen Ellensohn und Kollegen Margulies auch schon erwähnt – ist es uns auch besonders wichtig, die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel weiter voranzutreiben, und mit der Tarifreform und der Einführung der 365-EUR-Jahreskarte ist uns das sicherlich gelungen. Bereits jetzt liegt Wien in Bezug auf die JahreskartenbesitzerInnen mit rund 365 000 Menschen im internationalen Spitzenfeld. Während in Wien 38 Prozent mit der Jahreskarte unterwegs sind, sind es zum Beispiel in München nur 7 Prozent oder in Graz nur 11 Prozent. Wir können also stolz darauf sein, wie attraktiv die Wiener Linien schon heute sind!

Wie gesagt: Seit Mitte Oktober sind die neuen Tarife bekannt, die ab 1. Mai nächsten Jahres gelten. Im europäischen Vergleich haben wir – wie heute von unserer Vizebürgermeisterin auch schon angesprochen – das günstigste Öffi-Angebot überhaupt. Durchschnittspreise in EU-Metropolen liegen im Vergleich bei 662 EUR. Das können wir wirklich als klaren Erfolg der rot-grünen Regierung sehen! Die Tarifreform ist sozial, fair und ausgewogen. Wir haben die Tarife trotz der wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die Wienerinnen und Wiener gesenkt. In der Tarifreform ist die soziale Dimension berücksichtigt, und sie hilft den Menschen gerade jetzt in der Krise.

Wir helfen den Menschen in der Krise, aber wir sichern mit diesen Investitionen in die Wiener Linien auch das Angebot und den Ausbau der Verkehrsbetriebe weiterhin. Die Wiener Linien werden weiterhin der Motor und der Garant der Mobilität für alle Wienerinnen und Wiener sein. – Ich richte an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wiener Linien. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Abschluss möchte ich sagen: Die WienerInnen können sich alles in allem auf uns verlassen. Wir werden weiterhin für Investitionen und eine solide Budgetpolitik kämpfen. Wir fahren, wie heute schon gesagt, die Neuverschuldung bis 2016 in verantwortungsvoller Weise herunter, wir investieren aber gleichzeitig in die Zukunft unserer Stadt und lassen die Menschen nicht allein, sondern helfen denen, die es brauchen.

Diesen Wiener Weg werden wir weitergehen, und die Wiener Bevölkerung weiß, was das bedeutet: Das bedeutet Stabilität, Respekt, Verlässlichkeit, ein Miteinander und eine Zukunftsorientierung. Die Menschen erwarten sich zu Recht eine aktive und lösungsorientierte Politik und keine Politik, die durch Blockade, Wadelbeißerei und womöglich Hetze geprägt ist.

Ich komme jetzt noch ganz kurz, weil es auch Frau Kollegin Kappel noch einmal angesprochen hat, zu den Gebühren. – Die Wienerinnen und Wiener können sich verlassen, dass die Stadtregierung die

Versorgungsqualität auch in Zukunft weiterhin sicherstellt, und dazu gehören Gebühren. Ja! Niemand hat Freude damit, das wurde heute auch schon erwähnt. Aber die Wienerinnen und Wiener wissen, dass dies notwendig ist, dass eine auch künftig funktionierende Müll- und Abwasserentsorgung, die Versorgung mit dem hervorragenden Wiener Wasser und ein breites Angebot beim öffentlichen Verkehr auch einen Beitrag, den wir alle zu leisten haben, bedeutet und dass wir für die weiterführende Qualität hier in Wien einstehen und Wien als lebenswerte und liebenswerte Stadt erhalten.

Ich möchte mich nun den Worten von Renate Brauner, die sie am Ende ihrer Rede geäußert hat, anschließen. Ich möchte allen, die an der Erstellung des Budgetvoranschlages gearbeitet haben, recht herzlich danken. Ich möchte aber auch, wie Renate Brauner es getan hat, allen Wienerinnen und Wienern danken, deren Arbeitssteuer und Wirtschaftsleistung das Budget 2012 erst richtig möglich macht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Ulm. Ich erteile es ihm und mache ihn aufmerksam, dass er als Zweitredner 15 Minuten Redezeit hat.

GR Dr Wolfgang **Ulm** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die aktuelle Krise in Europa ist keine konjunkturell bedingte Wirtschaftskrise, sie ist eine Schuldenkrise. Die Schulden sind keine Schulden der Wirtschaft und keine Schulden von natürlichen Personen, sondern Schulden der Mitgliedstaaten, und diese Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten ist beträchtlich. Sie liegt in der Euro-Zone bei 90,4 Prozent der Bruttoinlandsprodukte, bei Griechenland bei 198 Prozent, in Italien bei 120 Prozent, in Irland bei 117 Prozent des BIP und in Österreich immerhin noch bei 74 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Wir haben einen Staatsschuldenstand von 220 Milliarden EUR und haben Jahr für Jahr einen Zinsaufwand in der Größenordnung von 8 Milliarden, und dieser schränkt unseren politischen Handlungsspielraum extrem ein. Mit diesem Schuldenstand ist ein kritisches Ausmaß erreicht. Es sind nicht nur das Triple-A, die Konjunktur und der Wohlfahrtsstaat an sich gefährdet, sondern der starke Staat überhaupt ist gefährdet, und wir brauchen daher ein sofortiges Gegensteuern auf allen Ebenen.

Wie schaut der Schuldenstand in Wien aus? – Er ist auf den ersten Blick nicht so besorgniserregend, aber sehr unangenehm auf den zweiten, und er ist auf alle Fälle so, dass man sofort reagieren müsste. In den letzten fünf Jahren hat sich der Schuldenstand in Wien verdreifacht, in den letzten beiden Jahren verdoppelt. Wir stehen bei 4 Milliarden Schulden, und wenn man die 2 Milliarden Schulden von Wiener Wohnen noch dazurechnet, haben wir einen Stadtschuldenstand von 6 Milliarden EUR. Wenn ich das jetzt ins Verhältnis setze zu einem Budget in der Größenordnung von knapp 12

Milliarden EUR, dann bin ich bei einem Schuldenstand von 33 Prozent beziehungsweise bei 50 Prozent, wenn ich Wiener Wohnen mit einbeziehe.

Das ist doch ein ganz beträchtliches Ausmaß, auf welches sofort politisch reagiert werden muss! Es muss aber nicht mit höheren Steuern und Gebühren reagiert werden, sondern indem man die Ausgaben reduziert und die Verwaltung effizienter macht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wo muss nun naheliegenderweise sofort und als Erstes begonnen werden? – Beim Einsparen und durch eine effizientere Gestaltung der Verwaltung, also beim größten Posten. Diesen muss man sich auf alle Fälle einmal anschauen. Der größten Posten sind natürlich die Kosten für aktive und pensionierte Mitarbeiter. Hier liegen wir bei einer Größenordnung von knapp 6 Milliarden EUR, was in etwa der Hälfte des gesamten Budgets entspricht. Unsere Pensionsaufwendungen für die Beamten liegen bei einer Größenordnung von 1,6 Milliarden EUR.

Es ist daher ganz naheliegend, einmal zu schauen, ob es hier Ungerechtigkeiten gibt, und diese zu beseitigen. Auf Ungerechtigkeiten in diesem Bereich hat uns vor noch nicht all zu langer Zeit der Rechnungshof aufmerksam gemacht. Es ist nämlich ungerecht, wenn die Pensionssysteme in ganz Österreich harmonisiert werden, das in Wien aber nicht geschieht. Das ist nicht nur ärgerlich für die ASVG-Versicherten und für die Bundesbeamten, sondern das wird auch von den Gemeindebediensteten als nicht gerecht empfunden, und es kostet die Stadt Wien 350 Millionen EUR. Dieser Betrag stammt nicht von mir, sondern dieser Betrag wurde vom Rechnungshof errechnet. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Über welchen Zeitraum?)* Über einen sehr langen Zeitraum, nicht nur über ein Jahr! Wir werden im Jahr 2042 mit der sogenannten Angleichung beziehungsweise Übergangsregelung fertig sein, und diese Regelung kann man fast als „Raumschiff Enterprise Regelung“ bezeichnen, denn was im Jahr 2042 der Fall sein wird, das wird man sehen.

Es ist aber nicht nur ungerecht, dass es hier zu keiner Harmonisierung kommt, die auch noch eine Menge Geld kostet, sondern ungerecht ist es auch, wenn es Ihnen hier in der Stadt Wien, wo Sie die besten Voraussetzungen hätten, nicht gelingt, die Mitarbeiter gesund am Arbeitsplatz zu behalten. Und es ist auch ungerecht, wenn Sie gesunde Mitarbeiter aus organisatorischen Gründen in den Ruhestand versetzen.

Mittlerweile sind die Frühpensionierungen beziehungsweise vorzeitigen Versetzungen in den Ruhestand zum Normalfall geworden. Das Kontrollamt hat diese unsere Kritik bestätigt. Wir haben eine Frühpensionsquote von 53,1 Prozent, also über 50 Prozent, und damit ist die Frühpensionierung in Wien der Normalfall und nicht der Ausnahmefall.

Ich kann Ihnen das aber auch gerne in absoluten Zahlen darlegen: Wir hatten im Jahr 2008 582 Frühpensionierungen, im Jahr 2009 waren es 614, im Jahr 2010 waren es 592, und bis November dieses Jahres waren es 493.

Was kostet das? Was macht das budgetär aus? Die

Zahl ist nicht ausgewiesen, man muss sich dieser annäherungsweise nähern. – Wenn ich davon ausgehe, dass ein aktiver Beamter im Schnitt zirka 70 000 EUR pro Jahr kostet, dann kann ich davon ausgehen, dass ein im Ruhestand Befindlicher durchschnittlich 50 000 EUR kosten wird. *(Zwischenruf von GR Ing. Christian Meidlinger.)*

Da wir in etwa 4 000 Frühpensionisten haben, handelt es sich hier um ein Volumen in der Größenordnung von mindestens 200 Millionen EUR Jahr für Jahr. Diese Summe ist sicherlich nicht annähernd zur Gänze einsparbar, sie ist wahrscheinlich auch nicht so schnell zu 50 Prozent einsparbar. Es ist aber Tatsache, dass uns nur die Frühpensionierungen Jahr für Jahr 200 Millionen EUR kosten. Daher sollte man sich diesbezüglich auf jeden Fall einmal etwas überlegen, und zwar nicht nur deshalb, weil wir die Verwaltung effizienter machen müssen, sondern weil wir das auch unseren Mitarbeitern schuldig sind.

Ich berufe mich in diesem Zusammenhang auf einen völlig unverdächtigen Zeugen, nämlich auf Ihren Kollegen Bernhard Harreither, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ. Er ist der Vorsitzende der Personalvertretung Hauptgruppe II KAV, und er hat mir ein Briefchen geschrieben, in dem er darauf hinweist, dass die Stadt Wien sehr schlecht mit ihren Mitarbeitern umgeht und das Arbeiten bei der Stadt krank macht. Er schreibt, dass jeder Zweite sich stark bis sehr stark belastet fühlt und jeder Dritte von Burn-out bedroht ist.

Er sagt in seinem an mich persönlich gerichteten Brief: „Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr GR Dr. Ulm: Machen Sie sich stark für eine umfassende betriebliche Gesundheitsförderung.“ *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich tue das hiermit mit einem Antrag, den ich zu diesem Thema einbringe:

„Die zuständige Stadträtin wird aufgefordert, dem Gemeinderat jährlich Bericht zu legen und über die im Bereich der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung für die MitarbeiterInnen der Stadt Wien getätigten Maßnahmen so weit dafür Sorge zu tragen, dass das seit Jahren angekündigte Maßnahmenpaket zur Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen, um Mitarbeiter länger und produktiv am Berufsleben teilnehmen zu lassen, binnen eines Jahres präsentiert wird.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich brauche mich nicht nur auf Kollegen Harreither berufen, ich kann mich auch auf das Kontrollamt berufen. Wir haben diesen Kontrollamtsbericht noch nicht allzu lange, der sich mit den Frühpensionierungen beschäftigt hat. Es gab ein diesbezügliches Ersuchen der ÖVP-Fraktion vom 23. Dezember 2009. Vor wenigen Wochen ist der Bericht herausgekommen, und laut Bericht sieht man ein Verbesserungspotenzial im betrieblichen Gesundheitsmanagement und sogar ein großes Potenzial, um Krankenstände zu reduzieren und Bedienstete länger im aktiven Dienst zu behalten, um vorzeitige Ruhestandsversetzungen nachhaltig zu minimieren.

Wir haben auch großes Potenzial bei den Krankenständen. Auch hier geht es nicht nur darum,

Geld einzusparen, sondern in erster Linie darum, Mitarbeiter gesund zu erhalten. Ich sage Ihnen aber bei dieser Gelegenheit auch, wie viel uns die Krankenstände kosten. Auch diesbezüglich rechne ich nur überschlagsmäßig. Es kostet jedenfalls mehr als die Frühpensionierungen in der Höhe von 200 Millionen EUR pro Jahr. Ein Mitarbeiter kostet uns am Tag im Schnitt an die 200 EUR, selbstverständlich mit allen Nebenkosten. Bei 21 Tagen Krankenstand im Jahr belaufen sich die Kosten insgesamt auf weit über 200 Millionen EUR. Ich denke, dass es auch in diesem Zusammenhang eine Reform geben muss. Wir stellen auch hinsichtlich der Krankenstände einen Beschlussantrag, der folgendermaßen lautet:

„Die zuständige Stadträtin wird aufgefordert, durch entsprechende Maßnahmen für eine deutliche Reduktion der Krankenstandstage bis zum Ende der Legislaturperiode zu sorgen. Sie wird aufgefordert, dem zuständigen Gemeinderatsausschuss über die getroffenen Maßnahmen regelmäßig halbjährlich Bericht zu erstatten.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mitarbeiter der Stadt Wien wollen nicht möglichst schnell in den Ruhestand gehen. Schon gar nicht, wenn das mit einer Erkrankung verbunden ist oder damit, dass man ihnen erklärt, dass sie aus organisatorischen Gründen gar nicht mehr gebraucht werden. Sie wollen kein schlechtes Betriebsklima, sie wollen keine Abhängigkeiten von der SPÖ, und sie wollen auch nicht den Nebengebührenkatalog der Stadt Wien, der ein unglaubliches Machtinstrument darstellt, das es in keiner anderen Gemeinde oder in keinem anderen Bundesland in Österreich gibt. Es handelt sich um ein einzigartiges Belohnungs- und Bestrafungssystem den Mitarbeitern gegenüber, und diese Beurteilung muss man nicht einmal im Berufsleben über sich ergehen lassen, sondern jedes Jahr, weil auf die Zulagen im nächsten Jahr kein Rechtsanspruch besteht, obwohl manchmal bei einzelnen Bediensteten 50 Prozent des Gehaltes auf Grund solcher Nebengebühren bestehen.

Wir brauchen daher, um zu einem besseren Betriebsklima und zu mehr Motivation und weniger Erkrankungen der Mitarbeitern zu kommen, ein neues Besoldungssystem, das vielleicht nicht für die SPÖ effizienter sein wird, das aber für die Mitarbeiter und für die Stadt Wien effizienter sein wird.

Unser Beschlussantrag in diesem Zusammenhang lautet: „Eine Besoldungsreform möge binnen Jahresfrist erarbeitet werden. Nach einer Besoldungsreform sollen die von den Bediensteten zu erbringenden Leistungen grundsätzlich in einem Gehalt und nicht durch vielfache Zulagen abgedeckt werden. Teil der Reform ist die Schaffung eines Rechtsanspruches der Mitarbeiter auf das gesamte Entgelt. Derzeit haben die Mitarbeiter keinen Rechtsanspruch auf die Zulagen im nächsten Jahr, obwohl diese oftmals das halbe Gesamtentgelt ausmachen.“

Ein Musterbeispiel für eine effizientere Verwaltung möchte ich Ihnen nicht ersparen: Es ist dies die Stadtwache. *(Beifall von GRin Mag Barbara Feldmann.)*

Von effizienter Verwaltung kann man nämlich sicherlich nicht reden, wenn 17 Ordnungsdienste nebeneinander ihren Dienst versehen und wenn auf 20 oder 30 m² mehrere Ordnungsdienste zuständig sind.

Sehen wir uns ein kleines typisches Fleckerl in Wien an: Es gibt da eine Parkspur, einen Gehsteig und eine Grünanlage, die zu einem anschließenden Gemeindebau gehört. Für die Parkspur ist, je nachdem, der Blaukappler oder der Weißkappler zuständig. Steht das Auto im Kurzparkzonenbereich, dann ist der Blaukappler zuständig, steht das Auto zwei Meter weiter hinten in der Fünf-Meter-Zone der Kreuzung, dann ist der Weißkappler zuständig. Gibt es daneben auf dem Gehsteig eine Verunreinigung, dann ist der Waste Watcher zuständig. Befindet sich die Verunreinigung ein paar Zentimeter weiter weg im Grünstreifen, dann ist es bereits der Ordnungsberater, der zuständig ist, aber das auch nur untertags, denn in der Nacht ist der Night Watcher zuständig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist logischerweise nicht sinnvoll, das ist keine effiziente Verwaltung, und daher bringen wir einen Beschlussantrag auf Einführung einer Stadtwache ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben das Eigenlob der Regierungsfractionen, dass Rot-Grün gut für Wien ist, schon gehört. Eine andere Auffassung finden Sie in den Leitartikeln und Kommentaren der Printmedien. Darin werden Sie lesen können, dass das Ergebnis sehr enttäuschend ist. Dort lesen Sie natürlich etwas ganz anderes als in den selbst in Auftrag gegebenen Umfragen, Inseraten und Plakaten.

Sie haben es bis jetzt erst zu einem einzigen echten neuen Gesetzesvorhaben gebracht. Mehr gibt es bis jetzt nicht. Es ist dies das Prostitutionsgesetz, und dieses ist gerade in Auflösung begriffen. Ihre eigenen Fraktionen in den Bezirken stellen sich dagegen, etwa im 15. Bezirk und im 7. Bezirk. Frau Kollegin Hebein von den GRÜNEN hat sich von diesem neuen Gesetz bereits abgesetzt.

Ihre Budgetpolitik ist erschreckend. Die einzig neue alte Idee ist die Gebührenerhöhung, und es gibt leider Gottes keine Ideen, um die Verwaltung effizienter zu gestalten. Wir haben eine Rekordschuldenstand.

Ich habe gehört, dass es erstmals eine rot-grüne Handschrift bei diesem Budget gibt. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich weiß nun und die Öffentlichkeit weiß nun, dass die rot-grüne Handschrift um keinen Deut besser ist als die rote. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Univ-Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nur zwei Worte zum Antrag von Frau Mag Berger-Krotsch: Entschuldigen Sie bitte, dass ich das ein bisschen schmissig ausdrücke: Das sind wirklich No-na-Forderungen! Das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Das ist so, wie wenn man fordern würde, dass wir wollen, dass die Straßenbahnen weiterfahren und die Schulen in der Früh aufsperrten. Es

sind wirklich gewisse No-na-Forderungen darin enthalten! Gestatten Sie mir, dass ich das in aller Freundschaft sage. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GRin Mag Nicole Berger-Krotsch)*

Frau Magistra! Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir freundlich und höflich miteinander umgehen, also tun wir das auch! Jetzt kann man wirklich nichts mehr sagen! Ich bemühe mich seit Monaten. – Danke.

Meine Damen und Herren! Ehe meine Redezeit wegen der Behandlung solcher Dinge endgültig vorbei ist, komme ich zum Voranschlag 2012. Etwas, was uns alle, jeden Wiener und jede Wienerin zumindest indirekt betrifft, sind die Bezirksbudgets. Die Ausgaben der Stadt steigen – das haben wir heute zur Kenntnis genommen –, die Schulden der Stadt steigen auch. Was nicht steigt, meine Damen und Herren, sind die Bezirksmittel. Vielmehr sind diese viel weiter von einer Sanierung entfernt denn je. Die nötige Aufstockung wurde auch diesmal nicht durchgeführt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bezirksmittel sind um 2,9 Millionen EUR geringer als im Vorjahr.

Damit ist eine weitere Verschuldung der Bezirke schon abzusehen, nachdem die Verschuldung seit 2005 – zumindest so weit habe ich zurückgeschaut – ohnehin explodiert ist. Sie wissen es genauso gut wie ich: 17 Bezirke sind schon verschuldet, und weitere werden folgen. Mein Bezirk Simmering ist nach wie vor leider unter den Schulden-Top-Drei, und auch hier steigt die Verschuldung prozentuell. Wir alle wissen, dass die Schulsanierungen für die Bezirke ein gewaltiges Problem sind. Das ist der größte Brocken, weshalb die Bezirke auch diese inneren Darlehen bei der Zentralverwaltung aufnehmen müssen, die man eigentlich auch noch in die Schulden mit einberechnen müsste.

Der Eigenfinanzierungsanteil der Bezirke von 60 Prozent ist für viele Bezirke ganz einfach nicht mehr zu verkraften. Dieser Eigenfinanzierungsanteil betrifft nämlich nicht nur die Schulsanierungen, sondern auch die Kindergartenfinanzierung. Es ist also kein Wunder, dass gerade bei Bezirken, die ohnehin schon Schulden haben, ein erklecklicher Teil des Budgets für Schuldenrückzahlungen reserviert werden muss, und diese Bezirke werden sich, so wie es aussieht, nicht mehr erholen können.

Was setzen die Regierungsparteien dagegen? – Eigentlich nichts! Herr Klubobmann Dr Schicker – ich zitiere ihn nur kurz, ehe er den Raum verlässt – hat in einer Presseaussendung vom 7. November des heurigen Jahres gemeint, die Stadt Wien müsse mehr Mittel über den Finanzausgleich vom Bund bekommen, dann könne es auch mehr Bezirksmittel geben. – Ich weiß nicht, ob da wirklich ein Zusammenhang besteht, denn soweit ich weiß, haben die Bezirksmittel nicht wirklich mit den Geldern aus dem Finanzausgleich vom Bund korreliert. Aber die SPÖ ist ja auf Bundesebene in einer Koalition mit der ÖVP, und vielleicht lässt sich hier noch etwas regeln! In Zeiten der Schuldenbremse besteht aber ohnehin nicht die Gefahr, dass mehr Mittel auf Wien niederprasseln werden.

Die Gemeinde Wien, meine Damen und Herren, und

insbesondere die SPÖ beruft sich gerne auf den 40-Prozent-Anteil der Stadt bei den Schulsanierungen und bei der Kinderbetreuung und damit auf eine Art – wie ich es jetzt einmal nennen möchte – Entgegenkommen der Gemeinde gegenüber den Bezirken. – Mir ist das zu wenig, denn ich meine, eine Dezentralisierung muss doch so ausfallen, dass sich die Bezirke diese auch leisten können. Wenn man dezentralisiert, dann muss man auch das nötige Geld dafür bereitstellen. So wie es jetzt ist, meine Damen und Herren, haben die Bezirke praktisch keine Gestaltungsmöglichkeiten, und die finanzielle Situation vieler Bezirke ist ganz einfach dramatisch bis katastrophal.

Was wäre zu tun? – Man müsste auf jeden Fall die Dotation der Bezirksbudgets erhöhen. Wenn ich jetzt von 30 Prozent spreche, so ist das eine Ungefährzahl. Ich weiß, dass jetzt sofort die Frage kommen wird: Und wo nehmen wir das Geld her? Und dann wird argumentiert: Die Opposition will immer etwas und sagt nicht, wo sie das Geld hernehmen will!

Heute ist in der bisherigen Diskussion zum Voranschlag 2012 schon eine ganze Reihe von Vorschlägen gefallen, wie man Geld einsparen könnte. Wenn man auch nur einen Bruchteil davon berücksichtigt, dann könnte man locker auch 230 bis 250 Millionen EUR insgesamt für die Bezirke aufbringen.

Es hat sich auch herausgestellt, dass der derzeitige Finanzierungsschlüssel nicht wirklich der tauglichste ist, und daher wäre es, wie ich jetzt ganz freundlich sage, außerdem vielleicht gescheit, wenn man die Bezirksmittel an sichere Aufkommen koppeln würde. Und dann müsste man auf jeden Fall die Bezirksaufgaben an sich durchforsten, um wirklich zu einer echten Dezentralisierung zu kommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Regierung der Stadt Wien wäre jedenfalls gut beraten, sich wirklich wesentlich mehr um die Bezirke zu kümmern und die Bezirke nicht nur als irgendein Anhängsel der Stadtgemeinde und der Stadtverwaltung zu sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt komme ich zu meinem Lieblingsthema, und deswegen habe ich mich so beeilt, damit mir noch genügend Zeit dafür übrig bleibt. Wir stehen knapp vor dem Advent, und wie Sie sich alle denken können, wenn Sie mich zu dieser Zeit hier stehen sehen, geht es wieder einmal um die Friedhöfe.

Es tut mir übrigens sehr leid, dass es in den letzten Tagen wieder einmal zu Verwüstungen gekommen ist. Das hat sich diesmal vor zwei Tagen auf dem Meidlinger Friedhof ereignet. Das geschah im Vorjahr genauso an dieser Stelle, und ich appelliere noch einmal an alle Verantwortungsträger: Ein bisschen mehr Kontrolle könnte nicht schaden! Ich weiß schon – und ich bin nicht unrealistisch –: Man kann nicht neben jedes Grab einen Polizisten stellen. Das ist mir vollkommen klar. Aber ich habe auch schon im Vorjahr ein bisschen mehr Kontrolle eingefordert. Jetzt hat es sich aber leider wieder gezeigt, dass das unterblieben ist.

Im Zusammenhang mit einigen allgemeinen Fragen zu Friedhöfen und zur Friedhöfe Wien GmbH habe ich

mir erlaubt, eine Anfrage an Frau VBgmin Brauner zu schreiben, die unterwegs ist. Nachdem ich die Antwort, auf die ich mich schon freue, bekommen haben werde, können wir dann darüber sprechen.

Heute komme ich nur zu einem einzigen speziellen Thema, und zwar geht es konkret um die Form von Beisetzungen. Sie alle kennen die Beisetzung in Gräbern und in Urnen. Es gibt Seebestattungen, und inzwischen gibt es sogar Weltraumbestattungen, wenn man es sich leisten kann. Es gibt den berühmten Diamanten. Ich denke, die Eingeweihten wissen, wovon ich rede. Und es gibt auch andere seltenere Formen der Bestattung.

Es gibt aber noch eine Alternative, die in Wien noch nie angedacht oder vorgeschlagen worden ist. Es handelt sich um eine sehr natürliche Form der Beisetzung, von der ich mich selbst in Deutschland überzeugt habe und die ich auch hier für Wien propagieren möchte.

Ich spreche jetzt von der Errichtung eines Trauerwaldes. Es geht dabei um die Beisetzung am Fuß von Bäumen. Diese kann anonym oder mit Namenstäfelchen erfolgen, jedenfalls aber in Urnen, die im günstigsten Fall biologisch abbaubar sind. Es ist dies eine Naturbestattung in einer parkähnlichen Landschaft, in der es Bäume und vielleicht eine kleine Wiese gibt.

Eine solche Form der Beisetzung hat tatsächlich sehr viele Vorteile. Es fallen für die Hinterbliebenen nur einmal Kosten an. Wenn die Hinterbliebenen nicht wollen, dann gibt es keine Grabpflege und keine weiteren Verpflichtungen. Trotzdem haben sie hier ausreichend Platz und Gelegenheit zur persönlichen Trauer in einer natürlichen Landschaft.

Auch die Stadtverwaltung hat Vorteile durch eine solche Bestattungsform: Das Gelände ist auf jeden Fall leicht zu betreuen, und die Verwaltung ist mit Sicherheit unkompliziert.

Das Einzige, was die Stadtverwaltung tun muss, ist, ein entsprechendes geeignetes Gelände zur Verfügung zu stellen. Im günstigsten Fall sollte dies natürlich über die Friedhöfe Wien GmbH zu verwalten sein, die auf gar keinen Fall übergangen werden sollte. Zur Schaffung einer solchen Alternative für Interessierte, die sich von der Natur und vom Einklang mit der Natur besonders angesprochen fühlen, erlaube ich mir, jetzt einen Antrag gemeinsam mit meinem Kollegen Rudolf Stark einzubringen:

„Die Gemeinde Wien ermöglicht im Wege der Friedhöfe Wien GmbH die Bestattungsmöglichkeit des sogenannten Trauerwaldes als alternative Bestattung in der Natur.

In formeller Hinsicht ersuche ich um die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke.“ *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Dr Wansch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und

Herren!

Es ist schon sehr vieles gesagt worden über das Finanzdesaster der Stadt Wien, wie es sich leider Gottes auch im Voranschlag 2012 verdeutlicht. Wir konnten aber bisher nur über die Zahlen sprechen, die sie uns vorgelegt haben und die wir einsehen und prüfen konnten. Allein auf Grund dieser Zahlen ist das Ergebnis schon schlimm genug!

Aber in Wirklichkeit ist es viel schlimmer. Es ist schon angedeutet worden, dass in der Stadt Wien, aber nicht nur in der Stadt Wien selbst, sondern auch im künstlich geschaffenen Dschungel der Beteiligungen der Stadt Wien hemmungslose Spekulation herrscht. Diese Spekulation scheint nicht in den Büchern auf, es ist dies Spekulation ohne jede Drohverlustvorsorge in einem nicht erfassbaren Ausmaß.

Kollegin Kappel hat es schon angesprochen: Es gibt weder konsolidierte Bilanzen in den Konzernbetrieben noch irgendeinen Überblick über das gesamte Vermögen der Stadt Wien beziehungsweise darüber, wie die Verantwortlichen damit wirtschaften. Es scheint eine gewisse Devise zu herrschen, und wir haben dieses Motto von Rot-Grün auch schon erlebt, das da lautet: Zuerst verstecken, dann leugnen und am Ende gespielte Empörung.

Ich erinnere Sie daran, dass an dieser Stelle Herr Bgm Häupl in der Landtagssitzung vom 31. Mai 2011, angesprochen auf Spekulationsverluste und wie sich das mit dem Stabilitätspakt vertragen würde, gemeint hat: „Es gibt keine Spekulation, die die Stadt Wien angestellt hätte.“

Dann hat er in seiner jovialen, ein bisschen oberflächlichen Art gemeint: „Ich denke, wir alle sollten schön brav bei der Wahrheit bleiben!“ – Das sagte, wörtlich zitiert, Herr Bgm und Lhptm Häupl. – Darauf sage ich: Dann sehen wir uns die Wahrheit halt schön brav, wie er meint, an!

Neben den heute aufgezeigten 250 Millionen EUR, die von Rot-Grün verspekuliert wurden, geht es im Beteiligungsdschungel der Stadt Wien drunter und drüber. Ein Beispiel für viele ist heute aufgezeigt und angesprochen worden und wurde vom Kontrollamt der Stadt Wien aufgedeckt.

Ich nehme ein Beispiel aus den mehr als 75 Unternehmen der Wien Holding: Es geht dabei um die Wiener Stadthalle – Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH. – Mit diesem Unternehmen verbindet man die Wiener Stadthalle, man sieht im Organigramm der Stadt Wien, dass es in den Geschäftsbereich Kultur- und Medienmanagement und in den Branchencluster Kultur- und Medienmanagement eingegliedert ist. Warum es immer Geschäftsbereiche und Branchencluster gibt, sei dahingestellt! Jedenfalls ist aber vom Kultur- und Medienmanagement die Rede. Und nun zeigt die Prüfung der Finanzen dieses Unternehmens Ungeheuerliches.

Kollegin Kappel hat schon einiges davon angesprochen, und ich möchte jetzt in aller Kürze noch ins Detail gehen, weil ich überzeugt bin oder mir nicht vorstellen kann, dass diese Zahlen und Abläufe die rot-

grünen Verantwortlichen nicht aufschrecken würden. Die Bücher dieses Unternehmens, die vom Kontrollamt geprüft wurden, sind ein Lehrbuch für Spekulationswerkzeuge. Ich nenne Ihnen kurz einige Beispiele.

Ich betone noch einmal: Dabei geht es um den Betrieb, der die Wiener Stadthalle managen soll. Allerdings fand man dort Interest Rate Swaps, Knock-out Put-Devisen-Optionen, Kick-in At-the-End-Devisen-Optionen, Receiver Swaptions und Payer Swaptions. Letztere verstehe ich noch am besten, weil die Stadt Wien immer gezahlt hat!

Aber das Skurrilste kommt jetzt am Ende dieser Aufzählung: Cross Currency Swaps gab es nicht nur in Franken, obwohl dieser in der Stadt Wien sehr begehrt ist, sondern auch in türkischen Lira. Sie haben sich nicht verhöhrt! Es ist Tatsache, dass die Stadt Wien beziehungsweise diesfalls die Wiener Stadthalle Betriebsgesellschaft mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener in türkischen Lira spekuliert!

Wem das noch immer nicht genug an Skurrilität, an Verantwortungslosigkeit, an finanzpolitischem Wahnsinn ist, dem muss man noch erzählen, wie das Ergebnis ist, das im Prüfbericht des Kontrollamtes aufgezeigt wurde. Es hat 16 Finanztermingeschäfte gegeben, diese wurden abgeschlossen beziehungsweise laufen noch. 10 Geschäftsfälle sind abgeschlossen und haben mit einem Verlust von 2,5 Millionen EUR geendet. Bei der Wiener Stadthalle – Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH sind 2,5 Millionen EUR für derartige Devisengeschäfte einfach verschwunden! Das ist die nackte Wahrheit, adressiert auch an Herrn Bgm Häupl, der jetzt nicht zugegen ist. Aber vielleicht kann man es ihm erzählen! Nur ein halbes Jahr, nachdem er an diejenigen appelliert hat, die Wahrheit zu sagen, die aufgezeigt haben, dass es Devisenspekulationen gegeben hat – er hat nicht gesagt, dass sie Lügner sind, sondern er hat das berühmte Wortspiel mit der Unwahrheit herangezogen –, liegt die Wahrheit auf dem Tisch. – Also: Zuerst verstecken, dann leugnen.

Heute haben wir die gespielte Empörung erlebt. Die Verluste aus diesen Geschäftsfällen beziehungsweise Spekulationsgeschäften liegen auf dem Tisch. Und gegen wen richtet sich jetzt die Empörung von Rot-Grün? – Wir Freiheitliche haben schon immer unsere Empörung darüber aufgezeigt, dass mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener spekuliert wird. – Die Empörung von Rot-Grün richtet sich jetzt gegen Rating-Agenturen und sonstiges Unheil der Welt, aber nicht gegen die Verantwortlichen in den eigenen Reihen, die diese verantwortungslosen Vorgangsweisen zu verantworten haben.

Und es geht weiter: Das Ganze sei nur halb so schlimm, weil der Schaden, der aus diesen verantwortungslosen Geschäftsfällen entstanden ist, ganz einfach auf jede Wienerin und jeden Wiener verteilt wird. Man greift den Wienerinnen und Wienern in die Tasche, sei es in Form von Wassergebühren, sei es in Form von Parkgebühren, und es wird auch im Fall der Friedhofsgebühren nicht vor den Toten

zurückgeschreckt.

Ich frage Sie hier an dieser Stelle: Wie bezeichnet man eine derartige Vorgangsweise? – Ich habe jetzt eine Zeit lang überlegt, welche Wortwahl ich treffen soll, und dann habe ich mir ganz einfach gedacht: Ich schließe mich einem Kollegen hier im Raum an, und zwar Herrn Kollege Strobl, und sage: Das ist unerträglich und widerlich! Und ich sage Ihnen noch etwas, Herr Kollege Strobl: Ich bezeichne die Vorgangsweise als ungeheuerlich, unerträglich und widerlich! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dabei ist mir etwas sehr wichtig, und deshalb wiederhole ich es: Ich beziehe diese Wortwahl nie auf Personen, sondern – noch einmal – auf die Vorgangsweise. Und ich sage Ihnen, auch wenn Sie keinen Ordnungsruf bekommen haben dafür, dass Sie diese Wortwahl für Kollegen hier im Saal gewählt haben: Uns Freiheitlichen ist es unfassbar und eigentlich – mit derselben Wortwahl – unerträglich und widerlich, wenn Personen so bezeichnet werden. Uns verbietet der Respekt vor jedem Menschen, egal, welcher politischen Fraktion er angehört, ihn als unerträglich und widerlich zu bezeichnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nach diesem kurzen Abriss frage ich Sie am Ende: Wer ist dann Ihrer Meinung nach eine Schande für den Berufsstand? – Damit habe ich, glaube ich, den Bogen gespannt. Es gibt auch immer die Möglichkeit, sich zu entschuldigen. Ich glaube, es war am Ende auch nicht das, was Sie gemeint haben, sondern in der Erregung ist in den Wortmeldungen der FPÖ halt ganz einfach die Wahrheit auf den Tisch gekommen.

Nun komme ich schon zum Ende. Herr Bürgermeister! Frau Vizebürgermeister! Ich appelliere an Sie: Beenden Sie das Geldverschleudern durch Spekulation, und schaffen Sie Vorsorge für noch laufende Spekulationsgeschäfte, oder – auch das ist eine Möglichkeit – übernehmen Sie persönliche Haftung mit Ihrem persönlichen Geld und Vermögen und spekulieren Sie nicht weiter mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener!

Abschließend: Übernehmen Sie die politische Verantwortung für jenen Schaden, den Sie der Stadt Wien durch Nichtwahrnehmen Ihres längst fälligen Rücktritts verursacht haben! Tun Sie es für die Wienerinnen und Wiener! – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ich muss meinen Vorredner ein bisschen relativieren: Es gibt schon ein paar Zustände, die zumindest ich persönlich als unerträglich in dieser Stadt empfinde.

Eingangs bringe ich den Beschlussantrag der GR Mag Wolfgang Jung, Mag Johann Gudenus, Gerhard Haslinger und Angela Schütz betreffend den fünfjährigen Finanzplan ein. Wir stellen folgenden Antrag:

„Der Gemeinderat möge beschließen: Der Bürgermeister und die zuständige amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration,

Frauenfragen, und Konsumentenschutz“ ... Halt! Entschuldigung, das kommt später! Das betrifft die nächste Gruppe. Wir haben noch einige Anträge für Sie ins Haus stehen, meine Damen und Herren.

In dieser Debatte wird jedes Mal im Wesentlichen ein genereller Überblick über die politische Situation der Stadt gegeben. In der Geschäftsgruppe der Frau Stadträtin befindet sich aber auch ein Bereich, der heute gar nicht angesprochen wird, nämlich der Europaausschuss. Das ist eine hoch interessante Sache, dazu gibt es jedoch tödliches Schweigen bei der Stadtregierung, aber auch bei der ÖVP. Das ist teilweise verständlich, weil Europa heutzutage nicht unbedingt das populärste Thema ist. Und in diese Situation haben uns vor allem die SPÖ und die ÖVP hineingeritten, indem sie ohne Wenn und Aber in diese Union gegangen sind.

Dabei war dieser Punkt doch eine Zeit lang enorm wichtig. Wir hatten Europaerklärungen des Herrn Bürgermeisters. Man hat diesen Ausschuss eingesetzt – allerdings muss man sagen, dass das wahrscheinlich auf Drängen der GRÜNEN und nicht aus eigenem Willen der SPÖ geschehen ist –, und man hat kaum einen Anlass ausgelassen, um über dieses Brüssel zu jubeln. Ich erinnere an die Wortmeldungen von Bgm Häupl am Städtetag in Innsbruck und so weiter und so weiter. Ich erspare mir, all das zu zitieren. Aber das waren halt noch andere Zeiten.

Dabei wird Europa im negativen Sinn immer bedeutender für die Regionen, für das Land Wien und auch für die Stadt Wien. Es wird immer mehr in den Kompetenzbereich der Städte und Regionen hineinregiert, und wir sind dann gezwungen, das nachzuvollziehen, was die Eurokraten uns befehlen. Und damit wir wenigstens einen geringen Einfluss ausüben können, gilt es, die dort herausgegebenen beabsichtigten Verordnungen, Weißbücher und so weiter frühzeitig – ich betone: frühzeitig! – zu erhalten und auf ihre Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit hinsichtlich eines wichtigen Punktes, nämlich der Subsidiarität, zu überprüfen und gegebenenfalls Einspruch dagegen zu erheben, indem wir über den Bund eine Subsidiaritätsrüge beziehungsweise eine derartige Maßnahme oder auch eine Klage veranlassen.

Wir haben diese Kommission mit Beginn des Jahres in einen Ausschuss umgewandelt, der aber ursprünglich noch als wichtig angesehen wurde. Schließlich hat sich der Herr Bürgermeister selbst hineingesetzt. Der Ausschuss ist zwar bei der Frau Stadträtin angesiedelt, aber der Herr Bürgermeister hat selbst gesagt, dass er großen Wert darauf legt, daran teilzunehmen.

Was ist nun die Folge? – Der Ausschuss tagt fast nicht. Wir hatten eine Gründungssitzung und zwei weitere Sitzungen. Der Herr Bürgermeister hat ursprünglich aber von mindestens zwei Sitzungen pro Halbjahr gesprochen. Jetzt hat er anscheinend keine Zeit dafür! Aus den versprochenen zwei Sitzungen wurde nichts. Die Dezembersitzung ist erst kürzlich abgesagt worden. Und Berichte, die vollmundig versprochen wurden, sind ausgeblieben. Dabei hat sich in Brüssel mehr als genug zugetragen, was uns unmittelbar berührt

und massives Kopfzerbrechen bereitet.

Ich nehme als einziges Beispiel die Klimaschutzverordnung, die uns ganz massiv berührt. Vor allem Wien mit seinen historischen Gebäuden und mit Denkmal- und Ensembleschutz hat große Probleme beziehungsweise wird das gar nicht in dieser Form erfüllen können. – Darüber sollten wir vor dem Sommer auch in Abstimmung mit dem Bundesrat reden.

Es ist nichts daraus geworden. Bekommen hat der Ausschuss die Unterlagen zu einem Zeitpunkt, zu dem es eigentlich bereits zu spät war, und es wurde darüber berichtet. Die Einspruchsfristen waren abgelaufen. So geht man von Seiten der SPÖ mit den Mandataren um! – Das ist die eine Variante.

Die andere Variante ist, dass man unfähig ist, das Thema in der jetzigen Form richtig zu behandeln, und man redet halt lieber nicht darüber, wie wir es heute erleben.

Schöne Worte haben wir vom Stadtoberhaupt anlässlich der Konstituierung des Ausschusses gehört, jetzt schaut die Geschichte anders aus! Der Herr Bürgermeister ist anderweitig beschäftigt. Er hat ja auch für den Gemeinderat und Landtag kaum noch Zeit, das muss man auch irgendwann einmal sagen. Es ist schon ein starkes Stück, dass das Stadtoberhaupt sich kaum noch hier in diesen Hallen bewegt und sich höchstens von Zeit zu Zeit kurzfristig zeigt, wenn man an ihn eine Anfrage stellt. Wenn man ihn heute sehen will, dann muss man sich „Seitenblicke“ anschauen. Dort ist er zu finden, wo es Speis und Trank gibt, vom Iftar, dem Fastenbrechen, bis zur Weintaufe vor Kurzem mit seinem niederösterreichischen Zwilling, als sie den Veltliner „Naturbursch“ getauft haben. Dompfarrer Toni Faber sieht ihn öfter als wir Gemeinderäte, das kann man hier wirklich feststellen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist ja nicht so, dass wir deswegen Entzugerscheinungen hätten, aber es beeinflusst, wie gesagt, die Häufigkeit der Sitzungen, und diesbezüglich wäre wahrlich viel zu tun! Ich nenne nur einige Stichworte wie etwa die Donauraumstrategie, die Arbeit der Compress-Büros und, und, und. Es gibt auch noch eine ganze Menge verschiedener Arbeitsgruppen, von denen wir ja gar nichts wissen, die auch derartige Themen behandeln. Die SPÖ-Vertreter sitzen natürlich in diesen Gruppen, wir wissen jedoch oftmals nicht einmal von ihrer Existenz. So will man Kontrolle und Diskussion verhindern. Das gelingt Ihnen aber, meine Damen und Herren, zunehmend weniger. Dazu trägt auch das Internet ein bisschen bei.

Aber auf uns warten schwierigen Zeiten. Da können Sie heute jubeln, was Sie wollen! Ich kann es Ihnen sagen. Bei der nächsten Budgetdebatte wird es noch viel trauriger und viel ernster werden hier in diesem Haus. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen. Und Sie wissen es eigentlich in Wirklichkeit eh selber, Herr Kollege Strobl! Sie wissen es – denn sonst würden Sie anders dreinschauen! –, was hier auf uns zukommen wird, weil Sie es versäumen, Ihre Pflichten wahrzunehmen, weil Sie noch immer nicht begriffen haben oder begreifen wollen, wie ernst die Lage ist, und mit einem Tunnelblick

nur hoffen, Zeit zu gewinnen!

Diese schwierigen Zeiten, das sage ich Ihnen auch schon jetzt, werden die Einbindung der Opposition verlangen. Im Parlament sehen Sie heute schon, wie sie raufen, weil sie ohne Opposition nicht mehr zu Rande kommen, und es wird auch hier notwendig sein, sehr harte und schmerzvolle Maßnahmen zu setzen. Das trauen Sie sich jetzt noch nicht. Aber Sie werden die Opposition brauchen. Was die Opposition aber schon im Voraus verlangen kann, ist zumindest eine Einbindung bei der Information, und genau das tun Sie nicht.

Die Diskussion über Europa in diesem Haus ist Ihnen unangenehm, weil Ihre Argumentationslinien wie Kartenhäuser zusammenbrechen! Deshalb ist das hier auch kein eigener Debattenpunkt. Im Vorjahr haben Sie das damit begründet, dass es zum Zeitpunkt der Budgetdebatte den Ausschuss noch nicht gab. Damals war er noch eine Kommission. Er war allerdings schon beschlossen. Ich möchte wissen, welche Begründung Sie diesmal finden werden! Ich habe schon verschiedenes gehört, wir werden einmal sehen, was Sie als Begründung dafür aufbringen! Offenbar ist Ihnen Brüssel hier auf einmal keine Debatte mehr wert.

Jetzt lese ich Ihnen vor, was Bgm Häupl gesagt hat, als er noch ein großer Europäer war, und zwar aus Anlass eines Jubiläums des Verbindungsbüros: „Aktuelle und künftige Themen für die Arbeit sind zur Zeit die Implementierung der EU-Donauraumstrategie, die Stärkung der städtischen Dimensionen auf europäischer Ebene,“ – wir sind gerade dabei, sie zu stärken – „die Beschäftigung mit der Europa-2020-Strategie,“ – haben Sie schon einmal großartig davon gehört? – „deren Ziel auch für Wien für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und die Aufrechterhaltung der Errungenschaften des sozialen Zusammenhaltes von grundlegender Bedeutung sind.“ – So der Bürgermeister.

Und dann kommt es: „Energieeffizienz und Klimaschutzziele gewinnen in der EU zunehmend an Bedeutung, auch für viele Ebenen der Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen.“

Sind all das nur leere Phrasen für die Öffentlichkeit, oder sollte man damit nicht auch den Landtag und Gemeinderat stärker befassen? Aber Europa ist bei den ehemaligen Eurovorreitern nicht mehr beliebt! Das Archiv ist halt eine schlimme Sache! Wenn die Vertreter der SPÖ jetzt plötzlich in später Erkenntnis gegen die Banken und Spekulanten auftreten und alle möglichen Bereiche von Europa bis zur Weltfinanz beschuldigen, meine Damen und Herren, dann sollten Sie in diesem Fall aber wirklich sich selbst an der Nase nehmen!

Frau Stadträtin Brauner! Der Herr Bürgermeister hat gesagt: „Ich habe kein Mitleid mit Spekulanten.“ – Der Herr Bürgermeister hat offenkundig kein Mitleid mit Ihnen! Das sollte man sich merken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Er hat vermutlich auch kein Mitleid mit seinem roten Kollegen in Linz. Die SPÖ ist ja Spezialistin im Verwirrschaften von Geld! Auch dort spielt es gerade zur Zeit Granada, und die SPÖ klagt gegen die BAWAG, weil man in einem unglaublichen Anfall von Naivität auch dort auf Spekulationen eingegangen ist. – Ich möchte

von anderen Problemen, die diese wirtschaftliche Entwicklung mit sich bringt, gar nicht reden. Sie wurden und werden noch angeschnitten, vom Cross Border Leasing angefangen bis zur vorhin erwähnten Stadthalle.

Aber die wahren Probleme kommen erst in der nächsten Zeit auf uns zu, und dieses keineswegs defizitreduzierende Budget wird sie verschärfen. Bundesstaatsreform, Schuldenbremse, Eurokrise, 2 Prozent gleichzeitig – das ist heute noch nicht gesagt worden –, höhere Abgaben an Brüssel, das von uns Sparbudgets verlangt. All das sollte eigentlich hier debattiert werden. Und Sie werden den Bürgern nicht mehr lange einreden können, dass fürs Friedensprojekt Europa von uns nur gezahlt werden muss, damit wir die Schulden anderer Staaten begleichen. Wir nehmen Schulden auf – führen Sie sich das einmal vor Augen, bitte! –, damit wir Schulden bezahlen. Was für eine absurde Situation ist das, in die Sie uns da hineinreiten, meine Damen und Herren? Schulden von Staaten, die nicht willens und in der Lage sind, zig Milliarden ausständiger Steuern einzutreiben und deren Superreiche hunderte Milliarden ungehindert in die Schweiz und andere Steueroasen verschieben.

Wir sollten als Bundesland und als Region den Folgen von Forderungen aus Brüssel nach mehr Europa, nach einer Gemeinschaft der Schulden und nach Eurobonds begegnen. Das wären Themen für den Europaausschuss, den wir aber nicht stattfinden lassen. Dort könnten dann vielleicht auch unsere Europaabgeordneten berichten. Auch das ist ein Punkt, den Sie uns versprochen haben. Sie werden jetzt wieder sagen: Dafür haben wir noch Zeit, das kann noch geregelt werden. 20 Prozent Ihrer maximalen – sage ich dazu – Regierungszeit sind vorbei, und Sie können sich nicht ewig darauf ausreden wie bei Fragen der Wahlrechtsreform und so weiter, dass wir das nach hinten schieben. Das ist eindeutig nur ein Versuch, Zeit zu gewinnen, aber es wird Ihnen auf die Dauer nicht möglich sein, diesen Fragen zu entgehen.

Auch wir werden noch Demonstrationen und Protestmärsche erleben, meine Damen und Herren! Das werden Sie sehen, wenn unsere Regierungs- und auch Stadtpolitiker weiterhin so beratungs- und lernresistent bleiben und glauben, dass etwas, worüber sie nicht reden wollen, kein Thema ist. Eine Ausschusssitzung kann man leicht von der Tagesordnung nehmen, Herr Bürgermeister und Frau Stadträtin! Wer dafür – natürlich nicht formal – eigentlich wirklich zuständig ist, bleibt damit offen.

Man kann auch die Klärung von Aufgaben und die Arbeitsweise des Ausschusses verhindern oder zumindest auf die lange Bank schieben, etwa den eben angesprochenen und versprochenen Auftritt von EU-Abgeordneten. Beim Büro Van der Bellen hat es damals übrigens nicht so lange gedauert!

Sie können das alles, Sie können den Bürger aber nicht auf die Dauer schröpfen, vertrösten und an der Nase herumführen. Das werden Sie einfach nicht schaffen! Die Zeit für diese Politik von oben herab läuft ab, so wie die Zeit der Absoluten für die SPÖ in Wien

schon längst abgelaufen ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Dipl.-Ing. Margulies und ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein Glück, dass Kollege Jung so berechenbar ist! (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind auch berechenbar!*)

Natürlich gibt es eine Position zu Europa. Ich möchte Monika Vana aber entschuldigen, weil sie seit über einer Woche eine ärztlich verordnete Schweigepflicht hat. Das wäre ihr aber egal, aber sie hat nach wie vor wirklich keine Stimme. (*GR Mag Wolfgang Jung: Außer ihr kennt sich aber bei Ihnen keiner damit aus!*) Das ist richtig! Und genau deshalb werde ich versuchen, die wesentlichen Punkte zu Europa zusammenzufassen, die bislang umgesetzt wurden, und berichten, was in Planung ist.

Sie kennen Monika Vana als die profilierteste Europapolitikerin hier bei uns im Haus. Liebend gerne hätte sie zu diesem Punkt gesprochen, hätte sich auch früher zu Wort gemeldet, aber das geht leider nicht, und ich glaube, das fällt niemandem schwerer als Monika Vana selbst.

Es wurde einiges umgesetzt, wovon manche von Ihnen nicht geglaubt haben, dass es das jemals geben wird. Es gibt den Europaausschuss, Kollege Jung, Sie waren auch dabei! Es gibt das Rederecht für Europaabgeordnete. (*GR Mag Wolfgang Jung: Auf dem Papier!*)

Seien wir uns jetzt einmal ganz ehrlich: Wenn wir Europaabgeordnete hierher einladen, um mit uns zu diskutieren, dann sollte es einen Punkt und ein Dossier dazu geben, und dann können wir tatsächlich diskutieren mit ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Es war jetzt ein Jahr Zeit!*)

Beginnen wir einmal damit! Es war jetzt nicht ein Jahr Zeit! Es ist noch nicht so lange her, dass das Gesetz betreffend das Rederecht für die Europaabgeordneten beschlossen wurde. Das wird aber kommen, und es ist einmalig! Seien wir doch stolz darauf, dass wir als Wiener Gemeinderat und Landtag es geschafft haben, dass Europaabgeordnete hier ein Rederecht haben! Sie können sicher sein, dass wir dieses auch zu nutzen wissen werden!

Es gibt eine Europadeklaration und eine Stadtaußenpolitik. Diskussionen über die Leitlinien gab es sogar im Gemeinderat. Wir haben immer wieder Europadebatten geführt. Es gibt spannende Diskussionen im Europaausschuss über die Donauraumstrategie, über Strukturfonds, über Daseinsvorsorge. (*GR Mag Wolfgang Jung: In zwei Sitzungen mit kurzen Tagesordnungen gab es spannende Debatten!?*)

Wissen Sie: Ich kann mir schon vorstellen, dass manche Menschen eine Debatte als spannend und interessant empfinden, Sie sich aber ausklinken. Ich kann mir das durchaus vorstellen! Lassen wir das doch einfach bei diesem Punkt stehen!

Was wird jetzt gerade finalisiert? – Sie wissen es oder auch nicht. Das hängt immer davon ab, wie sehr

man sich dafür interessiert. Jetzt wird jedenfalls diese neue EU-Struktur im Magistrat fertig. (*GR Mag Wolfgang Jung: Seit einem Jahr!*)

Wissen Sie: Wenn man etwas übers Knie bricht, dann regen Sie sich auf, dass es übers Knie gebrochen wird. Wenn ich Ihnen sage, dass diese jetzt gerade fertig wird, dann sagen Sie nicht, passt! Schauen wir, wie wir alle gemeinsam super arbeiten werden!, sondern Sie regen sich auf.

Das ist im Übrigen ein bisschen so wie bei Ihren budgetpolitischen Darstellungen. Sie sagen: Wir wollen Geld für das und für das und für jenes! Es soll aber alles eingespart werden, weil es die Schuldenbremse geben muss et cetera. – Das ist ein bisschen unglauwürdig!

Nicht zuletzt beginnt jetzt auch die Vorbereitung auf die RegLeg-Präsidentschaft betreffend Regionen mit legislatischen Rechten. Die Vorbereitung läuft, und man wird sehen, was die Stadt Wien im kommenden Jahr daraus macht.

Ich gebe Ihnen in einem Punkt recht: Meine Kollegin Vana hätte dies wahrscheinlich erheblich eloquenter und besser darstellen können. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das glaube ich auch!*) Nichtsdestoweniger ist uns Europa immer wichtig gewesen und wird es auch weiterhin sein.

Das spannt jetzt natürlich auch den Bogen zur budgetären Situation, und ich möchte damit beginnen, ein bisschen meine Vorredner und Vorrednerinnen abzarbeiten.

So hat zum Beispiel der Kollege Ulm bezüglich der jetzigen Schuldenkrise gemeint, wir haben eine Stadtschuldenkrise. – Das stimmt! Diese ist aber nicht von irgendwo gekommen! Im Großen und Ganzen hat die Staatengemeinschaft der Europäischen Union, auch wenn sich in den vergangenen Jahren nicht alle Länder innerhalb der Europäischen Union an die Maastricht-Kriterien gehalten haben, in der Vorkrisenzeit versucht, die Maastricht-Kriterien bestmöglich einzuhalten. Auch in Österreich waren im Großen und Ganzen die 60 Prozent – wobei ich wiederhole, dass ich diese Geschichte zum Teil für falsch halte – kein Problem, in Deutschland schon gar nicht und eigentlich nirgendwo. Das Problem hat angefangen, als die Staaten de facto die Finanzwirtschaft zu retten begonnen haben. Es war nicht nur in den USA so, sondern in ganz Europa, dass Milliarden in den Banken- und Finanzsektor geflossen sind.

Das ist jetzt eine große Kritik an der Politik der Europäischen Union, vor allem aber an der Politik der Europäischen Regierungen: Ich kann mich noch erinnern, dass 2008 eigentlich jeder Politiker und jede Politikerin gesagt haben, dass es uns endlich wieder gelingen muss, das Primat der Politik über das Primat der Ökonomie herzustellen. Jetzt, drei Jahre später, ist es schlimmer als je zuvor. Man hat das Gefühl, dass in Wirklichkeit Finanzmärkte und Rating-Agenturen regieren und die Politik reagiert. Drei Jahre lang wurde von breit aufgefächerten Regierungen der falsche Weg gegangen, weil man nicht imstande war, sich auf relativ – unter Anführungszeichen – banale Punkte wie eine Finanztransaktionssteuer oder europäische Anleihen zu

einigen. Ich glaube, dass es jetzt höchst an der Zeit ist, in diesem Bereich wirklich einen anderen Weg einzuschlagen. Es gilt, diese Dominanz der Märkte zu brechen. Nicht alles und jedes darf danach hinterfragt werden, ob es finanzierbar ist.

Einige Beispiele: Was nutzen uns Einsparungen, die das Bildungssystem schlechter machen und diesem langfristig schaden? Was nutzen uns Einsparungen beim öffentlichen Verkehr? – Wenn es zu Tarifierhöhungen im öffentlichen Verkehr gekommen ist, fahren die Leute mehr mit den Autos, werden die Luft schlechter und der Lärm größer. – All das nutzt uns nichts! Nicht alles lässt sich gleich monetär bewerten.

Jetzt komme ich noch einmal zu Kollegen Ulm, weil er die Schulden der Stadt, wie auch manch anderer, angesprochen hat. – Ich meine, man muss mit dem Prozentrechnen ein bisschen vorsichtig sein. Hätte nämlich die Stadt Wien vor 6 Jahren auch nur um 900 Millionen EUR weniger Schulden gehabt, dann hätte es keine Schuldenexplosion um das Doppelte und Dreifache, sondern um das Zwanzigfache und Dreißigfache gegeben. Wenn also mit Prozentsätzen argumentiert wird und die absoluten Zahlen verschwiegen werden, dann bewirkt man damit bewusst ein falsches Bild.

Das Gleiche gilt für die 350 Millionen, die dann plötzlich immer eingestreut werden, die wir bei der Pensionsreform einsparen könnten. Ich war ja froh, dass auf Nachfrage die ehrliche Antwort gekommen ist: Es sind 30 Jahre. – Also: Im Schnitt werden es 10 Millionen. Wenn man jetzt schnell beginnt, dann werden es in den ersten 5 Jahren, wie Sie wissen, maximal 2 bis 3 Millionen. (*Zwischenruf von GR Mag Dietbert Kowarik.*) Hören Sie kurz noch zu! Das ist minimal im Vergleich zu dem, was uns momentan an finanziellen Mitteln fehlt. Aber dargestellt haben Sie einen Einsparungsbereich von 350 Millionen EUR im Bereich der Pensionen.

Ich verrate Ihnen etwas: Bis ins Jahr 2400 haben wir hunderte Milliarden an Einsparungen in allen Bereichen. Na und? Sagt uns das irgendetwas? – Nein, das sagt uns natürlich überhaupt nichts. (*Zwischenruf von GR Mag Dietbert Kowarik.*) Entschuldigung? Dazu kommt ich beim nächsten Punkt!

Wir haben natürlich ein gemeinsames Budget beschlossen, aber SPÖ und GRÜNE sind nach wie vor zwei unterschiedliche Parteien. Man einigt sich, und ich stehe dazu - ich sage das ganz bewusst: Ich will mich von nichts in diesem Budget distanzieren, überhaupt nicht; das ist unser gemeinsames rot-grünes Budget. Bei manchen Sachen gelingt es, sie gemeinsam umzusetzen, bei manchen nicht so sehr. Ich weiß, ich bin hier gestanden und habe gesagt, es ist mein Ziel, beim PID zu reduzieren. Ich muss zerknirscht zur Kenntnis nehmen: Das ist mir nicht gelungen. Aber - ich sage es ganz offen - ich halte die rot-grüne Koalition in Wien mit allem, was wir im ersten Jahr geschafft haben und was wir in den kommenden Jahren schaffen werden, für viel zu wertvoll, um sie deshalb aufs Spiel zu setzen.

Es gibt einen zweiten Punkt, wo ich unglücklich bin, wo ich allerdings die Finanzierung tatsächlich in der

jetzigen Situation nicht sehe. Wir haben ja in der Rede des Kollegen Eisenstein zum Teil wiedererkannt - ich habe mir gedacht, er hat meine Rede von vor drei Jahren abgeschrieben; das hat er nicht notwendig, darum geht es also nicht -, was bereits zur Frage der Bezirke diskutiert worden ist. Na selbstverständlich hätte ich gerne, dass wir als Stadt Wien in der jetzigen Situation mehr Geld zur Verfügung hätten. Und ich glaube, da würde ich dann auch bei meinem Koalitionspartner/meiner Koalitionspartnerin offene Türen einrennen: Hätten wir wirklich mehr Geld zur Verfügung - weil es endlich eine Vermögenssteuer gäbe et cetera -, na, selbstverständlich würden dann auch die Bezirke mehr Geld bekommen! (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sie lügen uns doch in den Sack, bitte!*) Es ist ja nicht so, dass wir heute hier über ein Budget diskutieren, wo das Füllhorn über die Stadt Wien ausgeschüttet wurde, und aus Boshaftigkeit gibt man dem einen nichts und dem anderen nichts et cetera. So ist es doch nicht, sondern wir alle wissen, dass wir in Wirklichkeit in einer sehr engen finanziellen Situation stecken. Wir haben uns dazu verpflichtet, unter anderem den innerösterreichischen Stabilitätspakt einzuhalten. Da sage ich auch dezidiert dazu: Solange man verschuldet ist und der innerösterreichische Stabilitätspakt sagt, ja, ihr könnt bis zu einem gewissen Rahmen Schulden machen, halte ich es auch für in Ordnung, dass es so etwas gibt. Ich halte es für falsch, wenn er uns vorschreibt, Überschüsse zu machen. Das halte ich tatsächlich als Körperschaft für falsch. Aber dass wir in Wien mittelfristig auch wieder schauen - und das haben meine Vorredner und Vorrednerinnen des Öfteren gesagt -, dass wir die Schulden wieder reduzieren werden - wollen und werden -, das ist vollkommen klar.

Eine Anmerkung noch ganz allgemein zur Frage der Vermögenssteuer, Kollege Neuhuber: Gerade in den letzten beiden Jahren, im Jahr 2008, Anfang 2009, stimmt es – zumindest wenn man dem Vermögensreport von Valluga et cetera glaubt -, dass den Reichen und Superreichen das Vermögen etwas geschrumpft ist. Aber wenn man die aktuellen Reportzahlen liest, dann erkennt man, dass selbst in der Krisenzeit der Reichtum zu den Reichen und Superreichen zurückgekehrt ist.

Und jetzt zu Ihrem Beispiel, wo Sie sagen: Was macht jemand, der möglicherweise sogar 2 Millionen, 3 Millionen EUR hat, die in Grund und Boden geparkt sind, wie zahlt der möglicherweise dann 20 000 bis 30 000 EUR im Jahr? - Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, der tut mir echt leid. Bei allem, was mir der echt leid tut, tun mir aber diejenigen noch ein bisschen mehr leid, die sich eine Eigentumswohnung gekauft haben, einen Kredit haben und arbeitslos werden, die auf Grund dessen, dass sie arbeitslos geworden sind, sofort oder nach einer gewissen Zeit möglicherweise ihr Haus aufgeben müssen, ihr kleines Einfamilienhaus, das sie sich ersparen wollten durch Arbeiten, wirklich durch Arbeiten. Das sind die, die zur Kassa gebeten werden, solange man die da oben in Ruhe lässt. Das ist das Problem!

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Wenn jemand ein Grundstück hat, das 3 Millionen EUR wert ist, und sich

derjenige davon nicht die Steuer leisten kann, dann soll er es verkaufen! Dann bleiben ihm immer noch 2,5 Millionen EUR und es geht ihm besser als 99,5 Prozent aller anderen Menschen in Österreich. (GR Mag Dietbert Kowarik: ... mehr gearbeitet!) Ich sage Ihnen das in dieser Härte und ich sage es Ihnen ganz offen. Menschen, die Millionen an Grundbesitz, Grund und Boden haben, sind nicht arm! Sie zählen zu den Reichen in diesem Land. (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Was ist mit den Betrieben?)

Also, dann reden wir einmal über die Betriebe. Bei den Betrieben ist die erste Frage, die sich stellt: Handelt es sich um Betriebsvermögen oder um Privatvermögen? (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Betriebsvermögen!) Betriebsvermögen ist, wenn wir über privates Vermögen reden, überhaupt nicht angesprochen! Ich rede die ganze Zeit über privates Vermögen und nicht über Betriebsvermögen. (GR Mag Alexander Neuhuber: Was ist mit einem Privaten, der einen Betrieb hat?)

So, und jetzt sage ich Ihnen etwas: Kollege Neuhuber, wenn von Ihnen ein grundsätzliches Ja zur Vermögenssteuer kommt, dann diskutiere ich das mit Ihnen gerne aus. Ich bin auch für Ihre Ratschläge dankbar, wie wir damit umgehen. Nur glaube ich, solange Sie dieses grundsätzliche Ja nicht signalisieren (GR Johann Herzog: Die Frage ist doch das Wie!), müssen wir auch in diese Richtung nicht weiterdiskutieren. (GR Johann Herzog: Die Frage ist doch das Wie, Herr Kollege!)

Damit komme ich zum nächsten Punkt - denn auch meine Redezeit neigt sich langsam, aber sicher dem Ende zu -: Es kommt immer wieder die Idee des mittelfristigen Finanzplans. Das hört sich super gut an. Und jetzt sage ich einmal, so viel Einblick habe ich in die Stadt Wien, dass ich sagen kann: Ja, sie macht sich Gedanken, wie es nächstes und übernächstes und überübernächstes Jahr ausschaut. Nur, wir haben ja ein großes Problem - ist Ihnen das noch nicht aufgefallen? -: Der Bund ändert jedes Jahr seine Voraussetzungen! Was soll ich einen mittelfristigen Finanzplan machen, wo ich nicht weiß, ob mir da 300 Millionen EUR fehlen oder ob ich sie mehr habe oder nicht? - Das ist eine Basis, die der Bund liefert, die momentan einen Fünf-Jahres-Plan ad absurdum führen würde. Wir haben einen Stabilitätspakt, der ... (Das Signal, das auf den Ablauf der Redezeit hinweist, ertönt.) - Ich habe noch 5 Minuten mehr! Das war auf 15 Minuten gestellt. Ich bin Erstredner! (Zwischenrufe bei der FPÖ.) Erstredner der Fraktion, Entschuldigung! (GR Mag Wolfgang Jung: Das haben Sie uns nicht zugestanden! Das hätte ich gern gehabt für Europa! - Weitere Zwischenrufe.) - Ich bin Erstredner in der Geschäftsgruppe!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (unterbrechend): Entschuldigung: Er ist tatsächlich der Erstredner ...

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (unterbrechend): Ja.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** (fortsetzend): ... und hat um diese fünf Minuten länger Zeit (Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ.), genauso wie Frau Dr Kappel Erstrednerin war, obwohl sie auch nachgereiht war. - Kollege Margulies redet jetzt

noch fünf Minuten. (Weitere Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (fortsetzend): Ich bin der erste Redner der GRÜNEN zu dieser Geschäftsgruppe! (GR Dr Kurt Stürzenbecher, in Richtung FPÖ und ÖVP: Ist das so schwer zu verstehen?) - Kolleginnen und Kollegen, ich verrate Ihnen etwas: Geben Sie mir eine Minute, und ich bin fertig! Dann müssen wir nicht lange darüber diskutieren! (Beifall bei ÖVP und FPÖ. - GR Mag Dietbert Kowarik: Das ist ein Argument!)

Ich wollte einen allerletzten Punkt erwähnen, wo ich nicht unglücklich darüber bin, dass auch dieser Punkt angesprochen wurde, und zwar gemeinsam mit unserem Koalitionspartner. Wer in der Kontrollausschusssitzung aufgepasst hat, der konnte hören, wie der Direktor der Wien Holding auf meine dezidierte Frage gesagt hat, es wird im gesamten Bereich der Wien Holding in Zukunft keine spekulativen Geschäfte mehr geben. Ich hoffe, dass das allen klipp und klar ist. Es hat gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in den letzten Jahren keine Spekulationsgeschäfte mehr gegeben, und wir werden als GRÜNE selbstverständlich weiterhin darauf achten. - Danke sehr. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Reindl. Die Redezeit beträgt 15 Minuten. - Bitte. (Ruf: Der dritte Erste!)

GR Mag Thomas **Reindl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Nein, ich bin kein Erstredner, keine Angst! Ich weiß, dass ich der Zweit- oder Drittedner meiner Fraktion bin.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Budgetdebatte heute zeigt ganz deutlich, dass der Weg, den die Stadt Wien eingeschlagen hat, nämlich der eines sozial ausgewogenen und grundsätzlich dem Konsolidierungstrend verschriebenen Budgets, der richtige Weg ist, denn sonst würden Sie von der Opposition das nicht so kritisieren.

Wir sparen auch strukturell, es wurde ja heute auch schon gesagt: Im Spitalsbereich (GR Mag Wolfgang Jung: Das AKH ist ein klassisches Beispiel!) ist, glaube ich, eine Jahrhundertreform geglückt, wo sechs Standorte auf zwei konzentriert werden - unter Zustimmung der Bezirke, unter Zustimmung der Belegschaft. Das ist ein sehr großes Verdienst, das uns hier gelungen ist.

Auch dass wir bei der Verwaltung einsparen, wollen Sie übersehen. Mit der Einführung von SAP - die Frau Vizebürgermeisterin hat es gesagt - wurden maßgebliche Overheadkosten reduziert, und damit wird der Weg fortgesetzt. Es ist dies ein „ongoing process“ - das ist nichts, was steht, sondern es wird laufend in diesem Bereich gearbeitet, und es gibt auch noch den einen oder anderen Bereich, der nachgeholt wird.

Auch dass der Personalaufwand beziehungsweise die Anzahl der Personen, die im Magistrat arbeiten, sinkt, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, und auch dass wir als Politiker auf die Bezugserhöhung für 2012 verzichten werden. Das wird erst beschlossen werden, aber auch

das ist ein Beitrag, ein kleiner Beitrag zum Sparen.

Wichtig ist mir auch, dass wir in hohem Maße arbeitsplatzschaffende Investitionen tätigen. Wir haben über 2,7 Milliarden EUR als Investitionsbudget für nächstes Jahr vorgesehen. Da können wir uns sicherlich mit Stolz und erhobenen Hauptes durch Österreich bewegen, denn so eine Wirtschaftskraft hat nur Wien, um so etwas auf die Beine zu stellen.

Ein Musterbeispiel für mich, wie man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten optimiert, ist auch die Wiener Stadtwerke Holding. Erstens, man konzentriert sich auf einen Standort - das passiert bei TownTown. Zweitens, man trennt die Leitungsnetze für Gas und Elektrizität vom Gesamtbetrieb und unterwirft sie den marktwirtschaftlichen Regelungen. Drittens, es gibt Tarifgespräche, sprich, Kollektivvertragsverhandlungen, mit dem Personal in den verschiedensten Firmen, wo es Vereinheitlichungen geben soll, wo die Zulagen umgestellt werden sollen. Die Gleitzeit ist auch noch zu erwähnen, die verbessert eingeführt werden soll. Das alles soll dazu führen, dass die Flexibilität steigt und dass auch die Mitarbeiterzufriedenheit nicht absinkt.

Was mich als Donaustädter besonders freut, ist, dass die Stadt im Zusammenhang mit dem Bau der Seestadt Aspern erkannt hat, dass es auch sehr, sehr notwendig ist, hier verkehrsinfrastrukturmäßig nachzuziehen. Die U2-Verlängerung wird vor Fertigstellung der Seestadt in der Seestadt sein und auch wichtige Siedlungsgebiete auf dem Weg dorthin anschließen. Genauso wie auch die Straßenbahnlinie 26, die jetzt von der Donaufelder Straße über den Gewerbepark Stadlau bis zur Hausfeldstraße verlängert wird, eine der wichtigen zukünftigen Tangentialverbindungen in Ost-West-Richtung ist. Und nebenbei bleibt die Linie 26 dann auch noch an drei U-Bahn-Linien stehen, nämlich an der U6, an der U1 und an der U2. - Also das sind hervorragende Ergebnisse.

Der nächste Punkt, den ich erwähnen möchte, ist, dass die Wiener Linien auch - du hast das ohnedies schon angesprochen, Nicole - bei Bombardier neue Fahrzeuge bestellt haben - die Vertragsverhandlungen sind diesbezüglich im Laufen -, um auf der Linie U6 dem steigenden Bedürfnis nach mehr Verkehrsmitteln nachzukommen.

Detto die Wien Holding. Es gäbe jetzt noch sehr viel zu erzählen, zum Beispiel über die Geothermieanlage, für die vorige Woche der Spatenstich - oder der Spatenanschlag, weil ja eine Bohrung stattfindet - erfolgt ist. Hier werden 45 Millionen EUR in ein Erdwärmekraftwerk investiert, das die komplette Seestadt Aspern versorgen wird. Das ist ein tolles Umweltprojekt - wir sparen damit sehr viel CO₂, weil wir kein Gas verwenden, sondern die Wärme aus der Erde - und auch ein Musterumweltprojekt. Und Wien ist auch in diesem Punkt Spitzenreiter, was die Umwelttechnologien betrifft.

Kurz zwei, drei Worte noch zur Wien Holding. Auch hier sind die 75 Unternehmen, die wir dort unter einem Dach haben - im Kulturbereich, im Immobilienbereich, Logistik, Mobilität, Umwelt, Medien und Bildung -

Leuchttürme. Die mehr als 13 500 in diesen Firmen und für diese Firmen arbeitenden Menschen schaffen eine Wertschöpfung von 1 Milliarde EUR für Wien. Meine Damen und Herren, das ist gelebte Wirtschaftspolitik, so wie wir sie umsetzen!

Ich möchte auch kurz auf meine Vorredner eingehen. Kollege Neuhuber, die Aufregung betreffend das PID-Budget, diese 3 Millionen EUR, verstehe ich nicht ganz. Es war ja bis vor Kurzem so, dass jede Geschäftsstelle, sprich, jedes Stadtratbüro, ein eigenes Öffentlichkeitsbudget gehabt hat. Dieses Budget wurde nun im PID zentralisiert. Das heißt, diese 3 Millionen EUR stehen jetzt zwar beim PID, aber die Einsparungen, die Kürzungen, die auf den Stadtratpositionen erfolgt sind, sind wesentlich höher. Daher ist es unterm Strich gesehen eine Reduktion des Budgets - auch wenn der PID steigt, aber in der Gegenrechnung ist es eine Reduktion.

Auch etwas zur Behauptung - Kollege Margulies hat das ja schon angesprochen -, wir hätten über die Verhältnisse gelebt oder wir seien schuld: Kollege Ulm, deine wirtschaftliche Expertise wäre zu verbessern. Also, zu sagen, die jetzige Krise ist nicht die Schuld der Wirtschaft - Entschuldigung: Eine Teilwirtschaft ist sehr wohl sehr, sehr schuld, und diese Teilwirtschaft ist leider die Finanzwirtschaft, die in einem weltweiten wahnwitzigen Projekt geglaubt hat, 20 Prozent Rendite erzielen und große Gewinne machen zu müssen - auf Kosten, wie wir heute wissen, des Steuerzahlers.

Wie auch die Krise zunächst eine Bankenkrise war. Hier wurde maßgeblich von den Staaten finanziert, um - auf der einen Seite - die Banken nicht in den Konkurs gehen zu lassen. Diese Bankenkrise hat dann übergreifen auf die Wirtschaft, ist zu einer Wirtschaftskrise geworden. Wie haben die Länder und Staaten reagiert? - Indem Konjunkturprogramme geschnürt wurden, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und auch ein positives Wirtschaftswachstum dazu beizutragen.

Heute sind wir leider bei einer Krise angelangt, die auch den Staatshaushalt betrifft, und diese Krise, die wir haben, ist ursprünglich von der Wirtschaft verursacht - und nicht durch unser eigenes Verschulden. Kollege Margulies hat schon darauf hingewiesen: Bis 2008 hätte niemand geglaubt, dass so etwas passiert, was sich die letzten drei Jahre abgespielt hat.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie müssen aber auch zugeben, dass die Stadt Wien diese drei Jahre relativ gut gemeistert hat - auch wenn es Schmerzen gibt, die weh tun, auch wenn es Arbeitslosigkeit gibt, die weh tut, aber insgesamt gesehen sind wir hier auf einem sehr guten Weg.

Und weil die Schuldendebatte losgebrochen wurde und die Aufregung unter dem Motto „Ach, wir haben doch so viele Schulden!“: Wir hatten 2009 1,1 Milliarden EUR Schulden, wobei da schon die Konjunkturpakete, die 2008 und 2009 finanziert wurden, enthalten waren. Wir halten heute bei knapp 1 700 Millionen EUR. Diese Differenz, und das wissen Sie ganz genau, ist voriges Jahr ... (StR DDr Eduard Schock: 4,4 Milliarden, Herr

Kollege! Sie sagen die falschen Zahlen!) - Ich sage keine falschen Zahlen, ich zitiere aus einer Tageszeitung. (StR DDr Eduard Schock: *Die Frau Brauner hat andere Zahlen!*) Ich zitiere aus einer Tageszeitung: „Schulden der Länder und Gemeinden.“ (StR DDr Eduard Schock: *4,4 Milliarden haben wir nächstes Jahr!*) - Ich rede von jetzt und nicht von dem, was nächstes Jahr sein wird. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Wir machen aber das Budget für das nächste Jahr!*)

Auf alle Fälle, wenn ich mir hier die anderen Länder anschau, so sieht es wie folgt aus: Hinter uns (GR Mag Dietbert Kowarik: *Die Sintflut!*) liegt noch Tirol - die haben ein bisschen weniger -, aber wenn ich mir Niederösterreich oder Kärnten ansehe, dann haben die ein Vielfaches der Wiener Schulden. Allerdings muss man auch den Vergleich ziehen: Wie ist denn die Wirtschaftsleistung dieser Bundesländer? Da muss ich sagen, Wien hat 40 Prozent des österreichischen BIP als Wirtschaftsleistung; was die anderen Länder haben, können Sie daraus ableiten. Aber das heißt, in Relation haben wir ein sehr, sehr geringes Budgetdefizit.

Es wurde auch angesprochen, dass wir als Stadt Wien schuld daran wären, dass wir unser Rating, das heißt, das Staats-Rating verlieren werden. Das möchte ich aufs Schärfste zurückweisen. Wien hat immer den Stabilitätspakt auf Punkt und Beistrich eingehalten. Wir haben in den konjunkturell goldenen Zeiten, von 2000 bis zum Beginn der Krise 2008, maßgeblich die Schulden reduziert. Während im Bund vom Nulldefizit gesprochen wurde und die Schulden weiter gestiegen sind, haben wir die Schulden reduziert. Sie als FPÖ waren damals auch in der Regierung, also Sie können da keine Kindesweglegung betreiben. Sie wissen ganz genau, welche Verfehlungen damals in der Wirtschaftspolitik in Österreich von der rot-schwarzen ... - ah, von der schwarz-blauen Regierung; dass ich noch das Richtige sage! - begangen wurden. (*Heiterkeit bei GR Mag Dietbert Kowarik, GR Mag Wolfgang Jung und StR DDr Eduard Schock.*)

Ja, freuen Sie sich, Herr Jung! Ich habe mich versprochen, stellen Sie sich vor! (GR Mag Dietbert Kowarik: *Freuen tun wir uns nicht!*)

Wobei ja offenbar das wichtigste Thema für die FPÖ sowieso der Friedhof beziehungsweise die Bestattungen sind. Den Antrag des Herrn Professors kann ich nicht ganz nachvollziehen, denn er wünscht sich etwas, was es in Wien schon gibt. Am Zentralfriedhof kann sich jeder eine abbaubare Urne als letzte Ruhestätte aussuchen, mit Gedenkstein oder ohne Gedenkstein. Also es gibt das schon, und es wird auch angenommen. Die Leute wollen das, und die Stadt Wien und die Friedhöfe haben auch reagiert.

Und abschließend noch zwei, drei Themen zu den Spekulationsgeschäften, die ja hier auch so sehr großgeschrieben werden. Herr Wansch, ich kann mich noch gut erinnern, wie Sie vorige Woche im Kontrollausschuss gesagt haben: „I kenn mi jo net aus!“ - Und das hat sich bis heute bestätigt. Sie haben es leider verabsäumt, das „Ich kenne mich nicht aus“ zu relativieren, und zwar im Zusammenhang mit der

Stadthalle, mit den Spekulationsgeschäften. Es hat hier sowohl der Geschäftsführer der Wien Holding als auch der zuständige Rechnungswesenverantwortliche der Stadthalle jede Frage penibelst beantwortet und klargestellt, dass es sich nicht um Spekulationsgeschäfte handelt, sondern (GR Mag Dietbert Kowarik: *Was soll er sonst sagen?*) - nicht: Was soll er sonst sagen? - das sind normale Absicherungsgeschäfte, wenn Sie ein Geschäft machen. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Kontrollamtsbericht lesen!*) Und Sie wissen, dass die Halle F auf Leasingfinanzierung gebaut wurde, Sie wissen, dass diese Leasingfinanzierung abgesichert wurde, Sie wissen, dass diese Absicherungen stattgefunden haben. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Das waren aber keine Absicherungen!*) Und es wurden zusätzliche Ertragsmöglichkeiten gesucht und auch gefunden.

Tatsache ist auch: Aus diesen Geschäften sind bis heute 350 000 EUR Überschuss entstanden - und kein Verlust. Und das wird auch so bleiben, denn wenn die Geschäfte Ende nächsten Jahres auslaufen und die Landschaft hat sich nicht so verbessert, wie erwartet, dann wird man die Geschäfte prolongieren, um einen guten Zeitpunkt zu erwischen.

Also: Absolut keine Ahnung von solchen Finanztransaktionen. Ich kann dem Kollegen Wansch nur sagen: Ja, Sie haben wirklich keine Ahnung! Sie, Frau Kappel, haben ja dasselbe gesagt - beziehungsweise Sie haben zumindest nicht gesagt, dass Sie keine Ahnung haben.

Zur Pensionierungspraxis, möchte ich nur kurz sagen, hat der Kontrollausschussbericht auch klar ergeben, dass sich die Stadt Wien da überhaupt nichts vorzuwerfen hat, Herr Kollege Ulm. Alle Ihre Vorwürfe haben sich in Luft aufgelöst, der Kontrollamtsbericht zeigt das sehr gut. Dass Sie ihn jetzt zu Ihren Gunsten auslegen wollen, sei Ihnen zugestanden. Allerdings: Wer schaut, was schwarz auf weiß auf dem Papier steht, wird sehen, dass das nicht stimmt.

Ich bitte um Zustimmung zum Budget. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist von den DebattenrednerInnen niemand mehr gemeldet. Es gelangt nun Frau VBgmin Mag Brauner zu Wort. - Bitte.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Herr Vorsitzender!

Danke, sehr geehrte Damen und Herren, für die Diskussion! Ein wenig mehr an sachlichen Argumenten hätte ich mir schon gewünscht, aber mir ist schon klar - und das ist ja bei allen Fraktionen so -, dass natürlich bei so einer wichtigen Diskussion auch die Emotionen und vielleicht das eine oder andere Mal auch ein bisschen die Polemik mitspielen. Das gehört auch zur Politik dazu.

Was mich ein bisschen überrascht hat in der Diskussion, ist: Ich bin mir ein bisschen so wie beim Schattenboxen vorgekommen. Es sind immer Dinge aufgebaut worden, Zahlen genannt worden, Behauptungen in den Raum gestellt worden, die in keinsten Weise mit der Realität zu tun hatten, und gegen die hat man dann ganz wild argumentiert. Es hat schon damit begonnen, dass ein Kollege - ich glaube, es war

Kollege Aichinger - gemeint hat, sein Kritikpunkt an diesem Budget ist, dass die Investitionen sinken. Ich habe mir das aufgeschrieben, weil ich es gar nicht glauben kann. Ich habe ja einen ganz wichtigen Teil meines Beitrages gerade eben auch als Signal in Richtung Wirtschaft darauf aufgebaut, dass es uns eben gelungen ist, trotz großer Schwierigkeiten, dass die Investitionen in diesem Budget steigen, weil das eben so wichtig ist.

Es ist mir auch unterstellt worden - ich weiß nicht mehr genau, von wem -, wir würden die Arbeitslosigkeit kleinreden oder nicht für wichtig nehmen. Ganz im Gegenteil! Ich habe einen eigenen Teil meiner Einleitung dem Thema Arbeitsmarkt gewidmet, und Sie wissen, mein Herz gilt hier besonders den Jugendlichen, weil ich glaube, dass junge Menschen ohne Arbeit, ohne Ausbildung das Schlimmste sind, was uns allen miteinander passieren kann - gesellschaftspolitisch, bildungspolitisch, sozialpolitisch, integrationspolitisch und nicht zuletzt auch wirtschaftspolitisch, weil wir die Fachkräfte ja brauchen. Das wissen wir ja jetzt schon, und zum Teil sehen wir den Facharbeiter- und Facharbeiterinnenmangel auch schon.

Was man aber auch erwähnen muss, wenn man über die Arbeitslosigkeit in Wien spricht - neben vielen anderen speziellen Strukturen, die eine Millionenstadt wie Wien eben hat -: dass täglich 250 000 Menschen aus der Umgebung nach Wien kommen und hier Arbeit finden. Jemand hat gesagt, große Städte sind Wirtschaftsmotoren. - Jawohl, Wien ist! der Wirtschaftsmotor dieser Region und zum Teil von ganz Österreich in vielen Bereichen. Und ein ganz klares Indiz dafür ist, dass eben 250 000 Menschen, die nicht in dieser Stadt leben, aber hier arbeiten, von denen viele aus Niederösterreich, aus dem Burgenland, aber auch noch sehr viel weiter her kommen.

Da sind Dinge in den Raum gestellt worden, die, denke ich, mit der Realität wenig zu tun haben, genauso wie hier behauptet wurde - ich glaube, es war Kollege Ulm, der das gesagt hat -, wir hätten Personalkosten von 6 Milliarden EUR. Das würde bedeuten, dass mehr als die Hälfte unseres Budgets ins Personal fließt. Ich wage jetzt gar nicht in die Richtung des Kollegen Meidlinger zu schauen und mir vorzustellen, auf welche Ideen man ihn damit bringen könnte. Natürlich ist diese Zahl völlig an den Haaren herbeigezogen, und ich weiß nicht, wie sie entstanden ist und woher sie kommt. - Aber das meinte ich mit Schattenboxen: Da wird gegen etwas argumentiert, das - seien Sie mir nicht böse - aber so was von weg von der Realität ist! Diese Zahl stimmt überhaupt nicht.

Kollege Aichinger - ich möchte noch einmal auf ihn zurückkommen - hat aber auch zwei Punkte angesprochen, die ich für sehr wichtig halte und auf die ich auch eingehen möchte. Du hast gemeint, die Aufgabe, die wir jetzt haben, ist einerseits, den Export zu steigern, und andererseits, die Ausbildung zu intensivieren. - Jawohl, das ist genau der Weg, den wir auch gehen. Ich darf in Erinnerung rufen, dass ich schon vor längerer Zeit eine WIFO-Studie zuerst in Auftrag

gegeben und dann präsentiert habe. Und neben vielen anderen Dingen ist eines der Ergebnisse zum Beispiel auch gewesen, dass wir bei dem hohen Dienstleistungsanteil, den wir in Wien haben, stärker auf Export setzen müssen. Denn das ist ein Grund, warum wir eine geringere Exportquote haben als andere Bundesländer: weil wir eben diesen hohen Dienstleistungsanteil haben, weil die Wirtschaft klein- und mittelständisch organisiert ist und weil da natürlich die Exportorientierung sehr viel schwieriger ist.

Aber wir haben das nicht nur theoretisch diskutiert, wir haben auch unsere Richtlinien in der Wirtschaftsagentur schon so geändert. Und das wissen eigentlich alle Fraktionen, die hier sitzen, weil ja alle Fraktionen auch in der Wirtschaftsagentur vertreten sind. Und dass wir eine Internationalisierungsförderung haben, dass alle unsere Förderungen sich ganz speziell auf die Klein- und Mittelbetriebe konzentrieren, dass wir sie im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Krise auch auf den Dienstleistungsbereich ausgeweitet haben, all diese Dinge sind eigentlich bekannt. Aber ich wiederhole sie gerne und ich stimme sehr gerne zu, dass das der Weg ist, den wir einschlagen müssen.

Genauso, wie ich sehr gerne sage, jawohl, wir müssen auch im Vergabebereich schauen, dass wir möglichst flexibel - nun, bleiben ist ein bisschen übertrieben, denn sehr flexibel sind wir bei den Vergaben nicht. Es ist ja kein Zufall, dass die Schwellenverordnung verlängert wurde; da haben wir uns ja alle miteinander auf europäischer Ebene sehr dafür eingesetzt. Und ich bin gerne bereit, in einem konstruktiven Gespräch - nicht mit Handheben, denn so einfach ist das nicht, aber in einem konstruktiven Gespräch -, vielleicht auch mit einer kleinen Arbeitsgruppe zu schauen: Was können wir hier noch tun, damit die Wiener Unternehmungen besser davon profitieren können, natürlich im Rahmen der Korrektheit und des Legalen? Aber dazu bin ich sehr gerne bereit, weil es mir natürlich ein ganz großes Anliegen ist, die Wiener Betriebe auch entsprechend zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass sie auch davon profitieren können. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Eine weitere Bemerkung, die hier formuliert wurde, wurde schon richtiggestellt. Ich glaube, es war Kollege Aigner, der gemeint hat, durch den Finanzausgleich sei der Geldsegen über die Länder und über Wien im Besonderen hereingebrochen. Auch hiezu muss ich schon sehr klar sagen: Niemandem wäre es lieber, wenn Sie recht hätten, Herr Kollege, als mir. Leider stimmt es gar nicht. Zum einen muss man ja grundsätzlich sagen - das wird üblicherweise von Bundesvertretern vergessen -, wenn man über den Finanzausgleich redet, dass zwei Drittel des Steuergeldes, das in diesem Finanzausgleich verwendet wird, beim Bund verbleiben und nur ein Drittel an alle Länder und Kommunen gemeinsam geht. Der Bund macht das natürlich aus taktischen Überlegungen, dass darüber nicht gesprochen wird. Nichtsdestotrotz ist es wahr.

Genauso wahr ist, dass jetzt in der Krise keine zusätzlichen Millionen über uns hereingebrochen sind - wie gesagt, schön wäre es -, sondern die Wahrheit ist,

dass uns mehr als 1 Milliarde - da habe ich aber jetzt noch gar nicht dynamisch gerechnet, rein nur statisch gerechnet - an Einnahmen, die normalerweise auf Grund der gemeinschaftlichen Bundesanteile dem Land Wien zugestanden wären, entgangen sind.

Genauso wenig ist es richtig, dass der Bund sich schon in zwei Jahren ein Nulldefizit vorgenommen hat. Im Gegenteil, der Bund geht davon aus, dass er frühestens 2017 ein Nulldefizit erreicht. Und interessanterweise definiert der Bund ein Nulldefizit bei ihm als 0,35 Prozent Defizit. Das halte ich auch für eine interessante Definition und nicht für das, was ich als Gleichbehandlung und Augenhöhe bezeichne. Null ist null, oder eben nicht. Aber zu sagen, für uns ist ein Nulldefizit ein Abgang von 0,35 Prozent des BIP, wird vielleicht gute Gründe haben - wir sind ja in Gesprächen zu diesem Thema, und vielleicht kann man es mir noch erklären -, aber jedenfalls, und das ist ganz sicher, von einem Nulldefizit - wurscht, ob es jetzt 0 oder 0,35 Prozent ist - ist 2013 ganz sicher keine Rede.

Noch etwas muss ich richtigstellen, weil mir das auch sehr wichtig ist: Es ist gesagt worden, die Parktarife werden verwendet, um das Budget zu stopfen. Auch das möchte ich ganz entschieden zurückweisen, denn das wäre ungesetzlich. Es ist ganz klar festgelegt, dass die Maßnahmen, die hier gesetzt werden, Lenkungsmaßnahmen sind und Lenkungseffekte haben und dass die Gelder ganz klar zweckgewidmet sind - für den öffentlichen Verkehr, für Garagen, für Verkehrssicherheit und vieles andere mehr. Das war so, das ist so, sehr geehrte Damen und Herren, und das bleibt auch so.

Es wurde kritisiert, dass die Mindestsicherung als etwas Erstrebenswertes gesehen wurde. - Also erstens einmal glaube ich nicht, dass das irgendjemand in einem Diskussionsbeitrag gesagt hat, und vor allem glaube ich nicht, dass jemand, der schon einmal mit 750 EUR im Monat auskommen musste, das als so wahnsinnig erstrebenswert sieht. Weder ist das von der Summe her so erstrebenswert noch von dem damit verbundenen Leben. Wir wissen spätestens seit den Arbeitslosen von Marienthal, was Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialleistungen auch psychisch und psychologisch mit Menschen anstellt. Es muss unser aller Ziel sein, Menschen wieder in die Lage zu versetzen, ihr Leben eigenständig zu verdienen. Und genau dem dient die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Auch das ist keine Behauptung von mir, sondern wir können es an den Zahlen beweisen - ich nehme an, in der Fachdiskussion bei Kollegin Wehsely wird das noch genau diskutiert werden -, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht die befürchtete Hängematte, sondern das geplante Sprungbrett war und dass viele Menschen aus der Mindestsicherung heraus versuchen, in Beschäftigung zu kommen. Das war genau das Ziel, und das ist gut so.

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Gudenus hat es geschafft, seine Rede damit einzuleiten, dass er gemeint hat, man sollte doch über das Budget reden, und hat dann selber über alles geredet, nur nicht über das Budget. Mir fällt es schwer, dazu inhaltlich Stellung

zu nehmen, denn es war das übliche Sammelsurium von falschen Zahlen, Unwahrheiten und Beschimpfungen. Ich denke, das war ein trauriger Tiefpunkt der Diskussion in diesem Hause, und ich freue mich, dass zumindest die anderen versucht haben, sich inhaltlich an der Diskussion zu beteiligen. Wenn ich auch in vielen Fragen nicht ihrer Meinung bin, aber sie haben zumindest inhaltlich gesprochen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Noch einmal zum Thema Arbeitslosigkeit und zu der Frage, wie die Stadt Wien mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen umgeht. Ich glaube, Herr StR Juraczka, den ich im Moment nicht im Saal sehe, hat einen seiner Kritikpunkte darauf bezogen, dass er gemeint hat - und das ist ein Argument, das ich natürlich aufgreife und auch sehr gerne meine Position dazu sage; mit den anderen Kritikpunkten tue ich mir ein bisschen schwer, denn das Budget 2012 zu diskutieren und die Europameisterschaft 2008 als Argument ins Treffen zu führen, da tue ich mir nicht so leicht -, dass sich die Alterspension der Stadt Wien, also der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt, so sehr unterscheidet von der des Bundes. Dazu gäbe es jetzt viel zu diskutieren, aber eines möchte ich schon sagen - Herr Stadtrat ist noch nicht so lange bei uns, aber ich gebe ihm gerne diese Information -: 90 Prozent unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind nicht vergleichbar mit Bundesbeamten. 90 Prozent, ja über 90 Prozent sind Dienstleister und Dienstleisterinnen, sind Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen - mit einem kaputten Kreuz nach einer gewissen Zeit -, sind Feuerwehrleute, die von der körperlichen Tüchtigkeit her in der Lage sein müssen, in den 5. Stock hinaufzurennen und dann unter Umständen Menschen hinunterzuschleppen; sind Kanalarbeiter - „Kaneuler“, wie man bei uns so sagt -, die tief hinuntersteigen müssen über schmale Leitern und sich durch enge Gänge zwingen müssen, und vieles andere mehr.

Das heißt, wenn Vergleich mit Bundesbeamten, dann, bitte, sehr geehrte Damen und Herren, einen fairen Vergleich! Und ich denke, dieser faire Vergleich spricht für unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kollege Neuhuber ist auf Keynes eingegangen. Ich würde ihn zwar nicht unbedingt als Säulenheiligen bezeichnen, aber, jawohl, keynesianische Wirtschaftspolitik ist - natürlich in moderner Ausformung und immer auf die kommunale Ebene angepasst - sicher eine Grundlage, mit der wir uns befassen und die für uns wichtig ist. Und er hat gesagt, man darf nicht vergessen, keynesianische Wirtschaftspolitik heißt nicht nur, in schlechten Zeiten investieren, sondern heißt auch, in guten Zeiten sparen. Und da hat er schon recht, dass er das sagt, weil das nicht immer alle so sehen - aber wir in Wien schon, sehr geehrte Damen und Herren! Wir in Wien schon, denn wir haben genau das gemacht. Wir haben in den guten Zeiten - wenn ich Ihnen das hier zeigen darf *(Die Rednerin hält eine Graphik in die Höhe.)*: hier ist null - ein Nulldefizit, und wir haben in guten Zeiten - wir haben genau das gemacht! - Überschüsse produziert, an den Bund abgeliefert,

Schulden zurückgezahlt. Und ganz eindeutig sieht man hier das Jahr 2009/2010, also ganz genau die Wirtschaftskrise. Wir können an unserem Budget Lehman Brothers genau ablesen. Erst dann haben wir begonnen - und zwar nicht leichtfertig, sondern sehr bewusst, sehr gezielt und sehr verantwortungsvoll - auch entsprechend Mittel einzusetzen, um gegen die Krise anzukämpfen.

Und deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, brauchen wir nicht eine Verfassungsregelung auf Landesebene, die uns vorschreibt, dass wir Schulden zurückzahlen können, wenn Geld da ist. Wir tun das! Wir brauchen kein Gesetz dazu, sondern wir machen das, wir haben das schon gemacht und wir werden das auch wieder machen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und von GR David Ellensohn.)*

Kollegin Kappel, Kollege Wansch und noch einige andere haben - und ich möchte das wirklich positiv festhalten - sich bemüht, inhaltlich zu diskutieren und haben im Gegensatz zu ihrem Klubobmann auch inhaltliche Argumente gebracht. Leider kann ich vielem nicht zustimmen, beziehungsweise bei einigen Punkten glaube ich, dass hier einiges durcheinandergelassen ist.

Sehr geehrte Frau Kollegin - ich glaube, Sie waren das, Sie haben einige Beispiele genannt -, Wohnbadaufdarlehen auf der einen Seite sozusagen in denselben Topf zu werfen wie die Situation eines börsennotierten Unternehmens, wie der Flughafen eines ist - das sind schon sehr unterschiedliche Paar Schuhe, und ich denke, die kann und soll man seriöserweise nicht in einen Topf werfen.

Von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit den Frankenkrediten der Stadt zu sprechen, ist - tut mir leid - schlicht und einfach falsch; genauso falsch wie die Behauptung, wir hätten Verluste, die die Stadt mit diesen Frankenkrediten eingefahren hat. Ich sage es immer wieder und ich sage es gerne in dieser Runde noch einmal: Die Stadt Wien zahlt Kredite dann zurück, wenn es günstig ist, und sie zahlt sie nicht zurück, wenn es nicht günstig ist. Und deswegen gibt es hier keine Verluste, weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart noch in der Zukunft.

Genauso möchte ich Ihnen schon Folgendes sehr deutlich sagen - ich weiß jetzt nicht, wer das war, der behauptet hat, wir hätten keine konsolidierten Bilanzen in unseren Unternehmungen -: Hallo! Bitte, sehen Sie überhaupt keine Berichte der Wiener Stadtwerke, der Holding? Ich verteile sie gerne noch einmal. Aber selbstverständlich! Das sind ja Unternehmungen, die zum Teil auch am privaten Markt tätig sind, gemeinsam mit privaten Partnern, mit einer Vielzahl von privaten Partnern. Selbstverständlich ist hier alles einsichtig, selbstverständlich transparent, selbstverständlich überall zu haben, wenn man sich ein bisschen dafür interessiert und die Dinge auch wirklich sehen möchte.

Genauso weiß man, wenn man sich wirklich interessiert und die Dinge sehen möchte - aber ich sage es auch gerne noch einmal -: Selbstverständlich hat die Stadt Wien ein Rechnungswesen und eine

Kostenrechnung! Es ist ja fast lächerlich, dass man das hier behaupten muss, aber offensichtlich ist es notwendig. Selbstverständlich haben wir das!

Wir sehen nur, und damit komme ich auf einen anderen Punkt, die Frage der Doppik und der Kameralistik vor einem anderen Hintergrund. Es hat ja hier, gerade von Seiten der Freiheitlichen, sehr viele Wünsche und Forderungen gegeben - fast fällt einem der Begriff Wunschkonzert ein -: Es muss alles billiger werden, es müssen überall die Tarife herunter, es müssen überall die Gebühren herunter. Die Steuern dürfen aber nicht steigen. Und die Schulden müssen auch gleichzeitig zurückbezahlt werden. - Das wird ein bisschen schwierig: Weniger Geld einnehmen, nichts zusätzlich an Einnahmen haben, trotzdem viele Ausgaben - so viele Ausgaben, die Sie selber ja auch heute zum Beispiel wieder vorgeschlagen haben. Sie haben sogar vorgeschlagen, dass wir etwas in einem Bereich, der eindeutig Bundesangelegenheit ist, nämlich die Polizeiwachzimmer, aus Wiener Mitteln bezahlen sollen! - Das heißt, da wird es schon ein bisschen schwierig.

Was hat das jetzt mit der Frage Doppik und Kameralistik zu tun? - Nun, es hat damit zu tun, dass wir uns schon vor Augen führen müssen: Was ist denn der sozusagen der große Unterschied? Was würde denn die Einführung der Doppik bei uns in der Stadt Wien bedeuten? - Das würde bedeuten, dass wir alle Werte, die die Stadt hat, auch entsprechend, wie in einem Unternehmen, bewerten müssten. Abgesehen davon, dass ich gespannt bin, wie wir das Wiener Rathaus bewerten, das auf einem sehr attraktiven Platz steht - also, wenn wir da zum Beispiel einen Twin Tower für ein privates Unternehmen herstellen könnten, dann hätten wir wahrscheinlich wirklich keine Schulden mehr -, stellen sich die Fragen: Wie bewerten wir all die Museen, die wir haben? Wie bewerten wir die Spitäler? Das AKH zum Beispiel steht an einem ganz teuren Platz. Wie bewerten wir all diese Dinge? Wie bewerten wir, sehr geehrte Damen und Herren, die Gemeindebauten im 1. Bezirk, die auf wertvollstem Grund stehen? - Und da gibt es eigentlich, vor allem, wenn man sich anschaut, was vorher alles gefordert wurde, nur einen einzigen logischen Grund: Ich bewerte die Gemeindebauten im 1. Bezirk, um dann zu sagen: Na, aber da müssen die Leute, noch dazu die, ja wirklich nicht wohnen, auf so teurem Grund, wo die Stadt Wien so viel Geld machen könnte!

Und ich phantasie nicht: Einen ähnlichen Vorschlag hat Herr Felderer vor wenigen Tagen in der „ZiB“ gemacht. Und da, sage ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren: Nein, nicht mit uns! Kein Verkauf der Werte der Wiener und Wienerinnen, und ganz sicher kein Verkauf der Gemeindewohnungen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Lassen Sie mich abschließend auf ein Zitat eingehen, auf eine Bemerkung eingehen, die Kollege Neuhuber gemacht hat. Er hat nämlich gesagt: Was wir brauchen, ist ein New Deal. - Jawohl, da hat er recht! - Und er hat das auch in Zusammenhang gebracht mit der Frage der

Einkommensgerechtigkeit und eben seine Argumentation gegen Vermögenssteuern dazu vorgebracht. Ich würde Ihnen gerne zum Abschluss ein Zitat von Franklin D Roosevelt vorlesen – keine Sorge, es ist nicht lang -, mit dem er den New Deal begründet hat. Er sagte damals: „Was auch immer wir tun, um unserer maroden Wirtschaftsordnung Leben einzuhauchen, wir können dies nicht längerfristig erreichen, solange wir nicht eine sinnvollere, weniger ungleiche Verteilung des Nationaleinkommens erreichen. Die Entlohnung für die Arbeit eines Tages muss im Durchschnitt höher sein als jetzt, und die Gewinne aus Vermögen, insbesondere spekulativ angelegtem Vermögen, müssen niedriger sein.“ - Das ist das historische Zitat, und das war die Begründung für den New Deal.

Und was ist sonst noch alles passiert, damals in dieser historischen Periode? - Und die Analyse der Krise ist ja eine sehr ähnliche, wir sprechen ja nicht zufällig davon, dass wir wieder in so einer Krise sind, die von außer Rand und Band geratenen Banken und Spekulanten hervorgerufen wurde. - Was war denn damals der erste Schritt beim New Deal?

Die Banken wurden durch die Emergency Banking Bill dem Department of Treasury unterstellt. Das heißt, es wurde ihnen eine Kontrolle vorgesetzt - genau das, was wir auch verlangen. Und der berühmte Glass-Steagall Act hat genau das gemacht, was ich in meiner Einleitung gefordert habe - und was natürlich nicht nur ich, sondern auch viele andere fordern -, nämlich das Trennbankensystem einzuführen, das heißt, die Investbanken von den Geschäftsbanken zu trennen. Genau das war dieser Glass-Steagall Act, der aber leider im Zuge der neoliberalen Offensive der 80er und 90er Jahre dann wieder entsprechend abgeschafft wurde.

Das heißt, das ist genau passiert. Und genau das brauchen wir - jawohl, wir brauchen einen New Deal! -, denn was zusätzlich zu diesen regulativen Maßnahmen damals noch erfolgte, waren Arbeitsmarktprogramme, Mindestlöhne, Sozialhilfeprogramme, sprich, der Auf- und Ausbau des Sozialstaates.

Und ein ganz zentraler Punkt des New Deal, der damals Amerika aus der Krise herausgeführt hat, waren Infrastrukturmaßnahmen, Investitionen der öffentlichen Hand, des Staates - einerseits Kontrolle und andererseits Investitionen der öffentlichen Hand: Parks wurden gebaut, Bäder wurden gebaut, Straßen wurden gebaut, Brücken wurden gebaut. - Genau, sehr geehrte Damen und Herren, das, was wir tun, genau das, was wir vorhaben: investieren, die Menschen unterstützen, gerechte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen.

Dieses Budget, sehr geehrte Damen und Herren, ermöglicht diese Politik, und deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke liegt nun keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und

Personal. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Ich erteile es ihr. Die Redezeit beträgt 25 Minuten.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Das Budget der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal ist nicht erhöht worden. Das ist besonders enttäuschend, weil wir gerade in diesem Ressort einen dringenden Budgetbedarf haben. Wo jetzt also die allfälligen Mittel herkommen sollen, zum Beispiel für Gleichstellungsmaßnahmen oder für die Umsetzung des Aktionsplans für Gleichstellung, bleibt ein Rätsel, Frau Stadträtin. Das heißt also, wir werden auch dieses Mal keine großen Schritte machen können und Dinge, die seit Jahren notwendig sind, wie zum Beispiel die Errichtung eines fünften Frauenhauses, wieder nicht erreichen.

Dabei müssen wir uns vor Augen halten, dass das Budget der MA 57 nicht einmal 1 Prozent des Gesamtbudgets ausmacht, aber gleichzeitig für den PID, für Werbung, für den Presse- und Informationsdienst 3 Millionen EUR mehr budgetiert werden. Das halte ich wirklich für ein starkes Stück, und ich würde Sie bitten, das nachher in irgendeiner Form zu kommentieren, wie man das rechtfertigen kann.

Die Verschuldung der Stadt Wien - das wissen wir, das haben wir jetzt schon mehrfach gehört - läuft komplett aus dem Ruder. Wir haben Erhöhungen von 200 Prozent über 4 Jahre, wobei Wiener Wohnen nicht einmal eingerechnet ist. Es ist oft genug gesagt worden, aber ich möchte es noch einmal sagen: Es ist eine Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Steuerzahler und den nächsten Generationen, das Budget so aufzustellen, wie es dieses Mal aufgestellt ist.

Es fehlt vor allem, und das ist der Vorwurf - und ich glaube, der ist hier jetzt in irgendeiner Form noch nicht verstanden worden, wenn ich mir die verschiedenen Antworten der Stadtregierung anhöre -, der Wille zur Einsparung. In keinem einzigen Bereich kann man sehen, dass ein Einsparungspotenzial genutzt wird oder auch nur versucht wird, diese Einsparungen in irgendeiner Form zu erreichen, dass man vielleicht ein paar Änderungsvorschläge der Opposition annimmt und diskutiert oder Ähnliches. Nein, dieser Wille fehlt komplett. Es geht ausschließlich darum, Gelder abzuschöpfen und von den sichtlich so sehr beneideten Reichen und Superreichen, die 50 Prozent bereits in Form von Steuern zu den öffentlichen Einnahmen beigetragen haben, das Vermögen auch noch weiter besteuern zu wollen.

Zum Thema Vermögenssteuer möchte ich jetzt nur kurz dazusagen: „Toll“, dass Sie finden, die Leute sollen ihre Grundstücke verkaufen, Herr Margulies, wenn sie sich die Steuer dann nicht leisten können. Aber die Stadt Wien, die Frau VBgmin Brauner sagt, sie denkt nicht daran, eine Immobilie im 1. Bezirk für irgendeine Schuldrückzahlung zu verkaufen. Also ich muss sagen,

vielleicht solltet ihr in irgendeiner Form einmal eure Konzepte austauschen, um hier in einen Gleichklang zu kommen, denn das passt ja einfach nicht zusammen: Der Private, der schon 50 Prozent Steuer gezahlt hat, soll zahlen, aber die Stadt Wien bleibt sitzen auf ihren Luxusgrundstücken und –häusern und –immobilien. (*GRin Nurten Yilmaz: Gemeindebau!*) Ja, trotzdem kann man die verkaufen und aus dem Geld vielleicht wirklich etwas Sinnvolles in einer Krise machen. (*GR Karlheinz Hora und GR Kurt Wagner: Ah! Jetzt wissen wir es! ... Immobilienhändler!*)

Na, das ist ja der Vorschlag gewesen! Wieso kann das die Stadt Wien nicht machen? Macht ihr es vor, und verlangt es nicht zuerst von den von euch so bewunderten oder beneideten, oder wie auch immer - ich kann es nicht mehr nachvollziehen -, angeblich Reichen und Superreichen!

Gut, also gehen wir einmal ein auf die Kennzahlen der Stadt Wien! Es fragt sich ja, warum hier gar nichts verändert werden will, wenn man solche Kennzahlen produziert, wie Wien sie produziert. Wir haben eine Arbeitslosenrate von Jänner bis September von 9,1 Prozent und – um auf das jetzt zur Diskussion stehende Ressort zurückzukommen – eine Arbeitslosenquote bei Frauen von 7,9 Prozent, womit wir, gleichzeitig mit Kärnten, wieder die Topposition einnehmen. Auch hier ist nichts verändert worden, trotz ausreichender Vorschläge.

Wir haben in Wien die schlechteste Erwerbstätigenquote von 63,5 Prozent - das ist der letzte Platz - und haben eine Armutsgefährdung von 17,4 Prozent. 17,4 Prozent - und da reden Sie die ganze Zeit von Ihren wirksamen Konzepten?

Unter 19 Jahren liegt die Armutsgefährdung von Kindern bei 26 Prozent. Ich meine, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: 26 Prozent Armutsgefährdung! Besonders armutsgefährdet sind Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 19, denn hier beträgt die Quote - und das sollte auch einmal gesagt sein – 35 Prozent. Knapp drei Viertel der Armutsgefährdeten im Pensionsalter sind Frauen, 50 Prozent sind alleinlebende Frauen.

Wir haben viele Anträge eingebracht, mit Vorschlägen, wie wir die einzelnen Themen und Problemfelder lösen könnten, wie sie angegangen werden könnten, Anträge zum Beispiel bezüglich Schaffung von Arbeitsplätzen, im Speziellen Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen zur Bekämpfung von Frauenarbeitslosigkeit. Wir haben Anträge eingebracht zur Schließung der Einkommensschere, die ja noch immer dramatisch hoch ist - Österreich liegt auf dem vorletzten Platz nach Estland. Auch in Wien ist die Einkommensschere noch sehr hoch. Wir haben den Einkommensanwalt vorgeschlagen, der ähnlich wie ein Volksanwalt agieren soll. Nichts von dem ist gemacht worden.

Wir haben Anträge eingebracht mit konkreten Vorschlägen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien, zur Verbesserung der Standortqualität, die ja für die Standortauswahl von internationalen Unternehmen eine immer wichtigere Rolle spielt. Wir haben im

Gewaltschutzbereich Anträge eingebracht - in Österreich sind immerhin jedes Jahr 300 000 Frauen Opfer von Gewalt. Wir haben ein fünftes Frauenhaus eingefordert, weil die 166 Plätze dort zu wenig sind und auch die Situation in den privaten Mutter-Kind-Einrichtungen nicht ausreichend ist, weil nur 9 Prozent aufgenommen werden können.

Auf all das ist nicht eingegangen worden, es ist im Budget keine Vorsorge getroffen worden - und ich muss sagen, durch falsche Schwerpunktsetzung und mangelnden Sparwillen ist das natürlich auch kaum möglich.

Ich bringe einen weiteren Antrag ein - und hoffe, dass vielleicht diesmal ein paar Punkte davon berücksichtigt werden -, und zwar zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die schulische Tagesbetreuung von Kindern in den eigenen vier Wänden wird zu fast drei Vierteln von Müttern geleistet, wie eine in den letzten Wochen präsentierte market-Umfrage festgestellt hat. Da haben drei Viertel der befragten Mütter gesagt, dass sie einer Doppelbelastung ausgesetzt sind, die ihre Karrierechancen entweder verhindert, unmöglich macht oder bremst. Es sind auch die Gründe angeführt worden und auch die Wünsche: Es besteht die Notwendigkeit von flexibleren Arbeitszeiten und von breiteren Angeboten an Betreuungsplätzen. Im Oktober hat eine Online-Umfrage von 1 000 Frauen ergeben, dass der Wunsch nach familienfreundlicheren Arbeitszeiten zu 70 Prozent besteht und auch der Wunsch nach mehr Nachmittagsbetreuung und dass knapp 60 Prozent der Mütter – 60 Prozent ist eine hohe Zahl, das sollte man daher vielleicht doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen - die Schulbetreuungsplätze nicht als ausreichend empfinden. Ich erinnere daran, dass in Wien die Nachmittagsbetreuung der Pflichtschulen nur zu einem Drittel der Plätze gegeben ist. Das ist schon bedenklich, denn 30 Prozent Nachmittagsbetreuung an Pflichtschulen, das ist selbstverständlich zu wenig. - Sie wissen es seit Jahren. Gut.

Es fehlen weiters in Wien tausende Kindergartenplätze. Die Betreuungssituation der Unter-Drei-Jährigen ist nicht erfreulich. Wir wissen, dass 600 PädagogInnen, KindergartenpädagogInnen fehlen. Die WienerInnen beschwerten sich immer mehr über die mangelnde Ausbildungssituation, auch über die Öffnungszeitenituation. Frauen, die sich zum Beispiel in Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen befinden oder dort einen Platz bekommen haben, haben auch das Problem, dass sie auf Grund von Platzmangel kurzfristig keine Betreuung für ihre Kinder finden können.

Das heißt, das alles erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie sind dringend aufgefordert, endlich internationale Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Erfordernissen von berufstätigen Frauen gerecht zu werden. Daher bringe ich folgenden Beschlussantrag ein:

Der Wiener Gemeinderat fordert Bgm Häupl auf, dafür Sorge zu tragen, dass für Frauen in Wien Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von

Beruf und Familie geschaffen werden, erstens durch Steigerung der Versorgungsquote in städtischen Kindertagesheimen für Kinder von 0 bis 3 Jahren auf 50 Prozent, den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots für Kinder von 3 bis 6 Jahren, ein flächendeckendes Angebot an 24-Stunden-Kindergärten, eine Ausbildungsinitiative für KindergartenpädagogInnen sowie die Ausweitung des Angebots an ganztägiger Betreuung im Bereich der öffentlichen Pflichtschulen unter Beachtung der Qualität.

Und was wir besonders fordern - oder sagen wir, was besonders wünschenswert, aber auch notwendig wäre -, ist, dass man einmal errechnet, wie viel die Umsetzung all dieser Maßnahmen, die zu einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen würden, budgetär ausmachen würde, sodass man einmal eine Gesamtzahl kennt, die man dann den Ressorts zuteilen kann und einmal budgetär Vorsorge treffen könnte. Wir fordern also eine Errechnung eines Maßnahmenkataloges. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Ich bringe einen zweiten Antrag im Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Und zwar gibt es da die Initiative „Taten statt Worte“, die alle zwei Jahre ein Best-Practice-Modell für frauen- und familienfreundliche Maßnahmen in Betrieben auszeichnet, und aus den Siegern der verschiedenen Bundesländer wird dann der Gewinner des Staatspreises ermittelt. Diese Initiative wird unterstützt vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend und vom Bereich Frauen im Bundeskanzleramt.

Dieses Jahr ist das Haus der Barmherzigkeit ausgezeichnet worden, und es ist eigentlich sehr interessant, wie diese Organisation funktionieren kann. Von den 1 100 MitarbeiterInnen in dieser Non-Profit-Organisation sind 80 Prozent Frauen, und 65 Prozent sind es in Führungspositionen. Selbst die oberste Führungsetage ist sehr stark weiblich besetzt. Beispielsweise sind die PrimarärztInnen im geriatrischen Pflegekrankenhaus Tokiostraße alle Frauen. Der Institutsdirektor Univ-Prof Dr Christoph Gisinger sagt zum Beispiel: Wir wollen mit einer flexiblen Dienstplangestaltung, Teilzeitmodellen, besonders nach der Karenz, und Betriebskindergärten unseren Mitarbeiterinnen einen familienfreundlichen Job in der Geriatrie und im Behindertenbereich ermöglichen. - Hier zeigt sich, wie wichtig es ist, bei Planung von Dienstzeiten und Arbeitsabläufen stets das gesamte Umfeld der Beschäftigten im Auge zu haben. Ich bringe daher folgenden Beschlussantrag ein:

„Die zuständige Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal wird aufgefordert, binnen Jahresfrist ein Maßnahmenpaket zur Förderung von frauen- und familienfreundlichen Betrieben vorzulegen und an den Gemeinderat jährlich Bericht zu legen über die geplanten und beschlossenen Maßnahmen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Zusammenfassend kann ich sagen: Es ist ja das Frauenbudget jährlich zumindest etwas erhöht worden.

Es waren nie wahnsinnig große Schritte, aber immerhin stetig zumindest ein bisschen, sodass man zumindest ein bisschen was machen können in einem Bereich, wo aber vieles zu machen ist. Und das wissen wir, es gibt viele Notwendigkeiten, wo wir in Österreich, in Wien anderen Ländern wirklich nachstehen und längst Aufholbedarf haben. Und wir wissen, dass wir in Vergleichen in den verschiedenen Bereichen immer sehr schlecht abschneiden.

Ich muss dazusagen, es ist, glaube ich, nicht nur eine Frage des Willens, sondern es ist eine Frage der Gesamtbudgetverteilung. Und ich kann das nicht verstehen und es ist mir unverständlich, und ich denke, da werden wir alle umdenken müssen: Das Budget gehört generell anders verteilt. Es gehört auf Bereiche verteilt, die dringend notwendig sind, auch um aus einer Krise herauszukommen und um sich neu aufzustellen. Dazu gehören Maßnahmen aus den verschiedenen Bereichen: Investitionen in Bildung, Förderung, vor allem aber auch in die Qualität der Bildung, Fachkräfte, aber eben auch in Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sodass so etwas nicht mehr entstehen kann, dass Frauen einfach nicht mehr in der Lage sind, ihren Job auszufüllen, oder eben dann in eine Armut geraten müssen, dass Alleinerzieherinnen armutsgefährdet sind, Kinder armutsgefährdet sind et cetera.

Also ich plädiere für ein vollkommenes Neudenken in der Budgetordnung und -anordnung, in der Frage, wo man die Mittel hinfließen lässt. Und ich muss sagen, dass wir diesem Budget nicht zustimmen können, weil Wien die Budgetmittel nicht dorthin lenkt, wo sie gebraucht werden, und weil in keiner Weise und in keinem Bereich der Wille zur Einsparung auch nur ansatzweise gegeben ist. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile ihr das Wort. – Bitte schön.

GRin Mag Martina **Wurzer** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geschätzte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir von Rot-Grün, Frau Kollegin Feldmann, nie tun werden - und das verspreche ich Ihnen hier, und da können Sie noch so lange festhalten, dass uns der Wille zur Einsparung fehlt -, ist, ausgerechnet im Frauenbudget einzusparen. Hier wird jede weitere Aufforderung, ausgerechnet beim Frauenbudget einzusparen, auf jeden Fall ins Leere ziehen, das kann ich Ihnen versprechen. Solange es eine rot-grüne Stadtregierung gibt, wird das nicht passieren.

Das passiert natürlich schon gar nicht in diesen Zeiten, in schwierigen, ökonomisch schwierigen, krisenhaften Zeiten, in denen Frauen selbstverständlich - und das wissen wir alle - zu den am meisten und am brutalsten Abgehängten, ökonomisch Abgehängten zählen. Da wird das am allerwenigsten passieren. Sprich: In Zeiten, die krisenhaft sind, die schwer sind, trifft es Frauen immer am meisten. Und genau deshalb hat sich die rot-grüne Stadtregierung in diesem Bereich

vorgenommen, weiter Ausgaben zu tätigen und auf keinen Fall, obwohl wir ein Sparbudget haben, hier budgetäre Mittel zu kürzen. Solange - und das wird in diesen Zeiten besonders deutlich - die Verteilung von Zeit, Arbeit und Geld dermaßen ungerecht geregelt ist und dermaßen ungleich ist zwischen Männern und Frauen, steht es uns sehr gut an, jedes Mittel auszuschöpfen, um an der weiteren Gleichstellungspolitik für Frauen und an der Gleichstellung für Frauen zu arbeiten.

Wir wissen alle: Frauen sind am Arbeitsmarkt immer noch schwer benachteiligt. Von gleichem Lohn für gleiche Arbeit sind wir kilometerweit entfernt, wir leiden unter der gläsernen Decke, wir leiden unter Einkommensdiskriminierung, die steigende Arbeitslosigkeit trifft auch immer Frauen am härtesten. Wir arbeiten verstärkt und sehr viel in der nichtexistenzsichernden Teilzeitarbeit, und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie - nämlich die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie - für Frauen, vor allem für Frauen, wurde auch bereits thematisiert.

Daran möchte ich gleich anschließen, Frau Kollegin Feldmann, dass ich schon einigermaßen lustig finde, dass ausgerechnet die ÖVP in diesem Fall solche Worte findet und dass ausgerechnet die ÖVP - aber sagen wir einmal: zum Glück endlich auch die ÖVP - auf die Idee kommt, hier Erleichterungen und erleichterte Rahmenbedingungen für Frauen zu schaffen - für Frauen und Männer selbstverständlich, das wäre der Anspruch -, um endlich zur fairen Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld zu kommen.

In Österreich - ja, da haben Sie recht - haben wir eine viel höhere Teilzeitquote als in vielen vergleichbaren Ländern. Auch bleiben Frauen viel länger in Karenz als in vergleichbaren Ländern. In Österreich sind Frauen überdurchschnittlich lange in Karenz. Und wem haben wir das zu verdanken? Wem haben wir das zu verdanken?, frage ich die ÖVP. - Der schwarz-blauen Regierung haben wir das zu verdanken! (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Das Langzeitkarenzmodell, dass Frauen dermaßen lange in der Karenz bleiben, wirkt sich extrem negativ auf ihr Einkommen aus. Je länger Frauen in Karenz bleiben, desto negativer, desto niedriger ihr durchschnittliches Bruttoeinkommen. Und das geht radikal bergab: Am Anfang mit 6 Monaten geht es noch, aber sobald man 3 Jahre in Karenz bleibt - und das sind die Modelle, die Sie gefördert haben! -, muss man nach 3 Jahren Karenz Einkommenseinbußen von bis zu 60 Prozent in Kauf nehmen. Das ist genau die Politik, die Sie zu verantworten haben. Das ist Ihre Politik! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - Zwischenruf von GRin Martina Ludwig-Faymann.*) - Ja, richtig. Genau.

Aber trotzdem, wir wollen optimistisch bleiben. Ich freue mich, dass endlich auch die ÖVP einsieht, in welche fatale Richtung sie in den letzten Jahren gemeinsam mit der FPÖ da gesteuert ist, und dass sie endlich ein Umdenken in diese Richtung andenkt. Das stimmt mich zumindest ein bisschen optimistisch, was die Zukunft der Frauen in Österreich angeht.

Ja, es ist so: Während Frauen, während wir, während Frauen auch vor mir damit beschäftigt waren, nach der Welt zu greifen, haben Männer leider nicht die Hälfte der Häuser übernommen. Das haben sie nicht! - Herr Jung beklatscht die Männer und seine männlichen Kollegen, dass sie das nicht getan haben. Wir beklatschen das nicht. Wir halten das weiterhin für eine Unverfrorenheit. Das muss sich ändern, das wird sich ändern, und das ändert sich natürlich speziell unter einer rot-grünen Regierung. (*GR Mag Wolfgang Jung: ... wieder auf den Teppich!*) Selbstverständlich. Selbstverständlich!

Das ändert sich genau damit, dass wir Rollenbilder, stereotype Rollenbilder bekämpfen, dass wir für deren Aufweichung und endlich für klischeefreies, stereotypenfreies Wählen von Rollen, Wählen von Arbeitsplätzen, Wählen von Lebensentwürfen einstehen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das Pech ist nur, dass die Leute Sie nicht wählen!*)

Das tun wir, indem wir einerseits eine Watch Group einsetzen werden gegen sexistische Werbung. Genau diese formt nämlich sehr viele Bilder für junge Frauen, formt sehr viele Ansprüche an junge Frauen, die wir so nicht unterstützen, die wir viel differenzierter, ausdifferenzierter haben wollen, die wir nicht so ganz klar den Geschlechterrollen zugeordnet sehen wollen. Genau deshalb wird es die Wiener Watch Group geben. Das wird eine Expertinnengruppe sein, die sich sehr genau darum kümmern und sehr genau beobachten wird, ob sexistische Sujets - und welche - in der Wiener Werbelandschaft festzustellen sind, und daraufhin diese anprangern wird und dafür sorgen wird, dass auf Wiener Plakatwänden (*GR Mag Wolfgang Jung: Da werden Sie bei der Gewista aber zu tun haben, um zu überzeugen!*), auf Wänden der Wiener City Lines, in regionalen Wiener Printmedien keine sexistische Kackscheiße mehr zu finden ist. (*Beifall bei den GRÜNEN. - Oh-Rufe und Pfui-Rufe bei der FPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Das ist nicht mehr ernst zu nehmen!*) - „Nicht mehr ernst zu nehmen“? (*Heiterkeit der Rednerin.*)

Wofür wir auch sorgen werden, ist eine deutliche Erhöhung des Anteils von Frauen in den Aufsichtsräten. Das gehört zum umfassenden Paket von Frauenstärkung und Frauenförderung. Dazu gehört natürlich auch die Anhebung der Zahl von Frauen in den Aufsichtsräten. Auch das hat sich die rot-grüne Regierung auf ihre Fahnen geheftet. Mit freiwilliger Selbstregulierung der Unternehmen ist, wie wir wissen, nichts zu machen. Das dient genau nur dem Machterhalt männlicher Eliten. Dem werden wir einen Riegel vorschieben, ganz genau. Und natürlich werden wir einstehen und stehen wir ein für die Erhöhung des Frauenanteils in der Stadt Wien und in stadtnahen Unternehmen. Wir haben uns hier einiges vorgenommen. Wir sagen: Her mit den Quoten! Frauen, nur zu! Hier in Wien ist Platz für euch! Wir schätzen eure Ausbildungen, eure Studienabschlüsse! Wir schätzen euer Engagement, wir warten darauf und wir wollen keinesfalls darauf verzichten! (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Ganz genau.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist und der immer wieder anzumerken ist, nämlich gerade auch in

frauenpolitischen Debatten, ist das Ermöglichen von Eigenständigkeit von Migrantinnen. Das spreche ich hier deshalb an, weil es mir immer wieder wichtig ist zu sagen, dass nämlich das Aufenthaltsrecht, das wir in Österreich haben, dem selbstbestimmten Leben vieler Migrantinnen leider im Weg steht. Hier gilt es dringend - und ja, das ist ein Appell an die Bundesregierung, aber ich möchte nicht verabsäumen, ihn auszusprechen, wenn ich am Wort bin -, Frauen ein von ihren Ehemännern unabhängiges Aufenthaltsrecht zu gewähren, damit sie endlich in Unabhängigkeit und Selbstbestimmung leben können. Ansonsten beteiligt sich hier der österreichische Staat an schwierigen Verhältnissen und vor allem an Unterdrückungsverhältnissen von Frauen.

Ein letzter Punkt – nein, nicht ein letzter Punkt, sondern ein weiterer Punkt -, den ich ansprechen möchte, ist das wichtige Fördern von feministischer Grundlagenarbeit in dieser Stadt. Auch hier nimmt die Stadt Geld in die Hand, um unabhängige emanzipatorisch-feministische Grundlagenarbeit zu fördern, die so wichtig ist und die so unendlich wichtig scheint, gerade wenn wir uns das letzte Jahr, finde ich, vor Augen führen, wenn wir uns vor Augen führen, welche Debatten wir als Frauen miterleben mussten im Zusammenhang mit Sexualstraftaten, welche Debatten wir uns anhören, welche Beiträge - einerseits medial vermittelt, aber durchaus auch durch die Öffentlichkeit vermittelt – wir uns anhören mussten, was wir uns anhören mussten, wie über Gewalt an Frauen gesprochen wird, debattiert wird, wie Gewalt an Frauen genau nicht benannt wird. Da ist immer noch von, ich weiß nicht, welchen Worten - ich will sie nicht wiederholen -, jedenfalls nicht von Gewalt die Rede. Es wird immer noch so getan, als handle es sich hier um Kavaliersdelikte, als hätten Frauen selbst daran Schuld, wenn Gewalt an ihnen ausgeübt wird. Genau diese Haltung ist in diesem Jahr - und wir sind alle traurigerweise Zeuginnen und Zeugen davon geworden – so überdeutlich, mehr als deutlich geworden.

Auch hier nimmt die Stadt Wien genug Geld in die Hand, um Frauenschutz, um Gewaltschutz ordentlich und ausreichend zu finanzieren. Über die Hälfte des Budgets geht in diesen Bereich. Ich möchte hier nochmals ansprechen, was wir jedes Jahr an dieser Stelle ansprechen: Ich finde es richtig und wichtig, dass es selbstverständlich so viel und gut budgetiertes Gewaltschutzbudget gibt. Allerdings finde ich es nicht richtig, dass es im Frauenförderungsbudget ist. Gewaltschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich meiner Meinung nach nicht allein im Frauenbudget wiederfinden sollte, sondern die gesamtgesellschaftlich getragen werden sollte. Und insofern sind wir – aber das ist auch nichts Neues – natürlich für die Erhöhung des Frauenbudgets und für das Herausheben des Gewaltschutzbudgets aus dem Frauenbudget, damit das hier auch endlich als gemeinsame Aufgabe der gesamten Gesellschaft verstanden wird.

Am kommenden Freitag, am 25. November,

beginnen wieder mit dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen die „16 Tage gegen Gewalt“, die jedes Jahr - ich habe es schon gesagt - leider kein bisschen an Aktualität und Brisanz verlieren. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist immer noch die weltweit häufigste Verletzung der Menschenrechte. Sie ist subtil, sie ist brutal, sie ist kulturell tief verankert, und dennoch ist sie selbstverständlich weder zwangsläufig noch naturgegeben.

Gewalt gegen Frauen umfasst allgemein jede Verletzung der körperlichen und seelischen Integrität. Es geht darum, die Überschneidungen dieser scheinbar so unterschiedlichen Gewaltformen aufzuzeigen und die Alltäglichkeit männlicher Gewalt gegen Frauen sichtbar zu machen.

Gewalt dient nach wie vor der Machterhaltung, der Erhaltung des Status quo. Sie hemmt Frauen massiv in ihrer Entwicklung, und sie hindert sie systematisch an gesellschaftlicher Teilhabe.

Nach wie vor ist der gefährlichste Ort für Frauen die Familie. Nach wie vor ist der gefährlichste Ort für Frauen die Beziehung. Nicht vor Angriffen von Fremden in dunklen Straßen müssen Frauen sich erfahrungsgemäß am meisten fürchten, sondern vor den alltäglichen Angriffen, vor der alltäglichen Brutalität von Freunden, Verwandten und Geliebten. Der Tatort Beziehung ist international und alltäglich. Eine von fünf Frauen ist von Gewalt durch ihre männlichen Verwandten, Freunde oder Bekannten betroffen, nicht nur in Österreich, sondern in allen umliegenden europäischen Ländern. (*Ruf bei der FPÖ: Und außereuropäischen!*) Und außereuropäischen. Mehrmals betont habe ich, dass Gewalt international ist. Richtig!

Nicht unterschätzt werden darf aber auch - das möchte ich hier auch ansprechen - die beobachtete Gewalt. Abgesehen davon, dass in 70 Prozent der Fälle auch Kinder direkt, also unmittelbar von Gewalt betroffen sind, werden sie durch beobachtete Gewalt selbstverständlich und nachweislich massiv in ihren Entwicklungschancen gehemmt.

Es gibt - und das möchte ich nochmals sagen, weil es auch in diesem Jahr so häufig missverstanden und missverständlich kommuniziert wurde -: Es gibt keine individuelle Kontrollierbarkeit von Gewalt. Ich persönlich kann Gewalterfahrung nicht individuell verhindern. Es liegt nicht in meiner Hand, ich bin nicht diejenige, die provoziert, ich bin nicht diejenige, die selbst an Gewalt, die an mir ausgeübt wird, Schuld hat.

Als zentralen Schritt, um von Gewalt betroffenen Frauen zu helfen, muss ihre Isolation durchbrochen werden, das Private muss politisiert werden, und es muss endlich Schluss sein mit der Solidarisierung mit oder Bemitleidung von gewalttätigen Männern, die noch immer so oft und so häufig auf verlogenes Schweigen zählen können.

Ich bitte um Ihre Mithilfe, um hier die Welt für Frauen um einiges besser zu machen. - Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Kollegin! Ich habe jetzt davon abgesehen, Sie in Ihrem

Wortfluss zu unterbrechen, weil Sie durchaus überzeugend oder enthusiastisch geredet haben. Ich würde Ihnen aber empfehlen, bitte in Zukunft auf Kraftausdrücke zu verzichten. Ich glaube, da können wir uns darauf einigen, dass das hier in diesem Haus nicht geht und nichts zu suchen hat. Ich bitte darum. Das können wir uns ersparen.

Als nächster Redner gelangt Herr Kollege Mag Jung zu Wort. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Jetzt kommt der Antrag - da ist er richtig - der GRer Jung, Gudenus, Haslinger und Angela Schütz betreffend fünfjährigen Finanzplan. Die gefertigten Gemeinderäte stellen gemeinsam mit den Mitunterzeichnern nachfolgenden Beschlussantrag:

„Der Herr Bürgermeister und die zuständige amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal werden aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen, unter anderem auch einen Entwurf zur Novellierung der Wiener Stadtverfassung, zu ergreifen, damit alle von der Stadt Wien ausgegliederten Bereiche jeweils im Juni einen fünfjährigen Finanzplan vorzulegen haben.“ – Dies, um einer besseren Gebarung und zumindest einer gewissen Kontrolle das Wort zu reden. - In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wir behandeln jetzt das Thema Frauenfragen, Integration, KonsumentInnenenschutz und Personal. Wenn man sich die Tagesordnungen des Ausschusses ansieht, dann spielt der Konsumentenschutz eigentlich fast keine Rolle. Auch der Bereich Personal wird nur sehr untergeordnet behandelt. Der hat sich im 1. Halbjahr vor allem mit der Versorgung von gekündigten grünen Mitarbeitern befasst - als Folge der verlorenen Wahl - und im Weiteren auch mit der Bevorzugung des einen oder anderen Neuzugangs mit Spitzenbezug in interessanter Art und Weise, wenn man die Hintergründe kennt.

Dazu kommt dann auch noch verstärkt der Modus, nahestehenden Vereinen jetzt für selbst gekündigtes Personal sozusagen die Rücklagen zusätzlich zu ergänzen. Auch darüber wird in der Zukunft noch zu reden sein.

Das Schwergewicht bilden aber in diesem Ausschuss - und Sie sehen es ja auch immer wieder an dem, was aus dem Ausschuss auf die Tagesordnung des Gemeinderates kommt - die Projektförderungen, und zwar Projektförderungen in erster Linie eigentlich nicht für Projekte in Wien, wie man annehmen sollte - das wäre ja: „Unser Geld für unsere Leut!“ -, sondern möglichst weit weg von Wien. Dazu nur einige wenige Beispiele, nämlich die, die in der nächsten Gemeinderatssitzung auf der Tagesordnung stehen.

Kamillianer, Schulbildung in Vietnam. - Wir haben Containerklassen in Wien. Wir haben die PISA-Studie, die beweist, welche Probleme viele unserer Schüler mit Lesen und Schreiben haben. Aber unser Geld geht nach

Vietnam.

Der Verein ADRA, Projekt Alphabetisierung und Promotion von Frauenrechten in Nepal. - Wie hoch, frage ich Sie, Frau Stadträtin, ist der Prozentsatz der Abgänger von Pflichtschulen in Wien, die nicht sinnerfassend lesen und schreiben können?

Dasselbe gilt für das Hilfswerk Austria International. Auch ein Punkt: Infrastruktur im Grundschulsektor in Pakistan.

Oder, als besonderes Gustostückerl: Der Verein Education für das besonders wichtige Projekt - man höre! – „Computertraining für ethnische Minderheiten in Alikodom“. - Für die, die es nicht wissen: Das ist in Bangladesh.

Das sind die zentralen Themen im Ausschuss der Frau Stadträtin. (*Zwischenruf von GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.*) Es ist so! Sie können es nicht bestreiten. Das sind die Themen. Ich könnte Ihnen noch seitenweise vorlesen, wofür Sie sich einsetzen.

Es gibt natürlich im letzten Jahr wieder ein Hauptthema - und es dauert ja alles lange genug bei der neuen rot-grünen Koalition, bis es reif wird; wir haben heute gehört, wie lange es dauert, um das Rederecht der EU-Abgeordneten, das schon vor langer Zeit beschlossen wurde, durchzusetzen -: das Thema Prostitution. Es wird ja heute nochmals darauf eingegangen werden, aber nur ganz kurz ein Rückblick auf diesen Bereich.

Nachdem Kollege Schuster der Opposition eine Zeit lang - man könnte es fast nennen: unter Vorspiegelung falscher Tatsachen - vorgegaukelt hat, man wolle uns einbinden - das werden wir uns übrigens merken, wie hier mit uns ungesprungen wurde -, ist es dann der Frau Stadträtin wirklich nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern eine Minute vor zwölf gelungen, sich mit den GRÜNEN auf ein Gesetz zu einigen. Und dieses ist grottenschlecht, vage formuliert, ohne eindeutige Zusatzdefinitionen über Erlaubniszonen. Darüber ist es nicht hinausgekommen. Und weil die Regierung vor den wütenden Bürgern und Anrainern Angst hatte und zu feig war, sich selbst festzulegen, hat man das der Polizei und einer Kommission in die Schuhe geschoben.

Die betroffenen Bezirke haben kein Mitentscheidungsrecht und sind natürlich entsprechend empört. Der grünen Verhandlerin, Frau Hebein, ist es nicht einmal gelungen, den Bezirksvorsteher im 8. Bezirk davon zu überzeugen. So schaut es nämlich aus, wenn die GRÜNEN selbst betroffen sind und wenn es um den eigenen Sitz und die eigene Funktion geht: Dann hört auch die Toleranz eines GRÜNEN irgendwo auf und hat ihre Grenzen, denn auch der will seine Funktionen behalten.

Wir haben jetzt 18 Tage lang 40 bis 50 Polizisten auf der Straße gehabt, die nichts anderes zu tun hatten, als die Einhaltung des neuen Gesetzes zu überwachen. Ich fürchte nur, das Ganze hat nur eine sehr, sehr kurzfristige Verbesserung in einigen Bereichen gebracht. Die Prostituierten werden zurückkehren und auf andere Plätze ausweichen.

Wie schwach die gegenwärtige Lösung ist, zeigt sich

ja daran, dass man bereits nach wenigen Tagen, bitte - nach wenigen Tagen! - und nach der großen Einigung die Hauptausweichzone, nämlich den Bereich Auhof, für ungeeignet erklärt hat. Sanitäre Verhältnisse, Sicherheit und Probleme mit der Autobahnabfahrt wären der Grund, wurde uns erklärt.

Und jetzt frage ich Sie: Man hat Monate, fast ein Jahr, Zeit gehabt, sich das zu überlegen. Die Experten und Expertinnen hätten das Gelände dort doch längst besichtigen können. Die Autobahn ist nicht neu dort, die gibt es schon geraume Zeit, und auch die Straßenlaternen haben im letzten Jahr ihren Standort nicht verändert. Wieso kommt man jetzt auf einmal drauf, dass das Ganze ungeeignet ist?

In Wirklichkeit ist das Problem aber ein ganz anderes: Hier herrscht ein grundlegender Auffassungsunterschied zwischen Rot und Grün - und der wird zu Lasten der Bürger ausgetragen. Eine Schlüsselrolle dabei spielt Frau Kollegin Hebein. Ich glaube, sie hat sich von der Rednerliste streichen lassen, wird sich aber sicher nachmelden. - Das ist eine Unart, die jetzt immer mehr um sich greift, und ich sage den Klubobleuten von Rot und Grün: Diese Spielerei könnten wir auch spielen. Mal sehen, welches Chaos dann hier entsteht, wenn diese Ummeldereien in diesem Ausmaß weitergehen.

Aber wie gesagt, Frau Kollegin Hebein spielt hier eine Schlüsselrolle, und sie ist überhaupt spitze beim Vorschlagen von Lösungen für Standorte und von Lösungen für das Problem. Sie hat neulich vorgeschlagen, auch die Innenstadt sollte ihren Beitrag leisten. Ich frage Sie: Wo, Frau Kollegin? Vorm Dom? Beim Christkindlmarkt Am Hof? Oder vielleicht hier bei uns im Rathaus im Innenhof? - Ich weiß nicht, was Sie sich denken, wenn Sie solche Vorschläge machen.

Sie hat auch andere bahnbrechende Vorschläge für Umschulungen gemacht: Umschulung der Gunstgewerblerinnen auf Green Jobs. - Ich weiß nicht, was sie da darunter versteht und welche Green Jobs sie meint, aber vielleicht ist der Green Club ihr dabei behilflich. Das Gleiche: Umschulung auf Computerjobs. (*GRin Nurten Yilmaz: Zum Budget reden, wär nicht schlecht!*) Sie weiß wohl nicht, dass ein beträchtlicher Teil der Betroffenen Mühe hat, den eigenen Namen zu schreiben. Ich weiß nicht, was man sich denkt, wenn man solche Vorschläge in eine ernsthafte Debatte einbringt. Wir waren wirklich bereit, da mitzugehen, aber das, was hier herausgekommen ist an Problemen und an Diskussion, das ist - das kann ich Ihnen schon jetzt sagen - mit diesem Gesetz nicht beendet, sondern das hat damit erst angefangen.

Und dann der letzte Punkt Ihres Bereiches, die Integration. Da war es im letzten Jahr recht still um dieses Thema. Und warum?, fragt man sich. - Da ist es ähnlich wie bei der EU: Nicht, weil es das Problem nicht gäbe - im Gegenteil -, sondern deswegen, weil es den Bürgern schon zum Hals raushängt und die Situation sich immer mehr verschärft. Anlässlich der Einführung des Pflichtkindergartens hat der Herr Bürgermeister zwar vollmundig versprochen, ab dem nächsten Schuljahr

kommt kein Kind mehr in die Schule, welches nicht ausreichend Deutsch spricht; wenn Sie aber die heutige „Presse“ aufschlagen, dann finden Sie darin, dass man den Deutschlehrern vorschreiben will, dass sie eine gängige Fremdsprache erlernen sollen, damit sie ihren Kindern Deutsch beibringen. Jetzt heißt es nicht mehr „Mama lernt Deutsch!“ oder „Papa lernt Deutsch!“, sondern: „Lehrer und Lehrerinnen, lernt Türkisch!“ Das ist anscheinend die neue Parole, die jetzt auf uns zukommt.

Wenn der Herr Bürgermeister wirklich glaubt, dass das stimmt, dass alle mit ausreichenden Deutschkenntnissen in die Schule kommen, wie er es uns damals versprochen hat, dann sollte er einmal mit den Volksschullehrern reden. Er würde sehr schnell aufwachen! Dazu kommt das Problem der Arbeitslosenrate bei den Migranten, vor allem - wie heute auch schon angesprochen wurde - bei denen, die aus dem islamischen Bereich kommen. Dort ist sie mehr als überproportional hoch; wir haben die Zahlen ja heute schon gehört. Und extrem, ganz extrem ist sie unter Jugendlichen, im Vergleich zur eingewachsenen Bevölkerung.

Alles das heißt und zeigt, da klappt irgendetwas nicht. Bei der Arbeitslosenrate sind in ganz Österreich die Zahlen zurückgegangen. Bei uns in Wien waren und sind sie steigend. Ja warum? - Wir haben auch einen überproportional hohen Anteil an Migranten in Wien.

Das Gleiche gilt für die Statistik der Schulabbrecher - dort schaut es genauso aus - oder bei der Jugendkriminalität, bei der Gewalt in Schulen. Ich frage mich wirklich: Ist das die von Ihnen so sehr gepriesene Integrationspolitik? Sind das die Erfolge, die Sie uns verkaufen wollen? - Kein Wunder also, dass die Migration als Thema außer bei der Förderung obskurer Vereine kaum angesprochen wird.

Wie es mit dem Umgang mit diesen Vereinen aussieht, haben wir ja vor zwei Wochen gesehen. Jetzt wird ja schon im Rathaus demonstriert. Mit Transparenten kommt man ohne Probleme bis zum StR Oxonitsch. Ich möchte einmal sehen, wenn da andere Demonstranten hereinkommen, ob das auch so geduldet würde und ob die dann auch eine Einladung zum Kaffee bekommen, wie es dort geschehen ist.

Amerlinghaus: Die Herrschaften haben anscheinend Narrenfreiheit. Allerdings haben Sie selber schon erkannt, dass da mehr als einiges nur faul ist, denn sonst hätten Sie nicht, anders als in vergangenen Jahren, wo Sie die Förderungen immer wieder angepasst haben, ihnen diese gestrichen.

Bei der Vergabe an Vereine ohne SPÖ-Unterstützung schaut das dann anders aus. Ich habe da zum Beispiel ein Förderungsansuchen eines Vereins vorliegen, der heißt VPT – Verein zur Prävention gegen unerlaubte Werbeanrufe und Telefonbetrug. Das ist ein Problem, das vor allem sehr viele ältere Leute und einfache Menschen betrifft, denen man unter Vorspiegelung von falschen Geschichten - und auch, muss man dazusagen, teilweise unter Wegschauen der Banken - das Geld aus der Tasche zieht.

Dieser Verein arbeitet eng mit der Polizei, nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland, zusammen, hat nur private Sponsoren - im Gegensatz zu manchen Vereinen, die auch nur 8 oder 9 Mitglieder haben und als Eigenmittel fast nichts aufbringen - und hat schon ein ganzes kriminelles Netzwerk mit dem Zentrum in Wien aufgedeckt. Viele Menschen erhielten dadurch ihr Geld zurück, andere wurden beraten und gewarnt. Er bekämpft auch die Spielsucht, und die ist gerade - und das ist auch im Ansuchen des Vereins zum Ausdruck gekommen - bei den Migranten aus dem türkischen Bereich überproportional verbreitet. Und das wurde auch im ausführlich gestalteten Förderansuchen eingebracht.

Nach mehreren Rückfragen haben die Leute von diesem Verein zu ihrem absolut geringen Förderungsantrag kurz den Bescheid bekommen, Sie wären nicht zuständig. Man hat sie an einen anderen Stadtrat verwiesen, dort haben sie natürlich auch nichts gekriegt. Denn für das gibt es kein Geld, wenn man nicht eine massive Förderung bei der SPÖ, vielleicht jetzt auch bei einigen GRÜNEN, hat. - So schaut die Realität Ihrer Förderungen aus.

Und ein besonders schlechter Nachgeschmack bleibt der Geschichte dann, wenn man erfährt, dass die führende Person hinter diesem Wiener Karussell - wie sich dieses Netzwerk bei den Behörden, das ziemlich groß ist, schon nennt - auch gute Beziehungen zu einem hohen Wiener Polizeioffizier hat, und dass dieser, einem der Spitzenleute, vom Herrn Bürgermeister höchstselbst das Goldene Verdienstzeichen der Stadt an die Brust geheftet wurde. Aber es gilt natürlich die Unschuldsvermutung, Frau Stadträtin.

Integration ist bei der überwiegenden Mehrheit der Wiener, haben wir gesehen, kein populäres Thema, und die SPÖ geht, wie ich gesagt habe, vermeidbaren Diskussionen aus dem Weg. Wie explosiv die Situation sein kann, merkt man sehr stark in den Gemeindebauten, wo die Stimmung kocht und wo Österreicher oft schon weit an den Rand gedrängt sind. Wenn man sich in der Vergangenheit bei Wiener Wohnen beschwert hat, wurde man kaltschnäuzig abgewimmelt - oder, wenn es ein gut meinender Beamter war, hat er gesagt, ich kann Ihnen leider nicht helfen, oder ich darf Ihnen nicht helfen.

Na ja, in der Chefetage der SPÖ hat man das sogar schon gemerkt - bei Wiener Wohnen hat es ja vor Kurzem einen Wechsel gegeben. Wir werden einmal sehen, ob sich da etwas ändert.

Und dann gibt es auch noch einen zweiten Grund, bei den Vereinen keine Begehrlichkeiten zu wecken, das ist nämlich das Geld. Sie merken es bei diesem Budget schon sehr stark, dass Ihnen das Geld für die Stadt hinten und vorne fehlt. Die Vereine machen nur einen - im Verhältnis zur großen Verschuldung - relativ geringen Prozentsatz aus, aber auch da fehlt es hinten und vorne.

Wir sehen es an den massiven Tariferhöhungen, die gerade ausreichen, die zusätzlichen Schulden nicht völlig aus dem Ruder laufen zu lassen, aber künftig muss kräftig gespart werden.

Kollege Ellensohn hatte eingangs einmal erklärt -

dazu hat er uns eine Statistik gebracht -, wem die Menschen am meisten Vertrauen entgegenbringen, und hat die GRÜNEN angeführt, denen am meisten Vertrauen entgegengebracht wird, was den Bereich der Tarife und das Niedrighalten der Tarife betrifft. Na ja, ich habe jetzt nicht vor, Ihnen die Liste vorzulesen, was alles an Tarifen erhöht wurde, allein seit die GRÜNEN ein bisschen mit an der Macht sind, Herr Kollege Ellensohn. Also den Punkt zumindest hätten Sie sich bei Ihrer Aufzählung sparen können.

Die Schuldenbremse, über die wir heute schon einige Male geredet haben, die wird sich nicht nur der Bund verordnen müssen, wenn sie wirken soll, es werden auch die Länder und die Gemeinden ganz massiv den Rotstift ansetzen müssen. Auch die Stadt und die weitgehend im Minus stehenden Bezirke - bis auf, ich glaube, sechs oder sieben Bezirke, die nicht verschuldet sind - werden das Niki-Lauda-Prinzip anwenden müssen: „Wir haben nichts zu verschenken.“ Das gilt unter anderem auch für die vorhin angesprochenen Förderungen, von denen ich geredet habe. So schaut die Situation aus.

Es wird aber auch viele ehemalige Günstlinge treffen und einen Personenkreis, von dem Sie es bisher eigentlich nicht erwartet haben, der sich jetzt teilweise schon gegen das rote Rathaus stellt, weil es einfach zu viel geworden ist. Ich erinnere an Demonstrationen, die wir im letzten Jahr gehabt haben. Das waren die Hebammen, das waren auch andere, die das Rathaus beleuchtet haben. Das war sicherlich ein Schock für viele SPÖ-Funktionäre, das war noch nie da.

Aber warum kommt so was? Es kommt deswegen, weil man in überaus überheblicher Art und Weise geglaubt hat, diese Leute müssen uns wählen, diese Leute müssen ewig Rot wählen. So schaut es nicht mehr aus. Das ist nicht mehr der Fall. Es wird den Leuten zu viel und zu bunt, und sie wehren sich dagegen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Amerling-Demonstranten habe ich heute schon erwähnt. Die sind ja nur noch ein auf dem Rückzug befindlicher Haufen, aber es gibt andere, die immer aktiver werden in letzter Zeit, das ist die Hausbesetzerszene, der Sie auch wesentlich zu viel Geduld entgegengebracht haben und die, das kann ich Ihnen auch sagen, immer - man merkt es ja auch an der Anzahl der Besetzungen - aufsässiger und aufsässiger wird, und hier ist durchaus noch einiges zu erwarten. Die Demonstrationen - auch das kann ich Ihnen sagen, und wir werden in der nächsten Zeit darüber reden müssen - werden rabiatere werden, als sie es bisher waren, aber sie werden sich - und das werden Sie zu Ihrem Erstaunen erleben - nicht mehr nur gegen den WKR oder ähnliche oder gegen die FPÖ wenden, sondern es wird auch Demonstrationen gegen diese Regierung geben. Ich empfehle Ihnen, einmal in die linken Netzwerke hineinzuschauen, was dort gesprochen wird (*Zwischenruf von Amtsf StRin Sandra Frauenberger.*) - ja, Frau Kollegin, Sie tun es sicher -, was dort gesprochen wird, wie dort diskutiert wird. „Arbeitverräter“ ist noch das Harmloseste, die anderen Ausdrücke darf ich nicht gebrauchen - ich könnte sie

zitieren –, um keinen Ordnungsruf zu bekommen. Schauen Sie sich das an. Wir werden hier noch einiges erleben, meine Damen und Herren. Und die Gemeindebediensteten, die mit Transparenten vor dem Rathaus stehen, die übrigens berechtigt dort stehen, werden noch die weitaus Harmlosesten sein.

Insgesamt, Frau Stadträtin, gibt Ihnen dieses Budget keinen Gestaltungsspielraum. Es wird eng werden, Frau Stadträtin, und in Zukunft noch enger. Noch dazu haben Sie bei den GRÜNEN eine, sagen wir es einmal so, nicht ganz einfache Gesprächspartnerin. Ich kann Ihnen dazu nur viel Vergnügen wünschen.

Wir jedenfalls, Frau Stadträtin, werden das Ganze sehr genau beobachten und weiterhin und stärker noch die Fehlentwicklungen in der Öffentlichkeit aufzeigen, auch die Art der Förderungen, die hier laufen. Und ich habe keine Sorge, dass uns bei diesem Problemressort die Themen ausgehen werden. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Yilmaz. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Herr Kollege Jung, in Ihrem letzten Satz haben Sie noch die Kurve gekriegt und zumindest das Wort Budget in den Mund genommen, sonst mussten wir uns mit Kraut und Rüben zufriedengeben, mit all dem, womit Sie nicht einverstanden sind. Kein Wort zum Budget! (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie können doch die Förderungen nicht Kraut und Rüben nennen!*)

Ich empfinde das auch ein bisschen als Missachtung und nicht ernst Nehmen dieser Debatte. Wir debattieren Budget 2012, und das bedeutet ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Für mich ist egal, was Sie sagen, aber wenn Sie zum Budget reden (*GR Mag Wolfgang Jung: Ach so, das ist Ihnen egal!*) – was Sie sagen, ist mir wirklich egal –, aber wenn Sie zum Budget reden und sagen, dass Sie es sich angeschaut hätten, sage ich Ihnen, dem war nicht so. Sie reden gerne, und das ist ja auch Ihr gutes Recht, aber wir debattieren in den beiden Tagen jetzt über das Budget 2012. (*GR Mag Wolfgang Jung: Haben Sie den Kollegen Ellensohn gehört?*) Ja, habe ich gehört.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist auch schon gesagt worden, dass das Wirtschaftswachstum heuer maximal 0,8 Prozent betragen wird, und viele Menschen sind deswegen auch bezüglich ihrer Zukunft sehr verunsichert. Unsicherheit führt zu Ängsten, und Angst ist ein schlechter Ratgeber. Das Wiener Budget 2012 gibt den Menschen Zuverlässigkeit und die Sicherheit, dass der bewährte Wiener Weg fortgesetzt wird.

In den Bereichen Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal geschieht das mit bewährter Zielsetzung, aber einigen neuen Instrumenten. Genannt sei hier zum Beispiel die Wiener Charta des Zusammenlebens. Sie bietet eine völlig neue Herangehensweise an das Integrationsthema. Wir laden

die Wienerinnen und Wiener ein, diese Charta in einem umfassenden partizipativen Prozess zu erarbeiten. In der Wiener Charta sollen die Spielregeln für ein gutes Zusammenleben in Wien formuliert werden und selbstverständlich die Wertvorstellungen unserer modernen und weltoffenen Gesellschaft. Wir werden alle Wienerinnen und Wiener einladen, sich aktiv daran zu beteiligen und ihre Vorstellungen einzubringen, und zwar sowohl über ein Online-Dialogforum als auch offline, also über Telefon, Brief, Dialoggruppen.

Nicht in Frage gestellt werden Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, natürlich auch Frauenrechte und Kinderrechte. Sie bilden die Basis unseres Zusammenlebens, ganz gleich, ob im Job, im öffentlichen Raum, in der Familie, im Gemeindebau oder in der Nobelvilla.

Die Charta hat Wirkungen auf zwei Ebenen: Der Weg ist das Ziel, und das Ziel ist das Ziel.

Erstens wird der breite und tiefgehende Partizipationsprozess, die Diskussion, zu einer intensiven Debatte über das Miteinander in Wien führen. Denn, wie wir wissen, durchs Reden kommen die Leute zusammen, und hier werden auch Beweggründe anderer gelernt und in den meisten Fällen Missverständnisse ausgeräumt.

Zweitens haben wir mit der Charta eine Grundlage für das Zusammenleben in Wien. Sie ist legitimiert durch eine umfassende Teilnahme der Betroffenen. Wenn man so will, es ist eine Normenbildung durch die Basis.

Das zweite Instrument unserer Integrationspolitik ist die Basisbildung, die nächstes Jahr in Kraft tritt. Basisbildung bedeutet, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer nicht nur Deutsch lernen, sondern weitere Grundkompetenzen bekommen, also neben der deutschen Sprache Grundlagen der Informations- und Kommunikationstechnologie wie Rechnen und Mathematik. Darüber hinaus werden sogenannte Citizenships-Kompetenzen erworben, vor allem die Fähigkeit zu gesellschaftlicher Partizipation, zu Selbstständigkeit, zum Empowerment. Denn Deutsch zu können, ist gut, aber im Alltag und im Arbeitsmarkt sind auch zusätzliche Kompetenzen erforderlich.

Leider versagt hier das Innenministerium völlig. Es beteiligt sich finanziell ausschließlich an Deutschkursen. Wir aber setzen gemeinsam mit dem Unterrichtsministerium auf nachhaltige Förderung. Das Innenministerium bezahlt auch nur für Drittstaatsangehörige, dabei benötigen viele Menschen mit EU-Staatsbürgerschaft Hilfe, um am Arbeitsmarkt einsteigen zu können. Das bestätigt unsere Überzeugung: Integrationsagenden sind im Innenministerium am völlig falschen Platz. Daran ändert auch das Integrationsstaatssekretariat nichts. Es ist gut, dass mit der Schaffung dieses Amtes das Thema Integration faktisch amtlich geworden ist, nicht gut ist, dass der Integrationsstaatssekretär im Innenministerium angesiedelt ist, nicht gut ist, dass er außer Good-will-Aktionen keine Entscheidungsbefugnisse hat. Besser wäre es, nach Wiener Vorbild auch auf Bundesebene eine eigene Integrationsabteilung samt Kompetenzen für

Integrationspolitik zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Einer der vier Eckpfeiler des Wiener Integrationskonzepts ist die Messbarkeit. Die Stadt Wien hat ein Instrument, ein Monitoring entwickelt, das regelmäßig den Stand und den Verlauf gesellschaftlicher Integrationsprozesse nach Themenbereichen mit Hilfe von Daten erfasst. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse unterstützen die Handlungsstrategien der Stadt, indem sie Erfolge, Veränderungen, Entwicklungen, aber auch Defizite dieser Prozesse aufzeigen. Denn Integrationspolitik heißt nicht, umsetzen, was der Nachbar so erzählt, sondern auf Grund messbarer Tatsachen entscheiden. Das kann mit den Informationen des Nachbarn übereinstimmen, muss aber nicht. Es gibt nämlich tausende Nachbarn, die alle etwas anderes erzählen. Darum ist es gut, eine fundierte Grundlage zu haben, nämlich das Integrations- und Diversitätsmonitoring.

Mit dem Monitor 2011 entsteht nun der erste Folgebericht des Wiener Integrations- und Diversitätsmonitoring. Erstmals wird dabei online ein Fragebogen eingesetzt, womit eine bessere Vergleichbarkeit und Bewertbarkeit der Ergebnisse gewährleistet ist.

Eine weitere Neuerung ist, dass allen teilnehmenden Abteilungen und Einrichtungen eine Auswertung mit sehr hohem Detaillierungsgrad zur Verfügung gestellt wird. Damit haben die Politik und die Verwaltung eine sachliche Grundlage für Integrationsmaßnahmen.

Ich empfehle diese Studie allen Kolleginnen und Kollegen, Ihnen im Besonderen, Herr Kollege Jung, oder Sie suchen sich einen anderen Nachbarn, der Ihnen etwas anderes erzählt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich habe keine anderen Nachbarn!)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Man soll bekanntlich sein Licht nicht unter den Scheffel stellen, noch besser ist es aber, wenn man von anderen gelobt wird. Das Europäische Institut für öffentliche Verwaltung vergibt alle zwei Jahre den European Public Sector Award. Für das Jahr 2011 wurden 274 Projekte aus 32 europäischen Ländern und Institutionen eingereicht. Die Online-Plattform „Gewerbe-Online“ der MA 63 sowie das Projekt „Sei dabei!“ der MA 17 in Kooperation mit der MA 11 gehören zu jenen 43 Projekten, die am 17. November 2011 in Maastricht mit dem Best Practice Certificate ausgezeichnet wurden. Best Practice heißt, dass es ein international nachahmenswertes Projekt ist.

Mit „Sei dabei!“ werden seit Juni 2009 Ideen von Wienerinnen und Wienern, die zu einem besseren Miteinander in unserer Stadt beitragen, unterstützt. Die Palette reicht von Sport- und Kulturaktivitäten bis hin zur gemeinschaftlichen Hof- und Grünanlagengestaltung von Wohnhausanlagen. „Sei dabei!“ will den Menschen dieser Stadt Mut machen, einen Schritt aufeinander zuzugehen. Bereits 183 Einzelprojekte wurden eingereicht, über 130 wurden umgesetzt und viele Kontakte dadurch geknüpft. Ich meine, das ist gelebte Integration: das Fördern des aufeinander Zugehens, des Miteinanders. Hetzer gibt es genug, und wohin Fremdenfeindlichkeit führen kann, sehen wir in

Deutschland, wo eine rassistische Terrorgruppe zehn ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger umgebracht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wien ist auch eine Stadt, in der jeder nach seiner Fassung glücklich werden soll. Das gilt auch für gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Seit 13 Jahren tritt die Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und gegen Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgender-Personen ein. Die WAST, so die Abkürzung, führt im Jahr 2012 den Schwerpunkt Homophobie, Transphobie und Gewalt in den Stadtgesprächen weiter. Und aus aktuellem Anlass: Christine Hödl hat im ORF die „Große Chance“ gewonnen. Sie ist mit einer Frau verheiratet und hat ein Kind adoptiert. Beides ist in Österreich nicht erlaubt. Dabei sind die Österreicherinnen und Österreicher schon viel weiter, sonst hätten sie Frau Hödl nicht mit so einem großen Vorsprung gewählt.

Vielleicht hilft dieser Erfolg unserer Forderung nach mehr Rechten für homosexuelle Menschen. Wir fordern die Möglichkeit der Fremd- und Stiefkindadoption, also die Adoption des Kindes des Partners für Eingetragene Partner. Außerdem müssen auch alleinstehende Frauen und Eingetragene Partner die Möglichkeit zur medizinisch unterstützten Fortpflanzung haben, und schließlich soll auch die Ehe für gleichgeschlechtliche Partner möglich sein. Das Gesetz soll nicht die Realität verhindern wollen.

Gibt es hier irgendjemanden unter den Kolleginnen und Kollegen, der oder die glaubt, dass Frau Hödl eine schlechtere Ehefrau oder Mutter für ihr Kind ist als heterosexuelle Frauen? Ich bin überzeugt, wer die Ehe zwischen Mann und Frau dogmatisch als einzig mögliche Lebensart, als gesetzliches Monopol einzementieren will, der hat im Grunde seines Herzens gar kein Vertrauen zu Heteroehen, sonst würde er nicht so auf dieser Monopolstellung beharren. Dass man ins Ausland gehen muss, um glücklich werden zu dürfen, finde ich jedenfalls nach wie vor beschämend. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Frauenpolitik wird in Wien seit jeher großgeschrieben. Sie ist nicht immer angenehm, wenn sie gewohnte Strukturen angreift, aber glauben Sie mir, viel unangenehmer ist es, wenn die Hälfte der Bevölkerung benachteiligt wird. Heute sind es weniger die gesetzlichen Hindernisse, die Frauen behindern, heute sind es informelle Hindernisse. Die Vereinbarung von Familie und Beruf steht da ganz oben an erster Stelle. Wenn wir mehr Kinder im Land haben wollen, müssen wir dafür sorgen, dass Frauen die Möglichkeit haben, rasch wieder in das Berufsleben zurückzukehren. Der Blick auf die Statistiken Europas zeigt ganz klar: je höher die Kinderbetreuungsichte, desto höher die Kinderdichte. Die skandinavischen Länder und Frankreich seien hier genannt. In Wien ist viel geschehen. Wichtig ist, dass es kostenlose Kinderbetreuung gibt. Die Betreuungsichte in Wien gegenüber anderen Bundesländern in Österreich ist sehr hoch und sie steigt weiter.

Frauenpolitik ist natürlich mehr als Familienpolitik.

Wir haben ein großes Netz an Fördermaßnahmen, das die Frauen dort abholt, wo sie es benötigen.

An dieser Stelle möchte ich zum Beispiel den Wiener Frauenbus nennen. Der Wiener Frauenbus kommt zu den Wienerinnen, damit sie unkompliziert Hilfe und Information in ihrer jeweiligen Wohnungsumgebung in Anspruch nehmen können. Sie können direkt vor Ort mit Expertinnen sprechen und sich individuell und vertraulich beraten lassen. Alle Angebote des Frauenbusses sind kostenlos, die Beratung vertraulich und auf Wunsch auch anonym.

Weiters hat sich der Wiener Töchterttag sehr bewährt. Mädchen zwischen 11 und 16 Jahren haben beim Wiener Töchterttag die Gelegenheit, ein Wiener Unternehmen zu besuchen. Dort können sie einen Einblick in die berufliche Praxis gewinnen, den Alltag hautnah erleben und ihre Fähigkeiten gleich ausprobieren.

Drittens: der Gleichstellungsmonitor. Die Wiener Gleichstellungsziele werden mit dem Wiener Gleichstellungsmonitor überwacht. Er zeigt, wie sich Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen in Wien darstellen und entwickeln. Er identifiziert Problemlagen und Benachteiligungen von Frauen in Wien. Er umfasst 17 Themenfelder aus allen Lebensbereichen. ExpertInnen werden die Indikatoren und Zielvorschläge erarbeiten. Er wird 2013 vorgestellt und analog zum Integrationsmonitoring die Grundlage für die stetige Weiterentwicklung von Frauenfördermaßnahmen in Wien darstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir handeln frei nach Niki Lauda: Wir haben nichts zu verstecken. Wien sagt Ja zu Open Data. Wir sind der Überzeugung, dass die Daten der Stadt den Bürgerinnen und Bürgern gehören, daher machen wir sie offen, transparent und frei zur weiteren Verwendung zugänglich. Mit der neuen Open-Government-Data-Initiative bekennt sich die Stadt zur Freigabe von Datensätzen für Bevölkerung, Wirtschaft und Wissenschaft. Wichtig ist aber: Personenbezogene Daten werden nicht veröffentlicht. Mit der Öffnung der städtischen Daten setzt die Stadt nun einen weiteren Schritt zur Umsetzung der Open-Government-Strategie. Open Government ist das Bekenntnis zur Öffnung der Verwaltung im Sinne von mehr Transparenz, mehr Partizipation und einer stärkeren Zusammenarbeit mit Bevölkerung, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die konkreten Verbesserungen für die Menschen in Wien sind jetzt schon spürbar. Wo sind die nächsten Behindertenparkplätze, wo Fahrrad- und Motorradabstellanlagen, wo sind die nächsten Büchereien? – All das ist jetzt schon abrufbar. Weitere offene Daten sind in Planung. Diese Transparenz wird auch international gewürdigt. Die Stadt Wien hat von PSI Alliance einen Ehrenpreis für den Open-Government-Data-Katalog erhalten. Und beim E-Government-Wettbewerb 2011 zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz hat Wien den 1. Preis in der Kategorie innovativstes E-Government-Projekt gewonnen. Somit hat sich Wien innerhalb von wenigen Monaten zum

europaweiten Vorbild für Open Data entwickelt.

Vorbildlich ist auch die Beschaffung in Wien. Mit Implementierung einer neuen Beschaffungskatalog-Software hat der Magistrat der Stadt Wien die EU-Strategie elektronischer Beschaffung bereits zu zwei Drittel erfüllt. Damit ist die Stadt Wien weiter als der Bund und als viele vergleichbare europäische Kommunen. Das heißt, bis Ende 2012 werden mehrere Hunderttausend Produkte vollelektronisch bestellbar sein und weitere Magistratsdienststellen auf das neue System umgestellt werden.

Und was bringt uns das? Damit werden Prozesskosten gespart, Fehlbestellungen minimiert und bessere Preise erzielt. Die höhere Transparenz leistet auch durch die strikte Umsetzung eines Vier-Augen-Prinzips und der Nachvollziehbarkeit einen wesentlichen Beitrag zur Korruptionsvermeidung. Ein weiterer handfester Grund dafür ist, dass die Software ermöglicht, dass die Stadt Wien Produkte und Dienstleistungen im Schnitt um 30 Prozent billiger als die Bundesbeschaffungsgesellschaft einkauft.

Kollegin Feldmann – Sie hört mich (*GRin Ing Isabella Leeb deutet, da die Rednerin sich suchend umblickt, auf den Schriftführerplatz.*); danke für den Hinweis –, Sie sehen, mit der letzten von mir genannten Maßnahme werden wir in Wien sehr viel Geld einsparen. Sie vermissen Dinge, wo wir sparen können. Ich hoffe, ich konnte Sie überzeugen, doch ein Stück des Weges mit uns zu gehen und diesem Budget zuzustimmen. Auch sonst bitte ich alle, diesem Wiener Budget 2012 zuzustimmen.

Zum Schluss möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr für das Zustandekommen bedanken. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr StR Mag Juraczka. Ich darf darauf hinweisen, dass die Redezeit nunmehr noch 15 Minuten ausmacht. – Bitte schön.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war ohnedies meine Intention, mich bei dieser Spezialdebatte vordringlich dem Thema Integration zu widmen, weil ich es für einen ganz wesentlichen, ja für die Zukunft dieser Stadt substantielles Thema erachte. Ich muss nur gestehen, nachdem ich jetzt andächtig meiner Vorrednerin lauschen durfte, dass doch ein wenig Ungläubigkeit in meinem Gesicht hängen bleibt. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie der Meinung sind, die Integrationspolitik dieser Stadt sei wunderbar in Ordnung, auf Bundesebene gibt es Versäumnisse? Also das finde ich eine vage Aussage, aber ich nehme sie so zur Kenntnis.

Ich glaube auch – nur als kleiner Sidestep –, dass die Frau Hödl – so, glaube ich, heißt sie – von der „Großen Chance“, die übrigens eine großartige Stimme hat, auch aus meiner Sicht durchaus zu Recht gewonnen haben mag. Aber es war ein Musik-, ein Gesangswettbewerb im weiteren Sinne, und ich glaube, das wurde prämiert von

den Zuhörern, von den Anrufern. Ich glaube, dass in solchen Bereichen die private Lebenssituation kein Problem ist. Da sind nämlich, im Gegensatz zu dem, was Sie sagen, die Menschen soweit, dass sie unterscheiden, was privat ist und was im öffentlichen Rampenlicht steht. Denn Privates soll privat bleiben, und das ist gut so.

Ich möchte aber zur Integration kommen, zum eigentlich Kernthema meiner Wortmeldung. Sie können sich, wie wir alle hier in diesem Raum, sicherlich daran erinnern, dass im April 2011 der neue ÖVP-Vizekanzler im Zuge der damals notwendigen Regierungsumbildung etwas sehr Mutiges gemacht hat. Er hat einen jungen Mann, 24 Jahre alt, mit einem neu geschaffenen Ressort beauftragt, mit dem Staatssekretariat für Integration, und hat damit gezeigt, wie wesentlich das Thema Integration für dieses Land, für diese Stadt ist. *(GRin Nurten Yilmaz: Das habe ich auch betont!)*

Ich kann mich noch erinnern, wie groß die Häme seitens gerade der Linken in diesem Land war. Da war die Rede vom Schnösel *(GRin Nurten Yilmaz: Das habe ich nie gesagt!)*, Diskriminierung auf Grund seines Alters. Der ist doch viel zu jung! Der kann das gar nicht! *(GR Godwin Schuster: Wer hat das gesagt?)* All diese Dinge musste man sich anhören, und ich stelle heute, sieben Monate später, mit Genugtuung fest: Sie ist verstummt. Dieser junge Mann, Sebastian Kurz, macht einen ausgezeichneten Job, und das ist gut so. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Godwin Schuster: Hat von uns jemand je was Negatives gesagt? – GRin Nurten Yilmaz: Niemals!)*

Wien hat seit geraumer Zeit allerdings ein Integrationsressort, aber Sebastian Kurz hat in eben diesen gerade erwähnten sieben Monaten seiner Amtszeit, so scheint es mir, mehr gute Ideen, mehr Positives zu diesem Thema beigetragen als vieles, was hier aus dem Wiener Rathaus kam. Er hat die bessere Anerkennung vom im Ausland erworbenen Qualifikationen forciert, den Ausbau des verpflichtenden Kindergartens, und er hat – auch ganz wichtig in diesem Zusammenhang – Sanktionen bei Verletzung der Schulpflicht gefordert. Ich erinnere weiters an das Projekt von Kurz, wie er etwa die Integrationsbotschafter als positive Botschafter dieses Themas unter dem Projekt „Zusammen: Österreich“ in die Schulen gebracht hat *(GRin Nurten Yilmaz: Das habe ich ja betont!)*, oder wie er zum Beispiel mit der Caritas die Lerncafés ins Leben gerufen hat. *(GRin Nurten Yilmaz: Er hat das ins Leben gerufen?)*

Aber bleiben wir in Wien. Das Budget der MA 17 wurde um 500 000 EUR gekürzt. Welches Signal will die Stadt Wien damit vermitteln? Was will die Stadt damit sagen? Wie will sie die großen Integrationsprobleme in den Griff bekommen? Wir haben in dieser Stadt leider nach wie vor Integrationsdefizite, und dieser müssen wir uns annehmen. Doch statt endlich auch aktiv zu werden, begnügt sich Wien sehr oft mit dem Anlaufen der berühmten – ich könnte auch sagen, berüchtigten – PR-Maschinerie dieser Stadt.

Besonders skurril erscheint mir der Beschluss über die Web-basierte Erstellung der Wiener Charta des

Zusammenlebens, einer Web 2.0.-Geschichte, die fast eine halbe Millionen Euro kostet. 450 000 EUR sind budgetiert; bei den Überschreitungen vieler Budgetposten kann man von fast einer halben Million ausgehen. Mit einer halben Million Euro, meine Damen und Herren, macht Sebastian Kurz 25 Lerncafés für ein Jahr und packt den Problembereich beim Schopf. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was will uns die Stadträtin darüber hinaus mit diesem Projekt sagen? Dass es bis dato keine fertigen Konzepte gibt, und dass man jetzt, 15 Jahre nach ins Leben Rufen des Ressorts, die Bürger um Rat fragt? Um nicht missverstanden zu werden: Bürgerbeteiligung ist großartig und wichtig – das sei vor allem der Stadträtin für Bürgerbeteiligung, Vassilakou, die leider nicht da ist, ins Stammbuch geschrieben –, aber man sollte nicht die wirklich dringend notwendige Ressortarbeit an eine nicht näher definierte Web-Öffentlichkeit auslagern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was sind die Fakten bezüglich Integration in dieser Stadt? Klar ist, die Zuwanderungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte hat Wien unbestritten verändert, sei es der türkische Greißler ums Eck, das China-Restaurant oder auch zahlreiche Fußballer mit Migrationshintergrund. All dies sind Beispiele für einen stattfindenden Wechsel in der Gesellschaft und gleichzeitig eine große Herausforderung für die Zukunft dieser Stadt. Die durch Zuwanderung verursachte Veränderung ist jedenfalls Realität, eine Realität, der wir uns aus Verantwortungsbewusstsein stellen müssen. Das bedeutet, dass man sich auch den Problemen und Herausforderungen, die sich daraus ergeben, stellen muss.

Wir haben damals, in den letzten Jahren und Jahrzehnten, Arbeitskräfte geholt, und Menschen sind gekommen. Das zu ignorieren, zu leugnen, wie dies von dieser Stadt lange getan wurde, und das weiterzuführen, wäre grob fahrlässig. Integrationspolitik muss vielschichtig, Integrationspolitik muss vernetzt agieren. Man kann es nicht auf einen politischen Bereich beschränken. Integration ist somit auch Querschnittsmaterie, die viele Aspekte berührt. Ziel einer gelungenen Integrationspolitik kann nur sein, für alle Menschen in dieser Stadt, unter besonderer Berücksichtigung der Kinder, die gleichen Voraussetzungen für ein erfolgreiches und harmonisches Zusammenleben zu schaffen. Versuchen wir, die Fehler der Vergangenheit zu beseitigen und gehen wir daran, die Zukunft für alle Wienerinnen und Wiener, egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, zu verbessern.

Fakt ist aber auch in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, dass das verblendete linke Modell der multikulturellen Gesellschaft, sprich, die Existenz von Parallelgesellschaften jenseits jeder Integration, kläglich gescheitert ist; hier und in allen Bereichen Europas, wo man versucht hat, das umzusetzen.

Wohin der bisherige Weg geht, haben nicht zuletzt auch die Ergebnisse des Wiener Lesetests gezeigt. Jeder vierte Wiener Volksschüler kann nach Abschluss

der Volksschule nicht oder nur unzureichend lesen. Das ist im Übrigen – auch dieser Sidestep sei mir erlaubt – auch keine wirkliche Visitenkarte für alle Gesamtschulphantasien und -schwärmereien in diesem Haus. Dieses Ergebnis kommt viel mehr einer Bankrotterklärung gleich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dringend erforderlich wären daher wirkliche Investitionen in echte Integrationspolitik. Vielfach wird, so erscheint es mir zumindest, subventioniert, ohne dass ein wirklicher integrationspolitischer Nutzen erkennbar wäre. Gefördert wird vielmehr nur, wenn man mit weiteren Stimmenmaximierungen für Regierungsparteien rechnen kann. *(GRin Nurten Yilmaz: Das ist unfair!)*

Wir als ÖVP haben bewiesen, dass wir auch in dieser Frage wissen, wovon die Rede ist, stammen die erfolgreichen „Mama lernt Deutsch“-Kurse doch auch aus unserer Ideenliste. Es brauchte Jahre, SPÖ und GRÜNE davon zu überzeugen – auch wenn sie jetzt lachen, Frau Stadträtin –, dass Sprache ein ganz wesentliches Element für Integration in dieser Stadt und in diesem Land sein muss, dass es nicht reicht, allein die Neuzugewanderten in Deutschkurse zu schicken. Es muss uns auch gelingen, diejenigen zu erreichen, die bereits seit Jahrzehnten hier sind, ohne Teil der Gesellschaft geworden zu sein, die ohne ausreichende Deutschkenntnisse sind, obwohl sie schon Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte in dieser Stadt leben.

Dass ehrlich gemeinte Integration in dieser Stadt Ihnen bislang kein wirkliches Anliegen sein dürfte, lässt sich auch daraus ableiten, dass das Budget seit Jahren auf niedrigem Niveau stagniert. Weniger als 10 Millionen EUR, meine Damen und Herren, nehmen sich im Vergleich zum heute schon mehrfach zitierten Budget des PID mit 51 Millionen wie ein Hohn aus.

Zur bisherigen Untätigkeit von Rot-Grün sei auch eines gesagt: Es gibt im Zusammenleben in dieser Stadt für alle Bürger dieser Stadt Spielregeln, an die sie sich ausnahmslos halten müssen, unabhängig von Herkunft, Religion oder Geschlecht. Mit der Bitte alleine, sich doch freundlicherweise den Gegebenheiten hier anzupassen, und mit der berühmten vielzitierten Hausordnung des Herrn Bürgermeister wird es vielleicht manchmal nicht getan sein. Ich sage das ganz bewusst. Integration ist nur dann möglich, wenn unsere Kultur, Tradition und Geschichte auch von den ausländischen Mitbürgern uneingeschränkt mitgetragen werden. Wer hier auf Dauer leben möchte, muss die hier geltenden Werte-, Rechts- und Ordnungsrahmen akzeptieren, ja, mehr noch, er muss sie bejahen. Wir haben keinen Anspruch darauf, dass alle Maßstäbe der westlichen Zivilisation in anderen Kulturkreisen gelten, allerdings erwarten wir von den hier lebenden Angehörigen anderer Kulturkreise, dass sie die in Österreich geltenden Gesetze und Wertemaßstäbe achten und sich rechtskonform verhalten, ohne deshalb – ganz wichtig! – ihre eigenen Wurzeln verleugnen zu müssen. Leben in der Mitte unserer Gesellschaft erfordert nicht nur Integrationsmaßnahmen von Seiten der öffentlichen Hand, sondern auch Integrationsbereitschaft und Integrationswillen.

Selbstverständlich ist aus unserer Sicht die Orientierung der Zuwanderungspraxis auch an der Nachfrage des Arbeitsmarktes notwendig, um den sozialen Frieden sicherzustellen. Eine massenhafte, völlig uneingeschränkte Zuwanderung in unser Sozialsystem gefährdet vor allem eines, es gefährdet die Grundlagen erfolgreicher Integration heute. Und Wien und vor allem die SPÖ sind hier wirklich gefordert.

Wir fordern und wir bieten den Sozialdemokraten auch Zusammenarbeit an, dieses Problem nun wirklich ernsthaft anzugehen. Ein teures Web-2.0.-Tool wird dafür alleine wohl sicher zu wenig sein. Nehmen Sie sich ein Beispiel an den Integrationsbemühungen der Bundes-ÖVP und von Sebastian Kurz als zuständigem Staatssekretär. Dieses Politikfeld ist zu wichtig, zu prägnant für die Zukunft dieser Stadt, als dass wir uns hier einen weiteren Misserfolg leisten dürfen und sollen. – Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Akkilic. Ich erteile ihm das Wort.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Herr Juraczka, ich bin ein bisschen überrascht, positiv überrascht, dass Sie so eine Rede gehalten haben, weil Sie in erster Linie gesagt haben, man müsse die Veränderungen, die durch Zuwanderung passiert sind, akzeptieren, die Realität sehen und dann darauf reagieren. Und im nächsten Satz haben Sie gesagt, man muss für alle Menschen, die in Wien leben, ohne auf ihrer Herkunft zu schauen, die gleichen Voraussetzungen schaffen, Chancengleichheit, Gleichberechtigung, gleiche Rechte. Ganz in unserem Sinn.

Dazu gratuliere ich Ihnen, dass Sie diese Position gefunden haben, denn die Frau Fekter hat ja eine total andere Politik betrieben. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Sie hat ja, wie Sie wissen, von der Integrationsunwilligkeit der Muslime gesprochen, Studien erstellt und die Muslime in unserer Gesellschaft im höchsten Ausmaß diffamiert, doch Sie haben hier wirklich einen anderen Weg eingeschlagen, und das ist schon zu loben. Ich akzeptiere diese Einstellung von Ihnen.

Was Sie aber unterscheiden müssen, ist Sebastian Kurz' Integrationspolitik und die Wiener Integrationspolitik. Wenn Sie den letzten Integrationsbericht von Herrn Kurz gelesen haben, hat der ExpertInnenrat dort explizit immer wieder auf Wien verwiesen und hat gesagt, hier gibt es gute Beispiele, hier gibt es Beispiele, die wir gerne übernehmen wollen: „Mama lernt Deutsch“-Kurse, „Start Wien“ und so weiter und so fort. Die möchte ich jetzt hier nicht noch einmal einzeln aufzählen. Die Frau Yilmaz hat das schon ganz klar und deutlich getan.

Was unterscheidet uns Wiener GRÜNE von Sebastian Kurz? Sebastian Kurz spricht in seinem Integrationsbericht von keinerlei Diskriminierungsmomenten in unserer Gesellschaft und von keinerlei rassistischen Übergriffen in unserer

Gesellschaft. Diese Schiene ist aber eine unvernachlässigbare Schiene in der Integrationspolitik, die unsere höchste Aufmerksamkeit verdient. Gerade wo in Deutschland Neonazi-Terroristen Menschen umbringen, weil sie anders aussehen, weil sie eine andere Herkunft haben, ist die Thematisierung von Rassismus und Diskriminierung wichtiger denn je. Ich würde dem Herrn Kurz daher empfehlen, sich auch dieses Themas anzunehmen und genau zu schauen.

Ein weiterer Unterschied zwischen Herrn Kurz und uns ist, dass wir allein in Wien fast 10 Millionen EUR für das Integrationsbudget aufstellen, während Sebastian Kurz für das gesamte Land, für ganz Österreich inklusive EU-Mittel 10 Millionen EUR zur Verfügung stehen. Das ist ein sehr wesentlicher Unterschied, das müssen Sie sehen. Also das Gewicht der Integrationspolitik ist bei der ÖVP leider Gottes noch nicht so ganz angekommen, sonst hätte Herr Kurz Wien hochrechnen müssen, mal 9 rechnen müssen und 90 Millionen EUR in die Hand nehmen müssen, damit er bundesweit eine bessere Integrationspolitik betreiben kann.

Das Alter von Herrn Kurz haben wir nie thematisiert. Ich bin hier gestanden – da wird sich die Isabella oder der eine oder andere Kollege, die eine oder andere Kollegin von der ÖVP erinnern können – und habe gesagt, ich freue mich, dass ein junger Mensch diese Verantwortung übernommen hat, weil gerade wir, die GRÜNEN, dafür sind, dass die jungen Menschen in der Politik mehr Aufmerksamkeit bekommen und mehr Verantwortung übernehmen. Hier zählt für uns nicht das Alter, aber ganz wichtig ist für mich, dass Sebastian Kurz aus Wien kommt, aus einer interkulturellen Stadt, aus einer Stadt, wo das Stadtbild davon geprägt ist und wo die Menschen miteinander in unterschiedlichsten Sprachen kommunizieren können. In einer Stadt, in der unterschiedlichste Kulturen vorherrschen, erhoffe ich mir von dieser Sozialisation des Herrn Kurz auch einen anderen Zugang zu Integration und zur Integrationspolitik.

Aber wenn man sich die ÖVP hier genauer anschaut, so ist es, glaube ich, der Außenminister, wenn ich mich nicht irre, der mit den Wahhabiten ein Projekt in Wien machen will. Sie wissen, wer die Wahhabiten sind? Die Wahhabiten sind eine total konservative, eine streng konservative Schicht in Saudi Arabien, die dort das Sagen haben, die auch Einflüsse in Europa, in sämtlichen Städten, auch in Wien, haben, die nicht unbedingt integrationsfördernd, das Zusammenleben fördernd arbeiten, sondern auf ihre eigenen Interessen schauen. Hier ist ein Klärungsbedarf, Herr Juraczka. Der Herr Außenminister müsste sich eigentlich von diesem sogenannten Dialogzentrum, das die Wahhabiten ins Leben gerufen haben, distanzieren – wir haben das getan und haben kritisiert –, es sei denn, es sind andere Gründe da, Geschäfte oder sonstige finanzielle Gründe. Aber dieser Schritt ist sicherlich keine Hilfe für Integration in unserer Stadt, in Österreich und, ich sage es ganz offen, nicht einmal in ganz Europa. Ganz im Gegenteil! Wien übernimmt damit eine schlechte Rolle. Das sollten wir nicht machen. Bei Gelegenheit bitte ich Sie, dem

Außenminister das mitzuteilen.

Ich komme auf einen weiteren Punkt, nämlich die Frage der Sprache. Ich bin ein Mensch, der zwei Sprachen kann. In Türkisch und in Deutsch kann ich mich ausdrücken, ich kann lesen, ich kann mir Informationen in beiden Sprachen holen, ich kann verfolgen, was da und dort passiert, weltweit. Das hat nur Vorteile, also aus meiner Sicht hat das überhaupt keine Nachteile.

Wenn wir uns Europa anschauen, so leben in Europa 105 Millionen Menschen, die 300 Minderheiten angehören und unterschiedlichste Sprachen sprechen. Wenn wir über Mehrsprachigkeit reden in einer europäischen Dimension, die ja auch in Wien beheimatet ist, reden wir nicht darüber, wie schlecht eine Sprache ist, sondern wir reden über eine Realität und stellen fest, es sind 105 Millionen Menschen, ein Fünftel der europäischen Bevölkerung, und dazu gehören auch die deutschen Minderheiten in Rumänien, Tschechien und was weiß ich, wo.

Herr Jung! Ich bin vom Herzen dafür, dass die deutschsprachige Minderheit in diesen Ländern auch nach wie vor die deutsche Sprache sprechen, artikulieren und lernen darf. Das schadet nicht. Sie sollen aber nicht nur die deutsche Sprache lernen, sondern auch die landesübliche Sprache dort lernen und sprechen, damit man miteinander sprechen kann. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das müssen sie sowieso!*)

Ihre Doppelbödigkeit ist die: Wenn es um die anderen geht, also wenn es um die deutschsprachige Minderheit in anderen Ländern geht, fordern Sie vehement deren Rechte ein. Nichts dagegen einzuwenden. Wir sind für Minderheitenschutz, überall. Wenn es aber um Wien geht oder um Österreich geht, steigen Sie auf die Palme und sagen: „Was? Türkisch?“ Sie haben da einen Antrag, in dem Sie auch Kroatisch und eine andere Sprache aufgezählt haben, Serbisch haben Sie bewusst ausgelassen. Serbisch haben Sie bewusst ausgelassen, obwohl in Wien auch Serbisch gesprochen wird, denn das ist natürlich ein Teil Ihrer Politik.

Ich bin sehr dafür, dass Kinder und Jugendliche doppelsprachig aufwachsen. Ich habe eine Tochter, die ist 19 Jahre alt, die kann 3 Sprachen, und ich habe einen Sohn, der ist zweieinhalb Jahre alt und wächst doppelsprachig auf. Das schadet überhaupt nicht. Der hört jetzt schon türkische Musik, österreichische Musik, deutsche Musik und so weiter, er hört Geschichten in diesen Sprachen an. So entsteht ein weltoffener Mensch, der vielseitig ist.

Wenn wir über Integration reden, meine Damen und Herren, heben wir doch einmal diese positiven Aspekte hervor. Wir haben in Österreich eine hervorragend funktionierende Zusammenlebensweise, wo sehr viele Jugendliche aus der zweiten und dritten Generation mittlerweile als Journalisten und Journalistinnen in der österreichischen Presse schreiben, im ORF arbeiten, in anderen Medien arbeiten. Diese Menschen sind unterstützt worden durch ihre Familien, durch die Gesellschaft und können diesen Erfolg vorweisen.

Verlassen wir den Boden des Schlechtredens! Natürlich gibt es Probleme. Ich habe Probleme nie verschwiegen, nie, wenn es um Zwangsheirat geht, wenn es um Gewalt geht oder wenn es um Abschottungstendenzen geht.

Wenn Sie sich erinnern, fast genau vor einem Jahr habe ich hier gesagt, natürlich gibt es Diskriminierung auch unter diskriminierten Gruppen, das kritisieren wir. Wir wollen die gesellschaftliche Trennlinie nicht zwischen den Ethnien wissen, wir wollen die gesellschaftliche Trennlinie zwischen den sozialen Schichten und Gruppen in unserer Gesellschaft wissen. Für mich gibt es genauso vermögende Migranten und Migrantinnen, wenn man bei diesem Begriff bleiben will, und genauso arme Hunde, arme Migranten und Migrantinnen. Also es gibt keine homogenen Gruppen, hier die Inländer, da die Ausländer, sondern hier die Reichen, dort die Armen, und bei den Armen sind genauso Migranten und Migrantinnen dabei wie auch bei den Reichen.

Wenn wir auf dieser Linie bleiben, finden wir eine Lösung für unsere Probleme, aber wenn wir beginnen, die Gesellschaft in Ethnien aufzuteilen, und einmal die Serben herausnehmen – gegen die Serben haben wir nichts; da fährt der Herr Strache sogar nach Belgrad und sagt, Kosovo bleibt Serbien, und dann kommt er her und schimpft über die Türken –, so sind das billige Tricks. Das werden die Wiener Bevölkerung und die österreichische Bevölkerung früher oder später durchschauen. Davon bin ich überzeugt.

Als Letztes möchte ich noch zur Wiener Charta einige Worte sagen. Mit der Wiener Charta des Zusammenlebens soll die Debatte, die wir hier führen, weitergeführt werden, und zwar nicht nur in Bezug auf Migranten und Migrantinnen, sondern es geht hier auch um Generationen, um Geschlechter, um Nachbarschaftsprobleme, um Verhaltensweisen, die im Alltag für Probleme sorgen.

Also verstehen Sie diesen Prozess nicht nur als einen Prozess, wo es um Integration und Migration geht. Und wir machen das Ganze auch nicht, weil wir so hilflos sind in der Politik, sondern weil wir auf die Meinung der Bevölkerung einen großen Wert legen. Das ist gelebte Demokratie, wo wir sagen, die Bevölkerung soll sich dazu äußern, wie sie sich das Zusammenleben in Wien vorstellt. Hier werden wir natürlich auch Mittel in die Hand nehmen und werden versuchen, mit Ressourcen Hilfestellung zu leisten, damit die Bevölkerung in geordneten Bahnen diskutieren kann. Wir laden die Burschenschaftler genauso ein wie ganz normale Moscheevereine oder sonst etwas. Wir laden sie alle ein. *(GR Armin Blind: Ja, Sie laden Demonstranten zum Kaffee ein!)*

Schauen Sie, der Unterschied zwischen mir und Ihnen ist: Ich arbeite hin auf ein gutes Zusammenleben, und Sie arbeiten nicht auf ein gutes Zusammenleben hin, Sie denunzieren eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. Ich würde sagen: Nehmen Sie mich als Beispiel! Das tut Ihnen sicher gut. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ sowie Bravoruf von GRin Dr. Sigrid Pilz.)*

Und als allerletzten Punkt. Der Herr Jung hat gesagt, zentrale Themen unseres Ausschusses seien

Auslandsbeziehungen, und dann hat er selber aufgezählt, dass wir dort über Prostitution reden, über sonstige Themen reden. Sie haben sich selber widerlegt. *(GR Mag. Wolfgang Jung: Sie reden kaum über Personal!)* Wenn wir schon über Auslandsbeziehungen reden und Sie in diesem Punkt über den Tellerrand schauen, dann sagen Sie, das halten Sie nicht für richtig. Ich erwarte mir von der Freiheitlichen Partei eine Verurteilung des nationalsozialistischen Terrors in Deutschland. Warum? Warum verlange ich das? Sie sagen, Sie distanzieren sich vom Nationalsozialismus, haben aber nach wie vor ein Glaubwürdigkeitsproblem, zumindest bei mir, sage ich jetzt einmal. Eine Distanzierung, eine Verurteilung dieses Terrors würde auch Ihnen gut tun. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Abgeordnete!

Vor uns liegt ein Budget, das die Bezeichnung nicht wirklich verdient, ist es doch ein weiteres Schulden- und Belastungspaket für die Wiener und Wienerinnen, das weit davon entfernt ist, einen Beitrag zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien zu leisten.

Lassen Sie mich vorab ein paar allgemeine Worte zum Budget sagen, die aber auch zum Bereich Frauen, Integration, Personal und Konsumentenschutz passen. Dieses rot-grüne Belastungspaket verschuldet jeden einzelnen Privathaushalt sowie die Bezirke enorm. Es beeinflusst den Wiener Wirtschaftsstandort und hat damit auch negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Rot-Grün spart auch 2012 am falschen Platz, nämlich bei arbeitsplatzwirksamen Investitionen. Die Investitionsquote der Stadt wird nächstes Jahr weiter um 1,2 Prozent gekürzt. Das hat direkte Auswirkungen auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, was sich wiederum ganz besonders negativ auf schlecht qualifizierte Frauen auswirkt.

Die Schuldenexplosion der Stadt Wien steigt im nächsten Jahr um weitere 401 Millionen EUR. StRin Brauner hat es damit trotz enormer Mehreinnahmen durch die Valorisierung und den Finanzausgleich geschafft, die Verschuldung weiter in die Höhe zu treiben. Eine Sanierung kann daher nur mittelfristig möglich sein und muss sofort angegangen und nicht weiter aufgeschoben werden. Es ist daher auch notwendig, fünfjährige Finanzpläne für alle ausgegliederten Rechtsträger vorzulegen, wie es mein Kollege heute ja auch schon gesagt und verlangt hat.

Ein durchschnittlicher Haushalt wird 2012 in etwa mit rund 170 EUR belastet sein. Wenn man jetzt die Gehälter der letzten zehn Jahre vergleicht, so sind sie nicht in dem Ausmaß gestiegen, in dem die Belastungen erfolgt sind, und daher kann man sich – das ist eine Milchmädchenrechnung – ganz einfach ausrechnen, dass man sich heute um das Geld, das man vor zehn Jahren gehabt hat, nicht mehr leisten kann, was

damals möglich war.

Insgesamt kann man nur erwähnen, dass Wien arbeitsmarktpolitisch das Schlusslicht von ganz Österreich ist. Betrachtet man nämlich die tatsächliche Arbeitslosigkeit, also das, was jetzt an Arbeitslosen vorhanden ist und das, was auch in Schulungen ist, so zeigt sich in allen Bundesländern ein Rückgang der aktuellen Arbeitslosenzahlen, nur in Wien gibt es ein Plus von 2 Prozent, und wir sind aktuell in etwa bei 10,7 Prozent angelangt.

Die Arbeitsmarktanalyse des Wirtschaftsforschungsinstituts bestätigt, dass die Öffnung der Arbeitsmarktkrise in Wien verschärft hat. Die Arbeitsmarktstatistik zeigt aber auch, dass am Wiener Arbeitsmarkt immer mehr Wiener von Ausländern verdrängt werden. Das aktuelle Beschäftigungsausmaß von 1,8 Prozent kommt fast ausschließlich Ausländern zugute.

Übrigens ein Punkt, bei dem man viel Geld einsparen könnte, sind auf der einen Seite die ideologischen Subventionen – wir haben sie heute schon einmal angesprochen – und auf der anderen Seite die Mindestsicherung für Ausländer. Da explodieren nämlich die Kosten. Eine Mindestsicherung in etwa um die 77 Millionen EUR, das entspricht einer Steigerung von 10 Prozent, wobei – und das muss man Sarrazin lassen, er hat das ganz gut herausgearbeitet – nicht die europäischen Zuwanderer das Problem darstellen. Ihr Anteil an den Mindestsicherungsempfängern ist nämlich nur geringfügig höher als der der einheimischen Bevölkerung, nämlich 14,2 Prozent bei den Mindestsicherungsbeziehern der europäischen Zuwanderer und 10,4 Prozent bei der einheimischen Bevölkerung, muslimische Einwanderer hingegen leben zu 43,6 Prozent vom Sozialstaat, also das ist fast die Hälfte.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat in einer aktuellen Studie als Ursache für das international schlechte Abschneiden der Stadt Wien das Scheitern der Integrationspolitik von Rot-Grün identifiziert. Dieses Scheitern spiegelt sich etwa in einem großen Anteil von armutsgefährdeten Haushalten in Wien wider. Die Bundeshauptstadt liegt immerhin im betrachteten Städtevergleich Europas an drittletzter Stelle. Das WIFO hat zu dieser Wiener Integrationspolitik wörtlich Folgendes gesagt: „Die Arbeitslosenquote von Ausländern und Ausländerinnen liegt zuletzt um mehr als die Hälfte höher als jene von Inländern und Inländerinnen, wobei sich die Kluft gegenüber den frühen 90ern verdoppelt hat.“ – So das WIFO wörtlich.

Eine demographische Herausforderung für Wien besteht daher in den nächsten Jahren in der friktionsarmen Eingliederung ausländischer Zuwanderer in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft.

So zu einem weiteren Punkt, den ich vielleicht auch noch erwähnen will. Ich habe mir jetzt ein Jahr die Politik dieses Ausschusses und dieses Bereiches angeschaut, die Subventionspolitik sowie die Themen, die in diesem Ausschuss behandelt werden, und ich muss schon sagen, man könnte sicher in dem einen oder anderen

Bereich Mittel einsparen beziehungsweise könnte man diese Mittel anders verwenden. Das Thema Frauen per se kommt in vielen Bereichen zu kurz, das Thema des Konsumentenschutzes ist de facto nicht vorhanden. Also Maßnahmen zum Beispiel gegen Scheinverpackungen, Kennzeichnungsmängel, Gentechnik, Lebensmittelproblematiken und vieles mehr werden nicht thematisiert.

Aber kehren wir zurück zum Arbeitsmarkt. In Anbetracht der arbeitsmarktpolitischen Entwicklung wäre es dringend anzuraten, sich mit den Hauptbetroffenen auseinanderzusetzen, und das sind nun einmal Frauen und Jugendliche. Besonders zugewanderte Frauen sind meist sehr viel schlechter ausgebildet und in Ermangelung von guten Deutschkenntnissen von höherer Arbeitslosigkeit betroffen. Hier hat die Stadt Wien auf ganzer Linie versagt. Viele Frauen sind auch noch von ihren Männern und ihren Familien finanziell und sozial abhängig. Auch da wird einfach zu wenig darauf hingewiesen und zu wenig gemacht.

Natürlich spielt in diesem Bereich der Frauen und der Integration auch die Frauengesundheit eine große Rolle. Ja, es gibt Unterschiede, ja, man muss sich damit beschäftigen, und ich bin froh, dass sich dieser Bereich damit beschäftigt.

Ein relativ großes Tabuthema – es wurde heute schon angesprochen, aber für mich noch immer nicht in die richtige Richtung gehend –, ist das Problem der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Übergriffe und Belästigung gegenüber Frauen nehmen leider weiter zu, aber sie werden immer noch tabuisiert.

Ein weiteres Thema, dem man noch viel Aufmerksamkeit schenken muss, sind die Durchschnittsgehälter. Im internationalen Vergleich liegen die Gehälter von Frauen deutlich unter jenen von Männern. Das liegt teilweise sicherlich daran, dass Frauen oft schlechter bezahlte Jobs, sogenannte McJobs, aber auch Teilzeitjobs annehmen. Hier orte ich noch ein breites Betätigungsfeld. Auch in Spitzenpositionen und Aufsichtsräten finden sich nach wie vor zu wenige Frauen. Konkrete Schritte sind notwendig, um diese Lohnschere zwischen Männern und Frauen endlich zu schließen.

Ich habe es hier in diesen Räumlichkeiten schon einmal gesagt und wiederhole es jetzt: Im letzten Gender Gap Report wurde der Stundenlohn von Frauen mit durchschnittlich 25 Prozent weniger beziffert als jener von Männern, beim Jahresgehalt verdienen Frauen sogar um rund 40 Prozent weniger.

Lippenbekenntnisse zum Gender Budgeting sowie das Begehen des jährlichen Equal Pay Days alleine sind da zu wenig. Ja, auch Wien hat einigen Nachholbedarf, was die Gleichstellung von Frauen und Männern betrifft. Und eines möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen: Wenn Rot-Grün diese wirklich haben würde wollen, dann würden Sie das Geld, das dafür notwendig wäre, in die Hand nehmen, entsprechend Daten sammeln, daraus Konsequenzen ziehen und vor allem Maßnahmen setzen.

Der im Raum stehende Vorschlag, außertourliche

Gehaltsrunden für Frauen zu erwirken, ist zwar zu begrüßen, aber mir geht er nicht weit genug. Diese Maßnahme darf nämlich keine einmalige sein. Um die Situation der Frauen tiefgreifend zu verbessern, muss es eine Reihe von Maßnahmen geben, die Hand in Hand gehen.

Die Familienstrukturen haben sich nämlich in den EU-Ländern, und damit auch in Österreich, in den vergangenen 20 Jahren gravierend geändert. Die Zahl der Mehrgenerationenhaushalte sinkt, während die Zahl der Scheidungen und der Alleinerzieherinnen steigt. Damit ändern sich aber auch Belastungen und Anforderungen an Beruf, Betreuung und Gesundheit.

Wenn man bedenkt, dass 29 Prozent der Alleinerzieherinnen einem überdurchschnittlich hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind – das ist keine Erfindung, sondern Ergebnis einer Studie des Sozialministeriums –, dann können wir Freiheitlichen eine weitere rot-grüne Belastungsmaschinerie sowie die falschen Mitteleinsätze nur ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ekkamp. Ich erteile es ihm.

GR Franz **Ekkamp** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es wäre jetzt verlockend, zum Bereich Integration, Personal, also zu dieser Geschäftsgruppe, über die wir jetzt diskutieren, über das Budget in dieser heutigen, im Vergleich zu anderen Sitzungen sehr gut verlaufenden Sitzung – es ist gute Stimmung herinnen – noch einige Anmerkungen zu tätigen; insbesondere, da ich hier gehört habe, wie man ein Budget retten kann, nämlich indem man über die Stadt eine neue Struktur einsetzt, alles aus einer Hand.

Genau das Gegenteil! Seinerzeit, als ihr die Verantwortung getragen habt – auch von der FPÖ ist das gekommen –, hat man bei den ÖBB etwas ganz anderes gemacht, nämlich zerlegt und zergliedert!

Ich denke, jede Idee hat ihre Berechtigung, aber ein erfolgreiches, größeres Unternehmen hat klar getrennte Strukturen, anders wird das nicht funktionieren. Auch ein Unternehmen wie die Stadt Wien braucht, glaube ich, weiter klar getrennte Strukturen, um auch weiter erfolgreich zu sein.

Es wäre auch interessant, noch einmal über die Schulden zu reden, zu debattieren: weniger Abgaben, mehr Ausgaben, weniger Schulden. Ich glaube, es ist heute ohnedies schon genug Klarstellung erfolgt, was den Schuldenstand von Niederösterreich und Kärnten angeht. Tirol und Wien haben hingegen den geringsten Schuldenstand.

Man muss sich nur vor Augen führen: Wenn man bei fast 5 Milliarden EUR Schulden ein Budget von 6 Milliarden EUR hat, dann hat das schon eine Gewichtung wie in Niederösterreich; und wenn ich mir Wien anschau, das mit einem Budget von 11,8 Milliarden EUR nicht 5 000 EUR, sondern 1 800 EUR pro Kopf Schulden hat, dann spricht das, glaube ich, eine eigene Sprache.

Geschätzte Damen und Herren! Ich will mich jetzt mehr dem Personal in unserer Geschäftsgruppe widmen. Wir haben zirka 65 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht zu vergessen sind die Lehrlinge, 706 an der Zahl. Ich glaube, das ist eine tolle Leistung, die man herausstreichen muss, weil wir über unseren Bedarf ausbilden. Das ist, soweit ich weiß, in den letzten zehn Jahren immer ein guter Beitrag zur Lehrlingssituation gewesen.

Ich denke, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind engagiert, motiviert und erbringen eine tolle Leistung. Man soll auch nicht vergessen, dass in der Stadt Wien für die Dienstleistungen mehr als 200 Berufe notwendig sind. Man soll auch sehen, wie die Dienstleistungen in unserer Stadt funktionieren, und das mit anderen Städten vergleichen. Ich nenne nur eine durchaus interessante Stadt, nämlich London, aber hier gehen die Uhren sicher anders.

Zur Frage, wie man bei einem Budget in unserer Stadt Kosten einsparen kann, gebe ich zu bedenken: Wenn ein Abgeordneter von der ÖVP hier herausgeht und davon redet, dass das Personal und die Pensionen 6 Milliarden EUR kosten, muss ich sagen: Ein Blick in den Budgetvoranschlag hätte genügt, um zu sehen, dass die aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur 2,5 Milliarden EUR kosten und die pensionierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 1,2 Milliarden EUR.

Das ist weit weg von dem, was hier gesprochen worden ist. Ich denke, wenn jemand – ich will nicht unterstellen, dass das bewusst erfolgt ist – so etwas sagt, dann muss man auch andere Forderungen und Aussagen in Frage stellen.

Wir haben vom Bund viel übernommen, nämlich Pass-, Fund- und Meldwesen. Trotzdem muss man stets gezielt und professionell an Verbesserungen arbeiten und nicht mit solchen Kahlschlagmethoden, nicht nach dem Motto, nehmen wir den Mitarbeitern das Geld weg und schon fließen die Millionen. Es sind heute hier Summen genannt worden, die für mich unverständlich sind.

Wien funktioniert – natürlich mit allen Gedanken, man muss es auch weiterentwickeln, weiter verbessern. Laut Studien, die nicht wir durchführen, sondern unabhängige Institute, lieben die Wienerinnen und Wiener ihre Stadt zu über 80 Prozent. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein, bitte nicht Mercer!)* Ich erwähne jetzt nicht Mercer, aber ich glaube, wir alle schätzen Wien. Die Lebensqualität ist durchaus hoch und gut, und dafür möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern recht herzlich bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Von der ÖVP ist Kritik zu den Pensionen gekommen. Ich glaube, Ziel einer verantwortungsvollen Arbeitgeberin, so wie es die Stadt Wien ist, muss es sein, dass die Menschen, wenn sie Jahrzehnte für diese Stadt gearbeitet haben, einen menschenwürdigen Ruhestand genießen können.

Da spreche ich auch den Vertrauensschutz an. Das ist eben der Unterschied gewesen zu einer Regierung, die von 2000 bis 2007 im Bund versucht hat, mit gewissen Beschlüssen auf Kosten der

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land einiges an Geld zu lukrieren, und das sollte man bei Reformen immer beachten. Wien geht diesen Weg bewusst nicht, denn Wien will seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht bestrafen. (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) – Das Kontrollamt hat das auch festgestellt.

Die Pensionspraxis entspricht dem Gesetz, und es hat auch Kritik gegeben, dass manche Pensionierungen in einigen Bereichen der Stadt, sprich, bei den Wiener Stadtwerken, eher zu spät als zu früh erfolgen – das steht hier klar und deutlich.

Weiters hat das Kontrollamt bestätigt, dass, wenn man solche Vergleiche mit dem Bund anstellt, bei uns die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit 57,8 Jahren in Pension gehen, beim Bund ein wenig später. Dabei muss man auch sagen, dass das Kontrollamt sehr klar getrennt hat zwischen den vielen Aufgaben, die schwer belastend, körperlich anstrengend sind – wie Rettung, Feuerwehr, Kanalarbeiter, wo die Menschen draußen den Witterungen und so weiter ausgesetzt sind – einerseits und den Tätigkeiten im Büro andererseits. Wenn man das so berechnet, mit unserer zentralen Verwaltung, dann ergibt die Pensionsstatistik natürlich ein anderes Bild.

Man soll beziehungsweise kann durchaus auch mit dem Bund vergleichen. In Bezug auf die Wiener Pensionen wird immer von 350 Millionen EUR Einsparung geredet. Heute ist schon klargestellt worden – ich habe in der Früh ein bisschen schmunzeln müssen, als ein Redner der ÖVP von diesen 350 Millionen EUR pro Jahr gesprochen hat –, also das wäre schon ein bisschen viel. Also in 30 Jahren, es ist heute schon durchkalkuliert worden, was das am Beginn bringt.

Aber in Wien gibt es zum Beispiel keine Hacklerregelung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt. Im Bund gibt es sie sehr wohl, und der Rechnungshof hat die Berechnung angestellt: Bevor die sogenannte Hacklerregelung... Die können mit 60 abschlagsfrei in die Pension gehen. Wenn du in Wien nach 60 gehst, dann gibt es da eine Übergangsregelung, dann hast du Abschläge von 3,62 Prozent pro Jahr. Man kann nach langer Versicherungszeit gehen. Das muss man durchaus berechnen und bewerten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie ich schon gesagt habe, kommt die Wiener Regelung erst im Jahr 2042 voll zum Tragen – statt 2028. Wenn wir das verkürzen würden, hätte das den Nachteil, dass das vor allem Frauen beziehungsweise, wenn sie Kinder betreut haben, Kindererziehungszeiten treffen würde; aber ich denke, das wollen wir nicht, denn wir haben soziale Verantwortung in unserer Stadt, daher wird das mit uns sicher nicht gehen.

Nicht zu vergessen sind auch die höheren Pensionsbeiträge im Vergleich zum ASVG. Ich stelle auch fest und sage es noch einmal: Die Pensionisten dieses Hauses haben eigene Pensionssicherungsbeiträge. Auch das gibt es in der Privatwirtschaft nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich denke, eine Kürzungsdiskussion, wie sie hier

geführt worden ist, ist sehr, sehr unseriös. Das lehnen wir ab. Heute ist zum Beispiel die Steuerfrage andiskutiert worden beziehungsweise die Themen Millionärssteuer und Spekulationssteuer. Ich glaube, es wäre schön langsam gerecht, wenn wir sehr intensiv über die Steuergerechtigkeit in unserem Land diskutieren.

Ich kann mich noch erinnern, wie die einfache Bierdeckelrechnung gekommen ist, nämlich seinerzeit von einem ÖVP-Finanzstaatssekretär. Es hieß, jeder kann sich's am Bierdeckel ausrechnen. Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes haben sich's ausrechnen können: Der Eingangssteuersatz, wenn man relativ wenig verdient, ist 32 Prozent, geschätzte Damen und Herren; aber manche, die viele Millionengewinne machen, bezahlen eigentlich nichts.

Eines möchte ich gerade Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, nicht ersparen. Etwas, worüber wir ebenfalls diskutieren sollten, sind nämlich die Sozialabgaben, Krankenversicherungsbeiträge, die von Unternehmen eingehoben, aber nie den Krankenkassen zugeführt worden sind, „uneinbringlich“ nennt man das. Im vorigen Jahr, 2010, meine sehr verehrten Damen und Herren, war das ein „Klacks“ von immerhin 159 Millionen. Es wurde festgestellt, dass in 10 Jahren den Krankenkassen von Beiträgen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlt haben, 1,5 Milliarden EUR vorenthalten worden sind.

Meine Damen und Herren! Auch die Ruhestandsversetzungen sind angesprochen worden. Ich habe schon gesagt, wie die Beanspruchungen bei Feuerwehr, Rettung, Krankenpflege, Kanal und so weiter sind. Ich glaube, wenn man es vergleicht, so läuft das in der Privatwirtschaft ein bisschen anders.

Ich komme selber aus der Privatwirtschaft. Wenn dort irgendwo Umstrukturierungen sind – das heißt auch bei uns Organisationsänderung –, dann gibt es nicht immer einen Job für die Kolleginnen und Kollegen ab 55, den gibt es oft einfach nicht. Dann werden die Leute einfach in die Arbeitslosigkeit geschickt; und aus der Arbeitslosigkeit heraus, dann gibt es noch Notstandsgeld und so weiter, gehen die Leute unter Umständen, weil sie psychisch krank werden, weil sie ab 55 keinen Job mehr finden, in die Pension. Das müsste man auch hinzurechnen, wenn man von Pensionierungszahlen beziehungsweise von Durchschnittszahlen in der Stadt redet.

Wir arbeiten derzeit wieder an einer, glaube ich, ganz wichtigen Sache, nämlich der sogenannten Wiedereingliederung. Dabei wird für Leute, die länger krank waren, ein Programm entwickelt, das es diesen Leuten leichter machen soll, nicht in die Frühpension geschickt zu werden, sondern weiterhin beschäftigt zu werden.

Mein vorletzter Punkt, ganz kurz: Krankenstände. Auch da, muss man sagen, wird uns immer ein verzerrtes Bild dargestellt. Bei uns in der Stadt Wien werden die Krankenstände ab dem ersten Tag bemessen, geschätzte Damen und Herren. Wenn man

allerdings die Langzeitkrankenstände herausrechnet – ich meine Krankenstände von über zwei Monaten, wobei ich aus Erfahrung sage: in der Privatwirtschaft haben diese Leute wenig Chancen auf Weiterbeschäftigung –, dann kommen wir auf 11,3 Krankenstandstage; und das ist, glaube ich, ein durchaus herzeigbarer Wert.

Es wurde auch angesprochen, es werde für die Gesundheitsvorsorge zu wenig getan. Ich erwähne die Magistratsabteilung 3 seit 2006. Ich glaube, sie geht einen ambitionierten, erfolgreichen Weg. Das Ziel ist bekannt: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger gesund und in Beschäftigung zu erhalten. Die Nachhaltigkeit dieser vielseitigen Programme und Angebote kann man nicht in ein, zwei, drei Jahren messen, messbar wird das erst später; aber ich glaube, unsere Frau Stadträtin ist in diesem Bereich besonders engagiert und intensiv tätig.

Wir haben in Kürze einen Termin bei der Magistratsabteilung 3 – ich glaube, die Einladungen sind schon ausgesprochen worden. Dabei werden wir, die gemeinderätlichen Mitglieder der Personalkommission, uns genau ansehen, wie dieses Konzept für die Gesunderhaltung der Mitarbeiter beziehungsweise für die Mitarbeitervorsorge weiterentwickelt wird.

Lassen Sie mich noch einen Punkt erwähnen, nämlich die Gesundheitsvorsorge im Sanatorium Hera in der KFA. Auch dort gibt es ein wissenschaftlich entwickeltes Programm mit vielen temporären Angeboten, das bereits sehr gut genützt wird und auch im privaten Bereich hilft, sich gesünder zu entwickeln.

Da fällt mir schon eine gewisse Doppelbödigkeit der ÖVP ein, gestatten Sie mir diese Feststellung. Wir haben das im KFA-Vorstand vorgestellt und beschlossen, und zwar mehrheitlich, ohne die Stimmen der ÖVP. Die ÖVP hat nämlich gegen dieses Konzept der Gesundheitsvorsorge gestimmt.

Meine Damen und Herren! Ich denke, Reformen sind notwendig, Ja zu Reformen, aber mit Augenmaß und sozialer Verantwortung. Ein klares Nein zu finanziellen Einschnitten auf einzelne Berufsgruppen. Pensionen sollen so ausbezahlt werden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zukunft auch leben können.

Ich fordere Sie jetzt nicht auf, für das Budget mitzustimmen, weil ich weiß, dass Sie es sowieso nicht machen werden. Aber es ist auch gut so: Wenigstens erkennen die Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, wer in dieser Stadt für sie eintritt und wer die soziale Verantwortung übernimmt. *(Beifall bei SPÖ und der GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster ist Herr GR Blind zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Man sagt, was lange währt, wird endlich gut. – Auf die Novellierung des Wiener Prostitutionsgesetzes haben die Wienerinnen und Wiener zwar lange gewartet. Seit drei Wochen haben wir jetzt das Prostitutionsgesetz neu, und man muss jedoch in einer ersten Zwischenbilanz feststellen, dass es bislang keinen zufriedenstellenden

Zustand gebracht hat.

Straßenprostitution findet vielmehr weiterhin an Orten statt, an denen sie sozial unverträglich ist und nicht stattfinden sollte. Es hat zwar eine Verlagerung gegeben, zum Beispiel von der Felberstraße in den Auhof und in den Prater, von einer zufriedenstellenden Lösung kann man jedoch keinesfalls sprechen.

Als Mandatar des 14. Bezirks darf ich Ihnen kurz ein betroffenes Gebiet, nämlich das Gebiet des Auhofs näher beschreiben. Sie werden das Gebiet im Wesentlichen kennen: Südlich der Auf- und Abfahrt zur Westautobahn befindet sich der Parkplatz des Hotels „Lenas West“. Seit dem 1. November sind in dieser Gegend ab 14 Uhr Prostituierte anzutreffen.

Anfangs bestanden zudem noch besonders gefährliche Situationen – sowohl für Prostituierte als auch für die Autofahrer –, da die Prostituierten, um sich sichtbar zu machen, über die Böschung auf die Straße geklettert sind, wo Autos von der Autobahn runterkommen und dabei mit einem entsprechenden Tempo unterwegs sind. Diese Situation hat sich Gott sei Dank, ohne dass es zu Unfällen gekommen ist, zumindest ist nichts Diesbezügliches bekannt, gebessert beziehungsweise beseitigt, jedoch ist die Situation für das Hotel selbst weiterhin fatal. Es gibt dort keinerlei Infrastruktur für die Prostituierten. Trotzdem hat die Stadt Wien beziehungsweise die entsprechende Steuerungsgruppe die Empfehlung ausgesprochen, den Auhof als Gebiet zu nutzen.

Man muss bedenken, dass die Stadt Wien sich selbst die Vorgabe gesetzt hat, Empfehlungen nur für Gebiete, wo eine gewisse Sicherheit gegeben ist, wo Infrastruktur gegeben ist, auszusprechen. Was ist passiert? Die Empfehlung ist für ein dunkles, abgelegenes Gebiet ohne Infrastruktur ausgesprochen worden. Was ist daraufhin geschehen? Die Prostituierten haben natürlich versucht, sich dort einzurichten, sie wollten die Infrastruktur eines Hotels benützen, das sie niemals eingeladen hat. Das Hotel hat dann Maßnahmen setzen müssen, um ein Überborden von Prostituierten innerhalb des Hotels zu vermeiden.

Wobei man sagen muss: Bei diesem Hotel handelt es sich um kein Stundenhotel. Es ist zum einen als Hotel für Seminar- und Businesskunden, zum anderen als Familienhotel gedacht. Dass Prostitution direkt vor der Haustüre eine massive Geschäftsbeeinträchtigung darstellt, die möglicherweise zum Zusperrern dieses Hotels führen kann, braucht wohl nicht erörtert zu werden.

Weiter zum Gebiet: Nördlich der Autobahnauffahrt beziehungsweise -abfahrt befindet sich im unmittelbaren Nahebereich, in dem die Prostitution nun zulässig ist, das Auhof-Center. Bei diesem Gebiet handelt es sich aber nicht um ein reines Industriegebiet, sondern um ein gerade für Familien bislang sehr attraktives Stadtentwicklungsgebiet – wenn ich nur an die neuen Wohnungen im Bereich der ehemaligen Stadt des Kindes, an die in der Nähe angesiedelten Schulen oder auch an den unmittelbar in dieser Gegend situierten Kindergarten denke.

Das Auhof-Center selbst bietet nicht nur Einkaufsmöglichkeiten, wie der Name nahelegt, sondern auch eine Tanzschule, ein Kino, eine Fahrschule und, was vor allem am Abend interessant ist, eine Diskothek. Daher besteht in diesem Bereich ein erhöhtes Aufkommen von Kindern und Jugendlichen, sodass es aus unserer Sicht jedenfalls falsch ist, im Gebiet nahe dem Auhof-Center Prostitution zuzulassen.

Problematisch ist zudem, dass Prostitution auch im Bereich des sogenannten Grillplatzes Wien West ausgeübt werden darf. Dieser wird vorzugsweise von Mitmenschen türkischer und arabischer Herkunft frequentiert; und wenn ich mir vorstelle, dass in dieser Straße, zumindest im Frühling, wenn die Grillsaison wieder beginnt, Prostituierte stehen, dann bin ich auf die dann stattfindende interkulturelle Toleranz sehr gespannt.

Sie wird zwar von Rot und Grün immer wieder gepriesen, wenn aber die Grillplatzbesucher dort ihren Platz mit Prostituierten teilen sollen beziehungsweise dort gebrauchte Kondome et cetera finden, dann schaue ich mir an, wie geplant es zugehen wird, meine Damen und Herren. Dann werden wir dort wahrscheinlich Zustände bekommen, wie sie derzeit auf der Donauinsel vorzufinden sind.

Das zweite problematische Gebiet ist der Bereich der neuen Wirtschaftsuniversität. Meines Erachtens ist es einem Universitätsstandort beziehungsweise einer Universitäts- und Bildungsstadt, die Wien sein will oder zu sein den Anspruch erhebt, sehr abträglich, wenn vor einer international renommierten Einrichtung zwar über Geschäftsgebaren diskutiert wird, es sich dabei aber nicht um Volkswirtschaft oder Betriebswirtschaft handelt, sondern um andere Geschäfte.

Was die jüngsten Vorschläge von Kollegin Hebein betrifft, ist festzuhalten: Die GRÜNEN haben bislang immer alles unternommen, um die Innenstadt von Autos frei zu halten beziehungsweise Autos aus der Innenstadt hinauszuekeln; jetzt will Kollegin Hebein die Straßenprostitution in die Stadt hineinverlagern und damit auch noch jene Art von Verkehr in der Stadt zulassen und vermehren.

Wie der Zeitung „Der Standard“ vom 27. Oktober 2011 zu entnehmen ist, lehnt sogar der grüne Bezirksvorsteher Blimlinger, ein Parteifreund von Kollegin Hebein, ihren Vorschlag für den 7. Bezirk rigoros ab. Daher beziehungsweise mangels Ernsthaftigkeit gehe ich auf diese Vorschläge auch nicht näher ein.

Doch nun zurück zum Auhof. Zunächst wurde von der Steuerungsgruppe die Empfehlung für das von mir beschriebene Gebiet im Auhof ausgesprochen; nunmehr hat die Frau Stadträtin immerhin eingesehen, dass dieses Gebiet denkbar ungeeignet ist. Was ist aber nun die Konsequenz aus dieser Erkenntnis? Man hat, mehr konnte man nicht machen, die Empfehlung zurückgenommen. Was ändert das? Gar nichts.

Die Empfehlung der Steuerungsgruppe ist ein rechtliches Nullum, das hat rechtlich überhaupt keine Relevanz. Wir haben uns das vor Ort sehr genau

angeschaut und mit der betroffenen Bevölkerung, die das sehr genau verfolgt, gesprochen: Das Aufkommen der Prostitution beziehungsweise die Belastungen durch die Prostitution im Bereich des Auhofs haben sich seit der Rücknahme dieser Empfehlung um keinen Deut verringert, sie hat selbstverständlich nicht abgenommen.

Man kann sagen, die Rücknahme der Empfehlung dieser Steuerungsgruppe ist den Prostituierten beziehungsweise denjenigen, die sie da hinkarren – die Damen wissen mehrheitlich nicht einmal, wie sie selber zum Auhof finden, die werden da hingekarrt –, völlig egal.

Das geht vornehmlich an die Adresse der GRÜNEN, aber selbstverständlich, weil Sie es mitgetragen haben, auch an die Adresse der SPÖ. Hätten Sie nicht – auch das muss man sagen – aus ideologischer Verblendung gegen den Antrag der FPÖ, der ein grundsätzliches Verbot der Straßenprostitution beinhaltete, wobei es durch Verordnungen möglich gewesen wäre, Erlaubniszonen zu schaffen, gestimmt, könnten Sie relativ einfach steuernd eingreifen. Man hätte eine Erlaubniszone geschaffen. Hätte sie sich bewährt – okay; hätte sie sich nicht bewährt, hätte man die Erlaubniszone aufheben können.

Herausgekommen ist jedoch, wovor wir immer gewarnt haben, nämlich, wie unlängst Frau Marie-Theres Prantner von der Frauensektion des Bundeskanzleramtes in der Zeitung „Der Standard“ vom 8. November kritisiert hat, ein komplexes und intransparentes Gesetz. Vor allem fehlt es, wie gesagt, an der Möglichkeit für die Verwaltung, mittels Verordnung – und damit meine ich zusätzliche Verbotszonen und nicht Erlaubniszonen, die ja möglich sind –, mit rechtlichen Mitteln steuernd einzugreifen.

Mit dieser Kritik ist die FPÖ selbstverständlich nicht alleine. Ich darf hier aus einer E-Mail vom 9. November 2011 wie folgt zitieren: „Ich bin wie Frau Hebein sehr enttäuscht über die fahrlässige Vorgangsweise bei den Durchführungsbestimmungen. (Beifall bei der FPÖ.) Die Ausweisung des Gebietes Auhof als Erlaubniszone ist ein besonders krasses Beispiel für dieses Versagen.“ – Zitat Ende.

Wer schreibt das? Das schreibt kein Blauer, das schreibt kein Schwarzer, sondern die Klubobfrau der GRÜNEN in Penzing, Frau Elisabeth Holzer, von der E-Mail-Adresse elisabeth.holzer@gruene.at am 9. November 2011. Das heißt, diese Kritik kommt aus Ihren eigenen Reihen. Die Frau Holzer hat zwar nicht verstanden, dass es sich hierbei um keine Erlaubniszonen handelt, sondern um ein Gebiet, das auf Grund der Flächenwidmung ex lege als Prostitutionsgebiet ausgewiesen ist (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist halt schwierig!*); aber im Ergebnis gebe ich der Frau Holzer durchaus recht: Das, was hier passiert, ist ein besonders krasses Beispiel für Versagen der rot-grünen Regierung und muss selbstverständlich umgehend saniert werden.

Es ist daher unbedingt notwendig, schnellstens eine Lösung herbeizuführen. Ich darf daher die Frau Stadträtin auffordern, jedenfalls umgehend Maßnahmen

zu setzen, um diesen Missstand zu beseitigen, bevor das Hotel krachen geht, Arbeitsplätze vernichtet werden und auch, bevor den Damen in diesem Gebiet, weil es relativ dunkel, uneinsichtig und auch infrastrukturell nicht geeignet ist, möglicherweise etwas zustößt. Das wollen wir auf keinen Fall. Deswegen ist da auf jeden Fall schnelles Handeln notwendig. Auf jeden Fall darf da nichts mehr aufgeschoben werden!

Falls Ihnen kein Lösungsansatz einfallen sollte – die Vorschläge der FPÖ liegen auf dem Tisch. Wir fordern weiterhin selbstverständlich das grundsätzliche Totalverbot der Straßenprostitution in Wien, und nur dort, wo es sozial verträglich ist, unter Zustimmung der Bezirksvertretungen möglicherweise Ausnahmeregelungen, die jedoch restriktiv zu handhaben sind. – Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Als nächster Redner ist Herr GR Haslinger zum Wort gemeldet. – Bitte schön.

GR Gerhard **Haslinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich möchte mich in meiner Wortmeldung einem Schlüsselbereich widmen, der mit den Themen Integration und Budget zu tun hat. Ich meine die Vereine, die in diesem Themenbereich eine wichtige Rolle spielen.

Ich werde das Thema einmal kurz umreißen! Da die SPÖ, die GRÜNEN und die ÖVP Österreich als Einwanderungsland sehen, wundert es mich, dass die zuständige Stadtregierung seit Jahrzehnten nicht in der Lage ist, den Menschen, die zu uns kommen, zu erklären, was wir von ihnen verlangen. Sie sollten ihnen sagen, wie sie mit uns leben sollen – und nicht, wie wir mit ihnen leben sollen. Auch die Fremden, die zu uns gekommen sind, die sich an unsere landesüblichen Lebensweisen angepasst und eingefügt, sie angenommen haben, brauchen jetzt nicht die Sitten und Gebräuche anzunehmen, die neue Zuwanderer mitbringen und die wir akzeptieren sollen, damit sie sich hier auch wirklich wohl fühlen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dass es Probleme gibt, ist klar. Seit zirka eineinhalb Jahren schreiben die Medien sehr klar und direkt über diese Situation. Was wird uns präsentiert? Wie stellt sich die Situation dar? Was wird gemacht im Bereich der Integration? Es gibt öffentliche Stellen, die Magistratsabteilungen 17 und 11, alles Institutionen, die die Menschen, die zu uns kommen und hier leben wollen, willkommen heißen, ihnen Angebote machen, sie beschenken und unterstützen, aber nie irgendetwas von ihnen verlangen.

Ein großer Teil wird dann in Vereine ausgelagert, sogenannte NGOs oder Nichtregierungsorganisationen. Die sagen, sie seien mehr oder weniger unabhängig, bis zu dem Punkt, wo es ums Geld geht. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Sie alle brauchen nämlich Subventionen – und damit sind wir beim Budget –, und diese Subventionen werden sehr verschlüsselt, versteckt, auf unterschiedlichste Magistratsdirektionen aufgeteilt. Dann werden diese unabhängigen Vereine gefördert, und die beschäftigen sich dann mit der Integration. Man lagert

das Problem also aus, Integration findet mehr oder weniger über Vereine statt.

Von den Problemen, die es mit Fremden gibt, haben wir vorhin schon gehört. Dann heißt es immer, das sind ja Gastarbeiter, die haben wir geholt und so weiter. Von diesen Menschen spricht aber niemand. Denn das sind Leute, die gerne da sind und die sich eingefügt haben. Die Personengruppen, die wir ansprechen, sind diejenigen, die sich selbst holen, nämlich über Eheschließungen, über Adoptionen, über Asylmissbrauch oder Ähnliches.

Die Unterstützung, die heute sehr oft erwähnt worden ist, die man diesen Menschen zukommen lassen möchte, die wollen wir nicht mittragen. Sie wird aber gegeben. Denn sie differenzieren nicht zwischen Menschen, die zu uns kommen und uns ausnutzen, und Menschen, die hier leben wollen und uns unterstützen, die für die Wirtschaft wichtig sind. Das ist ein großer Fehler, der sehr oft gemacht wird.

Darum: Wir sind sicherlich weit weg davon, zu sagen, alle gehören raus. Ganz sicher nicht, sonst würde das öffentliche Leben zusammenbrechen. Aber wir sind dagegen, dass Leute unterstützt werden ... Ich muss leider immer wieder den Kollegen Akkilic erwähnen. Er hat ja vorhin gesagt, es wird dieses interreligiöse Dialogzentrum kommen, von diesen, wie heißen die, Wahhabiten. Da warnen sogar Sie davor, dass man die unterstützt; sogar Sie wollen, dass sie nicht herkommen. Dazu soll es ja den Auftrag geben, mit dem Außenminister zu sprechen und genauer zu beleuchten, was diese Menschen hier vorhaben.

Stattdessen wird von der Stadt Wien ziemlich undifferenziert Unterstützung angeboten, und das ist falsch. Wir lehnen das ab und sind, um wieder zum Budget zu kommen, gegen diese wirklich zig Millionen an Förderungen für die unterschiedlichsten Vereine, ohne dass dabei differenziert wird.

Vereine gibt es aber auch, wenn sich die eigenen Kulturkreise selbst organisieren. Auch die werden überhaupt nicht betrachtet beziehungsweise beleuchtet. Man unterstützt sie, eventuell subventioniert man sie, je nachdem. Es gibt eine Vielzahl davon. Ein ganz besonderer Verein ist der Verein ATIB.

Die Bürgerinitiative der Dammstraße, Wien 20, ist sicherlich jedem bekannt. Sie wurde 2007 gegründet, von allen mehr oder weniger schwer kritisiert, beschimpft, ins rechte Eck gestellt; bis hin zur Beschimpfung als Faschisten. Heute schaut's anders aus. Die Frau VBgmin Vassilakou hatte schon einen Gesprächstermin mit der Bürgerinitiative, sie sprach also mit diesen „bösen“ Menschen.

Ich will nur unterstreichen: Für etwas, das wir schon 2007 erkannt haben, haben sie vier Jahre gebraucht *(Beifall bei der FPÖ.)*; wo es ganz einfach darum geht, mit Menschen zu reden, die ein Problem mit einer Zuwanderergesellschaft haben, die ihren Willen durchsetzen wollen. Ich habe vorhin vernommen, wie sich alle einig waren, dies sei ein gegenseitiges Entgegenkommen. – Also das gegenseitige Entgegenkommen müssen Sie mir einmal auf diesen

Bildern zeigen. *(Der Redner hält einige Fotos in die Höhe.)*

So schaut's nämlich aus. Das ist Integration. Wenn Sie mir darauf eine Frau zeigen können, würde ich das sehr begrüßen, nur werden Sie keine finden. *(Zwischenruf von GRin Mag Martina Wurzer.)* Das ist nicht retuschiert, nicht manipuliert, das ist der Verein ATIB in der Dammstraße 37; und dieser Verein wird von einer Bürgerinitiative bekämpft, und von ihnen unterstützt.

Die SPÖ hat ja unter Umständen Gesprächsbereitschaft bekundet, aber mit Ihnen, Herr GR Valentin, wollen sie nicht mehr sprechen, weil Sie sie angeblich beschimpft, beleidigt und bedroht haben. Das ist nicht von mir, das steht auf der Homepage der Bürgerinitiative. Dabei ist es auch Teil der Integration, dass man beide Seiten hört. Warum wird es nicht gemacht? Warum machen es die GRÜNEN mittlerweile? *(GR Siegi Lindenmayr: Sind ja lauter Männer in Ihrem Klub!)* Ach so? Was die Frauen betrifft, macht euch das bitte mit dem Herrn Gemeinderat aus, ich weiß ja nicht ... *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Fast!)* Ein sehr förderlicher Einwand, nur leider komplett falsch, wie vieles andere auch. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist das Problem. Wenn wir heute und hier über Integration und integrative Maßnahmen sprechen, die mit viel Geld finanziert werden – womit wir wieder beim Budget sind –, dann soll man sich bitte beide Seiten anhören, mit beiden Seiten Kontakt aufnehmen und nicht sozusagen „von der Weiten“ schimpfen.

2007 hat keine einzige Partei außer uns die Bürgerinitiative unterstützt. Die ÖVP hat mit dem Herrn GR Dr Aigner einen Kämpfer gehabt, aber er ist, glaube ich, in seiner eigenen Fraktion nicht ganz durchgekommen. Wir als Freiheitliche haben die Bürgerinitiative jedenfalls unterstützt und haben recht gehabt. Mittlerweile betrachten schon sehr viele diesen Verein ATIB sehr kritisch; aber nicht, weil sie uns jetzt endlich glauben, sondern weil sie offenbar näher hingeschaut haben, was wir schon vor vielen Jahren getan haben.

Mein Vorwurf ist, dass Sie die Leute aus der Distanz, wider besseres Wissen angeschüttet haben, dass Sie die Leute alles Mögliche genannt haben, bis hin zu „Nazis“. Sie haben gemeint, diese Leute wollen nur Stunk, nur Ärger machen. Sie haben gemeint, lassen Sie die Leute von ATIB, die sind doch alle in Ordnung. Mittlerweile, schreiben bereits unverdächtige Medien über den Verein ATIB sehr kritisch.

Wenn der Bürgerinitiative etwas gelungen ist, dann die Tatsache, dass nun schon seit viereinhalb Jahren nicht gebaut wird. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass jetzt, wo der Verein in den Fokus gerutscht ist, sie gar nicht mehr so viel Interesse daran haben, dort zu bauen, denn dort werden sie nun wirklich beobachtet – und ich glaube, diese Bilder sagen alles. Wenn man Geld für Integration in die Hand nimmt, dann soll das wirklich so sein, dass alle damit leben können, und nicht nur die, die zu uns kommen. – Das war's. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Valentin zum Wort gemeldet.

GR Erich **Valentin** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Politische Debatte, meine Damen und Herren, rechtfertigt nicht alle Mittel. Deshalb berichtige ich. Mein Vorredner versuchte den Eindruck zu erwecken, auch mit seinen Zitaten, dass die Kommunikation seitens meiner Partei in dieser Frage eine einseitige war. Ganz im Gegenteil, mit der Bürgerinitiative, die mein Vorredner erwähnt hat, wurden mehrfach intensive Kontakte gepflogen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nicht einmal reingelassen, damals bei der Demo!)*

Ich bitte meinen Vorredner, wirklich ein bisschen vorsichtig zu sein. Wenn Bemerkungen gemacht werden und mir etwas unterstellt wird, das im Strafgesetz verankert ist, was man als Polizist eigentlich wissen sollte, nämlich Bedrohung und Ähnliches, dann sollte man, denke ich, sehr vorsichtig sein. Ich biete auch gerne an, wenn er es noch einmal wiederholt, dass ich auch den rechtlichen Weg gehe.

Das Zweite, was er berichtet, ist ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie müssen berichtigen!)* Kollege Jung! Ich werde mich durch Sie sicherlich nicht davon abbringen lassen, zu sagen, was ich zu sagen habe. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Sie haben drei Minuten!)*

Der Vorredner meinte, dass sich die Bürgerinitiative in dieser Frage durchgesetzt hätte und der Verein ein Projekt hätte, von dem sich jetzt irgendjemand abwendet. Tatsache ist, dass dort auf Basis der Rechtsstaatlichkeit ein Bauprojekt eingereicht worden ist, wo alle Schritte in Form von rechtsstaatlichen Verfahren durchgeführt worden sind, und die eine aufrechte Baubewilligung haben. Es ist bei der Frage eines Wohnhauses vollkommen wurscht, ob das ein Privater, ein Verein oder eine Gesellschaft baut. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die drei Minuten sind aber schon lang vorbei!)*

Der Herr Vorredner hat versucht, den Eindruck zu erwecken, dass dies nicht rechtens gewesen wäre. Das stimmt nicht. Ich würde auch meinen, dass Sie mit Ihren Bemerkungen auch dann, wenn Sie Ihre parteilichen Kleingeldwechslereien durchführen, durchaus bei der Realität bleiben sollten. Ich denke, das würde Ihnen gut anstehen. *(Ruf bei der FPÖ: Das ist eine Berichtigung!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** *(unterbrechend)*: Bitte zum Ende kommen.

GR Erich **Valentin** *(fortsetzend)*: Sie hätten das auch nicht notwendig. Ich denke, schlussendlich wird der Wähler genau sagen und zeigen, wo tatsächlich die Glaubwürdigkeit liegt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich auch Herr GR Akkilic zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Auch Sie haben drei Minuten. *(Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Für alle, die unruhig sind: Ich stoppe das mit der Hand mit.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Haslinger! Ich habe die Wahhabiten nicht mit ATIB oder

anderen moslemischgläubigen Menschen in Zusammenhang gebracht. Ich habe gesagt, die Wahhabiten sind eine äußerst konservative Sekte in Saudi Arabien, die den Ton angibt. (GRin Mag Dr Barbara Kappel: Sie müssen berichtigen!)

Was ATIB anbelangt: Ich habe vor zwei Jahren mit ... (GRin Mag Dr Barbara Kappel: Auf Sie hat niemand Bezug genommen! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.) Sie haben gesagt, ich hätte Sie unterstützt, so Ihre Annahme, indem ich die Wahhabiten kritisiert habe, und ich hätte damit auch die anderen Glaubensgemeinschaften des Islams ins Boot geholt. Das stimmt nicht!

Schauen Sie, das ist der Unterschied. Wir haben eine differenzierte Sichtweise. Wo ist der Herr Eisenstein? Herr Eisenstein, vielleicht können Sie Ihre Kollegen darüber aufklären, was der Unterschied zwischen Wahhabiten, ATIB und sonstigen islamischen Strömungen ist. (GR Johann Herzog: Wo bleibt die tatsächliche Berichtigung?) Die tatsächliche Berichtigung ist, dass die Annahme des Herrn Kollegen falsch ist.

Ich habe vor zwei Jahren mit der Bürgerinitiative Dammstraße Kontakt aufgenommen. Ich habe mit der Frau Schuster Kontakt aufgenommen und immer wieder versucht, diesen Kontakt zu vertiefen. Auch mit der Bürgerinitiative Rappgasse habe ich Kontakt aufgenommen. Das Problem war, dass sie das verweigert haben. Jetzt geht die Frau Vizebürgermeisterin her – sie ist die Vizebürgermeisterin aller BürgerInnen in Wien – und gibt einen Termin, und das stört Sie. Also bitte! (GR Armin Blind: Das ist keine tatsächliche Berichtigung, sondern eine Meinungsäußerung!)

Übrigens, im Vergleich zu ATIB können Sie sich nicht gut behaupten, weil sie nur fünf Frauen unter sich haben. (Beifall bei den GRÜNEN sowie von GR Siegi Lindenmayr und GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (Grüner Klub im Rathaus): Werter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Zum Thema Prostitution – ich versuche es sachlich, auch wenn es bei den FPÖ-Kollegen und Kolleginnen schon zu Erheiterung führt – haben alle eine Meinung. Trotzdem muss man festhalten, dass es kaum realistische Einschätzungen und Bewertungen zu diesem Thema gibt, weil kaum Daten zur Verfügung stehen. Es ist ein umfangreiches Spektrum, das dieses Thema beinhaltet.

Aber noch immer werden Frauen in diesem Bereich stigmatisiert. Daher ist es ihnen wichtig, keine Erfahrungsberichte abzugeben, sondern in der Anonymität zu bleiben. Daher ist es wichtig, dass wir, wenn es dazu schon internationale Fachtagungen, Austausch, Städtevergleiche und Gespräche mit Betroffenen gibt, ein paar Mythen aus dem Weg räumen und ein paar Dinge festhalten.

Das eine ist: Ich nütze auch das Frauenthema. Darüber wurde heute schon diskutiert. Wir haben

darüber geredet oder davon gehört, dass es einen großen Unterschied gibt zwischen ökonomischen Bedingungen von Frauen und jenen von Männern. Die Einkommensschere ist weit offen, die Verdienstmöglichkeiten von Frauen, ihre Möglichkeiten, sich den Unterhalt zu sichern, sind andere. Das gilt auch für die Frauen in der Prostitution beziehungsweise Sexarbeit.

Das heißt konkret: Ich bin überzeugt, wenn wir es schaffen, die gesellschaftlichen Veränderungen herbeizuführen, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, uns dieser Geschlechterrollen bewusst zu sein und Stereotype von Frauen, die es noch gibt, aufzubrechen, dann werden wir auch über Prostitution und Sexarbeit anders diskutieren. Ich bin überzeugt, Prostitution ist keine Ursache, über die wir uns jetzt hier unterhalten, sondern eine Systemfrage, eine Zuspitzung von Frauenbildern. Ich halte es für wichtig, das einmal in die Diskussion einzuwerfen, weil über diese Frauen immer wieder relativ verachtend diskutiert wird. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, den ich recht wichtig finde, ist, festzuhalten, dass ökonomische Zwänge für Frauen, die sich dafür entscheiden, der Prostitution nachzugehen, noch nicht automatisch bedeuten, dass Prostitution dann Gewalt und Zwang bedeutet. Da müssen wir unterscheiden. Wenn wir wirklich ernsthaft wollen, dass sich die Situation verbessert, dann müssen wir uns zuerst folgende Fragen stellen: Was heißt Freiwilligkeit? Wo beginnt die Freiwilligkeit und wo endet sie? Was ist Menschenhandel? Was ist Prostitution und Sexarbeit? Diesen Diskurs müssen wir führen. Wir müssen unterscheiden, und das hat in den letzten Wochen zumindest ansatzweise begonnen.

Zum Thema Menschenhandel. Das wird immer wieder in einen Topf geworfen. Konkret: Es gibt Menschen- und Kinderhandel, und das müssen wir mit aller Kraft bekämpfen! Wie macht das zum Beispiel Nordrhein-Westfalen? Die investieren jährlich 1 Million EUR extra, nur für die Frauen, die gegen Menschenhändler aussagen wollen! Da gibt es eigene Programme und Konzepte zur Unterstützung dieser Frauen. Auf Nordrhein-Westfalen kommt ein Viertel der in Deutschland aufgeklärten Fälle.

Das heißt, die investieren in diesen Bereich. Und was machen wir in Österreich? Was machen wir in Wien? Wir kürzen das Personal bei der Abteilung Menschenhandel, bis hin zu Fällen, wo wir Frauen abschieben, die darüber definitiv aussagen wollen. Das ist ein wichtiger Punkt. Wenn wir wirklich etwas gegen den Menschenhandel tun wollen, müssen wir uns überlegen: Warum funktioniert es nicht? Wo braucht es mehr Ressourcen und Unterstützung? Das ist ein wichtiger Bereich.

Was haben wir als rot-grüne Koalition gemacht? Wir haben vereinbart, dass wir den Wohnungsbereich von der Straßenprostitution entlasten und sichere Erlaubnisbereiche für die Straßenprostitution schaffen. Das ist eine Vereinbarung, und wir argumentieren das auch. Wir sagen: Der Bereich in den Wohnungsgebieten ist eskaliert, sowohl für die Anrainer und Anrainerinnen,

das Lärmproblem war massiv, als auch für die Frauen selbst, als auch für die Polizei. Niemand hat sich mehr ausgekannt, wo die Schutzzonen beginnen und wo sie enden.

Das heißt, dieser Schritt raus aus dem Wohnungsbereich ist ein guter Schritt; aber wir müssen gleichzeitig für die Frauen Bereiche schaffen, wo sie sicher stehen können. Hören wir auf mit den Forderungen, die da lauten, tun wir sie alle rein, hören wir auf mit den Bildern, dass dort alles happy peppy ist, dass dort keine Zuhälterei, kein Menschenhandel stattfindet! (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sagen Sie das der Frau Stadträtin!*) Das ist schlichtweg nicht richtig, das ist Realitätsverweigerung! Entweder wir stellen uns diesem Thema oder eben nicht, aber hören wir auf mit Mythen und Verherrlichungen, das bringt uns keinen Millimeter weiter.

Wir haben Kriterien erarbeitet. Die Anrainer und Anrainerinnen haben uns gesagt: Die drei wichtigsten Probleme sind der Lärm, der Schmutz und die Anmache, das ist unangenehm. Daher sind wir hergegangen und haben gesagt: Den Lärm müssen wir berücksichtigen, wenn wir Erlaubniszonen schaffen; der Schmutz ist ernst zu nehmen, daher werden wir mit der MA 48 reden; und das Dritte, die Anmache ist etwas extrem Unangenehmes, daher werden wir Sensibilisierungskampagnen machen, wie man mit Frauen in der Nacht umgeht.

Das heißt, wir nehmen Anrainer und Anrainerinnen ernst, wir nehmen aber auch die Frauen ernst. Wir haben Sexarbeiterinnen, die das freiwillig machen, und wir sind noch immer in einer unaufrichtigen Diskussion, denn wir haben die Sittenwidrigkeit noch immer nicht abgeschafft! Da wäre die Bundesregierung gefordert. Die Frauen zahlen Steuern, dürfen aber keine Rechnung legen. Das ist ein wichtiger Punkt zur Verbesserung der Situation!

Wir haben gesagt, wir unterstützen den Indoor-Bereich. Das heißt, wir schaffen sichere Arbeitsplätze, wir machen ein Genehmigungsverfahren, wir machen Zuverlässigkeitsprüfungen. Ja, wir sind auf dem Weg, aber wir haben es noch nicht geschafft, die sicheren Plätze für die Frauen zu bestimmen. Laut dem Gesetz ist es so: Es bleiben Bereiche in den Außenbezirken über. Dort empfehlen wir keiner Frau, sich hinzustellen, weil es schlichtweg zu gefährlich ist. Dann sind Bereiche übrig geblieben, nämlich im Prater und im Auhof.

Ja, es gab Bedenken, auch von mir, ob der Auhof wirklich geeignet wäre. Wir beziehungsweise das Steuerungsteam mit all den ExpertInnen haben gesagt, schauen wir es uns an. Jetzt, nach den Erfahrungen ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Hätten Sie sich das doch vorher überlegt!*) Sie haben die Weisheit auch nicht mit dem Löffel gefressen, sage ich Ihnen ganz ehrlich! Mit den Erfahrungen gibt es jetzt die Entscheidung, den Auhof zurückzunehmen, er ist zu unsicher. Also wovon reden Sie da? Das Thema ist längst erledigt. (*GR Armin Blind: Die stehen noch immer dort, nichts ist erledigt!*) Sie können gern Selbstgespräche halten. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir haben da eine klare Entscheidung getroffen. (*Beifall von GR Dipl-Ing Martin*

Margulies.)

Der nächste Punkt, etwas, das immer wieder vergessen wird ... (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Wir haben ein Steuerungsteam. Wir haben jetzt die Bezirksvorsteher der Gürtelbezirke eingeladen. Ja, es ist kein Geheimnis, dass es eine Überlegung gibt, Gürtelbereiche für die Straßenprostitution zu öffnen. Es wird von uns ein Paket Richtung Bund geben, das den Menschenhandel anlangt. Wir werden uns genau anschauen, wie sich die Bordelle und die Betriebe im nächsten Jahr entwickeln werden und wie sich das mit den Genehmigungsverfahren und Zuverlässigkeitsbestimmungen entwickeln wird.

Das heißt, wir sind da in einem Prozess, wo wir permanent beobachten und auch verändern können. Uns fällt keine Krone vom Kopf herunter, weil wir sagen, die Erfahrungen zeigen jetzt Entwicklungen, die wir wieder verändern müssen. Und ja, wir wissen, dass wir Bereiche brauchen, wo die Frauen stehen; denn es gibt die Straßenprostitution, es gibt sie. Da haben wir Frauen, die freiwillig und selbstständig arbeiten, und da haben wir tatsächlich ein massives Armutsproblem. Wir haben Frauen aus Bulgarien und Rumänien, die auf der Straße stehen und dem Gewerbe der Prostitution nachgehen. Das wissen wir.

Aber ich bitte Sie, diese Frauen in der Diskussion mit Respekt zu behandeln. Was wollen Sie denn mit den Frauen? Sie abschaffen, verdrängen, unsichtbar machen? Die gibt es. Wir haben die Aufgabe, bestmöglich damit umzugehen. In Dortmund wurde die Straßenprostitution im Mai abgeschafft. Die Tagung letzte Woche zeigte ganz klar: Sie finden die Frauen nicht mehr, die der Straßenprostitution nachgegangen sind. Die gehen jetzt straßenzugeweise jede Wohnung ab – in Deutschland ist die Wohnungsprostitution erlaubt –, um einen Zugang zu diesen Frauen zu finden, weil eine irre Sozialproblematik, irre Abhängigkeiten, auch in Verbindung mit Gewalt, dahinterstecken.

Das heißt: Während Sie hergehen und sagen, Sie wollen das nicht mehr sehen – und Armut ist kein schöner Anblick –, sondern Sie verdrängen und kriminalisieren, sagen wir von Rot-Grün: Auch wenn es kein einfaches Thema ist, setzen wir uns damit auseinander, und zwar bestmöglich. Das ist unsere Aufgabe. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Der nächste Punkt, der mir wichtig ist, ist, noch einmal klarzustellen: Wir haben ein rot-grünes Prostitutionsgesetz. Wir entlasten den Wohnungsbereich, und wir werden die Straßenprostitution sicherlich nicht in die Illegalität, in den Menschenhandel, in Zwang und Abhängigkeiten verdrängen! (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sind sie ja schon! Lernt das endlich!*) Das ist unsere Aufgabe. Wir werden die Indoor-Situation verbessern und wir werden auch den Menschenhandel ernst nehmen. Das ist entscheidend. Und all die Dinge, die Sie immer wieder an Verachtung und Respektlosigkeit kommunizieren, nämlich den Menschen gegenüber, die da kämpfen (*GR Mag Dietbert Kowarik: Von sich auf andere schließen!*), auch aus Armutsgründen, das lehnen wir einfach ab.

Das ist nicht unser Weg, das ist nicht der rot-grüne Weg!

Der nächste Punkt, das wären noch zwei sehr grundsätzliche Anmerkungen zum Herrn GR Jung von der FPÖ. Ein paar Dinge, die Sie hier kommunizieren, sind etwas verwirrend. Der grüne Bezirk ist der 7. Bezirk, nicht der 8., und die Green Jobs kommen nicht von mir, sondern von der ÖVP-Wissenschaftssprecherin. Sie bringen immer alles ein bisschen durcheinander.

Als Zweites würde ich gerne eine technische Sache aufklären, mit folgender Vorgeschichte: Ich habe ein Jahr lang die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ begleitet und betreut, war auch die Leitung vor Ort. Daher musste ich mir natürlich immer wieder diese aggressiven, lauten Reden von damals anhören, die irrsinnig hämmern; und ich gebe zu, hier herinnen werde ich immer wieder daran erinnert, vor allem bei Ihnen, Herr Abg Gudenus. Ich wollte Ihnen nur sagen: Wenn Sie hier reden, ist auch bei Ihnen das Mikrofon eingeschaltet. – Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist die Frau Amtsf StRin Frauenberger. Bitte schön.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Ja, vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch vielen Dank für die Debatte zu der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz, Personal, Antidiskriminierungsstelle nicht zu vergessen.

Ich möchte vielleicht beim Frauenthema beginnen. Wir haben 8,754 Millionen EUR zusätzlich zu dem, was an Querschnittsarbeit in den einzelnen Geschäftsgruppen eben auch zum Frauenthema noch gemacht wird. Ein gutes Beispiel ist der gesamte Bereich der Arbeitsmarktpolitik, wo vieles eben im Bereich des Wirtschaftsressorts und des Finanzressorts organisiert wird und dann eben nicht im Frauenbereich organisiert werden muss, was nicht heißen soll, dass wir nicht um jeden Cent und Euro in unserem Frauenbudget kämpfen. Aber würde man jetzt darstellen, was alles für Frauen in dieser Stadt gemacht wird, dann wäre der Betrag natürlich weit, weit, weit, weit, weit, weit höher als jetzt die Finanzierung der MA 57 ausmacht.

Was Gleichstellung für Frauen bedeutet, ist ganz einfach zu erklären. Da geht es um Freiheit, da geht es um Autonomie für Frauen, da geht es um die eigene Definitionsmacht von Zeit und von Gestaltungsbereichen von Frauen und da geht es auch um die eigene Definitionsmacht von Örtlichkeiten. Und das alles subsumiert sich in unserer Politik auf Basis einer ganz, ganz klaren Haltung, nämlich genau für diese Gleichstellung einzutreten. Und wir haben unser Motto „sicher, selbstbestimmt und unabhängig“, das sich in all den Bereichen des Arbeitsmarktes, der Bildung, des Gewaltschutzthemas natürlich immer und immer wieder findet und auch immer und immer finden muss. Denn warum? Der gesamte Feminismus befindet sich ja in einem absoluten Spannungsfeld. Wir haben nach wie vor Frauen, die ganz, ganz schlimm diskriminiert werden. Wir haben viele Frauen, die viel zu wenig verdienen für

das, was sie an Arbeit leisten, auch natürlich im Besonderen im Vergleich zu den Männern, zu ihren männlichen Kollegen. Das ist die Einkommensschere, die da drinnen resultiert. Und wir haben aber natürlich auch viel erreicht. Gerade jetzt ist es spannend für uns in der Gleichstellungspolitik, in der Frauenpolitik dieser Stadt, wo wir auch 20 Jahre Frauenabteilung feiern und auch ein Resümee ziehen. Jetzt ist es die große Herausforderung, auf der einen Seite die Punkte, die noch nicht erreicht sind, weiter voranzutreiben und für die auch zu kämpfen, und auf der anderen Seite aber auch das Erreichte nicht als Selbstverständlichkeit darzustellen. Denn das wäre fatal. Fatal für ein Fortkommen in der Frauenpolitik, weil es nämlich auch im Hinblick auf die Perspektiven und auf die Arbeit für junge Frauen fatal wäre, die wir in dieser Stadt letztendlich auch machen. Wenn ich von Gleichstellung rede, dann ist eines der größten Hindernisse der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen nach wie vor die ungerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und die nach wie vor ganz schematisch zum Teil sehr konservative Einteilung in typisch weiblich und in typisch männlich. Das bedeutet, dass wir hier auch im Kampf gegen diese starren Rollenbilder unbedingt in Richtung Verteilungsgerechtigkeit gehen. Das heißt, Gleichstellungspolitik ist Politik im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit: Und da geht es nicht nur um die Einkommensschere, da geht es sehr wohl auch eben um bezahlte und unbezahlte Arbeit. Da geht es um die Rollenbilder. Da geht es um Bildungszugänge. Da geht es um Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da geht es um Arbeitszeiten. Da geht es um betriebliche Frauenförderung. Sprich kurz und zusammengefasst: Das Ziel 2012 und der Plan 2012 in diesem Frauenbudget sind, abgesehen von der Querschnittsaufgabe, die es in allen Ressorts zu diesem Gleichstellungsthema gibt, sich ganz massiv für Verteilungsgerechtigkeit einzusetzen. Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Gewaltschutzpolitik, Gleichstellungsmonitor und Internationaler Frauentag, den wir begehen werden, und der Kleinprojektorf sind eben unter diesem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit zu sehen. Wenn man so will, gibt es 2012 in dieser Stadt ein Revival für halbe-halbe, und das ist gut so. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Dietbert Kowarik: Das wissen wir eh schon alles!)*

Wenn wir über Frauen und über Gleichstellungspolitik sprechen, kommen wir auch gleich zum Thema Prostitution. Nun, dieses Gesetz ist ein Gesetz, das ein zutiefst gesellschaftspolitisches Gesetz ist und es ist ein gutes Gesetz. Es ist unser rot-grünes Gesetz, das eben deutlich zeigt, dass wir einen anderen Zugang zu dem gesamten Thema der Prostitution haben, dass wir einen andern Zugang zur Situation von Frauen in dieser Stadt haben. Aber das Positive an diesem Gesetz ist, dass wir uns auf der einen Seite die Möglichkeit geschaffen haben, die tatsächliche Selbstbestimmung der Frauen hier weiter voranzutreiben, und auf der anderen Seite es aber auch innerhalb von 21 Tagen geschafft haben, dass wir das Problem massiver Belastungen im Wohngebiet

ausgeräumt haben. Das heißt, dieses Gesetz wirkt und dieses Gesetz wird uns aber auch noch weiter beschäftigen, weil es eben ein gesellschaftliches systemisches nicht Phänomen ist, sondern systemisches strukturelles Problem ist, wo wir nicht wegschauen dürfen, sondern wo wir auf der einen Seite schauen müssen, dass die Frauen sicher selbstbestimmt arbeiten können und auf der anderen Seite schauen müssen, dass die AnrainerInnen entlastet werden. Und ein dritter wesentlicher Aspekt ist noch zu beobachten und nach 21 Tagen nicht möglich zu bilanzieren, das ist: Wirkt dieses Gesetz tatsächlich - und ich wage zumindest einmal die stille Hoffnung zu setzen -, wirkt dieses Gesetz auch tatsächlich gegen den Frauenhandel?

Was uns dieses Gesetz nicht erspart ist, weiter für die Abschaffung der Sittenwidrigkeit zu kämpfen, denn das ist in dem Zusammenhang zwar jetzt auch nicht die Lösung aller Probleme, aber sie ist, gerade was die Selbstbestimmtheit der Frauen betrifft, ganz, ganz wichtig. Daher wirkt dieses Gesetz sehr, sehr gut und ist in einer engen Kooperation zwischen den GRÜNEN und den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Haus entstanden. Es ist gelungen und es freut mich, dass ich das heute hier auch erzählen kann, denn ich weiß, manche haben uns das nicht gegönnt. Manche haben in dieser Frage eigentlich auf der einen Seite immer eingefordert, aber auf der anderen Seite letztendlich mit einer doppelten Zunge gesprochen, und das hat sich dieses Thema nicht verdient. Dieses Thema braucht Versachlichung und es geht darum, sicher zu arbeiten und die Anrainerinnen und Anrainer zu entlasten. Das ist jetzt einmal gelungen. Die Steuerungsgruppe wird dieses Gesetz weiter begleiten und wird entsprechende Lösungen finden, die wir in dieser Urbanität letztendlich eben auch brauchen werden.

Wenn ich sage, Versachlichung, dann komme ich gleich zum zweiten wesentlichen Thema, zum Thema der Integration. Nun, ich muss sagen, wir haben mehrmals begrüßt, dass auf der Ebene des Bundes strukturell jetzt ein Staatssekretär vorgesehen ist. Ich finde ihn nicht richtig angesiedelt, ich finde ihn nicht richtig und ausreichend mit Ressourcen ausgestattet, aber ich finde ihn sehr, sehr wichtig. Die Zusammenarbeit mit dem Herrn Staatssekretär funktioniert sehr, sehr gut. Er zitiert Wien gerne, er zeigt Wien in seinem Best-Practices-Beispiel. Wir haben gemeinsam, ich glaube, am 29., genau zu unseren Nostrifikationsbemühungen in der Stadt einen gemeinsamen Termin im Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Also das heißt, ich habe auf der Bundesebene den Eindruck, der Staatssekretär sieht genau, was Wien tut und unterstützt auch die Anliegen von Wien. Das entspricht nicht ganz dem Bild, das Sie heute hier gezeichnet haben, wiewohl Sie in vielen inhaltlichen Bereichen recht haben. Ja, Integration ist die Herausforderung in unserer Gesellschaft. Es gibt kaum ein Thema, das mehr polarisiert als dieses.

Wenn wir uns heute die Budgetdebatte ansehen, dann müssen wir auch sehen, unter welchen politischen

Rahmenbedingungen dieses Budget entsteht. Und da ist gerade das Thema der Integration ein denkbar schlechtes Thema dafür, dass Menschen auseinanderdividiert werden. Es geht darum, in diesem Fall auch die Gemeinsamkeiten und die Gleichstellung in den Vordergrund zu stellen. Das ist mir ganz, ganz wichtig, weil das Match sollte sich nicht auf der Ebene der sozial schwachen Migrantin gegenüber der sozial schwachen Wienerin mit nichtmigrantischem Hintergrund abspielen, sondern das Match müsste eigentlich auf ganz, ganz anderen Ebenen ausgetragen werden.

Es geht darum, eben nicht auf dem Rücken der Menschen das politische Kleingeld zu machen gerade in einer so prekären wirtschaftlichen Situation. Das ist mein Appell und ich weiß, dass viele in diesem Haus an einer sachlichen Auseinandersetzung großes Interesse haben. Wir haben ein Integrationskonzept, das ein Fundament hat, in dem wir Ja sagen, Zuwanderung muss entlang von Kriterien klar und transparent gestaltet werden. Dafür sind wir, sowohl die ÖVP als auch die GRÜNEN und die SozialdemokratInnen, eben in dieser Zuwanderungskommission übereingekommen und ich glaube, die Projekte, die dort entstanden sind und 2012 im Besonderen auch weiter entstehen werden, sind sehr, sehr gute Projekte.

Es gibt die vier Säulen im Wiener Integrationskonzept im Bereich der Sprache und der Arbeitsmarkt- und Bildungssäule. In diesen beiden werden wir sehr korrespondieren und uns im Jahr 2012 besonders mit der Bildung von Frauen auseinandersetzen, denn wir wissen, dass es zwar auf der einen Seite sehr gut gebildete Frauen gibt, die hierher zuwandern, aber auf der anderen Seite natürlich auch sehr bildungsferne Frauen. Das Ziel in diesen beiden Schienen wird es sein, dass wir die Frauen über den Spracherwerb hin zum Empowerment, zur Orientierung und letztendlich durch die Erreichung der Integrationsvereinbarung zum Ziel bringen, nämlich zur eigenständigen Existenzsicherung, die eben im Integrationsbereich für Frauen gleichermaßen gilt wie im Frauenbereich selbstverständlich.

In der Schiene „Zusammen leben“ ist unser großes Ziel, dass wir die Menschen in den Dialog bringen und die Menschen gemeinsam darüber reden, wie wir ein gutes Klima, ein respektvolles Klima in dieser Stadt schaffen. Und da geht es nicht um eine Online-Plattform, irgendein technisches Tralala, sondern da geht es darum, dass die Leute spüren, in dieser Stadt will man gut zusammenleben, will man gut miteinander auskommen, in dieser Stadt reden die Menschen darüber. Deswegen ist dieses Zusammenlebens Thema für uns ganz, ganz wichtig. Wir haben gehabt „Sei dabei“ und jetzt wird es eben darum gehen, gut „zusammen leben“ in Wien, gemeinsam entlang der Wertevorstellungen unserer Gesellschaft zu bestimmen und auch entlang unserer Spielregeln im Zusammenleben. Die werden von den WienerInnen definiert. Daher ist das Ziel, ganz Wien redet mit, wie wir in dieser Stadt gerne zusammenleben möchten und gut zusammenleben möchten. Ziel ist es, auch das Klima zu

verbessern und ich glaube, die letzten Wortmeldungen gerade hier zu diesem Geschäftsbereich waren sehr symptomatisch dafür, dass es dazu viel Emotion gibt. Das ist gut so. Aber die Leute müssen miteinander reden und müssen miteinander auch für sich definieren: Was verstehen wir unter einem guten Zusammenleben? Das können nicht wir ihnen aufoktroieren, weil wir wissen, solche Geschichten passieren von oben nach unten nie. Die müssen von unten entstehen, sozusagen bottom-up, um da jetzt so ein englisches neudeutsches Wort zu verwenden, um eine gute Basis zu haben und um eine hohe Identifikation hinzukriegen. Es geht darum, dass die Menschen, die BürgerInnen, die Wienerinnen und Wiener gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, dass eben die Stimmung nicht so hochgespielt wird, dass eben das Klima ein respektvolles ist und dass alle mit dabei sind. Deswegen setze ich sehr, sehr viel Chance in dieses Projekt, weil ich glaube, das eint uns hier alle, so wie wir hier sitzen. Wir möchten gerne in einem Wien leben, in dem gut zusammengelebt wird und in dem alle Wienerinnen und Wiener einen Beitrag dazu leisten, dass gut zusammengelebt wird. Und da ist die Charta, denke ich mir, ein ganz großes, ein ganz, ganz tolles Projekt.

Abschließend noch zum Thema vierte Säule Messbarkeit. Ja, nächstes Jahr, 2012, kommt der nächste Monitor. Der wird einen Schwerpunkt auf der Sprache haben. Hier geht es ganz massiv darum, zu schauen, den Sprachstand der WienerInnen mit dem Ziel zu erheben, wenn wir diese Erhebung haben, alle Menschen ins alltagstaugliche Deutsch zu bekommen, egal, wie lange sie in dieser Stadt leben, bei aller sozusagen Wertschätzung und Hochachtung des Potenzials der Mehrsprachigkeit. Das möchte ich hier nicht außer Acht lassen.

Und abschließend, weil heute auch über die Entwicklungszusammenarbeit und die Investitionen der Stadt in die Entwicklungszusammenarbeit gesprochen wurde: Ja, die Stadt steht dazu, dass sie Beiträge dazu leistet, dass sich die Lebenssituation von Menschen, besonders in den Armutsregionen der Welt, verbessert, denn das ist auch ein Teil von einer vernünftigen, von einer guten, von einer ambitionierten Integrations- und Migrationspolitik. Das sei an dieser Stelle zur Entwicklungszusammenarbeit gesagt.

Abschließend vielleicht, obwohl es schon von der GRin Yilmaz dargestellt wurde, aber gerade wenn es um Diskriminierung geht, ist mir dieser Punkt sehr, sehr wichtig: Wir haben es mit unseren queeren Stadtgesprächen geschafft, in dieser Stadt sozusagen Themen anzureißen, die Lesben, Schwulen und Transgender-Personen sozusagen helfen, in eine gleichberechtigte, in eine diskriminierungsfreiere eigene Biographie gehen zu können. Im Jahr 2012 widmen wir uns, und das passt sehr gut zu dem gesamten Thema der Xenophobie, des aufgeheizten Klimas, des Populismus, der sich in dieser Stadt immer versucht, breit zu machen, dem Thema der Homophobie und der Transphobie, denn das sind genauso gesellschaftliche Phänomene, die dann erstarken, wenn die Neiddebatte

geschürt wird und wenn es auch enger wird. Genau aus dem Grund werden wir auf der einen Seite zu diesem Themenbereich Veranstaltungen machen und auf der anderen Seite mit unserem Kleinprojektetopf, mit dem queeren Kleinprojektetopf, eben versuchen, die Transphobie in dieser Stadt zu bekämpfen und hier auch entsprechende Informationsangebote zu setzen. Denn, und das ist unser großes Ziel, wir möchten der Ausgrenzung dieser Gruppe in unserer Stadt ganz massiv entgegenwirken, aktiv entgegenwirken. Wir brauchen ein Klima der Offenheit und des Respektes und wir brauchen eine Anerkennung der Lebens- und Liebesmodelle in dieser Stadt, in einer Stadt, in der, und das ist, glaube ich, worum es im Kern geht, dass Homophobie und Transphobie einfach keinen Platz haben dürfen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich gerne sagen und das ist heute, glaube ich, auch von mehreren Seiten schon bestätigt worden, aber es ist mir als Personalstadträtin einfach ein großes Anliegen: Diese Stadt funktioniert super und diese Stadt entwickelt sich in Permanenz weiter und diese Stadt wird von den Wienerinnen und von den Wienern geliebt. Und dass das möglich ist, dazu tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien - und wenn man alle dazurechnet, sind das fast 75 000 Menschen - ganz, ganz massiv dazu bei und das in einem eigentlich unvergleichbaren und sehr, sehr vielfältigen Aufgabenspektrum, wo auch immer wieder Äpfel mit Birnen vermischt werden, wenn es um Bund und Land geht. Sehen wir einmal, wie viele Berufsgruppen wir in dieser Stadt haben und welchen Beitrag sie dazu leisten, dass die Stadt so funktioniert, wie sie funktioniert. Wir haben ein sehr modernes Personalmanagement aufgesetzt. Wir haben eine aktive und proaktive Gesundheitsförderung in dieser Stadt aufgesetzt, wo wir die Arbeitswelt für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch entsprechend gestalten. Aber leider werden viel zu oft unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeprangert, verunglimpft, manchmal auch lächerlich gemacht oder ins Licht der Privilegien gestellt. Ich möchte an dieser Stelle sagen, sozusagen als die Botschaft an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus diesem Haus heraus, dass wir die Leistungen, das Engagement, diesen Einsatz, der da von jeder Einzelnen und von jedem Einzelnen geleistet wird, sehen, dass wir es wahrnehmen und dass wir dafür dankbar sind. Wir sind dankbar dafür, dass jede und jeder ihren Beitrag dazu leistet, dass Wien so gut funktioniert. Danke schön und ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. Ich begrüße den Herrn Stadtrat. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jetzt kommen wir zu einem Schwerpunkt des Wiener Budgets, wie wir heute am Vormittag gehört haben.

Ja, es ist richtig, ein Schwerpunkt liegt auch heuer wieder im Bereich der Bildung. Die Ausgaben für diesen Bereich werden einen Wert von 1,13 Milliarden EUR erreichen. Das ist eine Menge Geld, beweist aber gleichzeitig auch, dass Geld alleine nicht alles ist und dass man vor allem mit Geld Qualität nicht kaufen kann, denn das haben wir in den vergangenen Wochen hier in Wien auch erleben dürfen. Es war Wien, wo die Beteiligung am Bildungsvolksbegehren am höchsten war. Es war Wien, wo eigentlich, und das ist das wirkliche Erschütternde, nicht das Thema Bildungsvolksbegehren, weil es so wahnsinnig tolle Inhalte hat - ja, es ist wichtig, über Bildung muss man reden, es ist viel zu tun. Aber es war in Wien vor allem das, dass es hier den Bürgern am meisten unter den Nägeln brennt, was hier an Bildung alles schiefläuft, im Bildungssystem, in den Schulen. Denn die Bürger unterscheiden nicht, ob die Schulen jetzt in Bundes- oder in Landeszuständigkeit sind, sie merken nur, mit der Bildung in Wien ist vieles nicht in Ordnung. Wenn wir in Wien weiter so verfahren für viel Geld, dann wird auch in Zukunft unseren jungen Menschen die Perspektive genommen werden, so wie es jetzt für viele schon passiert. Dann ist der Wirtschaftsstandort gefährdet und die Lebensqualität und der soziale Frieden in dieser Stadt. Wien bekämpft mit der Menge an Geld Symptome, nicht Ursachen, greift erst dann ein, wenn es lichterloh brennt und ist in Bildungsfragen permanent, das muss man leider sagen, zu spät dran. Statt in Bildung ernsthaft und richtig und zielorientiert zu investieren, investiert man in PR-Kampagnen, setzt Beruhigungsplacebos in Form von Scheinmaßnahmen und glaubt, damit kann man die Bürger belügen. Nur, die Bürger lassen sich nicht belügen!

Lassen Sie mich als Scheinplacebo eine Maßnahme der Stadt Wien explizit nennen, und das ist die Schulsozialarbeit. Die Schulsozialarbeit ist vor zwei Jahren eingeführt worden. Wir haben derzeit in Wien 31 Schulsozialarbeiter für 697 Schulstandorte. Auch dort wird mit der Gießkanne dort eingesetzt, wo es lichterloh brennt. Und anstatt ein System einzusetzen, das für alle Betroffenen gleichmäßig da ist, unabhängig, ist die Schulsozialarbeit weisungsgebunden dem Stadtschulrat unterstellt. Aber noch einmal die Zahlen: 697 Schulstandorte, 31 Schulsozialarbeiter mit viel zu wenig Mitteln, teilweise ohne Handy, teilweise ohne Computer, am Rande des Nervenzusammenbruchs. Viele haben auch schon das Handtuch geworfen.

In der letzten Woche oder vor 14 Tagen dann eine ganz neue Qualität. Offensichtlich geht uns das Geld wirklich aus und zwar das Bargeld, denn da hat man in den städtischen Kindergärten einfach Konten geplündert, Konten, auf denen Bastelgeld gespart wurde, in einer Nacht- und Nebelaktion, ohne jemanden zu informieren.

Und dann sind die Argumente auf den Tisch gekommen: Ja, man möchte jetzt über einen Zentraleinkauf billiger einkaufen. Ja, das ist interessant, das muss erst einmal bewiesen werden. Aber alleine von der Umsetzung: Wie darf ich mir das vorstellen, welcher bürokratische Mehraufwand da jetzt passiert? Muss ich mir jetzt im Jänner überlegen, was ich vielleicht mit den Kindern zu Ostern basteln will, das Antragsformular für das Antragsformular im Rathaus einbringen und hoffen, dass die Ostereier zu Ostern kommen und nicht erst zur Weihnachts- oder zur Nikolo-Feier? Was man aber auch nicht bedacht hat, ist ein Aspekt, der vielleicht auch nicht ganz so unspannend ist in Zeiten, wo die Krise auch die Realwirtschaft betrifft: Diese Kindergärten haben vor Ort in den Bezirken bei den Nahversorgern, beim Einzelhandel eingekauft, und das wird jetzt nicht mehr möglich sein. Der Einzelhandel, die Nahversorgung, etwas, das wir gerne haben in dieser Stadt - nein das wird jetzt alles zentral hier vom Rathaus aus gesteuert. Das, wie gesagt, meine Damen und Herren, hat eine ganz neue Qualität, denn dass wir Erwachsene ausgenommen werden, das sind wir mittlerweile eh schon gewöhnt, aber dass man jetzt den Kleinsten auch noch das Geld wegnimmt, ist sehr spannend.

Was aber dann besonders interessant war und ich möchte fast sagen, etwas unklug und sicher auch nicht überlegt, ist, man hat die Konten leer geräumt und in der Woche darauf hat man im Bildungsausschuss eine Inseratenkampagne bewilligt. Also relativ zeitgleich räumt man Konten leer, zieht das Geld ab und bewilligt sich im gleichen Ressort eine Inseratenkampagne, um Weihnachten und Silvester zu bewerben. Das ist wirklich sehr schön und wir bedanken uns alle, dass wir dann ein paar Tage später diese Festschrift über ein Gratisblatt erhalten haben. Aber besonders perfid ist, dass man da drinnen dann lesen kann, wie toll man in Wien in der Adventszeit basteln kann. Also das schlägt einem Fass fast wirklich den Boden aus!

In den Volksschulen geht das Sparen dann natürlich weiter. Wir wissen es, 300 Lehrer wurden in Wien eingespart. Meine Damen und Herren, verfährt man so mit unserer Zukunft? Ich würde das Zukunftsraub nennen, denn ein klares Zeichen, welchen Stellenwert Bildung in Wien tatsächlich genießt, setzen Sie nicht. Sie setzen ein klares Zeichen mit Werbekampagnen und in der PR-Maschinerie. Dass gerade jetzt in der Bildung noch immer nicht die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden, irritiert jedoch besonders dadurch, dass das Jahr 2011 vom Herrn Bürgermeister zum Jahr der Bildung erklärt wurde. Davon ist mittlerweile leider nichts mehr zu bemerken. Vielmehr droht ein weiteres Jahr, in dem es mit der Bildung in Wien steil bergab geht.

Der Wiener Lesetest hat dies besonders deutlich gezeigt, denn nicht irgendwo, nein, hier in dieser Stadt in der gerühmten Gesamtschulform Volksschule kann knapp ein Viertel der Absolventen kaum oder nicht lesen! Und das sind Defizite, die sind fast nicht mehr aufzuholen, und wenn, dann nur mit wirklich immenser Kraftanstrengung. Ganze 4 Millionen EUR würde es die Stadt Wien beispielsweise kosten, wenn man sich die

300 LehrerInnen leisten wollte. Das Budget des PID beträgt im Vergleich dazu 51 Millionen. Die Gesamtkosten für Werbung betragen laut Schätzungen jährlich zwischen 80 und 100 Millionen. Die Ausgaben sind damit mehr als doppelt so hoch wie die Ausgaben der Bundesregierung. Spätestens jetzt ist ja wohl allen klar, wo die Prioritäten der SPÖ liegen. Sollten Sie mal hier, was ja durchaus sein kann, Ihren Job verlieren, dann kann ich Ihnen nur empfehlen: Machen Sie eine PR-Agentur auf! Das können Sie, das haben Sie gelernt, da sind Sie wirklich perfekt.

Aktuell stellt sich die Wiener Bildungspolitik als einzige Baustelle dar. Vom Kindergarten an beginnen Probleme. Von Vollversorgung ist wirklich keine Rede. Sehr dramatisch auch der Zustand oder die Situation bei den KindergartenpädagogInnen. Hier fehlen rund 600. Denn ohne auch nur annähernd entsprechend vorbereitet zu sein, hat man die Idee des Gratiskindergartens umgesetzt. Aber noch einmal: Ohne auch nur annähernd vorbereitet zu sein. Und auch hier wird jetzt einfach nur ein Vollbrand gelöscht und es werden die Ursachen bekämpft und nicht die Symptome.

Kommen wir noch einmal zur Volksschule zurück. Wir haben es heute schon gehört, 8 000 außerordentliche Schüler gibt es in Wiens Schulen. Das sind 8,5 Prozent aller SchülerInnen in den Pflichtschulen. Und das ist eine Katastrophe für alle, die dort sind, für die Kinder und auch für die Lehrer. Die Kinder haben keine echten Zukunftschancen, werden mitgeschleppt, sind unter enormem Druck und ziehen im Klassenverband nötige Ressourcen von anderen Schülern ab. Und auch die Lehrer sind mit der Situation schwer überfordert. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele Kinder, die die Klasse wiederholen müssen und in keinem anderen Bundesland wird so viel Geld für Nachhilfe ausgegeben.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen schon etliche Male vorgeschlagen: Führen Sie Vorbereitungsklassen ein! Und bevor jetzt wieder von den GRÜNEN der Einwand kommt, das sei eine Ausgrenzung - nein, das ist eine klare Eingrenzung einer Integration, denn dann geben Sie den Kindern eine Chance.

Das Problem mit den Containern ist ein altbekanntes. Wir haben jetzt 40 Jahre gefeiert, ein Provisorium, das zum Dauerzustand, zum wirklich traurigen Dauerzustand geworden ist. Ja, was eine neue Qualität bei den Containern ist, ist, dass sie neuerdings sehr beliebt auf Schulsportplätzen aufgestellt werden. Also werden jetzt auch noch die Freiflächen und die Flächen, wo man Sport ausüben kann, eingeschränkt. Handelt es sich dabei jetzt um die vielbeschworene Schule der Zukunft? Können so stark Nachteile von Kindern abgefangen werden und kann man Kindern so ihr Recht auf bestmögliche Bildung erfüllen? Ich weiß schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, so wohl Rot also auch Grün werden sich im Anschluss wieder überschlagen und die Verantwortung auf den Bund abschieben.

Aber ich sage Ihnen hier und heute, das ist in manchen Bereichen vielleicht sogar nicht ganz unrichtig,

aber hören Sie bitte damit auf, permanent und immer Ihre kommunale Verantwortung abzuwälzen! Damit stellen Sie sich als Landespolitiker nämlich selbst in Frage und es wäre ehrlicher, dieses Gremium aufzulösen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Stadtrat, Sie haben sich selbst einmal als Instandhalter, als Hausbesorger des Bildungssystems hingestellt oder bezeichnet und Sie sehen ein Grundproblem in der Bildungspolitik bei den Zuständigkeiten. Aber nicht einmal dieses Instandhalten des Schul- und Bildungssystems der Häuser in dieser Stadt funktioniert, denn nur eine Minderheit der Kinder kann in modernen Gebäuden unterrichtet werden. Für die Prestigeschulen gibt es alles Geld der Welt, uns aber ist jeder Schüler gleich viel wert. Denn die Kinder in Wien haben oft bereits verloren, bevor ihr Leben richtig begonnen hat. Besonders deutlich zeigt sich das an der Ausbildungsfähigkeit unserer Pflichtschulabgänger in Wien. Wir haben ja heute gehört, dass ein Viertel der Lehrlinge in Wien aus den Bundesländern kommt, und gleichzeitig haben wir 4 000 junge Menschen in überbetrieblichen Lehrwerkstätten, Gott sei Dank, sonst hätten wir sie auf der Straße. Aber wo waren die vorher? Haben sie die Pflichtschule in Wien absolviert oder sind die alle zugewandert? Ich weiß es nicht. Was ist mit denen im Pflichtschulbereich in Wien passiert? Und keine Angst, dass sie nicht dümmer sind, als wir es waren im gleichen Alter, aber es wird immer schwieriger für die Betriebe, Bildungsversäumnisse aus der Pflichtschule nachzuholen. Es ist nicht möglich, es ist zeitlich gar nicht möglich, die Lehrinhalte zu vermitteln und gleichzeitig den jungen Menschen Rechnen, Lesen und Schreiben beizubringen. Das ist nicht zu argumentieren und das ist unfair allen Beteiligten gegenüber.

Wien befindet sich mit Europa im Wettlauf um die besten Köpfe. Wir haben keine Rohstoffe, kaum mehr Industrie und unsere Wertschöpfung kommt hauptsächlich aus unserer Hände und unserer Köpfe Arbeit. Geht die Bildungsmisere aber in Wien unvermittelt weiter, wird auch der wohlverworbene Wohlstand kurz oder lang dafür büßen. Wir hoffen, dass nun endlich ein Einlenken auf Seiten der Stadt Wien erfolgt und die Einsparungen noch rückgängig gemacht werden beziehungsweise zusätzliche Mittel für die Bildung bereitgestellt werden. Wir bringen daher heute einen Beschlussantrag ein:

„Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, die für den Presse- und Informationsdienst geplanten Budgetmittel von derzeit knapp 51 Millionen signifikant zu kürzen und die dann frei werdenden Mittel in Bildungsmaßnahmen umzuschichten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss für Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden dem Budget heute nicht zustimmen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Schade! Schade!)* Ja, Sie können gerne ätzen, das ärgert mich nicht. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ja, schade!)* Ich darf Ihnen zum

Abschluss nur eines sagen: Wenn der Herr Bgm Häupl auch meint, und ich weiß, das ist ein Sager, der klingt recht gut und der ist auch flapsig und der lässt sich gut abdrucken, dass er mit einem Koalitionspartner lieber über Straßen als über Grundsätze der Bildung diskutiert, ja, so sollte er sich lieber mit Zweiterem auseinandersetzen, denn darin liegt unser aller Zukunft. Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Martina **Wurzer** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geschätzte Frau Vorsitzende! Lieber Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, Bildung ist die wichtigste Ressource für die Entwicklung unserer Gesellschaft und die rot-grüne Regierung in dieser Stadt findet, dass alle Kinder den gleichen Zugang dazu haben müssen.

Wir wollen Wienerinnen und Wiener, die sagen können, ich finde einen Krippenplatz für mein Kind. Das heißt, wir setzen den Ausbau zügig voran, vor allem den Ausbau für Kinderbetreuungsplätze für Kinder von 0 bis 3 Jahren. 1 800 neue Plätze werden wir bereits im nächsten Jahr schaffen. Das Barcelona-Ziel gibt uns 33 Prozent Betreuungsquote vor. Wir sind da noch ambitionierter, das wollen wir auf jeden Fall erreichen. Wir wollen eine 50-prozentige Betreuungsquote für die bis zu dreijährigen Kinder auf jeden Fall erreichen. Wir sagen, wir wollen Menschen, die sagen, gute Kinderbetreuung kann ich mir in dieser Stadt leisten. Hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote dürfen nicht das Privileg ausgewählter Eliten sein. Wir wollen, dass die Herkunft, die familiäre Herkunft nicht über die Chancen im Leben von Kindern entscheidet. Wir wollen, dass vor allem Kindergartenkinder von ihrem Kindergarten erzählen können: Im Kindergarten gibt's Zeit für mich. Meine Kindergartenpädagogin, mein Kindergartenpädagoge hat Zeit für mich. Wir arbeiten an maximal 15 Kindern pro Kindergartengruppe, das ist der Optimalzustand. Für Kleinkinder unter 3 Jahren müssen 2 PädagogInnen zur Verfügung stehen. Das ist der Optimalzustand. Kindergärten, Kinderkrippen sind die ersten Orte der Bildung und nur in kleinen Gruppen können Kinder gut gefördert werden. Wir wollen Kinder, die erzählen: Mein Kindergarten hat einen Garten. Wir wollen Kindergartenkinder, die erzählen: Ich lerne im Kindergarten spielend Deutsch. Ein Jahr im Kindergarten ist nicht ausreichend, um für den Schulstart gut gerüstet zu sein. Soziales Miteinander und Deutschkenntnisse können im Kindergarten spielend und besonders leicht erlernt werden. Daher sollten alle Kinder unserer Meinung nach möglichst lange vor der Einschulung in den Kindergarten gehen. Genau darum kümmern wir uns und wir stellen dafür in Wien die Rahmenbedingungen zur Verfügung.

Wir wollen Eltern, die in Wien sagen können, ich kann arbeiten gehen, weil der Kindergarten lange genug offen hat. Wir wollen ausreichende Öffnungszeiten. Wir wollen selbstverständlich überhaupt ausreichende Plätze zur Verfügung stellen. Da geht auch viel Geld und das meiste Geld hin. Vor allem berufstätige Eltern brauchen

ganztägige Betreuungsangebote mit einer Versorgung der Kinder auch zu Mittag. Wir wollen Wienerinnen und Wiener, die von sich sagen können, ich habe einen Master in Kindergartenpädagogik. Wir wollen die Ausbildung aller PädagogInnen an Uni und Pädagogischen Hochschulen. Wir wollen eine gemeinsame Ausbildung aller PädagogInnen. Daran arbeitet der Bund hoffentlich im nächsten Jahr sehr fleißig. Wir werden ihn dabei fleißig unterstützen. Da bin ich mir sicher, Herr StR Oxonitsch arbeitet gemeinsam mit der Bundesregierung an der Verbesserung unseres Bildungssystems. Um die Qualität zu gewährleisten, braucht es einen Gesamtbildungsplan. Wir brauchen gemeinsame Mindeststandards. Wir brauchen pädagogische Mindeststandards für pädagogische Ausbildungen. Wir wollen, dass alle pädagogischen Berufe auf der tertiären Ebene ausgebildet werden. Dafür braucht es gute pädagogische Hochschulen. Es ist noch nicht geklärt, wo das angesiedelt sein wird. Sollte es an den Hochschulen angesiedelt werden, muss selbstverständlich auch dort das Personal gut ausgestattet sein und imstande sein, eine universitäre Ausbildung dann auch zu ermöglichen und für alle zu verankern.

Wir wollen KindergartenpädagogInnen in Wien, die von sich sagen können, meine Bezahlung entspricht meiner Leistung und meiner Qualifikation, das heißt, höhere Gehälter für KindergartenpädagogInnen, ganz klare Sache. Das schaffen wir mit einer gemeinsamen Ausbildung. Mit einer gemeinsamen universitären Ausbildung schaffen wir es, dass wir die besten Menschen in der Pädagogik haben, dass wir die besten Menschen für unsere Kinder, für die Erziehung unserer Kinder, für die Bildung unserer Kinder zur Verfügung stellen können *(GR Heinz Vettermann: Die am besten Ausgebildeten!)*, die bestausgebildetsten, die topmotiviertesten, ganz genau.

Ich bleibe bei den PädagogInnen. Wir wollen LehrerInnen, die sagen können, mein Arbeitsplatz ist in der Schule. Wir fordern Arbeitsplätze für LehrerInnen in den Schulen. Wir wollen, dass Internetzugang, Drucker, Kopierer, ein eigener Schreibtisch mit Bürosessel, Ablagefläche, ein versperrbarer Schrank Voraussetzungen sind, damit LehrerInnen ihre Arbeit in der Schule erledigen können. Wir wollen ein Dienstrecht, das Zeiten *(Aufregung bei GR Dr Wolfgang Aigner.)* auch für Teamkoordination lässt. Wir wollen ein Dienstrecht, das Zeiten für Elterngespräche lässt, und so weiter. Wir wollen, dass LehrerInnen ihre Arbeit in der Schule machen und nicht spätnachts über den Schularbeiten und Hausaufgaben der SchülerInnen brüten müssen. Wir wollen LehrerInnen und PädagogInnen und Menschen, die an den Schulen arbeiten, die sagen können, ich stehe nicht alleine in der Klasse. Wir wollen Teamteaching. Wir wollen Stützlehrerinnen. Wir wollen SchulsozialarbeiterInnen. Wir brauchen die PsychagogInnen. Wir brauchen die BetreuungslehrerInnen. Wir wollen Teamteaching. Wir brauchen Teams in den Schulen.

Individuelle Förderung im Klassenzimmer braucht

Ressourcen. BegleitlehrerInnen müssen zur Verfügung stehen, StützlehrerInnen, FörderlehrerInnen sollen zur Verfügung stehen. Ja, an der Schulsozialarbeit werden wir arbeiten müssen in Wien. Es liegt eine Evaluierung vor, die uns ziemlich viele Aufgaben stellt. Vor allem wird es darum gehen, an einem Aufgabenprofil, an der Schärfung des Aufgabenkatalogs zu arbeiten und sehr viel mehr Information in alle Richtungen zur Verfügung zu stellen, was genau das Anforderungsprofil an SchulsozialarbeiterInnen ist und ihnen natürlich auch die entsprechenden Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen SchülerInnen, die sagen: Ab Drei, ab halb Vier hab' ich frei. Wir wollen ganztägige Schulen mit verschränktem Unterricht in Wien, auch in ganz Österreich übrigens. Aber in Wien sind wir diejenigen, die das in die Hand nehmen können, ganztägige Schulen mit verschränktem Unterricht, es gibt keine Hausaufgaben, alle SchülerInnen haben ab Drei, ab halb Vier frei, die Schultasche bleibt in der Schule, der restliche Tag steht zur Freizeit zur Verfügung. Wir wollen in diesen Ganztagschulen, dass SchülerInnen sagen können: Tägliche Bewegung, ich hab' täglich eine Stunde Bewegung. Eine Bewegungsstunde pro Tag hält SchülerInnen fit, auch intellektuell. Wir wollen, dass jedes Kind auch ein Recht auf tägliche Bewegung hat. Wir wollen, dass SchülerInnen sagen können: Noten spiele ich nur auf meiner Gitarre, meine Leistung wird beurteilt ohne Noten. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wir wollen Leistungsdokumentation statt Defizitfeststellung. Wir fordern nachvollziehbare, motivierende Leistungsdokumentation anhand von Leistungsstandards und individueller Leistungsvorlage. Ziffernnoten sagen nichts über die tatsächlichen Leistungen der SchülerInnen aus. Sie dokumentieren lediglich Defizite und sind nicht für Vergleiche zulässig, schon gar nicht zur Motivation der Schülerinnen und Schüler.

Wir wollen SchülerInnen und Kinder, die sagen können, seit der Kinderuni weiß ich, dass ich Archäologin werden will. Das heißt, wir brauchen Studien- und Bildungsberatung an den Schulen bereits schon viel früher und in einem breiten Rahmen. Wir wollen also eine umfassende Studien- und Bildungsberatung, die schon lange vor der Matura einsetzt. Wir wollen eine Entscheidung, wohin die Bildungsreise gehen soll, als Prozess verstehen, der Zeit, Erfahrung und Information braucht. SchülerInnen müssen sehr viel und genügend Gelegenheit bekommen, den Uni-Alltag oder den Fachhochschulalltag auch zu erleben, zu erschnuppern. Genau das fordern wir. Vor allem aber auch fordern wir die Einbindung von HochschullehrerInnen bereits in den Unterricht in Schulen und den Ausbau eben der Bildungsberatung.

Wir wollen SchülerInnen und Kinder, die von sich sagen können: Mein Vater ist Hilfsarbeiter, meine Mutter ist Hausfrau, ich studiere Mathematik. Wir wollen neue Anreize für Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten. Vor allem die brauchen wir. Wir brauchen mehr AkademikerInnen aus allen

Bevölkerungsschichten. In Österreich ist Bildung leider immer noch, wie wir wissen, erblich. Daran hat die ÖVP einen sehr großen Anteil, leider, und ist auch immer noch nicht bereit, daran etwas zu ändern. Sie hält Selektion nach wie vor für das tauglichste Mittel in der Bildungspolitik, obwohl alle und vor allem internationale Studien und Beispiele oft genug belegt haben, dass das Gegenteil davon der Fall ist.

Wir wollen, dass SchülerInnen in Österreich sagen können: Private Nachhilfe? Was ist das? Schluss mit privater Nachhilfe! Eltern zahlen genug für Nachhilfe. 140 Millionen EUR sind es, glaube ich, österreichweit jährlich. In der Schule soll gelernt werden, in der Schule soll Raum sein für individuelle Förderung und auch für Talentförderung.

Wir wollen Schulen, die inklusive sind. Alle Kinder sollen unter einem Dach unterrichtet werden. Wir wollen Inklusivbildung für alle Kinder, das heißt, alle Kinder haben ein Recht auf zukunftsorientierte Bildung. Das Stigma der Sonderschulen wird, wenn es nach uns geht, abgeschafft. Die Regelschule bietet den nötigen Raum und die Ressourcen für den Unterricht und die Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse jedes Kindes.

Wir wollen, dass alle, die an einer Schule arbeiten, lernen und den Tag verbringen, sagen können: Ich bestimme, was an meiner Schule passiert. Wir wollen mehr Mitbestimmung an Schulen. SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und Schulleitungen haben ein gemeinsames Ziel. Die Mitbestimmung für alle Beteiligten sorgt für mehr Motivation, höheres Verantwortungsbewusstsein und *(Aufregung bei GRin Henriette Frank.)* individuelle Lösungen am Standort. Ich skizziere meine Vision; aber auch unser Arbeitsprogramm für das nächste Jahr. So ist es.

Zuletzt möchte ich noch zur Erwachsenenbildung kommen. Da wünschen wir uns Wienerinnen und Wiener, die von sich sagen können: Ich habe mit 30 Jahren zu studieren begonnen, nächstes Jahr mache ich meinen Abschluss. *(Lautes Plenum.)* Ein bisschen mehr Ruhe im Raum wäre nicht unangebracht, möchte ich an dieser Stelle einmal sagen.

Wir fordern vermehrte Durchlässigkeit, Attraktivierung und Ausweitung der Möglichkeiten des Zugangs über den zweiten Bildungsweg. Im Sinne des lebensbegleitenden Lernens soll es jeder Bürgerin, unabhängig von ihrer finanziellen Situation und dem Alltag, freistehen und möglich sein, sich weiterzubilden. Wir wünschen allen Wienerinnen und Wienern viel Spaß beim Lernen. Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frau Kollegin Wurzer hat uns jetzt minutenlang erzählt, was sie sich alles wünscht und was sie alles will. Das hat irgendwie geklungen wie so ein Wunschzettel ans Christkind. Aber Sie müssen nichts wollen, Sie sitzen in der Regierung. Machen Sie endlich etwas, Frau Kollegin! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber dass die GRÜNEN überhaupt nichts mehr machen, seitdem sie in der Regierung sitzen, beweisen sie auch tagtäglich. Ich habe gehofft, dass Sie die Energie, die Sie früher der Aufdeckung von Skandalen gewidmet haben, irgendwie weiter ausüben. Aber Sie haben diese Gesamtenergie jetzt gebündelt, um die Wiener auszusackeln und zum gesamten AKH-Skandal, Skylink-Desaster und wo Sie früher tätig waren, gibt es überhaupt nichts. Da sind Sie vom Erdboden verschluckt. Das Einzige, was jetzt Ihre einjährige Regierungsbeteiligung gebracht hat, ist, dass Sie sich selbst Posten und Pöstchen gesichert haben: Ein nettes Vassilakou-Büro, ein Phantasieposten für Van der Bellen als Uni-Referent. Aber wichtige Themen wie Bildung, Sicherheit, Jugendarbeitslosigkeit werden hinausgeschoben. Dafür bringen Sie ParkpickerIn, 30er-Zonen, Fahrradstraßen und prangern als großen Wurf die Nummerntafeln für Fiaker sowie Carsharing an. Ich meine, Carsharing ist wirklich sehr wichtig, da verwenden mehrere Leute Autos und immer der, der es unbedingt braucht, der hat es dann nicht. Das ist anscheinend dann Carsharing bei Ihnen. Aber die ... *(GR Siegi Lindenmayr: Sie haben das nicht richtig verstanden!)* Ich hab's schon richtig verstanden.

Aber die gesamten Einnahmen, die Sie da durch diese Inkassoaktionen bringen, kommen im Bildungssystem nicht an. 160 Lehrer haben Sie im letzten Jahr eingespart, 140 weitere sollen folgen. Die Schulen sind desolat wie eh und je. Klassen gibt es, wo 90 Prozent der Schüler gebrochen oder gar nicht mehr Deutsch sprechen. Das Niveau ist weiterhin auf Sinkflug und Sie schauen da tatenlos zu und wollen keine einzige Maßnahme, die die Opposition vorschlägt, durchsetzen. Eine ganz, ganz wichtige Maßnahme wäre hier eben, erst Deutsch, dann Schule. Nur jemand, der die deutsche Sprache ausreichend kann, um dem Regelunterricht zu folgen, darf auch an diesem teilnehmen und alle anderen gehören in eigene Deutschlernklassen. Gerade hier in Wien kommt von der SPÖ dann immer das Argument, es ist wichtig, beide Sprachen zu können. Selbst Ihr Bildungssprecher Mayer im Nationalrat gibt zu, dass sich da die SPÖ geirrt hat. Es wäre schön, wenn Sie diesem Weg auch weiter folgen würden.

Deutsch als Pausensprache ist auch immer wieder eine Forderung, wo wir nicht müde werden, diese einzubringen, denn es gibt viele Schulen, wo fast kein Deutsch mehr gesprochen wird. Eine Publikation von der Statistik Austria hat ja auch unlängst wieder gezeigt, da tun sich in Wien Abgründe auf. Durchschnittlich 70 Prozent der Schüler sprechen in Wien als Umgangssprache in den Schulen nicht mehr Deutsch. Spitzenreiter ist hier der 5. Bezirk mit 86 Prozent oder der 15. Bezirk mit 78,7 Prozent. Also wenn niemand mehr Deutsch kann, kann Integration nicht funktionieren.

Aber andere Bundesländer zeigen auch, wie es funktioniert. In Salzburg zum Beispiel in einer Privatschule ist es möglich. Dort haben sich auch die Anmeldungen seit der Einführung des verpflichtenden Deutsch in der Pause enorm erhöht. Deswegen werden

wir hier auch wieder einen Antrag einbringen, der lautet:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass in allen Pflichtschulen Deutsch als Pausensprache durch Vereinbarung zwischen Eltern und Lehrern verordnet werden kann.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber Sie sparen ja nicht nur personell, Sie sparen ja auch in der Infrastruktur. Anstatt die Schulen zu sanieren, stellen Sie einfach Container auf und bieten in Wien Unterricht in der Dose an. Wenn man Asylanten in irgendwelche Container stecken würde, wären Sie die Ersten, die sich daran anbinden würden und dagegen protestieren würden, aber für die Schüler ist es anscheinend gerade gut genug. Da sieht man wieder, anscheinend ist jeder abzuschiebende Asylant wichtiger als unsere Schüler.

Weiters fordern Sie auch immer wieder Türkisch als Maturasprache. Auch hier kommt von uns ein klares Nein *(Beifall bei der FPÖ.)*, denn es zeigt sich ja immer wieder, dass gerade die Türken jene Zuwanderergruppe sind, die am wenigsten von allen integrationsbereit sind. Jedes Zugeständnis ist daher nicht mehr als ein weiteres Geschenk, das sie dankend annehmen und sich damit ein Stück weiter in ihrer Parallelgesellschaft zurückziehen werden. Und ganz ehrlich, viele Schüler melden sich bei uns und alle sagen, sie haben sich wirklich ein österreichisches Maturazeugnis verdient und kein Dönerzertifikat, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(GR Senol Akkilic: Ja, also bitte, was soll das? Was soll das?)* Reden Sie mal mit den Schülern, dann wissen Sie, was den Schülern unter den Nägeln brennt. Keine Türkischmatura auf jeden Fall! *(Aufregung bei GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)* Wenn Sie mir zuhören würden, dann würden Sie alles wissen, Frau Kollegin Wehsely!

Die Arbeitslosigkeit steigt in Wien weiter, vor allem bei den Jungen. Da schauen Sie auch tatenlos zu, da habe ich auch keinen Aufschrei von Ihnen gehört, vor allem nicht von den Gewerkschaftern unter Ihnen bei der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai. Da haben Sie die Hände untätig in den Schoß gelegt. Sie haben nämlich den heimischen Lehrlingen den Schutz, ihre Interessen zu vertreten, nicht gegeben und jetzt strömen seit dem 1. Mai eben auch viele Tausende Menschen aus dem Osten zu uns. Dort herrscht ein Lohnniveau von 300 EUR. Die kommen in der Früh her, arbeiten, und fahren am Abend wieder zurück. Durch dieses Lohndumping wird der von uns ausgebildete Lehrling vom Arbeitsplatz verdrängt und da gibt's von Ihnen keinen Aufschrei! Auch da bleiben Sie untätig, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie dilettieren in der Bildungspolitik daher also schon chronisch erfolglos und genau diese Chancenlosigkeit zeigt sich eben auch dadurch, dass die Jugendkriminalität immer mehr steigt, vor allem auch die Gewalt an Schulen. Hier wird auch so einiges unter den Tisch gekehrt. Gewalttaten in den Schulen werden vertuscht. Auch hier fordern wir, dass wir endlich einmal Zahlen vorgelegt bekommen, wie oft es nämlich im

letzten Jahr in den Wiener Schulen zu polizeilichen und Rettungseinsätzen und Maßnahmen gekommen ist. In den Zeitungen liest man immer wieder, dass gewisse Delikte überhand nehmen, zum Beispiel Raub plus 300 Prozent, schwerer Raub plus 200, Körperverletzung plus 70. Man sieht das ja auch in den jüngsten Zeitungsberichten, wo die Tschetschenenbande festgenommen wurde oder auch in Ottakring ein 13-Jähriger mit Schlagringen, Messer und Notfallhämmer in der Johnstraße auf Raubzug geht. Mit Gaspistolen gehen die Jugendlichen da schon los.

Das sind alles alarmierende Berichte aus erster Hand. Man kann wirklich sagen, dass die Jugendkriminalität enorm steigt, darunter auch besonders die Ausländerkriminalität, obwohl laut „Standard“ in diesen Statistiken die zweite und dritte Einwanderungsgenerationen ja nicht mehr erhoben werden, weil die ja schon nicht mehr als Ausländer gelten. Das heißt, die Dunkelziffer ist viel höher. In der Bundesrepublik stammen 80 Prozent der Intensivtäter aus Migrantenfamilien. In Gerasdorf im Jugendgefängnis hat ein Drittel eben keinen österreichischen Pass und 70 Prozent haben Migrationshintergrund. Das bestätigen eben auch die deutschen Zahlen auch für Österreich. Darum fordern wir endlich auch eine Offenlegung der Herkunft der Gewalttäter und eben eine Offenlegung der Gewalttaten in Schulen und von Polizei- und Rettungseinsätzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Gründe dafür sind vielfältig, unter anderem die Perspektivlosigkeit der Jugend im roten Wien, die mangelnden Chancen am Arbeitsmarkt oder eben das chaotische Bildungssystem. Da sind wir eben schon wieder beim Thema Bildungschaos. Das Chaos beginnt ja schon beim Kindergarten, wo die SPÖ hier wirklich mangelhafte Vorbereitungen bezüglich der Einführung des Gratiskindergartens getroffen hat. Auf einmal war man überrascht, dass so viele Drei-, Vier-, Fünf- und Sechsjährige da sind. Ja, die fallen ja nicht vom Himmel, das hätte man schon statistisch ausarbeiten können. Das Kontrollamt hat eben im Jänner auch aufgezeigt, dass besonders bei den unter drei Jahre alten Kindern das Platzangebot nicht erreicht wurde. Hier allein fehlen 6 000 Plätze. Neben zu wenigen Plätzen gibt es auch zu wenig Personal. Da ist immer die Rede von 600 KindergartenpädagogInnen, die fehlen. Viele, die ausgebildet werden, zieht es nach Niederösterreich, weil sie dort einfach ein um 20 Prozent höheres Gehalt bekommen als in Wien beziehungsweise jede zweite ausgebildete KindergartenpädagogIn steigt dann in diesen erlernten Beruf gar nicht ein. Und was ist die Antwort des roten Wien? Mangels qualifizierter Pädagogen nimmt man einfach AssistentInnen, die früher vielleicht aufgeputzt haben, Essen zubereitet haben oder Kinder gewickelt haben und überträgt denen die schwierige Aufgabe, eine Gruppe zu führen.

Für Personal haben wir also kein Geld, aber dafür für Experimente wie Gender-Kindergärten, wo ich auch in der Zeitung lesen musste, dass sich Buben die Fingernägel lackieren mussten und Mädchen Buben zwicken sollten. Also solche absurden Rollenbilder, das

ist ein gesellschaftspolitischer Amoklauf. Aber für solche Amokläufe hat man Geld. Fürs Basteln der Kinder gibt's kein Geld. Hier wurde wieder ein drastischer Anschlag auf die Kleinsten vollzogen, wo man das Bastelgeld in einer Nacht- und Nebelaktion einfach von bisher 150 EUR auf nur noch 35 EUR heruntergestrichen hat. Wäre die „Krone“ da nicht aufgesprungen, hätte davon niemand etwas gewusst. Die Ausrede war, man will ein Zentralbudget für Kindergärten, das heißt, man bestraft wieder die, die jahrelang gespart haben. Dort hat man einfach das Konto leer geräumt und verwendet das vielleicht für Budgetsanierung oder sonstige andere Sachen. Aber das Schmankerl dabei war, am 14.4.2011 war noch der StR Oxonitsch Osterbasteln im Kindergarten! Und dann 2011 will er es wieder streichen und kurz darauf - die Kollegin Leeb hat das ja gebracht - inseriert er wieder Weihnachtsbasteln. Ich glaube, hier ist auch keine richtige Linie. Aber es ist wirklich eine Frechheit, bei den Kleinsten zu sparen, während die Finanzstadträtin munter weiterspekuliert, dubiose Vereine mit Millionen subventioniert werden oder zig Millionen für Eigenwerbung von der Stadtregierung ausgegeben werden, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wichtiges Thema ist auch die Jugendwohlfahrt, wo wir jetzt noch viele Anträge einbringen werden. Was ja besonders lustig ist, ist, dass jetzt auch noch rote und grüne Anträge eingelangt sind, die mehr oder weniger genau das Gleiche - *(GR Mag Thomas Reindl: Na, das ist ja auch unser Recht!)* ja, ja, ist eh alles Ihr Recht, können Sie gerne machen – beinhalten, was wir schon seit Längerem fordern beziehungsweise schon vor über einem Jahr gefordert haben. Damals war der Anlassfall Cain. Mehr oder weniger am Abend wird dann der Faule fleißig. Wir haben schon damals unter anderem härtere Strafen für Pädophilie gefordert, eine Transparenzdatenbank und dass die Verjährung bei Kindesmissbrauch beleuchtet werden muss oder auch eine unbedingte Anzeigepflicht gemacht wird. Das haben Sie alles niedergestimmt. Wir werden es nicht aufgeben, unsere Forderungen weiter einzubringen. Sie können gerne diesmal auch mit unseren Anträgen mitstimmen, die mehr oder weniger eh fast genau das Gleiche beinhalten. Wir werden bei Ihren mitstimmen. Wir sagen, sind Anträge vernünftig, stimmen wir gerne überall mit. Anscheinend steht bei Ihnen die Parteilaisson über der Vernunft.

Wir bringen daher folgende Anträge ein, und zwar zuerst die Einführung einer Bundeskommission, um hier wirklich eine objektive Aufklärung zu gewährleisten. Der Beschlussantrag lautet:

„Die Wiener Stadtregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung zu intervenieren, um einen umfassenden Schutz der Kinder vor Missbrauch durch die Einrichtung einer bundesweiten Kommission, die Missbrauchsfälle in öffentlichen Einrichtungen aufarbeitet sowie als Anlaufstelle für Missbrauchsoffer fungiert, zu gewähren.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weiters muss auch, wie es im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft ständig gefordert wird, oder als empfohlener Standard - dass es ja noch kein Standard ist, ist ja eigentlich schon ein Skandal -, endlich einmal eine geregelte Heimordnung her.

Auch hier stellen wir den Antrag, dass der zuständige amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport aufgefordert wird, eine Heimordnung durchzusetzen, in der die Festlegung klarer Verfahrensregeln in Fällen sexueller Grenzverletzung durch Mitarbeiter beziehungsweise Kinder und Jugendliche geregelt ist. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weiters gehören alle Einrichtungen überprüft, gehört einmal der Status quo festgestellt, ob überhaupt diese familienähnlichen Zustände bei der Unterkunft von Pflegekindern mehr oder weniger noch zeitadäquat sind.

Auch hier fordern wir den Bürgermeister auf, die Überprüfung aller Bundes-, Landes-, Gemeinde- und Privateinrichtungen, die die Betreuung, Unterbringung und Obsorge Minderjähriger zur Aufgabe haben, zu veranlassen, inwieweit die heutigen Strukturen den Anforderungen einer familienähnlichen Erziehung und Unterbringung entsprechen. Für die Überprüfung ist die neu einzurichtende bundesweite Kommission, die Missbrauchsfälle in öffentlichen Einrichtungen aufarbeitet sowie als Anlaufstelle für Missbrauchsoffer fungiert, zuständig. Es wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weiters gehört endlich eine Plattform als Schnittstelle zwischen Medizin, Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie der Jugendwohlfahrt geschaffen.

Auch hier bringen wir einen Antrag ein, diesbezüglich eine Plattform einzurichten. Es wird auch eine sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weiters fordern wir den zuständigen Stadtrat auf, eine Ombudsstelle, die nicht nur auf interne, sondern auch auf externe Ansprechpartner verweist, an die sich Kinder und Jugendliche sowie Mitarbeiter bei Missbrauch wenden können, einzurichten. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Herr Stadtrat hat unlängst angekündigt, so etwas einzurichten, nur wollen wir das hier noch junktimiert wissen und dass es eben nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt.

Weiters fordern wir, dass die Kinderrechte endlich in das Landesjugendwohlfahrtsgesetz aufgenommen werden. Auch hier fordern wir die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weiters gehören Kontrollmechanismen für die Einrichtungen der Gemeinde Wien sowie für Vertragseinrichtungen beziehungsweise Einrichtungen bei Einzelanweisungen eingeführt sowie ein Mitspracherecht von Kindern und Jugendlichen und regelmäßige Besprechungen mit dem Fachpersonal über Anliegen, Beschwerden oder Änderungswünsche veranlasst. Die sofortige Abstimmung wird verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Weiters fordert die Kinder- und Jugendanwaltschaft, und das fordern wir auch und wollen hier in einem

Beschlussantrag junktimiert wissen, Kontrollmechanismen und Dienstvorschriften des Fachpersonals für einen respektvollen Umgang miteinander zu konkretisieren. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ganz wichtig ist auch die Weiterbildung der einzelnen Tätigen und die einzelne Weiterbildung für das zuständige Fachpersonal, eben über das Wissen und Strategien von Tätern und Möglichkeiten der Prävention und Hilfe für Opfer zu veranlassen. Auch hierzu werden der zuständige Stadtrat aufgefordert und die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ganz wichtig ist die Aufhebung der Verjährungs- und Tilgungsfristen für Sexualstraftdelikte und Delikte gegen Leib und Leben an Minderjährigen. Auch hier wird die Wiener Stadtregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung zu intervenieren, um einen umfassenden Schutz der Kinder vor Missbrauch durch diese Maßnahme zu erreichen. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben diesmal deswegen dieses Konvolut an Anträgen, weil wir die letzten Male immer Anträge eingebracht haben, wo diese Punkte mehr oder weniger von 1 bis 11, manchmal auch von 1 bis 15, aufgelistet wurden, je nachdem, wie der Antrag gestellt wurde. Sie haben immer nicht mitgestimmt. Ich nehme an, höchstwahrscheinlich hat Ihnen immer ein kleiner Punkt davon nicht gefallen. Jetzt haben Sie die Möglichkeit, von diesen elf Punkten vielleicht einen auszurangieren und bei den anderen mitzustimmen, um eben zu zeigen, dass Ihnen Kinderschutz eine Herzenssache ist.

Im Endeffekt muss alles darauf hinauslaufen, dass Kinderschänder mehr oder weniger lebenslang bestraft werden. Denn es kann nicht sein, dass die Opfer lebenslange Folgen haben und die Täter nicht. Wir plädieren hier dafür, dass es keine zweite Chance für Täter gibt, denn den Opfern gibt man auch keine zweite Chance. Kein Pardon für diejenigen, die sich an Kindern vergehen. Es gehört die Kinderschändung, weil sie wirklich Mord an Kinderseelen ist, endlich mit physischem Mord gleichgestellt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt komme ich auch schon zum Schluss, aber eines darf ich nicht auslassen, das ist das Thema Kinderheime, wo eben nicht nur Opferberichte, sondern auch schon mehr oder weniger Täterberichte, wie von Ute Bock, vorliegen, wo sie selbst schon zugegeben hat, dass sie ihre Watschen an Kinder ausgeteilt hat, wo die Gänge blutverschmiert waren, wo Nazi-Methoden lange nach Ende des Nazi-Regimes noch weiter angewandt wurden, und zwar bis in die 70er Jahre.

Hier fordern wir, dass die SPÖ endlich einmal alle Karten auf den Tisch legt und für lückenlose Aufklärung sorgt und eben nicht mehr die Wahrheit vertuschen will, wie Sie es nämlich anscheinend schon länger gemacht und Täter gedeckt hat, wie das zum Beispiel im Fall des Pflegers Jochen war, der in Wirklichkeit Manfred Jochen war, der von Ihnen als ORF-Hörfunkintendant in eine Topposition gehievt wurde und mit Preisen und Auszeichnungen überhäuft wurde. Jetzt kommen Sie mit

Ihrer rot-grünen Kommission daher, wo die Vorsitzende, Dr Barbara Helige, eine Paradesozialistin ist, Präsidentin der Richtervereinigung war und sogar als rote Justizministerin im Gespräch war und noch nicht einmal sagen kann, ob sie diese Opfer überhaupt anhören will. Diese Kommission lehnen wir strikt ab! Es kann nicht sein, dass ein Teil des roten Wiens das Terrorregime des damaligen roten Wiens prüfen kann! Das lehnen wir strikt ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man kann sich jetzt schon ausmalen, dass bei diesen Untersuchungen nicht sehr viel herauskommen wird. Deswegen fordern wir eine Gemeinderätliche Untersuchungskommission mit einem unabhängigen Vorsitz, wenn möglich ein Experte aus dem Ausland, wo auch alle politischen Parteien vertreten sind und mitwirken können. Das wollen Sie von Rot und Grün anscheinend nicht. Die ÖVP will es anscheinend auch nicht. Wir haben auch dort angefragt. Warum gerade die ÖVP, die angekündigt hat, Kanten und Ecken zu zeigen, da nicht mitmachen will, weiß ich auch nicht. Anscheinend betreiben Sie da wirklich aktive Sterbehilfe an sich selbst, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber anstatt sich diesen gesamten Herausforderungen zu stellen, denken Sie lieber nach, welche Werbekampagnen man wieder ins Leben rufen kann, um sich positive Berichterstattung zu kaufen. Wir haben es heute schon wieder gehört, der Christkindlmarkt muss beworben werden, weil so wenig Leute dort hinmarschieren, oder Homopflegeeltern müssen beworben werden. Aber Sie sollten hier wirklich nicht nur vor der Kamera in Ballettposen dividieren, sondern Sie sollen sich auch hier im Gemeinderatssitzungssaal der Öffentlichkeit zeigen. Deswegen bringe ich heute den letzten Antrag ein, und zwar:

„Der zuständige Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport beziehungsweise die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien mögen umgehend mit Rundfunkanstalten Kontakt aufnehmen und jene Maßnahmen veranlassen, die es ermöglichen, dass sowohl die Sitzungen des Gemeinderats als auch jene des Landtags live im Fernsehen übertragen werden.

In formeller Hinsicht beantrage ich die sofortige Abstimmung.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Stimmen Sie diesem Antrag zu und zeigen Sie dann der Bevölkerung, wie Sie hier die Gelder für dubiose Vereine beim Fenster verschleudern! Zeigen Sie, wie Sie positive Berichterstattung durch Werbung kaufen! Zeigen Sie einmal Ihr wahres Gesicht! Die Wiener haben das Recht darauf! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Sie, Herr GR Nepp, darauf hinweisen, dass die Vorsitzenden sowohl des Landtages als auch des Gemeinderates übereingekommen sind, an alle hier anwesenden Abgeordneten und Gemeinderäte und -rätinnen zu appellieren, sich einer Sprache zu befleißigen, die nicht dazu angetan ist, andere zu verunglimpfen.

Sie haben heute den Bildungsabschluss von türkischen Jugendlichen, nämlich die Matura, als „Döner-Zertifikat“ hier bezeichnet. Diese Aussage ist dazu angetan, die Anstrengungen dieser Jugendlichen zu diffamieren und verächtlich zu machen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Man kann es auch übertreiben!*) Ich erteile Ihnen keinen Ordnungsruf, aber ich mache Sie darauf aufmerksam, Sie sind ein junger Mensch, entmutigen und abwerten Sie nicht andere junge Menschen in ihren Bemühungen, Bildung zu erwerben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: Man sollte einmal den Herrn Ellensohn in die Pflicht nehmen!*)

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Hohes Haus!

Vor uns liegt der Budgetvoranschlag der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Sport, Information.

Ich möchte mich an die Abteilungsgliederung halten und beginne mit meinen Ausführungen bei der MA 10, bei den Kindergärten. Es ist wirklich ein sehr großer Budgetposten geworden. Wir haben eine Budgetsteigerung, die erfreulich ist, von 386 Millionen EUR auf 596 Millionen EUR für das kommende Jahr präliminiert.

Der Gratiskindergarten ist mit Sicherheit eine Sache, die man nur unterstützen kann und die auch langjährigen Forderungen der Opposition entspricht. Ich mache mir nur große Sorgen darüber, ob wir diesen Gratiskindergarten auch nachhaltig durchhalten können, und zwar den Kindergarten als eine hochwertige Bildungseinrichtung. Auf der einen Seite sind die Kindergartengebühren abgeschafft worden, und zwar von null bis sechs. Ich darf schon daran erinnern, dass viele Jahre die Forderungen, ein Kindergartenjahr gebührenbefreit zu gestalten, abgeschmettert worden sind, wo es ständig viele Gründe seitens der Regierung gegeben hat, warum ein Gratiskindergarten keine gute Idee ist, und auf einen Schlag werden dann alle Gebühren aufgehoben. Soll uns auch recht sein, aber es muss sichergestellt sein, dass der Kindergarten eine hochwertige Bildungseinrichtung und nicht nur eine Aufbewahrungseinrichtung ist. Da kommen mir schon einige Zweifel, ob wir das hohe Niveau halten oder ob wir ein hohes Niveau sicherstellen können.

Es sind schon die überfallsartigen Sparmaßnahmen im Bereich der Kindergärten, die Kürzung des Bastelgeldes, das überfallsartige Abräumen der Konten angesprochen worden. Es geht auch um die Gruppengrößen. Das ist ganz klar. Das ist im Kindergarten nicht anders als in der Schule. Je größer die Gruppe, desto schwieriger ist eine qualitätsvolle Betreuung, desto mehr ist es eigentlich nur mehr ein Beaufsichtigen und desto weniger kann man sich mit den Kindern beschäftigen. Es geht also nicht nur um den Gratiskindergarten, es geht um einen qualitätsvollen Kindergarten. Da frage ich mich: Wie will man sicherstellen, dass diese Qualität sichergestellt sein

kann, wenn das Bastelgeld gekürzt ist?

Ich weiß nicht, ob es ein Zufall ist, aber in ein paar Tagen beginnt der Advent und ganz am Anfang des Advents kommt traditionell oder kam, muss man schon sagen - in der Mitvergangenheit -, der Heilige Nikolaus in die Kindergärten. Der Nikolo ist unter fadenscheinigen Vorwänden schon lang verbannt worden. Sogar hier aus dem Gemeinderat ist er vor ein paar Jahren sozusagen hinausgeschmissen worden, weil man gesagt hat, der Nikolo ist ein Zeichen für Unterdrückung und Gewalt. *(GR Godwin Schuster: Das stimmt doch überhaupt nicht!)* Das Gegenteil ist richtig. Der Nikolo ist kein Zeichen von Gewalt und Unterdrückung. Das ist vielmehr das Halloween-Fest. Das ist eigentlich eher Gewalt. Das hat eigentlich mit unserer Kultur wenig zu tun. Halloween wird überall gefeiert, der Nikolo darf nicht kommen.

Jetzt wird das Bastelgeld gekürzt und ich frage mich, hat das vielleicht auch den Sinn, dass man in der Vorweihnachtszeit nichts Weihnachtliches mit den Kindern bastelt, weil das offenkundig schon eine Verideologisierung ist. In Wirklichkeit nehmen Sie den Kindern sehr viel. Sie bringen einen Jahresrhythmus durcheinander. Ich trete vehement dafür ein, dass das Bastelgeld bei den Kindern bleibt und dass auch der Nikolo den Zugang zu unseren Kindergärten in Wien behält. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist dann von der Kollegin Wurzer ein Wunschzettel angesprochen worden. Das passt in die Vorweihnachtszeit. Die Wunschzettel sind weit. Ich weiß nicht, ob Sie die Wunschzettel dann auch an Ihr Fenster picken. Vielleicht holt sie dann irgendjemand ab. Aber Sie hätten eigentlich als Mitglied einer Regierungspartei die Möglichkeit, sich die Wünsche zumindest teilweise selbst zu erfüllen.

Es geht dann um das Gehalt der Kindergärtner. Ich habe nichts dagegen, wenn man höherwertige Ausbildungen verlangt. Ich bin nur als alter Beamtenwerkschaffer sozusagen skeptisch. Es ist relativ einfach, als Dienstgeber immer höhere Ausbildungen zu verlangen. Die Hauptfrage ist: Ist man auch bereit, für die höherwertige Ausbildung ein entsprechendes Gehalt zu bezahlen? Da kommen mir auch Zweifel, wenn man dann hört, dass es eigentlich jetzt schon ein ziemlich unattraktives Gehaltsschema bei den Kindergartenpädagoginnen gibt. Wenn dann ein Bachelor oder ein Master verlangt wird, heißt das, dass die jungen Menschen viele Jahre zusätzlich in Ausbildung stehen müssen, wo sie nichts verdienen. In jedem Jahr, in dem man nicht beschäftigt ist, gehen einem 14 Gehälter verloren. Wenn das 3, 4 Jahre sind, sind das 50, 60 Gehälter. Ich frage mich: Wer bezahlt dann die Differenz, noch dazu dann, wenn der Kindergarten gratis sein soll? Also, wenn wir eine höherwertige Ausbildung verlangen, dann muss das gekoppelt sein an das Bekenntnis, diese höherwertige Ausbildung auch entsprechend besser zu bezahlen. Da kommen mir Zweifel. *(Beifall bei der FPÖ.)*

MA 11, nächste Magistratsabteilung, das Amt für Jugend und Familie, eine sehr sensible Abteilung: Hier geht es wirklich um die Kinder, die man schweren

Herzens aus ihrem familiären Umfeld herauslösen muss, weil es offenkundig zu Hause einfach nicht geht. Hier sind die Kinderheime angesprochen. Es ist durchaus bemerkenswert, wenn man hier von den großen Heimen weggeht, wenn man in Wohngemeinschaften und so weiter geht, hier familienähnliche Strukturen schafft, auch das Pflegekinderwesen.

Hier müsste man halt die Frage stellen, ob in der Behandlung der Pflegeeltern genug Anreiz steckt. Ich habe oft das Feedback von Pflegeeltern, dass denen eigentlich das Gefühl vermittelt wird, sie seien bestenfalls temporäre Hilfssheriffs, wann immer dann die leiblichen Eltern kommen und einen anderen Wunsch äußern, dürfen sie letztendlich nicht entscheiden. Ich glaube, hier sollte man auch die Frage stellen, wie die Politik und die Behörde letztendlich die Pflegeeltern behandeln. Ich glaube, es ist eine ganz schwierige Situation, weil mit der Dauer der Pflegekindschaft und Pflegeelternschaft letztendlich auch eine emotionale Nahebeziehung zwischen Pflegekindern und Pflegeeltern entstehen soll, wenn dann die Pflegekinder sozusagen wieder auf Zuruf abgezogen werden. Hier ist vielleicht weniger eine Werbekampagne, sondern ein klares Bekenntnis, dass Pflegeeltern etwas ganz Wesentliches machen, gefragt. Das machen sie nicht des Geldes wegen, aber natürlich sollen die entsprechenden Kosten auch abgedeckt werden. Aber im Prinzip ist das etwas, wo wir eine sehr große Verantwortung haben.

MA 13, Bildung, außerschulische Jugendarbeit: Auch hier ist bemerkenswert, die Volksbildung wird auch eher stiefmütterlich behandelt. Das Volkshochschulbudget wird nicht nur nicht angehoben, sondern wird eingefroren. Das traditionell zu niedrige Budget der Musikschulen - Wien die Stadt der Musik und so weiter - ist auch etwas, wo man sicher einen Schwerpunkt setzen sollte, noch dazu, wenn man sich ohnehin über die Gebührenerhöhungen auf allen Ebenen zusätzliche Mittel beschafft. Also, das Budget der Volksbildung und der Musikschulen, würde ich einmal sagen, hat den Plafond nach oben noch nicht erreicht. Hier könnte man ganz bewusst einen Schwerpunkt setzen. Ich erinnere mich daran, dass eigentlich auch die GRÜNEN immer bekrittelt haben, dass bei den Musikschulen eigentlich zu wenig getan wird.

Auf der anderen Seite, bei den sozusagen schweren Tankern der Wiener außerschulischen Jugendarbeit, bei den Jugendzentren, bei den institutionalisierten Bereichen der außerschulischen Jugendarbeit, werden die Budgets einfach fortgeschrieben, wobei man hier wirklich einmal überlegen sollte, ob diese Strukturen noch zeitgemäß sind. Ich habe vor kurzer Zeit an den Herrn Stadtrat eine Frage gestellt, weil wir gerade im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit sehr viele ehrenamtliche Vereine haben. Wenn wir an die ganzen kirchlichen Organisationen denken, Pfadfinder, ganz egal, Jungschar und so weiter, also in vielen Bereichen, sind das lauter außerschulische Jugendvereine, die hauptsächlich und fast ausschließlich mit Ehrenamtlichen arbeiten. Ich habe die Frage gestellt, wie viele Ehrenamtliche in den städtischen Jugendvereinen

arbeiten und habe die wenig überraschende Antwort bekommen, eigentlich gar keine. Das heißt, im Bereich der städtischen außerschulischen Jugendarbeit arbeiten nur Menschen, die das hauptberuflich machen. Es wird hier überhaupt keine Ehrenamtlichkeit erzielt. Jetzt frage ich mich wirklich: Wieso gelingt es einem Jugendzentrum nicht, ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden? Bemüht man sich überhaupt um Ehrenamtliche? Die Pfarre nebenan, die Pfadfinder nebenan, die Studentenverbindung nebenan haben haufenweise Ehrenamtliche, nur im städtischen Bereich gibt es keine Ehrenamtlichen. Also, vielleicht könnte man auch hier einmal gezielt ehrenamtlich Tätige ansprechen. Es finden sich auch in den Elternvereinen, in den Schülervvertretungen Ehrenamtliche. Warum nicht auch im Bereich der Stadt Wien? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dann könnte man mehr oder weniger das Geld aus der institutionellen Jugendbetreuung auch in den ehrenamtlichen Bereich hineinstecken, weil im Endeffekt muss man schon sagen, die Jugendzentren kriegen pro Jahr 17 Millionen EUR, und das, was die anderen Vereine bekommen, ist ein Bruchteil dessen.

Dann muss man für 3 000 EUR oder 4 000 EUR auch noch entsprechende Nachweise über die Tätigkeiten und ich weiß nicht was, erbringen, während in den stadtnahen Bereichen, natürlich auch klarerweise ausgelagert in einem Verein, wo man nicht genau weiß, was dort passiert, die Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt sind. Da ist halt das klassische Bild, das sich hier zeigt.

MA 44, die städtischen Bäder: Man hat sich hier an ein Defizit oder einen Abgang von fast 57 Millionen EUR gewöhnt. Die Frage ist auch hier, ob das etwas sozusagen Unveränderliches ist, ob man hier nicht auch im Endeffekt gewisse Einsparungen treffen kann. Natürlich ist das eine kommunale Aufgabe, aber in Zeiten, wo Schuldenbremsen, ob sie jetzt verfassungsrechtlich verankert werden oder nicht, ein Hauptthema sind, muss man sich natürlich die Frage stellen, ob man mit diesem Defizit oder mit diesem Abgang auf Dauer leben kann, ob man hier nicht vielleicht auch zumindest eine kleine Verringerung bewerkstelligen kann.

Beim Sportamt fällt auf, dass, wann immer die Stadt Wien Großprojekte in Angriff nimmt, Kostenüberschreitungen offenkundig „part of the game“ sind. Das ist ganz egal, ob das der Skylink ist, jetzt ist es die Albert-Schultz-Halle und so weiter. Da werden Millionen mehr oder weniger nachdotiert, ohne dass man eigentlich irgendwie nur den Versuch spürt, ob man innerhalb des Projektes eine Kostenreduktion erreichen kann. Also auch hier, die Profianlagen werden gesponsert, die kleinen Vereine müssen sich sogar die Sicherheitsgutachten selbst zahlen, am Ende derer dann oft herauskommt, dass die Anlage zu sperren ist. Also, letztendlich ist auch das eine Form von Sterbehilfe, wo ehrenamtliche Vereine eigentlich in das Aufhören gedrängt werden, während andererseits die Profivereine unterstützt werden. Es ist nichts dagegen zu sagen, aber damals ist bei der Nachwuchsakademie der Austria das

Geld gekommen. Es wird bei Rapid wahrscheinlich nicht anders sein. Die Sportanlagen, wo die Profis sind, werden unterstützt. Bei den kleinen Vereinen ist man eher knausrig.

Dafür ist man bei der Eigenwerbung nicht knausrig. Da möchte ich mich an die GRÜNEN wenden. Es sind nicht mehr allzu viele. Das Regieren ist offenkundig so anstrengend, dass man hier der Debatte nicht folgen kann. Aber da habe ich noch ein Versprechen im Ohr, dass beim ersten Budget, wo die GRÜNEN mittun, die Werbeeinnahmen signifikant sinken werden. Das Gegenteil ist der Fall. Der Presse- und Informationsdienst leistet zweifelsohne wertvolle Informationsarbeit, muss aber natürlich auch im Dienste der politischen Mehrheit hier politisch motivierte Werbeaktionen starten. Es werden jedes Jahr der Advent und das Weihnachtsfest beworben, wobei Weihnachten will man eh nicht, das heißt dann nur „Frohes Fest“ und man lässt offen, welches Fest man meint. Aber das kommt nicht überraschend. Ich weiß nicht, warum man eigentlich die ohnehin ständig stattfindenden adventlichen und weihnachtlichen und vorweihnachtlichen Aktivitäten so bewerben möchte.

Dieser Presse- und Informationsdienst bekommt 3 Millionen EUR mehr. Wenn man dann den Rechnungsabschluss schon vorwegnehmen kann, sind es eh 6 oder 7 Millionen EUR. Also, da merkt man keinerlei grüne Handschrift, sondern das Budget wird aufgestockt, es werden Millionen zusätzlich ausgegeben, und das ist nur die halbe Wahrheit, weil die ganzen ausgelagerten Bereiche ohnehin ein eigenes Budget haben. Da sieht man schon, offenkundig ist das Bastelgeld bei den Kindergärten weniger wichtig als eine zusätzliche bunte Beilage, wo man die Menschen daran erinnert, dass das Weihnachtsfest naht und was man zu Weihnachten alles machen kann. Am besten ist, man ist zu Hause und feiert im Kreis der Familie.

MA 56, die Schule: Ich bleibe jetzt einmal bei den kommunalen Aufgaben, weil das ist auch ein altes Spiel hier, man geht immer auf die Schulpolitik im Großen, die Strukturen, so als ob man mit den Strukturen alleine etwas verbessern könnte. Schauen wir uns die Schulgebäude an, dort, in der Eintragungswoche des Bildungsvolksbegehrens, das auch von der Wiener SPÖ unterstützt wurde. Ein ganzes Jahr ist hier getrommelt worden. Ich würde fast sagen, eine unheilige Allianz von Industriellenvereinigung bis hin zum linken Gewerkschaftsflügel hat sich hier gefunden, um zu sagen: „Österreich darf nicht sitzen bleiben!“ - Diejenigen, die sitzen geblieben sind, sind die Volksbegehrensinitiatoren, weil trotz einer massiven werbemäßigen Unterstützung der Printmedien und des ORF nur 6 Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben haben. Wenn ich denke, wie viele normale Lehrervertreter das Podium kriegen, das diese wenigen Lehrervertreter, die für Androsch sind, bekommen haben, und trotz dieser medialen Unterstützung unterschreiben nur 6 Prozent der Wahlberechtigten. Und jetzt kommen unsere Demokraten. Das sind dann diejenigen, die dann erklären, warum ein demokratisches

Ergebnis doch nicht so demokratisch ist und sagen, es haben nur 6 Prozent unterschrieben, aber die anderen sind gemobbt worden und haben schon resigniert. Auf die Idee, dass diejenigen, die das nicht unterschrieben haben, sich vielleicht nicht mit den Forderungen identifizieren, kommt man gleich gar nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein weitaus erfolgreicherer Volksbegehren, das erfolgreichste überhaupt, war das gegen das Konferenzzentrum, mit fast 1,4 Millionen Unterschriften. Damals hat sich Kreisky hingestellt, ganz unverdächtig: „Es haben 30 Prozent dagegen unterschrieben. Ich gehe davon aus, dass 70 Prozent dafür sind, also bauen wir es.“ Wenn ich das jetzt umlege, sind 6 Prozent für die Gesamtschule, 94 Prozent sind dagegen. Dennoch diskutieren wir darüber, wie wir die Forderungen des erfolglosen Volksbegehrens umsetzen können. Das hat mit Demokratieverständnis und mit direkter Demokratie überhaupt nichts zu tun. Das ist eigentlich Gehirnwäsche und ein diktatorisches Vorgehen. Man kann nur hoffen, dass das nicht so kommen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie Sie Ihre Fußtruppen organisiert haben, muss man sich einmal vorstellen. Wie die linken Gewerkschafter bei den Arbeitgebern teilweise zu Recht, manchmal zu Unrecht vorsichtig sind. Wie dann die Arbeitgeber, die Betriebe der Großindustrie für die Unterstützungsunterschriften die Notare in die Betriebe hineingeholt haben, wo man dann wahrscheinlich zehn Minuten mehr Pause hat machen dürfen, um die Unterstützungsunterschrift zu leisten. Da hat sich auf einmal keiner mehr aufgeregt. Das ist offenkundig Sozialpartnerschaft auf Österreichisch. Aber ich darf Ihnen sagen, die Großindustrie ist weniger an Ihrer Gesamtschule, sondern eher daran, dass beim nächsten Kollektivvertrag das Ganze wieder ein Gegengeschäft wird, interessiert. Aber so ist das Volksbegehren beworben worden und dann haben eigentlich relativ wenige unterschrieben. In derselben Eintragungswoche beschließen wir hier in Wien wiederum, dass ein paar Container zusätzlich aufgestellt werden. Während Österreich nicht sitzen bleiben soll, setzen Sie die Kinder in die Container! Das ist eigentlich wirklich unglaublich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da kommt immer die Sozialromantik, die familiäre Herkunft entscheidet über die Bildung. Das stimmt und stimmt nicht. Es stimmt insofern nicht, als kein Mensch je irgendwo bei einer Schule gefragt wird, was die Eltern sind, was die Eltern verdienen. Es kommt eigentlich bei der Aufnahme in eine höhere oder in einen folgenden Schultyp in erster Linie auf die bisherigen Noten an. Dass natürlich die Noten auch etwas mit dem Elternhaus zu tun haben, lässt sich überhaupt nicht leugnen. Das ist auch nicht zu vermeiden. Auch das ist eine linke Bildungsideologie, zu meinen, man kann die Eltern und das Elternhaus und das gesamte Umfeld völlig aus der Bildung ausklammern. Eltern, denen die Bildung ihrer Kinder wichtig ist, geben ihren Kindern etwas ganz Wichtiges mit. *(GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Es gibt Systeme, die individuelle Leistungen fördern, und es gibt Systeme, die das Elternhaus fördern! Ihres fördert das*

Elternhaus!) Nein, ich fördere überhaupt kein Elternhaus, ich stelle nur fest, dass das Elternhaus aus dem Bildungsweg und aus der Erziehung nicht ausgeblendet werden kann und auch nicht ausgeblendet werden darf! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich will keine Verstaatlichung der gesamten Kindererziehung. Erziehung ist ein Elternrecht, aber auch eine Elternpflicht, meine Damen und Herren! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Das muss auch einmal gesagt werden. Es sind auch im sozialdemokratischen Bereich viele, die sich um ihre Kinder kümmern. Wenn sie sich um ihre Kinder kümmern, dann haben sie einen Vorteil. Diesen Vorteil kann ein staatliches System nicht zur Gänze kompensieren. Diese Verantwortung, auch des Elternhauses, des Umfeldes, muss man auch einfordern. Man kann versuchen, die Defizite auszugleichen, aber mit rein schulorganisatorischen Maßnahmen werden Sie hier nichts weiterbringen!

Sie sehen das Debakel der Wiener Schulpolitik. Die Hauptschulen am Land funktionieren. Das sind keine Restschulen. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Gesamtschulen!)* Dort gehen auch die bürgerlichen Kinder hin. Warum soll ich in Tirol im hintersten Tal mein Kind 20 km mit dem Postbus in das Gymnasium schicken, wenn ich im Ort eine gute Hauptschule habe? Und wenn ich nach vier Jahren Hauptschule etwas gelernt habe, dann gehe ich erst recht ins Gymnasium. *(Beifall bei der FPÖ. - GRin Martina Ludwig-Faymann: In die Gesamtschule!)*

Sie haben die Hauptschule, egal, wie sie heißt. Die Hauptschule heißt schon lange nicht mehr Hauptschule in Wien, sie heißt nur mehr Kooperative Mittelschule. Bald wird sie Neue Mittelschule heißen. Sie haben die Hauptschule kaputt gemacht, weil Sie die Gebäude zahlen müssten und weil Sie die Hauptschule nicht wollen. Dafür hat nicht das Gymnasium zu büßen, das hat auch nichts mit den Eltern zu tun, das ist einzig und allein Ihr Verschulden, aus dem wir Sie nicht herauslassen werden. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Wenn Sie sich Deutschland anschauen, wo Bildung Ländersache ist, sind die Bundesländer, die ein gegliedertes Schulsystem haben, bei allem besser drauf als die Systeme, die ein Gesamtschulsystem haben. *(GR Christoph Peschek: Schauen Sie nach Finnland!)*

Sie kommen dauernd mit Finnland daher. Ich war doch selbst in Finnland. Ich kann beurteilen, wie eine Schule funktioniert, und ich habe gesehen, wie die finnische Schule funktioniert. Das ist eine Leistungsschule, die zu Mittag aufhört. Dort sagen die Lehrer, sie gehen nach Hause, sie bereiten sich zu Hause vor.

Ich weiß nicht, was Sie davon haben, wenn sich die Lehrer in der Schule vorbereiten. Wollen Sie jetzt einen Container für die Lehrer in den Schulhof stellen, damit die Lehrer den ganzen Tag in der Schule sind? Was Sie wollen, ist klar. Sie wollen die Gratisbeaufsichtigung. Dafür brauchen Sie aber keine ausgebildeten Akademiker in Physik und Mathematik. Dafür brauchen sie Freizeitpädagogen. Diese haben Sie als Stadt Wien

zu bezahlen, nicht der Bund und nicht der Lehrertopf. (Beifall bei der FPÖ.)

Die Schulsozialarbeit machen Sie in Wiener Pflichtschulen über Lehrereinstellen. Lehrer haben Wissen zu vermitteln und nicht Schulsozialarbeit zu betreiben. Für die Schulsozialarbeit sind Sie zuständig. Sie haben sich gerade ein Körbergeld geholt. (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: *Da sieht man die Krux am modernen Bildungssystem! Lehrer müssen lehren und sonst nichts! Kognitives Wissen hineinstopfen!*) - Das ist überhaupt nicht wahr! Wir vermitteln Kompetenz! Sie wissen gar nicht, was wir machen! Wir machen Projekte, wir vermitteln Kompetenzen. Aber wir sind keine Freizeitpädagogen! (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist ein Wahnsinn! Was machen Sie in der Freizeit? Die Schulen sind nicht ausgestattet. Die Schulsanierung schleppt sich über Jahrzehnte dahin. Die Bezirke verbluten sich. Und wo machen Sie Ihre Nachmittagsbetreuung? Sie stellen am Sportplatz einen Container auf, damit man weniger Platz zum Sporteln hat. Und dann kommt die Frau Wurzer daher und sagt: „Ich wünsch' mir mehr. Ich wünsch' mir mehr Spielplatz.“ - Und so weiter. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Es sind die Gebäude nicht einmal für die Nachmittagsbetreuung gebaut. Ich sage Ihnen, ich unterrichte in einer ganz neuen und tollen HTL. Dort gibt es für 110 Lehrer nicht ein eigenes WC. In jedem kleinen Kaffeehaus gibt es ein Kundenklo und ein Bedienstetenklo, das ist vom Arbeitnehmerschutz her so vorgeschrieben. Also nicht einmal für die Lehrer, die den ganzen Tag dort sein sollen, gibt es ein eigenes WC, von einem eigenen Irgendetwas brauchen wir gar nicht zu reden!

Also, hören sie mir auf mit Ihrer Sozialromantik, sondern sagen Sie, was Sache ist! Sie wollen die Kinder billigst in der Schule abgeben und reden sich ein, dass wir dann nach vorn kommen. Dann haben alle irgendeinen Bachelor und dann kommen alle darauf, dass eigentlich der Bachelor nichts bringt, weil keiner dafür etwas zahlen will. Das hat keinen Sinn! (Beifall bei FPÖ und ÖVP. - GR Dr Kurt Stürzenbecher: *Ist das eine Redeübung?*)

Nein, das ist keine Redeübung, das ist eine spontane Rede. Das sehen Sie. Ich brauche mir nichts vorzubereiten. Ich kann das. (GR Christoph Peschek: *Man merkt es!*)

Es kommt noch das Letzte - ich habe nur noch eine Minute Zeit -, Forderung an die neue Lehrerbildung: Alle Lehrer sollen fit für Migranten werden. Meine Damen und Herren, das ist auch eine Themaverfehlung. Im Prinzip sollen die Migranten fit für die Schule werden. Die Schule ist nicht dazu da, Leute, die nicht Deutsch können, in die Kulturtechniken einzuführen. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Je mehr Sie die Schule mit nichtschulischen Aufgaben überfrachten, desto weniger kann die Schule ihre ureigensten Aufgaben erfüllen. Das ist ganz klar. Das ist ein System, das gewisse Ressourcen und Möglichkeiten hat. Je mehr ich sonst hineinstopfe, desto weniger können die ursprünglichen Aufgaben erfüllt

werden. Das ist eine Zukunftsfrage für unser Land, weil wir wollen kein Billiglohnland werden. Wir wollen hohe Löhne. Aber hohe Löhne muss man sich verdienen und erarbeiten. Ich will keine Mindestsicherungsgeneration. Das, was Sie mit Ihrer Politik machen, ist Hartz-IV-Generationen heranzuziehen!

Deswegen Nein zu Ihrer Schulpolitik, Nein zu Ihrer Sozialpolitik und Nein zu Ihrem Budget! (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Reindl. Ich erteile es ihm.

GR Mag Thomas **Reindl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich habe bei meinem Vorredner, den ich persönlich sehr schätze und der einen pädagogischen Beruf haben soll, und zwar Lehrer ist, das Gefühl, wenn man ihn fragt, was er unterrichtet, wird er wahrscheinlich sagen, Deutsch, Mathematik und Geometrisch Zeichnen. Ich sage, man unterrichtet Kinder und keine Fächer. Das ist der große Unterschied zwischen Ihrer Schulpolitik und unserer Schulpolitik! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Eine Floskel!*)

Kollege Nepp, Sie haben in Ihrer Rede gemeint, das rote Terrorregime, das in den Siebzigern in Wien geherrscht hat, lehnen Sie ab. Erstens fordere ich für diesen Ausdruck, den Sie gebracht haben, einen Ordnungsruf und bitte die Frau Vorsitzende, dies zu prüfen. (GR Johann Herzog: *Ähnlich spricht doch der Herr Oxonitsch! Er hat doch ähnliche Äußerungen gemacht!*) Rotes Terrorregime, Herr Nepp, steht für etwas ganz anderes! Sie wissen, es geht dabei um den bösen Kommunismus, der tausende Menschen umgebracht hat. (GR Dominik Nepp: *Millionen, nicht Tausende!*) Damit lassen wir uns nicht vergleichen! (Beifall bei der SPÖ.)

Inhaltlich möchte ich nun mit dem Sport beginnen. Dieser ist von meinen VorrednerInnen leider ausgeblendet worden.

Ich bin sehr froh, dass der Herr Stadtrat sein innovatives Sportmanagement fortsetzt und wir auch nächstes Jahr einige Sportanlagen dem Sportcontracting unterwerfen, wo wir energiesparend investieren und uns Betriebskosten für die Sportvereine ersparen.

Genauso der richtungsweisende Beschluss vom letzten Jahr, nämlich dass bis 60 Kunstrasenplätze einmal im Jahr von der Stadt, von der MA 51, hergerichtet werden. Auch das wird nächstes Jahr fortgesetzt.

Und dass auch unser Sporthallenangebot laufend ausgebessert und verbessert wird. Und alleine die indirekte Sportförderung für die Stadthalle, für die Zurverfügungstellung der Sportflächen, beträgt 2,5 Millionen EUR, damit sich die Vereine leisten können, auch in solchen Hallen zu trainieren.

Besonders freut mich das Projekt „Generalsanierung Ruderzentrum“ und der gleichzeitige Bau einer weltcup-tauglichen Wildwasserstrecke. Das ist ein ganz interessantes, innovatives Projekt, das uns sportlich

wieder in die internationalen Schlagwörter bringen wird.

Sehr erfolgreich ist auch die Weiterführung der Nachwuchssportförderung, die sehr wichtig und ein wesentlicher Meilenstein für den Nachwuchs in Wien ist.

Erwähnen möchte ich noch die Vienna Capitals, die wir mit der neuen Halle unterstützt haben. Es war ein langer Wunsch der Capitals. Es ist hier mit sehr viel Augenmaß und sehr gut gearbeitet worden. Jeder, der schon in der Halle war, sieht, welche tolle Eisflächen hier geschaffen wurden. Unter anderem wurde auch eine neue Halle dazugebaut.

Auch das Ballsportzentrum Bernoullistraße - das haben wir im letzten Gemeinderat besprochen - ist hervorzuheben.

Und dass Wien weiterhin die Stätte internationaler Sportbegegnung ist, wie der Football-Weltmeisterschaft, die wir gehabt haben, die Makkabiade, Volleyball-EM, Faustball-WM und so weiter, viele andere Sportveranstaltungen auch. Auch nächstes Jahr werden wir wieder einige dieser Veranstaltungen haben. Das ist ein Renommee für unsere Stadt, dass wir so gerne als Veranstalter ausgewählt werden.

Besonders danken möchte ich an dieser Stelle einem Mitarbeiter, der heuer im Sportamt in Pension gegangen ist, nämlich Alex Zimmermann, der mit dem Sport so verbunden war wie der Rathausmann mit dem Rathaus. Lieber Alex, vielen Dank für deine hervorragende Tätigkeit für den Sport! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte mich nun der MA 11 zuwenden. Zum Thema Schule und Kindergarten und anderen Themen wird mein Kollege Meidlinger noch Stellung beziehen, auch zu den Wortmeldungen, die bis jetzt waren.

Die MA 11 ist eine der wichtigsten Einrichtungen in Wien zum Kinderschutz, für die sozialen Dienste und die Erziehungskompetenz für die Eltern zu fördern. Diese Einrichtung, die MA 11, hat sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die tagtäglich in 8 Eltern-Kind-Zentren, in 24 Elternberatungsstellen an der Front stehen. Über 500 MitarbeiterInnen arbeiten in den 18 regionalen Stellen Soziale Arbeit mit Familie. Vorhin wurde festgestellt, welche Pflichten die Eltern haben. Man sieht leider, muss ich sagen, an dieser Zahl, dass es nicht so einfach ist, weil voriges Jahr wurden allein 10 000 Fälle von vermuteten Gefährdungen der Kinderwohlfaht von diesen Stellen abgeklärt. Im Mittelpunkt stehen natürlich der Schutz des Kindes und der Schutz der Familie. Es ist aber sehr wichtig, dass man auch weiß, was hier alles geleistet wird.

Wir haben auch 9 regionale Rechtsvertretungen, wo über 140 MitarbeiterInnen sind. Hier geht es vor allem um das Thema „Wie kommen Väter ihrer Verpflichtung für ihre Kinder oder für ihre Gattinnen oder Ex-Gattinnen nach?“ Auch hier ist es leider so, dass wir voriges Jahr annähernd 4 700 Exekutionen bei säumigen Unterhaltsschuldnern hatten. Hier ist auch ein sehr hoher Beratungsaufwand in den regionalen Rechtsvertretungen, wo sich eben Frauen, die bei der Kindererziehung allein gelassen werden, gut informieren können, aber genauso natürlich Männer, was sie beachten müssen, wenn sie sich trennen.

Gemeinsam mit dem ORF betreiben wir den Kinder- und Jugendnotruf „147 - Rat auf Draht“, eine erfolgreiche Einrichtung, sehr niederschwellig angelegt, um hier einfach die Überwindung, die Hemmnisse, die es gibt, wenn man in einer unangenehmen Situation ist, sozusagen abzuarbeiten.

Ich möchte dann kurz noch zu den sozialpädagogischen Einrichtungen sprechen. Hier haben wir mehr als 977 Plätze, wo Kinder und Jugendliche in sozialpädagogischen Einrichtungen leben und betreut werden, weiters 83 Wohneinheiten für betreutes Wohnen, für die Verselbstständigung von Jugendlichen, damit sie wieder lernen, alleine Verantwortung zu übernehmen. Die MA 11 hat auch eine Reihe von Liegenschaften, worauf sich 22 Objekte befinden, unter anderem zum Beispiel das Ausbildungszentrum Lindenhof.

Im Pflegebereich betreut die MA 11 rund 3 400 Kinder. Diese sind in der Pflege der Stadt Wien, sind auch in privaten Vertragseinrichtungen untergebracht. Es wird auch für nächstes Jahr 2 neue Wohngemeinschaften mit insgesamt 16 Plätzen geben, um hier eine entsprechende Aufstockung zu haben.

Besonders hervorzuheben ist, dass wir seit 1.3.2011 ein gemeinsames Projekt der Geschäftsgruppe Oxonitsch mit der Geschäftsgruppe Wehsely haben, nämlich das Projekt einer sozialpsychiatrischen Wohngemeinschaft für zwölf Minderjährige. Hier ist es sehr schwierig, pädagogisch zu arbeiten. Die Kinder haben massive Störungen des Sozialverhaltens. Manche haben sehr schwere chronische und psychiatrische Krankheitsbilder. Ich bin sehr stolz darauf, dass diese Kooperation gelungen ist. Ich möchte auch sagen, dass hier die Anregung aus dem Kontrollamt kam, aus einem Kontrollamtsbericht, und hier die notwendige und entsprechende Umsetzung stattgefunden hat.

1 700 Kinder in Wien genießen die Pflegefamilien, wo sie die volle Erziehung durch die Pflegeeltern bekommen. Das ist sehr wichtig, ist sehr notwendig und eine familienfördernde Maßnahme. Hier müssen wir uns darauf einstellen, dass die Anforderungen durchaus höher werden. Darum gibt es auch laufend Kampagnen, um entsprechend mehr Pflegefamilien zu finden.

Ein Thema, das ich aus diesem Bereich auch ansprechen möchte, ist das Pflegeheim Wilhelminenberg. Es ist von meinen Vorrednern schon einiges angesprochen worden. Hier möchte ich klarstellen, dass seitens der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport und durch den Herrn Stadtrat sofort nach Bekanntwerden der ersten Fälle aus dem Wilhelminenberg gehandelt wurde. Und zwar wurden am 17. August 2010 zur strafrechtlichen Prüfung von uns 72 Fälle weitergeleitet. Diese Fälle wurden auch von der Staatsanwaltschaft untersucht. Leider, muss ich auch sagen, wurde der Großteil der Fälle auf Grund der Verjährung eingestellt. Warum gibt es eine Verjährung? Weil natürlich die Forensik in etwa 30 Jahre zurückarbeiten kann. Was länger her ist, macht wenig Sinn. Das sage nicht ich, sondern das sagen die Experten. Es ist dann oft kein sachlicher Tatbestand

erfassbar, sondern es steht Aussage gegen Aussage, was natürlich in einem Gerichtsverfahren sehr schwierig ist.

Um diese Frage der Verjährung aber genauer zu beleuchten, möchte ich einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen, den ich gemeinsam mit meinen Kollegen Heinz Vettermann, Christian Meidlinger, Barbara Novak, Christoph Peschek, Sybille Straubinger, Tanja Wehsely, Jürgen Wutzlhofer, Birgit Hebein und Martina Wurzer einbringe. Und zwar geht es hier darum, dass wir wollen, dass der Wiener Gemeinderat beschließen möchte, dass eine Enquete mit ExpertInnen zum Thema „Verjährungs- und Tilgungsfristen für Sexualstraftaten und Delikte gegen Leib und Leben von Minderjährigen“ stattfindet und auch entsprechende Ergebnisse produziert. Es ist ja nicht Wien alleine verantwortlich für dieses Thema, sondern es ist auch notwendig, dass der Bund hier einige Voraussetzungen schafft. Das sollten wir in einer Enquete sachlich gemeinsam klären können.

Auch wurde voriges Jahr bereits zu Opferbetreuung und Entschädigungszahlungen jeweils eine Kommission beim Weissen Ring eingerichtet. Diese beiden Kommissionen haben sich 2010 formiert, haben bis heute in etwa 800 Fälle untersucht und haben bei rund der Hälfte der Fälle auch eine Entschädigungsleistung durch die Stadt Wien festgesetzt. Das heißt, wir sind hier richtungsweisend und sehr verantwortlich mit den Beschuldigungen, die gekommen sind, umgegangen, habe eine neutrale Organisation, wie sie der Weisse Ring ist, der sehr kompetent ist, was Opferbetreuung betrifft, beauftragt, sozusagen im Namen der Stadt alle Vorwürfe zu untersuchen und es hat 800 Fälle, wie gesagt, bis jetzt gegeben.

Die Stadt Wien steht für Entschädigungszahlen bereit und wird auch weiterhin dafür bereitstehen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass es in Österreich konservativ regierte Bundesländer gibt, die bis jetzt kurze Hände bekommen haben und keinen Cent bereit sind, für die Opfer, die sie in ihren Einrichtungen gehabt haben, auszuschütten. Das finde ich sehr bedauerlich.

Als dann heuer sozusagen die nächste Eskalationsstufe erreicht wurde, wurde die Wiener Wilhelminenberg-Kommission beschlossen. Hier wurde eine völlig neue Dimension an Vorwürfen bekannt. Ich möchte sie jetzt nicht alle vorlesen, aber Sie wissen das eh. Es war genug in den Medien beziehungsweise haben wir uns auch in der Stadt über diese Themen eindringlich unterhalten. Die Vorsitzende wurde schon bestellt.

Die Kommission wird in Bälde fertig sein und mit der Arbeit beginnen. Auf der einen Seite soll sich die Historikerkommission, die ich vorher erwähnt habe, mit der Oral History und der Sichtbarmachung des Systems auseinandersetzen. Die andere Kommission, die Helige-Kommission, soll rasch und lückenlos aufklären, was damals alles passiert ist.

Wir haben auch auf Initiative des Herrn Stadtrats am 28. Oktober einen Sondergemeinderatsausschuss zum Thema Heimskandal Wilhelminenberg gehabt, wo von der MA 11 sehr kompetent Auskunft gegeben wurde, wo

alle Mitglieder und auch viele Ersatzmitglieder des Ausschusses anwesend waren. Die Sitzung hat zweieinhalb Stunden gedauert. Es war eine sehr intensive Auseinandersetzung. Aber ich finde es wichtig und auch richtig, dass Herr StR Oxonitsch hier die Initiative ergriffen hat und offensiv das Thema angesprochen hat und auch offensiv auf das Thema gegangen ist, sich auch in den Medien nicht vor Richtigstellungen und vor Besprechungen mit Interviews versteckt und im TV und in Printmedien ausführlich dazu Stellung bezogen hat. Dafür gebührt unser aller Dank, dass hier so offen und gut argumentiert wurde, lieber Christian! Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte zum Abschluss meiner Rede noch einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen, ebenfalls von meiner Wenigkeit und den GemeinderätInnen Vettermann, Meidlinger, Novak, Peschek, Straubinger, Wehsely, Wutzlhofer, Hebein und Wurzer zum Thema Wiener Jugendwohlfahrt. Und zwar geht es darum, dass wir gerne wollen, dass der Wiener Gemeinderat alle Maßnahmen unterstützt, die den Stellenwert von Gewaltschutz und Missbrauchsprävention in der Aus- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen der Wiener Jugendwohlfahrt fördern, die dazu dienende UNO-Konvention und die Rechte von Kindern im Bundes-, Kinder-, und Jugendhilfegesetz zu verankern und zur Schaffung einer Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche bei der Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft, die von Gewalt betroffen sind. - In formeller Hinsicht verlangen wir die sofortige Abstimmung.

Mit diesem Antrag wollen wir auch dokumentieren, wie ernst und seriös wir mit diesem Thema umgehen wollen. Ich ersuche Sie um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich teile mit, dass der Vorsitz die Mitschrift bestellt hat, um festzustellen, welche Äußerung vom Kollegen Nepp hinsichtlich „rotes Terrorregime in den 70er Jahren“ genau gemacht wurde. Auf Basis dieser Informationen wird entschieden, ob ein Ordnungsruf erteilt wird.

Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir wissen, dass das Ressort von Herrn StR Oxonitsch ein großes ist, mit wichtigen Themen, aber auch große Probleme immer wieder geortet werden. Auch wenn Sie es immer wieder gutreden, dass Sie so viel tun und machen, tauchen trotzdem immer Defizite auf, die ich auch hier in der Budgetrede noch einmal anschneiden möchte, obwohl eh schon sehr viel gesagt worden ist.

Ich bin dir sehr dankbar, Thomas, dass du das Thema Sport angesprochen hast, weil das vergesse ich natürlich nicht. Aber gerade was eure Gebührenerhöhungen in der Stadt Wien und eure nicht nachhaltige Politik in gewissen Bereichen, auch das Sportressort, betrifft, muss ich auch sagen, dass gerade

die Sportvereine zu einem Handkuss kommen werden, weil zum Beispiel bei den Wassergebühren die Erhöhung 33 Prozent ist und gerade die Vereine oder diejenigen, die eine Generalpacht haben, dort für die Pflege nicht mehr aufkommen können. Das hat natürlich auch zur Folge, dass, wie du es auch angesprochen hast, beim Nachwuchssport, den ihr auch so schön fördert und immer fördern wollt, trotzdem dann die Pächter sich das nicht mehr leisten können, weil sie sich einfach die plus 33 Prozent, die jetzt auf die Gebühren dazukommen, nicht mehr leisten können. Da müssen Lösungen her. Aber das trifft jetzt nicht nur die kleinen Fußballvereine, das trifft natürlich auch die anderen Vereine, die Generalpächter sind und da dann auch zu kurz kommen.

Aber wir sind im Sport auch noch nicht dort, wo wir gerne sein wollen. Auch die Kooperationen, die wir schon so oft vorgeschlagen haben, gerade als moderne Freizeitpädagogik voranzutreiben, haben noch nicht stattgefunden. Gerade die Kooperation zwischen der Nachmittagsbetreuung von Schulen und Vereinen, aber auch mit Musikschulen, die auch nicht unerwähnt bleiben sollen, funktioniert in der Stadt überhaupt nicht. Das sollte eigentlich vorangetrieben werden. Weil so, wie wir alle wissen, ist gerade durch den Sport die Gesundheit der Kinder zu fördern. Das ist wieder eine nachhaltige Politik, die ich euch da sage, dass dementsprechend die späteren Kosten im Gesundheitsbereich hier reduziert werden können, wenn eine gute und durchstrukturierte Sportpolitik in dieser Stadt stattfindet.

Ich möchte aber auch noch andere Defizite in diesem Ressort, die wir auch schon lange hier andiskutieren, immer wieder sagen, kurz noch einmal aufzählen. Dass auch in Zukunft die Infrastruktur mehr Kapazitäten braucht, gerade auch Maßnahmen für eine bessere Qualität der Schulbildung geschaffen werden sollen. Das haben wir heute schon gehört. Wir haben bis dato noch keinen Schulentwicklungsplan von euch bekommen. Es sind immer noch - wir haben es heute auch schon gehört - Mobilklassen da.

Keine flächendeckende Nachmittagsbetreuung findet hier statt. Wir wissen ganz genau, dass genau dieses Angebot ausgebaut und weiterentwickelt werden soll und muss.

Du hast das Thema Jugendwohlfahrt heute noch einmal angeschnitten. Ihr sagt, dass ihr da etwas machen müsst und sollt. Wir reden aber schon sehr lange, dass wir gerade in der Jugendwohlfahrt massive Probleme haben. Und zwar fehlen uns da die Beratung und die Betreuung, auch in den Schulen. Meine Kollegin Isabella Leeb hat heute schon angesprochen, dass wir sehr dringend Sozialarbeiter oder Sozialarbeiterinnen in den Schulen brauchen, weil wir dort eine fixe Anlaufstelle brauchen, um die Gewaltprobleme und die dramatischen Erziehungsproblematiken der Kinder zu bewältigen. Das können nicht die Lehrer machen. Das können nur ausgebildete Schulpädagogen beziehungsweise Sozialarbeiter machen, weil diese auch in die privaten Bereiche der Familien und der Schüler hineingreifen können. Das kann kein Pädagoge machen. Das ist mir klar. Auch Wolfgang Aigner hat es heute schon

ausgeführt, dass es nicht Pflicht eines Lehrers sein soll. Hier muss man abgrenzen. Wir haben hier schon sehr oft gefordert, dass sich da die personalen Ressourcen einfach nicht einstellen, auch nicht von der Stadt Wien bereitgestellt werden.

Weiters ist es auch wichtig, dass in der Jugendwohlfahrt Präventionsarbeit geleistet werden muss und soll. Das fordern wir auch schon lange. Wir wissen, dass das bestehende Personal extrem überfordert ist und momentan eigentlich nur die wichtigsten Anfragen übernehmen kann. Das soll auch nicht Sinn der Sache sein, gerade jetzt, wo immer mehr Familien in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit rücken, weil sie überlastet sind, weil sie überfordert sind. Jetzt kommen nachher noch finanzielle Probleme bei den Familien dazu. Das wird ein Teufelskreis.

Oft ist eine Reaktion, weil es oft eine aussichtslose Situation ist, Gewalt. Wir haben das heute schon gehört. Das darf und soll in unserer Gesellschaft nicht stattfinden. Deswegen brauchen wir auch eine bessere Familien- und Erziehungsberatung und noch, was mir in Wien überhaupt abgeht, eine ordentliche Familienpolitik. Da würden wir als eine sehr sinnvolle Schaffung eine Art Elternschule sehen, aber auch eine Elternbildung, was schon sehr viele Vereine auch anbieten. Jedoch das, was hier angeboten wird, wird von der Stadt Wien eigentlich ignoriert und nicht angenommen.

Sie wissen, dass Kinder unsere Zukunft sind. Wir brauchen hier vermehrt und verschärfte Schwerpunkte und Maßnahmen, die wir in Ihrem Budget nicht sehen.

Erziehung, Ausbildung, Wissen und Bildung sind, das wissen wir alle, ein Schutz vor sozialer Ausgrenzung und Anmut. Ich würde Sie bitten, hier dieses Geld zu investieren.

Zuletzt komme ich zu einigen Anträgen, Beschlussanträgen, die ich noch einbringen möchte. Der erste wäre gemeinsam mit meiner Kollegin Isabella Leeb und Frau Mag Feldmann betreffend Personalmangel bei Wiener Jugendwohlfahrt und beim Wiener Jugendamt:

„Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, zwecks eines qualitativ und quantitativ optimalen Vollzugs ehestmöglich für die nötige Anzahl an Fachkräften, insbesondere an Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen, in der Wiener Jugendwohlfahrt und, damit einhergehend, für die Anpassung der Anzahl der Dienstposten zu sorgen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.“

Einen weiteren Antrag, auch eingebracht mit Isabella Leeb und Barbara Feldmann, betreffend verpflichtenden Kinderschutz, Aus-, Fort- und Weiterbildung für MitarbeiterInnen der Jugendwohlfahrt:

„Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiter der Wiener Jugendwohlfahrt verpflichtend in Kinderschutzbelangen aus-, fort- und regelmäßig weitergebildet werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung verlangt.“

Ein weiterer Antrag wäre betreffend regelmäßiger - gewünscht wären alle zwei Monate - Bericht der Sachverständigenkommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Kinderheim Wilhelminenberg an den zuständigen Gemeinderatsausschuss. - In formeller Hinsicht wird auch hier die Zuweisung verlangt.

Der letzte Antrag wäre betreffend Untersuchungskommission, Untersuchungsausschuss:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Änderung der Wiener Stadtverfassung dahin gehend aus, dass der Unterzeichnungszeitraum für Untersuchungsausschüsse und Untersuchungskommissionen zukünftig keiner Befristung unterliegt.“ Die derzeitige Beschränkung ist auf Sachverhalte, die maximal acht Jahre zurückliegen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an Herrn Bgm Häupl verlangt. - Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pitz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Werte Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Normalerweise ist es in der Politik so, dass die Opposition auf Veränderungen drängt und die Regierenden ums Beibehalten des Status quo kämpfen, damit ihre Macht nicht gefährdet ist. In der Frage der Bildung, meine Damen und Herren, haben wir ein verkehrtes Verhältnis: Wir wollen, dass sich in der Bildungspolitik in dieser Stadt, aber auch in ganz Österreich etwas ändert, weil wir einen Überblick über die Entwicklungen in der Gesellschaft haben, die wir in unser Bildungssystem einfügen wollen und die wir berücksichtigen wollen, damit eine neue Politik entstehen kann.

Dieses Festhalten der Opposition am Status quo hat einen sehr wichtigen Grund, denn geht es um die Bildungspolitik, es geht um einen sehr harten Verteilungskampf. Hier wollen wir, dass Kinder, die vor allem aus sozial schwächeren Familien kommen, dieselben Chancen haben wie alle anderen Kinder, die sich höhere Bildung leisten können, durch die Bank, vom Kindergarten bis zur Universität.

Hier wissen wir ganz genau, dass es nicht nur um die Kinder aus sozial schwachen Familien geht, sondern auch um Kinder aus Familien, die einer sozioökonomischen Entwicklung unterworfen sind, deren Eltern beziehungsweise Elternteile nicht mehr imstande sind, für diese Kinder hundertprozentig zu sorgen. Wir reden von AlleinerzieherInnen, wir reden von Familien, die zwei oder mehreren Arbeiten nachgehen müssen, weil sie sonst durch den Monat nicht durchkommen. Wir reden über Familien, die nicht über das notwendige Wissen im Bildungssystem beziehungsweise über die Veränderungen in der Welt verfügen, damit sie ihren Kindern Unterstützung leisten können.

Herr Aigner! Das ist auch ein Unterschied zwischen Land und Stadt. Es gibt ein Gefälle zwischen Land und Stadt, es gibt eine andere Bevölkerungsstruktur am Land. Manche Ortschaften haben viel weniger Einwohner, daher andere Schulstrukturen und so weiter und so fort. Wir leben in der einzigen Metropole

Österreichs, nämlich in Wien mit 1,7 Millionen Einwohnern, wo wir die Einflüsse der Globalisierung in unserer Gesellschaft am meisten spüren. Die Einflüsse der Globalisierung sind nicht nur dadurch gegeben, dass hier MigrantInnen vorhanden sind.

Ich glaube, es ist der allerschlechteste Weg, wenn man eine Bildungsdebatte in eine MigrantInnendebatte verwandelt, denn die Einflüsse der Migration haben sich durch die Europäische Union gewaltig verändert. Wir haben eine Zuwanderung, die sogenannte Binnenmigration, aus dem EU-Raum, wo die Kinder dieser Menschen nicht unbedingt zur untersten Bildungsschicht gehören, sondern sie bringen von zu Hause auch andere Qualifikationen mit, die unserem Bildungssystem auch gut tun würden und gut tun. Kinder von höher gebildeten Familien gehören genauso dazu wie Kinder aus gut qualifizierten Familien.

Also hier aus der Bildungsdebatte eine MigrantInnendebatte anzuzetteln wie in Ihrem letzten Redebeitrag, Herr Aigner, und sich dafür Applaus von der FPÖ zu holen - da müssen Sie einmal nachdenken, ob Sie richtige Dinge tun! Mein Appell an Sie wäre: Ja, Sie sind dort Flüchtling, Sie sind aufgenommen worden, aber Sie müssen denen nicht alles nachreden.

Das Eltern-Schule-Verhältnis ist ein sehr wichtiges Verhältnis. Selbstverständlich bin ich dafür, dass die Eltern imstande sein sollen, ihren Kindern zu helfen. Nur, wenn das Einkommen der Familie nicht dazu ausreicht, die Grundbedürfnisse der Kinder zu befriedigen, dann stehen wir vor einem großem Problem, nämlich: Wie sind die Eltern imstande, auf ihre Kinder aufzupassen? Gibt es eine Möglichkeit einer zufriedenstellenden Aufsicht für diese Kinder oder nicht?

Die Gesamtschule und die sogenannte Ganztagschule ist nicht eine Sache, wo wir sagen, dort sollen die Kinder aufbewahrt werden, sondern dieses Bildungssystem soll dazu führen, dass die Kinder - egal, aus welchen Schichten sie kommen - miteinander lernen können, ihr Wissen untereinander teilen können. Hier können und dürfen wir die Kinder nicht dafür abstrafen, dass ihre Eltern nicht imstande sind, diesen Aufgaben nachzukommen. Im Zentrum unserer Debatte stehen das Bildungssystem und die Chancen der Kinder.

Meine Damen und Herren! Unsere Universitäten - die Wiener Uni ist, glaube ich, in einem Welt-Ranking an 154. Stelle. *(Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Aigner.)* 154. Stelle im Welt-Ranking, das hat mehrere Gründe. Der erste Grund ist, dass durch den Einzug des Neoliberalismus in unserer Gesellschaft die Bildung den Ansprüchen des Marktes unterworfen worden ist und in erster Linie die Geisteswissenschaften vernachlässigt worden sind.

Zweitens: Sie haben geglaubt, dass durch die Studiengebühren die Probleme der Universitäten gelöst werden können. Das sind, glaube ich, 150 Millionen EUR, die da immer wieder berechnet werden - damit wurde die Sache nicht gelöst! *(GR Mag Dietbert Kowarik: Jetzt aber auch nicht, Herr Kollege!)* Das Problem ist, dass wir seit, glaube ich, mindestens zwei Perioden ÖVP-Bildungsminister haben, die nicht das notwendige

Zeug dafür haben, hier Reformen voranzutreiben beziehungsweise das Bildungssystem auf moderne Beine zu stellen.

Aber ich komme zu einem anderen Bereich der Bildung, das ist nämlich Bildung in der Jugendarbeit. Da freue ich mich, dass wir trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise in diesem Bereich nicht kürzen mussten. Ich weiß, dass die Mittel, die wir in die Hand genommen haben, bei Weitem die Herausforderungen der Jugendarbeit, der außerschulischen Jugendarbeit nicht unbedingt bewältigen werden. Aber wir können stolz darauf sein, dass wir trotz dieser Krise Rücksicht auf die zahlreichen Jugendlichen genommen haben und an den Angeboten der Stadt festhalten.

Was ist der Bildungsauftrag der Wiener Jugendarbeit? Und können hier ehrenamtliche Tätigkeiten ausgeübt werden, die ein professioneller Mensch in einer FH oder in der Grundausbildung oder sonstigen Ausbildungen mit sich bringt, ausüben kann?

Herr Aigner, Sie haben die Ehrenamtlichkeit immer wieder hineingeworfen. Ich sage Ihnen, die Wiener Jugendarbeit ist durch ihre Professionalität und die Tätigkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen imstande, diesen Jugendlichen nicht nur nichtkommerzielle Angebote zur Verfügung zu stellen, sondern auch ihr Wissen zu erweitern, im Sinne der Demokratie, im Sinne der Geschlechterrollen, im Sinne der interkulturellen Kompetenz, im Sinne des Bewusstseins gegen Diskriminierung und Rassismus.

Das alles sind Lernprozesse, wo die Jugendlichen in diesem Bildungsauftrag der Jugendarbeit Handlungsfähigkeiten erlernen und ihr Selbstbewusstsein entwickeln können. Das Selbstbewusstsein bei Jugendlichen ist in einer Gesellschaft wichtiger als alles, denn bricht man das Selbstbewusstsein eines Jugendlichen, dann bricht man ihm das Rückgrat! Das wollen wir nicht haben, und in diesem Sinne werden wir auch den Bildungsauftrag der Jugendarbeit weiterhin unterstützen.

Zuletzt möchte ich noch einmal auf das Bildungsvolksbegehren zurückkommen. 106 000 Wiener und Wienerinnen haben unterschrieben, österreichweit haben fast 400 000 Menschen unterschrieben. Das kleinzureden, wird diese Menge nicht aus der Welt schaffen! Ich rate Ihnen, diese fast 400 000 Menschen und deren Anliegen ernst zu nehmen. Wenn diese Menschen nach einer Veränderung schreien, dann erklären Sie sich bereit, auch mit diesen Menschen in Dialog zu treten und nicht zu sagen: Es sind nur 6 Prozent der Menschen, die unterschrieben haben, und das ist uns wurscht.

Meine Damen und Herren! Die Geschichte hat uns gezeigt, nicht jede Idee, die Millionen Menschen hinter sich schart, nicht jede Idee, der Millionen Menschen folgen, muss richtig sein. Da haben wir in der Geschichte sehr, sehr schlimme und sehr, sehr schwere Sachen erlebt. Daher würde ich sagen: Gehen wir von der Quantität weg, heben wir die Qualität hervor und diskutieren wir in unserem Bildungssystem auch darüber, wie Reformen in die Tat umgesetzt werden können,

damit alle Jugendlichen in Österreich eine Chance für eine bessere Bildung bekommen können! - Danke schön. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Ich erteile es ihm.

GR Dietrich **Kops** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Geschätzte Damen und Herren!

Es ist ja heute schon öfters vom sozialen Gewissen gesprochen worden. Ganz aktuell in der heutigen Presse eine Schlagzeile: Die SPÖ will den steuerlichen Absetzbetrag der Kinderbetreuung abschaffen. Meine Damen und Herren, das hat nichts mit sozialem Gewissen zu tun. Das ist höchst unsozial, und das lehnen wir aufs Entschiedenste ab! Herr Stadtrat, ich ersuche Sie, ich bitte Sie, dass Sie vielleicht auf Ihren Staatssekretär einwirken, dass diese Maßnahme nicht umgesetzt wird. Denn gerade die Familien sind in der heutigen Zeit, in der heutigen Krise besonders stark belastet, und zwar ganz im Speziellen durch das rot-grüne Belastungspaket.

Meine Damen und Herren! Mein Vorredner von unserer Fraktion, Dominik Nepp, hat schon viele Missstände und Verfehlungen der rot-grünen Stadtregierung unter die Lupe genommen. Ich möchte jetzt noch einige spezielle Punkte aus Ihrem Ressort, Herr Stadtrat, hervorheben und durchleuchten.

Auf der einen Seite, Herr Stadtrat, geben Sie unzählige Tausend Euro für unsinnige Inserate aus. Hier werden Steuergelder verschwendet, nur damit Sie, Herr Stadtrat, eine gute Presse haben. Sinnvoller wäre es, Herr Stadtrat, gute Arbeit zu leisten. Dann würden sich die Steuerzahler viel Geld ersparen, und Sie hätten zusätzlich eine gute Presse!

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt einige ganz spezielle Inseratenschaltungen und -kampagnen der letzten Monate hervorheben. Hier war vor einigen Monaten eine Inseratenkampagne betreffs Pflegeeltern im Homobereich. Hier gab es eine Werbung gegen Gewalt am Fußballplatz, diese Kampagne hat sage und schreibe 1 Million EUR gekostet. Vollkommen unsinnig! Mit Inseraten kann man nicht gegen Gewalt vorgehen.

Dann gab es eine Werbung für die Nachmittagsbetreuung. Das ist auch gleichzeitig eine Werbung für einen privaten Verein, wo ganz zufällig die SPÖ-Gemeinderätin Straubinger stellvertretende Vorsitzende ist. Auch das: vollkommen unsinnig! An wen soll sich diese Werbung wenden? Vielleicht an den Pensionisten, der in der Früh seinen Kaffee trinkt? Vollkommen sinnlos, reine Steuerverschwendung!

Dann gab es noch eine Werbung für den Tag der offenen Tür - ebenso Verschwendung von Steuergeld, da die Schulen intensivst Werbung für diesen wirklich ausgezeichneten Tag betreiben. Herr Stadtrat, dieses Geld hätten wir uns sparen können.

Meine Damen und Herren! Das waren jetzt nur einige Aufzählungen der letzten Monate, wo Ihr Ressort viel Steuergeld verschwendet hat, nur damit Sie, Herr Stadtrat, eine gute Presse haben. Nichts anderes ist es.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren,

werden die Kindergärten ausgehungert. Den Kindergärten wird der Bastelbeitrag gestrichen. Die Rücklagen - wir haben es ja heute schon mehrfach gehört - werden sogar entnommen und zweckentfremdet. Teilweise werden die KindergärtnerInnen - da gibt es eine Beschwerde von einer Kindergärtnerin - sogar dazu angehalten, dass sie mit der Butter sparsam umgehen müssen.

Meine Damen und Herren, die MA 10 ist finanziell am Ende, ist bankrott! Warum ist sie das? Weil Sie, meine Damen und Herren von der rot-grünen Stadtregierung, viel zu überhastet, viel zu voreilig den Gratiskindergarten und das verpflichtende Gratiskindergartenjahr für alle eingeführt haben. Überhastet und unüberlegt, nur um eine Wahl zu gewinnen, meine Damen und Herren! Überhastet und unüberlegt deshalb, weil erstens zuwenig finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden, zweitens, weil zu wenige Betreuungsplätze vorhanden sind, und drittens, weil - auch das ist ein schwerwiegender Punkt - viel zu wenige gut ausgebildete KindergärtnerInnen da sind.

Die Kindergärten platzen aus allen Nähten. Da war es richtig interessant, von Kollegin Wurzer zu hören - das war vielleicht wirklich ein Wunschdenken und ein Brief ans Christkind -, dass es Kindergartengruppen mit 15 Kindern gibt. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Bis zu 30 Kinder werden in Kindergruppen eingepfercht!

Die pädagogische Betreuung dieser Kinder ist natürlich auch sehr mangelhaft. Es gibt teilweise nur eine Kindergartenpädagogin für zwei bis drei Gruppen, den Rest müssen Helferinnen, teilweise Putzfrauen, erledigen. So schaut es aus in den Kindergärten, meine Damen und Herren, und das lehnen wir aufs Entschiedenste ab!

Was machen Sie, meine Damen und Herren von der Stadtregierung? Sie verschleudern das Steuergeld für unsinnige Inserate, ich habe es schon mehrfach erwähnt. Aber was noch zusätzlich dazukommt: Es werden wieder Förderungen für dubiose Vereine veranschlagt, wie zum Beispiel 20 000 EUR an den Verein ADRA für das Projekt „Alphabetisierung und Promotion von Frauenrechten in Nepal“.

Das Geld, meine Damen und Herren, wäre viel sinnvoller eingesetzt für die Alphabetisierung einzelner heimischer Migrantenkinder. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, es weiß mittlerweile jeder, dass es in Österreich bis zu 300 000 Analphabeten gibt. Hier hätten wir also genug Bedarf, um unser Geld einzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es geht weiter mit 100 000 EUR für das Projekt „Infrastrukturentwicklung im Grundschulbereich in Pakistan“; das ist auch nicht gerade um die Ecke. Dieses Geld könnte man auch sinnvoller einsetzen, nämlich für die Infrastrukturentwicklung im Grundschulbereich in Wien. Da gibt es nämlich große Mängel, und wir wissen alle, dass unsere Kinder nur mehr in Containerklassen untergebracht werden, denn unterrichten kann man sie da nicht wirklich. Solange unsere Kinder, meine Damen und Herren, in Containerklassen unterrichtet werden, solange im

Kindergarten mit der Butter gespart werden muss, darf kein müder Cent ins Ausland gehen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Kurz, Herr Klubobmann Schicker, noch zu Ihrer Wortmeldung betreffs Ganztagesesschule: Herr Klubobmann, die Mehrheit der Eltern will keine Ganztagesesschule à la sozialistischer Beeinflussung. Die Mehrheit der Eltern will eine Schule mit Nachmittagsbetreuung, eine Schule mit Nachmittagsbetreuung ohne Zwang und ohne sozialistische Bevormundung! - Das nur kurz zu Ihrem Redebeitrag.

Abschließend, meine Damen und Herren, bringe ich einen Beschlussantrag betreffend Ausweitung des Angebotes von geförderten sportmedizinischen Kursen, zum Beispiel Rückentraining für Bedienstete im Pflegeberuf, ein:

„Beschlussantrag. Der zuständige amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Gesundheit und Soziales erstens das Angebot von geförderten sportmedizinischen Kursen für Bedienstete in Pflegeberufen zu erweitern, zweitens regelmäßig die Bediensteten über diese Kurse zu informieren und drittens Anreize zu schaffen, dass diese Kurse von möglichst vielen Bediensteten besucht werden.“

Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Meidlinger. Ich erteile es ihm.

GR Ing Christian **Meidlinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir jetzt ganz kurz überlegt: Was sage ich auf die Butter? Mir fällt nur nicht wirklich etwas ein. Ich bin irgendwie auch etwas fassungslos, wo Ihnen das immer wieder einfällt und wo Sie das herbekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil hier heute auch schon ein paar auf das Bildungsvolksbegehren und das Thema Schule eingegangen sind, möchte ich für uns festhalten, dass das Bildungsvolksbegehren jedenfalls ein Erfolg ist für alle jene, die den Stillstand in der Bildungspolitik für unerträglich halten. Die hunderttausend oder über hunderttausend Unterschriften, die in Wien zustande gekommen sind, würden allein schon für eine parlamentarische Behandlung reichen. Dieses Bildungsvolksbegehren hat alleine dadurch gewonnen, dass es Diskussionen ausgelöst hat, dass man sich mit dem Thema Bildung auch wieder gesellschaftspolitisch auseinandersetzt. *(Zwischenruf von GR Mag Dietbert Kowarik.)* Ob im Bildungsvolksbegehren etwas Schwachsinn ist oder nicht, ist eine andere Sache. Aber wir haben ja zum Thema Bildung hier ... *(GR Mag Dietbert Kowarik: Das glauben Sie aber nicht wirklich, oder?)* Na sicher glaube ich das! Sonst würde ich es ja nicht sagen. *(GR Mag Dietbert Kowarik: ... Androsch*

gesagt! - Weitere Zwischenrufe.) Zum Thema Bildung hätten wir massive Differenzierungen, etwa wenn man feststellt, dass die Akademikerquote im OECD-Durchschnitt 30 Prozent beträgt, während wir in Österreich nach wie vor bei nur 19 Prozent herumkriechen.

Herr GR Aigner! Wenn Sie hier davon sprechen, dass es unabhängig ist, wie das Elternhaus bestellt ist, dann weist leider die Statistik etwas ganz anderes aus. Denn wir wissen, dass 87 Prozent jener Kinder, die einen akademischen Hintergrund im Haushalt haben, zumindest AHS oder BHS besuchen, während es nur 16 Prozent derjenigen Kinder sind, die im Haushalt keine akademische Voraussetzung haben. Das heißt, die statistische Wahrscheinlichkeit, eine AHS zu besuchen, ist sechs Mal höher, wenn ich aus einer besser situierten Familie komme, als sie bei einer Familie aus sozial schwächeren Schichten ist. Das ist der Punkt, warum wir nicht aufhören werden, hier für Gerechtigkeit im Bildungssystem zu kämpfen, für Chancengleichheit im Bildungssystem zu kämpfen, egal, wie die soziale Herkunft der Kinder ist.

Zugangsbeschränkungen, Studiengebühren oder eine Diskussionsverweigerung, wie sie von manchen hier betrieben wird, ist keine Lösung und bringt es hier in Wirklichkeit auch nicht. Sie werden die Weiterentwicklung auch im Bildungssystem nicht verhindern können, wie es ja auch die Vergangenheit gezeigt hat. Denn seit Frau Ministerin Schmied am Ruder ist und das Sagen hat: Klassenschülerhöchstzahl 25, Berufsschulen, Lehre mit Matura oder auch der Ausbau der Neuen Mittelschule stehen dafür!

Lassen Sie mich aber nun zur Geschäftsgruppe kommen, zum Thema Kindergärten. Es wurde ja bereits erwähnt, dass hier insgesamt knapp 600 Millionen EUR allein seitens der MA 10 im kommenden Jahr ausgegeben werden. Das ist einer der wenigen Bereichen, wo sehr wohl Geld als auch die Personalressourcen steigen werden. Die Frau Vizebürgermeisterin hat ja heute bereits bei ihrer Einleitung gesagt, dass gerade die Gratis-Kindergärten in Wirklichkeit die größte Mittelstandsförderung der letzten Jahre waren.

Wien hat bereits viel länger als der Bund einen Bildungsplan. Wir haben in Wien zur Stunde - und das ist die aktuelle Zahl - 87 319 Betreuungsplätze, die angeboten werden. Weil hier auch so viel darüber gejammert wurde, wie es mit der Quote aussieht: Wir haben bei den Drei- bis Sechsjährigen in Wirklichkeit eine hundertprozentige Quote erreicht, in manchen Bereichen - weil es hier von den Bezirken her unterschiedlich zu sehen ist - sind wir sogar darüber. Und wenn wir uns die Ein- bis Dreijährigen anschauen, die tatsächlich auch den Kindergarten besuchen, dann erreichen wir dort eine Quote von 42 Prozent. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den finanziellen Mitteln, die hier im Budget sichergestellt werden, wird es auch möglich sein, 1 500 neue Plätze im kommenden Jahr zu schaffen.

Weil hier schon viel vom Personalmangel, von der

Personalsituation und vom Einkommen gesprochen wurde: Wien hat rechtzeitig reagiert! Bereits 2008 hat die BAKIP verschiedene Ausbildungsmodelle hochgefahren. Insgesamt besuchen derzeit 782 Schülerinnen und Schüler die Kindergartenschule der Stadt Wien.

Mit den Modellen „Pick up“ beziehungsweise „Change“ wurden auch Möglichkeiten dafür geschaffen, auf der einen Seite QuereinsteigerInnen die Möglichkeit zu geben, im Beruf umzusteigen. Bereits im Jahr 2010 sind 69 aus dieser Ausbildungsschiene herausgekommen, und wir werden jetzt im Februar die erste Gruppe „Pick up“ haben, wo auch knapp 100 Kolleginnen und Kollegen den Beruf einer Kindergartenpädagogin erlernt haben können. Das ist besonders deswegen so wichtig, weil es eine Möglichkeit ist für Frauen, für Kindergartenassistentinnen, die lange im Beruf sind, die bereits sehr, sehr viel mit Kindern gearbeitet haben, auch einen innerbetrieblichen Aufstieg zu haben. Ich glaube, darauf können wir durchaus sehr stolz sein.

Wenn hier Wien immer wieder kritisiert wird, dann soll man sich auch anschauen, was andere Bundesländer in diesem Fall gemacht haben: Sie haben nämlich gleich null gemacht! Das Land Niederösterreich hat keinen einzigen Ausbildungsplatz im Bereich der Kindergartenpädagogik geschaffen, und viele andere Bundesländer sind leider diesem negativen Beispiel gefolgt.

Wenn es um die Bezahlung geht, dann können wir hier sagen, dass wir bereits vor 2 Jahren auch darauf reagiert und die Bezahlung und Einreihung der Kindergartenpädagoginnen wesentlich verbessert haben, bei EinsteigerInnen um damals knapp 250 EUR. Wir haben auch die Rahmenbedingungen verbessert, indem nämlich die Frage der Vorbereitungsstunden zum Beispiel auch erhöht worden ist. Es wird hier auch so weitergehen. Bereits jetzt ist klar, dass es im Jahr 2012 wieder drei Gruppen im Bereich „Change“ und auch drei Gruppen im Bereich „Pick up“ geben wird, damit hier eben das entsprechende Personal zur Verfügung gestellt werden kann.

Vielfach ist heute auch der Beitrag für kreatives Arbeiten im Kindergarten bereits angesprochen worden. Dass es in einer Abteilung mit dermaßen vielen Dienststellen, mit dermaßen vielen Adressen in der Kommunikation immer wieder zu Problemen kommt und dass man nicht gleichzeitig kommunizieren kann, haben wir wieder gelernt. Das ist sicherlich für alle auch ein Lernprozess, wie man etwas anders machen kann.

Aber jetzt hier herzugehen und zu sagen, es wird Geld weggenommen, jetzt hier herzugehen und zu sagen, es wird den Kindern und den Gruppen das Geld weggenommen, finde ich schon sehr abenteuerlich! Denn in anderen Beispielen, in anderen Gruppen, wie zum Beispiel im Krankenanstaltenverbund, fordern alle Gruppen einen zentralen Einkauf und dass der zentrale Einkauf verbessert wird - und nur, weil es im Kindergartenbereich gemacht wird, ist es plötzlich etwas Böses. Wir stehen dazu, dass hier zentral eingekauft wird, und wir glauben, dass man damit viel günstiger, viel

billiger und auch viel mehr für die Kinder einkaufen kann. Es gibt auch eine entsprechende Arbeitsgruppe, die seitens der Abteilung eingesetzt wurde, wie man eben die Probleme bürokratischer Art lösen kann, aber wie man auch sicherstellen kann, dass den Kindern das bestmögliche Geld zur Verfügung gestellt wird.

Herr GR Aigner, täglich grüßt das Murmeltier! Zum Nikolo sage ich jetzt nichts mehr, Sie werden es ohnehin nicht mehr lernen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass Sie hier nicht die Unwahrheit sagen! Es gibt nach wie vor die Möglichkeit, Nikolo-Feiern im Kindergarten abzuhalten. *(GR Johann Herzog: Möglichkeit!)*

Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich auch noch zu einer anderen Gruppe der Geschäftsgruppe kommen, nämlich zur MA 44 - Bäder, weil das eine Gruppe oder eine Magistratsabteilung ist, die sehr vieles leistet und hervorragende Arbeit erbringt: fünf Hallenbäder, sieben Kombibäder, zehn Sommerbäder, fünf Saunabäder, zehn Familienbäder und ein Volksbad.

Es wird im Bereich der Bäder das erfolgreiche Energie-Contracting weiter fortgesetzt, was einen Wasserverbrauch bedeutet, der gesenkt werden kann, was aber auch eine immense Senkung des CO₂-Ausstoßes bedeutet. Pro Jahr werden dort in etwa 3,2 Millionen EUR an Einsparungen erzielt. Ich denke, dass es gut ist, dass dieses Projekt auch fortgesetzt wird. Wenn man hineinschaut, dann sieht man auch, dass es eine Steigerung zum Thema Sanieren gibt, weil eben auch Bäder wie das Amalienbad, das Schafbergbad oder das Floridsdorfer Bad weiter saniert werden.

Zum Schulsanierungsprogramm: Auch da hat die Frau Vizebürgermeisterin heute in der Früh ja bereits eingeleitet, dass jetzt rund 57 Millionen EUR in der fünften Tranche aktiviert werden. Das ist neben der Einrichtung und Verbesserung der Infrastruktur der Schulen sehr wichtig, weil natürlich auch entsprechend Arbeitsplätze gesichert werden. Es werden diese 57 Millionen EUR an rund 131 Schulstandorten, die hier zur Zeit bewegt werden oder wo sich etwas tut, auch eingesetzt.

Zur Frage der Annoncenschaltungen, des PID und des Budgets des PID: Auch da wurde heute schon klagestellt, dass es zwar ein Plus von 3,1 Millionen EUR im PID selbst gibt, aber diese 3,1 Millionen EUR in Summe an Plus viel weniger ausmachen, als hier insgesamt eingespart wird. Das heißt, die Einsparungen in den Abteilungen sind wesentlich größer, als der PID im Gesamten dazubekommt. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Wie viel? Das interessiert mich!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich hier am Ende auch noch ein paar Dinge zu einigen Redebeiträgen sagen.

Wenn es um die Frage Schule und Ausbildung geht und hier auch die Lehrausbildung angesprochen worden ist, dann möchten wir einmal festhalten oder muss ich einmal festhalten, dass die Stadt Wien von den 4 500 Lehrlingen in den überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen mit Ausbildungsgarantie 1 200 Lehrlinge selbst ausbildet. Wenn man darüber hinaus

noch sieht, dass über 2 000 Krankenpflegeschülerinnen und -schüler der Stadt Wien ausgebildet werden, dann sieht man, dass die Stadt Wien ihren Verpflichtungen und Verantwortungen sehr nachkommt - im Gegensatz zur Wirtschaft, die hier die Jugendlichen in Wirklichkeit im Regen stehen lässt, die keine Ausbildungsplätze anbietet! Waren es vor 20, 25 Jahren noch 31 000 Betriebe, die ausgebildet haben, dann sind es jetzt gerade noch 13 600. Oder in anderen Zahlen ausgesprochen: Nur jeder neunte Betrieb in Wien bildet tatsächlich Lehrlinge aus.

Wie geht es den Jugendlichen dort? Dann darf man sich nicht wundern, dass sich hier viele mit Grausen von der Wirtschaft und von den Betrieben auch abwenden. Wir haben jetzt eine Kammerumfrage: 37 Prozent der Lehrlinge müssen, obwohl es eigentlich nicht zulässig ist, Überstunden machen, und ein Drittel sieht in Wirklichkeit den Ausbilder nie. Daher fordern wir - und da sind wir mit der Kammer sicherlich einer Meinung - eine Qualitätsoffensive in der Lehrausbildung, eine Qualitätsoffensive in den Betrieben. Denn in der Berufsschule oder in der Schule sind die Lehrlinge die wenigste Zeit der Ausbildung, die meiste Zeit sind sie in den Betrieben. Dort haben wir die Probleme, dort gehört entsprechend repariert und nachgebessert.

Wenn Herr GR Nepp sich Sorgen um die Öffnung des Arbeitsmarktes seit 1. Mai macht, dann sei ihm hier auch Folgendes vielleicht nur zum Nachlesen mitgeteilt. Es hat von der Bauarbeiter-Urlaubskasse insgesamt 1 572 Kontrollen auf Baustellen gegeben, 2 310 Firmen wurden überprüft, 8 600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Von der Finanzpolizei hat es rund 13 000 Kontrollen gegeben, 28 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden überprüft. Es wurden insgesamt 2,17 Millionen EUR an Strafen gezahlt.

Wenn Sie jetzt hergehen und sagen, das verdrängt unsere Lehrlinge vom Arbeitsmarkt, das verdrängt die jungen Menschen vom Arbeitsmarkt, dann muss ich Sie noch einmal daran erinnern, wer am Ruder war und mit den Lehrlingen schlecht umgegangen ist: Das waren nämlich Sie von den Freiheitlichen, als Sie die Probezeit in Wirklichkeit verlängert haben, als Sie die Behaltefrist verkürzt haben, als Sie die Arbeitszeiten im Gastgewerbe für die jungen Menschen dramatisch verschlechtert haben. Das waren sehr wohl Sie, als Sie am Ruder waren, und niemand anderer - also kommen Sie jetzt hier nicht mit solchen Scheinheiligkeiten daher! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wie immer in so einer kurzen Zeit nicht möglich, hier alle Abteilungen, alle tollen Abteilungen, die das Ressort umfasst, auch noch zu erwähnen. Wir haben jetzt nicht gesprochen über die Büchereien, wir haben nicht gesprochen über die tollen Jugendzentren und andere Einrichtungen, die es gibt. Aber ich möchte mich hier stellvertretend bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei allen Verantwortlichen für die hervorragende und tolle Arbeit, die dort geleistet wird, recht, recht herzlich bedanken: Danke schön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Werter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Die Zeit ist schon relativ weit fortgeschritten. Erlauben Sie mir trotzdem den einen oder anderen Gedanken zu dieser Geschäftsgruppe und vielleicht auch eine kurze Replik auf den ersten Debattenbeitrag der GRÜNEN am heutigen Tag.

Ich hätte mir eigentlich erwartet - wie es in einer Budgetsitzung üblich ist -, dass man von Regierungsseite her Argumente bringt, warum man glaubt, dass diesem Budget zuzustimmen ist, und dass man zumindest versucht - man braucht ja nicht Überzeugungsversuche zu machen, da wird man wohl nicht weit kommen -, dass man aber trotzdem zumindest darlegt: was ist klug, und warum sind wir dafür. Das habe ich ein bisschen vermisst.

Herr Kollege Ellensohn! Ihre Rede war teilweise schon skurril. Wenn Sie dann als Begründung fürs Budget „Standard“-Umfragen zitieren, warum die GRÜNEN so gut sind, ist das kurios - um es vorsichtig auszudrücken. Ich glaube, Sie sollten sich mehr messen an dem, was der Wähler sagt. Da darf ich Sie erinnern, Herr Kollege: Es war noch vor der Wahl, da haben Sie öfters in Wohnbaudebatten gesprochen und haben in Ihren Reden auch sehr viel Energie in die Gemeindebauten hineingelegt. Sie haben gesagt, das ist ein spezielles Thema für die GRÜNEN, das ist ganz wichtig und Sie werden sich besonders dafür verwenden, dass die GRÜNEN dort gut abschneiden.

Jetzt einmal den „Standard“-Vergleich von Ihnen, ich darf Ihnen nur zwei Sprengelergebnisse der letzten Wahl in unserem Bezirk vorlesen. Sie kennen die Mareschsiedlung: riesengroßer Gemeindebau; noch immer SPÖ-Bastion, muss man dazusagen. Sprengel 1: die GRÜNEN 14 Stimmen, 3,78 Prozent. Sprengel 2: GRÜNE 20 Stimmen, heiße 4,63 Prozent. Vielleicht sollten Sie sich eher an diesen Zahlen orientieren als an irgendwelchen „Standard“-Umfragen! - Aber das nur nebenbei. (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Vielleicht noch eines, Herr Kollege: Sie haben gesagt, na ja, wir warten noch immer auf Projekte von der ÖVP, und von der FPÖ eigentlich nicht wirklich, Sie erwarten sich nichts. Ich darf Sie erinnern, Herr Kollege: Es hat sehr wohl auch ÖVP-, FPÖ- und grüne Projekte vor der Wahl gegeben. Ich erinnere mich da dunkel an Wahlrechts- und auch Kontrollamtsreform.

Ich darf Sie erinnern, Herr Kollege: Es liegt seit Beginn dieser Legislaturperiode ein Initiativantrag vor, der bis jetzt noch nicht im zuständigen Ausschuss behandelt wurde. Ich weiß das zufällig, weil ich der Antragsteller bin. Da geht es nämlich um die Reform des Kontrollamtes. Sie wissen es - ich habe es ja schon einmal erzählt -, da sind genau die Punkte drin, die wir alle gemeinsam schon einmal beantragt haben. Bis jetzt haben sich die GRÜNEN da tot gestellt! - Aber soll so

sein.

Meine Damen und Herren! Zum Budget: Wir leben in spannenden Zeiten - um es einmal so auszudrücken -, wir leben auch in Zeiten, in denen man sich Sorgen machen muss und Sorgen macht, wenn man sich den europäischen Bereich anschaut. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass es nicht wirklich erfreulich ist, was da passiert.

Es ist aber auch auf nationaler Ebene durchaus bedenklich, und auch auf Landesebene sind die Budgetpolitik und die Finanzpolitik sicherlich nicht erfreulich, um es einmal so auszudrücken. Das haben Sie gesagt, Herr Kollege Ellensohn, und da muss ich Ihnen recht geben. Das mit der Schuldenbremse ist eine Scheindiskussion, da haben Sie recht. Denn wer hindert die Regierung daran, schon jetzt das umzusetzen, was sie sich vom Parlament absegnen lassen will? Das ist also geradezu lächerlich. Trotzdem spricht grundsätzlich nichts dagegen, wenn man das in die Verfassung reinschreibt, soll so sein.

Natürlich müssen auch - und das anzumerken, hat der Präsident des Verfassungsgerichtshofs sich erlaubt - Konsequenzen dabei sein. Man kann nicht irgendetwas reinschreiben, und dann sagt man, na gut, Verfassung, soll so sein, und das war's. Es müssen natürlich auch Konsequenzen dahinter sein.

Es ist also kurios, auf der Bundesebene, aber auch im Land, meine Damen und Herren, ist die Budgetsituation bedenklich. Ich brauche jetzt nicht mehr die Zahlen vorzulesen, nur ganz kurz vielleicht: Wenn von 2007 bis 2012 die Verschuldungszunahme 215 Prozent beträgt, ist das meiner Meinung nach zumindest bedenklich oder sehr, sehr diskutierenswert.

Man darf ja auch eines nicht vergessen. Es wird immer gesagt, na ja, Schulden machen ist gut, und wenn man das Geld richtig einsetzt, macht das Sinn. Man darf nur eines nicht vergessen bei der ganzen Diskussion - und da sind wir jetzt in unserem Geschäftsbereich angelangt -: Die Schulden müssen wir auch tilgen! Und die Zinsen, die wir zahlen müssen, belasten ein Budget und engen den Spielraum der jeweils politisch Verantwortlichen immer mehr und mehr und mehr ein. Gerade in Bereichen wie Bildung, Jugend, natürlich auch Sport ist das doppelt dramatisch, weil uns hier irgendwann einmal die Mittel fehlen werden, mit denen wir gestalten können, mit denen wir Sachen, die uns wichtig sind, umsetzen können.

Meine Damen und Herren! Zwei, drei Sachen in unserem Geschäftsbereich, die ich nur ganz kurz ansprechen möchte; vielleicht zunächst zum Kinderheim Wilhelminenberg. Wir waren alle erschüttert! Es ist in Wirklichkeit unglaublich und skandalös, was dort vorgefallen ist. Es sollte eigentlich unser aller Aufgabe und unser aller Ansinnen sein, diese schon zurückliegenden Fälle aufzuklären.

Ich habe es schon im Sonderausschuss gesagt: Es gibt hier mehrere Verantwortungsbereiche, nennen wir es einmal so. Da gibt es zunächst den strafrechtlichen Verantwortungsbereich. Es wird schwierig sein, hier tatsächlich zu Ergebnissen zu kommen. Das meiste ist

wahrscheinlich schon verjährt, viele der Täter sind auch schon verstorben. Das haben die entsprechenden Behörden amtswegig durchzuführen. Hier ist es natürlich die Aufgabe der Stadt Wien, unterstützend zu wirken, alles dazu beizutragen, um die Strafbehörden tatsächlich in ihrer Arbeit zu unterstützen. Das ist der eine Bereich, der strafrechtliche Bereich.

Dann haben wir noch einen anderen Bereich, und da sind wir jetzt hier in diesem Haus angelangt. Das sind nämlich die politische Dimension, die politische Verantwortlichkeit und die politischen Konsequenzen aus diesen Ereignissen, die vorgefallen sind. Meine Damen und Herren, hier müssen wir schon feststellen: Es ist Aufgabe dieses Hauses, des Gemeinderates und seiner Gremien, diese politischen Verantwortungsbereiche aufzuarbeiten und die politischen Konsequenzen daraus zu ziehen!

Was haben wir gemacht? Wir haben, oder besser gesagt, die Stadtregierung, der Stadtsenat, die Landesregierung hat jetzt beschlossen, dass man eine externe Kommission beauftragt. Grundsätzlich: warum nicht, ja! Zur Unterstützung dieser Aufarbeitung macht eine externe Kommission wahrscheinlich auch Sinn. Nur sollte man als Gemeinderat oder als Kommune, sage ich jetzt, schon auch so weit sein, dieser externen Untersuchungsgruppe entsprechende Vorgaben zu bieten und zu sagen, bitte schön, das und das und das ist uns besonders wichtig! Das ist ja selbstverständlich, weil wir dann auch die politischen Konsequenzen und Verantwortungsbereiche herausarbeiten müssen.

Der Antrag, der da bezüglich der Einsetzung dieser Helige-Kommission abgestimmt wurde, ist ausgesprochen dünn, hier wird in Wirklichkeit keine einzige Vorgabe gegeben: Zur Klärung und Aufarbeitung der Vorwürfe soll eine externe Kommission eingerichtet werden, und es soll beschlossen werden, der MA 11 eben die entsprechenden Mittel zum Abschluss der Verträge und der entsprechenden Vorkehrungen zur Verfügung zu stellen. Das ist alles, was wir hier, was der Gemeinderat, was die Kommune, was der Stadtrat oder was dieses Haus dazu Interesse hat, aufzuklären?

Noch einmal: Es kann schon Sinn machen, dass man eine externe Kommission zur Unterstützung hinzunimmt. Aber die Verantwortungsbereiche sind hier, in diesem Haus, aufzuarbeiten! (*Beifall bei der FPÖ.*) Da ist es nicht nur wichtig, klare Vorgaben und Arbeitsaufträge für Externe zu geben, sondern, meine Damen und Herren, man sollte gerade in solchen ungeheuerlichen Vorgängen das schärfste und weitgehendste, am stärksten mit Kompetenzen ausgestattete Gremium für sich in Anspruch nehmen: Das ist eine Untersuchungskommission! Und das wissen Sie.

Wenn immer gesagt wird, das geht gar nicht, weil das alles ja schon länger als acht Jahre her ist, darf ich auf § 59a unserer Wiener Stadtverfassung kurz hinweisen; so viel Zeit, alles zu zitieren, habe ich nicht. Hier wird für eine UK Folgendes verlangt: Ein Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission muss von mindestens 30 Mitgliedern des Gemeinderates eingebracht werden - wir laden alle ein, das zu unterschreiben - und hat eine

genau Darlegung des behaupteten aktuellen Missstandes zu enthalten. Das werden wir auch zusammenbringen. Aktualität - jetzt kommt es - ist gegeben, wenn ein Bezug - ich unterstreiche: wenn ein Bezug! - zur laufenden oder zur unmittelbar vorangegangenen Wahlperiode oder aber zumindest zu dem acht Jahre ab Einbringung des Antrages zurückliegenden Zeitraum vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, dieser Bezug liegt natürlich vor! Ich darf wieder auf den Antrag im Stadtsenat verweisen, darin wird ausgeführt: Mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 15.12.2010 - die Zahl erspare ich Ihnen - und vom 29.9.2011 hat die Stadt Wien bereits das Projekt zur Hilfe für Opfer von Gewalt in Einrichtungen der Wiener Jugendwohlfahrt beschlossen. Das heißt, die budgetären Mittel zur Abfederung beziehungsweise zur Opferunterstützung treffen uns jetzt, in dieser Legislaturperiode! Das heißt, jetzt ist natürlich ein Bezug hergestellt, und natürlich können wir eine Untersuchungskommission einsetzen, so wir nur wollen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Das ist, glaube ich, ganz klar festzuhalten, und das sei auch der ÖVP ins Stammbuch geschrieben. Das ist also keine Ausrede, meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn Sie noch unterschreiben. Frau Kollegin Leeb, wir haben 29, jetzt brauchen wir nur noch einen 30! - Das zum Wilhelminenberg, meine Zeit ist kurz.

Vielleicht nur ganz kurz noch: Wir sind beim Budget; ein Budget, sollte man meinen, soll in einer Demokratie auch mit Transparenz verbunden sein. Wir haben jetzt schon öfters den Bereich Werbungen besprochen. Sie wissen auch, dass es in der Stadt Wien und ihrem ganzen Bereich, der dazugehört, nicht so hoch her ist mit der Transparenz in diesem Bereich. Wir wissen, der PID hat jetzt 51 Millionen EUR im Budget, und da ist ein bisschen etwas eingerechnet, darum ist es ein bisschen weniger geworden. Keiner hat mir noch gesagt, wie viel weniger, vielleicht sagt es mir dann der Herr Stadtrat.

Aber das wahre Riesenvolumen ist ja nicht nur direkt in der Stadt Wien, sondern wir wissen, wo es ist: Das ist in den ausgelagerten Betrieben, dort, wo der Gemeinderat nicht wirklich mehr eine klare Kontrolle hat. Ich habe es anders probiert: Ich habe alle Stadträte angefragt, wie viele Ausgaben in ihren Bereich nicht nur als Stadträte, sondern eben auch in ausgelagerte, in ihre Verantwortung fallende Bereiche fallen. Ich habe keine einzige Zahl als Antwort bekommen! Keine einzige Zahl, das muss man sich vorstellen.

Ich habe mir erlaubt, das Kontrollamt damit zu beauftragen, und wir werden schauen, was dort herauskommt. Die Antwort vom Herrn Stadtrat - und die möchte ich Ihnen nicht vorenthalten - war dann auf die entsprechende Presse und die Vorgaben: Die Freiheitlichen hätten sich noch ein paar Monate Zeit lassen können, denn dann werde es die verlangten Zahlen auf Grund des geplanten Gesetzes zur Offenlegung von Inseraten ohnehin geben.

Warum eigentlich nicht gleich? Das verstehe ich nicht. Da wartet man auf irgendein Gesetz, das schon

präsentiert wurde; das hat es ja schon gegeben, das ist schon vorgelegen. Ich habe in einer Gemeinderatssitzung - oder ich glaube, eine Landtagssitzung war es - schon erzählt, was die Stellungnahme der Stadt Wien oder des Landes Wien war: Bitte nicht, das geht nicht und das dürfen wir nicht! - Also eine Ausrede, und mit Transparenz hat das Ganze nichts zu tun.

Meinen Damen und Herren! Noch einen letzten Bereich vielleicht, wir haben auch schon viel gehört von Subventionen für Vereine. Ich habe ein bisschen ein anderes Verständnis als die Vereine, mit denen ich es in den Kontrollamtsberichten und auch in unserer Geschäftsgruppe immer zu tun habe. Es gibt solche und solche, das muss man auch sagen, im Sportbereich gibt es sehr viele Vereine, die hervorragende Arbeit leisten.

Aber ich als Vereinsmeier, wenn Sie so wollen, oder als Vereinsfunktionär sage mir: Ich bin Idealist, darum engagiere ich mich in einem Verein. Das geschieht ehrenamtlich, und ich möchte selber bestimmen, wofür wir uns einsetzen. Ich glaube, es ist der falsche Ansatz, wenn ein Verein sich nur aus öffentlichen Mitteln finanziert und nur auf Grund dessen seine Arbeit machen kann.

So ist es aber in unserem Bereich, und nicht nur in unserem Geschäftsbereich, sondern in sehr vielen Bereichen. Wir haben da eine ganze Legion an Vereinen; zufälligerweise ist dann sehr oft ein Parteigänger der SPÖ im Verein Vorstandsmitglied oder Obmann oder sonst irgendetwas. Und wie es eben so ist: Das Kontrollamt prüft dann diesen Verein, und da kommen teilweise unglaubliche Zustände zutage.

Ich darf nur an den Verein Zeit!Raum erinnern, das war eine der letzten Prüfungen: Verein für soziokulturelle Arbeit, wird mit wesentlichen Budgetmitteln der Stadt Wien gefüttert, und der Kontrollamtsbericht war unglaublich. Ich empfehle jedem, sich das durchzulesen. Da wurde hin und her geschoben mit Geldern. Der zuständige Geschäftsführer dieses Vereins, ein gewisser Herr Reinhold Eckhardt, vielleicht dem einen oder anderen noch vom „Euroteam“-Untersuchungsausschuss her bekannt, hat da überall mitgemischt. Zufälligerweise - reine Zufall! - leitender Sekretär der SPÖ, gewesen oder auch jetzt noch, das weiß ich nicht, Vorstandsmitglied des ASKÖ, Funktionär der Kinderfreunde. Wir wissen also, wo er herkommt, der Herr Eckhardt. So haarsträubend, dass sogar das Kontrollamt ziemlich deftige Anmerkungen dazu gemacht hat.

Noch ein Verein, der heute schon angeführt wurde - und jetzt muss ich mich sputen -: Der Verein Amerlinghaus beziehungsweise Verein Kulturzentrum Spittelberg erhält auch eine nicht gerade unwesentliche Förderung, 250 000 EUR im Jahr - wir kennen das, es ist ihnen zu wenig, sie fordern immer mehr -, eher im links-bis linksextremen Bereich. Nur als Anmerkung dazu, Kontrollamtsberichtsleser wissen mehr - es wäre fast schon lustig, wenn es nicht um unser Steuergeld ginge -: Sie haben sich verspekuliert bei Finanzspekulationen mit strafrechtlich nicht ganz uninteressanten

Angelegenheiten. *(Ruf bei den GRÜNEN: Alles zurückgezahlt! - Weitere Zwischenrufe.)*

Trotzdem: Allein die Tatsache, dass man Geld aus öffentlichen Mitteln verspekuliert, ist ja unglaublich, Frau Kollegin! Und das von einem linksextremistischen Verein. Wo sind wir denn?! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt haben Sie mich um meinen Schlusssatz gebracht, weil es sich jetzt fast nicht mehr ausgeht. Ich empfehle Ihnen, es auf der Homepage „at.indymedia.org“ nachzulesen: „Kurzbericht_FrauenLesben-Solikundgebung gegen Zerschlagung des Amerlinghauses.“ Davon haben wir heute auch schon gehört. Ich bin gleich fertig, Herr Vorsitzender - nur, was die da skandiert haben: Die schreiben dann, Bullereiwannen waren da, und sie haben skandiert: „Ox- Ox- Oxonitsch, kumm ause - wir wollen mit dir reden.“

So muss man es machen, dann bekommt man einen Termin mit dem Herrn Stadtrat! - Ich danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Guggenbichler. Ich erteile es ihm.

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Besonders beeindruckend war heute die Rednerstrategie der GRÜNEN und teilweise auch der SPÖ. Denn wenn ich Regierungspartei bin, würde ich mir wünschen, Themen vorzugeben und als Erster zu reden. Diese Regierung redet nicht mehr als Erster, sondern wartet, bis die ganze Opposition gesprochen hat, so wie Herr Margulies heute als erster grüner Redner nach allen freiheitlichen Rednern gesprochen hat. Sie reagieren nur mehr in dieser Regierung, Sie gestalten nichts mehr! Heute haben Sie es plakativ gezeigt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben von unseren Vorrednern auch erfahren, dass in diesem Ressort Oxonitsch gepasst und Geld beim Fenster hinausgeworfen wird, aber nicht Geld verwendet wird für jene Sachen, die unsere Jugend brauchen würde. Nein, hier werden rote Vereine gefördert und Geld für die Eigenwerbung verwendet! Sie betreiben hier beinharte Klientelpolitik, und das Geld ist am Ende nur dafür da, dass man ein wunderschönes Hochglanzfoto von unseren Stadträten in allen möglichen Medien sehen kann.

Sie haben keine Visionen, sie haben keine Konzepte. Denn sonst müssten Sie ja nicht warten, bis die Opposition Ihnen mit vier oder fünf Rednern vorher sagt, auf was Sie reagieren können. Sie greifen tagtäglich hemmungslos in die Taschen der Bürger, und das Motto dieser Regierung dürfte sein: Aussackeln und zudecken! Das ist Ihr Motto, das ist das, was wir in den letzten Monaten von Ihnen erlebt haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann sparen Sie auch noch bei denen, die sich nicht wehren können. Ich darf Ihnen diesbezüglich ein demonstratives Beispiel bringen, ein Beispiel dafür, dass Sie ohne schlechtes Gewissen bereit sind, bei denen zu sparen, denen es von vornherein nicht gut geht.

Ich habe an dieser Stelle schon vor dem Sommer einmal darüber gesprochen, in der Hoffnung, dass dieser Akt der sozialen Kälte von dieser Stadtregierung, im Speziellen von unserem StR Oxonitsch, abgewendet werden kann, in der Hoffnung, dass die geplante Einstellung eines Busses für Ausflugs- und Schulfahrten für die Kinder des sozialpädagogischen Zentrums der Hans-Radl-Schule noch abwendet werden kann. SPÖ-Klubobmann Schicker hat heute erwähnt, nicht auf dem Rücken jener sparen zu wollen, die sich nicht wehren können. Das ist reine Schönrederei der SPÖ, nachdem Sie mit rot-grüner Mehrheit einen freiheitlichen Antrag zur Aufrechterhaltung dieses Busses abgelehnt haben.

Herr StR Oxonitsch! Jetzt haben Sie auch noch bewiesen, wie Sie in Ihrer vollkommenen Abgehobenheit und Ignoranz den Bürgerwillen der Bezirksvertretung in Währing ignoriert haben. Einem einstimmig beschlossenen Antrag der FPÖ-Währing, diesen Bus weiterhin aufrechtzuerhalten, haben Sie eine beinharte Abfuhr erteilt. Aber anscheinend weiß der Herr Stadtrat, der sicherlich als der Stadtrat mit dem kalten Herzen in die Geschichte eingehen wird, besser als seine Genossen in Währing, was die Schüler dort notwendig haben und was nicht.

Herr Stadtrat, ich empfehle Ihnen: Kommen Sie heraus aus Ihrem Elfenbeinturm der Abgehobenheit! Schauen Sie auf die Bürger, schauen Sie auf die Bürgerinteressen, damit Sie sehen, wo die Anliegen der Bürger liegen, damit Sie erkennen, wie Sie die Ihnen zur Verfügung gestellten Mittel vernünftig für die Bürger einsetzen können.

Eines sollten Sie jedoch wissen: Sie helfen den Bürgern nicht mit der Förderung - so wie es Herr Kollege Kowarik angesprochen hat - des Amerlinghauses, mit all den ungestümen Aktivitäten, die dort vorfallen, die übrigens mehr als das Doppelte der Kosten des Busses für behinderte Kinder darstellen und mittlerweile, nach der Reduktion, das Zehnfache der Investitionen, die Sie der Hans-Radl-Schule zur Verfügung stellen, darstellen. 250 000 EUR sind veranschlagt, 25 000 EUR sind für die Hans-Radl-Schule nach Ihren Reduktionen heuer vorgesehen. Das Zehnfache - ist das Ihr Verständnis von Sozialpolitik in Wien?

Ich bin überrascht, dass Ihnen diese soziale Schiefelage nicht selbst auffällt, dass Sie nicht bereit sind, hier Korrekturen Ihrer fehlgeleiteten Politik einzuleiten. Hier wird nach dem Motto gelebt: Egal, was es kostet und wer darunter leidet - Hauptsache, wir haben das Geld für Hochglanzfotos der Stadträte und für jene, von denen wir uns die Stimmen erhoffen.

Dieses Budget ist ein unsoziales Budget und kann von uns niemals unterstützt werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf auch noch einen Beschlussantrag einbringen. Wir durften im Sonderjugendausschuss erfahren, dass die Personalakten der Beschäftigten vernichtet beziehungsweise skartiert werden, und dies auf Grund eines Erlasses. Gerade im Zusammenhang mit den unglaublichen Vorfällen und Missbrauchsfällen, von denen wir erfahren durften, ist lückenlose

Transparenz und Aufklärung extrem wichtig. Wenn hier Akten vernichtet werden, trägt dies nicht zur Transparenz bei. Interessanterweise gibt es ja die Akten von den Heiminsassen, aber von den potenziellen Tätern werden sie vernichtet.

„Der Bürgermeister der Stadt Wien möge veranlassen, die Skartierung aller Personalakten von Mitarbeitern, die bei Einrichtungen der Gemeinde Wien, die die Betreuung, Unterbringung und Obsorge Minderjähriger zur Aufgabe haben, sowie bei Vertragseinrichtungen beziehungsweise Einrichtungen bei Einzeleinweisungen in einem Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien gestanden sind, umgehend zu unterbinden.“

Ich darf diesen Antrag einbringen, und ich erwarte Ihre Zustimmung im Sinne der Opfer und im Sinne der Transparenz. - Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich Herrn StR Oxonitsch das Wort erteile, möchte ich zumindest jene Hinweise aufarbeiten, die im Laufe dieses Tages an uns gerichtet wurden.

Bei der Diskussion zu dieser Geschäftsgruppe hat Mag Reindl darauf hingewiesen, dass GR Nepp eine Aussage gemacht hat, in der er die Stadtregierung in der Nachkriegszeit als „Terrorregime des damaligen Roten Wiens“ bezeichnet hat. Wir haben das im Protokoll nachgelesen, Sie haben das tatsächlich gesagt.

Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

In der Generaldebatte hat Dipl.-Ing Schicker darauf hingewiesen, dass Klubobmann Gudenus in seinem Redebeitrag gemeint hätte - er hat es auch tatsächlich gesagt, ich zitiere jetzt: „Und der neueste Streich dieser rot-grünen politischen Wegelagerer“, und so weiter und so fort. Auch für diese Bezeichnung erteile ich Ihnen den Ordnungsruf.

Zu Wort gelangt nun Herr Amtsf StR Oxonitsch.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich werde mich in meiner Antwort vor allem den Themen widmen, die in der Debatte vielleicht nicht die entsprechende Aufmerksamkeit bekommen haben, natürlich durchaus auch dem Bereich der Kindergärten, auch dem Bereich der Jugendwohlfahrt, aber etwas weniger der Bildung, da wir ja am Mittwoch in der Gemeinderatsdebatte gerade diesem Thema auch einen entsprechenden Schwerpunkt eingeräumt haben.

Aber vorweg vielleicht vor allem Detailinformationen, die vielleicht nachzuholen sind, und dazu einmal fünf ganz kurze Feststellungen:

Erstens: Es gibt den Nikolo in den Wiener Kindergärten. Zweitens: Es gibt Schweinefleisch in den Wiener Kindergärten. Es gibt Basteln und kreatives Werken in den Wiener Kindergärten; Sie können mich gerne besuchen. Man muss nicht Nägel lackieren in den Wiener Kindergärten. Und es gibt auch genügend Butter.

Vielleicht können wir das einmal eingangs festhalten, und vielleicht kann das letztendlich auch irgendwann einmal zu einem Ende kommen, damit nicht ständig etwas tradiert wird, das eindeutig und nachweisbar falsch ist. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sollte trotz alledem – ich glaube, es war damals auch schon der Kollege Nepp, der mit einem Vorwurf gekommen ist – in einem Kindergarten ein Problem bestehen, treffen wir einander morgen um 7 Uhr in der Früh bei dem Kindergarten, sagen Sie mir, wo er ist. Das letzte Mal waren Sie nicht dort, als wir uns bei einer Schule getroffen haben. Ich glaube, das war, nachdem Sie erzählt haben, dort sitzen die Kinder mit den Jacken und den Hauben. Ich war um 8 Uhr Früh dort, Sie waren nicht dort, wenn ich mich richtig erinnere. *(Zwischenruf von GR Ing Udo Guggenbichler.)* Entschuldigung! Geschaut habe ich ohnedies in die richtige Richtung. Der Name war der falsche, der Blick war schon der richtige. Sie waren damals nicht bei der Schule. Vielleicht treffen wir uns morgen in der Früh beim Kindergarten, dann können wir uns wahrscheinlich gemeinsam davon überzeugen, dass es auch genügend Butter in dem Kindergarten geben wird. Fahren wir hin, schauen wir uns das an! Sollte dem nicht so sein, ist die Sache rasch aufgeklärt, erledigt und sicherlich auch behoben.

Vielleicht ein paar Dinge, die in der Debatte gefallen sind und wo es mir schon wichtig ist, etwas dazu anzumerken.

Es ist ja gesagt worden, es ist durchaus ein vielfältiges und umfangreiches Ressort und daher widmet man sich natürlich – das ist ja durchaus erfreulich – dem Thema Bildung, dem Thema der Kindergärten, dem Thema der Jugendwohlfahrt immer besonders, aber es gibt, wie ich denke, durchaus andere Bereiche, die auch noch wichtig sind, wo wir uns wahrscheinlich auch alle einig sind, dass sie wesentlich und wichtig sind, aber wo es doch zu den Diskussionsbeiträgen einiges für mich gibt, das richtigzustellen ist.

Zunächst einmal die Frage der Sportförderung. Ich glaube, dass Sport in einer Stadt ein wichtiges Element ist und dass Sport natürlich in einer Stadt vor allem auch eine besondere Herausforderung ist im Gegensatz zu ländlichen Regionen, wo viele entsprechende Freiflächen sind. Das ist ganz klar, aber ich glaube, zu Recht sind wir gemeinsam auf diese Infrastruktur, die wir in dieser Stadt mit den entsprechenden Sportflächen, mit den entsprechenden Hallen, aber auch den vielen anderen Möglichkeiten haben, einer sportlichen Betätigung nachzugehen, sehr stolz, ob das die Donauinsel ist, ob das die Prater Hauptallee ist.

Aber dahinter steht natürlich auch ein entsprechendes sportpolitisches Konzept. Und das ist zunächst einmal, gerade deshalb, weil eben Raum in der Stadt ein besonderes Gut für uns ist, die Tatsache, dass wir uns zur klaren Infrastrukturförderung bekennen. Wir stellen unsere Sportflächen den Vereinen und den Sportbegeisterten zu sehr günstigen Tarifen zur Verfügung. 2 Cent pro Quadratmeter, das ist, glaube ich, wirklich kein Betrag, der den Vergleich zu scheuen braucht, weil wir wissen, dass gerade diese Infrastrukturförderung tatsächlich beim Sport ankommt, durchaus im Gegensatz von der einen oder anderen Sportförderung, die in den monetären Sektor läuft, wo es dann auch schwierig ist, eine Abgrenzung zu finden, ob damit ein Spieler gekauft oder das eine oder andere

gemacht wird. Wir wollen, dass Sportförderung bei den Sportbegeisterten ankommt, und daher ist für uns die Infrastrukturförderung von besonderer Bedeutung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ja, das betrifft Große genauso wie Kleine. Ja, wir haben natürlich auch große Vorhaben in dieser Stadt, sei es, dass es zur Abhaltung der EURO notwendig war, unser eigenes großes Stadion entsprechend herzurichten, sei es, dass wir moderne Sportstätten brauchen, wofür es die entsprechende Subvention an die Capitals gab, oder auch entsprechende Infrastrukturförderung an die großen Fußballvereine.

Wir haben aber auch die entsprechende Förderung an die kleinen Vereine. In erster Linie geschieht dies, wie gesagt, durchaus durch unsere Infrastrukturförderung, aber selbst wenn ich mir jetzt nur die Projekte ansehe, die wir abseits der Sanierung des Stadthallenbades, abseits der Sanierung der Albert-Schultz-Halle und des Ausbaus und damit aber auch der Errichtung zum Beispiel einer dritten Eislauhalle gemacht haben, haben wir seit 2005 Förderungen von rund 70 Millionen EUR an die Vereine zur Sanierung ihrer Anlagen ausgeschüttet.

Da ist zum Beispiel gerade – das ist ja heute auch schon erwähnt worden – das Sportcontracting ein ganz besonderer Bereich, weil es einen doppelten Nutzen hat. Einerseits entlastet es Vereine durch Einsparung bei Energiekosten und schafft letztendlich Infrastruktur modernen Standards in den entsprechenden Sportanlagen. Das reicht vom Hockey-Waldstadion bei einer kleineren Sportart über unsere entsprechende Kletterhalle, die Sommerrodelbahn, die Wintersportanlage, die wir letztendlich haben, aber auch die schon angesprochene Eislauffläche, Sanierung des Stadions Hohe Warte und viele, viele andere Projekte, die immer wieder auch hier vom Gemeinderat Gott sei Dank mit großer Mehrheit beschlossen werden.

Also es ist schlicht und ergreifend nicht richtig. Wir fördern beides, weil wir auf der einen Seite, also durchaus auch im Bereich der großen Strukturprojekte, wissen, wie wesentlich der Sport auch für die Wertschöpfung in einer Stadt ist, das heißt, dass er nicht nur für die sportlich Tätigen von einer besonderen Bedeutung ist, sondern dass Sport gerade auch von einer wirtschaftlichen Bedeutung in einer Stadt ist. Daher ein klares Bekenntnis zu einem Sowohl-als-auch und nicht zu einem Entweder-oder und schon gar nicht zu einem gegeneinander Ausspielen. Das tut dem Sport nicht gut, das tut den Sportbegeisterten nicht gut. Ich glaube daher, dass wir auf einem guten und richtigen Weg in der Stadt sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Kollege Meidlinger hat ja zu den Bädern bereits einiges angemerkt, ich will nur eines ganz klar sagen zur Anmerkung des Kollegen Aigner: Wie schaut es aus, ist das Defizit dort unvermeidbar? – Nein, es ist natürlich nicht unvermeidbar. Die Antwort ist: höhere Eintrittspreise. So einfach ist es schlicht und ergreifend. Aber wir bekennen uns dazu, dass die Bäder in Wien auch ein soziales Angebot darstellen, gerade für Kinder und Jugendliche durch unsere extrem günstigen Tarife,

aber auch durch die günstigen Tarife für die Familien, für die Seniorinnen und Senioren. Gerade für eine Altersgruppe, wo sportliche Betätigung nachlässt, schaffen wir durch unsere Seniorenermäßigung besondere Anreize. Wir verstehen die Wiener Bäder nicht nur als Freizeitangebot in Konkurrenz mit einer Therme, sondern wirklich auch als ein entsprechendes sozial gestaltetes Freizeitangebot, das allen Wienerinnen und Wienern zur Verfügung stehen soll. Und das stellen wir mit unseren Tarifen sicher.

Die haben einen Nachteil. Ja, es kostet auch die Stadt etwas. Aber ich glaube, das ist gut und richtig investiertes Geld für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt und für all jene, die sich letztendlich auch in diesem Bereich sportlich betätigen wollen, meine Damen und Herren.

Ein Bereich, den ich noch ansprechen möchte, der nicht zur Sprache kam, der aber deshalb nichtsdestoweniger wichtig ist und auch, wie ich immer sage, so etwas wie eine Visitenkarte der Stadt darstellt, ist natürlich unser Bürgerdienst, der in diese Geschäftsgruppe ressortiert. Er ist für uns wirklich so etwas wie eine Visitenkarte, weil es natürlich auch ein besonderes Merkmal einer Stadt ist, wie sie mit Beschwerden und Anregungen umgeht. Und da wir ja aus allen entsprechenden Untersuchungen, aber auch den entsprechenden Feedbacks wissen, dass gerade der Bürgerdienst eine wirkliche Serviceeinrichtung für die Wienerinnen und Wiener darstellt, wollte ich es nicht unerwähnt lassen. Neben den über 2 Millionen Telefonaten, die über den Bürgerdienst vermittelt werden, werden auch viele Anregungen an die Stadt herangetragen. Das ist nicht immer nur Kritik, sondern das sind auch verschiedenste Informationsbedürfnisse, die es bei den Wienerinnen und Wienern gibt. Hier steht der Bürgerdienst den Wienerinnen und Wienern zur Verfügung. Deshalb an dieser Stelle, weil es in der Debatte nie gekommen ist, an euch schon jetzt ein herzliches Dankeschön für all die Arbeit, die der Bürgerdienst in dieser Stadt leistet. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Bevor ich noch kurz zu den Kindergärten und natürlich auch zur Jugendwohlfahrt und zum gesamten bildungspolitischen Bereich etwas sagen möchte, schon auch noch etwas zum PID.

Dass über Inserate immer diskutiert wird, das kennen wir in diesem Haus und das kennen wir natürlich auch öffentlich, doch ich sage trotz alledem: Ich bekenne mich dazu, dass die Stadt Inserate schaltet. Ja, wir suchen Pflegeeltern, und wir machen das auch über Inserate. Ja, wir suchen zusätzliches Personal im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung, weil die Inseratenkampagne des Vereins Kinder- und Jugendbetreuung angesprochen wurde. Anscheinend haben Sie es nicht gelesen, denn dort ist ein ganz wesentlicher Punkt die Personalsuche gewesen wie auch im vergangenen Jahr im Bereich der MA 10. Gerade durch diese Inseratenkampagnen ist es uns ja auch gelungen, zusätzliche Pflegeeltern zu gewinnen, die ganz wichtig sind für den immer wieder, wenn es um die allgemeine

Rhetorik geht, als wichtig bezeichneten Bereich der Jugendwohlfahrt, und die dort eine wichtige Funktion erfüllen, genauso wie wir – und das ist auch kein Geheimnis – Personal suchen für viele pädagogische Bereiche der Kinder- und Jugendwohlfahrt, aber natürlich auch jetzt aktuell im Bereich der KindergartenpädagogInnen.

Und diese Inseratenkampagnen haben auch Wirkung gezeigt. Wir haben zum Glück mehr Pflegeeltern gewonnen. Wir haben zusätzliches Personal für die entsprechenden Ausbildungslehrgänge im Bereich der Kindergartenpädagogik gewonnen, was es eben möglich machen wird, dass im kommenden Februar zusätzlich 110 ausgebildete PädagogInnen in den Beruf hineingehen.

Und noch einmal: Es ist überhaupt kein Geheimnis, dass KindergartenpädagogInnen gesucht werden. Schauen Sie auf die entsprechenden Stellenangebote, geben Sie es im Google ein, eine berühmte und gerne benutzte Suchmaschine, und Sie werden feststellen, nicht nur in Wien werden offene Stellen angeboten, sondern durchaus in allen Bundesländern.

Die Ursachen haben wir schon 100 Mal hier erwähnt, sie werden trotzdem immer wieder ein bisschen auf die Seite gespielt. Ja, durch einen Ausbaustopp, den es gerade von Bundesseite gegeben hat, ist es dazu gekommen. Noch einmal: Unter der Verantwortung von Schwarz und Blau ist es zu einem Ausbaustopp gekommen. Dann kam die Milliarde wieder, alle neun Bundesländer bauen aus, und jetzt suchen alle PädagogInnen. Etwas, vor dem wir in diesem Haus gewarnt haben, dass es passieren wird, ist leider eingetreten.

Wir haben jetzt mit den Problemen zu kämpfen, und ich bin stolz darauf, dass Wien jenes Bundesland ist, das trotzdem eine Antwort darauf gefunden hat, nämlich durch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungslehrgänge für KindergartenpädagogInnen und auch durch ein intensives Ausbauprogramm. Nur dadurch ist es möglich geworden, neben dem traditionellen Ausbildungslehrgang der BAKIP, also der Bundesanstalt für Kindergartenpädagogik, zusätzliche berufsbegleitende Lehrgänge oder Lehrgänge nach Abschluss der Matura anzubieten.

Wir sind nach wie vor das einzige Bundesland in ganz Österreich, das diese Ausbildungslehrgänge anbietet und damit aktiv zusätzlich Personal in diesem Bereich ausbildet. Das dauert, weil wir eben gesagt haben, wir wollen Qualität in der Ausbildung haben. Und die stellen wir mit diesen Ausbildungslehrgängen sicher, meine Damen und Herren, und letztendlich auch mit diesem Budget, das Sie ablehnen. Wir sind eben nach wie vor ein Bundesland, das seine Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik nicht geschlossen hat, während derartige Einrichtungen in vielen Bundesländern schon vor Jahren dem Sparstift zum Opfer gefallen sind. Bei uns fallen sie nicht dem Sparen zum Opfer. Wir wollen weiterhin gut ausgebildete PädagogInnen haben, wir bilden aus in den verschiedensten Stufen, wie immer die Lehrgänge heißen, und werden das auch durch dieses

Budget für die Zukunft sicherstellen können, meine Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nun zum auch immer wieder wiederholten Argument der überhasteten Einführung des Gratiskindergartens. Also ungeachtet der Tatsache, dass ich mir denke, okay, im ersten Jahr kann man noch ein Chaos prognostizieren und warten, vielleicht tritt es ein, dann haben wir Glück gehabt, dann haben wir es eh schon immer gesagt, wenn es nicht eintritt, na, dann haben wir halt Pech gehabt. Zu dem Schluss könnte man auch kommen. Wir alle wissen, das Chaos ist nicht ausgebrochen in Wien. Es hat gerade diese Einführung klaglos funktioniert, und daher stimmt schlicht und ergreifend die Behauptung der überhasteten Einführung nicht. Denn ich sage immer wieder, die Debatte würde ich mir heute ansehen, wenn vor drei Jahren, vor fünf Jahren, vor zwei Jahren – ich weiß ja nicht, was jetzt gute Vorbereitung bedeutet hätte; bei uns in Wien haben sechs Monate dafür gereicht, und es war eine gute Vorbereitung – gesagt hätten, das führen wir ein, aber das dauert jetzt drei Jahre. Wir würden da dauernd diskutieren, wie langsam in der Stadt alles geht und warum das nicht schneller geht. Wir haben uns für den schnellen Weg entschieden, und es war der richtige.

Ich kann nur sagen, offensichtlich gibt es ein einziges Bundesland, das den Gratiskindergarten wirklich überhastet eingeführt hat, und das war Kärnten, denn die haben ihn ganz schnell wieder abgeschafft. Aus welchen Gründen das geschah, lasse ich jetzt einmal andere beurteilen, aber es gibt ein Bundesland, das hat ihn eingeführt und war ganz rasch im Wiederabschaffen. Der einzige Schluss ist: Sie haben sich das nicht gescheit überlegt. Wir in Wien gehen diesen Weg weiter und setzen ihn letztendlich auch mit diesem Budget weiterhin um, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Eine Frage war durchaus auch der Ausbau der Kindergärten. Was war die Antwort des roten Wiens? Ich habe gesagt, die Antwort des roten Wiens war: Wir brauchen PädagogInnen, daher brauchen wir zusätzliche Ausbildungslehrgänge, wir brauchen mehr Plätze, daher eine entsprechende Ausbauoffensive; in den vergangenen 3 Jahren waren es über 6 000 Plätze, die wir neu errichten konnten. Die Antwort war durchaus auch ein entsprechendes Gehaltspaket, das wir mit der Personalvertretung ausverhandelt haben und das sichergestellt hat, dass es hier zu einer entsprechenden Anpassung auch im Bereich der Gehälter gekommen ist.

Und für uns war, gerade auch im Zusammenhang mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr, ganz wichtig, dass die Sprachförderung zusätzlich umgesetzt wird, und zwar effektiv und effizient umgesetzt wird. Daher war es ja umso bedauerlicher, dass es gerade zu dieser Verlängerung der Sprachförderung nicht gekommen ist. Nachdem wir in Wien uns da sehr massiv zur Wehr gesetzt haben, gibt es jetzt diese 5 Millionen wieder, aber ich appelliere an dieser Stelle schon auch an die ÖVP, sich hier vielleicht einmal weiterhin für Wiener Interessen einzusetzen, denn Tatsache ist, durch den derzeit von Staatssekretär Kurz vorgeschlagenen

Verteilungsschlüssel verlieren wir 700 000 oder 600 000 EUR. Also ich hoffe, dass letztendlich Sie vielleicht auch hier die Interessen Wiens gemeinsam mit mir vertreten, sodass es zu dieser Kürzung im Bereich der Sprachförderung für Wien nicht kommt und wir zumindest einmal den Betrag von 1,7 Millionen, den wir in den vergangenen Jahren bekommen haben, hoffentlich wieder bekommen – im heurigen haben wir es ja bekanntermaßen ohnehin schon selbst finanzieren müssen, weil Minister Mitterlehner damals nicht bereit war, die Sprachförderung zu verlängern –, damit wir diese Qualität auch der sprachlichen Frühförderung in den Wiener Kindergärten wie in vielen anderen Bereichen sicherstellen können.

Abschließend vielleicht noch auch zur Jugendwohlfahrt ein paar Anmerkungen. Ich denke, es zeigt sich im Bereich der Budgetgestaltung ja durchaus diese Schwerpunktsetzung, sie zeigt sich aber auch immer wieder in unseren entsprechenden Ausbaumaßnahmen. Wir werden im nächsten Gemeinderatsausschuss wieder zwei neue Wohngemeinschaften beschließen. Aber – und auch das ist wichtig – ungeachtet der budgetären Situation im Bereich der MAG ELF möchte ich schon einmal auf all die Maßnahmen hinweisen, die wir natürlich im Zusammenhang mit aufgetauchten Missbrauchsfällen gesetzt haben. Das geschieht nicht nur im Rahmen der Kommission, die jetzt einmal – und das sage ich auch ganz offen – in Ruhe arbeiten soll, aber – und das habe ich sehr klar dargestellt, als ich zu diesem Sonderausschuss eingeladen habe – selbstverständlich werden wir die politische Debatte hier im Wiener Gemeinderat gemeinsam zu führen haben. Jetzt soll einmal die Kommission die entsprechenden Sachverhalte klären, die vielen, vielen unterschiedlichsten Aussagen in diesem Zusammenhang zusammenführen, und dann werden wir hier selbstverständlich eine politische Debatte zu führen haben. Ich habe dort schon angeboten, alle Fraktionen mögen entsprechende Anliegen an die Kommission übermitteln. Bis jetzt ist mir nicht bekannt, dass irgendetwas gekommen wäre, aber vielleicht bin ich nicht auf dem letzten Stand. Von keiner Fraktion wurde etwas vorgebracht.

Aber – noch einmal – wesentlich ist, die politische Debatte ist hier zu führen. Gerade, wenn man sich auch ansieht, in welcher Art und Weise wir hier Verantwortung übernommen haben, nicht nur durch die Form – und das ist mir wichtig – der Entschädigungszahlung, sondern auch durch konkrete Hilfsangebote für Opfer in Form von Therapie – das wird immer so locker übersehen, das ist etwas, was kein anderes Bundesland anbietet –, zeigt das, welchen respektvollen Umgang wir hier gemeinsam gewählt haben. Letztendlich werden wir auch durch die Zurverfügungstellung der entsprechenden finanziellen Ressourcen sicherstellen, dass die Kommission gut und zügig arbeiten kann auf der einen Seite, wir dann aber auf der anderen Seite auch eine entsprechende politische Debatte darüber führen werden können.

Ich möchte mich abschließend – um nicht zu lang zu

werden; zur bildungspolitischen Debatte gäbe es viele Anmerkungen, aber die werden wir hoffentlich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, ja am Mittwoch im Zuge des Schwerpunktgegenstandes hier dezidiert noch einmal abführen – an dieser Stelle aber natürlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Magistratsabteilungen ganz herzlich bedanken. Ich denke, die Bilanz, die wir über das, was in den vergangenen zweieinhalb Jahren, seit ich im Amt bin, aber auch davor geschehen ist, vorlegen können, ist eine beeindruckende. Ich bin sicher, dass wir mit dem Budget für das Jahr 2012 alle gemeinsam diese erfolgreiche Arbeit auch in Zukunft fortsetzen können. Dazu brauchen wir aber euch, und diese Arbeit schätzt der Wiener Gemeinderat, auch wenn es nicht immer in dem Ausmaß gewürdigt wird, wie wir es vielleicht gerne hätten. Alles, alles Gute! Und ich bitte um Zustimmung zu unserem Budget. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen deshalb zur Beratung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Dass die Themen Verkehr und Umwelt sehr verzahnt sind, davon konnte ich mich schon als Umweltsprecher überzeugen, und dass die Haupthindernisse für die Lebensqualität dieser Stadt vor allem die mangelnde Verkehrspolitik ist, ist auch evident, und so freut es mich, dass eine grüne Politikerin dieses Ressort übernommen hat, wenngleich ich schon eingangs feststellen muss, dass die Erfolge in diesem ersten Jahr nicht nur spärlich, sondern eigentlich negativ ausgefallen sind.

Diese Tatsache spiegelt sich auch im vorliegenden Budget wider, und es ist überraschend, wie sehr es dem Umweltbudget ähnelt. Es ist offenbar ein Zwillingbudget, bei dem sich zwei Stadträtinnen – wobei die eine eher zur Verwirrung in der Umweltpolitik in dieser Stadt beiträgt, die andere eher zur Verwirrung in der Verkehrspolitik – abgesprochen haben, die aber beide eines gemeinsam haben, nämlich dass sie in ihren Ressorts nichts weiterbringen. Wenn man diese Vergleichsstudie noch ein wenig weiterbetreibt, kommt man zu der Conclusio, dass im Umweltressort zwar politischer Stillstand herrscht, aber die Beamten wenigstens im Hintergrund etwas tun dürfen, aber im Verkehrsressort ist nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch durch ein personelles Chaos durch Umbesetzungen leider auch in diesem Bereich sehr wenig weitergegangen. Die Verkehrspolitik steht still, es wird nur Aktionismus betrieben, und leider ist sie auch nicht wirklich nachvollziehbar, sehr geehrte Damen und Herren.

Dabei hat der Verkehrsbereich in diesem Haus

politisch auch bisher keine große Unterstützung erfahren. Wir durften schon viele Flops durch verschiedene Stadträtinnen und Stadträte erleben, aber der mit Chaos gepaarte Stillstand, den wir jetzt erleben, ist selbst für Rathausverhältnisse einmalig. *(GR Dr Harald Troch: Sprechen Sie von der ÖVP?)* Ich spreche von Ihnen und Ihrem Koalitionspartner, und vielleicht hören Sie ein bisschen mehr zu, dann verstehen Sie auch die Probleme, die Sie verursachen und mitzuverantworten haben. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Bis jetzt hast du aber nichts gesagt!)* Wird schon noch kommen. Pass auf! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Nein, ich habe nichts gehört!)* Ausreichend.

Die Stadt – und das wird dich, lieber Rüdiger, sehr freuen, wenn ich das sage – braucht nämlich eine Verkehrspolitik, die Staus verhindert und sie nicht produziert. Aber genau das passiert in dieser Stadt: Verunsicherung erzeugen, Verkehrsstaus produzieren. Wir haben mit einer grünen Stadträtin nun eine Politikerin in diesem Ressort, die es sich offenbar selbst oder getrieben durch irgendwelche Kräfte im Hintergrund zum Ziel gesetzt hat, dass man dieser Stadt das Verkehrschaos aufdrückt, dass man den Verkehrskollaps heraufbeschwört, anstatt in eine ordentliche Infrastruktur der Straßen und in ordentliche Garagen in dieser Stadt zu investieren und damit auch Entlastungsmaßnahmen für die Lebensqualität der Bevölkerung zu setzen, sehr geehrte Damen und Herren.

Statt mehr Geld für den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen, ist es im Budget weniger geworden. Die Probleme, die alle Verkehrsteilnehmer dieser Stadt haben, löst man nicht mit einem Mix aus Fahrradwegoffensiven oder medial wirksamen Orchideenthemen wie die Schaffung einer Fußgängerzone in der Mariahilfer Straße, wobei gerade dieses grüne Lieblingsprojekt ein Beispiel ist, wie schwer Sie sich mit der Umsetzung selbst bei so einem Orchideenthema tun. Nachdem Sie nämlich euphorisch angekündigt haben, eine totale Fußgängerzone für Mariahilf und Neubau sei das Beste, wurden Sie vom eigenen Bezirksvorsteher zurückgepiffen – und zwar zu Recht, wie man eigentlich anmerken darf –, und es ist bezeichnend, wie sehr man innerhalb der grünen Organisation offenbar uneins ist und sich selbst noch Probleme heraufbeschwört.

Dann haben Sie nämlich noch den Versuch gestartet, sich mit einer bestellten Studie in Richtung Fußgängerzone light – Sie nennen es Shared Space – aus der Affäre herauszuwinden, Sie haben sich aber dann gleich wieder selbst zu Fall gebracht, indem Sie nämlich die vernünftigen Ergebnisse dieser Studie negiert haben, denn die Studienautoren haben nämlich einer weiteren Befahrbarkeit das Wort geredet und eine Einbahnregelung vorgeschlagen. Jetzt stehen Sie mit einem Gestaltungsvorschlag einer Studie da, den Sie gar nicht wollten, und es ist natürlich kein Wunder, dass Sie bei der ganzen Diskussion zu keinem Ergebnis kommen, außer, dass viel Steuergeld in eine Studie investiert worden ist. Aber da sind sie auch Weltmeister, die Damen und Herren der grünen Organisation, der grünen

Partei, die ja offenbar nichts anderes im Sinne hat, als das Steuergeld hinauszuerwerfen, sehr geehrte Damen und Herren.

Die eingeleitete Bürgerbeteiligung wird scheitern. Es gibt keine entsprechende Variantenuntersuchung, somit können die Bürgerinnen und Bürger auch schlecht eine Entscheidung treffen, weil es viel zu unübersichtlich ist. Das wüssten Sie, wenn Sie ein wenig die Kommentare in den Zeitungen oder in persönlichen Gesprächen mit den Menschen respektieren würden. Und so scheitern Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin und Stadträtin, gleich zwei Mal, nämlich als Verkehrsstadträtin und als Stadträtin für Bürgerbeteiligung.

Meine Damen und Herren! Die Vorgangsweise der Stadtregierung bei der Mariahilfer Straße ist eine Bankrotterklärung der Verkehrspolitik. Sie ist ein Beleg für das verkehrspolitische Chaos in dieser Stadt, und das ist seit Oktober letzten Jahres noch viel schlimmer geworden. Es gelingt nicht einmal, die überschaubare Aufgabe einer Fußgängerzone irgendwie halbwegs professionell auf die Reihe zu kriegen, und so bin ich schon gespannt, wie Sie die kommenden Projekte, nämlich die angekündigte Einführung einer erweiterten Parkraumbewirtschaftung, lösen wollen.

Vor Kurzem – ich war selbst dabei – haben Sie die Erweiterung der Pläne zur Parkraumbewirtschaftung präsentiert, und ich habe schon sehr berechtigte Zweifel, ob Sie nach diesem Flop rund um die Mariahilfer Straße, bei der eigentlich nur zwei Bezirke betroffen sind, wobei Sie bei dem einen sogar noch selbst den Bezirksvorsteher stellen, überhaupt fähig sind, ein Projekt in dieser Stadt durchzuführen, an dem de facto alle Bezirke beteiligt sind. Es gibt eine Ankündigungsmelange, auf Bürgerbefragungen zu warten, doch das haben Sie natürlich gleich mit Drohungen untermauert, indem Sie sagen, dort, wo diese nicht stattfinden, werden Sie das Parkpickerl gleich einführen.

Ich denke, das ist nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, und deshalb ist es sicher hilfreich, Ihnen Unterstützung zu geben, nämlich in Form eines Antrages, mit dem ich Sie gemeinsam mit meinen Kollegen Dworak und Walter ermutigen möchte, eine Bürgerbefragung zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung für die weiteren Bezirke auch wirklich durchzuführen, und zwar flächendeckend über die gesamte Bezirksfläche. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine zweite Idee und Forderung, die ich auch im Rahmen der Präsentation gestellt habe und zu der die Frau Vizebürgermeisterin zumindest durchklingen hat lassen, dass sie sich das vorstellen kann, ist die Errichtung von weiteren Parkgaragen. Dazu gibt es, zu Ihrer Erinnerung, ja ein zweckgebundenes Budget, das man heranziehen kann. Das belastet nicht das jetzige Budget, sondern dafür gibt es eine ordentliche Rücklage, und damit könnten Sie auch solche Parkgaragen bauen. Das ist notwendig, denn wenn man etwas bepreisen möchte, dann sollte man auch das Produkt oder die Dienstleistung zur Verfügung stellen. Deshalb ist es, bevor man überhaupt daran denkt, das Parkpickerl

auszuweiten, einmal notwendig, dort Parkplätze herzustellen, damit die Leute da auch parken können, wenn sie schon dafür zahlen sollen. Nur dann hat es einen Sinn und dann ist es auch fair, sehr geehrte Damen und Herren.

All das ist in diesem Antrag verpackt, gemeinsam mit der Forderung nach weiteren Park-and-ride-Anlagen an die Frau Stadträtin, wobei die sofortige Abstimmung verlangt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Flopalarm im Grünressort herrscht ja auch bei einem anderen sehr publikumswirksamen Wahlversprechen, dem sogenannten 100-EUR-Ticket. Aus dem ist nicht einmal eine Tarifreform geworden, von dem haben Sie sich entfernen müssen, das 100-EUR-Ticket ist in der Versenkung verschwunden. Sie haben jetzt versucht, die Themen durch geschickten Verkauf zu kaschieren. Ich mutmaße einmal, dass Sie da feststellen konnten, wie hilfreich der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien ist, und dass das auch der Grund war, weshalb Sie den Erhöhungen in diesem Ressortteil zugestimmt haben, weil es natürlich auch praktisch ist, sozusagen mit Spin Doctors die eigenen Nichterfolge bestmöglich kaschieren zu können.

Beim Kern dieser Tarifreform muss man schon einmal sehr gut analysieren, was Sie sich dabei wirklich gedacht haben. Die Jahreskarte zu verbilligen, gleichzeitig aber den Einzelfahrschein zu verteuern, ist eigentlich so ziemlich das Unlogischste aus der Sicht eines Grünpolitikers. Denn wenn ich möchte, dass der Gelegenheitsfahrer, der sozusagen noch nicht Stammgast ist, umsteigt, dann muss ich ja dort die Barriere möglichst niedrig machen. Da müsste ich ja eigentlich den Einzelfahrschein billig machen, vielleicht sogar gratis machen, damit jemand auf den Geschmack kommt und es vielleicht einmal probiert. Den Stammkunden, den habe ich sowieso. Also warum ich den jetzt mit einem besonderen Vorteil ausstatten muss, kann man nur mit Klientelpolitik umschreiben, sicherlich nicht mit sinnvoller Verkehrspolitik. Denn einen Umstieg von jenen, die Sie bisher noch nicht in den öffentlichen Verkehrsbereich integriert haben – sei es, weil sie zu Fuß gehen, sei es, dass sie mit dem Auto fahren oder andere Verkehrsmittel benützen –, den werden Sie damit nicht erreichen.

Aber was Sie sehr wohl erreicht haben, ist, dass Sie die Wiener Linien finanziell aushungern, da sich ja die Einnahmen in Summe reduzieren, weil gerade die Jahreskarten eine wesentliche Einnahmenquelle darstellen. Die Wiener Linien werden daher Investitionen nicht durchführen können, sie werden deswegen – das wurde ja schon angekündigt – mit Ausdünnung von Intervallen zu kämpfen haben, was der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs sicherlich nicht förderlich ist, sie werden nicht so gute technische Ausstattungen finanzieren können, respektive werden Investitionsphasen verlängert werden.

In Summe ist das Ganze schon jetzt ein großer Flop. Es ist grüner Illusionismus, den Sie hier haben, und das zeigt, wie wenig Regierungskompetenz hier zugrunde liegt. meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bevor ich zu meinem nächsten Kritikpunkt komme, lassen Sie mich eines klarstellen: Der Fahrradverkehr hat in dieser Stadt eine sehr wichtige Funktion. Dieser Erkenntnis schließt sich auch meine fest Überzeugung an, dass auch Radfahrer einen Anspruch auf sichere Radwege haben. Jeder Radfahrer – das sage ich auch sehr offen – ist ein Autofahrer weniger, und damit ist es auch im Normalfall eine Verbesserung der Verflüssigung im Verkehr.

Aber, sehr verehrte Damen und Herren, was hier seitens Rot-Grün in gemeinsamer Aktion – das muss man sagen – passiert ist, ist genau das Gegenteil einer sinnvollen Fahrradwegförderung. Da werden ein paar Kilometer Prestigeradweg am Ring errichtet, gleichzeitig gibt es aber kein Geld für die anderen 1 000 km Kilometer Radweg in Wien, und das ist ein verkehrspolitisches Armutzeugnis.

Da wird nämlich, egal was passiert, am Ring ausgebaut. Da gibt es auch plötzlich kein grünes Argument mehr gegen Baumfällungen, obwohl sich ja sonst die GRÜNEN am liebsten an Bäume ketten würden, um die Fällung zu verhindern. Da haben sie selbst die Fällung gefordert, sie haben Baumriesen vernichtet und somit den Platz geschaffen für High-Speed-Radfahrer.

Das mag in Ihrem Stil liegen, aber ob es wirklich dem Radfahrverkehr in dieser Stadt nützt und ob es den Modal-Split in Richtung Radverkehr verschiebt, das werden wir noch sehen. Da bin ich schon gespannt, und ich weiß auch heute schon, dass Sie sicherlich keine Sachargumente dafür haben, aber selbstverständlich versuchen werden, dieses Versäumnis und dieses Versagen mit Hilfe von Presse- und Informationsdienstunterstützung dann wieder zu kaschieren.

Und noch einmal: Ich habe nichts gegen, nein, ich bin sogar für sicherheitstechnische Sanierungsmaßnahmen bei Radwegen, denn das ist notwendig und das ist sinnvoll, weil gerade Radfahrer, wie nebenbei auch Fußgänger, die schwächsten Verkehrsteilnehmer sind. Aber dass Sie gleichzeitig die Aufwendungen für den sonstigen Straßenbau so reduzieren, da muss ich sagen, muss man dann jenen recht geben, die Ihnen vorwerfen, dass Sie mit Hilfe des Radfahrverkehrs versuchen, die Autofahrer wegzuekeln. Und da machen wir nicht mit. Denn die Halbierung der Ausgaben für den Straßenbau hilft den Radfahrern nicht, sie schadet aber der Wirtschaft, sie schadet der Lebensqualität und sie schadet allen Wienerinnen und Wienern, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn das die Handschrift der GRÜNEN ist in diesem Budget, dann ist es ein Armutzeugnis auch für Rot, das zugelassen zu haben. Den ersten Abschnitt Ihrer Amtszeit, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, haben Sie in erster Linie dazu verwendet, mit Hilfe einer neuen Magistratsabteilung, der MA 20 für Energieplanung, und der Fahrradagentur ein personelles Imperium inmitten der Rathausbürokratie zu schaffen, und wie man den Medien entnehmen kann, wollen Sie jetzt auch noch einen Fußgängerbeauftragten hier zugesellen.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen nicht doch auch bekannt ist, und ich glaube, dass man es Ihnen vielleicht auch schon innerhalb der Rathausorganisation erläutert hat, dass es schon bisher diese Abteilungen im Rathaus gibt. Für Energiefragen sind Sie zuständig, es gibt einen Fahrradwegekoordinator, und es gibt eine Fußgängerkoordinatorin, die aber plötzlich irgendwie, weil es offensichtlich nicht mehr so ganz passt, jetzt nur mehr für Schulwege zuständig ist oder sein soll. Das zeigt, dass Sie hier nichts anderes im Sinn haben, als eine personelle Parallelstruktur aufzubauen. Das kostet viel Steuergeld, bringt politisch nichts, aber es zeigt sehr viel von der Wirtschafts- und vor allem Steuerkompetenz dieser grünen Partei.

Als Fazit des ersten Jahres in dieser Regierungsbeteiligung kann ich Ihnen nur sagen, der einzige Politikbereich, in dem Sie wirklich Regierungsfähigkeit bewiesen haben, ist der der eigenen Personal- und Klientelpolitik, sicher nicht die Verkehrspolitik, denn die Verkehrssituation in dieser Stadt ist, seit Sie das Sagen haben, noch viel schlimmer geworden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Eigentlich habe ich mir gedacht, ich werde jetzt auf das Budget eingehen oder auf das, was wir, Rot-Grün in dem Fall, in diesem nächsten Jahr vorhaben. Ich werde aber doch kurz noch auf den Kollegen Stifter eingehen, obwohl ich das ursprünglich eigentlich gar nicht wollte.

Er hat gesagt, wir hätten eine Shared-Space-Untersuchung für die Mariahilfer Straße in Auftrag gegeben. Nein, wir haben keine Shared-Space-Untersuchung in Auftrag gegeben, und Shared Space ist auch nicht FuZo light, also auch nicht Fußgängerzone light. Das ist ganz was anderes. Sie sollten vielleicht einmal Wikipedia bemühen, denn das ist ja die schnelle Information, da findet man drinnen, was Shared Space ist und was eine Fußgängerzone ist, und dann können wir wieder mal diskutieren.

Die Mariahilfer Straße oder die Umgestaltung in autofreie Zonen auf der Mariahilfer Straße, wenn man es genau nimmt, das ist kein Orchideenthema, sondern die Mariahilfer Straße ist die bekannteste Geschäftsstraße in ganz Österreich. Sie ist in Wirklichkeit ein Flaggschiffprojekt von Rot-Grün und nicht ein Orchideenthema. Ein Orchideenthema wäre vielleicht eine Fußgängerzone genau vor Ihrer Haustüre, das andere ist kein Orchideenthema.

Was wir da dauernd für einen Stau produzieren, das würde ich gerne wissen. Rot-Grün und unsere Vizebürgermeisterin haben in Wirklichkeit das, was heuer im Sommer angestanden ist, nämlich die Reparatur der Südosttangente, hervorragend bewältigt. Es hat kaum Stau gegeben, und, wichtig, die ÖBB hat seither einen Zuwachs an Fahrgästen von 5 Prozent. Also wo der Stau war, weiß ich nicht. Möglicherweise bei

Ihnen zu Hause, aber dort war er nicht. Es hat auch keinen Verkehrskollaps gegeben. Und wenn Sie sich wirklich einen Stau anschauen wollen, sollten Sie einmal ins Ruhrgebiet fahren oder in die Bundesrepublik – da gibt es übrigens einen konservativen Verkehrsminister, wenn ich mich nicht täusche –, da gibt es Staus, die sind 10, 15, 20 km lang. Das, was wir hier bei uns in Wien haben, ist nicht einmal ein Stauerl, nicht einmal nichts. Okay, aber Sie als bekannter Verkehrsexperte werden das wissen.

Dass wir ein Zwillingsbudget mit der Umweltstadträtin haben, sorgt offensichtlich nur bei Ihnen für Verwirrung. Es ist ein ganz ein anderes Budget. Und dass Sie Umweltsprecher waren und jetzt Verkehrssprecher sind, das ist zwar ganz nett, aber das personelle Chaos, das Sie da die ganze Zeit predigen, das gibt es bei der ÖVP, aber dazu hat der Kollege Ellensohn ohnehin schon lange gesprochen.

Eine Kleinigkeit noch zum personellen Chaos. Nach der Pressekonferenz der Frau Stadträtin mit dem Kollegen Hora hat es gezählte sechs Presseaussendungen aus der ÖVP gegeben, davon zwei aus dem 17. Bezirk. Interessant habe ich das gefunden. Da denke ich mir, wer spricht sich in der ÖVP nicht mit wem ab? Offensichtlich nicht der Klubobmann aus dem 17. Bezirk mit dem jetzigen nichtamtshührenden Stadtrat. Sie, Kollege Stiftner, haben auch eine Presseaussendung herausgegeben, und ich habe mir gedacht: Was ist das für ein Gerangel an Presseaussendungen? Worum geht es da? Es geht offensichtlich darum, wer die Nummer 1 in der ÖVP ist. Kollege Stiftner, Sie haben es offensichtlich nicht geschafft. Also personelles Chaos in der ÖVP, denn sechs Presseaussendungen zum selben Thema waren mehr als alle anderen Presseaussendungen der ÖVP in den nächsten Tagen zusammen. Also ich finde, das ist ein wirklich tolles Ding.

Und was die Drohungen, die die Frau Stadträtin ausgesprochen hätte, betrifft, so finde ich ganz interessant, dass die Frau Mikl auf die Frage, warum sie, wenn BürgerInnenbefragungen so wichtig sind, dann im 8. Bezirk keine Befragung über die Abschaffung des Parkpickerls macht, plötzlich durchaus eingesehen hat, dass dann wirklich alle im 8. Bezirk parken können und dass das dann ganz, ganz, ganz, ganz schwierig wird.

Und wenn Sie heute hergehen und sagen, wir sollen zuerst Parkgaragen bauen und Park-and-ride-Anlagen um ungefähr 35 Millionen EUR oder 30 und für eine Garage vielleicht um 5 Millionen EUR, dann würde ich gerne von Ihnen wissen, woher das Geld kommen soll? (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Aus der Rücklage!*) Aus der Rücklage! Aus welcher Rücklage? Aus der von der Liesinger ÖVP? Da werden wir gar nichts bauen, denn da können wir nicht einmal einen Pflasterstein vor Ihrer Tür verlegen. (*Weiterer Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.*) Ja, ja, ich weiß schon.

Und jetzt komme ich zu den Dingen, die da passiert sind. Also noch einmal: Diese Stadtregierung hat sich in dem Koalitionsübereinkommen verpflichtet, ein Drittel weniger Autoverkehr zustande zu bringen, 40 Prozent

Öffi-Anteil, den Fußgängeranteil zu steigern und den RadfahrerInnenanteil von 5 auf 10 Prozent zu steigern.

Welche Maßnahmen sind dafür erforderlich? Und diese Maßnahmen gehen wir an, sind wir angegangen und werden wir angehen mit diesem Budget und mit den folgenden Budgets.

Eines der wichtigen Dinge – das können Sie jetzt kleinreden, wie Sie wollen –: Wir haben die Jahreskarte – das gehört nicht zum Budget der Frau Vizebürgermeisterin, sondern zum Budget einer anderen Vizebürgermeisterin, das sollten Sie vielleicht wissen – auf 365 EUR gesenkt. Das ist das erste Mal, dass überhaupt in einer Metropole etwas günstiger geworden ist, und zwar um 84 EUR. 84 EUR in Schillingen gerechnet sind mehr als 1 600 Schilling im Jahr. Das ist substantiell gerade für die untersten Einkommensschichten ganz, ganz wichtig. – Das ist einmal das erste. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Sie haben gar nichts gesenkt, Sie haben nur gesteigert. Und wenn man sich das anschaut, was in Wirklichkeit in ÖVP-Ländern passiert, dann muss man sagen, der Kollege Ellensohn hat recht, Weltmeister ist die ÖVP beim Schuldenmachen. Schauen Sie sich einmal das Ranking der diversen Gemeinden und Städte in Österreich an. 1. Platz Waidhofen an der Ybbs. Das ist übrigens der Heimatort des Herrn Finanzlandesrates aus Niederösterreich. Da hat er geübt, in Niederösterreich hat er es fortgesetzt. Also gar nicht weiterreden! Das ist dort so.

Die zweite Sache, die wir gemacht haben: Wir haben in Wien ein Problem mit Stickoxiden und mit Feinstaub. Wir sind in einem Klagsverfahren der EU, die Republik, mehrere Bundesländer, etwa die Steiermark. Graz wollte eine Umweltzone einrichten. Das hat der Herr Kurzmann von der FPÖ unterbunden. Jetzt wird es Strafzahlungen setzen.

Wir in Wien setzen dagegen auf die Ausweitung beim Parkpickerl. Im lustigen Misstrauensantrag vom Kollegen Mahdalik, den er vielleicht heute präsentiert oder irgendwann, steht übrigens drinnen, Kollege Mahdalik, wir setzen das Parkpickerl in den Bezirken von 12 bis 19 ein. Nein, auch im 10. Bezirk. Der steht nämlich in Ihrem Misstrauensantrag nicht drinnen. Bitte ergänzen!

Noch einmal: Wir dehnen das Parkpickerl aus, und zwar auf die Bezirke 10, 12 bis 18, vielleicht auch auf den 19. Bezirk, wenn es der Bezirksvorsteher will, und wir senken die Kosten für das Parkpickerl von 135 EUR auf 120 EUR im Jahr. Das bringen die ÖVP und die FPÖ niemals und nirgendwo zusammen.

Das ökologisch Richtige wird belohnt, und zwar die Jahresnetzkarte und das Parkpickerl. Ja, wir steigern die Preise für den Parkschein von 1,20 EUR auf 2 EUR und auch jene für einen Straßenbahnfahrtschein. Uns ist es wichtig zu sagen, ja, die Alternative zum Auto ist der öffentliche Verkehr, ja, es ist notwendig, den zu verbessern, ja, es ist notwendig, den Individualverkehr zu senken, weil wir Stickoxide und Feinstaub auf die Dauer nicht senken können ohne verkehrssteuernde Maßnahmen.

Genau das Gleiche gilt für die Geschwindigkeit. Heute in der Früh im „Morgenjournal“ – das ist möglicherweise nicht Ihre Zeit – hat ein bekannter Umweltmediziner gemeint, wir müssen auch die Geschwindigkeit senken. Ja, diese Stadtregierung senkt die Geschwindigkeit in Wien, und zwar mit Hilfe des Tempo-30-Antrages. Wir werden in Wien in Wohngebieten flächendeckend Tempo 30 einführen. Tempo 30 heißt für uns: weniger Verkehrstote, weniger Verletzte, weniger Feinstaub, weniger Lärm, weniger Stickoxide. Diese Sachen werden wir in Wien fortsetzen.

Radfahren ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Wir steigern den Anteil des Radfahrerverkehrs in Wien von 5 auf 10 Prozent in dieser Legislaturperiode. Ja, es wird mehr Fahrradwege geben, ja, es wird mehr Radverkehrsanlagen geben, ja, es braucht auch mehr Radbügel.

Wichtig sind aber auch – das ist das Allerwichtigste für uns – die Fußgänger. Fußgänger müssen gefördert werden in ihrer Bewegung, in ihren Möglichkeiten, und nichts ist besser als eine Bewerbung dieser Fußgänger. Jetzt kommt der Kollege und sagt, es gibt ohnehin schon einen Koordinatorin. Ja, das ist die Frau Steinbach – der Name ist ihm wahrscheinlich nicht geläufig – in der MA 46. Die beschäftigt sich mit vielen, vielen Dingen vor Ort, so wie der Kollege Blaha beim Radfahren.

Es wird eine Koordination in der Stadtbaudirektion geben, was das Radfahren betrifft, was die Fußgänger betrifft, aber auch, was die Garagen betrifft. Es ist notwendig, da etwas weiterzubringen in dieser Richtung. Da werden wir auch einiges tun, und wir werden auch einen FußgängerInnenbeauftragten ausschreiben, der sich genau mit diesen Dingen beschäftigen wird, weil es notwendig ist. Das zeigen auch andere Städte vor wie Zürich, wie London, wie Berlin, wo das Zufußgehen nicht zurückgegangen ist. In Niederösterreich ist übrigens der Anteil von 23 Prozent auf 16 Prozent zurückgegangen. Dort fährt wahrscheinlich jeder mit dem Auto. Das scheint offenbar bei der ÖVP gang und gäbe zu sein. Uns geht es darum, die Fußgängerei massiv voranzutreiben.

Genau da möchte ich jetzt noch einmal auf die Beamten und ihre Wichtigkeit in der Hinsicht zurückkommen. Diese rot-grüne Verkehrspolitik ist nur möglich, weil wir die massive Unterstützung aus dem Beamtenapparat haben. All diesen Dienststellen, all diesen Magistratsabteilungen sage ich wirklich ein großes, großes Danke. Ich war selbst überrascht – abgesehen von der Kompetenz, die hat mich nicht überrascht –, welcher Ideenreichtum da von den Beamten kommt, der uns hilft, rot-grüne Politik in Wien umzusetzen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Dass die Miesepeterei aus der rechten Ecke kommt, das war uns eh klar. Keine Sorge, das war uns eh klar. Passt eh. Tun Sie einfach so weiter, einfach herumunken. Es wird uns nicht helfen bei der Abwehr oder beim Zurandekommen mit den möglichen Strafzahlungen an die EU wegen der Stickoxide, und es wird uns gar nicht helfen bei den Feinstaubproblemen. Nein, Sie sagen in Wirklichkeit, gegen den Stau hilft nur,

dass wir in Garagen investieren.

Wissen Sie überhaupt, was ein Garagenplatz bisher gekostet hat? Über 23 000 EUR in der Herstellung pro Stück. Wenn wir das, was der Kollege Stiftner gesagt hat, ernst nehmen, oder wenn Sie das ernst meinen, dann müssen Sie jetzt aus dem Stand 500 Millionen EUR herzaubern. Denn wenn wir hergehen und an allen Stadteinfahrten die AutofahrerInnen anhalten, in die Park-and-ride-Anlagen hineinzufahren, von denen Sie träumen, dann würde ich eigentlich ganz gerne einmal mit Ihnen einen Ausflug machen in die Leopoldau oder nach Aderklaa. Die Auslastung in der Park-and-ride-Anlage in der Aderklaaer Straße ist, glaube ich, unter 10 Prozent, in Hütteldorf ist sie um die 30 Prozent. Warum? Weil natürlich an der Oberfläche ohnehin genügend Parkplätze vorhanden sind.

Offensichtlich ist das von Ihnen herbeigerufene Chaos in Wien vielleicht bei Ihnen zu Hause, aber im Grunde genommen geht es uns darum, den Autoverkehr – noch einmal, damit Sie es sich bitte auch merken – um ein Drittel zu senken. Das heißt, mehr Lebensqualität, mehr Platz im öffentlichen Raum und wirklich einfach mehr Chancen für Demokratie, die stattfinden kann. Denn 31 Prozent der Wege werden in Wien mit dem Auto erledigt, und dafür stehen 80 Prozent des Straßenraums zur Verfügung.

Wir glauben, dass Menschen, die sich im Umweltverbund bewegen, heißt, öffentlicher Verkehr, Radverkehr, Fußgängerei, wenn man so will, dass die ... *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Aha, das ist kein Auto? Die beamen alles, oder was?

Also noch einmal: Uns geht es darum, dass der Umweltverbund mehr Platz braucht, mehr Lebensqualität bedeutet. Sie haben aber auch ein richtiges Wort gesagt, und zwar Lieferverkehr. Der Lieferverkehr ist begünstigt worden bei dieser Regelung. Die Wirtschaftskammer ist ganz zufrieden mit einer Regelung, bei der weniger für das Parkpickerl zu bezahlen ist. Ist Ihnen das aufgefallen? Das haben Sie gar nicht bemerkt. Aber es ist so.

Wir sagen in Wirklichkeit, die Pendler und Pendlerinnen, die aus dem Umland nach Wien kommen, sollten den öffentlichen Verkehr benutzen. Jetzt im Moment kommen jeden Tag 79 Prozent der PendlerInnen mit dem Auto nach Wien, weil im Umland, sprich, in Niederösterreich, der öffentliche Verkehr schwer daniederliegt. In Wien ist der Modal-Split so, dass nur 31 Prozent das Auto benutzen, über die Grenze hinweg sind es 79 Prozent, und in der Zeit nach der Frühspitze sind es 85 Prozent, die nach Wien fahren, um einzukaufen oder etwas anderes zu tun.

Das heißt, in Niederösterreich hat die Verkehrspolitik völlig versagt, und Sie wollen uns erzählen, für diese völlig versagende Verkehrspolitik sollen wir jetzt um das Geld der Wiener und Wienerinnen an der Stadtgrenze eine Garage nach der anderen aufbauen. Das werden wir natürlich machen. Ganz sicher!

Nein, wir werden das Geld für die Wienerinnen und Wiener ausgeben. Wir werden Straßengestaltung machen, wir werden das Geld in den öffentlichen

Verkehr investieren (*GR Mag Wolfgang Jung: Gar nichts werden Sie machen, weil Sie kein Geld haben!*), wir werden es für die Fußgänger investieren und ein bisschen auch für die Autofahrer (*GR Mag Wolfgang Jung: Woher wollen Sie denn das Geld nehmen?*), weil die Autofahrerinnen und Autofahrer durch das Parkpickerl mehr Platz bekommen, mehr Möglichkeiten haben bei der Parkplatzsuche.

Und last but not least sage ich noch einmal: Ja, wir bekennen uns zur Mariahilfer Straße. Die Mariahilfer Straße wird eine gute Lösung werden. Wir haben mit den BürgerInnen gesprochen, wir werden mit den BürgerInnen sprechen und die Wirtschaftskammer ist bei uns mit im Boot.

Vielen lieben Dank! Wir werden es noch besser machen, als Sie sich das je vorstellen konnten. Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Werte Damen und Herren!

Es ist immer wieder erschütternd, wie sich ein einstmals wirklich erfolgreicher, stolzer (*Bravorufe und lebhaftes Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) – das wird eine Art Richtigstellung; lasst mich jetzt meinen Anfangssatz bitte fertig machen –, wie sich ein einstmals stolzer, aufrechter, wirklich erfolgreicher Oppositionspolitiker innerhalb weniger Monate (*GR David Ellensohn: Noch erfolgreicher wird!*) zu einem politisch nicht nur teilentmündigten, völlig kritiklosen Jubelperser entwickelt (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ sowie von GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.*), der den Roten hinterherjappelt und genau die gleiche Politik, die er vorher jahrelang zu Recht kritisiert hat, kritiklos beklatscht.

Und die Belohnung hat es ja auch schon gegeben. Er ist jetzt seit Neuestem Vorsitzender des Planungsausschusses, weil sich seine Vorgängerin, die hochgeschätzte Kollegin Gretner, das Rückgrat nicht so verbiegen lassen wollte oder sie sich einfach nicht so verbiegen konnte. Um die Kollegin Gretner tut es mir echt weh. Da ist diesem Haus eine Fachkraft verloren gegangen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Du hast mich auch gewählt!*) Ich habe dich gewählt. Sowieso. Das ist auch ein Gebot der Höflichkeit. – Und wenn wir schon bei der Höflichkeit sind, möchte ich mich gleich auch bei der Frau Berichterstatterin dafür entschuldigen, dass ich bei der Begrüßung das Geschlecht durcheinandergebracht habe. – Natürlich ist es ein Gebot der Höflichkeit, und wir werden deine Arbeit beobachten, aber zuerst bekommst du einmal, auch wenn uns deine Wortmeldungen in diesem ersten Jahr hier eigentlich eines Besseren belehren hätten sollen, trotzdem Vorschusslorbeeren, und wir werden schauen, wie du heute unseren zahlreichen Anträgen (*GR Mag Rüdiger Maresch: Nicht zustimmen werde!*) im Interesse der Bevölkerung begegnen wirst.

Aber einige Sachen, die du vorher gesagt hast, passen irgendwie nicht zusammen, sind nicht schlüssig in sich. Du hast am Anfang gesagt, was mich überhaupt

überrascht hat, dass du quasi mit dem Hora zusammen die Tangente repariert hast. Du hast gesagt, Rot und Grün haben die Tangente instandgesetzt, ohne dass es einen Stau gegeben hat. Ich habe immer geglaubt, die ASFINAG ist zuständig für die Tangente. Denn früher war es immer so: Tangente ist gleich ASFINAG, damit haben wir nichts zu tun. Bei einigen Anträgen heute, die die Trassenführung der S1 – die baut auch die ASFINAG – betreffen, bin ich neugierig, ob sich dann der Kollege Maresch oder die Roten als zuständig erklären. Also ihr habt jetzt quasi mit eurer eigenen Hände Arbeit die Tangente repariert, und es hat keinen Stau gegeben.

Der Maresch hat gesagt, in Wien gibt es überhaupt keinen Stau, schaut einmal ins Ruhrgebiet, wir haben nichts da, aber gleichzeitig mobbt ihr die Autofahrer, die ja quasi den Stau verursachen. Warum mobbt ihr die Autofahrer, wenn es keinen Stau gibt? Und warum haben wir, wie du richtig gesagt hast, ein Feinstaub- und Stickstoffproblem (*GR Mag Rüdiger Maresch: Stickoxid!*), Stickoxidproblem, wenn wir doch keinen Stau in Wien haben? Wo kommen der Feinstaub und die Stickoxide dann her? Wir haben keinen Stau, du hast es mit eigenen Worten gesagt. Jeder Autofahrer – und du zählst selbst dazu, bist begeisterter Autofahrer – kann dir etwas anderes sagen. Es gibt natürlich den täglichen Dauerstau in Wien. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Bei dir in der Garage!*) Wenn man aus dem 22. reinkommt, merkt man es ganz besonders.

Aber eben deswegen – Rüdiger, hör bitte genau zu! –, weil es so schwer ist, aus dem 22. hereinzukommen ins Rathaus, habe ich mich gestern in solider Vorbereitung auf die heutige Verkehrs- und Planungsdebatte auf einen Drahtesel geschwungen und habe mich auf den Weg von Eßling ins Rathaus gemacht. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Und? Hast dich verirrt?*) Ich habe das sogar auf Facebook gestellt. (*Beifall aus den Reihen der GRÜNEN.*)

Ich weiß nicht, ob du heute schon auf meinem Profil warst. Ich glaube, wir sind nämlich befreundet, der Rüdiger und ich. (*Zahlreiche Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.*) Facebook-befreundet. (*GR Karlheinz Hora: Na, sicher nicht!*) Er hat sich natürlich nicht mit seinem Namen eingetragen, aber ich habe einen Freund auf Facebook, der heißt Rolf Rüdiger und hat als Profilfoto einen Ranch Rover. Ich habe mir gedacht, das kann nur auf dich zutreffen. Also schau auf mein Profil. Ich habe eine kleine Filmsequenz beim Burggarten gedreht. Ich glaube, wir sind Freunde, und es ehrt mich auch. (*Lebhaftes Heiterkeit und Zwischenrufe im gesamten Plenum. – Beifall bei FPÖ und ÖVP. – GR Mag Christoph Chorherr: Was ist mit der Radgeschichte? Erzähl das weiter!*) Kommt schon, kommt schon, Herr Kollege Chorherr. Der Fahrradflüsterer ist nervös.

Ich hoffe, ich habe keine gefakten Freunde wie zum Beispiel andere neue prominente Mitglieder der Facebook-Gemeinde, die ja seit gestern – wir haben es den Medien entnehmen können – den Karl Steinschleifer, den Rudi Senf und den Gustl Fensterstock zu ihren Freunden zählen dürfen. Aber ich hoffe, dass du echt bist, der Rolf Rüdiger mit dem Ranch

Rover als Profilbild. *(Neuerliche Heiterkeit.)*

Um zum Radweg zurückzukommen – Kollege Chorherr setzt die Brillen auf –: Ich bin da schon öfter gefahren, und ich glaube auch, ich fahr mehr mit dem Radl als ihr alle miteinander. *(Widerspruch bei den GRÜNEN. – GR Mag Rüdiger Maresch: Du bist mehr mit dem Zimmerfahrrad unterwegs! Da kommst du nicht wirklich vom Fleck!)* Von Eßling da her ist ein weiter Weg, und ich habe mich gefragt, wo das Geld bis jetzt verbaut worden ist. Wir haben im Planungsausschuss in einigen Tranchen, also mit der Salomitaktik, schon ungefähr eineinhalb Millionen Euro gegen unsere Stimmen freigegeben. Ich sehe aber nicht viel. Ihr habt beim Rathaus einen Baum umgehauen – Kollege Stifter hat es vorher schon gesagt –, und ihr habt bei der Einfahrt zur Rathausgarage eine gefährliche Situation geschaffen. Aber was sonst mit dem ganzen Geld passiert ist, wissen nicht einmal die Ältesten. Vielleicht kann der Kollege Chorherr, der sich streichen hat lassen und vielleicht nachher dann zum Aufwischen noch einmal kommt, klarstellen, wo das ganze Geld hingekommen ist.

Wir sagen auf jeden Fall – der Kollege Stifter hat das richtig gesagt –, dort wird sehr viel Geld für ein Prestigeprojekt vergraben, Geld, das anderswo abgeht. Etwa dort, wo Radwege oder oft Mehrzweckstreifen auf die Straße gepinselt worden sind, und wo man vielleicht um das Geld, das dort verbaut worden ist, einen sicheren Radweg für die Pedalritter hätte bauen können.

Genauso sagen wir, die 900 000 EUR für die Radagentur, die aber wirklich lustige Geschäftsführer hat – man weiß ja, woher sie kommen –, sind aus unserer Sicht verschwendet. Das Geld hätten wir ebenfalls sinnvoll in den Radwegausbau stecken können.

Von den 210 000 EUR für das arbeitsscheue Phantom des Rathauses möchte ich jetzt gar nicht reden, weil sie nicht in diese Geschäftsgruppe passen. Aber wir werfen der Frau Stadträtin vor – und darum werden wir auch ihr Budget heute ablehnen –, dass sie reine Klientelpolitik macht. Aus ihrer Sicht, aus ihrer politischen Sicht, ihrer parteipolitischen Sicht ist das vielleicht verständlich, denn für sie kommen an 1. Stelle die Radfahrer, an 2. Stelle kommen die Radfahrer, und an 3. Stelle kommen – die Radfahrer – jetzt habe ich's wieder –, nachher kommt lange überhaupt nichts. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die Fußgänger!)* Nein, da kommt nichts. An 4. Stelle kommen noch einmal die Radfahrer, die Fußgänger kommen nirgends. Es gibt jetzt irgendwann zur Versorgung eines weiteren grünen Parteigängers einen FußgängerInnenbeauftragten – ich weiß nicht, wie man das ausspricht –, und das ist wieder Geldverschwendung.

Aber sie macht eines damit, das kritisieren wir, und das hat der Rudi Schicker, der viel Kritik von uns hat einstecken müssen, nicht gemacht: Er hat nicht verschiedene Gruppen von Verkehrsteilnehmern gegeneinander aufgewiegelt, doch genau das passiert im Moment. Da gibt es die Radfahrer, die stehen unter der Käseglocke, unter einem Glassturz ganz am oberen Ende der Evolution, und ganz unten stehen die bösen

Autofahrer, denen wir jetzt wieder Strafzahlung fürs Kurzparken in der Höhe von 65 EUR aufgebremst haben.

Mich wundert nur, dass die Frau Stadträtin nicht solche Zahlenspiele fürs Kurzparken angewendet hat wie StRin Sima, die die Hundesteuer um 65 Prozent hinaufgeschmalzt hat, aber gesagt hat, dass es nur 40 Prozent sind und man sie noch höher hinauf heben können hätte. – Das ist eigentlich ein Blödsinn, denn die Leute interessiert ja nur, was sie heute zahlen und was sie morgen für die gleiche Leistung zahlen müssen. Und bei der Hundesteuer sind es 65 Prozent, und so kassieren Rot und Grün brutal ab, wenn auch in diesem Fall bei der Hundesteuer nicht die Frau Stadträtin schuld ist.

Kassiert wird vor allem bei den Autofahrern, aber für die Fußgänger wird auch nichts gemacht. Das ist eine Polarisierung in dieser Stadt, die im Moment stattfindet. Das war in den letzten Monaten so und wird in den nächsten Jahren weitergehen. Das lehnen wir ab, und darum lehnen wir das Budget und die Politik von StRin Vassilakou ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Einpeitscher ist der Fahrradflüsterer Chorherr. Er hat das auch in einem „Report“-Interview frank und frei von der Leber weg gesagt, dass wir die Autofahrer zwingen müssen. Er wollte sich zwar nachher ausbessern, der ORF war aber so objektiv und hat auch die erste Fassung beibehalten, in der er gesagt hat, dass wir die Autofahrer zwingen müssen. Dann hat Chorherr sich gesagt, hoppla, ich glaube, das ist nicht gut! Wischblende. Wir müssen die Autofahrer dazu bewegen, dass sie auf die Öffis umsteigen.

Dass wir sie bewegen müssen, meine ich auch, aber nicht, dass wir sie zwingen müssen. Das erinnert mich an die UdSSR oder Nordkorea. Zwingen hat immer etwas mit Repressionen zu tun. Jetzt im Moment sind die finanziellen Repressionen an der Reihe. Aber zwingen ist jedenfalls nicht gut, Kollege Chorherr.

Man sollte den Autofahrern viel eher attraktive Öffis anbieten. Da ist noch einiges zu tun. Man sollte ihnen auf jeden Fall attraktive Park-and-Ride-Angebote bieten, denn sonst können sie nicht auf die Öffis umsteigen. Das geht nicht, denn irgendwo muss das Auto parken, wenn man draußen auf dem Land wohnt und keine Verbindung hat oder wenn man aus Eßling, Breitenlee oder aus Süßenbrunn kommt. *(GR Karlheinz Hora: Hast du schon beim Seestern geparkt? Dort gibt es eh eine Park-and-ride-Anlage! Wir haben diese extra für dich gemacht, und du benützt sie nicht!)*

Das dort beim Seestern ist wahrlich sehr sinnvoll! Vier Stationen weiter wohnt wirklich die Masse der Leute! Ihr habt das genau neben die Donau und den Campingplatz gebaut! Applaus! Bravo Charly! Das war ein Blödsinn! Sie hätten weiter hinaus gehört, auf jeden Fall zur jetzigen Endstelle und natürlich bei der zukünftigen Endstelle, also am Flughafen beziehungsweise in der Seestadt. *(Zwischenruf von GR Karlheinz Hora.)*

Es konnte mir noch keiner erklären, lieber Charly, auch Rüdiger Maresch nicht, wie die Leute, die heute aus dem Bereich Gänserndorf, aus Markgrafneusiedl,

Raasdorf, Untersiebenbrunn oder Obersiebenbrunn kommen und keinen Schnellbahnzugang haben, auf die U2 umsteigen sollen. Bei vier von fünf Stationen ... (GR Karlheinz Hora: *Aus Gänserndorf würde ich es mit der U1 probieren! Leopoldau!*)

Ich habe gesagt, nicht nur Leute aus Gänserndorf, sondern aus dem Bereich Groß-Enzersdorf, Marchfeld, östliches Marchfeld, Untersiebenbrunn. (Weiterer Zwischenruf von GR Karlheinz Hora.) Von dort kann man nur mit dem Auto nach Wien fahren, außer man hat Tagesfreizeit, um einen Parkplatz bei den neu geschaffenen U-Bahn-Stationen zu suchen. Es gibt keinen! Ihr habt Parkplätze vernichtet und habt dafür – ich erwähne es zum 97. Male – Stellplätze für 800 Fahrräder geschaffen, die selbst im Hochsommer höchstens zu 5 Prozent ausgelastet sind. Daher fahren die Gänserndorfer, die Eßlinger oder die Süßenbrunner mit dem Auto weiter. Wo sollen sie denn umsteigen? Sollen sie das Auto in die U-Bahn mitnehmen, oder sollen sie es in irgendeine Einfahrt stellen? Natürlich fahren sie weiter!

Das ist eine aus unserer Sicht stumpfsinnige Planung, die rein den Zweck hat, die Autofahrer zu schikanieren, und dann wundert ihr euch, wenn der Stau auf der Erzherzog-Karl-Straße heute genauso ist wie vor Eröffnung der U2. Da muss irgendetwas falsch gelaufen sein! Es ist keinen Deka besser geworden. Das ist falsche rote und grüne Verkehrspolitik, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Dieser verfehlten Politik werden wir heute einige Anträge entgegenstellen, und wir hoffen, dass vielleicht der eine oder andere auf die Zustimmung der Regierungsparteien stößt.

Der erste Antrag ist analog wie jener, der auch schon in anderen Geschäftsgruppen gestellt wurde, dass nämlich ein Fünf-Jahres-Budget vom zuständigen Stadtratsbüro und den vorgelagerten Betrieben erstellt werden soll, damit man wirklich einmal sinnvolle Budgetplanung vornehmen kann und nicht jedes Jahr aufs Neue ins Blaue und falsch investiert wird. Diesbezüglich verlangen wir in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung. (Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Der zweite Antrag könnte von den GRÜNEN kommen, zumindest vor der Regierungsbeteiligung. (GR Mag Wolfgang Jung: *Von den früheren GRÜNEN!*)

Er betrifft ein kleinräumiges Problem im 2. Bezirk, bei dem es um Grünraum und um Bäume geht, die kurz vor der Fällung stehen. Es handelt sich um das Bauvorhaben Haussteinstraße 7 bei der Pensionsversicherungsanstalt, wo seit über drei Jahrzehnten Baulandwidmung vorherrscht, aber nicht gebaut wurde. Dort sind schöne Bäume gewachsen, das ist ein kleiner, aber wichtiger Grünraum für die Anrainer in der Umgebung. Jetzt gibt es Gerüchte, dass dort in nächster Zeit ein Bauprojekt realisiert werden soll, was die Anrainer, die sich auch zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen haben, natürlich ablehnen. Darum stellen wir im Interesse der Bürgerinitiative und der Anrainer heute folgenden Antrag:

„Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe, eine Bebauung der Fläche in der Haussteinstraße 7, 1020 Wien, allenfalls auch mit einer Bausperre zu verhindern, und in weiterer Folge möge die Grünfläche der Pensionsversicherungsanstalt in der Haussteinstraße 7, 1020 Wien, wieder rückgewidmet werden.

Auch diesbezüglich verlangen wir die sofortige Abstimmung.“ (Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Jetzt zu den Anträgen im Zusammenhang mit der ASFINAG. Ich hoffe, der neue Vorsitzende des Planungs- und Verkehrsausschusses lauscht aufmerksam. Jetzt ist ja quasi auch die Stadt Wien für die ASFINAG zuständig, die Roten und die Grünen haben die Tangente ohne Stauverursachung instandgesetzt.

Jetzt geht es um die Trassenführung der S1 im Bereich Eßling, wo vor Kurzem zwei Informationsveranstaltungen, eine in Groß-Enzersdorf und eine in Eßling, stattgefunden haben. Diese waren sehr gut besucht, und die betroffenen Bürger aus der Gartenheimstraße und der Guntherstraße, wo es hunderte Einfamilienhäuser gibt und tausende Menschen wohnen, haben ganz klar gesagt: Die Trasse kommt für uns so nicht in Frage!

Die Einhausung sollte nur 300 bis 500 m nach Norden hinaufgezogen werden, dann würde auch der große Abgasturm um diese 300 bis 500 m nach Norden und weiter von den Siedlungen wegrücken, sodass die Lebensqualität der Menschen nicht über Gebühr beeinträchtigt werden würde.

Diese leben in einer Flugschneise. Der Bezirksvorsteher hat sich nicht getraut, zu dieser Informationsveranstaltung zu gehen, er hat einen Bezirksrat geschickt. Bei der Bürgerinitiative hat auch nicht er persönlich, sondern der Bezirksrat angerufen. Norbert Scheed ist für die Bürgerinitiative nicht erreichbar, was auch von besonderem Rückgrat spricht. Man muss sich nämlich auch trauen, unangenehme Wahrheiten zu verkünden! Das ist aber wohl nicht so seine Sache!

Wir haben aber auch eine rote Verkehrsministerin und eine grüne Verkehrsstadträtin. Und man kann Gespräche mit der Infrastrukturministerin führen. Die ASFINAG hat uns vor Ort gesagt, dass sie nur auf einen politischen Auftrag wartet. Klarerweise planen sie es jetzt um. Das kostet 30 bis 40 Millionen EUR, aber bei Gesamtprojektkosten von 1,8 Milliarden EUR muss das wohl drin sein! Sie brauchen nur ein Okay, dann wird umgeplant, und alle sind zufrieden. Und genau das verlangen wir heute: Die Stadträtin soll in Aktion treten. Auch diesbezüglich verlangen wir die sofortige Abstimmung. (Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Ebenfalls betreffend die S1, und zwar die Donauquerung vom Knoten Schwechat zum Öllager Lobau, bringen wir einen Vorschlag ein, um erstens Geld und zweitens Zeit zu sparen. Dort ist irrationalerweise auch die Donauuntertunnelung geplant, obwohl dort weit

und breit keine schützenswerte Natur zu bemerken ist und es auch keine Anrainer gibt. Bei der Lösung, die wir vorschlagen, würde die Donauinsel überbrückt werden. Diese Brückenlösung wäre um 500 Millionen EUR günstiger, und über die Donauinsel führen schon einige Brücken, ohne dass sich die zahlreichen Radfahrer, Läufer, Jogger oder Grillenden dadurch belästigt fühlen würden. Man könnte also noch eine Brücke bauen. Damit würden wir uns 500 Millionen EUR sparen, die wir sinnvollerweise in andere Infrastrukturprojekte stecken könnten. Wir wollen, dass die Stadträtin diesbezüglich in Gespräche mit der ASFINAG und der Verkehrsministerin tritt, um diesem sinnvollen Projekt zum Durchbruch zu verhelfen. – Wir verlangen die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich komme zurück zu einer Gruppe von Verkehrsteilnehmern, die unter der rot-grünen beziehungsweise zumindest unter der grünen Klientelpolitik rein für die Radfahrer zu leiden hat, nämlich zu den Fußgängern: Es kommt immer wieder zu schweren Verletzungen beziehungsweise sogar zu Toten, weil die Grünphasen der Ampeln viel zu kurz sind, weil die Gehsteige zu schmal und durch unnötige Radständer verbaut sind oder weil die Schulwegsicherung einfach in weiten Teilen von Wien mangelhaft ist.

Wir sagen: Die Verkehrsteilnehmergruppe der Fußgänger ist wohl die schwächste, aber sie hat gegenwärtig eigentlich noch keine Lobby. – Wir machen uns zur Lobby der Fußgänger, genauso wie wir uns für die Autofahrer zur Lobby erklärt haben, und wir verlangen zusätzlich zu den sowieso stattfindenden Maßnahmen im Bereich der Sicherheit und der Gehsteigerstellung ein eigenes, gesondertes Fußgängersicherheitsbudget in der Höhe von 15 Millionen EUR ab 2012, damit die Gesundheit geschützt wird und Leben gerettet werden. – Auch diesbezüglich verlangen wir die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt komme ich zum Schluss noch zu meinem Lieblingsantrag des heutigen Abends, nämlich zu einem Fluglärm Antrag. In den ersten Sitzungen nach der Bildung der rot-grünen Koalition haben wir unter anderem sehr viele grüne Fluglärm Anträge wortwörtlich noch einmal eingebracht. Die GRÜNEN haben sie abgelehnt, weil sie nicht mehr anders durften und haben gesagt: Wir sind eh in Gesprächen mit der Austro Control, um eine Optimierung – was immer das auch heißen mag! – der Flugrouten herbeizuführen.

Ich war jetzt bei einer Fluglärm Podiumsdiskussion im 23. Bezirk, und bei dieser habe leider nur ich gehört, weil ich dort war, dass Kollegen Maresch was gesagt hat? Die Gespräche sind gar nicht so einfach, all das ist sehr kompliziert! – Wir haben aber überhaupt noch nie einen Bericht bekommen, weder im zuständigen Ausschuss noch im Umweltausschuss betreffend Lärmschutz, weil sich Ulli Sima noch nie um den Lärmschutz, zumindest nicht um den Lärm aus der Luft, geschert hat. Im Planungsausschuss haben wir auch noch nie etwas davon gehört, ganz zu schweigen vom Gemeinderat. Hat

es die Gespräche gegeben? Was ist das Ergebnis? Wahrscheinlich genau null, weil sich die Austro Control zumindest in Gesprächen mit der Stadt nicht bewegen wird. Warum sollte sie auch? Die Fluglinien wollen möglichst gerade anfliegen und möglichst wenig Benzin und möglichst wenig Zeit verbrauchen.

Aber auch diesbezüglich gibt es eine einfache Lösung, denn die Austro Control agiert ja nicht völlig abgehoben von jeder Politik ganz für sich: Wenn die SPÖ-Verkehrsministerin zur Austro Control geht und anregt, dass sich die Fluglinien das anschauen und zu optimieren versuchen sollen, weil wir über Wien keinen Fluglärm mehr wollen und daher über dünn besiedelte Gebiete geflogen werden soll, dann kommt gewiss Bewegung hinein, egal was sie sagt.

Die GRÜNEN haben früher immer gefordert, dass die Flugroute über Liesing weggenommen werden soll, jetzt wollen sie aber nichts mehr davon wissen. Die Verkehrsministerin braucht nur zu sagen: Bitte tut dies oder jenes, und dann geschieht etwas. Aber da muss zuerst einmal die Stadt Wien und da müssen Rot und Grün aktiv werden. Kollege Valentin hat bei der Podiumsdiskussion erklärt, dass er nicht zuständig ist für den Fluglärm. Das hat ihm gleich zu Beginn großen Applaus eingebracht. *(Zwischenruf von GR Erich Valentin.)* Die Leute wissen, dass er immer Reden schwingt. Damit war die Diskussion gelaufen. Mir hat deine Wortmeldung gefallen, dass du nicht zuständig bist!

Ich bitte dich dennoch, falls du doch zuständig bist, mit der amtsführenden Stadträtin und mit dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses zur Infrastrukturministerin zu pilgern, die Vorstellungen der Stadt Wien darzulegen und die Infrastrukturministerin zu ersuchen beziehungsweise nachdrücklich aufzufordern, endlich die über 300 000 Menschen in Wien, die unter dem gesundheitsgefährdenden Fluglärm leiden, von ihren Qualen zu erlösen.

Besonders – und damit kommt auch StRin Wehsely in die Ziehung – sollte man natürlich jene Leute in Spitälern und sonstigen Pflegeeinrichtungen schützen, die in vielen Bereichen massiv unter dem Fluglärm zu leiden haben. Es ist nämlich besonders menschenfeindlich, unsozial und brutal, Tag und Nacht über Einrichtungen zu donnern, in denen ältere, kranke Personen oder kranke Kinder liegen.

Ihr habt jetzt Unterstützung von Niki Lauda bekommen, der gesagt hat: „Wer schläft schon von 9 Uhr bis 7 Uhr?“ – Ich meine: Er schläft wahrscheinlich, denn er fährt, nachdem er sich beim Gratisbuffet vollgestopft hat, nach Grinzing in die Millionenvilla und legt sich nieder. Er kann natürlich von 9 Uhr bis 7 Uhr ungestört schlafen, denn dort fliegt kein Flugzeug darüber. Aber hunderttausende andere Menschen in Wien haben dieses Glück nicht, und diese Menschen, die nicht das Glück haben, dreifacher Formel 1-Weltmeister oder mehrfacher Ex-Fluglinienbesitzer zu sein, können es sich eben nicht leisten, in der Kaasgrabengasse in Grinzing oder sonst wo zu wohnen, sondern müssen im Gemeindebau oder sonst wo bleiben und bislang noch

mit dem Fluglärm leben.

Darum sagen wir hier und heute in diesem Antrag, dass die zuständige Stadträtin in Zusammenarbeit mit der für Lärmschutz zuständigen Umweltstadträtin Sima in Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium, dem Flughafen und der Austro Control eine Neuordnung der Flugrouten für den Raum Wien auf Schiene bringen möge, wobei dicht besiedelte Gebiete und insbesondere Spitäler und andere Pflegeeinrichtungen künftig umflogen werden sollen. – Diesbezüglich ersuchen wir ebenfalls um sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend möchte ich alle Abgeordneten von Rot und Grün auffordern, diesen Anträgen zuzustimmen. Zweitens möchte ich die Stadträtin ebenfalls höflich ersuchen beziehungsweise auffordern, ihre polarisierende Verkehrs- und Planungspolitik rasch und endgültig aufzugeben. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Dr Aigner. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Es ist heute in der Debatte seitens eines Kollegen oder einer Kollegin der GRÜNEN ein denkwürdiger Satz gefallen, der auch sehr gut in die Debatte über die Verkehrs- und auch über die Stadtplanungspolitik passt: „Das Private soll politisch werden.“

Ich glaube, das hat man in der DDR als Staatsphilosophie betrieben, und diese Forderung, dass alles politisiert werden soll, zeigt sich auch und vor allem im Bereich der Verkehrspolitik. Anstatt dass man das Recht auf individuelle Wahlfreiheit des Verkehrsmittels achtet und sich in der Politik zur Maxime macht, das Nebeneinander verschiedener Verkehrsträger zu ermöglichen, will die Politik den Menschen die Wahl des Verkehrsmittels aufzwingen. – Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, weder in einer Stadt noch insgesamt, in der mir vorgeschrieben wird, welches Verkehrsmittel ich zu wählen habe. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Genau das betreiben Sie aber im Endeffekt: Es wird ideologisiert, dort, wo eigentlich Praktikabilität im Vordergrund stehen sollte. Ich meine, Politik soll nicht vorschreiben, sondern Politik soll ermöglichen. Es sollte ein Split an Möglichkeiten hergestellt werden. Es sollte ein öffentliches Verkehrssystem geben, das leistungsfähig ist, das aber auch den entsprechenden Komfort bietet. Wenn man sich aber die teilweise überfüllten U-Bahnen und Schnellbahnen in der Früh anschaut, dann muss man sagen: Selbst jemand, der wie ich nur mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in der Stadt fährt, entwickelt ein gewisses Verständnis dafür, dass die Menschen lieber im eigenen Auto sitzen und sich dort zumindest die Temperatur einstellen können.

Es ist also die Frage zu stellen: Wie attraktiv ist das Angebot? Das geht nicht nur über den Preis, das geht auch über den Komfort. Man hat seitens der öffentlichen Verkehrsmittel viele Jahre und Jahrzehnte die Tatsache verschlafen, dass man das Ganze auch mit

Klimaanlagen ausstatten kann und so weiter. Ich weiß das von privaten Busunternehmen, die im Auftrag der Wiener Linien Kurse fahren: Man hat diesen quasi vertraglich untersagt, Klimaanlagen anzubieten, weil dann die Leute realisieren könnten, dass diese in den öffentlichen, von den Wiener Linien betriebenen Verkehrsträgern fehlen.

Auch das ist ein Teil der gesamten Debatte: Was bietet man wirklich an? Dabei geht es nicht nur um den Preis, denn auch Komfort und das ganze Umfeld sind wichtig. Und es ist auch ganz wichtig, dass die Wiener Linien in die Lage versetzt werden, ihren Fuhrpark zu erneuern, denn wenn regelmäßig U-Bahnen verenden und den letzten Schnaufer machen, dann ist das natürlich auch nicht wirklich eine Werbung für dieses Verkehrsmittel. Man muss daher auch entsprechend dafür Sorge tragen, dass die Öffis eine echte Alternative sind.

Wie wichtig die Automobilindustrie ist, hat man in der Krise gesehen, als wir eine Verschrottungsprämie dafür gezahlt haben, dass die Leute wieder Autos kaufen. Wir wissen, dass zehntausende Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie daran hängen, wir wissen, dass das noch einer der wenigen industriellen Bereiche Europas ist, wo wir insgesamt eine Technologieführerschaft innehaben. Wenn die Leute aber Autos kaufen, dann aber nicht damit fahren sollen, dann ist das ja völlig absurd!

Wenn Sie sich auch die Kostenstruktur anschauen und sehen, dass es dort sehr viele Fixkosten gibt, dann sollten Sie verstehen, dass es nicht darum geht, das Autofahren zu vermiesen, sondern zu einem vernünftigen Miteinander beizutragen. Sie bewirken jedoch kein Miteinander, sondern ein Gegeneinander. Und wenn die Leute sich das nicht mehr leisten können, dann ist das ja im Prinzip auch eine Form von Zwang.

Ich möchte mir jedenfalls von den GRÜNEN nichts vorschreiben lassen, und ich weiß nicht, warum die Sozialdemokratie dabei immer mittut! Im Endeffekt haben wir nämlich gerade in der Automobilindustrie noch einen industriellen Anker, und eigentlich sollten die Sozialdemokraten den wirtschaftspolitischen Sachverstand nicht ganz bei den GRÜNEN abgeben, sondern dagegen halten. Sie hätten in der Opposition sicherlich eine entsprechende Unterstützung dafür, dass das Auto nicht verbannt werden soll, sondern dass das Autofahren leistbar und auch möglich sein soll. Das ist doch ein bisschen etwas von letzter Freiheit, die den Menschen geblieben ist!

Das sollen sich nicht nur die Reichen leisten können, aber so, wie Sie das Autofahren jetzt verteuern, werden es sich bald nur mehr die leisten können, denen letztlich auch Ihre Kostensteigerungen egal sind!

Wenn jetzt da von Feinstaub gesprochen wird: All das ist sehr bedauerlich! Wir haben jetzt eine Inversionswetterlage, vom Hausbrand redet kein Mensch, es wird auch sehr viel Feinstaub importiert. Und da sind wir auf einmal EU-hörig, und ich sage ganz ehrlich: So wie die Griechen die Defizitmahnungen einfach zerrissen und ignoriert haben, könnten wir

eigentlich auch die Feinstaubmahnungen ignorieren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir sind in einer Situation, in der die gemeinsame Währung am Krachen ist, weil man diese Vorschriften ignoriert hat. Das war allen egal, obwohl es alle gewusst haben. Man hat fleißig mitgemacht. Doch unser Budget ist trotz eines dreiprozentigen Wirtschaftswachstums immer noch nicht Maastricht-konform. Beim Feinstaub wird aber auf einmal die EU beschworen.

Dazu muss man auch sagen: Der Feinstaub hat sehr viele Väter. Ursachen dafür sind nicht nur der Straßenverkehr und die nicht vorhandene Straßenreinigung, sondern auch das Splitt Streuen, denn dieser wird zermahlen und so zu Feinstaub. Es gibt also noch ganz andere Ansatzpunkte. Das darf man aber nicht zum Vorwand machen, dass man letztendlich das Autofahren völlig unmöglich macht!

Für die Parkplätze gilt genau dasselbe: Zuerst werden jahrelang Parkplätze vernichtet, und dadurch wird der Effekt des Parkpickerls ja schon a priori ad absurdum geführt, weil man die kurzfristige Entlastung, die das Parkpickerl bringt, sofort dazu nützt, Parkplätze sinnlos zu vernichten und die Leute für etwas zahlen zu lassen, was eigentlich in Wirklichkeit gar nicht mehr vorhanden ist. Auch an dieser Stelle sage ich: Schluss mit der mutwilligen Parkplatzvernichtung und Schluss mit der Gebührenlawine!

Nun noch ein Wort zur Stadtplanung und Bürgermitbestimmung. Auch in diesem Zusammenhang wird Saulus zum Paulus oder umgekehrt: So lange es auf Seiten der GRÜNEN darum gegangen ist, etwas zu verhindern, war die Bürgermitbestimmung ein ganz probates Mittel, und man hat überall alles unterstützt. Wenn aber jetzt seitens der Bezirke gesagt wird, dass Tempo-30-Zonen und Parkpickerln nur dann kommen, wenn die Bürger im Rahmen der Mitbestimmung dazu Ja sagen, dann will man auf einmal von der Mitbestimmung nichts mehr wissen. Jetzt muss auf einmal das Private politisch werden, und offenkundig wissen die GRÜNEN, eine 11-Prozent-Partei, was für die Menschen gut zu sein hat. (*Beifall bei der FPÖ.*) Auch das ist ein Demokratieverständnis, das mehr als zu hinterfragen ist!

Sie können auch im Ressort Stadtplanung bei der Neugestaltung des Areals und der Gebäude der Semmelweisklinik im 18. Bezirk, welche auf Grund der Absiedlung der Klinik notwendig wird, zeigen, wie sehr Sie für die Bürgermitbestimmung sind. – Aber da hört man auf einmal nichts mehr davon, dass die Menschen mit einbezogen werden sollen! Da werden dann die eigenen grünen Anträge in der Bezirksvertretung relativiert und wird das Ganze auf eine Information herabgestuft nach dem Motto: Mitbestimmung heißt, dass man informiert wird, dass man zwar nichts mitbestimmen kann, aber einem halt das Gefühl vermittelt wird, als ob man etwas zu reden hätte.

Die Frage, was mit dem Semmelweis-Areal geschieht, ist auch eine Nagelprobe, wie mit einem innerstädtischen Grünraum umgegangen wird, der sehr wertvoll ist und für den sich auch die GRÜNEN zumindest auf Bezirksebene immer sehr eingesetzt

haben. Und wenn man sich anschaut, wir dort die Pavillons jetzt schon dem Verfall preisgegeben werden, dann liegt der Schluss durchaus nahe, dass dem Semmelweis-Areal im Endeffekt ein Steinhof-Schicksal droht und dass dort Genossenschaften oder sonstige, der Stadtverwaltung nahe stehende Bauträger das Ganze zupflastern werden.

Die freie Wahl der Verkehrsträger ist also ein ganz wichtiges Kriterium.

Und zur Gebührenlawine muss man sagen, dass das Valorisierungsgesetz fast wie eine Gebührenbremse wirkt. Wenn man sich anschaut, wie Sie jetzt die Gebühren erhöhen, dann muss man fast sagen: Mein Gott, warum hat man eigentlich das Valorisierungsgesetz so kritisiert? Dann wären es jetzt nicht 40 oder 70 Prozent, sondern nur 4 Prozent. Im Endeffekt haben Sie also Ihr eigenes Valorisierungsgesetz mit Ihrem Streifzug und Raubzug in die Taschen der Wienerinnen und Wiener völlig ad absurdum geführt, und auch dazu muss man ein ganz klares Nein sagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Gaal. Ich erteile es ihr.

GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dass Wien eine moderne, lebendige, sich immer weiter entwickelnde Stadt ist, merkt man vor allem bei der Arbeit in diesem Ausschuss: Es geht um die Gegenwart, aber vor allem um die Zukunft in unserer Stadt. Hier wird geplant, und es werden Ideen weiterentwickelt, es wird gestaltet und schlussendlich auch umgesetzt.

Herr Kollege Stiftner! Es hat sich definitiv gezeigt, dass Sie wirklich zu kurz in diesem Ausschuss sind, denn von Stillstand kann wirklich keine Rede sein! Daher sind auch die Berichte der Abteilungen bei der Rechnungsabschlussdebatte jedes Jahr so umfangreich und beeindruckend, und ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen der zuständigen Magistratsabteilungen für ihre engagierte und kompetente Arbeit bedanken!

Das größte Infrastrukturprojekt, das leider heute noch nicht erwähnt wurde, ich erwähne es jetzt aber auf jeden Fall, ist derzeit unbestritten der neue Hauptbahnhof. Hier entsteht eine neue Visitenkarte für Wien. Dieser barrierefreie Durchgangsbahnhof hat nicht nur enorme verkehrspolitische Bedeutung, sondern setzt auch wesentliche Impulse für die Entwicklung in diesem Gebiet. Der Hauptbahnhof ist nämlich mehr als nur ein Bahnhof. Es entstehen dort in Favoriten zig Tausende Wohneinheiten und Arbeitsplätze, und es entsteht auch die entsprechende Sozialinfrastruktur.

Ganz in der Nähe – genauer gesagt: Ecke Laxenburger Straße/Landgutgasse – wird ein ebenfalls spannendes und für den Bezirk durchaus positives Gebiet neu entwickelt. Der Hauptbahnhof ist eines von 13 Zielgebieten, deren Adaptierung wir hier vor Kurzem beschlossen haben. Diese Zielgebiete haben unterschiedliche Entwicklungspotenziale, und die Stadt

Wien wird dieser Tatsache mit dem entsprechenden Zielgebietsmanagement auch mehr als gerecht.

Die Zielgebiete bilden die Schwerpunkte der Stadtplanung in den kommenden Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es ist vor allem unsere Aufgabe, dass wir im Hinblick auf das prognostizierte Bevölkerungswachstum die Rahmenbedingungen für den Wohnbau in dieser Stadt schaffen. Es wurde hier schon mehrmals erwähnt – und ich muss zugeben, dass ich das nur unterstreichen kann –, dass es unserer besonderen Aufmerksamkeit bedarf, dass alle Verkehrsteilnehmer – ich betone: wirklich alle Verkehrsteilnehmer! – in dieser Stadt gleichberechtigt und problemlos unterwegs sein können.

Die Stadt Wien und im Besonderen die MA 46 sind mehr als bemüht, die hohen Sicherheitsstandards weiterhin hoch zu halten. Es muss uns bewusst sein, Kollege Mahdalik, dass der Radverkehr ständig zunimmt und mittlerweile wirklich schon eine echte Alternative zu anderen Verkehrsmitteln ist. Die Stadt Wien hat das bereits vor vielen Jahren erkannt und entsprechend investiert, um den Wienerinnen und Wienern ein hochrangiges Radwegenetz zur Verfügung zu stellen. Den Erfolg sieht man auch an der Beliebtheit der Citybikes, und es wird künftig mehr davon geben.

Im Sinne des Modal-Split, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss es in unser aller Interesse sein, dass die drei umweltschonenden Verkehrsteilnehmer, nämlich die Fußgänger, die Radfahrer und die öffentlichen Verkehrsmittel gefördert werden. Es wird in letzter Zeit viel über den Radverkehr und über den Autoverkehr gesprochen, aber wir dürfen auf keinen Fall, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fußgänger vergessen! Erfreulicherweise befindet sich der Fußgänger hier in dieser Stadt auf einem sehr hohen Niveau, und dieses gilt es weiter auszubauen.

Es ist unsere Aufgabe, die Straßenräume so zu gestalten, dass sie für die Fußgänger noch attraktiver werden. Ich meine jetzt breite, gut beleuchtete Gehwege, barrierefreie Übergänge und Fußgängerzonen, die die Leute einladen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch eine Optimierung der Ampelphasen.

Deshalb brauchen wir – auch das ist unbestritten – einen Fußgängerbeauftragten, der sich intensiv um diese wichtige Querschnittsmaterie kümmert und dessen Aufgabe nicht nur die Planung sein wird, sondern vor allem darin liegen wird, die Wienerinnen und Wiener entsprechend zu sensibilisieren. Er oder sie muss nicht nur neue Projekte und neue Ideen entwickeln, sondern vor allem bereits gestartete erfolgreiche Projekte umsetzen.

Beispiele sind der Arsenalsteg, der wichtige Rad- und Fußweg beim Hauptbahnhof, die autofreie Verbindung zwischen dem 10. und dem 3. Bezirk, oder auch die neue attraktive Meidlinger Hauptstraße, die fünftgrößte Einkaufsstraße Wiens, die dann noch mehr zum Einkaufen einladen wird.

Außerdem wurde gerade ein sehr erfolgreiches Projekt abgeschlossen, nämlich die Schulwegpläne für die Volksschulen. Dieses Projekt wird in einem nächsten

Schritt für die AHS, die Mittelschulen und die Berufsschulen erweitert werden. Diese Schulwegpläne zeigen an, welche Schulwege am sichersten sind beziehungsweise auf welche Stellen man besondere Aufmerksamkeit legen muss. – All diese Projekte, die der Fußgängerbeauftragte betreuen wird, werden die Menschen im Alltag motivieren, noch mehr zu Fuß zu gehen.

Und natürlich darf auch – das ist wichtig bei all den Maßnahmen, die die Stadt setzt – die dritte umweltfreundliche Mobilitätsform, nämlich der öffentliche Verkehr, wie auch schon in der Vergangenheit, nicht vergessen werden, sondern muss – im Gegenteil – weiter ausgebaut werden. Ich denke jetzt nicht nur an die U2-Verlängerung in die Seestadt Aspern, sondern mir ist natürlich als Favoritner Mandatarin die U1-Verlängerung in den Süden ganz besonders wichtig. Dass nämlich Favoriten als einwohnerstärkster Bezirk mit rund 173 000 Einwohnern nur 2 U-Bahn-Stationen beziehungsweise, wenn man dann den Hauptbahnhof dazunimmt, 3 U-Bahn-Stationen hat, ist unerträglich, und deshalb brauchen wir diese Verlängerung, für welche die Vorarbeiten ja bereits begonnen haben, ganz dringend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPÖ garantiert den Wienerinnen und Wienern Leistungen auf höchstem Niveau, und wir werden auch in dieser Regierung diesen erfolgreichen Weg weitergehen und verantwortungsvoll – und das ist der springende Punkt – die Zukunft der Wienerinnen und Wiener gestalten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für den nächsten Redner darf ich in Erinnerung rufen, dass ab jetzt nur mehr 15 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Herr GR Ing Mag Dworak ist der nächste Redner. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Frau Stadträtin! Frau Vizebürgermeisterin!

Wenn sich Frau Kollegin Gaal alles Mögliche wünscht, dann wünsche ich ihr alles Gute! Sie tut nämlich so, als ob das Geld in dieser Stadt abgeschafft wäre. Ich frage Sie jetzt: Kennen Sie Jefferson County im Bundesstaat Alabama in den USA? – Ich denke, sie kennen es nicht. Sie von der rot-grünen Regierung sollten es aber kennen! Jefferson County hat rund 650 000 Einwohner und 4,1 Milliarden US-Dollar Schulden. Am Mittwoch musste die Kommune Bankrott anmelden, nachdem die Refinanzierung eines 3-Milliarden-Dollar-Kredites nicht geklappt hat. Die Kommune ist pleite gegangen. Die 3 Milliarden wurden für das Kanalnetz ausgegeben. Ich möchte das hier wirklich nur als warnendes Beispiel für diese Stadt und deren Schulden anführen. 6 300 Dollar pro Kopf ist eigentlich kein riesiger Schuldenstand, wenn man denkt, wie hoch die USA verschuldet sind oder wie hoch auch Österreich verschuldet ist.

Wien hat Ende 2011 Schulden von 4 Milliarden EUR, ohne dass die Schulden von Wiener Wohnen von 2,4 Milliarden dazugerechnet sind. Aber der

Schuldenzuwachs ist immer bedrohlicher geworden. 2009 waren es ohne Wiener Wohnen noch 1,87 Milliarden, beim Rechnungsabschluss 2010 waren es schon 3,07 Milliarden, und Ende dieses Jahres werden es 4 Milliarden EUR Schulden sein, welche die Stadt Wien nur im normalen Bereich aufgehäuft hat.

Bei uns bekommt jeder Säugling von der Stadt Wien schon einen Schuldenrucksack von 2 300 EUR umgehängt. Dabei sind nicht die Schulden berücksichtigt, die der Bund hat, nämlich 216 Milliarden mit einer jährlichen Zinslast von 8 Milliarden.

Schuldenbremse, meine Damen und Herren, heißt das Zauberwort, das sich die Spitzen der Bundesregierung vorgegeben haben. Von Wien habe ich diesbezüglich noch nicht sehr viel gehört, und ich habe auch von Sanktionen, was geschieht, wenn diese Schuldenbremse nicht greift, noch nichts gehört. *(Zwischenruf von GR Dr Alois Mayer.)*

Kommen wir nun aber zum Verkehrs- und Planungsressort. Hier hat man sich auf eine neue Form des Raubrittertums festgelegt. Es hat nämlich nicht ausgereicht, dass manche Gebühren heuer bereits um 33 Prozent steigen wie die Wassergebühr oder andere Gebühren nach dem unseligen Evaluierungsgesetz erhöht werden. Nein! Das Ressort der grünen Vizebürgermeisterin schoss den Vogel ab: Gleich um 66 Prozent sollen die Kurzparkgebühren erhöht werden, obwohl diese bereits mit 1.1.2007 unter der roten Alleinregierung schon massiv erhöht wurden. Nicht nur, dass die Zahl der Kurzparkplätze von 125 000 auf 255 000 erhöht werden soll, es kommt gleich noch eine kalte Dusche für alle, die ein Auto haben, nämlich eine willkürliche, ausschließlich die PKW-Besitzer belastende Erhöhung der Kurzparkgebühren um, wie gesagt, 66 Prozent, meine Damen und Herren.

Allerdings sind die Einnahmen aus dieser Gebühr nicht zweckgebunden, wie wir oftmals gefordert haben. Dazu gab es die sehr nebulöse Begründung, dass man die Umwelt schützen und die Staatsbürger erziehen will, wie ich gehört habe. – Meine Damen und Herren! Das stimmt nicht! Es geht dabei nur um die Abzocke der Steuerzahler, und das ist schlimm. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Kommen wir zur Radfahrpolitik der GRÜNEN: Dass es sich bei der Radfahrpolitik um eine reine Klientelpolitik zum Nachteil von Fußgängern und Autofahrern handelt, haben wir schon gehört. – Die ÖVP hat sich immer dafür ausgesprochen, dass es eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer gibt und hat immer auf mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer hingewiesen. Meine Damen und Herren! Es kann nicht sein, dass ausschließlich eine Gruppe von Verkehrsteilnehmern auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmer bevorzugt wird! Der Straßenbau, meine Damen und Herren, wird ausgehungert. Im Budget der grünen Stadträtin fällt heuer besonders auf, dass beim Straßenbau gespart werden soll. Offenbar soll beim dringend erforderlichen Infrastrukturausbau massiv gespart werden, während die Ausgaben für Radfahrwege in letzter Zeit deutlich gestiegen sind.

Die Bezirke haben kaum Geld, um ihre Straßen in Ordnung zu halten, und die GRÜNEN kürzen beim Straßenbau. Spannend ist auch, dass für den Ausbau der oft zitierten Schiene beispielsweise ins Umland Wiens ebenfalls weniger Geld vorhanden sein wird, obwohl man erst vor kurzer Zeit, weil man die U-Bahn nicht ausbauen will, vom Ausbau der S-Bahn gesprochen hat. Offensichtlich hat man das im Budget aber vergessen!

Kommen wir nun aber zu der Unsitte der Beauftragten. Wir haben heute schon davon gesprochen. Vor allem bei den GRÜNEN entwickelt sich die Unart, für alle möglichen guten Freunde Posten außerhalb des Magistrats zu schaffen, seien es ein Posten eines unsichtbaren Universitätsbeauftragten, eine Radagentur in Form einer GmbH, der bereits jetzt die Mitarbeiter weglaufen, oder der unbändige Wunsch, einen Fußgängerbeauftragten zu schaffen. – Die ÖVP lehnt die Schaffung eines eigenen Fußgängerbeauftragten außerhalb des Magistrats ab, meine Damen und Herren! Die bestehende Fußgängerkoordinatorin soll ihre Arbeit ordentlich wahrnehmen und mit Budget ausgestattet werden, bevor neue Posten zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschaffen werden!

Daher bringen meine Kollegen Roman Stiftner, Norbert Walter und Martin Flicker beziehungsweise ich den nachfolgenden Beschlussantrag betreffend keine Bestellung eines Fußgängerverkehrsbeauftragten ein. Die derzeitige Fußgängerkoordinatorin möge in ihrer Funktion so weit mit Kompetenzen ausgestattet werden, dass sie in der Lage ist, entsprechend ihrem Auftrag für eine fußgängerfreundliche Verkehrspolitik in dieser Stadt zu sorgen. Die Bestellung eines weiteren Fußgängerverkehrsbeauftragten ist daher abzulehnen. – Wir beantragen die sofortige Abstimmung dieses Antrages. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kommen wir nun zu Planungsthemen respektive liegengelassenen EU-Förderungen: Beim Geldausgeben kommt es offenbar zu Konflikten innerhalb der rot-grünen Stadtregierung. Am Beispiel der EU-Förderung sehen wir das. Gürtelprojekte könnte man finanzieren. Die Mittel von 25 Millionen EUR sind nur zirka zur Hälfte ausgenutzt. Die Frau Stadträtin hat jedoch gesagt, es sei kein Geld vorhanden. – Na ja, wenn man die EU-Mittel nicht nutzen will, dann sagt man einfach Nein beziehungsweise vertröstet auf irgendwann vielleicht!

Bei der Stadtplanung, meine Damen und Herren, steht auch nicht alles zum Besten. Ich führe beispielsweise Bereiche wie TownTown, St Marx, Gasometer-City oder Erdberger Mais an, wo die Planungen alles andere als ein Ruhmesblatt sind. In St Marx wartet man wie gebannt auf den ORF, ob er sich das Grundstück leisten möchte. Eigenartigerweise hat man vor zehn Jahren noch nicht einmal gewusst, was man mit dem ehemaligen Schlachthof da unten in St Marx machen möchte. Damals hat man aber bereits von einem Medienzentrum gesprochen. War die Übersiedlung des ORF von langer Hand geplant? – Ich denke, es werden noch viele Leute an diesen Einrichtungen verdienen wollen! Jetzt stehen die Flächen

unten in St Marx und Umgebung aber größtenteils leer. Das MG-Gebäude hat einen Leerstand von 60 Prozent; in diesem Gebäude ist das städtische Parkraummanagement untergebracht, damit man überhaupt Teile vermieten kann.

Die neueste Planung von TownTown lässt in uns eher Befürchtungen aufsteigen, dass es sich um eine Geisterstadt, eine echte Ghosttown, anstelle eines belebten Stadtteils handeln wird. Wir lehnen daher diese Planung rund um St Marx ab.

Abschließend möchte ich kurz auf den STEP 2014 eingehen. Man hat offensichtlich erstmals alle Pläne – zumindest hat man uns das erzählt – zusammengelegt, um eine neue Art des Stadtentwicklungsplanes zu entwickeln und vorzustellen. Wir hoffen, dass man jene Punkte berücksichtigen wird, die wir bereits 2005 und später kritisiert haben wie etwa die Berücksichtigung der Entwicklung der Einkaufsflächen beziehungsweise das Wachstum der Einkaufsflächen, die Problematik der Entindustrialisierung Wiens durch verbesserte Planung von Betriebs- und Gewerbeflächen sowie die Belegung von Grätzeln zur Verbesserung der Identitätsfindung der Wienerinnen und Wiener mit ihrem Bezirk.

Insgesamt bedeutet die Übernahme des Planungsressorts durch die grüne Partei mehr Unruhe, mehr Frust unter den Verkehrsteilnehmern und eine reine Klientelpolitik.

Die ÖVP lehnt deswegen das Budget ab. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren!

Manche können es nicht vertragen, dass eine Partei, die ein sehr klares Ziel hat, die Regierung antritt und dieses Ziel auch mit einer gewissen Vehemenz umsetzt. Es steht im Regierungsübereinkommen vielleicht noch ein bisschen dürr, dass der Umweltverbund ausgebaut, eine nachhaltige Stadtentwicklung umgesetzt und der Autoverkehr reduziert werden müssen. Daher muss man diesbezüglich jetzt etwas tun.

Nun zu Kollegen Aigner. *(GR Franz Ekkamp: Bei der ÖVP ist er nicht!)* Richtig! Bei der ÖVP ist er nicht! Bei der FPÖ ist er gerade auch nicht. *(GR Kurt Stürzenbecher: Etwa bei Opus Dei?)* Er ist unabhängig, und er spricht von der berühmten freien Verkehrsmittelwahl. Wenn Sie heute auf der Kärntner Straße eine Umfrage machen würden, ob dort wieder Autos zugelassen werden sollen, dann wäre das, glaube ich, nicht von großer Zustimmung getragen.

Grüß Gott, Herr Kollege Aigner! *(GR Dr Wolfgang Aigner! Grüß Gott!)*

Dort gibt es keine freie Verkehrsmittelwahl. Ich sage jetzt einmal, dass es dort Vorrang für Fußgänger gibt, und 95 Prozent der Wienerinnen und Wiener und auch internationale Besucher finden das klass! Überall dort, und zwar nicht nur in Wien, sondern auf der ganzen Welt, wo Raum für Fußgänger, für Radfahrer und für den öffentlichen Verkehr selbstverständlich zu Lasten des

Autoverkehrs zurückgewonnen wird, gewinnen die Attraktivität der Städte, der Tourismus und die Lebensqualität in Summe. Dieses Ziel verfolgt diese Wiener Regierung, und sie wird dieses auch weiterhin verfolgen. Es geht nicht um Umerzwehung, sondern es geht um ganz klare Signale. Und man muss wirklich blind sein, um diese Signale nicht zu sehen.

Ein Euro pro Tag im öffentlichen Verkehr: Ich glaube, das gibt es auf der ganzen Welt nicht! Vielleicht gibt es irgendwo so etwas! Mir ist aber noch nie untergekommen, dass eine Stadtverwaltung in Zeiten knapper Kassen die Öffi-Tarife für jene, die das als Infrastruktur benutzen, signifikant gesenkt hat. Das gibt es nirgendwo auf der Welt, und darauf sind wir stolz. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wir wären aber auf der anderen Seite, gerade um die Finanzierungskraft der Stadt aufrechtzuerhalten, absurd beraten, wenn wir nicht in der Tat dort, wo es auch aus Lenkungsgründen sinnvoll ist, Gebühren erhöhen würden. – Ich sage gar nicht anpassen dazu, sondern ich sage, erhöhen. Gebühren werden dort erhöht, wo einerseits Kosten anfallen oder – wie es die Frau Vizebürgermeisterin völlig richtig gesagt hat – um Anreize zu setzen. Ja! Wir wollen Anreize setzen, dass die Leute mehr mit dem öffentlichen Verkehr fahren, dass die Leute mehr zu Fuß gehen, dass die Leute mehr das Rad benutzen und weniger mit dem Auto fahren.

Wow! Das ist eine Erkenntnis, was GRÜNE in dieser Stadt wollen, und das hat Konsequenzen. Und diese Konsequenzen wurden hier teilweise heftig kritisiert, aber genau das soll angestrebt werden.

Es wird jetzt von Raubrittertum gesprochen. – Ich meine, man kann schon ein bisschen über die Grenzen der Stadt hinausschauen. Ich darf jetzt zum Beispiel Kurzparkgebühren anderer Städte anführen, ich füge aber hinzu: Achtung! Das ist in Wien nicht geplant! – Die Kurzparkgebühren betragen pro Stunde in London 6 EUR. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Und was verdient man in London?)*

Die Kurzparkgebühren betragen pro Stunde in Amsterdam 5 EUR, in Tallinn –apropos verdienen! – 4,5 EUR, in Stockholm 4,5 EUR, in Helsinki 4 EUR, in Kopenhagen 3,80 EUR, in Oslo 3,70 EUR, in Paris 3,60 EUR, in Berlin liegen sie auch über 2 EUR, und selbst in Brüssel und Madrid sind sie höher als in Wien. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Wollen Sie Autofahren in Wien zur sozialen Frage machen?)*

Also Leutln, macht euch nicht ins Hemd! *(Beifall bei den GRÜNEN. – Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)* Hat er zugehört? – Okay! Soll Autofahren zur Sozialfrage werden? *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Autofahrer sind auch soziale Wesen!)* Autofahrer sind zutiefst soziale Menschen! Sagen wir einmal so: Menschen sind soziale Wesen, die gelegentlich ins Auto einsteigen, die gelegentlich im öffentlichen Verkehr fahren und die gelegentlich mit dem Rad unterwegs sind. Sie haben gesagt, dass wir die Leute nicht gegeneinander ausspielen sollen! Ein Autofahrer ist ja keine eigene Spezies, der in der Früh irgendwo in einem Blechkäfig aufwacht und, damit er den Kaffee sieht, die

Scheibenwischer einschaltet. So ist das ja nicht!

Wenn es um die soziale Frage geht, dann schlage ich vor, dass wir diese morgen Früh beim Thema Wohnen diskutieren! Im privaten Wohnungssektor sind nämlich in der Tat die Zuwachsraten beängstigend. Darum gibt es von Kollegen Ellensohn und Kollegen Schicker eine Initiative, dass man die Mietzinsbegrenzungen verschärft. In diesem Bereich zählt die soziale Frage. Man kann sich nämlich zwar überlegen, ob man mit dem Auto von A nach B fahren möchte, aber man kann nicht einfach seine Wohnung kündigen und sich unter die Brücke setzen. Wenn Sie also die soziale Frage ernst nehmen, dann bringen Sie Ihre ÖVP-Bundespartei auf Kurs, dass endlich Mietzinsbegrenzungen wirklich umgesetzt werden! In diesem Zusammenhang stellt sich die soziale Frage nämlich sehr ernsthaft! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wir haben da in der Tat in Wien ein Problem. Das werden wir morgen diskutieren. Sparen Sie sich aber Ihre Krokodilstränen wegen 2 EUR für eine Stunde, und rufen Sie Kurzparken nicht zur sozialen Frage aus! Hey, Leute, das ist lächerlich!

Dann fahren Sie wirklich mit dem Rad! Herr Kollege Juraczka! Ich lade Sie ein! Wenn es sogar Kollege Mahdalik mit dem Rad schafft, dann schaffen Sie es auch! *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Das kostet gar nichts, und ich garantiere Ihnen: So lange die GRÜNEN in der Regierung sind, also in den nächsten viereinhalb Jahren, wird es keine Kurzparkzonenpreise für Radfahrer geben und auch nicht für Fußgänger! Abgesehen davon macht Radfahren fit.

Ich wollte den vorher angeführten internationalen Vergleich nur deswegen bringen, damit wir ein bisschen – wie es so schön heißt, ich sage das jetzt in Richtung ÖVP – die Kirche im Dorf lassen. Ich weiß ja nicht, was da jetzt alles ausgebrochen ist! – Bleiben wir bei der Vision. Ich möchte jetzt auf den Planungsbereich, ein bisschen verknüpft mit dem Verkehrsbereich, noch eingehen. Es gibt eine Reihe von Problemen bei der gesamten Stadtentwicklung des Großraums Wien.

Ich habe das schon einmal zitiert. Vor zwei Jahren gab es eine wirklich beängstigende Bevölkerungsprognose. Diese wurde vom Statistischen Zentralamt visualisiert. Man hat sich dort getraut, eine Wanderungsprognose aller Regionen Österreichs zu erstellen, aus der ersichtlich ist, wo wir bis 2050 die größten Zuwächse an Einwohnern zu erwarten haben.

Wo haben wir diese zu erwarten? Der größte Zuzug – unter Anführungszeichen – Österreichs findet rund um Wien statt, vor allem im Norden Wiens, aber auch im Osten Wiens. Ich füge hinzu: Je mehr Autobahnen ins Umland führen, desto mehr Abwanderung gibt es. *(GR Mag Wolfgang Jung: Weil die Leute aus dem 14. und 15. Bezirk flüchten! Das ist es!)*

Würden so viele Leute aus Wien flüchten, dann hätten wir eine totale Schrumpfung der Wiener Bevölkerung! Jetzt muss ich ganz geschwind nachdenken, ob ich vielleicht gerade in der falschen Stadt lebe! – Stimmt es, dass Wien einen Zuzug von 20 000 Einwohner pro Jahr hat? *(GR Mag Wolfgang*

Jung: Ja, das stimmt!)

Die Abwanderung aus Wien besteht also darin, dass Wien dermaßen unattraktiv ist, dass jedes Jahr 20 000 Leute dazukommen! Eine solche Abwanderung würde ich mir einmal in Oberkärnten oder im Waldviertel wünschen!

Wir haben also um 20 000 Leute mehr in Wien und noch viel mehr im Umland. Das hat damit zu tun, dass diese Stadt als Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz und somit als Zuwanderungsstadt beliebt ist. Es kommen Zuwanderer aus Niederösterreich, aus dem Burgenland, aus Polen und aus Deutschland. Letztere ist übrigens die größte Zuwanderungsgruppe, die wir in Wien haben, wie immer Sie von der FPÖ das qualifizieren mögen! Wien ist also attraktiv, aber trotzdem wäre es ein riesiges Problem, wenn diese Prognose auch nur annähernd Realität wird, dass rund um Wien das Wachstum noch viel stärker sein wird als in Wien.

Darum sind wir ...*(GRin Mag Dr Barbara Kappel: Bemüht!)* Ja! Danke, Frau Kollegin! Wir sind sehr bemüht – und das ist nicht leicht –, sicherzustellen, dass es hier nicht so wie in Paris oder London oder in vielen deutschen Städten sein wird, dass man zwar in der Stadt leben möchte, es sich aber nicht leisten kann und deswegen ins Umland zieht.

Gründe dafür sind unter anderem die Bodenpreise oder die privaten Mietwohnungspreise, auf die ich bereits eingegangen bin. Diesbezüglich können Sie ein bisschen in ihrer eigenen Klientel nachbohren! Noch ist es so – und es ist nicht leicht, das mit knappen Mitteln aufrechtzuerhalten, aber diese Regierung wird vehement darum kämpfen, dass das weiter möglich ist! –, dass man auch aus sozialen Gründen sehr wohl in Wien eine Wohnung findet.

Heute reden wir über Planung, und ich sage das jetzt nicht in eine bestimmte Richtung, sondern stelle das ganz allgemein fest, auch in Richtung Sozialdemokratie und in unsere eigene Richtung. Es ist gar nicht leicht für uns als GRÜNE zu sagen, wir bauen in den nächsten 20 Jahren die zweitgrößte Stadt Österreichs nach Wien. *(GR Mag Wolfgang Jung: In 20 Jahren kennt Sie ja keiner mehr! Dann sind die GRÜNEN schon Geschichte, wenn sie so weiter tun!)*

Die zweitgrößte Stadt Österreichs wird nach Wien gebaut, und wir schaffen entsprechende Voraussetzungen über qualitätsorientierte Widmungen. Da wird es eine Reihe von Auseinandersetzungen und Konflikten geben. Wenn man eine Stadt für 200 000 Einwohner mit Schulen, Büros und Wohnungen baut, dann wird es Auseinandersetzungen geben. Diese werden wir unter dem Begriff BürgerInnenbeteiligung, der auch Titel des Ressorts ist, so gut wie möglich im Dialog führen. Aber das ist eine Herausforderung. Wir wollen es schaffen, dass niemand gezwungen ist, ins Umland zu ziehen. Das ist eine Herausforderung, der sich dieses Ressort massiv stellen wird. Der Stadtentwicklungsplan soll sich mit diesem Bereich befassen, und wir wollen auch neue Wege der Verkehrsorganisation gehen.

Abschließend noch eine kurze Verbindung zwischen

Planung und Verkehr. Gerade in den am stärksten wachsenden Bezirken, wo sich die größten Grundstücksreserven befinden, nämlich im 21., 22. und 23. Bezirk, gibt es viele Flächen und Möglichkeiten der Entwicklung. Etwa die Seestadt Aspern ist eine vorbildliche Form, wo vor der Besiedelung schon der U-Bahn-Anschluss vorhanden ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Punkt erwähnen, der mir relativ wichtig ist: Ich glaube, dass uns im Zusammenhang mit dem Verkehr neue Technologien entgegenkommen können: Der Boom um die E-Bikes in ganz Europa und auf der ganzen Welt lässt darauf schließen, dass dadurch der ganze Komplex Park-and-ride ein bisschen modifiziert werden wird, dass man zunehmend nicht eineinhalb Tonnen von zu Hause in Richtung U-Bahn in Bewegung setzen wird, sondern dass es andere attraktive Formen, zur U-Bahn zu gelangen, geben wird. Es müssen nicht alle ein Brompton haben, das man falten kann und mit dem man in der U-Bahn bis in die Stadt fahren kann. Herr Kollege Mahdalik! Damit sind Sie so geschwind wie mit nichts anderem in der Stadt!

Wenn wir also flächendeckend rund um U-Bahn-Stationen und S-Bahn-Stationen diese neue Form von Park-and-ride für zweirädrige Fahrzeuge ausbauen, dann ist das eine Variante, die große Verlagerungspotenziale vorsieht.

Ich habe jetzt noch eine Minute und möchte abschließend auf eine von der Frau Vizebürgermeisterin bereits skizzierte Schwerpunktsetzung in der Stadt Wien eingehen, nämlich auf die breit angelegte Initiative rund um Carsharing. – Wenn immer darüber geklagt wird, wohin man die Autos stellen soll, dann ist das die Konsequenz einer völligen Fehlinvestition. Wer aus der Wirtschaft kommt, weiß, dass eine Maschine, die nur zu 2, 3 oder 4 Prozent der möglichen Gesamtnutzungsdauer ausgenutzt wird, nicht rasend intelligent genutzt wird. Darum wird der Weg in Wien in die Richtung führen wie in Paris, in Hamburg oder auch in ganz vielen amerikanischen Städten: Autos nutzen, statt besitzen. Es muss das Angebot bestehen, dass es möglich ist, das Auto dann zu nutzen, wann es sinnvoll ist, es zu nutzen: Dann soll es serviciert sein, und man soll sich um nichts kümmern müssen, weder um Winterreifen noch um das Pickerl.

Das wird den Trend, den wir in Wien – Gott sei Dank! – haben, dass die Autozahlen pro Kopf der Bevölkerung sinken, hoffentlich noch verstärken können. Das spart den Leuten Geld und ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Maßnahme. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu mitternächtlichen Stunde darf ich nun Herrn GR Irschik das Wort erteilen. Ich sage für alle, die einen Uhrenvergleich machen wollen: Es ist 0.00 Uhr. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Jetzt ist Geisterstunde!)* Bitte, Herr Gemeinderat.

GR Wolfgang **Irschik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Hoffentlich bedeutet das kein Unglück!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Frau

Vizebürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Ich war doch ein bisschen überrascht von der Wortmeldung des Kollegen Stiftner. Roman! Ich weiß nicht, ob ich dich jetzt korrekt zitiere: „Jeder Radfahrer ist ein Autofahrer weniger.“ – Wenn du das so gesagt hast, dann irritiert mich das schon ein bisschen. Das klingt nämlich in Richtung Radfahrfraktion wirklich so, als wäre das Radfahren wirklich das Schönste, was es gibt auf der Welt, und dass alle Autofahrer die Bösen sind, die zwar zahlen dürfen, aber ... *(GR Mag Christoph Chorherr: Es steht ja auch hier auf meinem T-Shirt: Radfahren macht glücklich!)*

Ja, Sie haben wieder ein fesches Leiberl an, Herr Kollege Chorherr! Aber Sie wissen ohnedies, wie das ist, wenn man die Autofahrer zwingen will, ich erinnere an die Fernsehsendung. Man sollte sich vielleicht nicht so exponieren! *(Zwischenruf von GRin Dr Sigrid Pilz.)* Mit Ihnen, Frau Kollegin, fahre ich noch um die Wette! *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Kollege Stiftner! Ich möchte in Richtung Wirtschaftspartei ÖVP sagen: 360 000 Arbeitsplätze sind in Österreich an die Kfz-Industrie gebunden, und Ihre Bundesfinanzministerin nimmt pro Jahr 13 Milliarden EUR vom österreichischen Auto- und Motorradfahrer ein. Bitte, das nicht zu vergessen, wenn Sie sagen: Jeder Radfahrer ist ein Autofahrer weniger!

Ich gehe davon aus, dass am Ende des heutigen Sitzungstages wir alle, so wie wir da sind, mit dem Fahrrad heimfahren werden. Davon bin ich überzeugt. Wir alle werden mit dem Fahrrad heimfahren! Ich habe es bei unserer Marathonsitzung, die gegen 3 Uhr Früh zu Ende war, gesehen, wie Mitglieder aller Fraktionen beim Ausgang Lichtenfelsgasse gestanden sind und sehnsüchtig auf ein Taxi gewartet haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass da so viele mit dem Fahrrad gefahren sind! Auch von den GRÜNEN nicht, ihr seid auch mit dem Taxi gefahren! So schaut die Realität aus, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Ich komme jetzt zu Kollegen Ellensohn: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Lieber David! Bei Sitzungsbeginn des heutigen Tages hast du die Grünfraktion mit den Römern verglichen. – Dazu möchte ich den Altmeister des österreichischen Kabarets, den großen Karl Farkas, zitieren, der in einem seiner Programme gesagt hat: „Und was ist aus den Römern geworden? – Die Italiener!“ – Ihr seid heute also die Italiener, vielleicht wart ihr früher ein bisschen die Römer mit durchaus guten Ansätzen, aber jetzt sind nur mehr die Italiener übrig geblieben, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Herr Kollege! Ich weiß nicht, ob Sie Karl Farkas, den große Kabarettisten, überhaupt noch kennen oder jemals kennen gelernt haben, unter Umständen auf DVD oder einem Video, wie auch immer!

Sparen am falschen Platz wird von der rot-grünen Stadtregierung praktiziert, und zwar auch bei arbeitsplatzschaffenden Investitionen. Die kommunale Investitionsquote sinkt von 15,1 Prozent im Jahr 2010

auf 13,9 Prozent im Jahr 2012. Vor vielen Jahren hat es eine Ausstellung in Wien gegeben, die „Zwischen Traum und Wirklichkeit“ hieß. – Der Traum ist jetzt das rot-grüne Regierungsübereinkommen, die Wirklichkeit schaut aber anders aus, beziehungsweise vielleicht ist dann die Wirklichkeit der Albtraum!

Wir lesen da: „Der Anteil am öffentlichen Verkehr durch den Ausbau soll auf 40 Prozent steigen.“ – Es ist da von der fünften Ausbauphase der U-Bahn die Rede. Wie aber schaut die Realität aus? – 2010 wurden 302 Millionen EUR investiert, und der Voranschlag 2012 beträgt 226 Millionen EUR. Das heißt, es gibt in Wahrheit um 76 Millionen EUR weniger. So schaut die fünfte Ausbauphase der U-Bahn aus. Es steht um 76 Millionen EUR weniger Geld zur Verfügung.

Dabei gäbe es sehr viel auszubauen: Das U-Bahn-Grundliniennetz wurde 1976 hier in diesem Hohen Haus beschlossen. Zwei Drittel sind zirka umgesetzt, das heißt, ein Drittel fehlt noch.

Kollegin Kathrin Gaal freut sich berechtigterweise, dass in den Süden verlängert wird. Wir würden uns aber freuen, wenn die U6 nach Norden verlängert werden würde, denn die derzeitige Endstelle Floridsdorf ist ein bisschen wenig! Sie schaffen es nicht einmal, um weitere zwei Stationen bis zum zukünftigen Krankenhaus Nord zu verlängern, dass 2015 zumindest Teilbereiche eröffnen werden. Diese Strecke wird dann fehlen wie ein Bissen Brot! Das sind nicht einmal zwei Stationen, vom Vollausbau Richtung Stammersdorf/Rendezvousberg ganz zu schweigen. Seinerzeit habe ich in der Bezirksvertretung, gemeinsam mit Susanne Bluma, als wir noch in der Bezirksvertretung saßen, von Bezirksvorsteher Heinz Lehner von der SPÖ gehört, dass für die U6-Verlängerung nicht nur bis zum Krankenhaus, sondern überhaupt zur Endstelle Stammersdorf/Rendezvousberg der Baubeginn für das Jahr 2009 und die Fertigstellung für 2013 vorgesehen sind. Jetzt bekommen wir nicht einmal zwei Stationen zum Krankenhaus: So schaut die Realität aus! Es geistern Zahlen herum, es wird jetzt von 2019 und 2020 gesprochen, aber man weiß nicht so recht, ob damit der Planungsbeginn, der Baubeginn oder die Fertigstellung gemeint sind.

Ein altes Thema ist die herrliche U7. Jetzt gibt es diese nicht einmal mehr irgendwo. Es heißt: Die haben dann ohnedies den 26er und bald auch den 25er, das sind dann die Ersatzlösungen. – Ich füge hinzu: Das sind aber sehr schlechte Ersatzlösungen!

Die U1-Verlängerung jenseits der Seyringer Straße wurde auch nie verwirklicht. Die U-Bahnen enden in der Regel im Stadtgebiet. 1976 war in diesem U-Bahn-Grundliniennetz auch vorgesehen, dass alle U-Bahn-Endstellen jenseits der Stadtgrenze zu errichten sind. Das wäre gemeinsam mit der Errichtung eines Park-and-ride-Systems für 8 000 bis 10 000 Automobile dort auch sinnvoll gewesen! Dann hätte es keine Probleme, wie wir sie jetzt in der Nordrand- und in der Großfeldsiedlung haben, gegeben. Und dann wird natürlich liebend gerne das Picklerl ins Spiel gebracht: Man darf die Autofahrer wieder abzocken.

Unsere Pläne sind fraglos vorhanden: U4 von Hütteldorf weiter nach Purkersdorf und von Heiligenstadt weiter nach Klosterneuburg. Verlängerung der U3 von Simmering nach Schwechat. Verlängerung der U6 in den Süden. Es gibt jetzt angeblich Gespräche, dass sie bis Mödling verlängert werden soll. – Na schauen wir einmal! Man könnte die Infrastruktur der Badner Bahn verwenden. Dann hätten wir eine tolle Nordsüdverbindung ab Stammersdorf/Rendezvousberg bis Baden. – Das wären Lösungen, und das würden durchaus auch die Kraftfahrer annehmen. Es ist ja im Regierungsübereinkommen von einer Verlagerung des Pendlerverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel die Rede.

Vom vergünstigten Jahresticket zum Preis von 100 EUR, wie es die GRÜNEN im Wahlkampf versprochen haben, sind wir weit entfernt. Es kostet nun 365 EUR, es ist also ein bisschen billiger. Interessant ist, dass das im Mai 2012 in Kraft tritt. Es ist davon auszugehen, dass die Jahreskartenbesitzer zum Großteil mit dem Kalenderjahr abrechnen, das heißt, diese werden im Dezember schön langsam für das neue Jahr eine Jahreskarte kaufen. Ab Mai bekommt man sie dann zum günstigeren Preis. Was soll man dann aber in den ersten vier Monaten tun? Soll man schwarz fahren? Ich habe das noch nirgends gelesen, ich weiß nicht, was man da tun soll! (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Nein, ich bekomme keinen Brief! (*Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Das wird dann interessant! Dann ist es unter Umständen teurer, das ist genial. (*Zwischenruf von GR Karlheinz Hora.*)

Aber natürlich wird jetzt ja alles billiger, auch der Preis für die Monatskarte wird von 49,50 EUR auf 45 EUR gesenkt. Das ist genial! – Ich zahle dann tatsächlich mehr als früher. Das ist ja nicht schlecht! Der Preis für die Einzelfahrscheine wurden um plus 11,1 Prozent erhöht, jener der Wochenkarte um plus 7,1 Prozent und jener der 8-Tages-Karte um plus 17,4 Prozent. So werden wir das schon finanzieren. (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*)

Kollege Maresch! Sie haben eh gesagt, dass der Autofahrer das zahlen darf. Sie wiederholen sich, Herr Kollege, das ist ein bisschen langweilig! Fällt Ihnen auch noch etwas anderes ein, das ist jetzt nämlich schon ein bisschen langweilig, aber macht nichts, Herr Maresch, die Autofahrer sollen ruhig zahlen! Und sie zahlen tatsächlich, Herr Kollege, sie zahlen mehr als um 60 Prozent mehr bei den Kurzparkscheinen: 30 Minuten kosten dann 1 EUR, 60 Minuten kosten 2 EUR, und 90 Minuten kosten dann 3 EUR. Und natürlich wird die Parkraumbewirtschaftung noch ausgeweitet. Wird das eine zeitliche oder flächenmäßige Ausweitung sein? Eine zeitliche Ausweitung auf 22 Uhr hatten wir ja gerade erst. Soll jetzt eine Verlängerung bis Mitternacht oder bis 3 Uhr in der Früh erfolgen? Nein: Aber es wird flächenmäßig ausgeweitet.

Man könnte durchaus auch sparen, es gibt durchaus Dinge, bei denen man sparen könnte. Jetzt wird aber der Radverkehr wieder ausgebaut. Der Radverkehr ist anscheinend das Allheilmittel, und dann wird bald der Weltfriede ausbrechen! Laut Regierungsübereinkommen

haben wir jetzt Gott sei Dank einen Radverkehrsbeauftragten. Das klingt einmal so, als ob das eine Einzelperson wäre. Allein wird er aber nicht viel ausrichten können, und daher sind es in Wahrheit drei Personen: Wir haben Herrn Blum und zwei Mitarbeiter, und das kostet den Wiener Steuerzahler die Kleinigkeit von 900 000 EUR, meine Damen und Herren! Und von diesen 900 000 EUR sind 200 000 EUR für Gehälter vorgesehen. Die verbleibenden 700 000 EUR werden vielleicht für Projekte aufgewendet, und wenn man damit auskommen sollte, gibt es auch noch eine Hintertürlösung: Dann werden wir halt im zuständigen Ausschuss Beschlüsse fassen.

Meine Damen und Herren! Unsere freiheitliche Lösung ist die unverzügliche Abschaffung. Das brauchen wir nicht! So sparen wir einmal 900 000 EUR, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Mag Wolfgang Aigner.)*

Ich habe noch sechs Minuten. Wie doch die Zeit vergeht!

Es gäbe schon einige Möglichkeiten, ein bisschen zu sparen. Mein Lieblingsbeispiel ist die automatische Verkehrslichtsignalanlage – beziehungsweise die sinnloseste Ampel in Wien – Ecke Stadiongasse/Reichsratsstraße. Sie kostet die Kleinigkeit von 200 000 EUR. Kein Mensch hat diese gebraucht. Dort funktioniert jetzt wirklich alles schlechter als vorher. Auch da könnte man einsparen! Das sind so die Kleinigkeiten.

Das Nächste gehört vielleicht nicht unbedingt in den Ausschuss, aber es betrifft meinen Heimatbezirk. Gott sei Dank wird jetzt im Bereich Lorettoplatz in der Katastralgemeinde Jedlesees ein Spielplatz errichtet. Alle Fraktionen waren sich einig, aber, meine Damen und Herren, der Spielplatz kostet die Kleinigkeit von 900 000 EUR! In Anbetracht dessen muss man sich schon die Frage stellen: Was kommt dorthin? Was kostet dort 900 000 EUR? – Das muss ja der zweite Volksprater sein! Das ist genial, meine Damen und Herren! Da könnte man auch einsparen! Der Spielplatz kostet tatsächlich 900 000 EUR! Das ist wirklich genial! Das sind feine Sachen!

Meine Damen und Herren! In jedem Bezirk sollen Nachbarschafts- und Grätzelpromenaden entstehen. Jetzt wurde vor kurzem in der Bezirksentwicklungskommission Floridsdorf eine Studie namens „Leitbild Donauefeld“ vorgestellt, und in dieser haben wir gelesen, dass es ausgedehnte Radwege und Fußgängerpromenaden geben soll.

Etwas war interessant, vielleicht war es aber nur ein Druckfehler, ich weiß es nicht. Da war zu lesen: „Alle Bewohner verbrauchen pro Jahr 2 000 Watt Strom.“ – Wir wissen, dass eine durchschnittliche Wohneinheit zirka 3 500 Kilowatt verbraucht. Da steht aber: 2 000 Watt. Was ist damit gemeint? Sind damit 2 000 Kilowattstunden gemeint? Das wäre fast eine Reduktion um 50 Prozent gegenüber den 3 500! Das ist ja schon fast eine gefährliche Drohung! Wie man aber einen Verbrauch von 2 000 Watt im Jahr erreichen will, das ist interessant!

Außerdem steht in der Studie etwas von einer Errichtung von Häusern in experimenteller Bauweise mit Erlebniszonen. – Was ist die Errichtung eines Hauses in experimenteller Bauweise? Heißt das jetzt, dass die Bauordnung oder das Landesgesetz missachtet wird? Und was ist eine Erlebniszone? Wird das vielleicht eine Buschhütte wie auf dem afrikanischen Kontinent? Ist das die experimentelle Bauweise? Machen wir dann da drinnen ein Feuer? Und ist es dann eine Erlebniszone, wenn die Hütte abbrennt? Dann haben wir alle miteinander ein Erlebnis: Vielleicht ist das gemeint?

Es finden sich in der Studie noch ein paar interessante Punkte, nämlich die Selbsterntefelder und die Gemeinschaftsgärten: Das klingt ein wenig nach glorreicher Sowjetunion, Kolchosebetrieb und marxistischer Planwirtschaft. Vielleicht meinen Sie das mit den Selbsterntefeldern?

Außerdem fließt ein kleiner Bach durch die Siedlung. Das wird interessant in Donauefeld! Vielleicht fließt der Bach dann über die Donauefelder Straße, und die Straßenbahn fährt durchs Wasser. Das wird auch ganz interessant werden! Und dass es natürlich keine Stellplätze für PKW gibt, ist eh ganz klar!

Meine Damen und Herren! Man könnte dann sagen: Jetzt sind wir alle erwacht! Jetzt sind wir alle erwacht aus diesem Albtraum der Studie betreffend das „Leitbild Donauefeld“! Wir sind aus diesem Albtraum erwacht. Aber die Wirklichkeit ist auch da: Dieser absolute Schwachsinn kostet nämlich den Wiener Steuerzahler 90 000 EUR. – Dazu gratuliere ich. Wir lehnen einen solchen Blödsinn natürlich ab, meine Damen und Herren, gar keine Frage! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren. Selbstverständlich darf auch der Klimaschutz nicht fehlen. – Ich darf daran erinnern: Das Klima ist ein statistischer Wert, das sind Zahlen. Alle, die so gerne das Klima schützen, schützen also Zahlen. Es ist natürlich sehr wichtig, dass Zahlen geschützt werden! Das ist sehr wichtig, das brauchen wir unbedingt!

Das ist der Unterschied zwischen den rot-grünen Regierungsparteien und uns Freiheitlichen: Sie schützen Zahlen, wir schützen die Wirtschaft und die Arbeitnehmer. Und deshalb lehnen wir das Budget 2012 ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dadak. Ich erteile ihm das Wort.

GR Michael **Dadak** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

In einer Zeit, in der jeder den Gürtel enger schnallen muss und in der die Neuverschuldung der Stadt Wien nächstes Jahr um weitere 400 Millionen EUR steigen wird, in der die Wohnbauförderung um 40 Millionen, der U-Bahn-Bau um 76 Millionen oder kommunale Investitionen um 88 Millionen EUR gekürzt werden, werden für ein grünes Prestigeobjekt, nämlich den Ring-Rundradweg, die Millionen ganz einfach locker gemacht. – Nicht nur, dass für den Bau des Radweges gesunde Bäume gefällt werden, er entwickelt sich auch zum teuersten Radweg aller Zeiten. Das ist wieder ein

trauriger Eintrag ins Buch der Rekorde von Rot-Grün.

Zugegeben: Es ist schon etwas länger her, dass in der Arndtstraße im 12. Bezirk der bisher teuerste Radweg gebaut wurde, allerdings unter roter Alleinherrschaft. Auf einer Länge von 570 m entstanden Kosten von 1,8 Millionen EUR. Ein niederschmetternder Bericht des Kontrollamtes war die Folge daraus. Als Radfahranlage wurden einerseits auf der Fahrbahn ein Radfahrstreifen und andererseits ein Einrichtungsradweg zwischen Fahrbahn und Gehsteig mit einer Leistungsfähigkeit von 2 400 Fahrrädern pro Stunde errichtet. Ich habe drei Mal im dem Kontrollamtsbericht nachgeschaut: Dort steht tatsächlich: „pro Stunde“! Dabei fahren dort sicherlich nicht mehr als 100 Radfahrer am Tag!

Außerdem sind noch 10 Prozent der Parkplätze verloren gegangen. Und es wurden vorgeschriebene Abmessungen bei den Parkstreifen und bei der Kernfahrbahn nicht eingehalten, wodurch auch ein Überholen von Radfahrern durch den Linienbus nicht mehr möglich ist.

Das war jetzt nur ein kleiner Auszug aus dem Kontrollamtsbericht, der immerhin 25 Seiten lang ist. – Ich bin gespannt, wie niederschmetternd und lang der Bericht über den Ring-Rundradweg ausfallen wird und wie hoch die Kosten letztlich tatsächlich sein werden! Klar ist jedenfalls schon heute: Die Kosten werden jenseits der bisher kolportierten 3 Millionen EUR liegen. Am besten nehmen wir gleich einen Verdoppelungsfaktor. Das ist bei solchen Projekten der Stadt Wien sowieso üblich. – Wohlgermerkt: Das Ganze versteht sich ohne Kosten für Einbauten, die nicht unmittelbar den Radweg betreffen, aber dafür notwendig sind.

Für den Radweg Stromstraße wird extra eine Unterführung umgebaut: Die Kosten belaufen sich auf 888 000 EUR. Das ist eine Schnapszahl für eine Schnapsidee! Und das, um den Radfahrern einen kleinen Umweg zu ersparen oder zu verhindern, dass sie kurzzeitig auf die Fahrbahn wechseln müssen. Und auch der Bau des geplanten Radwegs in der Lassallestraße bewirkt Geldverschwendung und Parkplatzvernichtung.

Anstelle solcher neuen Projekte sollten zuerst einmal bestehende Gefahrenstellen entfernt werden wie zum Beispiel der Radfahrstreifen auf dem Getreidemarkt. Ich kann sogar verstehen, wenn die Radfahrer dort auf dem Gehsteig fahren, weil es dort sehr gefährlich ist. Ich verstehe allerdings nicht, dass sie gegen die Fahrtrichtung auf dem Gehsteig fahren, was leider im Minutentakt zu beobachten ist.

Beim Radweg Wittelsbachstraße/Ecke Böcklinstraße ist das Bundesblindeninstitut. Dort gibt es tagtäglich Komplikationen zwischen Radfahrern und Sehbehinderten.

Mit der Entschärfung solcher Gefahrenstellen könnte man das Klima zwischen den Fußgängern, dem motorisierten Verkehr und den Radfahrern deutlich verbessern. Aber was geschieht? – Neue Gefahrenquellen werden geschaffen wie etwa die Ermöglichung des Radfahrens in der Fußgängerzone

Meidlinger Hauptstraße.

Seit Mitte Oktober ist das Radfahren im unteren Teil der Meidlinger Hauptstraße, und zwar nur dort, in der Zeit von 6 Uhr bis 10.30 Uhr an Werktagen erlaubt. Allerdings müssen sich die Radfahrer auch an die laut Straßenverkehrsordnung dort vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit halten. Jetzt frage ich Sie, wie sich ungeübte Radfahrer in Schrittgeschwindigkeit, ohne zu geigeln und damit die Fußgänger zu gefährden, dort weiterbewegen werden? Aber diese Frage ist sowieso nur eine theoretische Frage, denn die meisten Radfahrer bewegen sich auch außerhalb der erlaubten Zeiten und auf der ganzen Meidlinger Hauptstraße mit überhöhter Geschwindigkeit fort.

Wenn ein Bezirksrat der Meidlinger GRÜNEN meint, dass das Fahrrad in der Meidlinger Hauptstraße ein ideales Fortbewegungs- und Transportmittel ist, dann kann ich nur sagen: In einer Fußgängerzone sind die besten Fortbewegungsmittel immer noch die Füße! Und zum Transport kann man ja das Fahrrad verwenden, aber man muss es halt schieben, das ist erlaubt.

Zum Glück fahren jetzt in der Testphase, bedingt durch die Temperaturen, nicht mehr so viele Personen mit dem Rad. Vorige Woche hatten wir allerdings eine Standlaktion auf der Meidlinger Hauptstraße, die zwei Stunden gedauert hat, und in diesen zwei Stunden sind im oberen, abschüssigen Teil der Meidlinger Hauptstraße trotzdem zirka 30 Radfahrer herumgefahren. Auch während der Eröffnung des Meidlinger Christkindlmarkts am Abend, außerhalb der erlaubten Zeit, fuhren Radfahrer ungeniert durch die Gruppen der Besucher. – Stellt man die Verkehrsrowdies zur Rede, dann enthält man nur dumme Antworten oder wird gleich beschimpft. – Solche Vorkommnisse fördern sicher kein gutes Klima zwischen Fußgängern und Radfahrern!

Gleich um die Ecke von der Fußgängerzone ist ein Radweg in der Niederhofstraße geplant, der übrigens vom Nichts ins Nichts führen wird. Dieser vernichtet nicht nur zahlreiche Parkplätze, sondern kostet auch viel Geld. Wenn man jedoch davon ausgeht, dass die Meidlinger Hauptstraße in Zukunft für Radfahrer ganzzeitig geöffnet werden wird, dann ergibt das allerdings tatsächlich einen Sinn, weil der Radweg in der Fußgängerzone Meidlinger Hauptstraße beginnt. Man kann also vermuten, dass die rot-grüne Stadtregierung insgeheim sowieso schon die komplette Öffnung der Meidlinger Hauptstraße für Radfahrer beschlossen und den Plan dafür in der Lade liegen hat, und das natürlich wiederum zum Ärgernis der Bewohner und Besucher der Meidlinger Hauptstraße.

Die Polizei ist gegen die Radfahrer, die sich nicht an die Gesetze halten, weitestgehend machtlos, weil sich die Radfahrer in der Regel schnell in eine Seitengasse vertschüssen und die Beamten mit dem Auto nicht so schnell folgen können. Daher wäre es sinnvoll, die Polizei vermehrt mit Fahrrädern auszustatten, denn wenn die Chance, erwischt zu werden, steigt, dann wird sich auch die Disziplin der Radler erhöhen.

Mit einem von Frau Vizebürgermeisterin Vassilakou angekündigten Radfahrer-Knigge wird sich daran nicht

viel ändern, denn die meisten Radfahrer wissen sowieso, was sie dürfen und was nicht. Bestes Beispiel ist der grüne Abgeordnete Öllinger, der öffentlich sagte, dass er lieber illegal auf dem Gehsteig fährt, als einen Umweg in Kauf zu nehmen. – Ein richtiges Vorbild, dieser Herr Öllinger!

Kurz zusammengefasst: Unsummen gehen in den Ausbau des Radnetzes zu Lasten der Sicherheit der Fußgänger und zum berechtigten Ärger der Autofahrer. Das verschleuderte Geld muss aber zum Beispiel durch Gebührenerhöhungen wieder hereinkommen: Die Gaspreise wurden einmal um 9,8 Prozent und im selben Jahr gleich noch einmal um 5,8 Prozent erhöht, das macht knappe 16 Prozent aus. Die Wassergebühr stieg um 33 Prozent und, und, und. Wir haben das heute ohnedies schon zur Genüge gehört.

Relativ neu dazugekommen ist die unverschämte Erhöhung der Parkscheingebühr um sagenhafte 66 Prozent. (*GR Mag Christoph Chorherr: Auch das haben wir schon gehört!*) Aber noch nicht so oft wie das andere, und man kann es nicht oft genug wiederholen!

Jetzt müssen die geplagten Autofahrer um 66 Prozent mehr fürs Parken zahlen, dafür werden die Parkpickerlpreise großzügigerweise um 11 Prozent gesenkt. Herr Kollege Maresch! Wir brauchen die Senkung der Parkgebühr gar nicht zusammenbringen, denn wir haben dies in der Form gar nicht eingeführt. Quasi im gleichen Atemzug soll aber die Pickerlzone auf fast ganz Wien ausgedehnt werden. Dabei steht es zwar jedem Bezirk frei, ob er das Pickerl einführt oder nicht, aber was wird denn den Bezirken übrig bleiben?

Wenn jetzt zum Beispiel der 15. Bezirk das Pickerl einführt, dann werden die Pickerlflüchtlinge in den 16. und den 12. Bezirk abwandern. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Genau!*) Diese beiden Bezirke sind aber laut bestellter Studie knapp über beziehungsweise an der Grenze von 85 Prozent Auslastung. Wenn jetzt die Autos aus dem 15. Bezirk ausweichen, dann steigt die Überparkung in den beiden anderen Bezirken gewaltig an, und dann wird das Parkpickerl auch dort kommen und so weiter und so weiter. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie haben uns entlarvt!*) Das ist wirklich wie Krebs, der sich weiter ausbreitet! (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Dann werden die Bezirke unbedingt ein Parkpickerl wollen, auch Tiller am Ende!*)

Das ist schon klar! Irgendwo war der Auslöser dieser Krebserkrankung, und man kann nur sagen, Frau Vizebürgermeisterin: Das Ziel ist erreicht, alle dürfen brennen. Das Ziel des Parkpickerls ist für die Stadt Wien erfüllt, die Kassen werden gefüllt!

Allerdings herrscht bei den GRÜNEN im Internet noch ein bisschen Uneinigkeit bezüglich der Einnahmen. In diesem Zusammenhang möchte ich jetzt eine Quelle zitieren, nämlich „chorherr.twoday.net“ vom 16.11. – ich zitiere: „Und noch ganz wichtig: Das Parkpickerl, das Anrainer zahlen, wird um 15 EUR pro Jahr billiger.“ – Das Wort billiger ist dabei fett und schwarz geschrieben. Was mir da allerdings fehlt, sind die fett und rot gedruckten Hinweise, was alles teurer wird.

Weiter geht es im Text: „Ja, all das ist grüne Politik:

Wo wir wollen, dass es die Menschen mehr benutzen – Klammer: Öffis -, wird es deutlich billiger. Wo wir wollen, dass die Menschen umsteigen – Klammer: Kurzparken im knappen öffentlichen Raum -, wird es teurer. Außerdem: Die Parkometerstrafen werden ebenfalls erhöht. Das Organmandat wird von 21 EUR auf 36 EUR erhöht. Beide Maßnahmen bringen Mehreinnahmen von rund 50 Millionen EUR, um auch in finanziell schwierigen Zeiten Geld für sinnvolle Maßnahmen zu haben.“

Ebenfalls im Internet, einen Tag später, Auszug aus einem Facebook-Statement vom Team Vassilakou: „Die neuen Gebühren führen nicht zu Mehreinnahmen. Da das Parkpickerl billiger wird und durch die neuen Gebühren weniger Leute mit dem Auto in Wien parken, ist die Reform unterm Strich ein Nullsummenspiel.“

Jetzt frage ich mich: In fast ganz Wien soll in Zukunft das Parkpickerl eingeführt werden. Wie kommt das Team Vassilakou darauf, dass keine Mehreinnahmen entstehen, wenn plötzlich fast alle Wiener zahlen müssen. Und dazu kommt noch, dass jeder in einem anderen als seinem Wohnbezirk die um 66 Prozent erhöhte Parkgebühr bezahlen muss. Und all das ohne Parkplatzgarantie!

Eigentlich können wir aber noch froh sein, dass das jetzt so ausgeht und nicht so, wie es Kollege Chorherr in seiner Rede in der Gemeinderatssitzung vom 24. Jänner 2008 verlangt hat. Damals sprach er von einem sogenannten „SUV-Trottel-Zuschlag“. Er sagte: „Wer sich einbildet, ein SUV fahren zu müssen, zahlt das Dreifache bis Fünffache für das Parkpickerl, und das zweckgebunden für den Radverkehr. Ich meine das ernst.“ – Na ja, beim Doppelten sind wir jetzt schon fast angekommen, und das auch ohne SUV-Zuschlag! (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Und es würde mich nicht wundern, wenn der Verkauf von Fahrradträgern bei SUVs seit 2008 zurückgegangen ist.

Ich nenne jetzt unsere Forderung erneut: Wir verlangen ein kostenloses Parkpickerl mit einer geringen Bearbeitungsgebühr für alle Autobesitzer mit Wiener Hauptwohnsitz, eine Neukonzeption des Park-and-ride-Programmes, um die Autos bereits vor der Stadtgrenze abzufangen, Gratisparken für alle Netzkartenbesitzer und für alle anderen für einen Euro pro Tag. (*GR Ernst Woller: Können Sie nicht eine Seite oder zwei Seiten auslassen? Das würde niemandem auffallen! Ehrlich!*)

Es ist bald vorbei! Ich habe eh schon viel ausgelassen.

Um das Thema zu wechseln, möchte ich jetzt noch zu einem verstaubten Plandokument kommen, das seit eineinhalb Jahren irgendwo in der Versenkung verschwunden ist, nämlich zum Plandokument 7870, besser bekannt als Marillental.

Die Frau Vizebürgermeisterin ist momentan anscheinend intensiv damit beschäftigt, der Bevölkerung das Geld aus der Tasche zu ziehen und vergisst dabei, einfache Verwaltungsaufgaben in angemessener Zeit zu erledigen. Ein Flächenwidmungsverfahren wird normalerweise in sechs Monaten abgewickelt, wenn man will, geht es auch schneller. Daher wäre es jetzt natürlich interessant, zu wissen, warum die am 25. Juli 2010 vom

Gemeinderat einstimmig beschlossene Rückwidmung der Marillental, Plandokument 7870, seit eineinhalb Jahren nicht durchgeführt wurde.

Auf der Internetseite der Stadt Wien findet man immer noch nichts, bei den Flächenwidmungsverfahren ist kein Eintrag für den 12. Bezirk vorgesehen. Jetzt frage ich Sie, Frau Vizebürgermeisterin: Was haben Sie in den letzten eineinhalb Jahren getan? Jetzt müssen wir Freiheitliche Sie darauf aufmerksam machen – und auch die eigenen Leute machen Sie heute schon darauf aufmerksam –, dass noch etwas im Kübel drinnen liegt. Es kann aber natürlich auch sein, dass der Wille der Bürger, der Bürgerinitiativen, der Bezirksvertretung und des Gemeinderates Ihnen egal ist. Es gibt ja, wie gesagt, immerhin einen einstimmigen Beschluss vom Juni 2010.

Wenn ich mich recht erinnere, war die Rückwidmung der Marillental sogar eines Ihrer Wahlversprechungen. Es ist aber eineinhalb Jahre nichts geschehen. – So gehen Sie mit Wahlversprechen um. Dabei hätte man nur vier besondere Bestimmungen aus dem Dokument löschen müssen! Das wäre wahrscheinlich mit einem Mausklick ganz einfach zu machen gewesen! Es freut mich aber, dass durch uns Freiheitliche jetzt doch ein bisschen Bewegung in die Sache gekommen ist.

Ich habe heute noch zwei Anträge von den Regierungsparteien bekommen, die noch nicht eingebracht wurden, aber wahrscheinlich heute noch eingebracht werden. Dazu möchte ich sagen, dass uns der eine Antrag bezüglich Herstellung der gültigen Rechtslage vor der Widmung viel zu schwammig und ungenau formuliert ist. Da könnten wieder Unklarheiten und Diskussionen aufkommen und das kann keiner von uns wollen.

Dem anderen Antrag bezüglich der Einleitung der Überarbeitung des Plandokumentes 7870 werden wir zustimmen, bringen aber dennoch unseren Antrag ein, der identisch ist mit dem Antrag, der schon vor eineinhalb Jahren eingebracht wurde, durch Herausnahme der vier besonderen Bestimmungen dem Willen der Bürger am eindeutigsten entspricht und, ergänzt durch eine Durchführungsfrist, verhindern soll, dass in den nächsten Jahren wieder nichts geschieht. – Ich glaube, die sechsmonatige Frist müsste genügen, um die paar Mausklicks zu bewerkstelligen. – In formeller Hinsicht wir die sofortige Abstimmung verlangt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abschließend möchte ich noch sagen, dass wir sicherlich keinem Budget zustimmen werden, das maßgebliche Einschnitte in die Geldbörseln der Bürger vornimmt und trotz massiver Einsparungen, allerdings am falschen Platz, ein weiteres Minus von 400 Millionen EUR erzeugt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Baron. Ich erteile es ihm.

GR Karl **Baron** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Seit rund einem Jahr ist das Verkehrsressort bei den GRÜNEN, und das in einer Stadt, wo tägliche Verkehrsstaus an der Tagesordnung sind. Und es ist eine Verhöhnung der Verkehrsteilnehmer, wenn Kollege

Maresch jetzt hier behauptet, dass es keine Staus gibt und dass das vielleicht Stauungen sind. – Es ist doch unglaublich, was sich Kollege Maresch da leistet! *(GR Ernst Woller: Sind Sie schon einmal U-Bahn gefahren? Dort gibt es keine Staus!)*

Und das findet in einer Stadt statt, wo es keine Park-and-ride-Anlagen gibt beziehungsweise diese zumindest nicht dort sind, wohin sie gehören. Sie gehören nämlich an den Stadtrand, dort sind sie aber viel zu wenig positioniert. *(Zwischenruf von GR Karlheinz Hora.)*

Es gibt viel zu wenige davon! Überlegen Sie einmal, was in dem Gebiet los sein wird, wenn die Seestadt Aspern besiedelt wird! Wo bleibt Ihr Engagement für die Nordostumfahrung? Man hört von dem Projekt fast überhaupt nichts mehr! Spätestens wenn die Seestadt Aspern besiedelt wird, gibt es aber eine Katastrophe in dieser Gegend! Da wird eine unglaubliche und unverantwortliche Verkehrspolitik betrieben!

Wien braucht moderne Verkehrsleitsysteme, die modern geschaltet sind und die in einer Großstadt im 20. Jahrhundert bestehen können. Diese Ampelschaltungen sollen in der Nacht oder zu verkehrssarmen Zeiten Grünphasen haben, damit man nicht nur herumsteht und Auspuffgase in die Luft bläst. Im Endeffekt ist das nämlich zeitraubend bis zum Geht-nicht-Mehr. Das ist Zeit, die Geld kostet, Geld, das die Stadt nicht hat, Geld, das die Unternehmer nicht haben, Geld, das die Bürger nicht haben und das leicht einzusparen wäre.

Für keinen dieser Punkte haben die GRÜNEN bis jetzt auch nur einen kleinen Finger gerührt. Das Einzige, wofür sich die GRÜNEN bis jetzt eingesetzt haben, waren Radwege – ganz phantastisch! – und Prostituiertenstandplätze. Das ist rein eine Politik der Verhinderer und Blockierer! Radwege und Prostituiertenstandplätze sind möglicherweise wichtig, es ist dies ein Problem, das wir haben, aber das kann nicht das Kernproblem der Verkehrspolitik dieser Stadt sein. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Wo sind denn die Radfahrer? Seit Wochen sieht man kaum welche! *(GRin Dr Sigrig Pilz: Doch!)*

Und ich werde Ihnen noch etwas sagen. In den nächsten fünf Monaten werden wir auch ganz wenige sehen. So viel zur Gewichtung, wie Sie sich für die Radfahrwege engagieren und einfach ignorieren, welche Probleme diese Stadt hat. *(GRin Dr Sigrig Pilz: Ich bin heute in einer Kolonne auf dem Radweg gefahren! Es gab heute genügend Radfahrer!)*

Radfahren ist durchaus wichtig, aber das Rad ist kein Verkehrsmittel *(GRin Dr Sigrig Pilz: Doch! – Lebhaftes Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Und wenn Kollege Stiftner sagt, dass er glaubt, dass man den einen oder anderen Autofahrer aufs Rad bewegen kann, dann sage ich: Das wäre gut und wünschenswert! Wer sitzt aber im Endeffekt auf den Rädern? – Das sind in der Regel Leute, die meist mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren und ab und zu, wenn die Sonne scheint, aufs Rad steigen. *(GRin Dr Sigrig Pilz: Das ist ja gar nicht wahr!)*

Das ist wichtig und gut. Das sollten alle tun, auch ich tue es manchmal, wenn auch selten, das gebe ich zu,

aber vielleicht wird es noch mehr werden!

Wofür steht denn diese rot-grüne Stadtregierung im Endeffekt? Was haben Sie bis jetzt gezeigt, meine Damen und Herren? – Die Roten sind eine finanzpolitische Katastrophe und die GRÜNEN sind eine verkehrspolitische Katastrophe. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Troch. Ich erteile es ihm.

GR Dr Harald **Troch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zuerst zu einem meiner Vorredner, zu einem Rechenkünstler, nämlich zu Herrn Ing Dworak Stellung nehmen. Er ist jetzt leider nicht da. Das macht aber nichts! Ich glaube, es haben alle noch gut das Beispiel aus den USA in Erinnerung, mit dem Herr Ing Dworak begonnen hat. Er hat ein Beispiel von weit her zitiert, nämlich Jefferson County. Wie wir heute hier gehört haben, ist das mit immerhin 600 000 Einwohnern keine so kleine Stadt. Er hat gesagt, Jefferson County hätte eine Pro-Kopf-Verschuldung von 6 300 Dollar. Kollege Dworak hat dieses Schreckensszenario an die Wand gemalt.

Dazu ist Folgendes zu sagen: Schauen wir einmal nicht so weit bis in die USA, sondern schauen wir nach Waidhofen an der Ybbs! Wie schaut dort die Verschuldung aus? Wir haben heute schon gehört, dass das die Heimatgemeinde des niederösterreichischen Finanzreferenten, Herrn Sobotkas, ist. Dort hat Herr Sobotka offensichtlich das Schuldenmachen gelernt! Und wie schaut es jetzt mit der niederösterreichischen Pro-Kopf-Verschuldung aus? – Es gab ja heute in allen Tageszeitungen einen Bundesländervergleich zu lesen, und dazu kann ich nur sagen: Der Vergleich macht Sie sicher!

Schauen wir uns diese Zahlen der Statistik Austria – wohlgemerkt, das sind keine Zahlen der Löwelstraße, das sind Zahlen der Statistik Austria – einmal an! Schauen Sie sich diese einmal an! Wie schaut es da mit dem Bundesland Niederösterreich aus? – Nehmen wir die Gesamtschulden, also Bundesland und Gemeinden, damit wir es mit Wien vergleichen können: Niederösterreich hat eine Verschuldung von 4 806 EUR pro Kopf. Was ist das im Vergleich zu Jefferson County? Ich habe mir das mit dem Tagesmittel umgerechnet und festgestellt: Die Verschuldung Niederösterreichs beträgt in Dollar 6 480, das heißt also, sie ist um 180 Dollar höher als in Jefferson County. Herr Ingenieur! Was sagen Sie denn dazu? Das wirkliche Schreckensszenario ist nicht Jefferson County, sondern das Schreckensszenario in Österreich ist Niederösterreich! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich meine, wir brauchen uns das gar nicht in Dollar auszurechnen, es genügt, die Pro-Kopf-Verschuldung eines Bundeslandes in Euro darzustellen, und eine Pro-Kopf-Verschuldung von 4 806 EUR muss man erst einmal zusammenbringen! Die ÖVP-Niederösterreich bringt das zusammen, hat aber keinen

Gratistageskindergarten. Dort gibt es keine dichten städtischen Verkehrsmittel wie in Wien, sondern lässt sich von den ÖBB gut versorgen, während Wien seine innerstädtischen Verkehrsmittel zu einem hohen Anteil selbst finanziert.

Wie schaut nun die Verschuldung Wiens aus? – Die Verschuldung Wiens liegt bei 1 791 EUR pro Kopf. Das ist ein Bruchteil, nämlich knapp über ein Drittel der niederösterreichischen Verschuldung!

Gehen wir nun aber weiter. Wir diskutieren jetzt den Haushalt 2012 der Bundeshauptstadt Wien. Schauen wir jetzt einmal in den Süden, schauen wir uns Kärnten genauer an. Das Bankrottland Kärnten haben heute die FPÖ-Sprecher hier mit keiner Silbe erwähnt, weil sie natürlich mächtig Butter am Kopf haben, und zwar blaue Butter. Sie haben auf Grund der Hypo Alpe-Adria blaue Butter am Kopf. Im Hinblick darauf verwundert es natürlich nicht, dass Kärnten eine Radikalverschuldung von 3 835 EUR pro Kopf hat. Das ist für ein kleines Bundesland sehr schlimm!

Kärnten ist, so gesehen, überhaupt kein Vorzeigebundesland, weder was die politische Moral, noch was den Umgang mit Landesbanken betrifft, noch was die Verschuldung des Bundeslandes Kärnten betrifft. Es ist dies ein trauriges Beispiel, wie Blaue in einem Bundesland Politik machen.

Ich sage zu Jefferson County abschließend, damit man dieses Kapitel beiseite legen kann: Damit Wien nicht Jefferson County wird, damit Wien aber auch nicht Niederösterreich wird, gibt es in Wien fallweise Gebührenanpassungen. – Ich sage bewusst, fallweise, denn wenn die Wassergebühren nach 19 Jahren erhöht und die Hundengebühren nach 15 Jahren erhöht werden, dann ist das für mich eine fallweise Anpassung. Das mag für den Einzelnen eine Erhöhung sein, das ist es auch tatsächlich, aber es ist eine fallweise Anpassung, und diese Anpassung geschieht deswegen, damit die Leistungen in Wien erhalten bleiben, damit die Lebensqualität in dieser Stadt erhalten bleibt und damit die Zukunft dieser Stadt für die Wiener und Wienerinnen gesichert wird. Und das ist ganz einfach hier der Fall. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich verstehe natürlich schon, dass Sie die Tarifreform der Wiener Linien herunterspielen wollen! Diese ist für Sie nicht angenehm, denn es wird im Vergleich zu manchen dieser Gebührenanpassungen bei dieser Tarifreform der Wiener Linien fürs Wiener Geldbörsel nicht etwas billiger, wie Kollege Irschik es bezeichnet hat, sondern diesfalls würde ich den Ausdruck des Kollegen Dadak verwenden: Es ist dies eine maßgebliche Verbilligung in Wien und nicht ein maßgeblicher Einschnitt. Ein Minus von 84 EUR im Jahr ist eine maßgebliche Verbilligung, denn insbesondere die Wiener verwenden nicht so sehr Tageskarten, sondern die Wiener haben vor allem Monatskarten und Jahreskarten, und für diese Leute ist das eine maßgebliche Verbilligung in Wien. Und Sie könnten wirklich die Größe haben, dieser Geschichte zu applaudieren und zu sagen, das ist gut für Wien, das ist gut für die Einkommen in dieser Stadt, und es ist ein

guter Schritt in die Richtung, dass mehr Wiener und Wienerinnen auf die Wiener Linien umsteigen und den öffentlichen Verkehr verwenden. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Außerdem gibt es nicht nur eine Vergünstigung bei den Wiener Linien, nämlich eine maßgebliche Verbilligung der Zeitkarten der Wiener Linien, sondern die Leistungen der Wiener Linien werden zusätzlich auch ausgebaut. Die Nacht-U-Bahn zur Sicherheit vor allem auch unserer jungen Wienerinnen und Wiener, die gerne am Freitag und Samstag in der Nacht unterwegs sind, ist schon eingeführt worden. Der Ausbau der U1 wird nicht zu stoppen sein, und das ist gut so und soll auch nicht gestoppt werden, sondern das soll weiterhin geschehen.

Außerdem wird eine neue Straßenbahnlinie im Norden Wiens geschaffen werden. – Das sind wesentliche Maßnahmen zur Verlängerung des Streckennetzes und zu einer Verdichtung der Intervalle in den entsprechenden Gebieten.

Ich möchte aber auch kurz auf die Ängste des Kollegen Irschik vor Gemeinschaftsgärten eingehen. Das ist ein anderer Aspekt: Kollege Irschik fürchtet sich. Er meint, mit den Gemeinschaftsgärten könnte die sowjetische Planwirtschaft hier einziehen. – Ich würde sagen, das ist ein bisschen paranoid, wenn ich mir diesen Ausdruck erlauben darf. Ich bin kein Diagnostiker, ich bin kein Mediziner, aber ich meine, wenn man bei Gemeinschaftsgärten von sowjetischer Planwirtschaft spricht, dann ist das eine Art politische oder soziale Paranoia.

Ich kann Ihnen sagen, wer in Wien schon Gemeinschaftsgärten hat: Gemeinschaftsgärten haben verschiedene Schulen in Wien. Ich bin in eine solche Schule gegangen. Wir hatten einen Gemeinschaftsgarten, und ich glaube, keiner der Schüler hat auf Grund dessen irgendeinen speziellen Schaden davongetragen! Verschiedene Kindergärten haben Gemeinschaftsgärten, und einige Klöster haben Gemeinschaftsgärten, und diese sind wohl auch nicht der Hort des sowjetischen Kommunismus!

Kollege Dadak hat von verschleudertem Geld in Wien gesprochen. – Ich glaube, in Wien wird erstens einmal überhaupt kein Geld verschleudert, sondern es wird, wenn Geld ausgegeben wird, in Wien in sehr sinnvolle Projekte investiert, zum Beispiel auch bei den Wiener Linien. *(GR Mag Wolfgang Jung: Zum Beispiel beim AKH, beim Flugplatz oder beim Prater-Vorplatz!)*

Wenn man von Verschleudern sprechen will, dann ist sicherlich von der blauen Geldwirtschaft die Rede. Bei der Hypo Alpe-Adria ist Geld verschleudert worden, und für dieses Geld müssen die Wiener und die Österreicher Sicherstellungen und Kredite im Ausmaß von 22,5 Milliarden EUR bereitstellen! Dort ist Geld in den Sand gesetzt worden. Das wäre ein Thema für Sie! Zu diesen Skandalen könnten Sie viel sagen. Das tun Sie aber nicht! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Vogel abgeschossen wird natürlich von Herrn Baron, der sagt, dass das Rad kein Verkehrsmittel ist. – Was ist denn Radfahren sonst? Ist das etwas zu essen? Das Fahrrad ist sehr wohl ein Fortbewegungsmittel, und

ein Fahrrad ist sehr wohl ein Verkehrsmittel! In diesem einen Fall bin ich bei Kollegen Aigner. Ich möchte niemandem vorschreiben, dass er das so sieht. Ich möchte aber auch niemandem, der sein Fahrrad als Verkehrsmittel sieht, vorschreiben, dass es das nicht ist. Lassen wir den Leuten einfach auch die Freiheit, das Fahrrad in Wien sicher und, wenn sie wollen, ausgiebig zu benutzen. Unterstellen wir niemandem, wenn er ein Verkehrsmittel benutzt, das er noch dazu selbst finanziert hat, dass es kein Verkehrsmittel ist. Diese Debatte und dieses sture Insistieren auf der Frage, ob es nun ein Verkehrsmittel ist oder nicht, finde ich ein bisschen lächerlich!

Ein Thema, das Herr Baron auch angesprochen hat, waren die Ampeln und dass die Verkehrslichtsignalanlagen katastrophal sind. – Ich glaube, in diesem Bereich ist eine Menge modernisiert worden. Es kommt hier zu einer optimalen Verkehrssteuerung. Immer mehr Ampeln sind in den zentralen Verkehrsrechner einbezogen worden. Und die Ausstattung der Verkehrslichtanlagen durch die Blindenakustik – das mag nur eine Minderheit betreffen, aber eine Minderheit, die uns auch wichtig ist – ist eine sinnvolle Investition für eine Menschengruppe, die einfach im Leben stark benachteiligt ist. Auch diesbezüglich erfolgt eine Modernisierung Schritt für Schritt, und auch darauf können wir in diesem Ressort mächtig stolz sein.

Und auch die Räumzeiten auf Schutzwegen werden zusätzlich sichtbar gemacht.

Nun bin ich abschließend bei der Magistratsabteilung 33, die, wie ich glaube, für die rot-grüne Stadtregierung eine Vorzeigabteilung ist. Man bemüht sich hier sehr wohl um Energieeffizienz, um Einsparungsmaßnahmen und um Kostenreduktion. So werden beim Lichtprojekt Donauinsel die immerhin 1 200 Kugelleuchten durch LED-Leuchten ersetzt. Derzeit verbraucht eine Kugelleuchte dort 98 Watt pro Leuchte, eine LED-Leuchte verbraucht maximal 22 Watt. Das heißt, die Investitionskosten – und es gibt auch hier keinen Stillstand – werden sich relativ rasch amortisieren. Gleichzeitig sparen wir Energie, und der CO₂-Ausstoß wird ebenfalls massiv reduziert. Hier kommt Zukunftstechnologie in wunderbarer Weise zum Einsatz, und genau diese Maßnahme ist ein Beispiel, wie sehr in Wien Zukunft gesichert und Lebensqualität erhalten werden.

Die Zustimmung zum Haushalt 2012 ist eine Selbstverständlichkeit, weil das ein Haushalt ist, der Weichen für die Zukunft Wiens stellt. Es gibt keinen Stillstand, sondern es wird massiv in die Zukunft und in die Lebensqualität der Wiener und Wienerinnen investiert. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich Kollegen Dworak das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile, möchte ich festhalten: Herr GR Dadak hat einen Antrag betreffend das Plandokument 7870 eingebracht. In diesem Antrag sind einige inhaltliche und meiner Meinung nach auch geschäftsordnungsmäßig nicht zulässige Formulierungen

enthalten, beziehungsweise ist mir der Antrag auch hinsichtlich seines Inhalts nicht detailliert genug. Es wurde nämlich am 26. Februar 2010 ein Abänderungsantrag der GRe Al-Rawi, Hora, Hoch, Dworak und Kenesei eingebracht und kein Beschluss- und Resolutionsantrag. Und danach wurde die Flächenwidmung bereits beschlossen. Daher hat die Stellungnahme der Bezirksvorstehung vom 25. Juni, also erst einige Monate später, für dieses Aktenstück keine Relevanz. Daher wüsste ich nicht, warum sich jetzt der Gemeinderat dieser Meinung anschließen sollte.

Vielleicht können wir noch einmal besprechen, ob dieser Antrag zulässig ist oder nicht. Vielleicht liegt hier ein Irrtum vor. Ich stelle ihn zunächst auf Wartetaste und schlage vor, dass wir morgen in der Früh darüber sprechen. Über dessen Zulässigkeit würde ich gerne noch sprechen.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung ist Herr GR Dworak gemeldet. – Sie haben drei Minuten.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Kollegen Troch! Zur Verschuldung: Die 1 750 EUR, die im „Kurier“ stehen, beziehen sich auf 2010, denn bei 4 Milliarden EUR dividiert durch 1,8 Millionen EUR bleiben 2 222, wenn mich nicht alles täuscht. – Das nur von wegen richtige Zahlen! (*GR Prof Harry Kopietz: Das betrifft aber Niederösterreich genauso!*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Nun gelangt Frau VBgmin Mag Vassilakou zu Wort. Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Damen und Herren!

Ich bedanke mich für die spannende und sehr kontroverielle Debatte und möchte von meiner Warte ob der fortgeschrittenen Stunde ein paar wenige Anmerkungen anbringen

Der Verkehr ist zweifelsohne eine der größten Herausforderungen, mit denen Städte derzeit weltweit konfrontiert sind. Es ist auch kein Wunder, dass sich Städte sehr stark vernetzen und austauschen, und dabei stellt sich heraus: Weltweit dominierend ist derzeit ein zentrales Anliegen und das lautet: Verkehrsberuhigung. – Wieso?

Erstens: Wir haben einiges in diesem Haus besprochen, und ich vermute, ein Thema, das uns auch in den nächsten Jahren stark beschäftigen wird, ist der Klimaschutz. Ich glaube, ich brauche jetzt keinen Vortrag zum Thema Klimawandel zu halten. Ich vermute, dass alle etwa die Bilder aus Genua von vor wenigen Wochen noch lebhaft in Erinnerung haben. Ich vermute, dass uns allen die Eindrücke der Verwüstungen im Kamptal vor wenigen Jahren noch erinnerlich sind. Ich vermute, dass auch die Sorgen, die es in Niederösterreich immer im Zusammenhang mit dem Hochwasser gibt, sehr ernst genommen werden. Ich vermute, dass alle nicht vergessen haben, wie sich die Lerchenfelder Straße im Mai 2010 innerhalb weniger Stunden in einen reißenden Fluss verwandelt hat.

All diese Bilder sind nicht abstrakt, sie sind nicht irgendwo am Himmel oder am anderen Ende der Welt,

sondern sie alle zeigen Ereignisse aus unserer Umgebung, die wir alle – wie ich hoffe – ernst nehmen, und das bedeutet, dass wir handeln müssen.

Wenn wir im Zusammenhang mit dem Klimawandel ernsthaft zu handeln gedenken, dann ist die Verkehrspolitik auf alle Fälle ein Kapitel, das wir uns genau anschauen müssen werden, und zwar deshalb, weil es gerade im Bereich des Verkehrs zu einem massiven, enormen Anstieg in den letzten Jahrzehnten gekommen ist, der selbstverständlich Folgen mit sich bringt. Diese Folgen betreffen nicht nur den Klimawandel, sondern auch die Feinstaubentwicklung.

Das ist ein Thema, das gerade dieser Tage die Medienöffentlichkeit dominiert. Und auch in diesem Zusammenhang wird der Ruf nach verkehrsberuhigenden Maßnahmen laut, und zwar ganz besonders dann, wenn wir es in Wien mit einer Überschreitung zu tun haben. Diese betrug gestern und beträgt heute schon mehr als das Zweifache des höchst zulässigen Limits laut Union. Deshalb wurde sogar in der „Krone“, von der ich nicht unbedingt meine, dass sie sinnbildlich für die Radlobby steht, der Ruf nach autofreien Tagen laut. Das sollte zu denken geben!

Das bedeutet nämlich: Verkehrsberuhigende Maßnahmen sind nicht eine private Angelegenheit von mir, sie sind auch nicht eine ideologische Angelegenheit irgendeiner parteipolitischen Gruppierung, sondern sie sind das Gebot der Stunde. Mir ist nicht aufgefallen, dass Kollege Maresch gemeint hätte, wir hätten in Wien keinen Stau. Womöglich hat er das im Vergleich mit anderen Städten gemeint. Und es trifft zu: Wir haben in Wien einen vorbildlichen Modal-Split, um den uns andere Städte weltweit beneiden. Wir haben in Wien, weiß Gott, auch keine Verkehrsstauchsituation, wie wir sie etwa aus vielen italienischen Städten und aus vielen anderen Städten kennen, die derzeit mit sehr massiven Problemen konfrontiert sind.

Selbstverständlich sind wir auch in Wien zeitweise mit Stau und nicht zuletzt auch mit Platznot konfrontiert, und all das hat mit drei Faktoren zu tun. Das kann man drehen und wenden, wie man will. Man kann darüber reden, so lange man will, man kann es zerreden, es ist und bleibt aber so.

Zunächst einmal ist Wien mit über 200 000 Autos konfrontiert, die täglich aus dem benachbarten Umland in der Früh nach Wien hinein und am Abend wieder aus Wien hinaus pendeln. Die Tendenz ist steigend, allein beim Korridor Mödling hat sich die Zahl innerhalb eines Jahrzehnts verdoppelt. – Ich glaube, all das zeigt, wohin die Reise im wahrsten Sinne des Wortes geht. Das wurde auch durch die Verkehrspolitik des benachbarten Bundeslandes Niederösterreich bewirkt, das in den vergangenen Jahren sehr stark auf große Verkehrsprojekte gesetzt hat, die sehr viel Geld kosteten, hingegen nicht einmal einen verschwindenden Bruchteil in öffentliche Nahverkehrsmaßnahmen investiert hat, die bedeutet hätten, dass Tausende von Pendlern von verschiedenen Korridoren Niederösterreichs eine brauchbare Alternative zum Auto haben. Das können wir in Wien nicht lösen. (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing*

Roman Stiftner.) Wir sind mit den Folgen konfrontiert, und diese Folgen lauten einmal mehr, Kollege Stiftner: Es kommen 200 000 oder mehr Pendlerautos täglich nach Wien.

Das zweite Problem ist die Entwicklung, dass jede Familie mindestens zwei, und manchmal drei oder vier Autos in ein und demselben Haushalt hat, etwa wenn Kinder erwachsen werden. All diese Autos brauchen Platz. Wir werden und können sie nicht übereinander stapeln, das heißt, wir müssen die Platzproblematik sehr ernst nehmen.

Damit sind wir zum Handeln aufgefordert, und dieses Handeln kann natürlich immer nur in einem Maßnahmenmix bestehen, und diesen Maßnahmenmix verfolgen wir sehr konsequent und wirklich sehr schnell seit einem Jahr. Die Verdichtung der S-Bahnen können Sie lange suchen im Budget unseres Ressort, Sie werden diese nicht finden, und zwar aus einem sehr simplen Grund: Wir sind für die Finanzierung entsprechender Maßnahmen ganz einfach im Rahmen dieses Ressorts nicht zuständig. Wir sind aber sehr wohl handlungsfähig, Verhandlungen mit Niederösterreich im Zusammenhang mit gemeinsamen Verdichtungsprojekten zu führen. Diese Gespräche werden 2012 stattfinden.

Es wird selbstverständlich auch insgesamt weitere öffentliche Investitionen in den öffentlichen Verkehr geben, aus denen ich jetzt exemplarisch die Verbilligung der Jahreskarte herausgreifen möchte: Es ist nämlich wichtig und gut, und es ist eine soziale, aber auch eine ökologische Maßnahme, zig Tausenden von Menschen die täglich mit den Öffis zur Arbeit fahren, in den nächsten Jahren die Möglichkeit zu geben, wesentlich weniger Geld dafür ausgeben zu müssen. Um einen Euro pro Tag kreuz und quer durch Wien fahren zu können, bedeutet außerdem ebenfalls für hunderttausende Menschen eine ordentliche Entlastung. Das bedeutet eine Entlastung von 80 EUR pro Jahr, wenn sie bereits eine Jahreskarte haben, und es haben bereits mehr als 350 000 Wienerinnen und Wiener eine Jahreskarte, und es bedeutet auch eine ordentliche Entlastung für all diejenigen, die sich jetzt für eine entscheiden werden.

Es ist dies natürlich die tragende Säule einer Verkehrspolitik, dass man sagt, ein Auto kann man haben. Ein Auto gehört für viele zu ihrem Alltag. Aber es ist unsere Aufgabe, einerseits verkehrsberuhigende Maßnahmen zu setzen und andererseits Alternativen zum Auto zu bieten. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Womit geschieht das? – Damit bin ich jetzt bei zwei Alternativen. Die eine Alternative ist das heiß diskutierte Rad: Ja. Das Rad ist für viele Menschen, für immer mehr Wienerinnen und Wiener eine Alternative zum Auto. Es ist kein Zufall, dass wir in dieser Saison – dieser Sommer war ein absolutes Rekordjahr! – bereits die Eine-Million-Fahrtenmarke auf dem Ring durchbrochen haben. Einmal mehr: Wir hatten eine Million Fahrten auf dem Wiener Ring allein in dieser Saison!

Brechen Sie das einmal herunter auf die simple Rechnung, wie viel das denn pro Tag ausmacht! – Dann

stellen Sie fest, dass wir von 6 000 bis 7 000 Menschen sprechen, die täglich den Wiener Ring mit dem Rad befahren. Und daher muss auch für jeden Einzelnen und jede Einzelne von uns klar sein, dass ein Radweg für 6 000 bis 7 000 Menschen am Tag nicht mehr ausreicht. Diese haben ganz einfach keinen Platz mehr auf diesem Radweg, und deswegen braucht es einen zweiten. Und diesen bauen wir, weil er notwendig ist.

Ebenso haben wir in dieser Saison mehr als insgesamt 10 km neue Radfahranlagen gebaut. Es waren insgesamt mehr als 17 Projekte. Diese sind offenbar, warum auch immer, Ihrer Aufmerksamkeit irgendwie entwichen, Sie scheinen das nicht registriert zu haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist in diesem Jahr geschehen, und im nächsten Jahr wird es so weitergehen, und es wird im übernächsten Jahr so weitergehen, weil wir das brauchen. Wir wollen nämlich viele Menschen dafür gewinnen, dass sie mit dem Rad fahren, und wir wollen den Menschen, die sich für das Rad entscheiden, die Sicherheit bieten, die sie brauchen, um sich aufs Rad zu schwingen. Darüber hinaus werden wir in radfreundliche Straßen für geübte Radfahrerinnen und Radfahrer investieren, die schnell mit dem Rad unterwegs sind und für welche die bereits zum Teil überlastete Radinfrastruktur ganz einfach nicht mehr ausreicht.

Ich könnte an dieser Stelle übrigens über weitere Maßnahmen diskutieren, die in der kommenden Saison wichtig und auch schlagend werden. Ich nenne etwa die Frage der sehr abgenutzten und teilweise kaum mehr erkennbaren Markierungen, was in vielen Bereichen auch zu Konflikten führt. All das sind Themen, die wir uns im Jahr 2012 anschauen werden und in die wir auch, wie gesagt, weiterhin investieren werden.

Ebenso werden wir auch in den Bereich der Fußgängerinnen und Fußgänger investieren. Ich denke, auch da, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, haben wir sehr viel Arbeit vor uns – Eigentlich ist Österreich traditionellerweise eine Nation von Geherinnen und Gehern, Wanderinnen und Wanderern. Die Österreicher sind ein Volk, das sehr gerne geht. Man möchte meinen, dass das fast eine identitätsstiftende Angelegenheit ist. Da rein wollen wir investieren, um zu erreichen, dass man in Städten und ganz besonders auch in unserer Stadt gerne geht.

Wenn man mit Menschen spricht und sie fragt, warum sie nicht gerne in der Stadt gehen, dann kommen immerzu dieselben Argumente. Selbstverständlich ist dabei die Sicherheit ein Aspekt, aber auch die engen Gehsteige. Weiters werden die langen Wartezeiten an bestimmten Ampeln genannt, außerdem die Konflikte, die überall dort entstehen können, wo etwa Fußgänger und Radfahrer auf zu engem Raum, auf ein und demselben Gehsteig, zusammengepfercht sind.

Es kann auch der Mangel an Grün, der Mangel an Schatten, der Mangel an angenehmen Routen sein. Wenn man das alles macht in einer Stadt, wenn man ein derartiges Konzept umsetzt, um die Stadt für GeherInnen, für FußgängerInnen angenehm und ansprechend zu machen, dann reicht eine Person nicht,

die im Rahmen des Magistrates einzig und allein dafür verantwortlich ist, dann braucht es eine Taskforce.

In diesen Bereich werden wir investieren. Die FußgängerInnenkoordinatorin der Stadt wird weiterhin ihre hervorragende Arbeit verrichten und fortsetzen. Sie wird eben mit einer Taskforce verstärkt werden, so wie wir das für das Kapitel Radverkehr bereits getan haben. Ich bin überzeugt davon, dass wir in wenigen Jahren ab jetzt auch da eine Bilanz haben werden, auf die wir weiterhin sehr stolz sein können werden. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wie auch immer. Ich will vielleicht zum Schluss auf einen letzten Bereich zu sprechen kommen, nämlich im Zusammenhang mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen. Das ist insbesondere die Mariahilfer Straße, und zwar deshalb, weil wir da eine sehr gute Überleitung zum Kapitel Planung haben, wo wir sehr schön sehen können, wie wir mit klugen Projekten Raum gewinnen können, der wiederum die Aufenthaltsqualität in der Stadt sehr stark verbessert.

Die Mariahilfer Straße ist deshalb ein sehr spannendes Projekt, weil sie heute sehr stark diskutiert worden ist, nämlich primär unter dem Blickwinkel der Verkehrspolitik, was eine spannende Debatte und eine spannende Erörterung ist. Was es am Ende konkret werden wird, welches Verkehrsberuhigungsprojekt hier konkret umgesetzt wird, das werden wir noch sehen. Das ist eben noch Gegenstand sowohl des Bürgerbeteiligungsverfahrens, das dieser Tage stattgefunden hat, als auch jener Planungen, die uns von den ExpertInnen in den nächsten Monaten vorgeschlagen werden.

Ich möchte an dieser Stelle einmal mehr nicht verhehlen, dass für mich die klassische Fußgängerzone nicht unbedingt das angestrebte Modell wäre; wiewohl, wenn es die Mehrheit im 6. und im 7. Bezirk so wünscht und auch so beschließt, das auch so umgesetzt wird. Ich hielte es jedenfalls für spannender, hier die erste Begegnungszone in Österreich zu schaffen. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Roman Stiftner.)* – Nein, Kollege Stiftner! Als Verkehrssprecher Ihrer Fraktion müssten Sie wissen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Begegnungsstraße, Shared Space und Fußgängerzone. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: O je! Auf Wikipedia nachschauen, Kollege!)* Das sind unterschiedliche Konzepte, die Ihre KollegInnen von der ÖVP derzeit in der Straßenverkehrsordnung zu verankern versuchen.

Die Begegnungsstraßen sind geradezu eine Krönung, ein Lieblingsbaby der ÖVP-Verkehrssprecher, sowohl auf Länderebene als auch in den Gemeinden als auch im Nationalrat. Wie gesagt, wir freuen uns sehr, wenn das in der Straßenverkehrsordnung verankert wird, weil es natürlich zu einer Diversifizierung der unterschiedlichen Konzepte führt; und ich persönlich meine, wie gesagt, dass eine Begegnungsstraße für die Mariahilfer Straße wahrscheinlich das beste Projekt wäre. Aber einmal mehr, genau deshalb gibt es jetzt ein Bürgerbeteiligungsverfahren, damit wir sowohl die Anregungen als auch die Bedenken dazu einbeziehen

können. Was genau mit den BürgerInnen gemeinsam vorgeschlagen und erarbeitet wird, werden wir in wenigen Monaten ab jetzt wissen.

Ich habe aber die Mariahilfer Straße, wie gesagt, deshalb als Überleitung ins Kapitel Planung gewählt, weil ich glaube, dass sie eines von vielen Projekten ist, die das Jahr 2012 prägen werden. Es ist dies eines der Projekte, die sowohl eine klimarelevante als auch eine soziale Dimension haben. Denn ja, eine Stadt mit hoher Aufenthaltsqualität, mit hoher Qualität im öffentlichen Raum zu haben, bedeutet für tausende Menschen, die sich keinen eigenen Garten leisten können, die keine Villa und kein Familienhäuschen im Grünen haben, die vielleicht in alten Substandardwohnungen wohnen, wo sie nicht einmal einen Balkon haben, die Möglichkeit, sehr nahe, manchmal sogar unmittelbar vor ihrer eigenen Haustür einfach schönen, brauchbaren, nutzbaren Raum mit hoher Aufenthaltsqualität zu finden. Daran wollen wir arbeiten.

Daher liste ich für das Jahr 2012 exemplarisch nicht nur die Fortsetzung des 50-Orte-Programms und die Erweiterung um einige neue Orte, die uns seitens der Bezirke gemeldet werden, auf, sondern: die Verkehrsberuhigung der Mariahilfer Straße, die Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße, die Neugestaltung von Schwedenplatz/Morzinplatz, die in diesem Jahr angegangen wird, die Neugestaltung des Neuen Marktes, mit oder ohne Tiefgarage, je nachdem, was die Bürgerbeteiligung und die Bürgerbefragung vor Ort herausbringen werden, die Neugestaltung der Ottakringer Straße, die gemeinsam mit BürgerInnen aus dem Bezirk, die an diesem Projekt interessiert waren, entwickelt worden ist; und das sind nur einige wenige der Projekte, die derzeit laufen.

Die Magistratsabteilung 18 arbeitet an einem Grünraumkonzept, und ich denke, dass der neue Stadtentwicklungsplan, der in diesem Jahr 2012 und im kommenden Jahr 2013 entwickelt wird, partizipativ und hoffentlich mit Ihrer Beteiligung uns vielen die Möglichkeit geben wird, uns über sehr zentrale Themen genau auszutauschen, wie etwa: Wo soll die Stadt wachsen? Wo bringen wir 300 000 neue WienerInnen unter? Was bedeutet es, wenn wir sagen, wir wollen innerstädtisch verdichten? Welche Konsequenzen hat es? Wo muss man trotzdem in den Stadterweiterungsgebieten Areale im Konsens auswählen und dort tatsächlich eine Verdichtung vornehmen, weil es tausende neue Wohnungen braucht, wenn wir das Mietenniveau in der Stadt halbwegs stabil halten wollen?

Damit bin ich ebenfalls exemplarisch, weil das heute überhaupt nicht zur Diskussion gekommen ist, und ich finde es schade. Es ist nämlich von immenser Bedeutung für die Zukunft der Stadt, dass gerade an einer Vielzahl von Arealen entwickelt und gewidmet wird, an denen auch in diesem Jahr 2012 weitergearbeitet wird. Das ist etwa der neue Hauptbahnhof, der Nordbahnhof, der Althangrund, also Franz-Josefs-Bahnhof, wobei ich davon ausgehe, dass das Jahr 2012 uns hoffentlich die Klarheit bringt, wie nun die

Rahmenbedingungen für eine Entwicklung aussehen; konkret: Bleibt die Platte oder bleibt sie nicht? Das ist auch das Areal Liesing Mitte, das große Hoffungsgebiet in der Wiesen, wo es darum geht, ebenfalls in Kommunikation und in Zusammenarbeit mit den BürgerInnen dazu eine konkrete Entwicklungsperspektive voranzutreiben. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Bezirksvorsteher!)*

Auch der Herr Bezirksvorsteher ist informiert, und ist nach einem sehr guten Gespräch, das wir zu zweit hatten, durchaus dabei, wenn es darum geht, auf der einen Seite die notwendige Infrastruktur sicherzustellen, die es braucht in Form von Erschließungen, Schulen und Kindergärten *(GR Mag Wolfgang Jung: Und wo nehmen Sie das Geld her?)*, aber gleichzeitig auch für die 300 000 neuen WienerInnen zu sorgen – um das einmal mehr zu erwähnen –, die es in den nächsten Jahrzehnten geben wird, nämlich mit jenen 6 000 bis 8 000 Wohnungen, die es jährlich als Neubauleistungen braucht. Diese Wohnungen müssen jetzt gewidmet werden, damit sie in wenigen Jahren ab jetzt gebaut werden können. *(Ruf bei der FPÖ: Bis dahin sind Sie längst nicht mehr in der Regierung!)* Diese Debatten sind zentral. Wir müssen sie führen. Ich weiß, dass sie kontroversiell sind. Ja, bauen geht nicht ohne Kontroverse, aber es ist am Ende des Tages etwas, das wir der Stadt schuldig sind. Denn die Alternative lautet Mietenspiegel wie wir sie aus Paris und London kennen, und wie wir sie in Wien ganz sicher nicht haben wollen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich setze fort: Seestadt Aspern, Rothneusiedl, auch dort muss man sich anschauen, wie es mit der Entwicklung weitergeht, und vieles mehr.

In diesem Zusammenhang, weil es heute auch kurz angesprochen worden ist, kurz zur Marillental. Warum ist nicht rückgewidmet worden? Ich kann es Ihnen sagen, aus einem sehr simplen Grund. Sie wissen alle, dass dieses Projekt ein heikles und durchaus sensibles war; in dem der Bauwerber unter uns sitzt, nun eine Widmung bekommen hat und gleichzeitig für diese Widmung auf eine andere Widmung, die ihm im eigenen Areal zur Verfügung stand, verzichtet hat.

Gott sei Dank hat da die Beteiligung der BürgerInnen eine richtige Entscheidung hervorgebracht, und nun ging es um die Fragen: Widmen wir zurück? Und: Wie schnell tun wir dieses? – Ich meine, dass es fair ist, dem Bauwerber die Möglichkeit zu geben, sich Gedanken zu machen, was er am ehemaligen Standort tun möchte. Denn diese Widmung, so wie sie vorgenommen wurde, zu streichen, bedeutet eventuell, den vorherigen Stand zu nehmen, was in diesem Fall vom Bauwerber nicht gewünscht war. Ich wurde, wie gesagt, ersucht, ihm ein paar Monate Zeit zu geben, um sich Gedanken zu machen, um vielleicht Klarheit zu haben, wie er hier am ehemaligen Standort weiterentwickeln möchte.

Da wir die Ressourcen der Stadt zu schonen versuchen, nicht ständig widmen, umwidmen und neu widmen wollen, meinte ich, dass es ein guter Weg ist, das alles in einem zu machen. Nach einigen Monaten des Wartens und nachdem bisher keine Auskunft

gekommen ist, was hier geplant ist, werden wir ganz einfach umwidmen. Ist kein Problem. Es sei denn, der Bauwerber lässt uns in den nächsten paar Tagen, allenfalls Wochen wissen, was da seine Vorstellungen sind und ob sie jetzt weiter ausgereift sind. Ansonsten können wir dann wieder widmen. Das ist es.

Eines ist jedenfalls klar: Unabhängig davon, ob man an Ort und Stelle neu gewidmet hat oder ob man hier der Fairness halber einer anderen politischen Partei die Möglichkeit gegeben hat, sich, wie gesagt, Gedanken zu machen, was sie denn haben möchte oder nicht; die Marillental ist gerettet, dort wird nichts sein. So gesehen muss ich sagen: Es gibt viele, viele Dinge, über die wir uns echt aufregen können in dieser Stadt, künstlich brauchen wir uns nicht aufzuregen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich komme zum Kapitel Energie. Ich mache es sehr schnell. Das Fotovoltaikkraftwerk startet im Jahr 2012 mit bereits mehr als 1 200 Anmeldungen. Eine große Energiesparkampagne kommt im Jahr 2012, auch im Sinne des Klimaschutzes. Das ist wichtig, weil wir 90 Prozent unseres Lebens innerhalb von Gebäuden verbringen. Daher ist Energiesparen und ganz besonders auch Stromsparen – in geeigneter Art und Weise, in den Haushalten und in den Gebäuden – nicht nur eine sehr relevante Klimaschutzmaßnahme, sondern auch eine sehr wichtige soziale Maßnahme für viele, viele Haushalte in diesem Bereich, die oft mit überhöhten Rechnungen konfrontiert sind, die viel Geld ausgeben, das sie für andere Dinge ausgeben könnten, auch weil ihnen das Know-how fehlt.

Der Austausch der Beleuchtung, die Umstellung auf LED schreitet voran in Form von Contracting-Modellen in diesem Jahr. Das Interesse in den Bezirken ist übrigens groß, und es freut mich sehr, dass man sich hier für diesen Weg entscheidet. Die Magistratsabteilung 20 arbeitet zudem an Richtlinien für Energieplushäuser und vor allem auch für Energieplusviertel – das sind Viertel, die mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen. Da geht es, wie gesagt, um konkrete Umsetzungsrichtlinien für Wien, von denen wir uns erhoffen, dass wir in diesem Bereich – wo es unter Österreichs Architekten bereits sehr viel Interesse und sehr viel Know-how gibt – zusätzlichen Anreiz, zusätzlichen Ansporn, zusätzliche Anleitung geben können, damit wir langsam, aber sicher die Phase der Pilotprojekte zurücklassen und mit solchen Projekten in die breite Praxis einsteigen.

Vielleicht auch ein letzter Auszug aus dem Arbeitsplan der Magistratsabteilung 20 für das Jahr 2012. Da wird derzeit – im Rahmen der Magistratsabteilung 18 und, wie gesagt, unter Einbindung der Magistratsabteilung 20 – unter anderem auch eine E-Mobilitätsstrategie entwickelt. Ich denke, dass auch dies ein sehr, sehr spannendes Kapitel ist, wo Wien gerüstet sein muss, wo auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Ressorts gearbeitet wird, wo es darum geht, unsere Bemühungen unter ein Dach zu bringen, also ein schlüssiges Konzept zu fahren und vielleicht viele gute Ideen von Ihnen allen, Diskussionsbeiträge, die es geben kann,

mitzubersichtigen.

Damit bin ich auch beim Kapitel BürgerInnenbeteiligung am Schluss angekommen. Ich denke, dass die Mariahilfer Straße eindeutig den Weg zeigt, den es in den nächsten Jahren bei größeren Projekten zu gehen gilt. Das heißt, BürgerInnen von vornherein einbinden, sie reden lassen, ihre Fragen, Anregungen, Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, ihre Befürchtungen artikulieren lassen und das alles von vornherein in die Planung mit einarbeiten; und nicht erst hinterher, wenn man ein fertiges Konzept hat, die Bürger nur damit konfrontieren, um einmal zu sehen, wie sie reagieren.

Ich denke auch, dass der Neustart im Otto-Wagner-Spital uns die Möglichkeit gibt, mit Bürgern eine Entwicklung am Areal östlich des Otto-Wagner-Spitals auf eine andere Basis, auf Basis eines breiten Konsenses zu stellen und schlussendlich auch stattfinden zu lassen. Das Handbuch Partizipation ist dieser Tage vor der Fertigstellung und wird im Jahr 2012 präsentiert und diskutiert werden. Was mir sehr am Herzen liegt, ist der vermehrte Einsatz von 3D-Modellen zur besseren Veranschaulichung und Verständlichmachung von Widmungsvorhaben. Das gilt, wie gesagt, vor allem bei größeren Widmungsvorhaben, wo wir vielfach konfrontiert sind mit Vorwürfen der Bevölkerung, dass die Pläne so, wie sie präsentiert werden, nicht wirklich verstanden werden, und dass 3D-Modelle da sehr hilfreich wären.

Last but not least: Verbindliche Standards je nach Projekt und Größe, wenn es um Bürgerbeteiligungsverfahren geht, sind eine Arbeit, die man sich für das Jahr 2012 vornehmen muss; damit wir mit der Debatte nicht immer von vorne beginnen müssen, wenn es darum geht, konfliktrichtige Projekte über die Bühne zu bringen. Da ist es mir sehr wichtig, dass es eben in allen Bezirken einheitliche Standards und Klarheit gibt.

Sie sehen, dass wir hier ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm vor uns haben. Das war, wie gesagt,

nur ein kleiner Auszug aus einer wirklich unbeschreiblichen Vielzahl an Projekten, an denen in den Abteilungen des Hauses gearbeitet wird.

Auch ich möchte daher meine Ausführungen mit einem Dank abschließen, nämlich mit einem Dank an diejenigen, mit denen ich im vergangenen Jahr als frischgebackene Stadträtin zusammengearbeitet habe, und mit denen ich auch das Jahr 2012 bestreiten werde. Ich möchte mich bei ihnen für die verantwortungsvolle Arbeit bedanken. Ich weiß nicht, ob man sich oft vorstellt, wie viel Verantwortung man auf sich lädt, wenn man Straßenprojekte abwickelt oder Brücken baut beziehungsweise erneuert. Das ist hervorragende, schwere und, wie gesagt, sehr verantwortungsvolle Arbeit, für die es gebührt, an dieser Stelle Danke zu sagen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Ich möchte mich für das Engagement und vor allem für die Fairness bedanken.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir heute auch einiges an Kritik angehört. Seitens der ÖVP, fand ich, gab es einen Widerspruch. Zuerst hat es den Vorwurf des Stillstands gegeben und dann hat es den Vorwurf der Unruhestiftung gegeben – also Stillstand und Unruhe gleichzeitig geht nicht! *(Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)* Ich wollte es nur gesagt haben. Nein, beides bezog sich auf die Verkehrspolitik. Ich sage, einigen wir uns auf Folgendes: Ich glaube, das Schlimmste, das einem Politiker passieren kann, ist, dass es ruhig um ihn wird. Ich mache meine Arbeit, Sie sorgen für die Unruhe. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir unterbrechen nun die Sitzung und setzen sie heute mit der Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung um 9 Uhr fort. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

(Unterbrechung der Sitzung um 1.20 Uhr.)